F 147 /36

Grenzmärkische Forschungen

Die Polen im Weltkriege und die internationale Politik

Von

Richard Perdelwitz

Verlag von S. Hirzel in Leipzig

[Stempel]

Grenzmärkische Forschungen

Veröffentlichungen der Grenzmärkischen Gesellschaft zur Erforschung und Pflege der Heimat E. V. in Schneidemühl

Nr. 2

4411

Alle Rechte, insbesondere das der Übersetzung in fremde Sprachen, vorbehalten.
Copyright by S. Hirzel at Leipzig 1939/Printed in Germany.
Druck: „Die Grenzwacht“ in Schneidemühl.

Verein für Geschichte der Neumark
Landsberg a/W.

Die Polen im Weltkriege

und die internationale Politik

Von

Richard Perdelwitz

1939

Verlag von S. Hirzel in Leipzig

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Vorwort	5
Teil I	7
1. Die Fragestellung	7
2. Die politischen Pläne der Polen	14
Teil II	30
1. Die Polen bei Ausbruch des Krieges	30
2. Die polnische Front bis zur Einnahme von Warschau	42
3. Der beginnende Kampf um die polnische Staatlichkeit	66
4. Die polnische Frage bis zur Proklamation am 5. 11. 1916	91
a) Bei den Zentralmächten	91
b) In Rußland	109
c) Bei den Verbündeten Rußlands	121
Teil III	127
1. Die Lausanner Agentur	127
2. Der Eindruck der Proklamation	133
3. Die Auswirkungen der Proklamation	143
4. Der Einstweilige Staatsrat	150
5. Die politische Verlagerung der polnischen Frage	162
Teil IV	189
1. Der Regentschaftsrat	189
2. Das polnische Nationalkomité in Paris	214
3. Die endgültige Formulierung der polnischen Frage	226
4. Der Waffenstillstand und der Posener Aufstand	237
5. Versailles und St. Germain	253
Anmerkungen	275

UNIWERSYTET GDAŃSKI
INSTYTUT HISTORII
Gdańsk-Oliwa
ulica Wita Stwosza 55
H 1305
Biblioteka Uniwersytetu Gdańskiego
1100959765

Vorwort.

Unter den Aufgaben, welche dem „Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschland“ gestellt worden sind, steht an zweiter Stelle die Frage nach der „Politischen Führung im Weltkrieg“. Die folgenden Ausführungen wollen einen Beitrag zu diesem Kapitel geben, denn gerade die polnische Frage hat während des Weltkrieges einen integrierenden Bestandteil nicht nur in der Politik der drei Teilungsmächte, sondern später auch in der großen europäischen Politik gebildet und gerade sie ist ein Sorgen- und Schmerzenskind der politischen Führung Deutschlands gewesen. Sie wird deshalb auch in den Denkwürdigkeiten aller beteiligten Männer aus jener Zeit wohl mehr oder minder ausführlich behandelt, aber der Eindruck, welchen der Leser schließlich erhält, ist unbefriedigend, denn es ist der Eindruck, daß eigentlich niemand der geistige Vater der am 5. November 1916 erfolgten deutsch-österreichischen Lösung gewesen sein will.

Wenn aber die deutschen Darstellungen nach dieser Richtung hin enttäuschen, weil sie die ganze Frage allein vom deutschen Standpunkt aus betrachten und weil sie letzten Endes alle eine gewisse apologetische Tendenz aufweisen, dann erscheint es um so mehr geboten, auch die andere Seite zu hören. Das polnische Schrifttum über die Wiedererstehung des polnischen Staates verdient schon deshalb, daß der Deutsche sich eingehender mit ihm beschäftigt, weil des Feindes Auge scharf sieht, und wenn solche Schärfe des Urteils auch mitunter in Einseitigkeit und Ungerechtigkeit bei der Beurteilung des Gegners ausartet, so läßt gerade sie uns auch manches in einem andern Licht erscheinen, als wir es bisher betrachtet haben.

Eine solche Darstellung der polnischen Gedankenwelt und der politischen Arbeit der Polen hinter den Kulissen des Weltkriegs hat aber noch zwei weitere Vorteile: Sie zeigt uns, daß in der Geschichte eines Volkes nichts unmöglich ist, wenn der Wille zum Leben und die zähe Zielstrebigkeit in der Seele dieses Volkes erhalten geblieben sind, und darum lehrt sie uns, ein solches Volk zu achten, auch wenn wir seine Wege und Mittel nicht verstehen und billigen. Eine solche Darstellung läßt uns aber auch die deutsche Politik gerechter beurteilen, wenn wir von den Polen selbst erfahren, mit welchen ungeheuren Schwierigkeiten die deutsche Politik bei der Lösung der polnischen Frage zu kämpfen hatte, nicht nur deshalb, weil sie bis zum Ausbruch des Weltkrieges die nationalen Aspirationen der preußischen Polen als staatsgefährlich betrachtet und bekämpft hatte und sich nicht so schnell umstellen konnte,

sondern besonders auch deshalb, weil sie gerade in den Polen einen Gegner vor sich hatte, der während der langen Jahre eines ununterbrochenen unterirdischen politischen Kampfes innerhalb des russischen Teilgebiets und eines ebenso erbitterten wirtschaftlichen Kampfes innerhalb des preußischen Teilgebiets ein Meister in der Taktik geworden war „à la guerre, comme à la guerre" und den die Politik eines Bethmann-Hollweg deshalb nicht verstehen konnte. Es ist immerhin ein Ehrenzeugnis, welches Pilsudski gerade nach dieser Richtung hin der damaligen deutschen Politik ausgestellt hat. „Ich gestehe zu, daß es überaus leicht war, sie (die Deutschen) zu betrügen, denn sie waren an ein legales Verhalten so gewöhnt, daß irgend ein anscheinend amtliches Papier ihnen genügte. Mit den Österreichern war es in dieser Beziehung schwieriger[1]).

Völlig unberücksichtigt geblieben sind in den folgenden Ausführungen die militärischen Leistungen der polnischen Legionen während des Weltkrieges, weil eine zutreffende Würdigung ihrer Tätigkeit nur von fachmännischer Seite unternommen werden kann. Hier handelt es sich also nur um jene politische Arbeit der Polen, die sich zum weitaus größten Teil nicht in der Öffentlichkeit abgespielt hat, die aber wesentlich schwerer auf der Wagschale der endgültigen Entscheidungen der Väter von Versailles gewogen hat, als alle kriegerischen Erfolge der polnischen Legionen und auf deren Konto auch der Verlust der preußischen Ostmark hauptsächlich zu schreiben ist, denn diese Ostmark ist nicht im ehrlichen Kampf der Waffen verloren gegangen, sondern in dem politischen Intriguenspiel hinter den Kulissen. Gerade das zeigen uns die polnischen Darstellungen mit aller Deutlichkeit.

Abgeschlossen Schneidemühl, Frühjahr 1938.

Der Verfasser.

Teil I.

1. Die Fragestellung.

Die ungeheure Wandlung, welche der Weltkrieg für die polnische Frage gebracht hat, kann kaum kürzer und treffender zum Ausdruck gebracht werden, als durch die Worte zweier polnischer Staatsmänner des 19. und 20. Jahrhunderts. Während der Marquis Wielopolski kurz vor dem Januaraufstand 1863 resignierend über seine Landsleute urteilte, daß man wohl manches für die Polen, aber nichts mit den Polen tun könne, betonte der gegenwärtige polnische Außenminister Beck das Wort: „Nichts über uns ohne uns"! Mag das Urteil Wielopolski's auch subjektiv gefärbt sein und die tiefe Enttäuschung widerspiegeln, die er bei seinen groß angelegten Reformplänen durch seine eigenen Landsleute erfahren hat, die Tatsache selbst kann nicht bestritten werden, daß das polnische Volk als solches damals zu irgend einer aktiven Politik nicht fähig war, wenn man eine solche Aktivität nicht in einer fast ununterbrochenen unterirdischen Verschwörertätigkeit und in gelegentlichen Aufständen erblicken will. Hier urteilt Dmowski gewiß richtig, wenn er schreibt: „Unsere Aufstände waren bewaffnete Proteste gegen Unterdrückung, aber sie waren nicht ein Kampf um den Aufbau des polnischen Staates. Keiner von ihnen hatte einen Plan für diesen Staat, ihre Führer hatten nicht einmal ernstlich darüber nachgedacht, was sie im Fall des Gelingens tun würden. Diejenigen, welche die Aufstände veranlaßten, rechneten überhaupt nicht mit der außenpolitischen Lage und wählten deshalb für den Ausbruch die politisch ungünstigsten Zeiten. Die Aufstände brachen entgegen dem Willen der ungeheuern Mehrheit des Volkes aus, sie wurden ihm durch eine Handvoll hauptsächlich junger Leute aufgezwungen. . . . Infolge der Aufstände verschlechterte sich die politische Lage der polnischen Gebiete ungeheuer schnell und die Fesseln der Unfreiheit verstärkten sich in einer Weise, die unter andern Umständen unmöglich gewesen wäre. Nach den Aufständen aber folgte der Zusammenbruch der physischen und moralischen Kräfte der Nation, an ihre Stelle traten Apathie und Passivität und erleichterten den Feinden das Werk der Vernichtung des Polentums. Die Aufstände liquidierten die polnische Frage in Europa, sie verschwand nach 1863 von der Tagesordnung der internationalen Fragen und wurde mit Schweigen bedeckt. Die Aufstände verschafften uns aber auch in der Welt den Ruf einer Nation, für welche man nichts tun könne, weil sie selbst nicht versteht, etwas für sich zu tun, und dieser Ruf war eins der schwersten Hindernisse in der letzten Periode, als wir in der Tat schon auf dem Wege zur Wiedererstehung Polens waren, und er schadet uns auch heute noch, weil er immer wieder von dem bösen Willen unserer Feinde aufgefrischt

wird“[2]). Die Lage am Anfang des 20. Jahrhunderts war also derartig, daß die polnische Frage endgültig aus der europäischen Politik verschwunden zu sein schien und daß das polnische Volk selbst, so weit es sich um irgend eine aktive Politik handelte, eine „rudes indigestaque moles“ darstellte.

Damit ist auch zugleich die Fragestellung angedeutet, um deren Klarstellung und Beantwortung sich die polnischen Historiker seit einer Reihe von Jahren in steigendem Maße bemühen, ohne allerdings bis jetzt zu irgend einem abschließenden Ergebnis gekommen zu sein. Zwei Fragen sind es im großen und ganzen, um welche die Diskussion geht, beide Fragen sind zuerst von Sokolnicki scharf umrissen worden. Zunächst formuliert er die Frage nach den Gründen für die Wandlung, welche die polnische Frage während des Weltkrieges erfahren hat. „Niemand auf der ganzen Welt will ein Polen, auch die große Mehrzahl der Polen selbst hat aufgehört, ein Polen zu wünschen, außer einer Handvoll Leute, welche dabei noch durch den passiven Widerstand der ungeheuren Mehrzahl ihrer eigenen Landsleute gehemmt sind, weil diese sich, wie der Teufel vor dem Weihwasser, davor fürchten, aus ihrer theoretisierenden nationalen Phraseologie einen realen Faktor zu machen, der einen staatlich internationalen Charakter trägt. Dies polnische Volk aber ist rings von Feinden umgeben und, in Folge einer wunderbaren Ironie der Geschichte, beginnt die Wiedergeburt Polens in der europäischen Gedankenwelt ihren Weg bei unsern Feinden.“[3])

Die zweite Frage, die er stellt, ist die nach dem Anteil, welchen die Polen selbst an dieser Entwicklung und an der schließlichen Lösung der polnischen Frage gehabt haben: „Die junge polnische Generation“, so schreibt er, „betrachtet die Unabhängigkeit und den Staat nicht nur als selbstverständliche Dinge, sondern nach ihrer Meinung kann es überhaupt nicht anders gewesen sein. Aber auch bei den Älteren verschiebt sich die Erinnerung und man beobachtet eine gewisse gutgläubige Verdrehung der Tatsachen. Die Leute leben in dem guten Glauben, daß es zwar vor dem Kriege noch keine Unabhängigkeit gegeben hat, daß aber alle sie gewollt haben. Das Volk war darauf vorbereitet, sie zu erhalten, und sie fiel wie eine reife Frucht vom Himmel auf das nach ihr verlangende Volk herab. Keine Fälschung! Eine sorgfältige Analyse der Vorkriegsereignisse zeigt gerade das Gegenteil, nämlich einen furchtbaren moralischen Verfall des Staatsgefühls der Polen während der letzten Periode der Unfreiheit. In jener Zeit hatte das polnische Volk nur ein zweifaches Verlangen, — das Verlangen nach Ruhe und Wohlstand einerseits, und das Verlangen, die eigene Religion und Nationalität zu erhalten andererseits. Der Wohlstand, in welchem die Polen lebten, machte die Unfreiheit für sie sogar behaglich und das Volk gab sich ohne Zögern den Instinkten der Versöhnung hin, wenn es sich darum handelte, innerhalb irgend

eines der drei Teilgebiete den tatsächlichen Stand der Dinge mit den sogenannten nationalen Freiheiten zu vereinigen. Ausnahmen von dieser Regel sind wenige, im allgemeinen stellten wir, als Polen, mehr ein „völkisches Material" dar. Darum ist es lächerlich, wenn man die Sache so darstellt, als ob vor dem Krieg alle die Unabhängigkeit gewollt hätten, nur jeder auf eine besondere Art, oder auch, als ob innerhalb des Polentums eine starke Strömung bestanden hätte, die eigene Staatlichkeit wieder zu gewinnen"[4]).

In dieser fast unbedingten Verneinung jeder aktiven Mitarbeit der großen Masse des polnischen Volkes an dem Werk seiner Wiedererstehung stimmt Dmowski mit Sokolnicki völlig überein. Auch er wirft die Frage auf: „Wem verdanken wir das? Haben wir größere Opfer gebracht, als die früheren Geschlechter, oder haben wir uns besser geschlagen als sie?" Die Antwort, die er darauf gibt, lautet: „Andere Opfer, freiwillige Opfer für die große Sache haben wir weniger gebracht. Man kann mit aller Sicherheit sagen, daß unser Geschlecht eine viel geringere Opferwilligkeit gezeigt hat, als die früheren Geschlechter während der Zeit nach den Teilungen. Muß man also unsern ganzen Erfolg nicht der günstigen Lage der äußeren Verhältnisse und besonders der Tatsache zuschreiben, daß hier zum ersten Mal die Mächte, welche Polen geteilt hatten, sich im Krieg mit einander befanden? Ja, — vor allen Dingen diesem Umstand"[5]).

Diese fast völlig negative Wertung des polnischen Volkes selbst ist nun aber bei beiden Männern durchaus verständlich, trotzdem sie im Verlauf ihrer weiteren Untersuchungen zu ganz verschiedenen Ergebnissen kommen. Beide wollen nämlich, entsprechend ihrer ganzen politischen Einstellung, zunächst den Hintergrund schaffen, auf welchem sich die Verdienste einzelner Persönlichkeiten oder kleinerer Gruppen um so heller abzeichnen, sei es, daß Sokolnicki die Persönlichkeit Piłsudski's, oder daß Dmowski sich selbst und die mit seinem Namen unauflöslich verbundene nationaldemokratische Politik als den eigentlichen spiritus rector des großen Werks hinstellen will, — schon deshalb kann für sie von einer bewußten Mitarbeit des Volkes keine Rede sein. Die tiefen Gegensätze, wie sie während des Krieges zwischen den sogenannten Aktivisten und Passivisten an der Tagesordnung waren, zeichnen ihre Spuren auch in der heutigen polnischen Geschichtsschreibung noch deutlich ab und verführen auch heute noch zu mehr oder minder starken Einseitigkeiten in der historischen Würdigung der Ereignisse; — das darf bei der Wertung der Ergebnisse, zu denen die polnische Geschichtsschreibung gelangt, nicht vergessen werden.

Es konnte nicht ausbleiben, daß die besonders scharf zugespitzten Formulierungen Sokolnickis, wie sie uns in seinen beiden

erwähnten Untersuchungen immer wieder entgegentreten, die polnischen Historiker auf den Plan riefen, allerdings müssen sie ihm im wesentlichen zustimmen, wenn sie auch versuchen, die Schärfe seiner Ausführungen zu mildern und den Anteil des Volkes selbst an der Wiedergeburt Polens zu vergrößern. Besonders deutlich tritt uns dies Bestreben bei Próchnik entgegen. Er gesteht zu, daß man eine Anzahl der von Sokolnicki vertretenen Anschauungen durchaus teilen könne, er will ebenfalls nicht behaupten, daß die Unabhängigkeit ein Erfolg eigener und gemeinsamer Kraftanstrengung des polnischen Volkes gewesen sei, wenn dieses Volk dabei auch immerhin noch wesentlich größere Opfer zu bringen gehabt habe, als alle anderen Völker, welche zugleich mit ihm ihre Unabhängigkeit erlangt hätten, — er kommt auch um die Feststellung nicht herum, daß die Polen der Konjunktur viel zu danken haben und daß diese günstige Konjunktur besonders auf das Tempo, in welchem die Wiedererstehung Polens erfolgte, einen sehr starken Einfluß ausgeübt habe; — aber, — „es scheint doch, daß hinter dieser Konjunktur Faktoren von unendlich größerer Bedeutung gestanden haben, deshalb muß es die wichtigste Aufgabe der polnischen Geschichtsschreibung sein, eine befriedigende Antwort auf die Frage nach der eigentlichen „causa efficiens“ für die polnische Wiedergeburt zu geben“. Er selbst vermag das freilich nicht, denn im weiteren Verlauf seiner Untersuchungen kommt er zu dem Ergebnis, daß diese „causa efficiens“ nicht irgend ein einzelner Faktor ist, sondern das Geflecht einer Reihe von Ursachen, die in ihrer Gesamtheit auf den Gang der historischen Entwicklung eingewirkt haben und daß unter diesen Ursachen die politischen den Vorrang vor den geographischen und wirtschaftlichen gehabt haben. Im übrigen aber kommt es ihm hauptsächlich darauf an, dem polnischen Volk bei dem Werk der Wiedergeburt Polens einen etwas größeren Anteil zu sichern und es gegen den Vorwurf Sokolnicki's zu verwahren, daß es nur „völkisches Material“ gewesen sei und daß die Ideale der Unabhängigkeit nur in einem kleinen Kreis gelebt hätten, aus welchem sich dann allmählich eine Gestalt, — nämlich diejenige Piłsudskis; — herausgehoben und schließlich, dank der Konjunktur und verschiedenen anderen Umständen gesiegt habe. „Wäre das polnische Volk wirklich nur „Material“ gewesen,“ so urteilt Próchnik, „dann stünde der polnische Historiker vor der unerklärlichen Tatsache, daß ein solches „Material“ sich in so kurzer Zeit in ein Staatsvolk habe verwandeln können; die Umgestaltung „völkischen Materials“ in eine Nation ist ein Prozeß der Evolution, sie ist eine tiefgehende Veränderung, die eine historische Begründung erfordert. Die Werte, welche das polnische Volk während der Jahre 1918 und 1919 aus sich selbst heraus schuf, können nicht plötzlich hervorbrechen, das polnische Volk war vielmehr mit den wichtigsten Werten

ausgestattet, die zu seinem Leben in einem eigenen Staat erforderlich sind, und darum eben mußte dieser Staat entstehen“[6]).

Auch Handelsman lehnt den Gedanken entschieden ab, daß die Wiedererstehung des polnischen Staates etwa ausschließlich ein Werk fremder Hände und ein Geschenk der Sieger gewesen sei, er geht aber auch mit denjenigen polnischen Darstellungen scharf ins Gericht, welche entweder, wie Dmowski, den schließlichen Erfolg als ein Ergebnis ihrer diplomatischen Bemühungen bei den alliierten Mächten hinstellen, oder die, wie Sokolnicki, die diplomatische Aktion als nebensächlich betrachten, dagegen den Hauptwert auf die Ereignisse im Lande selbst legen, bei denen die Persönlichkeit Pilsudski's beherrschend im Vordergrund gestanden habe, während das Volk selbst nur als eine träge und gestaltungslose Masse, oder, im günstigsten Fall, als ein willenloses Werkzeug in der Hand einzelner Führer erscheine. Gewiß ist der Akt vom 5. November ohne Mitwirkung der Polen zu Stande gekommen, aber er gerade war es, der den Ausgangspunkt für eine immer stärker werdende Aktivität der breiten Massen gebildet hat, denn dieser Akt war außenpolitisch der erste Schritt zu einer Art von Versteigerung, bei welcher die kriegführenden Mächte sich gegenseitig zu überbieten versuchten, um die Polen für sich zu gewinnen, und er war innenpolitisch eine Verpflichtung, welcher noch während des Krieges vollendete Tatsachen folgen mußten, wenn er in den Augen der Polen nicht jeden Wert verlieren sollte. Dadurch weckte er bei den einen Hoffnungen, bei den anderen Mißtrauen, beide Richtungen aber waren von Anfang an auf die gemeinsame Formel verbunden „Nehmen ohne Quittung und ohne Vertrauen“. So bildeten sich allmählich drei verschiedene Lager im Lande selbst heraus, die teils miteinander, teils gegeneinander arbeiteten, nämlich die Besatzungsmächte, die wohl nicht den Wunsch hatten, viel zu geben, und die mehr an die beträchtlichen Vorteile dachten, welche sie erzielen wollten aber nicht erreichten, neben ihnen diejenigen polnischen politischen Elemente, welche eine möglichst schnelle und konkrete Erfüllung der gegebenen Versprechen forderten, allerdings mit der reservatio mentalis, dafür möglichst wenig Verpflichtungen zu übernehmen, ja, die auch bereit waren, Opfer zu bringen, aber nur Zug um Zug gegen reale Tatsachen, und endlich jene breite Masse, die von der Bedeutung der vollzogenen Tatsachen entweder überhaupt keine Ahnung hatte, oder sie nur oberflächlich beurteilte, die sich von Gefühlen, Abneigungen, Instinkten leiten ließ und mißtrauisch gegen alles war, was von den Deutschen kam, aber die allmählich doch politisch reifer wurde und immer mehr verstand, worauf es ankam, nämlich möglichst viel zu erhalten, aber ohne irgend welche Verpflichtungen und ohne irgend welche Opfer.

In diesem Durcheinander der Stimmungen und Strömungen, so folgert Handelsman weiter, bildete sich allmählich jene Volksstimmung heraus, wie wir sie in der zweiten Hälfte des Krieges beobachten, „in der Atmosphäre des Hungers und der Epidemien entsteht jene Bewegung, die sich zunächst gegen die sichtbaren Urheber des Unglücks, nämlich gegen die Besatzungsmächte, richtet; sie wird geleitet und inspiriert von dem Kommandanten Piłsudski und seinen Anhängern, sie dringt in die Massen der Bauern und Arbeiter, sie einigt diese zu einer Gesamtheit, die von dem Geist des Widerstandes erfüllt ist, der sich allmählich, unter dem Einfluß der Passivisten und des Zwischenparteilichen Klubs besonders unter den Bauern und unter einem Teil der Intelligenz ausbreitet. Straßenunruhen in der Hauptstadt, Überfälle auf deutsche und österreichische Posten im Lande, Kampf der studentischen Jugend mit den Besatzungsbehörden einerseits, und der entschiedene Widerstand der Machthaber andererseits, — sie bilden in ihrer Gesamtheit die Faktoren einer immer stärkeren Spannung, aber auch eines stetig wachsenden politischen Selbstbewußtseins der Massen."

So kommt Handelsman schließlich zu folgendem Ergebnis: Bei der Wiedererstehung Polens haben entscheidend die Kriegsereignisse und alle diejenigen politischen Geschehnisse mitgewirkt, die zwar außerhalb jeder aktiven Beteiligung der Polen lagen, die aber eine für sie günstige Lage schufen. Innerhalb dieses Rahmens boten sich nun für die Polen eine ganze Reihe von Möglichkeiten zu aktiver Mitarbeit, bei denen sie sich entweder passiv verhalten oder zu einem mitschaffenden Faktor entwickeln konnten. Das polnische Volk ist den letzten Weg gegangen. „Die von Gefühl oder Instinkt getriebene Masse hat unbewußt eine Arbeit geleistet, welche die politischen Faktoren des Landes dann, sei es halb oder völlig bewußt, in bestimmte Entscheidungen umgeformt haben, die später lebendige Staatskräfte geworden sind. Der einzige, völlig außerhalb liegende Faktor, welchem Polen seine Entstehung verdankt, ist die lange Dauer des Krieges; sie hat zwar die wirtschaftlichen und physischen Kräfte des Landes vernichtet, sie hat aber auch die Besatzungsmächte innerlich geschwächt und das polnische Volk seelisch gestärkt, es reifte in dem Widerstand gegen die Besatzung zur völligen politischen Unabhängigkeit heran"[7]).

Eine Art Zusammenfassung der verschiedenen Ansichten endlich versucht Lipiński, aber auch er kommt zu dem Schluß, daß der Ausbruch des Krieges die polnische Volksmasse völlig passiv vorgefunden habe, sie sei weder zu irgend einer bestimmten Tat fähig gewesen, noch habe sie sich seelisch irgendwie für die günstige Gelegenheit vorbereitet gezeigt, welche ein Krieg dem Volk bringen mußte. Aus dieser willenlosen Masse ragt deshalb die entscheidende militärische Tat Piłsudski's mit den Schützen und Legionen um so

höher hervor, alles andere ist dann unter dem Zwang der Ereignisse erfolgt. Der Akt vom 5. November 1916 veranlaßte die Erklärung der ersten russischen Revolutionsregierung vom 29. März 1917, eine Folge dieser Erklärung war wiederum die Verordnung des französischen Staatspräsidenten vom 4. Juni 1917 über die Bildung einer polnischen Armee in Frankreich. Der Beschluß der Alliierten vom 3. Juni 1918 über die Notwendigkeit der Errichtung eines unabhängigen polnischen Staates aus allen drei Teilgebieten und mit freiem Zugang zum Meer war dann schließlich nur der logische Schluß aller dieser Voraussetzungen, — der entscheidende Anstoß jedoch liegt in der Tat Piłsudski's[8]).

Überblickt man die hier dargestellten Versuche polnischer Historiker, sich mit den von Sokolnicki in den Vordergrund gestellten Fragen auseinanderzusetzen, so erkennt man, daß es sich bei ihnen im letzten Grunde nur um gewisse Gradunterschiede bei der Wertung der einzelnen wirkenden Ursachen handelt, mögen sie diese Ursachen nun in den Kriegsereignissen, in dem Walten des Schicksals oder in einer günstigen politischen Konjunktur finden. Tiefer gehen die Meinungsverschiedenheiten nur dort, wo es sich darum handelt, die Rolle zu würdigen, welche das polnische Volk selbst in dieser so entscheidungsvollen Zeit seiner Geschichte gespielt hat. Das, was Handelsman hervorhebt, um das wachsende politische Selbstbewußtsein und eine gesteigerte politische Aktivität der breiten Massen zu beweisen, reicht m. E. nicht aus. Passiver Widerstand gegen die Besatzungsmächte, der in Folge der immer drückender werdenden Not und in Folge mancher, zweifellos verfehlten Maßnahmen dieser Mächte schließlich in Straßenunruhen ausartet oder sich in einem Streik der Warschauer Studentenschaft Luft macht, ist noch keine politische Aktivität und hat jedenfalls, auf die spätere Gestaltung der Dinge keinen Einfluß gehabt. Auch die von Próchnik als deus ex machina eingeführte „causa efficiens", die sich schließlich als ein Geflecht verschiedener Ursachen darstellt, trifft nicht das Wesen der Frage, sondern umschreibt sie nur. Der von ihm versuchte Beweis, daß ohne Annahme einer solchen „causa efficiens" die so schnelle Entwicklung des polnischen Staatswesens ein unlösbares Problem bilden würde, daß es sich also nur um eine Evolution der in dem Volk bereits vorhandenen Werte handeln könne, ist nicht schlüssig, ganz abgesehen davon, daß die unmittelbar auf die Staatsgründung folgende „Sejmokratie" mit allen ihren zersetzenden Begleiterscheinungen wenig geeignet ist, als Beweis zu dienen für die in der Masse des Volks latent vorhandenen „wichtigsten Werte, die zu einem Leben in einem neuen Staat erforderlich sind."

Aber auch bei Sokolnicki und Lipiński einerseits, und bei Dmowski andererseits wird man sich dessen immer bewußt bleiben

müssen, daß ihr historisches Urteil letzten Endes doch politisch bedingt ist und daß sie deshalb Licht und Schatten nicht immer gerecht verteilen. So unbedingt der deutsche Historiker bei objektiver Würdigung der Tatsachen die Bedeutung unterstreichen muß, welche Piłsudski für die Wiedererstehung des polnischen Staates gehabt hat, so wenig darf er in das Urteil einstimmen, welches die politischen Gegner Dmowski's über ihn und seine Arbeit fällen. Man mag als Deutscher gerade gegen die Politik dieses Mannes und der von ihm beeinflußten polnischen Nationaldemokratie vieles zu sagen haben, das unbestreitbare Verdienst, das er an der Neuerstehung des heutigen polnischen Staates gehabt hat, kann man ihm nicht absprechen, er hat m. E. für uns Deutsche bisher zu stark im Schatten der Persönlichkeit Piłsudski's gestanden.

So ergibt sich also für die folgende Darstellung ebenfalls eine zweifache Fragestellung. Wir haben zu untersuchen, wie und durch welche Vorgänge die polnische Frage während des Krieges schließlich jene internationale Bedeutung erlangt hat, die sie zu einem Gegenstand der Versailler Verhandlungen gemacht hat, und wie und in welchem Umfang die Polen selbst an dem großen Werk der Wiedergeburt ihres Vaterlandes mitgearbeitet haben.

2. Die politischen Pläne der Polen.

Die fast verwirrende Fülle politischer Parteien, die wir bei Beginn und während der Zeit des Krieges innerhalb der polnischen Bevölkerung der drei Teilgebiete finden, erschwert das Verständnis für die eigentlichen Leitgedanken der polnischen Politik in jenen Jahren außerordentlich. Man kommt auch nicht viel weiter, wenn man alle diese verschiedenen Parteien und Gruppen unter die beiden Sammelnamen der Aktivisten und Passivisten zusammenfaßt, denn die Passivisten waren, besonders während der zweiten Hälfte des Krieges, sehr aktiv, und beide Lager haben während der Zeit ihres Bestehens ihre Zusammensetzung mehrfach geändert. Besonders in dem Lager der Aktivisten finden wir völlig verschiedene Parteien vereinigt, von den Sozialdemokraten über die Krakauer Demokraten hinweg bis zu den galizischen Konservativen waren fast alle Schattierungen in ihm vertreten, und auch in den Reihen der Passivisten finden wir neben den Nationaldemokraten noch die sogenannten Realisten, einen Teil der polnischen Fortschrittspartei und die podolischen Konservativen.

Und doch zeichnen sich in diesem anscheinenden Durcheinander politischer Parteiungen schon vor dem Kriege zwei große Richtungen mit aller Deutlichkeit ab, und das, was man bei Beginn des Krieges vielfach als Planlosigkeit und als mangelnde politische Orientierung der Polen bezeichnet hat, erweist sich bei näherer Betrachtung als durchaus folgerichtig und liegt unbedingt auf derjenigen

politischen Linie, welche die Polen in den verschiedenen Teilgebieten schon vor 1914 mehr oder minder offen vertreten haben. Erst dann, wenn wir die politischen Pläne und Hoffnungen der Polen genauer kennen, wie sie sich gerade in dem letzten Jahrzehnt vor dem Kriege gestaltet haben, können wir die Haltung der Polen bei Ausbruch des Krieges und während seines Verlaufs verstehen.

Es ist eine, auch in der deutschen Geschichtsschreibung fast allgemein vertretene, wenn auch nicht ganz gerechtfertigte Auffassung, daß das Jahr 1863 in der politischen Gedankenwelt der Polen aller drei Teilgebiete einen tiefen Einschnitt bedeute, daß nämlich von diesem Zeitpunkt ab die revolutionäre Stimmung wie sie 1830, 1846, 1848 und 1863 zum Ausbruch gekommen war, allmählich abebbt und jener Einstellung Platz macht, die man von polnischer Seite mit dem Namen „Trójloyalizm" bezeichnet hat, d. h. jene Einstellung, welche das Vergebliche und Unsinnige der bisher getriebenen Aufstandspolitik anerkannte und daraus die Folgen zog, nämlich die Zukunft des polnischen Volkes allein auf die Arbeit an seiner wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung zu begründen, mit den Teilungsmächten, wenigstens nach außen hin, Frieden zu machen und sich in allen drei Teilgebieten einer loyalen Haltung zu befleißigen. Die Folgen einer solchen politischen Schwenkung zeigten sich überraschend schnell, der wirtschaftliche Aufstieg, den das preußische Polentum schon bald nach 1848 begonnen hatte, machte sich jetzt auch besonders in dem Königreich Polen bemerkbar und führte schließlich zu jenem Zustand, den wir schon aus den Urteilen Sokolnicki's und Lipiński's kennen gelernt haben, daß nämlich sowohl die gewaltig anwachsende polnische Industrie des Königreichs, wie auch, besonders nach der Bauernbefreiung, der polnische Bauer in dem russischen Teilgebiet sich durchaus wohl fühlten und die ausgesprochen national-polnischen Aspirationen immer mehr verblaßten.

Wenn die Polen die Gefahr einer Entnationalisierung, die in diesen günstigen wirtschaftlichen Verhältnissen lag, rechtzeitig erkannten und ihr vorzubeugen versuchten, dann ist das ein Verdienst der polnischen Sozialdemokratie und der polnischen Nationaldemokratie innerhalb des russischen Teilgebiets, nur daß die Arbeit dieser beiden Parteien sowohl in ihren Zielen, wie auch in ihren Mitteln, völlig von einander verschieden war. Während die polnische Sozialdemokratie, besonders nachdem Piłsudski an die Stelle der internationalen Schlagworte den Gedanken der nationalen Unabhängigkeit gesetzt hatte, ihre Aufgabe in einem mit allen Mitteln geführten unterirdischen Kleinkrieg gegen den verhaßten russischen Zarismus erblickte, legten die Nationaldemokraten allen Nackdruck bei ihrer Arbeit darauf, mit der russischen Regierung in möglichst

guten Beziehungen zu bleiben und zu versuchen, auf diese Weise für die polnische Bevölkerung des Königreichs so viel an Erleichterungen zu erreichen, wie es nur möglich war. In voller Schärfe trat dieser tiefe Gegensatz zwischen Sozialdemokraten und Nationaldemokraten bei Beginn des russisch-japanischen Krieges in Erscheinung, als sowohl Piłsudski, wie auch Dmowski, in Tokio weilten, der eine, um mit der japanischen Regierung über Waffenlieferungen an die Polen zu verhandeln, um es diesen zu ermöglichen, im Rücken der russischen Heere einen Aufstand zu beginnen, der andere, um einen solchen Plan mit allen Mitteln zu bekämpfen und den Japanern klar zu machen, daß die polnische Bevölkerung des Königreichs gar nicht an einen Aufstand denke. Dieser tiefe Gegensatz zeigte sich noch deutlicher, als Rußland nach dem Krieg von inneren Unruhen erschüttert wurde und im ganzen Lande sich Streikbewegungen zeigten. Während die polnische Sozialdemokratie in jener Zeit die Losung zur Revolution gegen Rußland ausgab, während sozialdemokratische Stoßtrupps, die sogenannte bojówki, durch Überfälle auf Eisenbahnzüge, staatliche Gebäude und Kassen das Land und die Bevölkerung beunruhigten, um die Volksmassen dadurch zu revolutionieren und zum bewaffneten Aufstand zu bewegen, gab die polnische Nationaldemokratie die Losung: „Kampf gegen die Revolution", stellte ebenfalls bewaffnete Stoßtrupps zur Aufrechterhaltung der Ordnung auf und betonte nachdrücklich die unbedingt loyale Haltung der polnischen Bevölkerung.

Der Erfolg schien der nationaldemokratischen Politik Recht zu geben. Als durch Ukas des Zaren vom 30. Oktober 1905 Rußland seine erste Verfassung erhielt, trat die Nationaldemokratie offen mit der Anerkennung der russischen Staatshoheit auf, — vielleicht, wie Bobrzyński glaubt, — weil sie sich dafür reale Vorteile, nämlich die Autonomie des Königreichs versprach, wahrscheinlich aber doch wohl aus einem andern Grunde, der uns noch beschäftigen wird. Genug, die Bevölkerung zeigte, daß sie mit der Haltung der Nationaldemokraten gegenüber der russischen Regierung einverstanden war und, da die Linksparteien Wahlenthaltung übten, fielen sämtliche 36 Mandate zur Duma, welche das Königreich überhaupt zu vergeben hatte, ihnen zu. Dieser Erfolg barg jedoch auch nicht unerhebliche Gefahren in sich. Man wollte und mußte in der Duma selbst eine ausgesprochene Versöhnungspolitik treiben, man durfte aber dadurch auch nicht die Fühlung mit dem Volk verlieren und so bietet denn die nationaldemokratische Politik in dieser Zeit ein eigenartges Doppelgesicht. Man bewilligt auf der einen Seite alle von der Regierung zur Heeresverstärkung geforderten Mittel, wenn man auch zeitweise mit der Opposition droht, gleichzeitig aber beteiligt man sich auch an regierungsfeindlichen Kundgebungen, man organisiert Schulstreiks, um gegen die russische Unterrichtssprache

zu protestieren, man veranlaßt polnische Gemeinden, die polnische Sprache in der Gemeindeverwaltung einzuführen, — kurz, man tut alles, was man kann, um nach beiden Seiten hin nicht die Verbindung zu verlieren.

Der Versuch mißglückte. „Von einer Autonomie des Königreichs, wie sie der polnische Klub geplant hatte, wollte die Duma nichts wissen, geschweige denn von irgend welchen Erleichterungen auf dem Gebiet der nationalen Politik. Man verringerte im Juni 1907 die Zahl der Mandate zur Duma im Königreich von 36 auf 12, man bestimmte die russische Sprache als Amtssprache auch in der kommunalen Selbstverwaltung der Städte, und man trennte das Gouvernement Cholm als „rein russisches" von dem Königreich. In dem Königreich selbst herrschte nicht nur der Belagerungszustand, den man mit sozialdemokratischen Unruhen und Agitationen begründete, sondern auch ein beispielloses System, die aufgeklärte polnische Bevölkerung zu unterdrücken, die sich auf der Grundlage der neuen Verfassung entwickelte"[8]).

Und trotzdem blieb die polnische Nationaldemokratie ihrer Politik treu, sie blieb dieser russenfreundlichen Politik selbst dann treu, als die Unzufriedenheit darüber in ihren eigenen Reihen und innerhalb der mit ihr eng verbundenen Liga Narodowa immer stärker wurde und schließlich zu einem Ausscheiden derjenigen Elemente führte, welche russenfeindlich gesinnt waren. Man hat den Nationaldemokraten und ihrem Führer, Roman Dmowski, diese Politik besonders in den Kreisen der österreichischen Polen schwer verdacht, Dmowski selbst hat in seinem bereits erwähnten Buch die Gründe eingehend dargelegt, welche ihm diese Politik diktiert haben, und man muß, wenn man diese Gründe kennt, ihr jedenfalls zugestehen, daß sie folgerichtig gewesen ist und daß sie, trotz der scharfen Gegnerschaft, die sie unter den Polen selbst gefunden hat, sich doch treu geblieben ist und — schließlich zum Erfolg geführt hat.

Der Leitgedanke der nationaldemokratischen Politik, wie er zum ersten Mal in voller Deutlichkeit in seinem im Jahre 1908 erschienenen Buch „Niemcy, Rosja i kwestja Polska" (Deutschland, Rußland und die polnische Frage) zum Ausdruck kommt, ist die Furcht vor dem deutschen Imperialismus. Scharf formuliert er hier die These, daß nicht Rußland, sondern Preußen-Deutschland der gefährlichste Feind Polens sei, denn Rußland schädige die Polen hauptsächlich auf kulturellem Gebiet, darum sei es bei seiner niedrigen Kultur den Polen auch bei weitem nicht so gefährlich, wie Deutschland, dessen Streben dahin gehe, die Polen zu proletarisieren. (Das Buch sollte eine Antwort sein auf das im Jahre 1907 in Preußen beschlossene Enteignungsgesetz), diesem Deutschland also müsse der Kampf des gesamten Polentums gelten, und deshalb sei es auch die

Aufgabe Polens, in diesem Kampf an der Seite Rußlands zu stehen und eine Vormauer gegen den deutschen Ausdehnungsdrang nach dem Osten zu bilden. Wenn aber Polen diese seine Aufgabe erfüllen solle, dann sei es besser, auf die litauischen und weißrussischen Gebiete zu verzichten, sich lieber auf die ethnographischen polnischen Gebiete zu beschränken, aber diese zu einem fest geschlossenen Staat in enger Anlehnung an Rußland zu vereinigen.

Dieser Gedanke, sich zur Lösung der polnischen Frage auf Rußland zu stützen, um Deutschland zu vernichten, wurde nunmehr, trotz aller Enttäuschungen, die man von Rußland erfahren hatte, das A und das O der nationaldemokratischen Politik. „Man mußte jetzt den Schwerpunkt unserer Politik hinter die Kulissen der Duma verlegen, wenn wir die polnische Frage für einen Kriegsausbruch zwischen Rußland und Deutschland vorbereiten wollten. Es ging uns also darum, daß Rußland nicht nur in einen Krieg mit Deutschland geriet, sondern daß es auch in der Lage war, ihn so zu führen, daß der Krieg mit einer deutschen Niederlage endete. Dazu aber war die Arbeit an der Organisation des Heeres allein nicht ausreichend, sondern nicht weniger notwendig war die politische Vorbereitung Rußlands und die Vernichtung der deutschen Einflüsse innerhalb des russischen Staates.“ Nachdem er dann auf die durch die Teilungen Polens bedingte Interessengemeinschaft zwischen Rußland und Deutschland hingewiesen hat, fährt er fort: „Wenn also die Polen damals eine so große Rolle dabei spielten, Rußland von Deutschland abhängig zu machen, dann konnte eine entsprechende polnische Politik eine nicht geringere Rolle dabei spielen, um Rußland wieder von den deutschen Einflüssen zu befreien. Und wenn unsere Rettung eine solche Befreiung Rußlands auf das deutlichste forderte, dann verlangte Pflicht und Gewissen, auf diesem Weg vorwärts zu gehen und die größten Anstrengungen zu machen, um dieses Ziel zu erreichen. Diesen Weg ist unsere Politik gegangen, und sie ist ihn schnell und ohne Wanken gegangen, denn es war keine Zeit zu verlieren. Dazu genügte es nicht, daß man die Abhängigkeit der russischen Regierung von Deutschland demaskierte und daß man die Regierung in schwierige Lagen brachte, in welchen sie sich entweder zu dieser Abhängigkeit bekennen oder ihren Standpunkt ändern mußte, sondern man mußte den Russen die Überzeugung einträufeln, daß Polen in einem Krieg gegen Deutschland auf ihrer Seite stehen würde und daß es nicht nur mit Worten, sondern auch durch die Tat zeigen würde, daß wir nicht ein Werkzeug Deutschlands gegen Rußland sein wollten, man mußte die öffentliche Meinung Rußlands gegen eine Politik beeinflussen, die aus Rußland ein Werkzeug Deutschlands machen wollte, um Polen zu vernichten“[10]).

Nach dieser Richtung hin arbeitete die nationaldemokratische Partei besonders seit 1912, als der Kriegsausbruch zwischen Rußland und Österreich nahe zu sein schien. Man hatte seit 1912 regelmäßige Versammlungen der Vertreter aller drei Teilgebiete eingerichtet, durch welche man hoffte, die Anhänger der gemäßigten Gruppen, und besonders die in Galizien recht einflußreichen Konservativen, für sich zu gewinnen, und gleich bei der ersten Zusammenkunft, die im Jahre 1912 in Krakau stattfand, wurde eine Denkschrift Dmowski's, der an der Teilnahme verhindert war, verlesen, in welcher der Gedanke nachdrücklich vertreten wurde, lieber den gegenwärtigen Zustand in den polnischen Gebieten bis zu der Zeit aufrecht zu erhalten, in welcher die polnische Frage in Folge der internationalen Entwicklung und der Fortschritte der polnischen Politik für die wichtigste Lösung reif geworden sei, d. h. erst dann, wenn ihre Aussichten sich in Folge eines allgemeinen europäischen Konflikts zu Gunsten der Polen geändert hätten. Genau in demselben Geist verliefen die späteren Zusammenkünfte, immer wieder wurde die These aufgestellt, „daß Polen nur durch eine völlige Niederlage Deutschlands zur Unabhängigkeit gelangen könne und daß also ein Setzen auf die österreichische Karte praktisch nichts anderes bedeute, als die polnische Frage von Deutschland abhängig zu machen und dadurch unweigerlich eine neue Teilung Polens herbeizuführen, nämlich eine Aufteilung des Königreichs unter die drei Teilungsmächte“[11]).

Es lag auf der Hand, daß eine solche russenfreundliche Politik eine starke Gegnerschaft in denjenigen polnischen Kreisen finden mußte, die in dem russischen Zarismus den schlimmsten Feind Polens erblickten und für welche sich die ganze polnische Frage, um mit Dmowski zu reden, in dem Gedanken verkörperte: „Wir oder der Zarismus, wer gegen den Zarismus ist, der ist unser Mann“, und man wird Seyda verstehen, wenn er die in jener Zeit von den Nationaldemokraten getriebene Politik und ihre Schwierigkeiten mit den Worten schildert: „Sich nicht von Gefühlen und Neigungen beeinflussen lassen“, „nur der kühlen politischen Reflexion folgen“, „die polnische Frage in ihrer Gesamtheit betrachten“, bei der Schnelligkeit, mit welcher sich die internationale Lage verschob, „die Volksmassen in schnellem Tempo vorwärts führen, sie die schwersten und am meisten verwickelten Probleme verdauen lassen, die wichtigsten und kühnsten Anträge stellen, und nicht nur monatlich, sondern wöchentlich“[12]).

Die Frage liegt nahe, welchen unmittelbaren Erfolg für Polen selbst die Nationaldemokraten mit einer solchen Politik erreichen wollten, denn die von ihnen als „conditio sine qua non“ geforderte Niederlage Deutschlands sollte doch nur ein Mittel zum Zweck sein. Haben die polnischen Nationaldemokraten wirklich geglaubt, daß

ein siegreiches Rußland ihnen als Lohn für ihre loyale Haltung ein unabhängiges Königreich Polen geben würde? Wir hören Dmowski selbst! „Nehmen wir an, Rußland hätte den Krieg ohne Revolution überstanden, es wäre ebenso, wie seine Verbündeten, siegreich aus ihm hervorgegangen, Deutschland unterworfen, Österreich im Zusammenbruch. Der Friedensvertrag trennt von Deutschland die obengenannten nichtdeutschen Gebiete ab, auf den Trümmern Österreichs aber bildet er kleine Nationalstaaten. Die Länder des preußischen Teilgebiets werden von Deutschland, Galizien aber wird von Österreich abgetrennt. Nehmen wir weiter an, Rußland will bei seiner Politik gegenüber Polen beharren und verleibt in dieser Absicht die Länder des preußischen und österreichischen Teilgebiets in seinen Staat ein. Selbstverständlich kann es in diesen Gebieten seine staatlichen Einrichtungen und seine Staatssprache, welche die Bevölkerung überhaupt nicht kennt, nicht auf einmal einführen, sondern es gebraucht dazu eine gewisse Übergangszeit. In diesem Rußland hat aber schon eine Entwicklung der Staatsverfassung nach der westeuropäischen Richtung hin begonnen und das Staatsvolk zum Mitinhaber der Regierung gemacht. Schon vor dem Krieg sah Rußland, trotz der Änderung seiner Staatsverfassung, keinen Ausweg in der polnischen Frage; würde die Einverleibung neuer polnischer Gebiete mit einer Bevölkerung, die schon unter westlichen Einrichtungen erzogen worden war, ihm diesen Ausweg erleichtern? In kurzer Zeit würde die gesamte russische Politik gegenüber Polen ad absurdum geführt worden sein. Man kann mit Sicherheit sagen, daß die russischen Staatsmänner nach den Erfahrungen der Vergangenheit eine solche Politik nicht eingeschlagen hätten. Vom ersten Augenblick an hätte man einen Ausweg darin gesucht, daß man Polen, so oder so, von Rußland abgegrenzt hätte, und die nach dieser Richtung hin unternommenen Versuche würden schnell zu der Erkenntnis geführt haben, daß es nur einen einzigen Ausweg gibt, nämlich den Aufbau des polnischen Staates. Annehmen, daß ein politisch geeintes Volk, das alle seine Kräfte zusammenfaßt und das nur noch mit einem Staat und nicht mehr mit drei Staaten zu tun hat, in Unfreiheit wehmütig klagen würde, — das konten nur Leute, die den Geist der Zeit nicht verstanden, die jeder politischen Phantasie beraubt waren“[12]).

Es ist müßig, Erwägungen darüber anzustellen, wie viele von diesen „politischen Phantasien“ Dmowski's sich wohl erfüllt hätten, wenn seine Voraussetzungen Wirklichkeit geworden wären; wir werden gerade Rußlands Stellung gegenüber der Lösung der polnischen Frage noch eingehend zu behandeln haben. Hier sollte nur festgestellt werden, daß und warum die Politik der Nationaldemokraten und der mit ihnen in Verbindung stehenden Realisten innerhalb des russischen Teilgebiets eine russenfreundliche war und nach ihren ganzen Voraussetzungen sein mußte.

„Die Verhältnisse, welche die Polen mit Österreich, oder, genauer gesprochen, mit der österreichisch-ungarischen Monarchie verbanden, beruhten auf den wohl verstandenen gegenseitigen Interessen. Die Polen brachten der Monarchie einen ungewöhnlichen Reichtum an Kräften als Gegengabe für den Schutz, den sie ihnen gewährte, innerhalb der Autonomie Galiziens lebten sie jedoch ihr eigenes Leben. Sie regierten sich selbst, entwickelten trotz schwerer Bedingungen die Kultur des Landes und machten aus ihm einen Brennpunkt wissenschaftlicher, literarischer und künstlerischer Tätigkeit, aus welchem die beiden andern Teilgebiete in den Zeiten der Verfolgungen ihre Kräfte zogen. Diese geistige Arbeit, mit welcher die Entwicklung der polnischen Volksseele unmittelbar verbunden war, erfuhr keinerlei Beeinträchtigung, und man empfand es unangenehm, daß das junge Geschlecht im Königreich sich von dieser Idee entfernte und sich unter russische Einflüsse stellte. Die nationale Arbeit in Galizien vollzog sich unter der Losung, den polnischen Staat mit Hilfe Österreichs und in Verbindung mit ihm aufzubauen. Je mehr der Krieg zwischen Österreich und Rußland drohte, desto stärker bereitete man sich auf ihn vor, weil man überzeugt war, daß die polnische Frage siegreich aus ihm hervorgehen werde. Man hielt sich für eine Art Piemont, man bildete den ganzen Apparat der Verwaltung und des Unterrichts heraus, damit der neue polnische Staat während der Zeit seiner ersten Organisierung sofort in weitem Umfang davon Gebrauch machen könne, man forderte und schuf Einrichtungen, die man in den andern Teilgebieten entweder nicht schaffen durfte, oder die sich in fremden Händen befanden“[14]).

Diese, im großen und ganzen für beide Teile angenehmen Verhältnisse erfuhren bei Beginn des 20. Jahrhunderts nach zwei Richtungen hin eine unliebsame Störung. Auf der einen Seite waren es die Nationaldemokraten, die in den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts mit ihrer politischen Agitation nach Ostgalizien hinübergegriffen und sich in Lemberg eine neue Centrale ihrer Parteiorganisation geschaffen hatten. Damit aber entbrannte in Ostgalizien ein heftiger Kampf zwischen der Regierung und den westgalizischen Polen einerseits und der Nationaldemokratie andererseits, besonders nachdem diese auch unter den Konservativen Podoliens zahlreiche Anhänger gefunden hatte. Der Streit ging um die sogenannte ruthenische Frage, durch welche Rußland hoffte, in die Bevölkerung Ostgaliziens einen Keil zu treiben und sich eine Art Einfallstor zu sichern. Die westgalizischen Polen erkannten die Gefahr, welche ihren Zukunftsplänen durch den russenfreundlichen Teil der ruthenischen Bevölkerung drohte und unterstützten deshalb, in Verbindung mit der Regierung, diejenigen ruthenischen Bevölkerungskreise, deren Losung die nationale Unabhängigkeit von Rußland war und die sich Ukrainer nannten. Durch das Eindringen der russen-

freundlichen Nationaldemokraten wurde dieser Kampf wesentlich verschärft, man rief die Ruthenen, die man jetzt in „Altrussen" umtaufte, zum Kampf gegen die Ukrainer auf, dazu kam die unbedingt antisemitische Einstellung der Nationaldemokraten, die natürlich den galizischen Juden ein Dorn im Auge war, so daß Ostgalizien in den letzten Jahren vor dem Kriege ein Tummelplatz heftiger innenpolitischer Kämpfe unter den Polen selbst geworden war.

Ein zweites Störungszentrum, von welchem eine starke Beunruhigung ausging, bildeten die zahlreichen Elemente der polnischen Sozialdemokratie, die nach der mißglückten russischen Revolution seit dem Jahre 1906 aus dem Königreich geflüchtet und nach Galizien gegangen waren, unter ihnen befand sich auch Piłsudski. Zwei Erfahrungen hatte dieser aus dem russisch-japanischen Krieg und aus den Ereignissen der Jahre 1905 und 1906 gewonnen, — er hatte gesehen, auf welch tönernen Füßen der russische Koloß stand, und er war überzeugt, daß es wohl möglich sein müsse, durch einen bewaffneten Aufstand den an sich geschwächten Zarismus völlig zu beseitigen. Die Folge solcher Überlegungen war die Aufstellung bewaffneter sozialdemokratischer Stoßtrupps der sogenannten bojówki gewesen, durch welche man gehofft hatte, die revolutionäre Bewegung ausbreiten zu können. Er hatte sich getäuscht und hatte erkennen müssen, daß ein bewaffneter Kampf um die Unabhängigkeit eine wesentlich breitere Grundlage haben müsse, als nur eine einzelne politische Partei, und daß ein solcher Kampf lange und sorgfältige Vorbereitungen erfordere. Nach diesen beiden Richtungen hin ging jetzt seine und seiner Anhänger Arbeit in Galizien, hier aber hatte er zunächst mit schwerem Widerstand innerhalb seiner eigenen Partei zu kämpfen.

Auf einer Versammlung in Lemberg im Jahre 1906 traten diese Gegensätze zwischen den sogenannten Unabhängigen (Piłsudski) und dem linken Flügel der Partei zum ersten Mal deutlich in Erscheinung, denn hier betonte Piłsudski die Notwendigkeit, für die Zukunft eine bewaffnete Bewegung auf breiterer Grundlage zu schaffen, als es bisher der Fall gewesen war und zu diesem Zweck die im Jahre 1905 geschaffenen Stoßtrupps der sozialdemokratischen Partei und beschlossen, sofort mit der Aufstellung solcher Abteilun- in Wien wegen dieser Frage zu einer Spaltung innerhalb der Partei, die aus der Partei ausgeschlossenen Mitglieder mit Piłsudski an der Spitze gründeten die revolutionäre polnische sozialdemokratische Partei und beschlossen, sofort mit der Aufstellung solcher Abteilungen zu beginnen. Zunächst entstanden in Krakau und Lemberg s. g. Kółka milicyjne, die auf dem Grundsatz der Sechserschaften aufgebaut waren, bald aber, nämlich i. J. 1908, erfolgte auf Piłsudski's Veranlassung durch Sosnkowski die Gründung des „Związek Walki

Czynnej" (Bund für aktiven Kampf, abgekürzt Z. W. C.) einer Geheimorganisation, welche hauptsächlich die Führer für eine zukünftige bewaffnete Aufstandsbewegung heranbilden sollte und deshalb ihre Mitglieder auch überwiegend aus der Zahl der jungen polnischen Akademiker nahm. Zunächst blieb jedoch eine gewisse Verbindung dieser neuen Organisation mit der sozialdemokratischen Partei noch bestehen, weil diese damals die einzige politische Partei war, welche für die Unabhängigkeit Polens öffentlich eintrat.

Die Organisation wuchs bald derartig, daß man für die Wahrung ihres geheimen Charakters fürchten mußte, man gründete deshalb im Jahre 1910 eine neue, öffentliche Organisation, den Związek Strzelecki" (Schützenbund), dessen Programm die drei Punkte umfaßte: Streben nach der Unabhängigkeit des Vaterlandes, völlig unparteiliche Organisation und Gehorsamsgelübde gegenüber einer polnischen Regierung, wenn eine solche innerhalb der polnischen Gebiete entstehen würde. Der Schützenbund wurde von den österreichischen Behörden anerkannt, unterhielt aber auch enge Beziehungen zu dem Z. W. C. und stand mit ihm unter derselben Führung. Bald darauf entstand in Galizien eine dritte Organisation, die „Armja Polska" (Polnisches Heer), die später mit dem Buchstaben D. bezeichnet wurde, sie war von jenem Teil der nationaldemokratischen Jugend gegründet worden, welcher mit der russenfreundlichen Politik der Partei nicht einverstanden war. Die neue Organisation suchte und fand zunächst Anschluß bei dem Sokoł, sie löste aber bald wieder diese Verbindung und schloß sich, nach dem Muster des „Związek Strzelecki", zu den „Drużyny Strzeleckie" (Schützenkameradschaften) zusammen. So war also auch hier eine politische Scheidung in den von der Sozialdemokratie und den übrigen Unabhängigkeitsparteien geförderten Schützenbund und in die nationaldemokratischen Schützenkameradschaften eingetreten.

Die Leitung des Schützenbundes lag zunächst in den Händen eines mehrgliedrigen Ausschusses, als jedoch i. J. 1912 der Ausbruch eines österreichisch-russischen Krieges nahe bevorzustehen schien, wurde die Stelle eines Hauptkommandanten geschaffen, die Piłsudski übernahm, und gleichzeitig wurde eine straffe militärische Organisation eingeführt. Um für den Fall eines etwaigen Krieges eine Art politischer Rückendeckung zu haben, auf welche sich Piłsudski bei seinen damals beginnenden Verhandlungen mit dem österreichischen Generalstab stützen könnte, gründete man am 10. November 1912 in Wien die „Komisja Tymczasowa Skonfederowanych Stronnictw Niepodległościowych" (Einstweilige Kommission der vereinigten Unabhängigkeitsparteien), die in ihrer ersten Sitzung, am 1. Dezember 1912, Iosef Piłsudski zum Kommandanten sämtlicher polnischer Streitkräfte ernannte. Fast gleichzeitig mit der Errichtung dieser Einstweiligen Kommission wurde

auf einer Versammlung führender Männer der polnischen Unabhängigkeitsparteien in Zakopane die Gründung eines Kriegsschatzes, des s. g. „Skarb Wojskowy“ beschlossen.

Die einstweilige Kommission hatte die Aufgabe, eine oberste Gewalt mit den vollen Befugnissen einer Regierung zu organisieren, die mit dem Augenblick in Tätigkeit treten sollte, wenn es nötig sein würde, infolge eines Krieges mit Rußland den bewaffneten Kampf zu beginnen. Sie beauftragte deshalb Piłsudski mit der Ausarbeitung eines Kriegsplans, der auf alle verschiedenen Möglichkeiten Rücksicht nehmen sollte und dessen Bestätigung sie sich vorbehielt, ebenso, wie sie auch das Recht haben sollte, den genauen Termin für die bewaffnete Aktion der polnischen Streitkräfte zu bestimmen. Infolge der kriegerischen Spannungen im Herbst 1912 war die Zahl der Mitglieder des Schützenbundes stark gewachsen, während sie im Juni 1912 nur etwa 300 betrug, war sie im Juni 1913 schon auf 6657 gestiegen, die hauptsächlich den Arbeiter- und Handwerkerkreisen entstammten, und auch die Schützenkameradschaften waren von etwa 400 im Dezember 1912 auf etwa 1250 im März 1913 gewachsen.

Es wurde bereits erwähnt, daß der österreichische Generalstab im Herbst 1912 mit Piłsudski Verhandlungen aufnahm, und zwar durch den General Czicserics, einen Kroaten. Piłsudski verlangte zunächst Lieferung von Waffen und Munition, sowie die Erlaubnis, die militärischen Schießstände zu benutzen und Freiheit bei den erforderlichen militärischen Uebungen, denn seine 6657 Schützen besaßen nur 412 Karabiner und ebenso schlecht war es um die Uniformierung bestellt, der Polnische Kriegsschatz aber hatte in dem ersten Jahr seines Bestehens nur 140 000 Kronen Einnahme gehabt. Seine weiteren Forderungen aber gingen dahin, die Garantie für die Lieferung weiterer Waffen und Munition zu erhalten, um in der Lage zu sein, auch ein etwa entstehendes neues polnisches Heer auf dem Gebiet des Königreiches bewaffnen zu können. Die Verhandlungen waren damals jedenfalls zu einem für Piłsudski befriedigenden Abschluß gekommen, der Kriegsausbruch erschien den Österreichern so nahe bevorstehend, daß Piłsudski von dem Generalstab die Weisung erhielt, sich während der Weihnachtstage 1912 nicht aus seiner Wohnung zu entfernen, um jederzeit zum Abmarsch bereit zu sein, der Sammelpunkt der polnischen Schützenabteilungen sollte Wadowice in Westgalizien sein.

Piłsudski's Plan war zunächst dahin gegangen, kleine revolutionäre Abteilungen zu bilden, die nach jeder Richtung hin genügend vorbereitet wären, um die Anfangsgefechte zu bestehen, damit sie durch ihr Beispiel anfeuernd auf ihre Landsleute einwirkten und sie veranlaßten, sich als Kriegsfreiwillige für ein revolutionäres

polnisches Heer anwerben zu lassen. Der Umstand, daß diese ganze Arbeit in den Augen des österreichischen Generalstabs nur gegen Rußland gerichtet schien, erleichterte ihm die Arbeit wesentlich, dagegen zwangen ihn die tatsächlichen Verhältnisse dann doch, diesen ersten Plan bald wieder zu ändern. „Die Lage i. J. 1912", schreibt einer seiner damaligen Mitarbeiter, „war folgende: Der preußische Gebietsteil verhielt sich, wie gewöhnlich, ruhig. Relativ stark, später sogar über Erwarten stark zeigte sich der revolutionäre Geist in dem österreichischen Teilgebiet, dagegen herrschte in dem russischen Teilgebiet, welches unser Kampfgebiet sein sollte, vollkommene Ruhe, vielleicht noch größere Ruhe, als im preußischen Teilgebiet, das war der größte Mangel und der grundlegende Fehler, welcher entscheidend bei allen unseren Arbeiten mitsprach. Darum mußte auch der Kriegsplan für den Anfang an Stelle der natürlichen Formen, welche ein revolutionärer Krieg annehmen muß, nämlich die einer allgemeinen Revolution, völlig andere Gestalt erhalten, man mußte sich für eine Agitation post festum entscheiden, d. h. für eine Überschreitung der Grenze durch eine verhältnismäßig starke Abteilung, man mußte eine Art regulären Kampfes führen und durch einen solchen Krieg die Bevölkerung aufwecken, ihre Leidenschaften entfachen und sie in einen Partisankrieg hineinziehen"[15]).

Ein solcher Plan aber konnte selbstverständlich nur mit Wissen und mit Zustimmung des österreichischen Generalstabs durchgeführt werden, — wie weit dieser i. J. 1912 solche Pläne gebilligt hat, wissen wir nicht, jedenfalls hatte er sich aber die Bestimmung des Termins, an welchem die polnischen Abteilungen die Grenze überschreiten sollten, selbst vorbehalten. Piłsudski aber war schon damals entschlossen, der österreichischen Mobilmachung zuvorzukommen und den Generalstab vor vollendete Tatsachen zu stellen. Um jedoch bei der Mobilmachung seiner Schützen nicht auf unvorhergesehene Schwierigkeiten zu stoßen, trug der von ihm für die Verbände erlassene Mobilmachungsbefehl den Vermerk: „Unter dem Vorwand allgemeiner Übungen des Verbandes! Von dem eigentlichen Zweck der Mobilmachung darf außer dem Ortskommandanten unbedingt niemand etwas wissen!"[16]).

Auch dieser Plan mußte später geändert werden, weil die ihm i. J. 1914 zu Gebote stehenden Kräfte zu gering waren, er beschloß deshalb endgültig, im Fall eines Kriegsausbruchs gleichzeitig mit Österreich vorzugehen.

Die Kriegsgefahr ging vorüber, Piłsudski legte sein Amt als Kommandant der gesamten polnischen Streitkräfte in die Hände der einstweiligen Kommission zurück, innerhalb dieser Kommission wurde eine besondere Kriegsabteilung gebildet, welcher die einzelnen Organisationen der Schützen und der Z. W. C. auch in Zu-

kunft unterstehen sollten, die Organisationen selbst aber erhielten ihre Handlungsfreiheit wieder zurück. Im Mai 1914 kam es dann auch innerhalb der Kommission zu einem Bruch, der Nationale Arbeiterverband, der Nationale Bauernbund und der Unabhängigkeitsverband traten aus und infolgedessen lehnten auch die Schützenkameradschaften jede weitere Verbindung mit dem Schützenbund ab, dessen Hauptkommandant Piłsudski nach wie vor blieb. Jetzt gründete auch der Sokoł besondere „Drużyny Polowe" (Feldkameradschaften), die sich dem „Komitet Obywatelski", (Bürgerkomité), einer ausgesprochen nationaldemokratischen Organisation, anschlossen, ebenso errichteten die Bauern besondere „Drużyny Bartoszowe", (nach den Namen des Bauern Bartosz Głowacki, der sich während des Kościuszko-Aufstandes durch besondere Tapferkeit ausgezeichnet hatte), die ebenfalls bald unter nationaldemokratischen Einfluß gerieten, und, da die russenfreundliche Partei Ostgaliziens ziemlich weitgehende Verbindungen besaß, begann man allmählich auch von der Seite der Regierung aus, den unter Piłsudski's Führung stehenden Schützenverbänden vorsichtiger und abwartend gegenüber zu stehen, so daß schließlich die Bedingungen, welche der österreichische Generalstab i. J. 1914 stellte, wesentlich schärfer waren als die i. J. 1912 gestellten. Die ganze damalige Lage in Österreich hat Biliński treffend gezeichnet: „Der Generalstab kokettierte während des Balkankrieges und bis zum Ausbruch des Weltkrieges mit der polnischen Jugend als mit dem zukünftigen Brandstoff gegen Rußland. In ganz Galizien gab man der Jugend in den Städten und z. T. auch auf dem Lande Waffen, man gab ihr Offiziere zur Ausbildung und unterstützte auf diese Weise aktiv sowohl ganz im geheimen, wie auch halb geheim die unabhängigen und andere Organisationen dieser Jugend. Dabei konnte man natürlich nicht voraussetzen, daß diese Jugend an Loyalität gegenüber Österreich denken würde"[17]).

Kutrzeba hat die Stimmung der galizischen Polen unmittelbar vor dem Krieg mit folgenden Worten geschildert: „Abgesehen von dem Haß gegen Rußland, der durch die zahlreichen Flüchtlinge nach 1906 in die Herzen der galizischen Jugend gepflanzt war, sagte man sich in Galizien, daß ein Sieg Rußlands den Verlust Ostgaliziens bis zum San bedeute, das von Rußland als ein ursprünglich russisches Land betrachtet wurde. Man war sich darüber klar, daß man im Falle eines Sieges der Zentralmächte eine Vereinigung der polnischen Länder nicht erreichen und daß besonders der preußische Anteil niemals zu einem etwaigen neuen Polen gehören würde, aber man rechnete damit, daß man im Falle eines siegreichen Krieges an der Seite Österreichs mindestens eine Vereinigung des

Königreichs mit Galizien erreichen würde, daß dieser neue polnische Staat durch Personalunion unter den Habsburgern mit Österreich-Ungarn verbunden werden sollte und daß vielleicht auch Litauen noch dazu geschlagen werden könnte. So erhielt man zwar nicht die Vereinigung der polnischen Länder, aber doch die Unabhängigkeit. Wenn aber erst ein solcher polnischer Staat bestand, dann — so rechnete man — würde auch der Druck aufhören, unter welchem die preußischen Polen standen, und vielleicht ließe sich später doch noch eine Vereinigung aller polnischen Gebiete erreichen, denn auch ein geeinigtes Italien hatte ja seinen Anfang aus dem kleinen Piemont genommen." Er fügt dann allerdings hinzu, daß man zwei Dinge dabei übersehen hätte, nämlich „die Tatsache, daß Österreich von Deutschland abhängig war, und die andere Tatsache, daß man im Königreich auf der Seite Rußlands stand. Man hatte immer wieder von dem Druck gehört und gelesen, unter welchem die Polen des Königreichs ständen, die Beziehungen zwischen dem Königreich und Galizien waren aber sehr schwache, und so gab man sich der Hoffnung hin, daß die Bevölkerung des Königreiches sich für Österreich erklären und die österreichischen Heere als Befreier aus der zaristischen Unfreiheit begrüßen würde" [18]).

Das ist gewiß richtig, nur hätte er noch die dritte Tatsache hinzufügen müssen, daß die galizischen Polen selbst durch ihre Uneinigkeit viel zur Erschwerung ihrer Lage beigetragen haben. Ganz abgesehen von den erbitterten innenpolitischen Kämpfen unter den Polen Ostgaliziens zwischen den Nationaldemokraten und dem s. g. Statthalterblock, die bereits erwähnt wurden, bestanden auch in dem Lager derjenigen Parteien, welche bereit waren, die Regierung in ihrem Kampf gegen Rußland zu unterstützen, also in dem Lager der s. g. Aktivisten, so starke Unstimmigkeiten und parteipolitische Gegensätze, daß jedes wirklich gemeinsame Handeln entweder schwer beeinträchtigt oder ganz unmöglich gemacht wurde; in den galizischen Nationaldemokraten aber hatte Österreich, als der Krieg ausbrach, den gefährlichsten Feind im Lande selbst.

In Deutschland lagen die Verhältnisse wesentlich anders. Während in dem russischen und österreichischen Teilgebiet doch immerhin noch polnische Kreise vorhanden waren, welche sich bereit erklärten, die Regierungen in einem etwaigen Krieg zu unterstützen, wenn auch selbstverständlich nur im eigenen, wohl verstandenen Interesse, stand das preußische Polentum geschlossen, wie ein Mann, gegen die Regierung, und wenn wirklich einmal im polnischen Lager, sei es innerhalb der ehemaligen „Hofpartei" oder der späteren „Dompartei" schüchterne Stimmen laut wurden, die einer Versöhnungspolitik das Wort redeten, dann wurden sie durch den

einmütigen Protest der ungeheuren Mehrzahl der preußischen Polen so schnell und gründlich zum Schweigen gebracht, daß sie nicht wieder hervorzutreten wagten. Die s. g. Versöhnungsära Caprivi's war nicht etwa nur eine vorübergehende Episode gewesen, sondern der nach ihrem unrühmlichen Ende erfolgte Kurswechsel in der preußischen Polenpolitik hatte jetzt ein immer straffer zusammengefaßtes, sich seiner wirtschaftlichen und moralischen Kraft immer stärker bewußtes Polentum als unversöhnlichen Gegner vor sich, der es schließlich verstand, der Regierung das Gesetz des Handelns aufzunötigen, der fast jeden gegen ihn gerichteten Schlag geschickt aufzufangen wußte und der den langjährigen und erbitterten nationalen Kampf um den Boden in der Ostmark, wenn auch nicht gewonnen, so doch materiell zu einer partie remise gemacht hatte, der aber, so weit es sich um die Festigung und Stärkung des nationalen Selbstbewußtseins gehandelt hatte, Sieger geblieben war.

Die Führung in dem politischen Kampf gegen den preußischen Staat lag bei keiner Partei, denn, abgesehen von einer verschwindenden Minderheit polnischer Sozialdemokraten, gab es in den preußischen Ostgebieten nur eine polnische Partei, nämlich eine deutschfeindliche, diese aber wurde durch das Polnische Zentral-Wahlkomité für Deutschland und durch die polnischen Abgeordneten zum Reichstag und zum preußischen Landtag in äußerst geschickter Weise geführt; die wirtschaftliche Bedeutung aber, welche dieser Kampf in der preußischen Ostmark in erster Linie hatte, war von den Polen rechtzeitig erkannt worden und sie hatten es verstanden, nach deutschem Muster ein derartig blühendes und straff organisiertes Genossenschaftswesen zu entwickeln, daß schließlich auch hier die preußische Regierung keinen anderen Ausweg mehr sah, als das Enteignungsgesetz. Gerade dieses aber hatte den Polen die unsichere Stellung der Regierung in hellem Lichte gezeigt, denn nicht nur, daß sie in ihrem Kampf gegen dies Gesetz eine starke Unterstützung im preußischen Landtag und im Herrenhaus gefunden hatten, nicht nur, daß der nach schweren parlamentarischen Kämpfen schließlich zustande gekommene Wortlaut des Gesetzes die von der Regierung ursprünglich geforderten Ermächtigungen ganz außerordentlich beschnitten hatte, konnten die Polen sehr bald feststellen, daß man die Waffe des neuen Gesetzes überhaupt nicht anwendete. Ihnen selbst aber hatte man ein Werkzeug der nationalen Propaganda in die Hand gegeben, wie sie es sich besser nicht wünschen konnten, und sie haben davon ausgiebig Gebrauch gemacht. Als die Regierung i. J. 1912 sich endlich entschloß, das Gesetz in zwei Fällen anzuwenden, trug der von den Polen inszenierte Entrüstungssturm schon mehr den Charakter eines Theaterdonners, — sie wußten, daß ihre wirtschaftliche Stellung

und ihre nationale Geschlossenheit so gefestigt waren, daß sie neuen Kämpfen ruhig entgegensehen konnten.

Wenn in der Einstellung des preußischen Polentums gegenüber einem etwaigen Krieg zwischen den drei Teilungsmächten überhaupt noch eine gewisse Unklarheit herrschte, dann jedenfalls nicht dort, wo es sich um die Einstellung gegen Deutschland handelte, hier war man mit den Nationaldemokraten des Königreichs völlig einig, daß der Kampf des gesamten Polentums sich in erster Linie gegen Deutschland richten müsse, weil nur eine Niederlage Deutschlands die Wiedererstehung eines polnischen Staates überhaupt erst möglich mache. Aus diesem Grunde bekämpfte man auch gemeinsam mit den Nationaldemokraten des Königreichs die Politik der österreichischen Aktivisten, weil man in jeder Unterstützung Österreichs eine Stärkung Deutschlands erblickte, und gerade die preußischen Polen sind es gewesen, die bei den nach 1912 regelmäßig stattfindenden Versammlungen der drei Teilgebiete diesen Gedanken nachdrücklich betonten. Unsicher war höchstens die Einstellung gegenüber der Frage, wie man sich die Zukunft eines etwaigen neuen polnischen Staates dachte, hier aber trennte eine tiefe Kluft das Posener Polentum von ihren nationaldemokratischen Landsleuten des Königreichs, denn für das wirtschaftlich und kulturell so hochstehende preußische Polentum war es ein unerträglicher Gedanke, etwa dem Zarenreich einverleibt zu werden. Damit aber war das Verhalten des preußischen Polentums vor dem Krieg und während der ersten Zeit des Krieges gegeben, — vorsichtige Zurückhaltung nach außen, um so eifrigere Arbeit nach innen und eine immer schärfere Tonart in den Parlamenten, wenn es darum ging, angebliche Unterdrückungen und Schikanen der Regierung gegenüber den Polen festzustellen und in der polnischen Bevölkerung den Eindruck zu erwecken, daß man sie als Bürger zweiter Klasse betrachte und behandele. Auch für Deutschland gilt, — mutatis mutandis —, was wir bei Österreich feststellen mußten, daß es, als der Krieg ausbrach, seine gefährlichsten Feinde im Lande selbst hatte, trotzdem die polnischen Soldaten willig ins Feld zogen und sich, wenigstens in der ersten Zeit des Krieges, tapfer geschlagen haben.

Teil II.

1. Die Polen bei Ausbruch des Krieges.

Das, was Mickiewicz in seiner Litanei für sein Volk erbeten hatte, war Wirklichkeit geworden, der europäische Krieg, mit welchem man so lange gerechnet hatte, war da, auch die kühnsten Hoffnungen hatten sich erfüllt, denn in diesem Krieg ging es nicht mehr darum, daß nur eine der Teilungsmächte in ihn verwickelt war, sondern alle drei Teilungsmächte waren es, die in zwei feindlichen Lagern einander gegenüberstanden. Noch wußte man nicht, ob der blutgetränkte Boden des Königreichs wieder der Kriegsschauplatz sein würde, oder ob es den russischen Heeren gelingen werde, den Krieg mit all seinen Schrecken tief nach Deutschland oder Österreich hineinzutragen, aber eins wußte man von Anfang an, daß es um polnisches Land in jedem Fall gehen würde, ob es nun das Königreich, ob es das alte Großpolen oder das frühere Kleinpolen war. Wenn es aber um polnisches Land ging, dann mußte auch die polnische Frage in irgend einer Gestalt wieder auf der Tagesordnung erscheinen und dieselben Teilungsmächte, welche sich im Iahre 1795 dazu verpflichtet hatten, alles zu tun, damit nichts mehr an ein früheres Polen erinnere, sie selbst mußten es jetzt sein, die bei Beginn des Krieges um die Unterstützung des polnischen Volkes warben und ihm Freiheit und Unabhängigkeit versprachen. Mit einem Schlage waren die Polen ein von allen Seiten umworbenes Volk geworden, sie konnten prüfen und sie konnten wählen.

„Wir bringen Euch Freiheit und Unabhängigkeit", verhieß der Aufruf des deutschen Oberkommandos, „für welche Eure Väter so viel gelitten haben. Erhebt Euch, (Powstańcie), eingedenk Eurer so großen und ruhmvollen Vergangenheit! Vereinigt Euch mit den verbündeten Heeren, mit vereinten Kräften werden wir die asiatischen Horden aus den Grenzen Polens treiben". (Rückübersetzung aus dem polnischen.) Diese Worte konnten die Polen im Königreich gar nicht anders verstehen, als daß man von ihnen erwartete, sie würden wie ein Mann zu den Waffen greifen, um einen Aufstand zu beginnen und dadurch die Aufmarschmöglichkeiten der russischen Heere zu erschweren, denn das Wort „Powstanie" bedeutet eben „Aufstand". In der Tat hat der Gedanke an einen bewaffneten polnischen Aufstand im Königreich in den Plänen sowohl des deutschen, wie auch des österreichischen Generalstabs eine wichtige Rolle gespielt. Sokolnicki bringt den Wortlaut eines Briefes, den der Chef des Generalstabes, v. Moltke, am 5. August an das Auswärtige Amt gerichtet hat und in welchem er schreibt: „Die englische Kriegserklärung, die, wie aus gewissen Tatsachen hervorgeht, vom ersten Augenblick des Kon-

flikts an beabsichtigt war, zwingt uns, alle Mittel zu erschöpfen, die zum Sieg beitragen können. Die schwierige Lage, in welcher sich das Vaterland befindet, legt uns die Verpflichtung auf, alle Maßnahmen anzuwenden, um dem Feind zu schaden. Ein Aufstand in Polen ist eingeleitet, er trifft dort auf günstigen Boden, denn schon jetzt werden unsere Heere in Polen fast wie Freunde begrüßt". (Rückübersetzung aus dem Polnischen)[19]). Daß man für eine solche polnische Hilfsaktion gegen Rußland besonders die Posener Polen gewinnen wollte, geht aus einem Bericht hervor, den die beiden nach Berlin geschickten Vertrauensmänner des Krakauer Obersten Nationalkomités, Sikorski und Jodko, von hier aus erstatteten: „Von Seiten Preußens ermunterte man zu einer Aktion gegen Rußland, besonders suchte man die Posener Polen dafür zu gewinnen. An einer Besprechung mit maßgebenden Kreisen, die in dieser Angelegenheit vor einigen Tagen stattfand, nahmen von polnischer Seite Trąpczyński und Korfanty (beides polnische Abgeordnete zum deutschen Reichstag) teil. Als Bedingung für ein Zusammenarbeiten der Polen mit den Preußen stellte man die Forderung, sich zu einem Kurswechsel in der antipolnischen Politik innerhalb der Provinz Posen zu verpflichten. Diese Verpflichtung sollte in der Form eines kaiserlichen Handschreibens an die beteiligten Ministerien erfolgen, das Schreiben sollte dann in Form einer Kundgebung veröffentlicht und in dem Gebiet des Königreichs verbreitet werden, um die unfreundliche Stimmung der Polen gegen Preußen zu ändern. Über diese Forderungen entspannen sich lange Verhandlungen, bei welchen sich grundlegende Gegensätze zwischen den Anschauungen der betreffenden Ministerien und denen des Generalstabs ergaben. Der Generalstab erkannte die Bedeutung, welche eine freundliche Einstellung des Königreichs und ein etwaiger polnischer Aufstand hatten, er war deshalb dafür, die geforderten Konzessionen zu bewilligen. Die Ministerien aber behandelten die ganze Frage vom bürokratischen Standpunkt aus und nahmen eine ablehnende Haltung ein. Schließlich verwarf der Stellvertreter des Kanzlers die polnischen Forderungen entschieden, er behauptete, 1.) daß im Fall der Bewilligung dieser Forderungen eine ganze Reihe politischer Parteien in Deutschland ebenfalls entsprechende Konzessionen fordern würden; die Ansicht, die Polen als Nation zu behandeln, und zwar als eine Nation, auf deren Gebieten sich der Krieg abspielen sollte, fand also nicht die Zustimmung des Kanzlers, 2.) ein Wechsel des polnischen Kurses sei im gegenwärtigen Zeitpunkt nach der Meinung des Kanzlers auch deshalb unzulässig, weil man daraus einen Beweis für die Schwäche Deutschlands herleiten würde, die ganze Frage könne erst in einer späteren Zeit aktuell werden. Nach dieser Absage bedingte sich der Generalstab eine etwaige Änderung im Verlauf von 24 Stunden aus, er erreichte diese

Änderung jedoch nicht, infolgedessen wurden die Verhandlungen abgebrochen.“ [20])

Was wollte es dem gegenüber bedeuten, daß man gleich in den ersten Tagen des August den seit sechs Jahren verwaisten erzbischöflichen Stuhl in Posen mit dem bisherigen Verwalter der Diözese, dem Weihbischof Likowski, besetzte, demselben Likowski, der als geistiger Vater der früheren „Dompartei“ den Polen an sich schon wegen seiner nationalen Zuverlässigkeit verdächtig war und dessen Hirtenbrief die ihm unterstellte polnische Geistlichkeit damit quittierte, daß sie ihn entweder überhaupt nicht von den Kanzeln verlas, oder so schnell, daß die Leute seinen Inhalt nicht verstehen konnten. Was wollte es dem gegenüber bedeuten, wenn der Kaiser in einer vertraulichen Unterredung mit Likowski und dem Posener Schloßhauptmann, dem Grafen v. Hutten-Czapski, erklärte, daß er beabsichtige, im Falle eines für Deutschland siegreichen Krieges wieder ein selbständiges Königreich Polen aufzurichten, — die nationale Zuverlässigkeit Hutten-Czapski's stand gerade bei seinen Posener Landsleuten noch niedriger im Kurs als die des neuen Erzbischofs. So kam es zu dem Aufruf des deutschen Oberkommandos an die Polen vom 7. August, über welchen Sikorski und Jodko sofort nach Krakau berichteten: „Die Kundgebung des deutschen Oberkommandos, welche die Unabhängigkeit Polens verspricht, hat, als eine anonyme Mitteilung, keine amtliche Bedeutung.“

In Wien aber erregte der deutsche Aufruf starkes Unbehagen, weil er die eigenen Kreise empfindlich zu stören schien. Hier hatte Biliński sofort versucht, von Berchtold eine Kundgebung der österreichischen Regierung an die Polen über die Kriegsziele Österreichs zu erhalten, Berchtold hatte ihm erklärt, daß er den Grafen Hoyos bereits mit der Abfassung eines Entwurfs für eine solche Kundgebung beauftragt habe, die dann dem Kaiser zur Genehmigung vorgelegt werden solle. Da Biliński jedoch befürchtete, daß der von Hoyos verfaßte Entwurf zu farblos sein könnte, fertigte er selbst einen zweiten Entwurf an, und es gelang ihm, bei einer Audienz den Kaiser von den Vorzügen seines Entwurfs so zu überzeugen, daß dieser sich bereit erklärte, ihn zu genehmigen. In einer darauf folgenden Konferenz, an welcher die beiden Ministerpräsidenten Graf Stuergkh und Tisza sowie Berchtold und Biliński teilnahmen, fand Biliński's Entwurf den entschiedenen Widerspruch Tisza's, der seine ablehnende Stellung damit begründete, daß der Erlaß einer Kundgebung mit diesem Wortlaut es unmöglich machen würde, „daß der österreichische Kaiser jemals wieder diplomatische und persönliche Beziehungen zu dem Zaren aufnehmen könnte“. Da eine Einigung nicht erzielt werden konnte, schlug Graf Stuergkh vor, daß die obersten Heerführer bei dem Überschreiten der Grenze eine solche Kundgebung erlassen sollten, und so kam es, daß die sehr

vorsichtig und allgemein gehaltene österreichische Kundgebung erst am 9. August erschien[21]).

„Wir bringen den Polen die Befreiung vom moskowitischen Joch, begrüßt unsere Fahnen mit Vertrauen, sie bringen Euch Gerechtigkeit . . . Vertraut Euch freudig und rückhaltlos unserm Schutze an, unterstützt uns aus vollster Seele in unsern Bestrebungen!" Das Wort „Unabhängigkeit" fehlte ganz. Und doch hatte man gerade in Österreich in noch viel stärkerem Maße, als in Deutschland mit dem Ausbruch eines polnischen Aufstandes gerechnet, „der durch Zerstörung von Brücken, Telegraphenleitungen und militärischen Vorräten dem österreichischen Heer, das die Grenze überschritt, unschätzbare Dienste leisten würde", um so mehr enttäuschte der österreichische Aufruf deshalb die galizischen Polen. „Man versprach den Polen in diesem „Befreiung vom moskowitischen Joch", man bemühte sich um die Unterstützung der Polen und rief sie auf, „gern und mit vollem Vertrauen unserem Schutz, unserer Gerechtigkeit und Großherzigkeit zu vertrauen". — Nur so viel und nicht mehr! Als kriegerischer Ansporn für die Polen im Königreich war das entschieden zu wenig. Der Aufruf enthielt aber noch ein anderes entschiedenes Minus, welches die Polen eiskalt machen mußte. Die Rücksicht auf den deutschen Verbündeten hatte dem österreichischen Kommando den Gedanken eingegeben, in diese seine Kundgebung auch Deutschland mit hinein zu ziehen. Daraus ergab sich dann ein solches „horrendum", wie die Phrase, daß das polnische Volk sich unter dem Zepter Österreich-Ungarns und Deutschlands herrlich entwickelt habe und zugleich die Mahnung, daß das polnische Volk nicht nur der Gerechtigkeit und Großherzigkeit des Kaisers Franz Josef, sondern auch der des Kaisers Wilhelm vertrauen solle. Der Eindruck dieses Aufrufs auf die Polen war offensichtlich fatal[22]).

Eine ungleich günstigere Aufnahme fand bei den Polen des Königreichs der Aufruf des russischen militärischen Oberbefehlshabers, des Großfürsten Nikolaus, gerade seine Entstehungsgechichte zeigt aber auch, welche Bedeutung man der polnischen Frage in Rußland von Anfang an beilegte. Nach der Ansicht Seyda's haben bei der Abfassung des russischen Manifests drei Umstände mitgewirkt: Zunächst die Tatsache, daß man sich in Rußland überhaupt erst auf den Druck Frankreichs hin zu der Offensive gegen Deutschland entschlossen hatte, während man eigentlich die russische Hauptmacht gegen Österreich wenden wollte. „Wer sich aber zu einem Angriffskrieg gegen Deutschland rüstet, der mußte deutschfeindliche Losungen ausgeben, der mußte danach trachten, auch den Teil des polnischen Volkes für sich zu gewinnen, der jenseits der Grenzen wohnte, das erforderte schon das militärische Interesse." Ferner sprach bei der Abfassung der Kundgebung

die Rücksicht auf die im Lande selbst wohnenden Polen mit: „Die russischen Behörden hatten ein böses Gewissen, sie rechneten mit dem Ausbruch eines Aufstandes in dem Königreich, oder zum mindesten mit Sabotageakten in großem Maßstab, die Polen aber bereiteten der Mobilmachung nicht nur keine Schwierigkeiten, sondern sie taten alles, um die Russen zu unterstützen.“ Endlich aber spielten bei der endgültigen Festsetzung des Wortlauts für die Kundgebung die Erklärungen unbedingter Loyalität eine gewisse Rolle, welche die beiden Polen Jaroński in der Duma und Meysztowicz im Staatsrat am 8. August im Namen der polnischen Bevölkerung abgaben, wobei Jaroński die Hoffnung ausgesprochen hatte, daß die Deutschen ein neues Grunwald finden möchten, während Meysztowicz den beginnenden Krieg als den Entscheidungskampf zwischen Slawentum und Germanentum unter Führung Rußlands hingestellt hatte.

Im Auftrag des damaligen Außenministers Sasanow unterzogen sich Fürst Trubetzki, Struwe und Fürst Lwow der Arbeit, den Entwurf festzustellen, der dann am 11. August dem Ministerrat zur Beschlußfassung vorgelegt und gegen eine Minderheit angenommen wurde, dann ging der Entwurf an den Großfürsten Nikolaus und an den Kaiser zur Genehmigung. Am 12. August zeigte Sasanow den Text vertraulich dem französischen Botschafter Paléologue und erklärte ihm, daß nicht der Kaiser, sondern der Großfürst den Aufruf unterschreiben werde, und zwar auf Anraten des Ministerpräsidenten Goremykin und des Innenministers Maklakow, weil diese den Kaiser überzeugt hätten, daß die Eroberung von Galizien und Posen vorläufig doch nur eine Hoffnung sei und daß es der Würde des Kaisers nicht entsprechen würde, sich jetzt schon persönlich an seine zukünftigen Untertanen zu wenden, der Großfürst Nikolaus würde dagegen seine Befugnisse als russischer Oberbefehlshaber nicht überschreiten, wenn er sich schon jetzt an diejenigen slawischen Völker wende, die er befreien wolle. Der Text des Aufrufs wurde dann von dem Vorsitzenden des polnischen parlamentarischen Klubs in Petersburg, dem Grafen Wielopolski, in das Polnische übersetzt, nochmals dem Großfürsten und dem Kaiser vorgelegt und endlich am 14. August veröffentlicht[22]).

Der Aufruf, von welchem Filasiewicz urteilt, daß er sich durch seinen lyrischen Ton und eine gewisse Bestimmtheit in den Versprechungen vorteilhaft von den offenbar wenig aufrichtigen Ankündigungen der Freiheit und Unabhängigkeit unterschied, wie sie die anonymen österreichischen und deutschen Proklamationen enthalten hätten, enthielt u. a. die Wendungen: „Die russischen Truppen bringen Euch die glückliche Nachricht von Eurer Wiedervereinigung, daß die Grenzen, welche das polnische Land trennen, ver-

schwinden, daß nur noch ein vereinigtes Volk unter dem Zepter des Zaren leben soll. Unter diesem Zepter wird Polen wieder erstehen, frei in seiner Religion, in seiner Sprache und in seiner Autonomie. Das große Rußland kommt Euch mit offenem Herzen und mit ausgestreckter Bruderhand entgegen, es ist überzeugt, daß das Schwert, welches den Feind bei Grunwald schlug, noch nicht rostig geworden ist." Ebenso erging am 14. August ein Armeebefehl, der als Kriegsziel „die Befreiung des Slawentums von dem gemeinsamen Feind" aufstellte, den Polen die Anerkennung für die von ihnen gezeigte loyale Haltung aussprach und den russischen Truppen befahl, Leben und Eigentum der Polen auch in den österreichischen und preußischen Gebietsteilen unbedingt zu schonen. Am 15. August befahl der Kaiser dem Generalgouverneur in Warschau telegraphisch, den Bewohnern des Königreichs in seinem Namen zu danken, und am 16. Oktober konnte der Warschauer Militärgouverneur den Polen im Auftrag des Großfürsten für die Aufnahme danken, welche die durchziehenden russischen Truppen überall gefunden hätten.

Die Aufnahme, welche der Aufruf des Großfürsten bei den Polen fand, wird uns noch beschäftigen, der Eindruck, den er in russischen Regierungskreisen machte, war sehr geteilt. Seyda teilt eine Äußerung mit, die Witte gegenüber Paléologue getan hat: „Mit dem Augenblick, in welchem wir die zu Österreich und Preußen gehörenden polnischen Gebietsteile annektieren, verlieren wir Russisch-Polen, denn ein in seiner territorialen Integrität wiederhergestelltes Polen wird sich nicht mit einer solchen Autonomie zufrieden geben, wie man sie ihm unkluger Weise versprochen hat, es wird nach völliger Autonomie streben und sie erhalten"[24]). Aber auch im Innenministerium, dessen Leiter, Maklakow, zu der Minderheit im Ministerrat gehört hatte, war man wenig erfreut. In Warschau verzögerte Essen, der Vertreter des Generalgouverneurs, die öffentliche Bekanntmachung des Aufrufs mit der Begründung, daß er vorzeitig und unnötig sei, und es bedurfte erst einer nachdrücklichen Aufforderung von Petersburg aus, ehe er den Wortlaut in russischer Sprache bekannt gab, eine Illumination der Stadt und das Hissen polnischer Fahnen wurde dagegen verboten. Ebenso wurde Wielopolski, der im Namen der Polen dem Kaiser den Dank für die in der Proklamation gemachten Versprechungen abstatten wollte, bedeutet, daß der Kaiser die Polen erst dann empfangen werde, wenn er nach den ersten Siegen nach Warschau käme, und im Dezember 1914 erging sogar ein vertraulicher Erlaß des Innenministers an die Gouverneure des Königreichs, daß die Proklamation des Großfürsten sich nicht auf das Königreich selbst, sondern nur auf diejenigen polnischen Länder beziehe, die noch nicht zum russischen Kaiserreich gehören und welche der Großfürst im Lauf der kriegerischen Operationen vielleicht erobern werde. So lange das noch

nicht geschehen sei, ändere sich an der politischen Lage innerhalb des Königreichs nichts, es seien vielmehr nur bindende Vorschriften für eine möglichst höfliche Behandlung der polnischen Bevölkerung zu erlassen[25]).

Welche Gründe sind trotzdem für die gleichmäßig loyal bleibende Haltung der Polen während der ersten Zeit des Krieges maßgebend gewesen? Auch Dmowski betont, ebenso wie Seyda, die Abneigung der russischen Regierungskreise gegen einen Krieg mit Deutschland, es wäre ganz anders gewesen, wenn es sich um einen Krieg gegen Österreich gehandelt hätte, weil dieses die Wege der russischen Balkanpolitik durchkreuzt hatte. Für eine solche Haltung findet er in den russischen Regierungskreisen zwei Gründe, nämlich die Aufrechterhaltung des monarchischen Grundsatzes, der in Deutschland seine stärkste Stütze hatte, stärker jedenfalls, als in Frankreich und in England, und ferner die polnische Frage. „Man rechnete damit, daß diese beiden Rücksichten es Rußland nicht gestatten würden, lange in einem Krieg gegen Deutschland auszuhalten, daß vielmehr sehr bald die von den inneren Feinden des Staates drohende Gefahr in Erscheinung treten würde, nämlich von den russischen Revolutionären einerseits, und von den Polen andererseits und daß dieser Umstand Rußland zwingen würde, seine Bundesgenossen im Stich zu lassen und einen Sonderfrieden zu schließen. In den Verabredungen mit den Bundesgenossen war deshalb der Vorbehalt gemacht, daß Rußland im Fall einer Revolution im eigenen Lande sich nicht mehr für verpflichtet halte, den Krieg fortzusetzen . . .“[26]). „Auch in Berlin und in Petersburg rechnete man damit, daß die Polen Deutschland vor einer Niederlage retten und die Wiederkehr der guten alten Zeiten ermöglichen würden, die Zeiten eines freundschaftlichen Zusammenlebens zwischen Rußland und Deutschland, die durch den gemeinsamen Genuß des geweihten Leibes Polens mit einander verbunden waren. Hier zeigte sich wieder die leichtfertige Psychologie der Deutschen, die sich über die Lage nicht unterrichtet hatten und die Polen nicht richtig einschätzten, oder vielmehr die Dummheit der Polen überschätzten“[27]).

„Wir waren uns dessen voll bewußt, daß unsere wichtigste Aufgabe von Anfang des Krieges an darin besteht, so weit wie möglich in der Kundgebung unserer Solidarität mit Rußland gegen Deutschland zu gehen, wir erkannten, daß diese Solidarität sich auf allen für uns zugänglichen Gebieten sowohl in Worten, wie in Taten zeigen müsse. Die Erfüllung dieser Aufgabe war die notwendige Voraussetzung für die Erreichung unseres ersten Ziels, nämlich für die Vernichtung der deutschen Macht. Das war aber auch die Voraussetzung, um Polen vor der größten Niederlage zu retten, die es in der Zeit nach den Teilungen hätte erleiden können,

nämlich davor, daß die polnische Frage gerade in der Zeit wieder hätte verschwinden müssen, in welcher sich für sie große Aussichten eröffneten. Es gehört nicht viel Phantasie dazu, um sich die Folgen klar zu machen, die für uns aus einem Sonderfrieden zwischen Rußland und Deutschland entstanden wären. Dadurch, daß wir diese Aufgabe erfüllten, dienten wir vor allen Dingen Polen, gleichzeitig aber beeinflußten wir auch das Schicksal des ganzen Krieges." . . . „Der russischen Regierung und ihren Behörden in Polen war dieser unser Standpunkt durchaus nicht angenehm, denn er behinderte ihre von Alters her geführte Politik. Man tat deshalb auch alles, um die Polen gegen Rußland feindlich zu stimmen, um es ihnen unmöglich zu machen, die politische Linie inne zu halten, welche sie sich gesteckt hatten . . . so bereiteten die Polen der russischen Deutschfreundlichkeit und ihren Freunden in Berlin eine große Enttäuschung"[28]).

So kam es zu jenem Aufruf der nationaldemokratischen Partei, der polnischen Fortschrittspartei, der Partei der Realisten und der polnischen fortschrittlichen Vereinigung (Passivisten) vom 16. August 1914, in welchem die Proklamation des Großfürsten als ein Akt von hervorragender historischer Bedeutung bezeichnet und der unerschütterliche Glaube ausgedrückt wurde, „daß nach Beendigung des Krieges die in der Kundgebung gemachten Versprechungen verwirklicht und die Träume unserer Väter und Vorväter in Erfüllung gehen werden", so kam es zu jenem Huldigungstelegramm an den Großfürsten: „An dem historischen Tag einer für das polnische Volk so bedeutungsvollen Kundgebung sind wir erfüllt von dem heißen Wunsch nach dem Sieg der russischen Armee . . . wir alle warten auf ihren völligen Triumph auf den Schlachtfeldern"[29]).

„In Wien aber", schreibt Seyda, „rechnete man bestimmt mit dem Ausbruch eines Aufstandes, während man ihn in Deutschland erhoffte."

Mit dem Augenblick, als der Krieg ausbrach, trat auch die im Jahre 1912 gegründete Einstweilige Kommission wieder in Tätigkeit, Piłsudski hatte die letzten Vorbereitungen für die Mobilmachung seiner Schützen bereits getroffen, die Lage hatte sich jedoch seit 1912 zu seinen Ungunsten geändert. „Meine Unterredung mit dem Vertreter des österreichischen Generalstabs, in welcher die Bedingungen für mich wesentlich verschlechtert wurden, zwang mich, mir einige Tage Bedenkzeit für meine Antwort zu nehmen. Jedenfalls gewann ich aus dieser Unterredung den Eindruck, daß das Jahr 1913 sowohl für Galizien, wie auch für den österreichischen Generalstab nicht ohne Nutzen gewesen war. Die Entwicklung der militärischen Organisationen in Galizien und das lärmende Geschrei der verschiedenen politischen Parteien hatten es offenbar bewirkt, daß der Generalstab jetzt eine andere Berechnung anstellte, als im

Jahre 1912. Man fing offenbar an, mehr mit der Art zu rechnen, wie man von Galizien aus die Sache ansah, als mit den Möglichkeiten, denen man in dem russischen Teilgebiet begegnen konnte“[29]). Die Zahl der Mitglieder des Schützenbundes betrug zwar im Juni 1914 etwa 7250 Mann und die Schützenkameradschaften zählten ebenfalls etwa 3100 Mann, so daß es also sehr wohl möglich gewesen wäre, die von ihm in Aussicht genommenen 20 Schützenkompagnien aufzustellen, wenn nicht 89 % dieser Mitglieder österreichische Untertanen gewesen wären, die damit rechnen mußten, bei Kriegsausbruch sofort zum österreichischen Heer eingezogen zu werden, und wenn nicht auch ein Teil der noch verbleibenden 11 %, die aus dem Königreich stammten und ausschließlich der studierenden Jugend angehörten, während der Sommerferien in ihre Heimat gefahren wäre, von wo aus eine Rückkehr nach Ausbruch des Krieges nicht mehr möglich war.

Über die Verhandlungen, welche Piłsudski in dieser Zeit mit dem österreichischen Generalstab führte, sind wir durch ihn selbst ziemlich gut unterrichtet. „Österreich stellte mir in technischer Hinsicht sehr scharfe Bedingungen, politische Besprechungen lehnte ich ab und erklärte, daß ich mit ihnen darüber nichts zu reden hätte, weil sie kein Bündnis mit Polen schließen wollten. Ich erklärte, daß ich eine zu geringe Macht darstelle. Zwei Tage zögerte ich, ob ich auf ihre Vorschläge eingehen sollte. Man gab mir dann zu verstehen, daß man gezwungen sein würde, alle Legionäre zu internieren, die nicht österreichische Untertanen wären, namentlich die Flüchtlinge aus dem Königreich. Dieser Standpunkt war, von ihrer Seite aus betrachtet, richtig. Gegenüber dieser Lage war ich gezwungen, auf ihre Bedingungen einzugehen. Sie waren für uns ungünstig in Bezug auf Bewaffnung und Ausrüstung“[31]). Die von ihm besonders drückend empfundene Bedingung war die Forderung nach Unterstellung der Schützenabteilungen unter österreichisches Kommando, weil damit der Hauptzweck seiner ganzen bisherigen Arbeit, an der Spitze einer besonderen polnischen Heeresabteilung die Grenze zu überschreiten und sie durch Freiwillige aus dem Königreich vergrößern zu können, unmöglich geworden schien. Die Schwierigkeiten, welche er bei seinen Verhandlungen mit dem österreichischen Generalstab hatte, veranlaßten ihn, wieder in Verbindung mit der Einstweiligen Kommission zu treten, um eine Art politischer Rückendeckung zu haben, trotzdem er von Anfang an entschlossen war, auf eigene Faust zu handeln und sich an die Beschlüsse der Kommission über den Tag des Ausmarsches überhaupt nicht zu kehren, besonders, da der österreichische Generalstab bestimmt hatte, daß er die Grenze mit geschlossenen Abteilungen in keinem Fall vor dem 6. August überschreiten dürfe. Im letzten Augenblick aber

entstanden neue Schwierigkeiten, weil die nationaldemokratischen Schützenkameradschaften Bedenken äußerten, ob sie sich ihm anschließen sollten oder ob es nicht besser sei, eine abwartende Haltung einzunehmen. In dieser schwierigen Lage entschloß er sich zu einem Schritt, der geeignet erschien, alle Schwierigkeiten zu beseitigen und ihn gleichzeitig von der Kommission unabhängig zu machen, er erklärte nämlich, daß sich in Warschau eine geheime nationale Regierung gebildet, daß er sich dieser unterstellt habe und von ihr zum Hauptkommandanten der polnischen Streitkräfte ernannt worden sei. Am 3. August erschien ein Aufruf dieser von ihm erfundenen nationalen Regierung, der kurz und bündig erklärte: „In Warschau hat sich eine nationale Regierung gebildet. Es ist Pflicht aller Polen, sich solidarisch ihrer Gewalt zu unterstellen. Zum Kommandanten der polnischen Streitkräfte wurde Bürger Josef Piłsudski ernannt, dessen Befehlen alle zu gehorchen haben." An demselben Tage erließ der „Hauptkommandant des polnischen Heeres Josef Piłsudski" einen Aufruf, in welchem er der Bevölkerung mitteilte, daß „Abteilungen der polnischen Armee die Grenze des Königreichs überschritten hätten, um es für seinen rechtmäßigen Eigentümer, das polnische Volk, in Besitz zu nehmen. Sie haben es in Besitz genommen im Namen der obersten Gewalt der nationalen Regierung. Mit dem heutigen Tag hat sich das ganze Volk nur in dem einen Lager unter der Führung der nationalen Regierung zu vereinigen. Außerhalb dieses Lagers bleiben nur Verräter, gegen welche wir rücksichtslos vorgehen werden"[32]). Tatsächlich hatte bereits am 2. August eine aus 7 Mann bestehende Kavalleriepatrouille seiner Abteilung unter Prażmowski (Belina) die Grenze des Königreichs überschritten.

Gegenüber diesen Tatsachen ist es unerfindlich, wie der Herausgeber der Schriften Piłsudski's schreiben kann: „Als Piłsudski die Führung der vereinigten Schützen übernommen hatte, konnte er die Einstweilige Kommission als ausreichende politische Grundlage für das im Entstehen begriffene polnische Heer nicht betrachten, denn seit dem Frühjahr 1914 gehörten der Kommission gerade diejenigen Parten nicht mehr an, auf welche sich die Drużyny stützten, die sogenannten Fronde. Piłsudski erkannte damals die Notwendigkeit, eine wirklich nationale Regierung zu bilden und unternahm zu diesem Zweck in den ersten Monaten des Jahres 1914 vorbereitende Schritte in Warschau. Es war dabei seine Absicht, die politische Basis der beginnenden Bewegung nach dem Königreich zu verlegen, mit dem Hauptzweck, sie von Österreich unabhängig zu machen. Das Ergebnis war die Proklamation einer nationalen Regierung"[33]). Jeder, der diese Worte unbefangen liest und die Zusammenhänge nicht kennt, muß daraus den Eindruck gewinnen, als ob Piłsudski tatsächlich Verhandlungen geführt habe, als ob diese

Verhandlungen schließlich erfolgreich gewesen seien und endlich zu der erwähnten Proklamation geführt hätten. Piłsudski selbst stellt die ganze Sache wesentlich anders dar, er schreibt nämlich: „So grübelte ich mehrere Tage hindurch darüber nach, unter welcher politischen Färbung ich vorgehen sollte. Schließlich faßte ich den einzig möglichen Plan, nämlich zu versuchen, wenn auch nur für einige Zeit, mich als abhängig von einer überhaupt nicht bestehenden geheimen nationalen Regierung hinzustellen. Als ich aber die Liste derjenigen Personen in Gedanken durchging, die ich vielleicht für diesen Zweck benutzen könnte, ließ ich den Gedanken, eine solche Regierung zu bilden, wieder fallen, weil ich immer mit Leuten zu tun gehabt hätte, die ewig zögerten und bei jeder Gelegenheit den Kopf verlieren würden, so daß ich schließlich doch alles für sie hätte tun müssen und sie wahrscheinlich auch bei den geringsten Kleinigkeiten hätte leiten sollen. Deshalb wollte ich lieber eine geheime, weit von Krakau entfernte Regierung erfinden, als irgend etwas anderes tun. Seit jener Zeit stammt meine langjährige Vereinsamung, die sich in meinem Leben so sehr bemerkbar gemacht hat“[34]).

So gab er denn am 3. August in einer Sitzung der Einstweiligen Kommission folgende Erklärung ab: „Verzeihen Sie, meine Herren, ich bin Ihnen gegenüber nicht loyal gewesen, ich habe mich den Befehlen der nationalen Regierung in Warschau unterstellt. Ich kann Ihnen über die Zusammensetzung dieser Regierung nichts sagen, aber ich kenne die Männer und vertraue ihnen, deshalb habe ich mich auch diesen Männern gegenüber verpflichtet, ich bitte Sie um meine Entlassung.“ Man sollte von dem Herausgeber der Schriften des Marschalls verlangen können, daß er die tatsächlichen Vorgänge zum mindesten ebenso genau kennt, wie andere polnische Autoren, er ist, so weit ich sehe, der einzige, der diese irreführende Darstellung gibt. Srokowski schreibt zu dieser ganzen „Komödie der Irrungen“: „Die Kreise der Einstweiligen Kommission verstanden, daß sie damit vor die Tatsache gestellt waren, daß Piłsudski sich zum Diktator gemacht hatte, daß sie also einem Staatsstreich gegenüber standen, der so oder anders maskiert worden war. Die Kommission mußte sich also mit der Tatsache abfinden und durch ihre Kundgebung vom 10. August autorisierte sie die Mystifizierung über eine Nationalregierung in Warschau“[35]). In dieser Kundgebung vom 10. August erklärte sie nämlich: „Die Einstweilige Kommission hat mit dem heutigen Tag die Vertretung der in Warschau gebildeten nationalen Regierung übernommen, sie wird die Regierung über den Verlauf der Dinge unterrichten und die Hilfeleistung im Kampf gegen Rußland organisieren.“ Schärfer urteilt Seyda, wenn er schreibt: „In der Kommission und darüber hinaus verstand man sehr wohl, daß jene nationale Regierung in Warschau eine freie

Erfindung Piłsudski's war, daß Piłsudski sich selbst zum „Hauptkommandanten des polnischen Heeres" ernannt hatte, daß er es war, der mit Terror drohte. Weil aber die Leitung der Kommission in der Hand von Leuten lag, die mit Piłsudski verschworen waren, darum unterstellte sich die Kommission tatsächlich der Diktatur Piłsudski's"[36]).

Piłsudski hatte sein Ziel erreicht, er hatte die Einstweilige Kommission vor vollendete Tatsachen gestellt, und er stellte, wie wir sehen werden, auch den österreichischen Generalstab vor eine vollendete Tatsache, als er, entgegen dem ihm erteilten Befehl, bis Kielce vorrückte, — „ich machte mir keine Sorgen, denn meine Politik war die der vollendeten Tatsache, die Österreich zwang, mit mir zu rechnen und die meinen Leuten das Gefühl nationalen Stolzes gab."

Wie völlig verschieden dieser Einmarsch der ersten Schützenabteilung in das Königreich von polnischer Seite bewertet wird, mögen uns zwei Urteile zeigen! Starzewski nennt diesen Einmarsch „eine Tat allgemein nationaler Bedeutung", „einen Akt der Intuition und eine Synthese der lebendigen Kraft Piłsudski's, kurz, eine Folge seines Glaubens an die Unumgänglichkeit einer Tat unter den gegebenen Bedingungen, obwohl diese Tat ein vergebliches Opfer sein sollte. Sie war ein Werk des innersten Dranges und des Protestes gegen die Gesellschaft"[37]). Wie ganz anders klingt dagegen das Urteil des Nationaldemokraten Seyda! „Das war eine Freischärler Expedition, militärisch unüberlegt und durch das österreichische Oberkommando ausgenutzt, unbekümmert darum, welches das weitere Schicksal der Abteilung sein würde. Die Aufgabe der Schützen war es, den südwestlichen Teil des Königreichs von kleinen russischen Abteilungen zu säubern, die übrigens damals schon auf dem Rückzug begriffen waren, ferner militärischen Kundschafterdienst zu leisten, worauf die Kreise des österreichischen Stabes besonderen Wert legten, und endlich die Aufrufung der Bevölkerung des Königreichs zu den Waffen. Politisch war die Expedition ein völliges Va banque Spiel. Piłsudski hatte von der österreichischen Regierung nicht die geringsten Garantien politischer Art, er hatte nicht einmal ein Abkommen, welches das Verhältnis seiner Abteilung zu dem österreichischen Kommando nach der militärischen Seite hin regelte, er ging völlig blindlings darauf los"[38]).

Der Marschall selbst hat sich natürlich gerade über den Marsch seiner Schützen wiederholt ausgesprochen; es mag genügen, hier nur zwei seiner Äußerungen wiederzugeben! In seiner Rede bei der Legionärstagung in Kalisch am 7. August 1927 hat er seinen alten Kameraden das Bild jener Tage wieder in die Erinnerung zurückgerufen: „Als im Jahre 1914 der Weltkrieg ausbrach und als die Menschen hinauszogen, um ihr Blut in Strömen für diese oder jene

Ziele zu vergießen, da war unter diesen Zielen keins, das den Namen Polen trug. Niemand wollte um Polen, als solches, sein Blut vergießen und niemand dachte bei seinen politischen Zielen daran, daß aus Polen jemals etwas anderes werden könnte, als das, was es vor dem Krieg gewesen war. Wir sind es gewesen, die den Anfang damit gemacht haben, für Polen unser Blut zu vergießen. Eine kleine Hand voll Leute, so zogen wir hinaus, aber darin unterschieden wir uns von allen andern, daß wir das bißchen Blut, was wir zu vergießen hatten, für Polen dahingeben wollten. Nicht für irgend einen andern, sondern nur für Polen“[39]). Noch deutlicher kommt dieser Gedanke „Nur für Polen“ in seinem Tagesbefehl vom 5. August 1915 zum Ausdruck: „Ich wollte nicht zulassen, daß in einer Zeit, in welcher man aus dem Leib unseres Vaterlandes neue Staats- und Volksgrenzen mit dem Schwert herausschneiden wollte, die Polen selbst fehlten. Ich wollte nicht zulassen, daß auf den Wagschalen des Schicksals, die über unsern Häuptern schwebten und auf welche man die Schwerter warf, das polnische Schwert fehle.“

Es war eine kleine Schar von etwa 175 Mann, die im Morgengrauen des 6. August die Grenzen Rußlands überschritt, um Polen zu erobern. Wie Soldaten sahen die Leute kaum aus. Ein kleiner Teil von ihnen nur war mit Mannlicher Gewehren ausgerüstet, die Mehrzahl schleppte sich mit alten, schweren Werndle Büchsen, an denen die Schulterriemen z. T. fehlten, Munitionstaschen hatten die wenigsten, die wenigen Pferde ohne Sättel, — so zogen die ersten polnischen Schützen in ihr Vaterland. Aber mit ihnen ging die Hoffnung, von ihren Landsleuten im Königreich mit offenen Herzen und Armen empfangen zu werden, mit ihnen ging der Wille „Nur für Polen!“

2. Die polnische Front bis zur Einnahme von Warschau.

(5. August 1915).

In der Nacht 5/6. August hatte die Abteilung Piłsudski's die Grenze überschritten. Er hatte den Befehl, nur bis Jędrzejów vorzurücken, da er jedoch gehört hatte, daß die deutschen und österreichischen Truppen sich bei Kielce vereinigen sollten, rückte er bis dorthin vor und besetzte am 12. August den Bahnhof von Kielce. Zwar mußte der Ort schon am nächsten Tage wieder geräumt werden, er konnte jedoch wenige Tage später wieder von den Polen besetzt werden und blieb eine Zeitlang in ihrer Hand. In Kielce wurde sofort ein Kriegskommissariat unter Leitung von Sokolnicki und Jodko eingerichtet, und am 26. August erließ dieses an die Bevölkerung eine Bekanntmachung, sie solle sich mit den vollendeten

Tatsachen abfinden, sich zum Eintritt in das polnische Heer melden, alle russischen Inschriften und Hoheitszeichen sofort entfernen und sich im übrigen an einer einmaligen nationalen Spende für die Zwecke des polnischen Heeres reichlich beteiligen. Die Nachrichten von diesen Ereignissen wirkten sowohl auf die österreichische Heeresleitung, wie auch auf die Einstweilige Kommission alarmierend. Schon am 13. August stellte ihm die österreichische Heeresführung das Ultimatum, innerhalb 24 Stunden entweder die Schützenabteilung aufzulösen, oder sie in die am nächsten befindliche österreichische Landsturmabteilung einzugliedern. Er versuchte zunächst, die Sache hinzuziehen und erbat sich drei Tage Bedenkzeit.

Noch stärker fast war der Eindruck, den sein selbständiges Vorgehen auf die Einstweilige Kommission machte, die sich, wie wir sahen, notgedrungen seiner Fiktion einer in Warschau bestehenden nationalen Regierung angeschlossen hatte. Man fühlte, daß die Hoffnungen, die Piłsudski auf seinen Einmarsch in Rußland gesetzt hatte, trügerische gewesen waren, und man fürchtete, wenn die österreichische Heeresleitung ihren Entschluß, die polnische Schützenabteilung völlig aufzulösen, ausführe, daß dann auch der Gedanke an die Aufstellung eines besonderen polnischen Heeres endgültig begraben war. So setzten denn sofort Verhandlungen unter den polnischen Politikern Österreichs ein. Der Vorsitzende des Klubs der polnischen Abgeordneten, der Krakauer Stadtpräsident, Dr. Leo, trat mit dem Gedanken an die Öffentlichkeit, die Freischar Piłsudski's in eine reguläre Heeresformation umzugestalten und sie einer von Österreich anerkannten polnischen Zentralstelle zu unterstellen. Er erhielt für diesen Gedanken die Zustimmung Wiens, und schon am 16. August fand in Krakau eine Versammlung aller polnischen Abgeordneten sowie der Vertreter der polnischen Unabhängigkeitsparteien aus Galizien und dem Königreich statt, in welcher über die sofortige Gründung einer solchen Zentralstelle beraten werden sollte. Eine Einigung kam nur sehr schwer zu Stande, weil die sogenannten Passivisten Ostgaliziens, (Nationaldemokraten, Zentrum und podolische Konservative), sich schon zu einer besondern Organisation, dem Lemberger „Centralny Komitet Narodowy" (Nationales Zentralkomité) zusammengeschlossen und am 5. August auch schon einen besondern Aufruf erlassen hatten. Sie hatten in diesem Aufruf erklärt, daß sie ihre staatlichen Pflichten zwar loyal erfüllen wollten, daß sie aber darüber hinaus nur dann gehen würden, wenn sie die Überzeugung hätten, daß die nationale Unabhängigkeit, deren erste Anfänge die Polen unter dem Zepter Habsburg bereits erhalten hätten, auch denjenigen polnischen Gebieten zu teil werden würde, die jetzt unter russischem Druck ständen, d. h., sie erklärten sich bereit, die österreichisch-ungarische Monarchie aktiv zu unter-

stützen, wenn ihnen diese gewisse politische Garantien geben würde. Wenn man sich schließlich in dem Lemberger Zentralkomité doch zu einer Vereinigung mit der Einstweiligen Kommission bereit finden ließ, dann geschah es, wie Seyda betont, nur deshalb, weil man fürchtete, daß die Versuche der radikalen Parteien, mit Hilfe der Schützenabteilungen innerhalb des Königreichs eine Aufstandsbewegung hervorzurufen, die dortige polnische Bevölkerung bei einer etwaigen Rückkehr der Russen in die schwerste Gefahr bringen könnten, denn „die durch die Schützen im Königreich begonnene Agitation wurde so ziellos, so ohne jede politische Berechnung und nur mit dem Gedanken, alles auf eine Karte zu setzen, getrieben, daß in den führenden Kreisen des Lemberger Zentralkomités schließlich die Ansicht überwog, sich lieber für eine Zusammenarbeit mit der Einstweiligen Kommission zu entscheiden, wenn es um diesen Preis gelang, das Aufhören der Propaganda zu erkaufen, die man nach dem Königreich hinübergetragen hatte“[40]). Man stellte jedoch die Bedingung, daß die auf österreichischem Gebiet zu errichtende neue polnische Zentrale sich möglichst jeder Einmischung in die politischen Verhältnisse des Königreichs enthalte, wenn solche Beschlüsse wirklich einmal notwendig werden sollten, dann dürften sie nur im Einverständnis mit einer auf ähnlichen Grundlagen errichteten Organisation im Königreich erfolgen. Auf dieser Grundlage kam dann am 16. August eine Einigung zustande, und man beschloß die Gründung eines „Naczelny Komitet Narodowy“ (Oberstes Nationalkomité), allerdings mit zwei Abteilungen, einer westgalizischen in Krakau und einer ostgalizischen in Lemberg, die beide in allen Fragen, welche das polnische Heer und die Finanzen beträfen, autonome Befugnisse haben sollten. Beide, in dem Obersten Komité nunmehr vereinigten Richtungen gaben gemeinsam die öffentliche Erklärung ab, „daß mit dem Augenblick, in welchem das Komité gebildet ist, die am 3. August proklamierte Nationalregierung in Warschau aufgehört hat zu bestehen und daß sie sich in Zukunft keiner andern geheimen Verbindung anschließen werden, die nicht auf Grund einer Verständigung zwischen dem Obersten Komité und der im Königreich vorhandenen Organisation entstanden ist“. Gleichzeitig beschloß man, zwei polnische Legionen aufzustellen, eine westliche in Krakau und eine östliche in Lemberg, und zwar unter polnischem Oberbefehl, die in Verbindung mit Österreich-Ungarn zum Kampf gegen Rußland verwendet werden sollten. Alle in den Reihen der polnischen Legionen kämpfenden Mannschaften sollten kriegsrechtlich als Kombattanten gelten, sie sollten die Bewaffnung und Ausrüstung regulärer Truppen erhalten und in ihnen sollten alle Waffengattungen vertreten sein. Zur Durchführung dieser Beschlüsse wurde eine besondere militärische Abteilung unter Leitung von Wl. Sikorski geschaffen, für West-

galizien wurden sofort Werbebüros eingerichtet und am 20. August erschien schon der erste Aufruf zur Meldung von Freiwilligen für die neue westgalizische Legion[41]).

Damit aber war Piłsudski vor die Entscheidung gestellt, ob er sich dieser neuen polnischen Zentralinstanz unterstellen oder seine Abteilungen auflösen, bezw. sie der nächsten österreichischen Landsturmabteilung überweisen wollte. Daß ihm die Entscheidung nicht leicht geworden ist, läßt sich begreifen, wenn man überlegt, mit welchen Hoffnungen er die Grenze überschritten hatte. „Ich mußte es mir gründlich überlegen", schreibt er, „wie ich aus dieser verzweifelten und unsinnigen Lage herauskommen sollte, in die ich so plötzlich durch das Oberste Komité gekommen war. Was die politische Seite der ganzen Angelegenheit betrifft, so hatte ich selbst diese dadurch kompliziert, daß ich mich zu schnell jener ersten, auf polnischem Boden entstandenen Organisation mit kriegerischem Charakter angeschlossen hatte, (gemeint ist die Einstweilige Kommission). Ich hätte selbstverständlich die ganze Entscheidung dadurch hinziehen können, daß ich die Eidesleistung zum Vorwand nahm, um die durch das Vorgehen des Obersten Komités bedrohte Unabhängigkeit Polens zu retten, damit aber hätte ich die Möglichkeit einer weiteren gesicherten Entwicklung überhaupt auf das Spiel gesetzt, weil mehr als drei Viertel meiner Abteilungen aus Galiziern, also aus wirklichen Untertanen Österreichs bestanden, die ich der Gefahr einer Verfolgung ausgesetzt hätte, weil sie Waffen trugen, ohne den Fahneneid geleistet zu haben. Andererseits wieder erschien mir eine Verbindung mit dem Obersten Komité, nachdem diese Organisation öffentlich anerkannt worden war, als eine Übergabe sowohl meiner Person, wie auch meiner Abteilung in die unfähigsten und am wenigsten dazu geeigneten Hände. Es war das eine Organisation, die aus Abgeordneten des Wiener Parlaments bestand, in welcher ich, da ich weder österreichischer Untertan, noch Abgeordneter war, überhaupt nicht sitzen und mitarbeiten durfte. Außerdem aber gab es innerhalb dieser Organisation ununterbrochene Streitigkeiten und Uneinigkeit, und ein fruchtloses Hin- und Herreden war an der Tagesordnung, so daß für die militärische Arbeit nicht einmal ein bescheidenes Winkelchen übrig blieb. Ich gestehe, daß ich mitunter keinen Ausweg, keine Möglichkeit sah, die Lage zu retten und sowohl für mich, wie auch für meine Abteilung ein größeres Maß an Unabhängigkeit und freier Entwicklung zu erhalten. Diese wenigen Tage gehören zu den schwersten und bittersten Zeiten meines Lebens. Ganz allmählich fing ich an, mich zu einer Entscheidung durchzuringen, die allerdings voller Zweifel und quälender Ungewißheit war. Von Anfang an verwarf ich jede Möglichkeit irgend einer formalen oder tatsächlichen Abhängigkeit von dem Obersten Komité sowohl für meine

eigene Person, wie auch für meine Abteilung, weil eine solche dem Grundsatz meiner ganzen Arbeit völlig widersprochen hätte, mich auf das russische Teilgebiet zu stützen. Weiter beschloß ich, daß sowohl die Organisation des Heeres, wie auch alle anderen Fragen, die mit dem russischen Gebiet zusammen hingen, ausschließlich in meiner Hand liegen müßten und von mir weder dem Komité, noch dem österreichischen Heer abgetreten werden könnten. Lieber wollte ich mit dem Leben Schluß machen, als in diesen Fragen nachgeben“[42]). So erklärte er sich schließlich am 22. August bereit, in den Dienst der neu zu bildenden Legionen zu treten und gab diesen Entschluß an demselben Tage seiner Abteilung bekannt: „In Krakau hat sich ein Oberstes Nationales Komité aus allen polnischen Parteien gebildet, das mit Genehmigung der österreichisch-ungarischen Monarchie polnische Legionen für den Kampf mit den Russen aufstellen soll. Im Einverständnis mit der geheimen nationalen Regierung in Warschau habe ich mich entschlossen, dieser auf breiter Grundlage ruhenden Organisation beizutreten, welche dem polnischen Heer größere Mittel und kräftige Unterstützung sichert. Auf Grund der Abmachungen, die zwischen dem Obersten Komité und der österreichischen Heeresleitung getroffen worden sind, sollen unsere Abteilungen die Kader für die neuen Legionen bilden.“ Damit war die Episode der eigentlichen Schützenabteilungen abgeschlossen, Piłsudski's selbständige Stellung hatte kaum einen Monat gedauert.

Noch schwerer aber war die Enttäuschung, welche das Oberste Komité selbst erlitt, als es die Antwort der österreichischen Heeresleitung auf sein Gesuch, zwei Legionen aufstellen zu dürfen, erhielt. In dem Armeebefehl des Erzherzogs Friedrich, der dem Obersten Komité am 27. August zugestellt wurde, war die Stärke jeder Legion auf zwei Regimenter zu je vier Bataillonen Infanterie von je 1000 Mann und zwei bis drei Schwadronen Kavallerie zu je 150 Mann festgesetzt, außerdem sollte jede Legion noch ein Reservebataillon erhalten. Die Kommandogewalt lag ausschließlich in den Händen der österreichischen Heeresleitung, das Oberste Komité hatte nur das Recht, seine Wünsche durch Vermittlung der beiden Legionskommandeure zu äußern. In den Dienst der Legionen durften nur Leute treten, die zu irgend einem Dienst in der österreichischen Armee nicht verpflichtet waren, die Mannschaften sollten außer dem für die allgemeine Volkserhebung vorgesehenen Eid auch noch den Eid auf die Verteidigung des Landes leisten. Als Uniform blieb die bisherige Schützenuniform, jedoch mit schwarz-gelber Passe am rechten Arm, Fahnen und Standarten durften nicht geführt werden. Die unter dem Befehl Piłsudski's im Königreich stehenden Abteilungen blieben als erstes Regiment der ersten Legion weiter unter seinem Kommando und wurden der Heeresgruppe Kummer zugeteilt. Im No-

vember erhielt dies erste Legionenregiment zwei Batterien Gebirgsartillerie und eine Schwadron Kavallerie, Piłsudski selbst wurde „in Anerkennung seiner hervorragenden Taten vor dem Feinde“ zum Brigadeführer ernannt, im übrigen aber erhielten die Legionsoffiziere keinen eigentlichen Rang, sondern sie trugen nur den Titel, welcher der von ihnen bekleideten Stellung entsprach. Eine formelle Werbung wurde verboten, dagegen erklärte man sich mit dem freiwilligen Eintritt russischer Untertanen polnischer Nationalität einverstanden. Die Bewaffnung sollte mit Repetiergewehren erfolgen, so weit die Vorräte reichten, sonst mit Werndle Karabinern. Zum Kommandanten der ersten (Krakauer) Legion wurde Generalmajor Baczyński, zum Kommandeur der zweiten (Lemberger) Legion Generalmajor Pietraszkiewicz ernannt, beide Kommandanten unterstanden nur dem Befehl des A.O.K., sie durften wohl Wünsche des Obersten Komités entgegennehmen, mußten sie aber zur Entscheidung an das A.O.K. weiter geben.

Die Polen haben aus diesen Bestimmungen, die alle ihre Hoffnungen auf ein polnisches Heer unter polnischem Kommando vernichteten, nicht mit Unrecht geschlossen, daß es der österreichischen Heeresleitung bei der ganzen Frage überhaupt nur darauf angekommen war, mit Hilfe dieser Abteilungen einen Aufstand im Königreich zu entfachen und daß sowohl die Schützenabteilungen, wie auch später die Legionen jeden militärischen Wert mit dem Augenblick für sie verloren, als sie erkennen mußte, daß sie sich in ihren Hoffnungen getäuscht hatte. Besonders erbittert hat es die Polen damals, daß man das Referat über die Legionen dem Oberst Hranilowicz, dem Chef der militärischen Aufklärungsabteilung übertrug und dadurch auch äußerlich schon zeigte, für welche Zwecke man die polnischen Legionen zu verwenden gedachte. So konnte es nicht Wunder nehmen, wenn sich zwischen der österreichischen Heeresleitung und den Legionen, besonders der unter Piłsudskis Befehl stehenden I. Brigade, allmählich Zustände herausbildeten, über welche er selbst urteilt: „Zwischen der I. Brigade und den österreichischen militärischen Kreisen bestand ein starker Gegensatz. Sie behandelten uns wie Gesindel, wie verlumpte Menschen, wir vergalten es ihnen mit Gegenseitigkeiten. Das Verhältnis zum österreichischen Heere besserte sich erst Ende 1915 nach der Eroberung des gesamten Königreichs durch die Zentralmächte. Diese Tatsache brachte die polnische Frage auf die Tagesordnung“[43]). Wir werden später sehen, daß diese Besserung zwar erfolgte, aber nur so lange vorhielt, wie man in Österreich hoffte, in den polnischen Legionen eine Art von Handelsobjekt zu haben, gegen dessen Abtretung an Deutschland man Zugeständnisse für die österreichische Lösung der polnischen Frage erhoffte.

Es ist bereits erwähnt worden, wie es von Anfang an in den Plänen Piłsudski's gelegen hat, seine Tätigkeit so bald wie möglich

von dem Obersten Komité und damit auch von Österreich zu lösen und sich hauptsächlich auf das Königreich zu stützen. Dieser Gedanke blieb auch dann noch für ihn maßgebend, als er erkennen mußte, daß seine Hoffnungen auf einen Aufstand im Königreich trügerische gewesen waren. Das in Kielce errichtete Kriegskommissariat dachte deshalb auch nicht im entferntesten daran, sich dem in Krakau gebildeten Obersten Komité zu unterstellen, sondern es richtete sich in Kielce häuslich ein und erweiterte seine Tätigkeit bald, so daß schon in kurzer Zeit ein frisch-fröhlicher Krieg zwischen Kielce und Krakau begann. Man hatte sich in Kielce sofort ein amtliches Organ, den „Dziennik Urzędowy" (Amtliches Tageblatt) zugelegt, in dessen Spalten man mit dem Krakauer Obersten Komité nicht gerade säuberlich verfuhr. Das Krakauer Komité hatte sich bekanntlich verpflichtet, jedes Vorgehen zu vermeiden, das etwa im Königreich als unberechtigte Einmischung in die dortigen Verhältnisse hätte betrachtet werden können, und es beeilte sich deshalb, in einer öffentlichen Erklärung festzustellen, daß es mit den Verordnungen des Kielcer Kommissariats nichts zu tun habe. Die Folge davon war eine öffentliche Erklärung dieses Kommissariats, daß das Oberste Komité damit ausdrücklich auf die Stellung einer nationalen Regierung innerhalb des vom russischen Joch befreiten Gebiets verzichtet habe, daß es also in Zukunft in allen Fragen, welche das Königreich beträfen, nichts mehr zu sagen habe und daß es von den Polen des russischen Teilgebiets auch nicht mehr als leitende Stelle anerkannt werde, man sei deshalb gezwungen, eine besondere Organisation zu schaffen. So wurde denn auch am 5. September in Kielce die „Polska Organizacja Narodowa" (Nationalpolnische Organisation) als besondere Civilorganisation neben dem bereits bestehenden Kriegskommissariat geschaffen, die sofort mit ihrer Arbeit begann. Zwar verlangte der Kommandeur der ersten Legion, Generalmajor Baczyński, die sofortige Auflösung des Kriegskommissariats und erklärte, daß die polnische Legion nichts damit zu schaffen habe, in Kielce selbst kümmerte man sich darum wenig. Am 21. September verkündete man die volle Gleichberechtigung der Kielcer Organisation mit dem Obersten Komité und am 23. September nahm man die alleinige Vertretung des gesamten polnischen Gedankens im Königreich für sich in Anspruch. Man ordnete Zwangsaushebungen und Requirierungen an, die auf starken Widerstand der Bevölkerung stießen, bis schließlich die Deutschen, die sich inzwischen auf dem linken Weichselufer zur ersten Offensive gegen Warschau gesammelt hatten, weitere Werbungen verboten, um die Bevölkerung nicht zu reizen. Im übrigen aber war, wie Seyda hervorhebt, das Verhältnis der Deutschen zu der Polska Organizacja Narodowa durchaus entgegenkommend. Innerhalb des Kohlenreviers von Dąbrowka, wo die Organisation hauptsächlich arbeitete, kam es im September 1914 in Bendzin sogar zu einem Abkommen zwischen

ihr und dem Oberst Kraevel, auf Grund dessen die Organisation die Erlaubnis erhielt, Freiwillige anzuwerben, sich aber dafür verpflichtete, russische Spione aufzuspüren und Kundschafterdienste zu leisten. Als Ende September 1914 die neunte Armee unter Hindenburg in jene Gegend kam, fanden am 2. Oktober neue Verhandlungen zwischen den beiden Vertretern der Organisation, Sokolnicki und Jodko einerseits, und dem Oberst Sauberzweig andererseits statt. Die Polska Organizacja Narodowa erhielt das Recht, auf dem von den Deutschen besetzten Gebiet Freiwillige anzuwerben, defensiven und offensiven Kundschafterdienst zu treiben, verdächtige Personen zu verhaften und sie dem deutschen Kriegsgericht zu übergeben, russenfreundliche Tendenzen zu bekämpfen usw. Dafür verpflichtete sie sich, die Verbindungswege im Rücken der russischen Armee östlich der Weichsel, sowie russische Dampfer und Schiffe auf der Weichsel zu zerstören, eine Aufstandsbewegung, besonders in Warschau selbst, anzuzetteln und die deutsche Heeresführung über alle Vorgänge im Lande möglichst zu unterrichten. Das deutsche Heereskommando erklärte aber ausdrücklich, daß es bis auf weiteres auf die taktische Verwendung der polnischen Regimenter als polnisches Heer verzichte. Seyda bemerkt dazu: „Eine ähnliche Stellung nahm übrigens auch Wien ein, auch dort betrachtete man die Legionen hauptsächlich unter dem Gesichtspunkt, wie weit man durch sie eine Aufstandsbewegung entfachen könne, aber man wahrte wenigstens den Schein und degradierte die Legionen nicht, indem man auf ihre militärischen Dienste ausdrücklich verzichtete, dafür aber übertrug man das Referat über die Legionen dem Oberst Hranilowicz, dem Chef der Aufklärungsabteilung."

Auf deutscher Seite scheint man sich dann aber doch von dem Kampfwert der polnischen Abteilungen überzeugt zu haben, denn als die neunte Armee nach Warschau vorrückte, wurde zwischen den beiden genannten Vertretern der Polska Organizacja Narodowa und dem Oberst Sauberzweig am 10. Oktober ein neues Abkommen getroffen, nach welchem die von der Organisation aufgestellten Abteilungen mit einem Bataillon in Stärke von 500 Mann und einer Schwadron von 160 Mann an den Operationen der neunten Armee teilnehmen sollten und zwar unter deutschem Befehl und deutschem Kriegsrecht unterstellt. Im Fall der Einnahme Warschaus sollten diese polnischen Abteilungen in Warschau einquartiert werden und abwechselnd mit den deutschen Truppen die Wache vor dem Schloß beziehen. Dafür verpflichtete man sich auf polnischer Seite, eingehende Mitteilungen über die in Warschau stehenden russischen Truppen zu liefern und dafür zu sorgen, daß sich die Bevölkerung möglichst ruhig verhalte und vor allen Dingen keine Brücken über die Weichsel zerstöre. Von der Heeresleitung wurde dabei jedoch der ausdrückliche Vorbehalt gemacht, daß durch dieses Abkommen keinerlei politische Zusicherungen zu Gunsten der Polska Organi-

zacja Narodowa gemacht würden, sondern daß die Zusammenarbeit nur militärische Ziele im Auge habe[44]).

Das Abkommen vom 10. Oktober verlor seine Bedeutung, als die Deutschen die Offensive gegen Warschau abbrachen und die deutschen Truppen zurückgingen, aber auch das Abkommen vom 2. Oktober scheint wenig befriedigende Ergebnisse gehabt zu haben, denn am 21. Oktober wurde Sokolnicki von Sauberzweig auf eine Reihe von Mißgriffen aufmerksam gemacht, welche sich seine Leute bei Werbungen und Requisitionen hätten zu Schulden kommen lassen; er versprach zwar, Abhilfe zu schaffen, aber Anfang November wurde auch dies Abkommen von deutscher Seite aufgehoben. Vielleicht trifft Studnicki das Richtige, wenn er über diese ganze Werbeaktion und die damit gegebenen Unzuträglichkeiten schreibt: „In Lodz war Jodko der Leiter der örtlichen Organisation. General Lippert, welcher die deutschen Truppen in Lodz befehligte, sprach sich über die Tätigkeit Jodko's sehr freundlich aus. In vielen Orten jedoch wurde die Arbeit ungeschickt und leichtfertig getan, so daß sie nur das Mißtrauen und die Verachtung der deutschen Truppen erregte"[45]). Man wollte eben mit allen Mitteln eine möglichst große Anzahl von Freiwilligen aus dem Königreich gewinnen, um auch dadurch die Pläne Piłsudski's zu verwirklichen, sich und seine ganze Arbeit in immer stärkerem Maße auf das Königreich zu stützen und von Österreich unabhängig zu werden. Mit welchen Hoffnungen man gerade an diese Werbeaktion herangegangen war, zeigt uns Studnicki ebenfalls, wenn er erwähnt, daß Sokolnicki und Jodko bei den Verhandlungen im Hauptquartier Hindenburg's versicherten, 100 000 Mann Freiwillige aufstellen zu können und daß man wenige Monate später erkennen mußte, daß es kaum 2000 waren.

Es ist wohl selbstverständlich, daß alle diese Verhandlungen zwischen den beiden Vertrauensleuten Piłsudski's und den Deutschen mit Wissen und Wollen Piłsudski's geführt worden sind, sie führten schließlich dazu, daß dieser selbst Beziehungen zu den Deutschen anzuknüpfen suchte, um mit ihrer Hilfe sein Ausscheiden aus dem österreichischen Heeresverband und seine Übernahme in den deutschen zu erreichen. Seyda erwähnt einen Brief, den Piłsudski am 9. Oktober an den Hauptmann Lüders, den Vertreter Sauberzweig's, geschrieben hat, und er berichtet gleichzeitig von Verhandlungen, welche zwei Beauftragte Piłsudski's, nämlich Sokolnicki und Sosnkowski, am 13. Oktober in Radom mit Lüders geführt haben. Im Lauf dieser Verhandlungen erklärte Lüders, daß eine taktische Verwendung polnischer Truppen durch das Abkommen vom 2. Oktober ausgeschlossen sei und daß es aus diesem Grunde auch unmöglich sein würde, das Regiment Piłsudski's aus dem österreichischen Heeresverband heraus zu nehmen und es an anderer Stelle unterzubringen, immerhin versprach er, die Wünsche Piłsudski's dem Chef des Generalstabes zu unterbreiten[46]).

Alle diese von Seyda gemachten Angaben sind so bestimmt gehalten und betonen so nachdrücklich, daß die Initiative zu den Verhandlungen von der Polska Organizacja Narodowa und von Piłsudski selbst bezw. seinen Vertrauensmännern ausgegangen ist, daß die Darstellung, welche der Herausgeber und Kommentator der Schriften Piłsudski's gibt, sich mit ihnen in keinem Fall vereinbaren läßt. Hier wird nämlich die Angelegenheit so dargestellt, als ob die deutsche Heeresleitung die Initiative ergriffen und Piłsudski die Teilnahme seiner Truppen an dem Einmarsch in Warschau angeboten habe, dieser aber auf die ihm dabei gestellten Bedingungen nicht eingegangen sei. Nach allem, was wir über die Pläne Piłsudski's von ihm selbst wissen, liegt gerade dieser Schritt, durch Vermittlung der Deutschen aus der Verbindung mit Österreich befreit zu werden, so unbedingt auf derselben Linie, daß man den Angaben Seyda's sicher den Vorzug geben wird. Daß eine solche ablehnende Haltung der deutschen Heeresleitung von Piłsudski nicht gerade angenehm empfunden worden ist, kann nicht Wunder nehmen, besonders, wenn man an die Begründung denkt, welche Lüders in seiner Antwort an Sokolnicki und Sosnkowski gegeben hat. Vielleicht wird aber gerade in diesem Zusammenhang die etwas mysteriöse Geschichte verständlich, welche Pomarański von dem Grafen v. Hutten-Czapski erfahren hat, daß nämlich Kaiser Wilhelm ihn im Herbst 1914, nach dem Gefecht bei Laski, (also nach dem 26. Oktober), nach Radom geschickt habe, „um sich unmittelbar mit dem Kommandanten zu verständigen". Um was es sich bei dieser Verständigung gehandelt hat, erfahren wir nicht, auch in den Erinnerungen des Grafen v. Hutten-Czapski habe ich über diese Reise nichts gefunden. Immerhin stimmen die beiderseitigen Angaben über Zeit und Ort durchaus zusammen, so daß man annehmen könnte, der Kaiser habe von dem Wunsche Piłsudski's und von dessen Ablehnung durch die deutsche Heeresleitung erfahren und in seiner impulsiven Art den vielgewandten polnischen Grafen mit der Mission beauftragt, die Sache wieder einzurenken und eine Verständigung mit Piłsudski herbeizuführen, „für dessen Person sich der Kaiser seit Beginn des Krieges besonders interessierte"[47]).

Für uns haben alle diese Dinge nur insofern Wert, als sie uns zeigen, wie zielbewußt Piłsudski unmittelbar, nachdem er sich dem Obersten Komité unterstellt hatte, darauf hinarbeitete, diese für ihn drückende Abhängigkeit mit allen Mitteln und so schnell wie möglich wieder zu beseitigen und wie er deshalb immer wieder versuchte, seine ganze militärische und politische Arbeit in das Königreich hinüber zu spielen. Nur dann, wenn man diesen Leitgedanken in Rechnung stellt, der ihn in den ersten Monaten des Krieges beseelte, versteht man die manchmal recht verschlungenen Wege, die er in dieser Zeit gegangen ist.

Der Rückzug der deutschen Heere bereitete auch der Tätigkeit des Kielcer Kriegskommissariats und der mit ihm in Verbindung stehenden Polska Organizacja Narodowa ein Ende; die von der Organisation aufgestellten polnischen Truppenabteilungen wurden nach dem Teschener Schlesien überführt, die leitenden Männer kehrten nach Galizien zurück und wurden in das Oberste Komité übernommen, — man deckte den Mantel der Liebe über diese Episode, trotzdem sie dem Ansehen des Krakauer Obersten Komités stark geschadet hatte.

In Warschau aber celebrierte der Erzbischof Kakowski einen feierlichen Dankgottesdienst für die Errettung der Hauptstadt Polens von den Feinden.

Das Ansehen des Obersten Komités, war aber auch sonst schon recht brüchig geworden. Die geradezu niederschmetternde Antwort, welche die österreichische Heeresleitung in der Frage der Legionen gegeben hatte, die Tatsache, daß von allen den nationalen Hoffnungen und Plänen, welche man gerade auf die Bildung polnischer Legionen gesetzt hatte, so gut wie nichts bewilligt worden war, (kein polnisches Kommando, keine polnischen Fahnen, kein Einfluß des Komités auf die Führung der Legionen), das alles war ein schwerer Schlag gewesen. Noch hoffte man, im Wege von Verhandlungen irgend welche Änderungen zu erreichen, man hatte sich getäuscht. Die österreichische Heeresleitung sah sich in ihren Hoffnungen, mit Hilfe polnischer Freischaren einen bewaffneten Aufstand im Königreich hervorzurufen, betrogen, damit aber hatten auch die geplanten polnischen Legionen jeden militärischen Wert für sie verloren, zumal sie ja jederzeit die Möglichkeit hatte, die polnischen Wehrpflichtigen, die österreichische Untertanen waren, in ihre eigenen Heeresformationen einzugliedern. Das einzige Entgegenkommen, zu welchem sich das österreichische Oberkommando bereit fand, war die Anerkennung der polnischen Legionen als Kombattanten im Sinne des Kriegsrechts, das geschah aber nur als Antwort auf den Armeebefehl des Großfürsten Nikolaus vom 24. August, in welchem die polnischen Freiwilligen, welche in den Reihen der Legionen kämpften, als Nichtkombattanten bezeichnet worden waren. Unerbittlich blieb man dagegen in der Frage nach der Eidesformel für die Legionen. „Derselbe Generalstab dachte nicht mehr an seine eigene frühere Initiative und, trotzdem das polnische Volk in Galizien ohne Unterschied der Parteien auf der Seite der Legionen stand, . . . verstand sich General Conrad nicht zu der ihm persönlich vorgetragenen Bitte des Vorsitzenden des Obersten Komités, daß die Legionen, wenn sie schon gezwungen sein sollten, sich mit der österreichischen Armee als ein Teil des Landsturms zu vereinigen, wenigstens zu der Treueidsformel für den Kaiser die Treue zu dem polnischen Vaterland hinzufügen durften“[48]). In Krakau, wo am 4. September 3400 Mann vereidigt wurden, suchte man sich

dadurch zu helfen, daß man den Mannschaften vor Verlesung der Eidesformel für den österreichischen Landsturm den Aufruf des Komités zur Meldung von Freiwilligen vom 20. August vorlas, in welchem sich die Worte befanden: „Legionäre! Mit Euch die Ehre, mit Euch die Zukunft der Nation, mit Euch ein freies Polen!“ Schwieriger war die Lage bei der Vereidigung der unter Piłsudski's Befehl stehenden 1800 Mann, die am 5. September in Kielce vereidigt wurden. „Die Legionäre, welche den Eid in Kielce leisten sollten, fragten, für wen sie sich schlagen sollten. Nachdem ihnen die Eidesformel durch den Hauptmann beim Stabe, Zagórski, verlesen worden war, folgte dumpfes Schweigen. Als Hauptmann Zagórski den Wortlaut des Eides wiederholte, fügte er bei den Titeln des österreichischen Kaisers die Worte hinzu „dem König Polens“. So behauptete es bei der Sitzung der westlichen Abteilung des Komités am 7. September Sikorski, und ebenso hieß es in dem offiziellen Bericht über die Vereidigung. Ein anderes Aussehen gewinnt die Sache allerdings dadurch, daß Hauptmann Zagórski sich genötigt sah, es zu bestreiten, daß er der Eidesformel diese Worte hinzugefügt hätte“[49]). Man merkt dem Nationaldemokraten Seyda an, wie gerne er seine Leser glauben lassen möchte, daß es in der Tat so gewesen sei, hier tritt aber Piłsudski selbst als Zeuge für die Richtigkeit des offiziellen Berichts ein, denn auch er erklärt ausdrücklich, daß man den Mannschaften bei der Vereidigung in Kielce neben den Worten „dem Kaiser von Österreich“ auch die Worte „dem König von Polen“ vorgelesen habe und fügt hinzu: „Manchmal, bei vielen späteren schweren Erlebnissen kam mir der Gedanke, mich auf diese Worte zu berufen und auf diese Weise eine noch stärkere Absonderung meiner Brigade von dem österreichischen Heer zu erreichen“[50]), und auch in der bereits erwähnten Unterredung mit dem Oberstleutnant Laudański spricht er ausdrücklich von einem Eid auf den König von Polen und fügt hinzu: „Das monarchische Element vertrug sich nicht mit der Ideologie der ersten Brigade.“ Unvereidigt blieben in Westgalizien und im Teschener Schlesien etwa 3500 Mann; die ostgalizische Abteilung des Obersten Komités in Lemberg lehnte es überhaupt ab, ihre Legion auf eine solche Formel, wie sie in Krakau zur Anwendung gekommen war, vereidigen zu lassen.

So waren die ersten Ergebnisse der Tätigkeit des Obersten Komités wenig verheißungsvoll gewesen, jetzt aber sollte eine Zeit kommen, in welcher seine Existenz überhaupt in Frage gestellt zu sein schien. In breiter Welle waren die Russen den zurückgehenden Österreichern gefolgt und unaufhaltsam in Galizien eingedrungen. Als sie sich Lemberg, dem Sitz der östlichen Abteilung des Komités und dem Standort der östlichen Legion näherten, verließ man die Stadt, die Legion selbst wurde zunächst nach Sanoka gebracht, auf dem Marsch dorthin stießen flüchtende Abteilungen aus anderen

Ortschaften dazu, in Mszana Dolna betrug ihre Zahl schon 6000 und, anstatt den gesunkenen Mut der Leute zu heben, vergrößerte man die Panik absichtlich und stellte schließlich den Mannschaften frei, die Legion überhaupt zu verlassen. Etwa 4000 folgten diesem Rat, der Rest blieb unter Haller und leistete den Eid. Aus ihnen wurde später das dritte Legionen Regiment gebildet, aus welchem sich dann die sogenannte Karpathenbrigade entwickelte. „Wir verloren also in Folge der Demoralisierung, (nicht etwa im Kampf), welche durch die Gegner unserer gegen Rußland gerichteten bewaffneten Bewegung propagiert wurde, 4000 Mann. Es verließen die Legion die Drużyny Bartoszowe in ihrer Gesamtheit und ein wesentlicher Teil der Drużyny Polowe des Sokoł . . . Das, was jetzt geschah, lag schon bei Beginn des Krieges in den Plänen Stanislaus Grabski's. Er sprach es schon damals aus, daß man, wenn Österreich die Bedingungen nicht annehmen würde, die Demobilisierung bewerkstelligen werde. Grabski, der in Folge der Organisation mit Dmowski im Königreich verbunden war, der im Einverständnis mit dem russischen Generalstab arbeitete, blieb in Verbindung mit dem Kommandanten der russischen Truppen in Lemberg, er hatte auch bei den Formationen der Legionen zwei Agenten in der Intendantur. Trotz des Kordons der kämpfenden Heere unterhielt Stanislaus Grabski auch weitere Beziehungen mit den Offizieren in Mszana . . . Die Legionen unter patriotischen Vorwänden zerschlagen, den Eid ablehnen, um mit allen Mitteln die Leute nach dem russischen Gebietsteil hinüber und an die Seite Rußlands zu führen, — das war der Plan Grabski's“[51]).

In Galizien rief man „Verrat an der polnischen Sache“, in dem Komité kam es zu den heftigsten Auseinandersetzungen, die schließlich dahin führten, daß am 8. Oktober neun Vertreter Ostgaliziens ausschieden. Bald zeigten sich innerhalb der ostgalizischen Polen weitere Zersetzungserscheinungen. Nachdem die Russen Galizien bis fast nach Krakau hin besetzt hatten, wodurch das Krakauer Komité zur Übersiedlung nach Wien gezwungen worden war, machten sich defaitistische Bestrebungen in immer größerem Umfang bemerkbar. Als Vertreter der Polen Ostgaliziens kamen der Fürstbischof Sapieha und Fürst W. Czartoryski nach Wien, um von Biliński zu fordern, daß er auf einen sofortigen Friedensschluß mit Rußland hinwirken solle. Im Wiener Außenministerium beurteilte man solche Bestrebungen mit Recht als Landesverrat und ließ den Vorsitzenden der Lemberger Abteilung des Komités internieren, während ein zweites, an der Auflösung der östlichen Legion stark beteiligtes Mitglied sich der drohenden Internierung durch Flucht in das Ausland entzog[52]). In ganz Ostgalizien setzte eine Massenflucht der polnischen Szlachta vor der Russifizierungspolitik des russischen Generals Bobriński ein, „ihr Auftreten in Wien war derartig, daß

Graf Stuergkh mit Verhaftungen wegen Landesverrats drohte". Zwar setzten unmittelbar nach dem Abzug der Russen scharfe Repressalien der österreichischen Behörden in Galizien ein, zwar gab die galizische Szlachta im Januar 1915 dem Kaiser Franz Josef eine feierliche Beteuerung ihrer unbedingten Loyalität, — aber man war in Wien durch alle diese Dinge doch recht mißtrauisch und zurückhaltend geworden.

Bei den schweren Kämpfen in jener Zeit hatten aber auch die Legionen starke Verluste erlitten und die Zahl der Meldungen von Freiwilligen war unter dem schweren Druck des russischen Einfalls immer mehr zurückgegangen, so daß sich das Oberste Komité gezwungen sah, um die Bestände wieder aufzufüllen, sich am 19. November an das österreichische Oberkommando mit der Bitte zu wenden, ihm die Auffüllung des Reservebataillons zu gestatten und zwar mit Mannschaften, die sich entweder aus dem österreichischen Heer oder aus der Zahl der russischen Kriegsgefangenen polnischer Nationalität freiwillig melden würden. Auf dieses Gesuch aber erfolgte nicht nur eine ablehnende Antwort, sondern man teilte dem Komité mit, daß man in der gegenwärtigen Zeit eine Verstärkung der Legionen überhaupt nicht beabsichtige und daß das Komité deshalb seine Werbeaktion einzustellen habe. „Die Zeit, welche das Kommando erwähnt, war offenbar für Österreich außerordentlich böse, sie konnte, im Fall eines Mißlingens, die letzte sein. Es kamen für das Kommando Zeiten des Zweifels, es meldeten sich in seiner Mitte Stimmen, ob man nicht von den Russen für den Preis der Abtretung Galiziens Frieden erlangen könne. Die polnischen Legionen, die an der Seite Österreichs kämpften, schienen für einen solchen Frieden ein Hindernis zu sein, und das Komité erschien als lästig und aufdringlich. Für das Kommando hatte das Komité in dem Augenblick seinen Wert verloren, als es sich zeigte, daß es trotz der Expedition der Legionen in das Königreich nicht gelungen war, die dortige Bevölkerung mit fortzureißen und einen allgemeinen Aufstand zu entfachen. Um dieses Ziel zu erreichen, hatte das Kommando in Ausnahmemaßregeln gewilligt, welche die polnische Nationalität betrafen und welche das Heer nur unwillig ertrug. Als das Ziel vernichtet war, fingen die Ausnahmebestimmungen an drückend zu werden. Das politische Ziel der Legionen, den Gedanken, das Königreich mit Galizien zu vereinigen und aus ihnen einen polnischen Staat in Verbindung mit der österreichisch-ungarischen Monarchie zu bilden, verstand wohl die Regierung und verstanden die aufgeklärten österreichischen und ungarischen Politiker, diesen Gedanken erkannte auch der Kaiser an und machte kein Hehl daraus, aber das Kommando der Armee verstand ihn nicht und erkannte ihn nicht an, weil es sich in wunderlicher Kurzsichtigkeit einbildete, im Fall eines Sieges in der ganzen Monarche halb mlitärische Regierungen einführen zu können und weil es die Vorteile nicht ver-

stand, welche die Vereinigung des größten Teils der polnischen Nation innerhalb der Grenzen der Monarchie für diese bilden könnte“[53]).

Die von der österreichischen Heeresleitung geforderte Einstellung der Werbetätigkeit bedeutete aber für das Komité das Ende, weil es damit jede Existenzberechtigung verloren hätte. Das wußte man genau und, um seine Existenz zu retten, kam man auf den Gedanken, seine Tätigkeit jetzt nach dem Königreich zu verlegen, die Werbetätigkeit in gewissem Umfang dort wohl weiter zu treiben, im übrigen aber sich mehr mit der nationalen und politischen Organisation dieses Gebiets zu befassen. So wendete man sich denn auch an das Wiener Außenministerium, um die Erlaubnis für eine solche mehr politisch orientierte Arbeit und für ihre Verlegung auf das Gebiet des Königreichs zu erhalten. In der Denkschrift, welche man dem Ministerium überreichte, wies man zunächst darauf hin, wie notwendig es sei, daß das Komité seine politischen Agenten nach dem Königreich schicke, um dort im Sinn und Interesse Österreichs zu arbeiten, denn die Polen könnten nicht Freunde Rußlands sein, wenn sie ihre Nationalität erhalten wollten, weil sie unter russischer Herrschaft einer Entnationalisierung zutrieben, die sich auf dem gefährlichsten Weg, nämlich dem einer moralischen Entartung, vollziehe. Für die Polen sei es aber auch ebenso unmöglich, sich etwa Preußen zu nähern, weil dieses schon mit Rücksicht auf seine nationale Geschlossenheit und Gleichförmigkeit sich nur einer einzigen Methode bedienen könne, nämlich der Vernichtung der Polen, die man freilich auf andere Weise als in Rußland, aber doch mit demselben Ergebnis erreichen wolle. Das Interesse Polens beruhe vielmehr auf einer Verbindung mit Österreich, es sei also mit den Interessen der Monarchie identisch. „Anstatt anderer Beweisgründe genügt es darauf hinzuweisen, daß ein siegreiches Österreich sich nach keiner andern Richtung ausdehnen kann, als nach Polen hin. Das Oberste Komité vertritt diese Politik des Zusammengehens mit Österreich und es umfaßt die Vertreter aller derjenigen Richtungen, die nicht nur in Galizien, sondern auch im Königreich sich auf diesem Gedankenhintergrund bewegen. Man wird ohne Vorurteil sagen können, daß innerhalb des Komités die gesamte polnische Gedankenwelt mit den Legionen verbunden ist. Nun aber lehrt die Erfahrung, daß eine Regierung, die sich nur auf physische Kraft stützt, nicht lange dauert, deshalb ist es Österreichs Aufgabe, das Königreich jetzt, bei der Besetzung, auch zugleich moralisch zu erobern, der Weg zu einer solchen moralischen Eroberung führt aber durch das Komité, weil nur dies die österreichfreundlichen Elemente in sich vereinigt.“

Die Denkschrift ist ein Meisterstück diplomatischer Wendigkeit und Klugheit. Man wußte, wieviel dem österreichischen Außenministerium daran lag, solche „moralischen Eroberungen“ in den

besetzten Gebieten des Königreichs zu machen, man war gerne bereit, bei der Verwirklichung dieser Wünsche Hilfsstellung zu leisten, denn man bildete ja die „Vereinigung aller österreichfreundlichen Kreise“ innerhalb der polnischen Volksgesamtheit, aber, — man bildete auch zugleich den Sammelpunkt aller derjenigen Kreise, deren „Gedankenwelt mit den Legionen verbunden ist“, — eins ließ sich von dem anderen nicht trennen, wer die Hilfe des Komités bei der moralischen Eroberung des Königreichs haben wollte, der mußte ihm die Möglichkeit geben, auch auf dem andern Gebiet weiter arbeiten zu können, d. h. die Werbearbeit für die Legionen nach wie vor treiben zu können.

Man hatte sich nicht getäuscht. Die Antwort des Wiener Außenministeriums vom 31. Dezember 1914, die allerdings vorsorglicher Weise nicht von Berchtold, sondern von dem Grafen Hoyos unterschrieben war, zeigte das mit aller Deutlichkeit: „Was die von Ihren politischen Agenten zu führende Agitation betrifft, so stimme ich darin völlig mit Ihnen überein, daß man als Ziel dieser Propaganda die Vereinigung der unter russischer Oberhoheit befindlichen Gebiete mit Galizien in dem Verband der österreichisch-ungarischen Monarchie betrachten kann. Die noch nicht geklärte Kriegslage bringt es jedoch mit sich, daß das Außenministerium aus leicht verständlichen Gründen gegenwärtig keine bindenden Erklärungen nach dieser Richtung hin abgeben kann. Die Tatsache jedoch, daß die Ausdehnung der Tätigkeit des Komités auf das Königreich Polen die Billigung der obersten Heeresleitung und des Außenministeriums gefunden hat, beweist, daß die von dem Obersten Komité aufgestellten Ziele den Intentionen dieser beiden Behörden entsprechen“[54]). (Rückübersetzung aus dem Polnischen).

In welchem Maße diese Pläne des Obersten Komités den „Intentionen“ Wiens wirklich entsprachen, versteht man aber erst dann, wenn man weiß, daß Berchtold schon am 17. August 1914 den österreichischen Botschafter in Berlin beauftragt hatte, mit der deutschen Regierung Fühlung zu nehmen wegen der von Österreich beabsichtigten Entsendung des Generals Colard als militärischen Statthalters und des früheren galizischen Statthalters Bobrzyński zu seiner Unterstützung nach den eroberten Gebieten Kongreßpolens. Der Botschafter hatte den Auftrag, „sich darum zu bemühen, daß man uns schon heute grundsätzlich die Organisation der Verwaltung in dem durch die Deutschen besetzten Gebiet westlich der Weichsel zugesteht und daß man sich damit einverstanden erklärt, daß General Colard nach Warschau kommt, sobald es durch die Deutschen besetzt ist“[55]). (Rückübersetzung aus dem Polnischen). Jetzt erklärte sich das Komité bereit, die Rolle zu übernehmen, die man eigentlich Colard und Bobrzyński zugedacht hatte, nämlich „moralische Eroberungen“ für Österreich zu machen, und darum griff man mit Freuden zu.

Zwei Dinge freilich hatte sowohl das Komité, wie auch das Wiener Außenministerium bei diesen Plänen nicht genügend in Rechnung gesetzt, nämlich die sofort einsetzende starke Gegenaktion der Polen im Königreich selbst und die ebenfalls sofort beginnende Gegenarbeit Piłsudski's. Schon am 28. August hatten die Warschauer Nationaldemokraten eine Kundgebung erlassen, in welcher sie den in Österreich aufgestellten beiden Legionen jede selbständige militärische Bedeutung absprachen und sie als ein politisches Werkzeug Österreichs im Interesse Deutschlands hinstellten. Sie hatten in dieser Kundgebung darauf hingewiesen, daß in diesem Kriege gerade das Königreich die schwersten Schläge auszuhalten haben werde und daß man durch die Aufstellung der Legionen die russischen Soldaten geradezu provoziere und sie zu einem feindlichen Verhalten gegen die polnische Bevölkerung des Königreichs veranlasse, und sie hatten kategorisch gefordert, daß das Oberste Komité seine Tätigkeit sofort einstelle, weil diese sich für die gemeinsame polnische Sache nur schädlich gezeigt habe. Bald darauf hatten sich die russenfreundlichen Parteien des Königreichs, entsprechend dem österreichischen Muster, ebenfalls zusammengeschlossen, nämlich zu dem „Komitet Narodowy Polski" (Polnisches Nationalkomité), dessen Führung Wielopolski übernommen hatte, und dieses neue Komité trat am 25. November mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit, in welchem das Vorgehen der österreichischen Polen, und besonders die Tätigkeit des Obersten Komités, auf das schärfste verurteilt wurde. Schon die Schützenbewegung, so erklärte man, hätte einen schweren moralischen Schlag erlitten, die Aufstellung polnischer Legionen aber hätte in allen polnischen Kreisen heftigen Widerspruch gefunden. Jetzt ständen die russischen Heere auf österreichischem Boden, die Niederlage Österreichs sei nur noch eine Frage der Zeit, nun endlich sollten die galizischen Polen sich auf ihre Pflicht besinnen und öffentlich erklären, daß sie mit ihrem Denken und Fühlen unlösbar mit den Polen der beiden anderen Gebietsteile verbunden seien.

Man ließ es aber bei solchen Protesterklärungen allein nicht bewenden, sondern man fing jetzt auch mit positiver Gegenarbeit an, nämlich mit den Vorarbeiten für die Aufstellung einer polnischen Legion, die an der Seite Rußlands kämpfen sollte. Über die Gründe, welche das Warschauer Nationalkomité zu diesem Entschluß veranlaßt haben, schreibt Seyda: „Es handelte sich vor allen Dingen darum, den fatalen Eindruck bei den Alliierten zu verwischen, wenn diese hörten, daß das politische Ziel Polens in diesem Weltkrieg die Vereinigung aller seiner Gebietsteile sei, daß eine solche Vereinigung aber nur durch einen Sieg über die Deutschen und ihre Bundesgenossen erreicht werden könne, und wenn die Alliierten dann gleichzeitig vor der Tatsache standen, daß die einzige Freiwilligen-Abteilung, welche Polen überhaupt gebildet hatte, auf der Seite der

deutschen Kaisermächte stand. Die mit der russischen Armee verbundenen polnischen Legionen konnten also gegen die bei der österreichischen Armee stehenden ein Gegengewicht bilden, sie konnten vielleicht auch stärker an Zahl sein und dadurch ein gewisses politisches Übergewicht herstellen. Ein weiterer Grund aber war das Bestreben, die vorhandene Begeisterung, welche unsere Jugend erfüllte und sie als Freiwillige in die russischen Heere trieb, für uns zu benutzen. Die Nationaldemokraten wollten diese Welle der Begeisterung in das polnische Flußbett leiten und zwar nicht nur im nationalen Interesse der polnischen Jugend selbst, sondern auch, um bei der Regelung der polnischen Frage nach der Niederlage der Deutschen das Argument zu haben, daß polnisches Blut geflossen sei, endlich aber auch, um an dem Zeitpunkt der Entstehung des polnischen Staates die Kader einer zukünftigen polnischen Armee zu besitzen“[56]).

Die russischen Militärbehörden standen solchen Bestrebungen wohlwollend gegenüber und der General Iwanow erhielt von dem Großfürsten Nikolaus den Befehl, die vorbereitenden Schritte zu unternehmen, er erließ deshalb die Anordnung, mit der Aufstellung einer polnischen Legion in Puławy zu beginnen. Der Warschauer Generalgouverneur bestimmte jedoch, daß die Legion nur als eine Gruppe von Freiwilligen zu gelten habe, die keinerlei besondere Vorrechte genießen dürfe, damit aber war gerade der Zweck, den die Polen mit dieser Legion verbinden wollten, hinfällig geworden, und die sogenannte Legion von Puławy kam über die ersten Anfänge nicht hinaus.

Wenn die Nationaldemokraten des Königreichs durch die Politik des Obersten Komités so stark beunruhigt waren, dann lagen die wirklichen Gründe dafür tiefer. „Eine Tragödie wäre entstanden“, schreibt Dmowski, „wenn eine solche Nationalregierung, die Rußland den Krieg erklärte, wirklich in Warschau bestanden hätte und wenn als Antwort auf das Erscheinen der Legionen innerhalb der Grenzen des Königreichs dort wirklich ein Aufstand ausgebrochen wäre. Wenn eine solche Bewegung sich wirklich gezeigt und das ganze Land ergriffen hätte, dann hätte auch unsere ganze Politik ein schnelles Ende gefunden, wir hätten dann nicht lange auf einen Sonderfrieden zwischen Rußland und Deutschland zu warten brauchen, durch welchen viele Dinge erledigt worden wären, vor allen Dingen aber die polnische Frage, — und zwar gründlich und auf lange Zeit“[57]). Aus solchen Erwägungen heraus kann man auch das harte Urteil verstehen, das Seyda über seine galizischen Landsleute fällt, wenn er ihre Politik eine „pathologische Erscheinung“ nennt.

Diese im Königreich an sich schon vorhandene gereizte Stimmung gegen die Politik des Obersten Komités steigerte sich selbstverständlich noch mehr, als man von Galizien aus in der Tat be-

gann, politische Agenten und Werber nach dem österreichischen Okkupationsgebiet zu schicken, und sie trug nicht dazu bei, die Aussichten der ganzen Arbeit zu verbessern.

Das Krakauer Komité hatte aber ebenso wenig mit der Gegnerschaft Piłsudski's gerechnet. „Von Anfang an habe ich allen gegenüber behauptet, daß der Krieg wesentlich länger dauern würde, als man allgemein annahm. In Folge dessen würden beide Teile, die Sieger sowohl, wie die Besiegten, überaus erschöpft und geschwächt sein. Dieser Zustand aber biete die Möglichkeit, zum Schluß der Starke zu sein, der, trotz seiner anfänglichen Schwäche, genug moralische und materielle Kräfte besitze, um durchzuhalten. Dann aber würde sich die Möglichkeit bieten, auf das Geschick Polens in dem Umfang Einfluß auszuüben, wie wir Kräfte besitzen würden. Ich stellte keinerlei Vermutungen darüber an, ob diese oder jene Seite siegen würde, ich war überzeugt, daß sowohl die eine, wie auch die andere geschwächt werden würde und daß wir diesen Umstand ausnützen müßten. Ein weiterer Punkt meiner Überlegungen war, daß ein so großer Krieg garnicht anders endigen könne, als daß er eine gewisse psychische Umwertung auf beiden Seiten hervorrufe. Die ehernen staatspolitischen Gesetze, die so lange bestanden, müssen einer Änderung unterliegen und selbst, wenn Polen seine Unabhängigkeit nicht gewinnen sollte, würde der Sieger gezwungen sein, ihm bessere Lebensbedingungen zu gewähren. Unbedingtes Erfordernis aber mußte es sein, daß Polen im letzten Augenblick einen „Trumpf im Spiel" darstellte. Deshalb war ich dagegen, weder mit der einen, noch mit der andern Seite Abreden zu treffen, die geschichtlichen Ereignisse konnten über sie zur Tagesordnung hinweggehen. Deshalb führte ich auch während der Zeit meiner Zusammenarbeit mit dem Obersten Nationalkomité immer wieder aus, daß unser Spiel um Plus und nicht um Minus sein müßte und daß wir unsere Forderungen so hoch wie möglich schrauben müßten. Ich war der Meinung, daß wir nicht billig arbeiten dürften"[59]).

In diesen Worten Piłsudski's liegt der Schlüssel zu dem Verständnis der Taktik, die er mit dem Augenblick einschlug, als das Oberste Komité mit Zustimmung der österreichischen Civil- und Militärbehörden seine Tätigkeit auf das Gebiet des Königreichs verlegte. Wenn Polen wirklich am Schluß des Krieges einen „Trumpf im Spiel" darstellen sollte, dann war das wichtigste Erfordernis dafür, daß es mit einer unverbrauchten und geschulten bewaffneten Macht aufwarten konnte, das Reservoir aber für eine solche bewaffnete Macht war einzig und allein das Königreich, wo viele militärtaugliche junge polnische Männer durch die Maschen des russischen Aushebungsgesetzes geschlüpft waren, und gerade diese sollten jetzt etwa von den Werbungen der Agenten des Obersten Komités erfaßt werden? Aus solchen Erwägungen heraus ist damals der Gedanke bei ihm entstanden, innerhalb des Königreichs nach dem Muster der

galizischen Schützenverbände eine militärische Geheimorganisation zu gründen, die nur ihm zur Verfügung stehen sollte, jene Organisation, die später, z. Zt. Beselers, eine so große Rolle spielen sollte, die „Polska Organizacja Wojskowa", die polnische Militärorganisation, bekannt unter der Abkürzung P.O.W.

Die von Piłsudski im Jahre 1910 in Galizien geschaffenen Schützenorganisationen hatten schon vor dem Krieg auch auf das Königreich übergegriffen, trugen aber dort den Charakter einer Geheimverbindung, deren Führer bei den in Galizien eingerichteten militärischen Kursen der Schützen und des Z.W.C. ihre regelmäßige Ausbildung erhielten. Nachdem durch den Kriegsausbruch alle Verbindungen zunächst unterbrochen waren, mußte man jetzt die Fäden wieder anknüpfen, und in der Tat gelang es einem seiner Offiziere, Żuliński, durch die russische Front nach Warschau zu kommen, dort die verschiedenen Kreise der bisherigen Schützenorganisation wieder zu sammeln und außerdem eine neue Organisation, nämlich die P.O.W. zu gründen. Man trifft den Charakter der neuen Organisation vielleicht am besten, wenn man ihre Mitglieder als „politische Soldaten" Piłsudski's bezeichnet, sie standen mit der im Königreich bestehenden Schützenorganisation in enger Verbindung, erhielten dieselbe militärische Ausbildung, waren aber in erster Linie dazu bestimmt, eine starke politische Tätigkeit gegen die Nationaldemokraten und deren russenfreundliche Einstellung zu entfalten. Ihre politische Stütze hatten sie in den polnischen Linksparteien, im übrigen galt auch für sie der Grundsatz völliger Überparteilichkeit und die Verpflichtung zum Gehorsamsgelöbnis gegenüber einer polnischen Regierung, wenn eine solche einmal entstehen sollte. Ihr Programm war die Schaffung eines unabhängigen demokratischen polnischen Staates, zunächst innerhalb des russischen Teilgebiets, aber mit der Front gegen Rußland.

Piłsudski's Bemühungen, eine möglichst große Anzahl kriegstauglicher junger Männer dem Zugriff der Werbe- und Aushebungsstellen zu entziehen, um sie für ein zukünftiges polnisches Heer zu erhalten, erstreckten sich aber ebenso auch auf das österreichische Gebiet, hier allerdings entbehrten sie nicht einer gewissen Pikanterie, denn während die polnischen Legionen an der Front in den österreichischen Heeresverbänden kämpften, beschäftigten sich polnische Legionsoffiziere hinter der Front damit, junge Polen, denen die Aushebung zum österreichischen Heeresdienst drohte, über die grüne Grenze des Königreichs zu schaffen, wo sie in der P.O.W. untertauchten. So wenigstens berichtet es uns der Marschall selbst, wenn er schreibt: „Alle die erwähnten Offiziere handelten absolut nicht im Auftrag des Obersten Nationalkomités, sondern sie besaßen Legitimationen von mir, und es gelang ihnen, die Arbeit der ersten Brigade weit hinter die im Königreich stehende Front auszudehnen, ohne sich mitunter um die ausdrücklichen Befehle zu kümmern, die

man ihnen in den entfernt liegenden Etappen erteilte, so daß sie sich dadurch den heftigen Unwillen der militärischen und der Besatzungsbehörden zuzogen. Ich hielt es für ziemlich wahrscheinlich, daß sie gleichzeitig von Agenten des Obersten Komités und des Herrn Wlad. Sikorski bespitzelt wurden, denn diese Offiziere beschäftigten sich damit, eine große Anzahl junger Leute aus Galizien über die Grenze zu bringen, welche in jener Zeit von der Einziehung in das österreichische Heer bedroht waren“[90]).

Die Aussichten sowohl für die politische, wie auch für die Werbeaktion des Krakauer Komités im Königreich waren also nicht gerade vielversprechend.

Für seine Werbetätigkeit hatte das Komité vorgeschlagen, zunächst ein Reservebataillon für die schon bestehenden drei Legionsregimenter aufzustellen und dann an die Bildung eines vierten Legionsregiments heranzutreten. Die österreichische Heeresleitung antwortete jedoch auf den letzten Antrag überhaupt nicht, sondern erteilte nur die Erlaubnis zur Aufstellung eines Reservebataillons unter der Bedingung, daß der Bestand nicht mehr als 1000 Mann betragen dürfe, auch für die Werber selbst, welche das Komité in das Königreich zu schicken beabsichtigte, waren scharfe Vorschriften erlassen und dem Komité wurde zur Pflicht gemacht, dafür zu sorgen, daß es den Werbern streng untersagt sei, sich politisch zu betätigen oder Verbindungen mit politischen Agenten aufzunehmen. Die Leitung der gesamten Werbetätigkeit wurde dem bisherigen Vorsitzenden der militärischen Abteilung des Komités, Sikorski, übertragen, die Werbezentrale, die sich so lange im Teschener Schlesien befunden hatte, beabsichtigte man, nach Sosnowice im Königreich zu verlegen; der Plan scheiterte jedoch an dem Widerspruch Hindenburgs und so wurde sie schließlich in Slawków, unmittelbar an der Grenze untergebracht. Sikorski hatte in einer Denkschrift an die österreichische Regierung die Zahl der waffenfähigen Mannschaften im Königreich, die von der Aushebung nicht erfaßt worden waren, auf etwas mehr als eine Million angegeben, die Aussichten schienen also denkbar günstig, und es wurden sofort 28 Werbebüros eingerichtet. Ihre Arbeit stieß jedoch in Folge der Gegenarbeit, die wir kennen gelernt haben, auf den entschiedenen Widerstand der Bevölkerung. Anfang 1915 kam es in Bolesławo sogar zu blutigen Zusammenstößen, weil man zwangsweise Aushebungen versucht hatte, die linksstehenden Unabhängigkeitsparteien des Königreichs erhoben gegen ein derartiges Vorgehen entrüstet Protest und forderten die sofortige Aufhebung der militärischen Abteilung des Komités, die Nationaldemokraten und Realisten schlossen sich an, so daß die österreichische Militärbehörde gezwungen war zu intervenieren und die gesamte Werbearbeit unter die Aufsicht eines österreichischen Offiziers stellte.

Wenn man diese Einstellung der polnischen Bevölkerung des Königreichs gegenüber der politischen und der militärischen Werbearbeit des Obersten Komités kennt, dann erst vermag man die Haltung richtig zu beurteilen, welche der sachverständige polnische Berater Beselers, Graf von Hutten-Czapski, wenige Wochen später in dieser Frage eingenommen hat. Auch er hatte im Oktober 1914 den Eindruck gewonnen, „daß die Österreicher die Legionen nur unterstützen, um sich auch in dieser Hinsicht für die kommenden Auseinandersetzungen mit Polen die Vorhand zu sichern", er lernte dann aber kurz nach der Besetzung Warschaus bei einem Diner den polnischen Oberleutnant Przeździecki kennen, der mit Sikorski nach Warschau gekommen war, um das Terrain auszukundschaften, und dieser „erzählte ihm viele interessante Einzelheiten über die Legionen". Der Eindruck dieser Erzählungen auf den Grafen war so stark, daß er sich „von der Bedeutung der Legionen als Grundlage der zukünftigen polnischen Armee überzeugte" und dem Abgesandten des Obersten Komités die Erlaubnis verschaffte, für einen Zeitraum von drei Wochen ein Werbebüro auf dem deutschen Okkupationsgebiet einzurichten[61]). Die Österreicher hatten also für ihre „moralische Eroberung" des Königreichs gleich von Anfang an in dem Sachbearbeiter des deutschen Generalgouverneurs einen willkommenen Bundesgenossen gefunden.

Aber auch Piłsudski war gegenüber der neuen Arbeit des Obersten Komités nicht untätig geblieben, sondern hatte schon im Februar entschieden die Einstellung jeder weiteren Werbearbeit für die Legionen verlangt, so daß Sikorski am 1. März 1915 verzweifelt an ihn schrieb: „Das Verlangen, die Rekrutierung in dem Königreich Polen einzustellen, bedeutet nichts anderes, als die Kraftquelle zu verschütten, welche dem Komité zur Verfügung steht". Piłsudski blieb jedoch bei seiner Forderung. Er hatte die Überzeugung gewonnen, daß die polnischen Legionen, so lange sie in dem österreichischen Heeresverband wären, für ihn als Kader einer zukünftigen polnischen Armee nicht mehr in Frage kämen, weil Österreich diese Legionen für seine politischen Zwecke gebrauchte und sie darum nicht so leichten Kaufes aus der Hand geben würde, er wußte aber auch, daß seine Freunde in Warschau eifrig an der Arbeit waren und daß seine Person gerade in den Kreisen der Unabhängigkeitsparteien des Königreichs immer stärker als die des zukünftigen Führers der polnischen Armee in den Vordergrund trat, er wollte deshalb nicht untätig zusehen, wie das Oberste Komité in dem Königreich warb und dadurch die Reihen derjenigen verminderte, auf welche er nicht nur für seine P.O.W., sondern erst recht für das kommende polnische Heer rechnete. Aus solchen Überlegungen heraus ist seine Forderung zu erklären, die Starzewski etwas emphatisch mit den Worten rechtfertigt: „Die auf dem Gebiet der Organisation gemachten Erfahrungen, die wachsende Popularität unter

dem Volk, der Schwung des zu immer neuen Plänen bereiten Denkens, alle diese Momente erlaubten es Piłsudski, seine politische Rechnung nicht mit Rücksichten auf die Erhaltung der Legionen zu belasten. Einen solchen Standpunkt konnten freilich die Menschen nicht verstehen, welche die Legionen liebten und nur in ihnen die Kader einer polnischen Armee erblickten. So verstrickten sie sich in die Frage nach ihrer Erhaltung wie in ein Netz, das ihnen nicht nur die Freiheit ihrer Bewegungen erschwerte, sondern ihnen auch den klaren und weiten Blick für die Lage des Landes trübte“[62]).

Um die, durch diesen gemeinsamen Ansturm stark gehemmte Arbeit erfolgreicher zu gestalten, veranstaltete die militärische Abteilung des Komités, die sich damals in Petrikau befand, am 3. Juni 1915 eine Versammlung, auf welcher die Politik des Komités gebilligt und beschlossen wurde, daß es die unverrückbare Forderung des polnischen Volkes sei, das Königreich mit Galizien zu vereinigen. In diesem Streben erklärte sich die Versammlung mit dem Komité solidarisch. Dieser Beschluß veranlaßte Piłsudski zu einem Brief an die militärische Abteilung des Komités, in welchem er die in Petrikau gefaßten Beschlüsse auf das schärfste tadelte und sie für überaus schädlich erklärte, denn „sie zeigen, daß man das Königreich entweder abwürgen, oder für billiges Geld kaufen will, während sonst gerade dieses Gebiet noch lange die Sphinx bleiben würde, mit welcher man rechnen müsse; sie erleichtern den Österreichern die Kontrolle über die Möglichkeiten, das Königreich auszunutzen, und sie erschweren die illegale Arbeit, welche allein im Stande ist, diesen Sphinxcharakter des Königreichs aufrecht zu erhalten. Ich halte also alle Beschlüsse von Seiten des Königreichs, um das Oberste Komité zu stützen, für unnötig und schlecht, denn entweder findet es auf der Grundlage Galiziens in sich selbst die nötige Kraft, um sich gegen die Auflösung zu wehren, oder es geht zu Grunde. Wir sind verpflichtet, das Komité mit dem zu unterstützen, was wir haben, d. h. ich mit meinen Untergebenen und Ihr, als ein Teil des Komités, aber es hat keinen politischen Sinn, das Königreich mit seiner inneren und moralischen Kraft hinein zu ziehen, denn nur diese allein können die Grundlagen für neue Kombinationen bilden, wenn die alte Grundlage zusammenbricht. Jetzt, nun der italienische Krieg beginnt, ist nur eine von den beiden Möglichkeiten zu erwarten: Entweder schließt man einen Sonderfrieden mit Rußland und dann, das ist klar, ist unsere Sache mit einmal erledigt und muß völlig andere Formen annehmen, oder dieser Krieg dauert noch lange, und dann haben wir Zeit. Eilen wir deshalb nicht zu leichten und billigen Effekten unserer Arbeit, denn jeder Effekt im Königreich wird billig sein, weil er Passivität und allgemeine Feigheit als Grundlage hat“[62]).

Seine Arbeit greift jetzt aber auch unmittelbar auf das politische Gebiet über. Im März 1915 schickt er einen seiner Mitarbeiter,

Filipowicz, mit dem Auftrag in das Königreich, dafür zu sorgen, daß sich möglichst weite Kreise für die Idee eines neuen und unabhängigen Polens einsetzen. Es ging ihm bei diesem Auftrag nicht darum, irgend eine neue Parteierklärung einer der verschiedenen Unabhängigkeitsparteien zu erhalten, sondern darum, für die von ihm vertretene Unabhängigkeitsidee eine möglichst breite Plattform zu schaffen.

Die polnische Front hatte sich also schon während der Zeit von Kriegsausbruch bis zur Eroberung Warschaus langsam, aber sicher zum Nachteil der Zentralmächte verschoben. Das Oberste Komité in Krakau, das ursprünglich als eine Vereinigung aller polnischen Parteien Galiziens gedacht war, um Österreich im Kampf gegen Rußland zu unterstützen und dadurch auch die polnische Frage im österreichischen Sinn zu lösen, war kurze Zeit nach seiner Entstehung durch eine schwere Krise gegangen und hatte aufgehört, eine politische Zentralstelle zu sein. Die nach der Episode der Schützenabteilung von ihm in den Vordergrund gestellte Idee der polnischen Legionen hatte unter den galizischen Polen nicht nur eine geteilte Aufnahme gefunden, sondern sie hatte auch die von dem Komité selbst auf sie gesetzten Hoffnungen nicht erfüllt. Sie hatte zu einem schweren Bruch zwischen den ost- und westgalizischen Polen geführt, und sie wurde auch, besonders nach dem Einfall der Russen in Galizien, von den österreichischen Militärstellen mit wachsendem Mißtrauen beobachtet und ihre weitere Ausgestaltung wurde gehindert. Die Folge davon war, daß gerade in denjenigen polnischen Kreisen, welche in den Legionen die Anfänge eines zukünftigen polnischen Heeres und ein Symbol für eine spätere Unabhängigkeit Polens erblickten, die ursprünglich durchaus österreichfreundliche Einstellung schwächer wurde und daß man anfing, mehr auf die aus dem Königreich herüberklingenden Warnungen zu hören. Im Königreich selbst aber war die Stellung der russenfreundlichen Parteien in Folge des Scheiterns der deutsch-österreichischen Offensive und in Folge des russischen Einmarsches in Galizien so stark gewachsen, daß für diese Kreise eine andere, als die russische Orientierung überhaupt nicht in Frage kam, während wiederum diejenigen polnischen Parteien des Königreichs, welche russenfeindlich gesinnt waren, nicht etwa an eine Lösung der polnischen Frage im Sinne der Zentralmächte, sondern nur an einen unabhängigen und demokratischen polnischen Staat dachten. Dazu kam, daß weite Kreise der polnischen Bevölkerung des Königreichs sowohl durch die Arbeit der in Kielce begründeten „Polska Organizacja Narodowa", wie auch durch die spätere Werbeaktion des Obersten Komités stark beunruhigt wurden, weil sie die Rückkehr der Russen und ihre Vergeltungsmaßnahmen fürchteten und schon deshalb gegenüber allen Bemühungen der aus Galizien kommenden Agenten und Werber z. T. eine vorsichtig abwartende, z. T. aber auch eine

bewußt feindselige Stellung einnahmen. Als dritter Frontabschnitt der polnischen Front tritt dann am Schluß dieser Periode immer deutlicher jene Gruppe heraus, die ihren Mittelpunkt und ihre Führung in Piłsudski hatte und die weder der einen, noch der andern Partei angehörte, sondern zugleich russenfeindlich, aber auch österreich- und deutschfeindlich war, weil sie keine andere Orientierung hatte, als die polnische. Für sie kam es darauf an, den polnischen Rekruten für das kommende polnische Heer zu erhalten und deshalb dem Königreich seinen Sphinxcharakter zu wahren.

Mit diesen Verhältnissen hatten die Deutschen zu rechnen, als sie am 5. August 1915 Warschau besetzten.

3. Der beginnende Kampf um die polnische Staatlichkeit.

(Bis zur Proklamation am 5. November 1916).

Die Einnahme Warschau's war in den Kreisen des Krakauer Komités mit einem lachenden und einem weinenden Auge begrüßt worden. In seiner Kundgebung vom 8. August 1915 erklärte es zwar, daß die Einnahme Warschaus, als Befreiung der Stadt vom russischen Joch, überall in der polnischen Volksgemeinschaft die gleichen Empfindungen geweckt habe, fügte aber sofort tadelnd hinzu, daß die Einnahme der polnischen Hauptstadt leider nicht so vor sich gegangen sei, wie man es erwartet hätte und forderte deshalb, daß die ganze Angelegenheit vom politischen Standpunkt aus geprüft und geklärt werden müsse; das Komité selbst, so erklärte der Aufruf, wolle sich dieser Aufgabe unterziehen.

Die Erklärung für die Worte, daß die Einnahme der polnischen Hauptstadt nicht so vor sich gegangen sei, wie man erwartet hatte, gibt Biliński, wenn er von einem Abkommen zwischen der deutschen und der österreichischen Heeresleitung berichtet, nach welchem Warschau, das zu der zukünftigen deutschen Interessensphäre gehören sollte, von den Deutschen erobert werden sollte, und wenn er dann fortfährt: „Es gab in der Tat ein derartiges Zusatzabkommen, daß an der Spitze der deutschen Armee eine Abteilung Ulanen mit der polnischen Fahne in Warschau einziehen sollte. Aber ehe es zur Einnahme Warschaus kam, waren so viele Monate verflossen, daß beide Teile inzwischen dieses Abkommen vergessen hatten. Soweit mir bekannt ist, machten die Deutschen den Österreichern keine bestimmten Angaben über den wahrscheinlichen Termin ihres Einzugs nach Warschau. Die Österreicher hielten wohl eine Zeitlang eine Abteilung Ulanen in Bereitschaft, schickten sie aber gerade damals, als die Deutschen sich der Stadt näherten, nach anderen Kriegsschauplätzen“[63]).

Trotzdem aber beschloß man, sich mit einem besonderen Aufruf an das polnische Volk zu wenden und die Forderung zu stellen,

„aus dem ungeteilten Königreich Polen, das nach Osten hin entsprechend erweitert und gesichert werden muß, zusammen mit dem ungeteilten Galizien und in Verbindung mit der österreichisch-ungarischen Monarchie einen selbständigen polnischen Staat zu bilden." „Ebenso beschloß man, ein Huldigungstelegramm an den Kaiser zu schicken, in welchem man den Wunsch ausdrückte, daß Warschau unter seinem Zepter die getreue Hauptstadt eines unabhängigen polnischen Staates werden möge. Sowohl die Veröffentlichung des Aufrufs, wie auch die des Telegramms wurde verboten; Burian wollte eine solche nur gestatten, wenn die Worte von einem selbständigen polnischen Staat in Verbindung mit der österreichisch-ungarischen Monarchie gestrichen würden, ein Verlangen, das Biliński auf den Einspruch des deutschen Botschafters in Wien zurückführt."

Dennoch aber war man bereit, aus der Einnahme der polnischen Hauptstadt sofort Kapital für Österreich zu schlagen. In der oben erwähnten Kundgebung hatte sich das Komité großmütig bereit erklärt, eine Prüfung und Klärung vorzunehmen, „denn Strategie und Politik müssen Hand in Hand gehen, ein Außerachtlassen dieses Grundsatzes kann böse Folgen haben". Bei dieser Prüfung war man dann zu folgendem Ergebnis gelangt: Die Aufgabe des Komités sei eine doppelte, nämlich der Kampf gegen Rußland und das Streben nach einem polnischen Staat. Der Kampf gegen Rußland sei Allgemeingut aller Polen und die Legionen seien das äußere Zeichen dieses gemeinsamen Willens, das Oberste Komité werde deshalb auch auf diesem eingeschlagenen Weg weiter gehen. Jetzt aber, nach der Einnahme Warschaus, in der sicheren Erwartung der völligen Niederlage Rußlands, sei es die wichtigste Aufgabe des Komités, diese Stimmung auch in der polnischen Bevölkerung des Königreichs zu erhalten, weil sie infolge der durch den Krieg verursachten Schädigungen des wirtschaftlichen Lebens leider zu wanken beginne. Natürlich könne von den endgültigen Grenzen des polnischen Staates erst nach Beendigung des Krieges gesprochen werden, man müsse aber schon heute betonen, daß die Grundlage der polnischen Forderungen „die Vereinigung eines ungeteilten Königreichs mit einem ungeteilten Galizien" sei und daß eine etwaige Teilung dieser Länder immer eine offene Wunde am Körper Polens bleiben würde. Über das staatsrechtliche Verhältnis dieser polnischen Länder zur Habsburgischen Monarchie werde man sicher zu einer Verständigung kommen, deshalb warne man die Pessimisten im eigenen Lager. Nur eine geschlossene Einheitsfront des polnischen Volkes könne zum Siege führen, eine solche Einheitsfront bedeute aber auch gleichzeitig, daß die Zentralmächte bei ihren zukünftigen Verhandlungen mit einer solchen Gesamtvertretung des polnischen Volkes ganz anders würden rechnen müssen, und darum, so lautete die Schlußfolgerung, sollten die jetzt von der russischen Herrschaft

befreiten Polen des Königreichs sich ebenfalls zusammenschließen und sich mit dem Obersten Komité zu einer großen Volksgemeinschaft vereinigen, man sei dann gerne bereit, Warschau die weitere Führung zu überlassen[64]).

Mit dieser Kundgebung hatte das Oberste Komité gezeigt, daß es die in der Antwort des Wiener Außenministeriums vom 31. Dezember 1914 gegebenen Winke verstanden hatte und bereit war, sie zu befolgen. Um aber für die „Vereinigung eines ungeteilten Königreichs mit einem ungeteilten Galizien" auch im Königreich selbst die erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen, gründete man in Lodz die „Liga Państwowości" (Liga für Staatlichkeit) mit dem ausgesprochenen Ziel, für die von dem Obersten Komité im Einverständnis mit dem Wiener Außenministerium propagierte Idee einer österreichisch-polnischen Lösung einzutreten. Nach außen hin bediente man sich dabei der nicht ungeschickten Tarnung, daß die Liga offiziell die Sorge und Hilfeleistung für den Legionssoldaten übernahm und daß man die Tätigkeit der neuen Liga ausdrücklich auf das österreichische Okkupationsgebiet beschränkte. Das hinderte die geistigen Väter dieses Gedankens jedoch durchaus nicht, gleich von Anfang an ihre Fäden auch nach dem deutschen Okkupationsgebiet, und besonders nach Warschau hinüberzuspinnen.

Wir hatten gesehen, wie Piłsudski im März 1915 einen seiner Vertrauensmänner, Filipowicz, nach dem Königreich geschickt hatte, um dort für die von ihm vertretene Unabhängigkeitsidee Propaganda zu machen. Filipowicz hatte sofort nach der Einnahme Warschau's sein Arbeitsfeld dorthin verlegt, er erschien deshalb auch dem Krakauer Komité als geeignete Person, um in Warschau selbst mit der planmäßigen Arbeit in ihrem Sinn zu beginnen, und so erhielt er denn unmittelbar nach seiner Übersiedlung nach Warschau von dem Vorsitzenden des Obersten Komités, Professor Jaworski, ein Schreiben, in welchem ihm dieser großmütig die Mittel anbot, um in Warschau ein „Pressebüro für Information" zu errichten. Zwar war Filipowicz als Vertrauensmann Piłsudski's nach Warschau gegangen, zwar wußte er, welch entschiedener Gegner der von dem Komité propagierten österreichisch-polnischen Lösung sein eigentlicher Auftraggeber war, das hinderte ihn jedoch nicht, sein Informationsbüro mit den Mitteln des Obersten Komités finanzieren zu lassen. Über seine Tätigkeit schreibt er selbst: „Dank der Unterstützung Sliwiński's benutzte das Pressebüro eine ausgezeichnete Tarnung, es befand sich nämlich als „Archivabteilung der Gesellschaft der Literaten und Journalisten" in demselben Gebäude, wie diese Gesellschaft, nur in einem besondern Raum auf dem zweiten Hof. Eine von den wirklichen Aufgaben des Büros war die Sammlung von Material über die Tätigkeit der Deutschen auf dem von ihnen besetzten Gebiet . . . Anfänglich hatten wir gewisse Pläne für die Herausgabe von Büchern, sie fanden aber ihr Ende in der Heraus-

gabe einer gemeinsamen Broschüre „Mit Rußland oder gegen Rußland?“ Die Forderungen des Alltags drängten die Hauptarbeit des Büros in andere Bahnen. Bei der scharfen Zensur, welche die Deutschen führten, und bei dem geschlossenen Kordon für Personen, Schriftstücke und Briefe, mit welchem sie ihr Okkupationsgebiet von der übrigen Welt und von dem österreichischen Okkupationsgebiet abschlossen, wurde das Büro, indem es sich der regelmäßigen Kuriere der Legionen bediente, zu einem Mittelpunkt lebhaften Verkehrs zwischen Warschau einerseits, und den Legionen, dem österreichischen Okkupationsgebiet und Galizien andererseits . . . Um den Charakter des Büros vollständig zu schildern, füge ich noch hinzu, daß ein Teil derjenigen Tatsachen, welche sich auf die deutsche Wirtschaft im Königreich bezogen, durch das Büro auf besonderen Wegen an die Schweizer Presse berichtet wurde. Unter solchen Verhältnissen war es natürlich schwer, daran zu denken, den deutschen Behörden das Bestehen dieses Büros zu melden“[65]).

Mit diesem Büro aber unterhielt auch das amtliche Österreich durch den zu der österreichischen Delegation in Warschau gehörenden Dr. Ignaz Rosner recht intime Beziehungen. Filipowicz berichtet nämlich von wiederholten Unterredungen, in welchen sich Rosner bemühte, Filipowicz klar zu machen, daß der Krieg gezeigt habe, wie klug die österreichische Politik gehandelt habe, als sie die Eigenart der unter der Monarchie zusammengeschlossenen Nationen schonte. Ein für die Zentralmächte günstiger Kriegsausgang werde eine neue Druckwelle von Berlin aus über Wien bringen, so daß Österreich schon im eigenen Interesse gezwungen sein werde, sich stärker, als bisher, auf seine nichtdeutschen Völker, und besonders auf Polen zu stützen. Aber auch Polen werde eine Stütze gegen Deutschland gebrauchen und so bestehe zwischen den beiden Völkern eine Interessengemeinschaft, welche die deutsche Politik von Anfang an dadurch zu zerschlagen versuche, daß sie unter den Polen eine für Österreich unfreundliche Stimmung nähre. Dabei werde von preußischer Seite dieselbe Taktik befolgt, wie bei den Teilungen Polens, nämlich mit Polen ein Bündnis zu schließen und seine Wachsamkeit einzuschläfern, um es dann ganz zu vernichten[66]).

Filipowicz wurde schließlich verhaftet, da man aber unter seinen beschlagnahmten Sachen auch eine Legionsuniform fand, wurde er von dem Leiter der militärischen Abteilung des Obersten Komités Sikorski, als Deserteur reklamiert, ausgeliefert und von dem Militärstaatsanwalt Wyrostek in Freiheit gesetzt.

Aber auch unter den Polen in Warschau begann jetzt eine erhöhte politische Tätigkeit. Die Führer der bisherigen russenfreundlichen Parteien mit Dmowski an der Spitze hatten zwar Warschau verlassen und sich nach Petersburg begeben, doch war eine beträchtliche Anzahl ihrer Anhänger zurückgeblieben, die jetzt auch noch durch

die aus Galizien geflüchteten Sozialdemokraten, mit Stan. Grabski an der Spitze, starken Zuzug erhielten. Die in dem Königreich schon vorhandenen Unabhängigkeitsparteien hatten ihre bisher ziemlich lose Organisation gefestigt und sich in dem „Naczelny Komitet Zjednoczonych Stronnictw Niepodległościowych" (Oberstes Komité der vereinigten Unabhängigkeitsparteien) vereinigt und endlich hatten sich die im Königreich zurückgebliebenen Nationaldemokraten und Realisten zu dem „Koło Międzypartyjny" (Zwischenparteilicher Klub) zusammen geschlossen. Unmittelbar nach dem Abzug der Russen, am 5. August, traten die Vereinigten Unabhängigkeitsparteien mit einer Kundgebung an die Öffentlichkeit und stellten die völlige Unabhängigkeit Polens in möglichst ausgedehnten Grenzen als ihr Ziel auf. Man erklärte, daß der Kampf gegen Rußland mit aller Energie fortgesetzt werden müsse und daß man beabsichtige, sich in diesem Kampf auch weiter auf die Zentralmächte zu stützen. Man werde deshalb diesen Mächten gegenüber vorläufig auch noch eine abwartende Haltung einnehmen, bis man erkannt habe, ob sie als Freunde oder als Feinde gekommen seien. Sie hätten sich zwar der polnischen Bevölkerung gegenüber nur feindlich gezeigt, von jetzt ab aber werde der Prüfstein für ihre Einstellung gegenüber den Polen die Frage nach der Bildung einer polnischen Regierung und nach der Aufstellung eines polnischen Heeres sein. „Als den Anfang eines solchen Heeres betrachten wir die polnischen Legionen, die seit einem Jahr für die Unabhängigkeit Polens kämpften. Dieser Geist der Unabhängigkeit unter den Mannschaften macht die Legionen auch zu dem klarsten Ausdruck unsers Gesamtwillens. Die polnischen Legionen haben bewiesen, daß es möglich ist, schon jetzt eine polnische Armee zu bilden, sie sind aber auch ein Zeugnis für die Kampfbereitschaft der ganzen Nation. Um aber wirklich die Gesamtheit der Bevölkerung für den Kampf gegen Rußland zu gewinnen, ist es unbedingt notwendig, daß diese Anfänge eines polnischen Heeres in ihrer Gesamtheit auf polnischem Boden vereinigt und unter den Befehl eines polnischen Führers gestellt werden, der von der Nation anerkannt wird, damit die polnischen Legionen in eine selbständige polnische Armee umgestaltet werden und die Werbearbeit für sie in die Hände der politischen Parteien des entstehenden Polens gelegt wird."

Damit aber war für die Pläne Piłsudski's eine neue Gefahr entstanden, und zwar durch seine eigenen Anhänger im Königreich, nämlich die Gefahr, durch eine solche Werbung das vorhandene Rekrutenmaterial zu schwächen, wenn nicht zu erschöpfen und ihm selbst dadurch die Möglichkeit zu nehmen, am Schluß des Krieges der verhältnismäßig Stärkere zu sein und einen „Trumpf im Spiel" zu behalten. Dieser Gefahr galt es, so schnell wie möglich vorzubeugen. Am 15. August erschien er unerwartet mit sechs Begleitern

in Warschau, er hatte die Front heimlich verlassen und am nächsten Tage fand in der Wohnung Sliwiński's eine außerordentlich bewegte Besprechung mit den Vertretern der Unabhängigkeitsparteien statt. In einer langen Rede entwickelte Piłsudski seinen Standpunkt, schilderte die nach seiner Meinung hinterhältige Politik der Zentralmächte und kam zu dem Schluß, daß es gegen die Ehre, die Würde und die Interessen des polnischen Volkes gehandelt wäre, wenn man frische Rekruten in die Legionen zum Kampf gegen Rußland schicken wollte. Man kann sich den Eindruck vorstellen, den diese Worte eines Mannes machten, der so lange als der ärgste Feind Rußlands gegolten hatte, und man kann die Frage durchaus verstehen, die aus der Mitte der Versammlung an ihn gerichtet wurde, ob er denn wolle, daß man die Geschäfte der Russenfreunde betreibe. Seine Antwort ließ über seine eigentlichen Ziele keinen Zweifel mehr: „Heute haben die Deutschen die Stelle der Russen in Polen eingenommen, deshalb gilt es jetzt, den Deutschen Widerstand zu leisten. Ich sehe keinen Grund, warum wir uns nicht mit den Russenfreunden verbünden sollten“[67]).

Durch den damaligen Gouverneur von Warschau, General Gerecke, wurde Piłsudski aufgefordert, die Stadt so bald wie möglich wieder zu verlassen, er hielt sich einige Tage in Otwock auf, wo er die genauen Richtlinien für eine neue Organisation der P.O.W. entwarf und kehrte dann wieder an die Front zurück. Im Zusammenhang damit ist es lehrreich, das zu lesen, was Hutten-Czapski zu diesem Vorgehen des deutschen Gouverneurs schreibt: „Ich riet dringend von diesem Schritt ab, er würde die zahlreichen Anhänger eines Mannes verletzen, der während seines ganzen bewegten Lebens Rußland mit Leidenschaft bekämpft und ein bewaffnetes Vorgehen gegen dasselbe seit Jahren vorbereitet hatte. Er sei an der Spitze seiner Schützen am Anfang des Krieges in Kongreßpolen eingedrungen und nehme jetzt, wenn auch formell nur Kommandeur der ersten Brigade, die führende Stellung unter den russenfeindlichen Elementen ein. Dem Inhalt der Kabinettsorder entsprechend, hörte Gerecke zwar meine Einwendungen an, sagte mir aber, er müsse bei seinem Entschluß bleiben. Bei dem großen Einfluß des Brigadiers auf die Bevölkerung der Hauptstadt befürchtete er einen Putsch“[68]). Der Brigadier Piłsudski aber, der „die führende Stellung unter den russenfeindlichen Elementen einnahm“, konnte mit seinem Warschauer Erfolge zufrieden sein. Schon am 1. September erschien eine neue Kundgebung der vereinigten Unabhängigkeitsparteien, welche ihre völlig veränderte Stellungnahme zeigte: „Die Vereinigten Unabhängigkeitsparteien stehen unerschütterlich auf dem Standpunkt, daß es für die erfolgreiche Unterstützung unserer Unabhängigkeitsbestrebungen notwendig ist, daß Polen mit selbständigen

kriegerischen Operationen gegen Rußland auftritt. In der Erwägung jedoch, daß die gegenwärtige rechtliche Stellung der polnischen Legionen eine volle Entfaltung unserer bewaffneten Macht unmöglich macht, hat das Vollzugskomité der Vereinigten Unabhängigkeitsparteien beschlossen, die weiteren Werbungen bis zu der Zeit zu vertagen, in welcher diejenigen Momente beseitigt sein werden, welche die Entwicklung hemmen und ihre politische Bedeutung vernichten, oder bis zu dem Zeitpunkt, in welchem die politische Vertretung Polens eine für die gesamte Bevölkerung maßgebende Entscheidung treffen wird". Wesentlich anders sucht sich Bobrzyński diesen Beschluß zu erklären: „Es war nicht leicht zu erraten, was die Unabhängigkeitsparteien durch eine solche Stellungnahme eigentlich erreichen wollten. Man konnte doch unmöglich annehmen, daß die Besatzungsmächte etwa darüber in Schrecken geraten würden, wenn man die Werbungen einstellte oder wenn die Legionen verschwinden würden, denn an den Legionen lag ihnen durchaus nicht so viel, daß sie erlaubt hätten, ihnen derartige Bedingungen zu stellen. Nicht sie hatten die Legionen ins Leben gerufen, sondern die Legionen waren ihnen durch die Polen aufgedrängt worden, um die polnische Frage während des Weltkrieges auf der Bildfläche zu erhalten. In Polen selbst betrachtete man denn auch die Einstellung der Werbung nur als einen Vorwand Piłsudski's und seiner Parteigänger, um sich aus einem Unternehmen zurückzuziehen, hinter welchem die Allgemeinheit nicht stand und welches nicht den Einfluß auf die Bevölkerung hatte, wie man es erwartet hatte, als man die Losung zum Kampf gegen Rußland gab"[69]). Es kann dahingestellt bleiben, ob man damals in Polen wirklich diesen Eindruck hatte, oder ob Bobrzyński auch hier, wie er es manchmal tut, durch die Brille der parteipolitischen Gegnerschaft gegen Piłsudski etwas sieht, was in Wirklichkeit nicht vorhanden war, — der Erfolg blieb derselbe, — die am 5. August mit großem Nachdruck angekündigte Werbung zum Kampf gegen Rußland wurde am 1. September wieder abgeblasen.

Hand in Hand mit solchen mehr negativen Abwehrmaßregeln gegen eine etwaige unerwünschte Werbung ging jetzt auch die positive Arbeit an der völligen Umgestaltung der P.O.W., um aus ihr eine Sammelstelle zu machen für alle diejenigen, welche für den Dienst in einer zukünftigen polnischen Armee geeignet erschienen, und gleichzeitig auch eine Ausbildungsstelle, durch welche alle diese jungen Leute so weit vorbereitet wurden, daß sie ihren militärischen Dienst jederzeit beginnen konnten. An Stelle Żuliński's, der auf seine dringende Bitte mit einem Teil seiner Leute in die erste Brigade übernommen und bald darauf gefallen war, betraute Piłsudski jetzt einen seiner fähigsten Offiziere, Kasprzycki, (den gegenwärtigen

polnischen Kriegsminister), mit dem Umbau und Ausbau der Organisation, jedoch unter strenger Wahrung ihres Geheimcharakters. „Meine Brigade selbst wollte ich nicht auflösen, weil ich sie als Schule betrachtete, nur in Ausnahmefällen schickte ich ihr Freiwillige, die entweder besondern Kampfeseifer zeigten, oder die mit den Deutschen Händel hatten. Grundsätzlich widersprach ich dem Eintritt in die Legionen, empfahl aber den Beitritt zur P.O.W. Diese Organisation wurde dann später der Anlaß zu fortwährenden Verhandlungen zwischen mir und den Deutschen“[70]). Unter der Führung Kasprzycki's entwickelte sich die Organisation günstig, Piłsudski selbst gibt ihre Mitgliederzahl für Anfang 1917 auf etwa 12 000 an, wozu noch alle diejenigen kamen, welche den Dienst in der Organisation wieder nach erfolgter Ausbildung verlassen hatten, um ihrem Beruf nachzugehen. Ihr Verhältnis zu den Legionen, als solchen, bezeichnet er als freundlich, weil man in ihnen allgemein die Anfänge eines polnischen Heeres erblickte, ausgesprochen feindlich dagegen stand man der Militärabteilung des Obersten Komités und ihrer Werbetätigkeit für die Legionen gegenüber. Piłsudski hatte die feste Überzeugung, daß gerade die P.O.W. später die größte Anzahl Freiwilliger für das neue polnische Heer stellen würde, und darum strebte er mit allen Mitteln danach, sie vor fremden Zugriffen zu schützen, um sie für seine eigenen Zwecke stark zu erhalten[71]).

Zum Verständnis der späteren Entwicklung in den Legionen selbst mag hier noch hinzugefügt werden, daß die unter Piłsudski's Führung stehende und ihm unbedingt ergebene erste Brigade aus den Infanterieregimentern I und V und aus dem Ulanenregiment I bestand, während die zweite, sogenannte Karpathenbrigade, unter der Führung Hallers, sich aus den Infanterieregimentern II und III und dem Ulanenregiment II zusammensetzte und ausgesprochen österreichfreundlich war, in der dritten Brigade endlich, die aus den Infanterieregimentern IV und VI und der Artillerie bestand, war der Einfluß Piłsudskis ebenfalls überwiegend.

Beseler fand also, als er zum Generalgouverneur in Warschau ernannt worden war, folgende Lage vor: Zwei russenfreundlichen Gruppen, nämlich den durch die ostgalizischen Emigranten verstärkten fortschrittlichen Anhängern des früheren Komitet Narodowy und den im Koło Międzpartyjny zusammengeschlossenen Nationaldemokraten und Realisten standen zwei russenfeindliche Richtungen gegenüber, nämlich die unter dem Einfluß des Krakauer Komités stehende Liga Państwowości und die in der Zjednoszenie vereinigten Unabhängigkeitsparteien. Zu ihnen gesellte sich die unter dem Einfluß Piłsudski's stehende Geheimorganisation der P.O.W. und endlich noch die legale Organisation der über das ganze Gebiet des Königreichs verbreiteten Bürgerkomités, die ihre Spitze

in dem Warschauer Zentralkomité hatten. Diese Komités waren kurz vor dem Abzug der Russen mit deren Einwilligung gegründet worden, um die Ordnung im Lande aufrecht zu erhalten, sie hatten es aber in ganz kurzer Zeit verstanden, ihr Arbeitsgebiet so zu erweitern, daß sie sich auf fast allen Gebieten der Verwaltung festgesetzt hatten und nicht mit Unrecht „die moralische Regierung" des Landes genannt wurden. Wenn man liest, aus welchen Gründen später ihre Auflösung erfolgte, dann erhält man ein deutliches Bild ihrer weit verzweigten Tätigkeit. Sie hatten Richter im Lande ernannt, sie hatten versucht, Steuern zu erheben, sie hatten Verordnungen über die Bildung von Bürgerwehren außerhalb Warschaus erlassen, sie hatten Erlaubnisscheine zum Tragen von Waffen ausgestellt, — kurz, sie hatten fast alle Befugnisse einer rechtmäßigen Regierung für sich in Anspruch genommen und standen schon deshalb den Deutschen ablehnend und mißtrauisch gegenüber, weil sie nicht mit Unrecht von ihnen eine starke Beschränkung ihrer Macht befürchteten.

Erst wenn man sich diese Dinge vergegenwärtigt, kann man die ungeheuern Schwierigkeiten verstehen, vor welche der neue Generalgouverneur sich gestellt sah, der die Polen genau so viel oder so wenig kannte, wie andere preußische Generäle, der aber die gewaltige Aufgabe erfüllen sollte, die eisernen, mit der Länge des Krieges immer drückender werdenden militärischen Notwendigkeiten in Einklang zu bringen mit der politischen Aufgabe, eine für Deutschland günstige Stimmung innerhalb einer Bevölkerung zu schaffen, die teils russenfreundlich und darum deutschfeindlich war, teils von den österreichischen Agenten in einem deutschfeindlichen Sinn bearbeitet wurde, teils den Deutschen mit äußerstem Mißtrauen gegenüber stand und ihre politischen Forderungen sofort zu einer Höhe empor geschraubt hatte, daß sie eben unerfüllbar waren.

Es ist gewiß übertrieben, wenn Seyda über die deutsche Politik während der Zeit der Okkupation das harte Urteil fällt, daß sie sich in ein Labyrinth von Inkonsequenzen verloren habe, aber die ungeheuern Schwierigkeiten dieser Politik hat er richtig gesehen, wenn er über die beiden Quellen aller solcher Inkonsequenzen schreibt: „Die erste war der Gegensatz zwischen dem Wunsch, in dem Königreich eine russenfeindliche und deutschfreundliche Gesinnung herbeizuführen und der tatsächlich vorhandenen Abneigung des polnischen Volkes in Folge einer Verwaltung, welche das Land rücksichtslos ausnutzte und auf die Perspective der Annexion eingestellt war, was sich trotz aller künstlichen Verschleierungen immer wieder offenbarte; die zweite Quelle aber war der Gegensatz zwischen der deutschen und der polnischen Denkungsart und bei den Deutschen der Mangel an psychologischem Verständnis und an der Fähigkeit,

sich in die polnische Denkungsart einzufühlen. Diese beiden wesentlichen Gründe, aus denen sich in der Praxis bei jedem Schritt Inkonsequenzen ergaben und aus denen widerwärtige Streitigkeiten entstanden, — sie waren es, die unwillkürlich auf der Wacht für unsere Unabhängigkeitswünsche standen, sie erleichterten dem polnischen Volk zweifellos den Widerstand gegen die Versuchungen und die Bedrückungen der Deutschen“[71]).

So war also der neue Generalgouverneur in ganz besonderm Maße auf den Rat und die Unterstützung von Männern angewiesen, welche die Polen und die Verhältnisse des Landes genau kannten. Zwei solcher Männer befanden sich in der unmittelbaren Umgebung Beseler's, — der Landschaftsrat v. Żychliński und der Posener Schloßhauptmann Graf von' Hutten-Czapski, ein in der Provinz Posen angesessener Großgrundbesitzer. Wenn man die Ereignisse jener Zeit bis zu der unglückseligen Proklamation vom 5. November 1916 an sich vorüberziehen läßt und die Frage stellt, welche Rolle gerade dieser Ratgeber bei ihnen gespielt hat, dann drängt sich unwillkürlich ein Vergleich zwischen ihm und demjenigen seiner Landsleute auf, der genau 100 Jahre früher eine ähnliche Rolle in der Geschichte Preußens gespielt hat, nämlich dem Posener Statthalter Fürst Anton Radziwiłł. Selbst wenn man beiden Männern zubilligt, daß sie „bona fide“ gehandelt haben, steht man bei beiden immer wieder unter dem Eindruck, daß es eben unmöglich ist, eine preußische und eine polnische Seele in einer Brust zu vereinigen. Wir hatten gesehen, wie Hutten-Czapski ähnlich, wie andere Posener Großgrundbesitzer, gerade bei seinen polnischen Landsleuten als national nicht zuverlässiger Außenseiter galt, schon deshalb, weil er preußischer Offizier und Mitglied des Herrenhauses war, und an diesem Urteil seiner Landsleute über ihn hatte sich nichts geändert, trotzdem er den scharfen Polenkurs der preußischen Regierung offen verurteilt und geraten hatte, die Polen durch eine Änderung des Kurses zu gewinnen. Was lag für ihn näher, als jetzt zu versuchen, dies Programm in die Wirklichkeit umzusetzen, nicht nur deshalb, weil er sich davon Nutzen für beide Teile versprach, sondern auch deshalb, um gerade den Polen zu zeigen, wie falsch man ihn beurteilt hätte. Darum hat er selbst den größten Wert darauf gelegt, als sachverständiger Berater nach Warschau zu kommen, und er hatte auch diejenigen Beziehungen, welche ihm zu seinem Ziel verhalfen. Am 3. August 1915, als die Einnahme Warschaus unmittelbar bevorstand, schreibt er an Chelius: „Es sollte doch die Möglichkeit vorhanden sein, den einzigen Kenner der Verhältnisse dort zu verwenden und zu erreichen, daß er in den auftauchenden Fragen wenigstens gehört wird. Dazu aber würde eine Allerhöchste Willensäußerung erforderlich sein, z. B. durch ein Telegramm an den Prinzen von Bayern. Noch nie im Leben habe ich so klar gesehen, daß eine politische Lage, wie sie selten in der Weltgeschichte

vorkommt, unausgenutzt bleibt. Wenn ich S.M. nur eine Stunde sehen könnte, bin ich überzeugt, daß er mit seinem klaren Blick Wege finden würde, welche ihn auch politisch zum unbedingten Herrn der Lage machen würden, wie er es militärisch ist“[72]). Zwei Tage nach der Eroberung Warschau's, am 7. August, erklärt er in einem zweiten Brief an Chelius: „Es scheint mir der Zeitpunkt gekommen, um eine Ostmarkenpolitik in großem Stil zu betreiben, ohne der späteren Gestaltung Europas vorzugreifen. Jedenfalls ist es gut, sich so einzurichten, daß die Lösung der polnischen Frage dem deutschen Kaiser vorbehalten wird und daß, falls wir Polen behalten, wir uns auf eine freundlich gesinnte Bevölkerung stützen können“[73]). Gab es einen besseren Berater des neuen Generalgouverneurs, als den Mann, der sich selbst nicht nur als den „einzigen Kenner der Verhältnisse“ bezeichnete, sondern der auch ein Programm in Aussicht stellte, das den deutschen Kaiser auch „politisch zum unbedingten Herrn der Lage“ machte und sich dabei auf eine „freundlich gesinnte Bevölkerung stützen“ wollte? So kam er nach Warschau. Er wollte gewiß ausgleichend und versöhnend wirken, er rühmte sich selbst, daß er überall Beziehungen habe, aber er vergaß, daß er auch überall seine polnische Seele mit sich hatte, und darum sah er die Dinge nicht so, wie sie waren, sondern er sah sie mit den Augen seiner Landsleute und er wäre nicht Pole gewesen, wenn er sich davon hätte frei halten können. Als Beseler Ende August sein verantwortungsvolles Amt übernahm, hielt ihm Graf Czapski Vortrag über die politische Lage des Königreichs, wie er sie sah. Ein Zusammenarbeiten mit den Nationaldemokraten hält er für ausgeschlossen, glaubt aber, daß die Gewinnung der Realisten zur Mitarbeit im Bereich des Möglichen liege und von der größten Bedeutung sein würde. Der Gedanke, polnische Gebiete von Rußland loszureißen und aus ihnen einen polnischen Staat in Anlehnung an die Zentralmächte zu bilden, wird, nach seiner Meinung, nur von einer Minderheit vertreten, die sich auch trotz allem Mißtrauen Deutschland gegenüber in dieser Auffassung durch die preußische Polenpolitik nicht beirren läßt. „Man spricht von Unabhängigkeit, würde aber auch gern eine Vereinigung Kongreßpolens mit Galizien und eine dementsprechende Umgestaltung Österreich-Ungarns sehen, hierbei spielt das galizische Oberste Nationalkomité eine große Rolle.“ „Wir müssen bemüht sein, Mißtrauen, Unwillen und Feindseligkeit zu bekämpfen, die durch häufige Fehler der preußischen Polenpolitik tief eingewurzelt sind. Jetzt sieht man erst, wie sehr sich diese falsche Politik an unserer Außenpolitik rächt. Trotzdem werden die Hakatisten sicherlich eine versöhnliche Politik in Kongreßpolen zu unterbinden suchen. Man wird ihren Intriguen die Stirn bieten müssen“[74]). Seyda hat allerdings über die Mitarbeit der Realisten, welcher Graf Czapski die „größte Bedeutung“ zu-

schreibt, eine andere Meinung, gerade sie waren es nämlich, „die besondern Wert darauf legten, in legalen Organisationen mitzuarbeiten, um dort ihre Propaganda weiter zu treiben, z. B. in den Bürgerkomités. Man hatte dort Gelegenheit, als Beschützer der Bevölkerung gegen die Ausnutzung des Landes durch die Besatzungmächte aufzutreten, nicht nur gegen Deutschland, sondern auch gegen das Oberste Komité, das ja doch als eine von der österreichischen Regierung genehmigte Einrichtung galt“ [75]).

Von diesem Gedanken, alles zu vermeiden, was etwa „Mißtrauen, Unwillen und Feindseligkeit“ erregen könnte, sind alle seine Pläne und Ratschläge geleitet, ihn selbst aber erfüllt ein um so tieferes Mißtrauen gegen die Hakatisten und später auch gegen Oberost, gegen welches er mit Vorwürfen und Verdächtigungen in seinen mehr oder minder offenen Briefen durchaus nicht spart. Schon im September sieht Beseler sich auf Grund gewichtiger Tatsachen gezwungen, die Bürgerkomités und das Zentralkomité aufzulösen, Graf Czapski aber bedauert, daß man ihn von dem beabsichtigten Schritt nicht unterrichtet habe, weil er in der Lage gewesen wäre, „derartige Übergriffe durch Rücksprache mit einzelnen Mitgliedern zu verhindern“[76]), vielleicht mit denselben Mitgliedern, denen sein Landsmann Grabski das anerkennende Zeugnis ausstellt, daß sie trotz der Auflösung der Komités „die Tätigkeit einer moralischen Regierung fortsetzen, nur unter andern Formen und vorsichtiger“. Am 15. November wurden die polnischen Hochschulen in Warschau wieder eröffnet, die Polen wünschten, daß diese Anstalten aus städtischen oder privaten Mitteln unterhalten werden sollten, Graf Czapski aber ist anderer Meinung. Er will, daß die Mittel für die Hochschulen von der Okkupationsverwaltung bestritten werden, weil die Deutschen dadurch „einen moralischen und politischen Trumpf“ in die Hand bekommen, und es gelingt ihm, seine Landsleute zu bewegen, den Deutschen diesen Trumpf in die Hand zu geben. Mit der ganzen Freude des Polen an glänzenden patriotischen Feiern setzt er sich für den Gedanken Studnicki's ein, den 125. Gedenktag der polnischen Verfassung vom 3. Mai 1791 im weitesten Rahmen zu feiern, und mit dem sanguinischen Optimismus eines polnischen Schlachzizen aus vergangener Zeit überschätzt er alle diese Äußerlichkeiten. Am 11. Mai 1916 schreibt er an Erzberger: „Die Abhaltung der Verfassungsfeier am 3. Mai ohne jede Einschränkung hat den besten Eindruck gemacht und den Polen gezeigt, daß unser, erst seit neun Monaten bestehendes Regiment stark genug ist, um eine Feierlichkeit zu dulden, welche die Russen nach hundertjährigem Besitz des Landes als gefahrdrohend betrachtet haben“[77]), wobei er allerdings übersieht, daß die öffentliche Feier des 3. Mai als polnischen Verfassungstages auch in Deutschland verboten war. Wenige Wochen später, am 2. Juni 1916, „nach der im großen und

ganzen günstigen Entwicklung der Verhältnisse in Warschau, vor allem nach der über Erwarten geglückten Verfassungsfeier am 3. Mai, hält er den Zeitpunkt für gekommen, seine Wünsche und Ansichten über die Ostpolitik dem Kanzler zusammenhängend vorzutragen". „Die für unsere Politik günstige Entwicklung der Verhältnisse vollzieht sich im Gebiet des Generalgouverneurs viel schneller, als ich es noch vor wenigen Monaten zu hoffen wagte. Das Mißtrauen, mit welchem wir im ganzen Lande empfangen wurden, schwindet aber mit jedem Tag und die weitesten Schichten der Bevölkerung, — allmählich auch der ländlichen, — sehen ein, daß wir alle . . . für das Wohl des Landes fleißig und planmäßig arbeiten. Der Umschwung der öffentlichen Meinung, besonders in der Hauptstadt, hat sich am 3. Mai vollendet, die Verfassung von 1791 hat keine Spur in der Geschichte hinterlassen, deren 125ste Jahresfeier bildete einen Wendepunkt in der Geschichte Polens. Die Grundlage dieser veränderten Stimmung und gedeihlichen Arbeit bildete aber Ew. Exzellenz Aprilrede. Die Wünsche und Hoffnungen des Landes entwickeln sich ganz bestimmt nach der Richtung der Unabhängigkeit. Die besonnenen Menschen erkennen aber an, daß ein polnischer Staat einen festen Anschluß an eine der Zentralmächte braucht. Die Idee, daß Warschau von Wien aus regiert werden solle, hat hier gar keinen Boden . . . der Plan eines formell unabhängigen, aber in einem engen politischen und wirtschaftlichen, durch bindende Verträge gesicherten Bündnis mit Deutschland stehenden polnischen Staates gewinnt immer mehr an Boden"[78]). In einem wohltuenden Gegensatz zu diesem rosenroten Optimismus stehen die klugen und wägenden Worte Beselers, die er an dem Tag der großen nationalen Feier zu den Vertretern des polnischen Organisationskomités gesprochen hat: „Ich beabsichtige nicht, mit Ihnen hier ein politisches Gespräch zu führen, ich bin weder befugt, noch imstande, mit Ihnen über politische Ziele zu sprechen. Erlauben Sie mir aber, Sie auf zwei Punkte aufmerksam zu machen, die Sie vielleicht bei Ihrer politischen Tätigkeit beachten können. Bedenken Sie, daß die Politik die Kunst des Erreichbaren ist, und vergessen Sie nicht, daß man Opfer bringen muß, auch um nur ein gewisses Maß von seinen politischen Zielen zu erreichen. Dann aber bedenken Sie, daß, wie sich der einzelne Mensch seiner Familie und seinem Volk einordnen muß, so auch die Völker verstehen müssen, sich an die Völker- oder Staatengemeinschaft anzugliedern, der sie sich anschließen und mit der sie zusammenarbeiten wollen"[79]).

Schon die nächste Zeit sollte zeigen, wie viel richtiger Beseler die Lage beurteilt hatte, denn der jetzt in voller Schärfe einsetzende Kampf ging äußerlich wohl um die Legionen und berührte deshalb die Deutschen weniger, aber er war in seiner wirklichen

Bedeutung nichts anderes, als ein mit allen Mitteln unternommener Versuch, die Zentralmächte zu zwingen, sich in irgend einer Form und sobald wie möglich öffentlich in der Frage nach der Zukunft Polens festzulegen, weil man fürchtete, daß entweder eine österreichische Lösung, d. h. eine Vereinigung des Königreichs mit Galizien geplant sei, oder daß man die nach dem endgültigen Abzug der Russen vorgenommene Teilung des Königreichs in zwei verschiedene Okkupationsgebiete beibehalten und eine vierte Teilung Polens vornehmen wolle. Je entschiedener aber gerade das Königreich diese beiden Lösungen ablehnte, um so mehr gewann die von den Unabhängigkeitsparteien unter dem Einfluß Piłsudski's vertretene Idee eines völlig unabhängigen polnischen Staates mit möglichst weiten Grenzen Anhänger, um so ungeduldiger wartete man auf eine solche Lösung, und um so dringender forderte man die Bildung einer polnischen Regierung und die Vereinigung sämtlicher Legionen auf dem Boden des Königreichs unter polnischer Führung, um sofort mit der Aufstellung eines polnischen Heeres beginnen zu können. Weil man aber genau wußte, daß das entscheidende Wort in der Lösung der polnischen Frage bei Deutschland liege, darum wirkten sich alle diese Kämpfe, die äußerlich um die Legionen gingen, auch viel weniger auf die Stimmung gegen Österreich, als vielmehr gegen Deutschland aus.

Im März 1916 begann der eigentliche offene Kampf, Am 25. März 1916 traten die vereinigten Unabhängigkeitsparteien des Königreichs mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit, in welchem dem Krakauer Obersten Komité eine Art Ultimatum gestellt wurde, man erklärte nämlich, daß die Werbung für die Legionen innerhalb des Königreichs auf keinerlei Unterstützung zu rechnen habe, so lange Piłsudski nicht das Oberkommando über die vereinigten Legionen erhalten habe, wenn das nicht geschehe, dann sei es besser, die Legionen überhaupt verschwinden zu lassen. Es nutzte nichts, daß das Oberste Komité seine Landsleute beschwor, sich ruhig zu verhalten, denn „ein Zerschlagen der Legionen wäre eine so furchtbare Katastrophe, daß allein bei dem Gedanken daran Herz und Verstand erzittern müßten", — es konnte nicht ausbleiben, daß dieser Kampf um die Legionen, bei welchem es sich im letzten Grunde doch um tiefgehende politische Gegensätze handelte, allmählich auch auf die Legionen selbst übergriff, zumal dieselben Gegensätze auch dort vorhanden waren und zu scharfen Spannungen zwischen der unter Piłsudski's Einfluß stehenden ersten und dritten und der unter Haller stehenden zweiten Brigade geführt hatten.

Mit allen Mitteln kämpfte das Oberste Komité in dieser Zeit um seinen Einfluß und um seine Existenz, denn auch in Österreich selbst hatten sich neue Gegensätze unter den Polen auf-

getan, nämlich zwischen dem Komité und dem Klub der polnischen Abgeordneten, weil das Komité trotz seiner ununterbrochenen Mißerfolge, doch die alleinige Führung der polnischen Politik nach wie vor für sich beanspruchte. Auch von der österreichischen Regierung wurde seine Tätigkeit immer mehr mit kritischen Augen betrachtet, nachdem man erkannt hatte, daß das Komité die Bevölkerung des Königreichs in keinem Falle hinter sich habe, ja, daß seine Tätigkeit im Gegenteil dazu beitrage, die österreichfeindliche Stimmung immer stärker anwachsen zu lassen; gerade aber in dieser Zeit spielten die Verhandlungen zwischen Wien und Berlin über die Lösung der polnischen Frage und gerade in dieser Zeit lag dem Wiener Außenministerium doppelt daran, sich darauf berufen zu können, daß die Bevölkerung des Königreichs eine österreichische Lösung wünsche. „Die Lage des Obersten Komités war hoffnungslos. Nachdem man Ende 1914 die Opposition beseitigt hatte, beschloß man zunächst, den Widerstand des Königreichs zu bezwingen, ihm die eigene politische Aktion in der Legionsidee aufzuprägen und dann, wenn man eine genügend große Anzahl von Freiwilligen beisammen hätte, auch den Widerstand Wiens zu zwingen und ihm die trialistische Lösung in Verbindung mit der österreichisch-ungarischen Monarchie aufzunötigen, damit Wien wiederum einen Druck auf Berlin ausübe und es zwinge, das österreichische Programm in der polnischen Frage anzunehmen. . . . Das Königreich aber, sowohl die rechts, wie auch die links stehenden Kreise gaben, wenn auch aus verschiedenen Gründen, keine Freiwilligen her, Wien gab keine Erklärung in Berlin, und in Berlin tat man, was man wollte“[80]).

Politisch rettete das Komité seine Stellung zwar noch einmal dadurch, daß es sich nach langen Verhandlungen mit dem Klub der polnischen Abgeordneten einigte, daß infolgedessen die sozialdemokratischen Abgeordneten und die podolischen Konservativen wieder eintraten und daß an Stelle Jaworski's nunmehr Biliński zum Vorsitzenden gewählt wurde. Durch diese Einigung war die Stellung des Komités der österreichischen Regierung gegenüber wesentlich gestärkt worden, weil man jetzt die Möglichkeit hatte, der Regierung Schwierigkeiten auf parlamentarischem Boden zu machen, und man beeilte sich, diese günstige Lage auszunutzen. Die Schuld daran, daß die Stimmung der polnischen Bevölkerung des Königreichs immer unfreundlicher wurde, schob man jetzt der militärischen Verwaltung des österreichischen Okkupationsgebietes zu und forderte deshalb eine besondere Zivilverwaltung nach deutschem Muster, ebenso verlangte man die Besetzung der leitenden Beamtenstellen in dieser Zivilverwaltung mit Polen, vor allem aber drang man darauf, das Cholmer Land in das Verwaltungsgebiet der österreichischen Okkupation einzubeziehen, um dadurch schon eine vollendete Tatsache für die Zukunft zu schaffen. Da man gerade da-

mals die polnischen Stimmen für die neue Verlängerung des provisorischen Budgets im Parlament gebrauchte, mußte man die Forderungen des Komités erfüllen, am 5. Juni wurde das Cholmer Land in die österreichische Verwaltung einbezogen, eine besondere Zivilverwaltung wurde neben der militärischen errichtet, zum Leiter dieser Verwaltung wurde der Pole Madejski ernannt.

Unhaltbar waren dagegen die Zustände in den Legionen geworden. Neben dem Kommando der Legionen, das in der Hand österreichischer polnischer Offiziere lag, hatte sich ein Rat der Obersten gebildet, welcher mit allen Mitteln die Herausnahme der polnischen Abteilungen aus dem österreichischen Heeresverband betrieb und entweder ihre Umgestaltung in ein selbständiges polnisches Heer oder ihre Auflösung verlangte. Das Komité drückte deshalb immer wieder auf das Wiener Außenministerium und auf die Oberste Heeresleitung und forderte endlich eine klare Angabe der österreichischen Kriegsziele in der polnischen Frage, weil man sich davon eine günstige Wirkung auf die Legionen versprach, — eine solche erfolgte jedoch nicht. Inzwischen hatte aber auch Piłsudski am 25. Juli sein Entlassungsgesuch eingereicht, wodurch die ganze Lage für das Komité noch schwieriger wurde. Die Gründe, die ihn zu diesem Schritt veranlaßt haben, hat er eingehend in einem Brief an den Fürsten Lubomirski dargelegt. Wir lesen dort: „In politischer Beziehung waren die Legionen eine vollständige Anomalie, Soldaten ohne Vaterland, ein Heer ohne Regierung. Diese schwierige Lage wurde durch das Krakauer Komité durchaus nicht erleichtert. Das Oberste Komité hatte dem Heer gegenüber gar keine Rechte, es war für den Soldaten eine Art nebelhafter Einrichtung, mehr noch, — es war durchaus unpopulär. Im besten Falle war es für den Soldaten irgend etwas in der Art einer philanthropischen Einrichtung, im schlimmsten Fall eine Machenschaft der politischen Parteien Galiziens, mit der bewußten Absicht ins Werk gesetzt, diese traurige Wahrheit zu verhüllen. Noch vor Ende 1914 hatten die Verordnungen der österreichischen Behörden dem Obersten Komité den Rest seiner Hoffnungen auf Erweiterung seiner Autorität geraubt, denn damals erfolgte das Verbot für die Galizier, in die Legionen einzutreten, von dieser Zeit ab mußten die Legionen ihren Bestand und ihre Entwicklung lediglich auf den Zufluß von Freiwilligen aus dem Königreich stützen, damit aber war für diese Freiwilligen die Gefahr verbunden, im Fall ihrer Gefangennahme als Deserteure erschossen zu werden“[81]).

Diese politische Anomalie wurde für ihn aber nach der Eroberung Warschaus und nach dem Rückzug der Russen auch zu einer militärischen Anomalie, so daß er schon im September 1915 den Entschluß zu demissionieren gefaßt hatte. „Rußland war geschlagen, das gesamte Königreich mit Warschau von den russichen

Heeren und Behörden befreit. Zugleich damit aber kamen auch alle politischen Zweifel, alle ungelösten Probleme, alle nicht beantworteten Fragen, — kurz, — alle jene politischen Verwicklungen wieder auf die Tagesordnung, welche mit der polnischen Frage und mit den Legionen verbunden waren. Keine Macht der Welt konnte jetzt die Frage verhindern, welche von Verwandten, Freunden oder Bekannten der Soldaten und der angeworbenen Rekruten gestellt wurde. „Weshalb schlagt Ihr Euch eigentlich?" Keine Ausflüchte halfen jetzt, wenn die Frage fiel: „Wer hat Euch, Jungen, ermächtigt, daß Ihr mit Euerm Fahneneid nicht nur über Euer Blut verfügt, das dem Land gehört, sondern auch über die Politik des Landes, wenn Ihr Bündnisse schließt oder Euch als Untertanen hingebt"? Und wenn das ganze Unternehmen noch Aussicht auf Erfolg gehabt hätte! Der Erfolg entschuldigt und rechtfertigt ja so viele Dinge, aber das System, dessen man sich gegenüber den Legionen bediente, verurteilte das ganze Unternehmen von Anfang an zum Mißerfolg und zur Niederlage"[82]).

Sein Entlassungsgesuch wurde von der österreichischen Heeresverwaltung zunächst nicht angenommen, er wurde vielmehr von dem Oberst Hranilowicz zu einer persönlichen Unterredung gebeten, in welcher er nochmals forderte, daß man so schnell wie möglich für das Königreich irgend eine politische Behörde schaffe und ihr ein gewisses Maß an Rechten über das aus Freiwilligen zu bildende neue polnische Heer gebe. Hranilowicz regte an, ob dazu nicht eine politische Vertretung innerhalb des österreichischen Okkupationsgebiets allein genügen würde, das wurde jedoch von Piłsudski entschieden abgelehnt, weil eine solche Maßnahme die umlaufenden Gerüchte über eine vierte Teilung Polens nur verstärken würde[83]). Trotzdem zögerte die österreichische Heeresleitung immer noch mit der Erledigung seines Entlassungsgesuches, „erst als Piłsudski Ende August aufhörte, die Befehle der deutschen Befehlsstelle auszuführen, der er mit seiner Brigade unterstellt war, (Linsingen), forderten die Deutschen seine Entlassung. So erhielt er zunächst Urlaub und dann die Entlassung" (27. September 1916[84]).

Noch während dieser Verhandlungen hatte der aus den vier Legionskommandeuren Piłsudski, Sosnkowski, Roja und Haller bestehende „Rat der Obersten" dem Obersten Komité eine neue Denkschrift überreicht, in welcher neben militärischen auch ganz bestimmte politische Forderungen gestellt waren. Die Obersten verlangten 1. die Erklärung, daß sowohl die gegenwärtig bestehenden, wie auch die zukünftig noch gebildeten Legionen nur als ein polnisches Heer betrachtet werden dürften, das für die Unabhängigkeit Polens kämpft und stirbt, 2. die Errichtung einer besonderen obersten Befehlsstelle für die Legionen, die unter eigener Verantwortung die Legionen führt und für ihre Maßnahmen nur dem

polnischen Volk und der polnischen Regierung verantwortlich ist, 3. die Bildung einer einstweiligen Regierung in Warschau im Einverständnis mit den politischen Parteien, 4. die Auflösung der militärischen Abteilung bei dem Obersten Komité und die sofortige Einstellung aller Werbungen bis zu dem Zeitpunkt, an welchem eine neue Organisation in dem Königreich selbst dafür geschaffen ist, 5. die sofortige Zurückziehung der Legionen aus der Front, nicht nur deshalb, weil die Legionen völlig erschöpft waren und die einzelnen Regimenter nur noch 300—400 Gewehre zählten, sondern auch deshalb, um diese verbliebenen Reste als die Kader einer zukünftigen polnischen Armee zu erhalten, 6. für die den Legionen in Aussicht gestellte Offiziersschule nur polnische Frontoffiziere als Lehrer und endlich 7. die Bildung einer besonderen, aus höheren Legionsoffizieren bestehenden Militärkommission. Der Schluß der Denkschrift lautete: „Wir fühlen uns zu der Erklärung verpflichtet, daß sich ein Rat der Obersten gebildet hat, der sich das Ziel gesteckt hat, die innere Einheit des Heeres zu erreichen. Die widerwärtigen Zustände, die hoffnungslose Lage und der Zustand, in welchem sich die Legionen bei dem völligen Mangel an Unterstützung von außerhalb befinden, haben uns zum Handeln gezwungen, durch welches wir unsere primitiven Rechte erlangen und die Existenz unserer Mannschaften sichern wollen“[85]).

In den österreichischen Kreisen fühlte man, daß es jetzt hart auf hart zu gehen drohte, und darum machte man einige Konzessionen. Am 20. September 1916 erfolgte die Umgestaltung der bisherigen Legionen in das sogenannte Polnische Hilfskorps, das auf zwei Divisionen vergrößert werden sollte, dieses neue Hilfskorps erhielt jetzt auch Fahnen in den polnischen Nationalfarben und mit dem Bild der Mutter Gottes von Czenstochau, aber von irgend einer Loslösung aus dem österreichischen Heeresverband war keine Rede, auch das neue Hilfskorps blieb nach wie vor eine besondere Abteilung des österreichischen Landsturms, weil man hoffte, die polnischen Truppenteile gerade in dieser Zeit als eine Art Handelsobjekt gegenüber Deutschland bei der Lösung der polnischen Frage im österreichischem Sinn verwerten zu können. Am 6. Oktober wurden die Legionen aus der Front zurückgezogen und nach Baranowicze abtransportiert, zum Nachfolger Piłsudski's wurde Januszaitis ernannt, eine große Anzahl von Offizieren und Mannschaften forderte ihre Entlassung.

Die Nachricht von der Entlassung Piłsudski's hatte einen Sturm der Entrüstung unter den Unabhängigkeitsparteien des Königreichs erregt, der sich besonders gegen die Deutschen richtete, weil man diese als die eigentlichen Urheber seiner Entlassung betrachtete. Dieser Sturm wurde so stark, daß das Oberste Komité seinen früheren Vorsitzenden, Jaworski, beauftragte, sich mit der Bitte an Piłsudski zu wenden, beruhigend auf seine Anhänger einzuwirken.

Seine Antwort war ausweichend: „Als ich am 6. August 1914 ins Feld zog, hatte ich mir außer mehr oder minder zahlreichen Maxima auch ein Minimum als Aufgabe gestellt. Ich habe mir keine Unruhe darüber gemacht, wie die Frage des polnischen Soldaten in ihren Einzelheiten entschieden werden sollte, sondern ich wollte nur wissen, ob der polnische Soldat auch in Zukunft nur ein mythisches Wesen ohne Fleisch und Blut bleiben sollte. Ich wollte, daß dieser polnische Soldat, wenn er in dem großen Weltkrieg, der auf polnischer Erde geführt wird, in seiner Uniform und mit seinem Bajonett in fast jede Hütte und auf jeden Hof unserer Dörfer kommt, nicht nur ein Bild bleibt, welches von artigen Kindern mitunter in versteckten Winkeln betrachtet wird. Ich wollte, daß Polen, das nach dem Jahre 1863 so völlig sein Schwert vergessen hatte, es wieder in den Händen seiner Soldaten durch die Luft blitzen sieht . . . Der polnische Soldat hat aus eigener Kraft seinem Vaterland einen neuen Wert gegeben, den es ohne ihn nicht hatte, und ich bin stolz darauf, die Seele dieses, in seinen Auswirkungen leider so bescheidenen militärischen Werkes gewesen zu sein“[86]).

Bis zu welcher Höhe die Spannung zwischen den Polen des Königreichs und dem Obersten Komité damals gediehen war, zeigt am besten das Schreiben der Warschauer Unabhängigkeitsparteien an das Krakauer Komité vom 6. Oktober 1916. Hier werden zunächst die beiden großen Ziele erwähnt, welche Piłsudski durch sein selbständiges Vorgehen im August 1914 hatte erreichen wollen, nämlich die Bildung einer polnischen Armee und die Schaffung einer polnischen Regierung, und welche er leider nicht erreicht hat. Der polnischen Bevölkerung habe sich deshalb eine starke Unruhe bemächtigt, weil sie gesehen habe, daß das Oberste Komité in dieser ganzen Angelegenheit völlig versagt habe. Das Komité habe eine politische Idee verfolgt, ohne die Mittel zu besitzen, diese Idee auch zu verwirklichen, und als man ihm in den Legionen diese Mittel in die Hand gegeben hatte, habe es sie für eine fremde Sache, und nicht für die Sache Polens eingesetzt und geopfert. In Warschau habe man sich deshalb, um diesem plan- und ziellosen Hin und Her der Krakauer Stelle endlich ein Ende zu setzen, dazu entschließen müssen, die Werbungen überhaupt zu untersagen. Vergeblich habe Piłsudski versucht, die Unterstützung des Komités für seine Pläne zu gewinnen, die militärische Abteilung unter Sikorski habe alle seine Absichten immer wieder durchkreuzt. Daß er mit diesen Plänen auf dem rechten Weg gewesen sei, beweise die unerschütterliche Treue, mit welcher die Legionen hinter ihm stehen, davon zeuge das Schreiben des Rats der Obersten und dafür spreche der einmütige Wille des polnischen Volkes, ihn auf diesem Weg zu unterstützen. „Wir haben unsern Kampfwert unter Beweis gestellt, wir haben erklärt, daß wir zum Kampf gegen Rußland bereit sind, immer stärker

und dringender erhebt sich deshalb vor uns die Aufgabe, eine polnische Armee zu bilden. Nach dieser Richtung hin müssen jetzt alle Kräfte angespannt werden, nach dieser Richtung hin werden auch wir mit allen Kräften arbeiten“[87]).

Inmitten aller dieser Unruhen ging die deutsche Aufbauarbeit ihren Weg weiter. Im April 1916 wurde die von den Russen bald nach der Revolution aufgelöste Organisation der Polska Macierza Szkolna (Polnische Mutterschule) wieder eröffnet, im Mai folgte eine Verordnung für die Wahl und die Geschäftsführung der Stadtverwaltungen, am 24. Juli fand die feierliche Eröffnungssitzung des Warschauer Stadtrats statt, bei welcher der Vorsitzende eine Erklärung aller Parteien mit Ausnahme der Sozialdemokraten und der nationalen Juden verlas, daß man in der Selbstverwaltung der Hauptstadt Warschau den ersten Schritt zu dem Wiederaufbau eines unabhängigen polnischen Staates erblicke, — aber gerade das, was die Polen erwarteten, erfolgte nicht. „Die Worte Bethmanns vom 5. April 1916 im deutschen Reichstag zeigten, daß hinter den Kulissen gearbeitet wurde. Man erlaubte den Polen, den Jahrestag der Verfassung am 3. Mai zu feiern, man erkannte den Polen des Königreichs das Recht zu, sich „Untertanen des Königreichs Polen“ oder „Polen des Generalgouvernements Warschau“, und nicht mehr „russische Untertanen“ zu nennen, man gestattete den Gebrauch der polnischen Sprache in der Schule und teilweise auch vor Gericht, — aber man sprach von keinem politischen Wechsel der Lage“[88]).

In der Tat wurde gerade in Warschau und von Warschau aus eifrig hinter den Kulissen gearbeitet, und an der Spitze dieser Bewegung stand der polnische politische Ratgeber des Warschauer Generalgouverneurs, Graf v. Hutten-Czapski. Immer wieder, wenn man das X. Kapitel des II. Bandes seiner Erinnerungen liest, bewundert man seine Vielgeschäftigkeit und verwundert sich über die ungeheure Täuschung, in welcher er selbst befangen war und welche er leider auch anderen zu suggerieren wußte. Von jenem 31. Juli 1914 ab, an welchem ihm der Kaiser seinen Gedanken, ein neues Polen zu errichten, anvertraut hatte, fühlte er sich als den Vollstrecker dieses Gedankens und als eine Art Prometheus für sein Volk. Schon im Dezember 1915, als die Lage innerhalb des Königreichs noch völlig ungeklärt war, „legt er dem Kanzler in längerem Vortrag die Notwendigkeit dar, den Schleier über Polens Zukunft zu lüften“, muß sich allerdings von Bethmann sagen lassen, daß er diesen Augenblick noch nicht für gekommen halte. Im März 1916 ist er wieder in Berlin, um an den Verhandlungen des Herrenhauses teilzunehmen, er unterläßt nicht, „in der Neuen Fraktion des Herrenhauses, in den Reichsämtern des Innern und des Äußern die Einsicht von der Notwendigkeit einer planvollen Weiterentwicklung der

Polenpolitik zu vertiefen". Am 5. April erfolgt dann die bekannte Rede Bethmanns im Reichstag mit der Ankündigung, daß Deutschland und Österreich eine Lösung der polnischen Frage versuchen werden und müssen, und schon am 2. Mai hält Hutten-Czapski die Zeit zu einem neuen Vorstoß für gekommen, er berichtet dem Kanzler nämlich, daß die für Deutschland günstige Entwicklung der Verhältnisse im Königreich sich über Erwarten schnell vollziehe und daß die vernünftigen Menschen einsehen, daß ein materieller Aufschwung des Landes nur durch Anlehnung an Deutschland möglich sei. Anfang Juni ist er wieder in Berlin, „um die polnische Frage mit Bethmann und Jagow zu besprechen", er gewinnt bei diesen Besprechungen den Eindruck, „daß es richtig sei, die ganze Lage dem Kaiser vorzutragen", weil er vermutet, „daß gewisse Persönlichkeiten seiner Umgebung bei ihm die Proklamation des polnischen Staates zu hintertreiben und Beseler zu verdrängen suchen". Ihm war auch bekannt geworden, „daß der Kaiser den entscheidenden Schritt in der polnischen Frage noch hinausschieben wolle", wieder muß deshalb Chelius helfen. Durch dessen Vermittlung gelingt es ihm in der Tat, am 13. Juni bei dem Kaiser eine Audienz zu erhalten und seine eigenen Worte mögen zeigen, was er bei dieser Gelegenheit dem Kaiser über die Stimmung in Polen berichtet hat: „Eingehender Vortrag über die Verhältnisse in Polen, die wachsende Anerkennung für die deutsche Verwaltung trotz fehlender Sympathien, die sich bildende Überzeugung, daß ein Anschluß an Deuschland den Interessen des Landes besser als alles andere entspricht, die Dankbarkeit für alle Erleichterungen und insbesondere für die Schulen, die Vereine, die Feier des 3. Mai, gutes Verhältnis zur Geistlichkeit und insbesondere zu den Bischöfen, Wunsch nach Selbständigkeit und Vereinigung mit Litauen"[89]). Ende Juni sind Helferich und Lewald in Warschau, er benutzt die Gelegenheit, „um ihnen die Dringlichkeit der Polenfrage im Sinne seines Schreibens an den Reichskanzler darzulegen", am 29. Juli, am 4. und 6. August bittet er Bethmann, Polen nicht den Österreichern zu überlassen und dringt auf Beschleunigung: „In den letzten Tagen hörte man immer mehr Gerüchte, wonach am Jahrestag der Einnahme Warschaus ein polnischer Staat mit einem Regenten durch die Zentralmächte gebildet werden sollte. Das Unterbleiben dieser Verkündigung hat eine gewisse Enttäuschung hervorgerufen. In der hiesigen Bevölkerung zweifelt aber niemand, daß ein großes Ereignis bevorsteht"[90]).

Endlich, am 11./12. August wird das sogenannte Wiener Abkommen zwischen Bethmann und Burian abgeschlossen, aber — „das Abkommen zeigte deutlich, daß der Kanzler eine Beschleunigung des Vorgehens in Polen nicht für ratsam hielt", außerdem aber hat er von verschiedenen Seiten gehört, „daß auch der Kaiser sich neuer-

dings gegen eine baldige Proklamierung des polnischen Staates ausgesprochen hat, obwohl er sie grundsätzlich billigt", — wieder beginnt deshalb seine Arbeit hinter den Kulissen, und wieder findet er in Chelius einen willigen Vermittler. In einem am 2. September „an Chelius gerichteten sehr offenen, für den Kaiser bestimmten Brief" faßt er noch einmal alle seine Gründe zusammen: „Möglichkeit, die Wehrkraft des Landes auszunutzen", Notwendigkeit, den Russen, die eine platonische Erklärung vorbereiten, „mit einer Tatsache zuvorzukommen, welche gewiß unmittelbare praktische Vorteile bieten wird", Überzeugung, daß eine solche Maßnahme großen Erfolg haben wird, „Bewunderung für die Voraussicht unseres Allergnädigsten Herrn, der mir bereits am 31. Juli 1914 diese Lösung als die richtige und von ihm erstrebte bezeichnete", Bewußtsein, im Besitz des Allerhöchsten Vertrauens, von dem er so viele Beweise gehabt hat, an seiner nicht leichten Stelle wirken zu können", Hoffnung und Glaube, „nach den ihm nunmehr bekannt gewordenen Intentionen S. M. zu handeln"[91]). Der Brief hatte die von seinem Absender beabsichtigte Wirkung, denn Chelius antwortet ihm am 20. September: „Wie gut, daß man Dich dort hat. Der Kaiser hat es schon so oft betont und Beseler scheint es ihm von neuem bestätigt zu haben. Deine Tätigkeit dort ist von unschätzbarem Wert auch für später. Deine Ansichten decken sich auch ganz mit den hiesigen."

Und doch genügt ihm das alles noch nicht. „Um die richtige Stimmung im Großen Hauptquartier zu erhalten", schreibt er am 9. Oktober abermals an Chelius einen für den Kaiser bestimmten Brief, in welchem er aber, den Bedürfnissen entsprechend, diesmal die Note des Pessimismus und der Resignation anschlägt: Nervöse Stimmung in Warschau in Folge des Gerüchts, „daß sich die Mittelmächte unter Preisgabe Polens mit Rußland vertragen wollen", Ausnutzung einer solchen Stimmung durch Elemente, welche nach Rußland neigen, gedrückte Stimmung, Verzicht auf jeden Kommentar. Dieses ungeduldige Drängen scheint selbst Chelius zu viel geworden zu sein, denn in seiner Antwort vom 16. Oktober gießt er recht viel Wasser in den Wein seines Freundes. Der Kaiser steht auf dem Standpunkt: „Wie man die polnische Frage löst, ist immer falsch, denn sie ist nicht zu lösen, man muß einen Modus finden, der der wenigst schlechte ist", Zweifel, ob der Gedanke eines autonomen Staates, wie er jetzt im Vordergrunde steht, überhaupt ein glücklicher ist: „Wozu eine ganz unreife Frucht vom Baume nehmen wollen? Das wird nur Unfrieden zwischen den Bundesgenossen und uns stiften. Haben wir aber ein autonomes Polen unter deutschem Herrscher oder Fürsten, ist ein Zankapfel zwischen Österreich und uns gelegt, der bedenkliche Folgen haben kann. Eine Teilung wäre doch das beste, das andere gibt ein politisches Monstrum"[92]).

Es ist selbstverständlich, daß die Betriebsamkeit dieses polnischen „Politikers im Dunkeln", wie wir sie eben kennen lernten, allein niemals ausgereicht hätte, um die verantwortlichen Stellen der deutschen Politik schließlich zu der Proklamation vom 5. November 1916 zu veranlassen, sondern daß noch erst eine ganze Anzahl anderer Gründe, sowohl militärischer, wie politischer Art dazu treten mußten, aber es ist ebenso selbstverständlich, daß diese verantwortlichen Stellen bei ihrer Beurteilung der Stimmung unter den Polen des Königreichs sich auf das Urteil gerade jenes Mannes glaubten verlassen zu müssen, über welchen in der Kabinettsorder vom 14. August 1915 geurteilt worden war, „daß der Oberstleutnant Graf v. Hutten-Czapski infolge seiner genauen Kenntnis der polnischen Verhältnisse und seiner guten Beziehungen zu den polnischen Kreisen dem kaiserlichen Gouvernement eine wertvolle Stütze und ein guter Berater sein werde, dessen Dienste der Herr Gouverneur in ausgiebiger Weise in Anspruch nehmen solle." So mußte schließlich bei den Männern, in deren Hand die letzte Entscheidung lag, der Eindruck entstehen, daß die deutschfreundliche Stimmung in Warschau und innerhalb des deutschen Okkupationsgebietes immer stärker werde und daß es nur noch des befreienden Entschlusses bedürfe, um durch die Proklamierung eines unabhängigen polnischen Staates diese Stimmung völlig für Deutschland einzufangen. In Wirklichkeit aber war die Lage so, daß mit Ausnahme des von Studnicki im Sommer 1916 ad hoc gegründeten und von Beseler bestätigten „Klub Państwowowców" (Klub der Anhänger eines polnischen Staatswesens) und ganz vereinzelter Kreise aus dem Lager der sogenannten Aktivisten niemand in ganz Polen für die von dem Grafen v. Hutten-Czapski so eifrig empfohlene Lösung war. Den Beweis dafür sollte er noch vor der Proklamation erhalten.

Um den Eindruck nach Möglichkeit zu unterstreichen, daß die beiden Zentralmächte sich aus eigenen, freien Stücken zu der Proklamierung eines selbständigen polnischen Staates entschlossen hätten, war man in Berlin auf den Gedanken gekommen, sich durch eine besondere Deputation aus dem Königreich darum bitten zu lassen. Beseler ging auf diesen Gedanken ein und beauftragte Żychliński, die ihm geeignet scheinenden Vertreter auszusuchen und zur Bestätigung vorzuschlagen. Über diese Versuche am untauglichen Objekt schreibt Czapski selbst: „Die Unabhängigkeitslinke mußte von vornherein beiseite gelassen werden. Versuche, die Żychliński und ich auf Beselers Wunsch machten, die neutralen Elemente für die Abordnung zu gewinnen, hatten keinen Erfolg. Man mußte sich demnach auf die gemäßigten Kreise unter den „Aktivisten", also auf eine ausgesprochene Minderheit beschränken"[83]). Erst in der zweiten Hälfte des Oktober war es gelungen, nach vielen und vergeblichen

Verhandlungen eine solche Deputation unter der Führung des Warschauer Universitätsrektors Brudziński zusammen zu bringen, über deren Reise nach Berlin und Wien Filasiewicz schreibt: „In den letzten Oktobertagen lud Beseler eine Anzahl führender polnischer Aktivisten zu sich und teilte ihnen mit, daß die beiden Regierungen ein Manifest vorbereiten, durch welches die polnische Frage gelöst werden solle. Er forderte sie auf, noch an demselben Tage eine Denkschrift auszuarbeiten, in welcher sie die nationalen Wünsche der Polen formulierten, und diese Denkschrift dem deutschen Reichskanzler durch eine Deputation überreichen zu lassen. Eine solche Schrift wurde verfaßt und, nachdem sie von der Reichskanzlei gebilligt worden war, am 28. Oktober in Berlin an Bethmann und am 30. Oktober in Wien an Burian überreicht. In der Denkschrift erklärten die Verfasser, daß sie zwar keine bevollmächtigten Vertreter des polnischen Volkes seien, daß sie aber glaubten, im Namen dieses Volkes seine Wünsche äußern zu können. Diese Wünsche seien: „Die durch den Krieg geschaffene Lage fordert gebieterisch die Verkündung eines Staatsaktes, durch welchen die Herrscher der Zentralmächte ein unabhängiges Polen anerkennen, es proklamieren und in diesem Sinne ihre Bürgschaft leisten.“ Dann müsse man sofort zur Verwirklichung der Proklamation schreiten, um feste und dauerhafte Grundlagen für den neuen polnischen Staat zu schaffen. Dies Ziel könne man erreichen 1. durch Ernennung eines Regenten mit allen souveränen Rechten, 2. durch Aufhebung der Grenze zwischen den beiden Okkupationsgebieten, 3. durch Bildung eines provisorischen Staatsrats, 4. durch Schaffung einer besondern Militärabteilung innerhalb des Staatsrats zur Aufstellung der zukünftigen polnischen Armee, deren Kader die vorhandenen polnischen Legionen bilden müßten, 5. durch die Proklamierung eines polnischen Königs und durch die, unabhängig von einem späteren Friedensschluß erfolgende Festsetzung der Grenzen“[94]).

Die Antworten Bethmanns und Burians waren ziemlich gleichlautend gehalten, sie erklärten, daß der neue polnische Staat während des Krieges nicht fertig konstituiert werden könne, daß es deshalb auch unmöglich sei, seine Grenzen schon jetzt festzusetzen und daß sich also auch ein Eingehen auf die in der Denkschrift enthaltenen besonderen Wünsche erübrige. Eine etwas peinliche Überraschung war es allerdings sowohl für Bethmann selbst, wie auch für Hutten-Czapski, der in der Zeit des 22./25. Oktober in Berlin alles sorgfältig vorbereitet hatte, als der Führer der Deputation am Anfang seiner Ansprache, der Wahrheit entsprechend, feststellte, daß man aufgefordert worden sei, nach Berlin zu kommen, um die Wünsche der Polen zu äußern. Trotz dieser Offenheit aber, durch welche der polnische Sprecher glaubte, die Stimmung im Lande zu Gunsten der

Deputation beeinflussen zu können, war ihr Empfang in der Heimat wenig freundlich, man erklärte den Mitgliedern vielmehr, daß sie nur das Recht gehabt hätten, in ihrem eigenen Namen Wünsche zu äußern, und man machte ihnen heftige Vorwürfe, daß sie Polen gegen den Willen des Volkes auf der Seite der Zentralmächte festgelegt hätten. Um den ungünstigen Eindruck vor der Öffentlichkeit etwas zu verwischen, ging am 1. November eine zweite Deputation des Klub Państwowowców nach Berlin, um dort zu erklären, „daß die Polen an der Seite der Zentralmächte kämpfen würden und die Hoffnung hätten, daß Deutschland ihnen helfen werde, den zukünftigen polnischen Staat zu vergrößern und zu organisieren“[95]).

Unter solchen Auspicien fand am Sonntag, dem 5. November 1916 in dem Warschauer Schloß die feierliche Proklamation des neuen polnischen Staates statt, in welcher die beiden Kaiser erklärten, sie seien dahin übereingekommen, aus den der russischen Herrschaft entrissenen Gebieten „einen selbständigen Staat mit erblicher Monarchie und konstitutioneller Verfassung zu bilden. Die genaue Bestimmung der Grenzen des Königreichs Polen bleibt vorbehalten. Das neue Königreich wird im Anschluß an die beiden verbündeten Mächte die Bürgschaft finden, deren es zur freien Entfaltung seiner Kräfte bedarf. In einer eigenen Armee sollen die ruhmvollen Überlieferungen der polnischen Heere früherer Zeiten und die Erinnerung an die tapferen polnischen Mitstreiter in dem großen Krieg der Gegenwart fortleben. Ihre Organisation, Ausbildung und Führung wird in gemeinsamem Einvernehmen geregelt werden. Die verbündeten Monarchen geben sich der zuversichtlichen Hoffnung hin, daß sich die Wünsche nach staatlicher und nationaler Entwicklung des Königreichs Polen nunmehr unter gebotener Rücksichtnahme auf die allgemeinen politischen Verhältnisse Europa's und auf die Wohlfahrt und Sicherheit ihrer eigenen Länder und Völker erfüllen werden.“

Über den Eindruck, welchen die Feier auf die Polen selbst machte, hören wir am besten Czapski! „Nach Verlesung der Proklamation ertönten im Saal minutenlange Rufe „Es lebe das unabhängige Polen!“ Ein improvisierter Hochruf eines polnischen Politikers auf Kaiser Wilhelm verklang ohne Widerhall“[96]). An demselben Tag aber schrieb er an den Kaiser: „Am 31. Juli 1914 hatten E.K. u. K.M. unmittelbar nach Erteilung der das Schicksal der Welt entscheidenden Befehle an den Reichskanzler und an den Chef des Generalstabs mich zu empfangen geruht und mir wörtlich gesagt: „Es ist mein Entschluß, falls Gott uns den Sieg gibt, einen selbständigen polnischen Staat wieder herzustellen.“ Gott hat uns bisher den Sieg gegeben und das den Ereignissen um mehr als zwei Jahre vorauseilende Kaiserwort ist heute zur Kaisertat geworden. Zu Anfang des

Krieges habe ich als erster den Entschluß meines Allergnädigsten Herrn erfahren. Heute ist mir der schöne Auftrag geworden, die vom Generalgouverneur verkündete Botschaft E.M. den versammelten Vertretern des neu entstandenen Königreichs in polnischer Sprache vorzulesen. Auf Grund dieser Tatsachen halte ich mich für berechtigt, an diesem für die Entwicklung der Zukunft Europa's so wichtigen Tage E.M. die feste Hoffnung auszusprechen, daß der neue Staat, im engen Anschluß an Deutschland, uns für alle Zeiten ein treuer Bundesgenosse sein wird“[97]).

4. Die polnische Frage bis zur Proklamation am 5. November 1916.

a. Bei den Zentralmächten.

Wir haben gesehen, wie das Oberste Komité und die polnischen Aktivisten Österreichs sofort nach Beginn des Krieges ihre Bemühungen darauf richteten, die Wiener Regierung in irgend einer Form auf ein Programm für die Zukunft Polens öffentlich festzulegen und wie die gleichen Bemühungen unmittelbar nach der Eroberung Warschau's auch auf dem Boden des deutschen Okkupationsgebiets einsetzten, denn der Kampf um die Legionen war letzten Endes nur die äußere Erscheinung dieses beginnenden politischen Ringens um die staatliche Zukunft Polens. Je deutlicher man aber dieses wahre Gesicht des Kampfes um die polnische Orientierung während der ersten Zeit des Krieges erkennt, um so nachdrücklicher schiebt sich die Frage in den Vordergrund, ob die Zentralmächte in jener Zeit überhaupt in der Lage gewesen wären, den Polen auf ihre wiederholten Fragen eine klare Antwort zu geben und ein bestimmtes Programm in der polnischen Frage zu entwickeln. Die Beantwortung dieser Frage hängt wiederum von der Vorfrage ab, ob man von einem Programm auch dann schon sprechen kann, wenn es sich nur um Abtretungen einzelner polnischer Gebietsteile und um gewisse Grenzverbesserungen handelt, oder ob man ein wirkliches Programm erst dann als gegeben betrachtet, wenn es das Problem und seine Lösung in ihrer Gesamtheit zu erfassen versucht. Im ersten Fall wird man von einem solchen Programm auch bei Deutschland unmittelbar nach Kriegsausbruch sprechen können, im zweiten Fall wird man die Frage nach dem Vorhandensein eines wirklichen Programms bei Österreich bejahen, bei Deutschland verneinen müssen.

Es scheint, als ob die Meinungsverschiedenheiten über die Absichten der Zentralmächte bei den polnischen Autoren gerade durch diese Unklarheit in der eigentlichen Fragestellung stark bedingt sind, wenn man, um die Unehrlichkeit der deutschen Politik zu erweisen,

darauf hinweist, in welchem Umfang man an einflußreichen deutschen Stellen sich schon in den ersten Kriegsmonaten mit Annexionsgedanken getragen habe und wie deshalb auch die Proklamation vom 5. November 1916 von den Deutschen niemals ernst gemeint gewesen sei, sondern nur ein Mittel zum Zweck, um die dringend benötigten Rekruten zu erhalten. So einseitig ein solches Urteil ist, ebenso einseitig ist aber auch die andere Meinung, die besonders von Kutrzeba vertreten wird, daß die Zentralmächte bei Ausbruch des Krieges in der polnischen Frage überhaupt kein Programm gehabt haben, weder beide gemeinsam, noch jede von ihnen ein besonderes, sondern daß beide Mächte nur darauf bedacht waren, sich die Sympathien der Polen zu gewinnen, weil es viel bedeutet, ob ein Heer bei seinem Einmarsch in ein feindliches Land auf Ruhe und Entgegenkommen bei der Bevölkerung rechnen kann[98]). Das trifft auf Österreich sicher nicht zu, denn Österreich hat ein solches Programm von Anfang an gehabt, aber auch Deutschland scheint, wenn wir an die Eröffnungen denken, welche der Kaiser am 31. Juli 1914 dem Grafen von Hutten-Czapski gemacht hat, mit einem solchen bestimmten Programm in den Krieg gegangen zu sein. Ich glaube jedoch nicht, daß man aus jenen, gewiß der Stimmung des Augenblicks entsprungenen Worten des Kaisers, wie wir ja manche kennen, eine solche Folgerung ziehen kann. Sein ganzes späteres Verhalten gerade in der polnischen Frage, wie wir es besonders aus dem Brief von Chelius an Czapski kennen gelernt haben, spricht doch wohl gegen einen solchen Schluß, und vielleicht ist der Kaiser selbst am wenigsten erbaut gewesen von der Zähigkeit, mit welcher sein polnischer Vertrauensmann vom 31. Juli 1914 ihn immer wieder an das gegebene „Kaiserwort" mahnte und mahnen ließ. Ebenso ist m.E. wohl auch das zu verstehen, was Czapski in unmittelbarem Anschluß daran berichtet, daß er nämlich vom Schloß zum Reichskanzler gefahren sei und daß dieser ihm die Worte des Kaisers bestätigt und hinzugefügt habe, daß er sie mit seiner verfassungsmäßigen Verantwortung decke. Ganz abgesehen davon, daß der Kanzler in einem solchen Augenblick garnicht anders handeln konnte, wenn er den Kaiser nicht desavouieren wollte, wäre das spätere Verhalten Bethmanns gerade in der polnischen Frage völlig unverständlich, wenn ein solcher Plan tatsächlich bestanden hätte und vorher zwischen dem Kaiser und ihm besprochen worden wäre, denn nur in diesem Fall hätten seine Worte von der verfassungsmäßigen Verantwortung überhaupt einen Sinn. Ob aber eine solche Einigung zwischen Kaiser und Kanzler wirklich schon am 31. Juli in der polnischen Frage vorhanden gewesen ist, wird man mit Recht bezweifeln dürfen.

Freilich bedeutet das nicht, daß man die polnische Frage in Deutschland zunächst überhaupt bewußt bei Seite geschoben habe, sondern es war wohl vielmehr so, daß man sich von den Ereignissen

des Krieges treiben ließ und die jeweiligen Pläne für das zukünftige Verhältnis Deutschland-Preußens zu Polen in mehr oder minder opportunistischer Weise nach den Erfolgen der deutschen Waffen im Osten gestaltete. Hier sieht Askenazy gewiß richtig, wenn er zu dem Ergebnis kommt, daß der Schwerpunkt der polnischen Frage sich für Deutschland in der ersten Zeit des Krieges wiederholt verlagert habe, ehe er am 5. November 1916 eine Zeit lang zu einer gewissen Ruhe gekommen zu sein schien, daß aber trotz dieser verschiedentlichen Verlagerungen ein Gedanke doch von Anfang an immer im Vordergrund aller etwaigen Pläne gestanden habe, nämlich die zukünftige Sicherung der deutschen Grenze durch einen ausgedehnten Schutzstreifen nach Polen hin. Nach seiner Überzeugung war die Schaffung eines solchen Schutzstreifens schon vor dem Krieg in Berlin eine beschlossene Sache und die von Hoetzsch im Dezember 1914 für Bethmann angefertigte Denkschrift sei nur der erste sichtbare Ausdruck dieser Annexionsabsichten gewesen, denn hier werde für Deutschland nicht nur der größte Teil des Gouvernements Kurland und Kowno sowie das ganze Suwalki, sondern auch noch Teile der Gouvernements Lomza, Plock und Kalisch und die russisch-polnische Fortsetzung des oberschlesischen Kohlengebiets gefordert[99]). Festere Gestalt habe dieser Gedanke angenommen, als nach der Besetzung fast ganz Galiziens durch die Russen das Schwergewicht in der polnischen Frage sich nach der deutschen Seite hin verschoben hatte und die sogenannte Knesebeck-Linie von 1813 (Pilica, Weichsel, Warthe) in den Vordergrund der deutschen Sicherungspläne trat. Auch trotz der mißglückten ersten deutschen Offensive auf Warschau, im Herbst 1914, sei dieser Plan bestehen geblieben, denn Deutschland besetzte den nordwestlichen Teil des Königreichs mit Lodz, richtete dort eine Zivilverwaltung nach Posener Muster ein und zeigte damit, daß es diese Gebiete nicht mehr aus der Hand zu geben beabsichtigte, — der Einfluß Österreichs in der polnischen Frage war fast auf den Nullpunkt gesunken. So blieb die Lage bis zum Sommer 1915.

Einen völligen Umschwung in diesen Plänen brachte dann der Durchbruch durch die russische Front, die Wiedereroberung von Przemysł, Lemberg und dem größten Teil Galiziens und die Eroberung fast des gesamten Königreichs. Der österreichische Einfluß begann wieder zu steigen und die Folge war der neue Plan einer Dreiteilung des Königreichs, deren Anfang die Teilung des Landes in zwei Okkupationsgebiete bildete, denn die Grenze zwischen diesen beiden Gebieten entsprach ziemlich genau der deutsch-österreichischen Grenze von 1795. Bald darauf erfolgte die Eroberung von Brest, Kowno, Grodno, Wilna, Kurland und Litauen, so daß sich schließlich mehr als ¼ Million qkm polnischen Landes in den Händen

der Zentralmächte, und besonders in der Hand Deutschlands befanden. Damit verschob sich aber auch wieder das Schwergewicht in der polnischen Frage für Deutschland selbst, denn jetzt tauchte der Gedanke auf, die ostpreußische Küste, die am Anfang des Krieges bedroht erschien, durch Hinzunahme von Litauen zu sichern, und so wurde Litauen für Preußen strategisch wertvoller, als das Königreich. Dazu kam für die deutsche Annexionspolitik noch die weitere Überlegung, daß das dünn bevölkerte Litauen wesentlich günstigere Aussichten für eine spätere deutsche Siedlung in ganz großem Umfang bot, als das dicht bevölkerte Industriegebiet des Königreichs, und so entstand der neue Plan, zum mindesten die Gouvernements Suwalki, Kowno, Grodno und einen Teil von Wilna zu annektieren. „In einem solchen Plan würde sich dann ja wohl auch noch ein Platz für irgend ein polnisches Staatswesen finden, über welchem allerdings immer die Drohung weiterer Gebietsverluste schweben würde, nämlich des Kohlengebiets bis Podlasien zu Gunsten der deutschen Grenzverbesserung, des Gouvernements Suwalki für eine neue Annexion oder für das neue preußisch-litauische Staatsgebilde und des Cholmer Landes zugleich mit Galizien zu Gunsten eines etwaigen neuen ukrainischen Staatswesens“[100]).

Zwar verhinderte das Kriegsgeschick zunächst die Verwirklichung solcher Pläne, um so drohender aber für Polen trat wieder der Gedanke an die Schaffung eines polnischen Grenzstreifens in den Vordergrund, besonders, nachdem die Deutschen Warschau besetzt hatten. Beseler wurde beauftragt, einen Plan für eine neue Grenzziehung auszuarbeiten, „in Berlin und in Pleß erhielt er von dem damaligen Chef des Generalstabs, v. Falkenhayn, und von Wilhelm II. die entsprechenden Anweisungen, um die Jahreswende 1915/16 war die ganze Angelegenheit nicht nur in allgemeinen Umrissen, sondern auch in ihren Einzelheiten festgelegt“. Schon im Dezember hatte Beseler in einer für den Kaiser bestimmten Denkschrift die Frage nach den neuen Grenzen des Königreichs unter militärischen Gesichtspunkten aufgeworfen und Ende Januar 1916 schlug er dem Kailer als neue Grenze eine Linie vor, welche den nordwestlichen Teil des Königreichs zu Preußen schlug. Zwar betonte er nachdrücklich seinen Standpunkt, „so wenig polnische Gebiete, wie möglich, in den Verband des Deutschen Reiches zu bringen“, das hinderte jedoch nicht, daß sein Plan die Abtretung von 35 692 qkm mit einer Bevölkerung von 3 206 057 Menschen von dem Königreich vorsah. Da er aber außerdem auch noch den nördlichen Teil des Gouvernements Suwalki mit etwa 14 000 qkm für Litauen forderte, so wären dem eigentlichen Königreich nur noch etwa 77 492 qkm mit einer Bevölkerung von 8 186 291 Einwohnern geblieben. Als Entschädigung dafür sollten an das Königreich verschiedene Gebiete im

Osten fallen, gleichzeitig aber war die Möglichkeit vorgesehen, den Rest an Rußland abzutreten, und zwar als Austausch für das nordwestliche Stück, das bei Deutschland verbleiben sollte, und als Entschädigung für einen etwaigen Sonderfrieden[101]). So stellt sich für die polnischen Autoren die Entwicklung der deutschen Pläne dar, so weit sie sich auf die Zukunft Polens bezogen und so weit sie bis Anfang 1916 reichten.

In Österreich hielt man sich mit solchen Teillösungen nicht auf, sondern dort war man von Anfang an auf das Ganze gegangen. „Kaum war der Weltkrieg am 1. August 1914 erklärt, als sich auch die Regierung und die Vertreter der Polen schon auf derselben Linie fanden. Vom ersten Tag an gehörte zu dem Programm der Regierung, mit dem Grafen Berchtold an der Spitze, der Wiederaufbau Polens in Verbindung mit der österreichisch-ungarischen Monarchie. Öffentlich redete man davon nicht bis zu der Zeit einer Verständigung mit den Deutschen, zu welcher es niemals kam, aber aus dem Programm selbst machte man kein Geheimnis. Bei einer Besprechung zwischen Berchtold, Witold Czartoryski und Dr. Leo, (dem damaligen Vorsitzenden des polnischen parlamentarischen Klubs), erklärte Berchtold: „Das Programm der Regierung geht in der Tat dahin, das gesamte Königreich Polen, im Fall einer russischen Niederlage, abzutrennen, es mit Galizien zu vereinigen und aus diesen beiden Ländern einen selbständigen polnischen Staat im Rahmen Österreich-Ungarns zu bilden“[102]). Auf dieser Linie lag denn auch jenes schon erwähnte Schreiben des Grafen Hoyos an das Oberste Komité vom 31. Dezember 1914, auf dieser Linie lag die im Einverständnis mit der Wiener Regierung erfolgte Gründung der „Liga Państwowości“, auf dem Gebiet des Königreichs und nach dieser Richtung hin gingen alle die zahlreichen Versuche der österreichischen Agenten, die deutsche Okkupationsverwaltung bei den Polen des Königreichs in Mißkredit zu bringen. Wenn man von solchen Plänen nicht öffentlich geredet hat, dann lag der Grund dafür ganz gewiß nicht in irgend einer Rücksicht auf den deutschen Verbündeten, denn weder Berchtold, noch seine Nachfolger Burian und Czernin haben sich jemals besondere Mäßigung in ihren Forderungen an Deutschland auferlegt, sondern der Grund für diese vorsichtige Zurückhaltung in der ersten Zeit des Krieges war hauptsächlich die Rücksicht auf Ungarn und die Furcht vor dem ungarischen Ministerpräsidenten Graf Tisza. Er war es gewesen, der sich bei Ausbruch des Krieges der Annahme des Biliński'schen Entwurfs für das Manifest erfolgreich widersetzt hatte, er war es, der am 22. August 1914 in dem gemeinsamen Ministerrat, als man in Wien nach den ersten militärischen Erfolgen die Einnahme Warschau's schon unmittelbar bevorstehend sah und sich mit einem

neuen Aufruf besonders an die Polen des Königreichs wenden wollte, sich mit aller Entschiedenheit dagegen ausgesprochen hatte, er war es aber auch, der von Anfang an ein Gegner jeder Annexion polnischen Gebietes war, wohl nicht nur deshalb, weil er die Polen für ein „unzuverlässiges Element" hielt, sondern hauptsächlich darum, weil er in der von der österreichischen Regierung und den galizischen Polen gemeinsam geplanten und propagierten sogenannten trialistischen Lösung, Österreich-Ungarn-Polen, eine Beeinträchtigung der bisherigen staatlichen Stellung Ungarns innerhalb der Habsburger Doppelmonarchie erblickte. „Bei einem Trialismus von drei Staaten mußten zwei von ihnen die Möglichkeit haben, dem dritten erfolgreich Widerstand leisten zu können, und dieser dritte konnte Ungarn sein, während bei dem bisherigen Dualismus natürlich das „Liberum Veto" eines jeden der beiden Staaten galt, oder vielmehr nur das eine, nämlich Ungarns, dessen Regierung, wie eine fünfzigjährige Erfahrung zeigte, durch den Mund ihres Ministerpräsidenten auf alle österreichischen Forderungen nur mit dem Wörtchen „Nem" (Nein) zu antworten brauchte, um von Österreich alles zu erzwingen, was Ungarn forderte"[103]).

Der Gedanke Tisza's, wenn das Königreich Polen überhaupt einmal an Österreich übergehen sollte, war vielmehr der eines sog. Subdualismus, und zwar in der Form, daß aus dem Königreich Polen und aus Galizien ein neuer polnischer Staat gebildet und als gleichberechtigt mit Österreich zu einem dualistischen Staatssystem verbunden werden sollte, daß aber auf der anderen Seite auch aus Ungarn und aus Bosnien-Herzegowina ein zweiter dualistischer Staatenbund geschaffen würde und daß diese beiden Zweistaatenbünde sich dann zu einem großen Zweibund unter Habsburgischem Zepter vereinigten. Von einer solchen Lösung aber wollte man weder bei den Polen, noch bei den Deutschen Österreichs etwas wissen und so standen der trialistische und der subdualistische Lösungsgedanke unausgeglichen nebeneinander. In Berlin aber lehnte man beide Lösungen ab, weil „Deutschland, und besonders Schlesien und Posen, dann von zwei Ländern der Donaumonarchie umgeben wären, deren polnische und tschechische Bevölkerung durch ihre deutschfeindliche Gesinnung bekannt war"[104]). An dieser Einstellung Berlins und Wiens zu der polnischen Frage änderte sich auch nichts, als Burian das Wiener Außenministerium übernahm, denn „er wäre kein Ungar gewesen, wenn er der trialistischen Lösung zugestimmt hätte. Er war, besonders während der Zeit seines ersten Ministeriums, der Ansicht seines Meisters Tisza, er wollte sich nicht überzeugen lassen, denn es ging ihm, wie Tisza, um eine reine Interessenpolitik"[105]). Zwar hoffte man in Wien, aus dieser Verlegenheit dadurch herauszukommen, daß man aus dem Königreich eine autonome Provinz

mit einem eigenen Statthalter machen und es mit Österreich vereinigen wollte, — ein solcher Verfassungsentwurf wurde auch von dem österreichischen Ministerpräsidenten, Graf Stuergkh, der deutschen Regierung übersandt, in Berlin lehnte man ihn jedoch ebenfalls ab. Das war der Stand der polnischen Frage bei den Zentralmächten z. Zt. der Eroberung Warschaus.

Und wenige Wochen später bot die deutsche Regierung der österreichischen das Königreich Polen gegen bestimmte Entschädigungen an, — so wenigstens wird es von polnischer Seite unter genauer Angabe von Tatsachen behauptet.

Es ist unmöglich, ein wirklich klares Bild von diesem völligen Umschwung der deutschen Politik in der polnischen Frage und von ihren eigentlichen Gründen zu gewinnen, wir müssen uns mit dem begnügen, was wir innerhalb des polnischen Schrifttums finden. Daß in der Zeit nach der Eroberung Warschaus solche Neigungen, das Königreich an Österreich abzutreten, in der Tat vorhanden gewesen sind, geht mit aller Deutlichkeit aus den zwei Briefen hervor, aus welchen Czapski einzelne Stellen bringt. So schreibt Hamann am 19. September 1915 an ihn: „Politisch spricht alles gegen Annexionen polnischer Gebiete", und am 4. November 1915 der preußische Landwirtschaftsminister von Schorlemer: „Die Bereitwilligkeit, auf Kongreßpolen zugunsten von Österreich zu verzichten, entspringt hauptsächlich der Erwägung, daß damit in Preußen die Bahn frei bleibt zu einer energischen Fortsetzung unserer unglückseligen Polenpolitik, in deren Konsequenz die Annexion von Litauen unter Voraussetzung der zwangsweisen Ausweisung der polnischen Großgrundbesitzer auch von Ihrem Freunde Sering entschieden gefordert wird"[106]). Es war das jene Zeit, in welcher sich, wie Askenazy urteilt, der Schwerpunkt in der polnischen Frage für Deutschland selbst verschoben hatte und Litauen sowohl strategisch, wie auch wirtschaftlich größeren Wert zu haben schien als Kongreßpolen. Immerhin braucht man aus solchen Worten noch nicht auf ein tatsächliches Angebot zu schließen, sondern könnte die ganze Angelegenheit mit irgend welchen mehr oder minder gewollten Mißverständnissen der österreichischen Staatsmänner erklären, bei welchen der Wunsch der Vater des Gedankens gewesen war. Das tut Czapski, wenn er am 2. Juni 1916 an Bethmann schreibt: „Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß Gołuchowski über seine Reise nach Berlin in Warschau stark gefärbte Berichte erstattet hat. Auch Baron Burian hat aus E. E. im Herbst gemachten Äußerungen das herausgehört, was er selber wünschte"[107]); aber die polnischen Mitteilungen gerade über diese plötzliche Wandlung der Bethmann'schen Politik lauten so bestimmt, daß man ein Mißverständnis unmöglich annehmen kann. Sokolnicki bringt in diesem Zusammenhang ein Wort Erz-

bergers, das immerhin beachtenswert ist, mag man auch sonst über die politische Glaubwürdigkeit dieses Mannes verschiedener Meinung sein. Wir lesen dort: „In der ersten Zeit nach der Eroberung Warschaus im Jahre 1915 neigte die Reichsregierung dazu und ermächtigte mich, in dieser Richtung auf Wien einzuwirken, das mit Galizien vereinigte Königreich mit Österreich zu verbinden und den österreichischen Kaiser gleichzeitig zum König von Polen zu machen. Die Gegenleistung des auf diese Weise vergrößerten Österreich sollte darin bestehen, daß Österreich mit dem Reich eine Zollunion schloß und gleichzeitige Verabredungen auf dem Gebiet des Verkehrs und des Heereswesens traf. Als Wien damals aber die Hereinnahme Polens in seinen Bund ablehnte, hielt sich Berlin seit jener Zeit an das Programm eines selbständigen Kongreßpolens mit einem eigenen Regenten“[108]). (Rückübersetzung aus dem Polnischen.)

Ganz genaue Angaben finden wir aber bei Biliński. Bald nach der Einnahme Warschaus, so berichtet er, war Bethmann nach Wien gekommen, um Tisza zu bewegen, den in Siebenbürgen lebenden Rumänen eine Art von Autonomie zu geben, damit die den Zentralmächten feindliche Volksstimmung in Rumänien nicht an Umfang gewinne und das Land schließlich in den Krieg treibe. Der Versuch mißglückte. Unmittelbar nach der Abreise Bethmanns aus Wien erhielt Biliński ein Schreiben des österreichischen Ministerpräsidenten mit der Nachricht, „daß es mit der polnischen Frage gut stehe und daß die Wünsche des polnischen Volkes in dem bekannten Sinn erfüllt werden sollten“. Der deutsche Reichskanzler, so schrieb Graf Stuergkh weiter, habe bei dieser Gelegenheit erklärt, daß Deutschland bereit sei, das Königreich unter bestimmten Bedingungen an Österreich abzutreten. Im Anschluß daran erwähnt Biliński dann folgende Tatsachen: Im September 1915 waren Graf Andrassy und Graf Agenor Gołuchowski nach Berlin gefahren, — der letztere auf Veranlassung Burians, — wo beide mit Bethmann eine lange Unterredung hatten. Gołuchowski fuhr von Berlin zunächst nach Warschau, um seinen dortigen konservativen Freunden von dem Ergebnis dieser Unterredung Mitteilung zu machen, und der Erfolg war der, daß die konservative Szlachta des Königreichs an den Kaiser Franz Josef ein Huldigungstelegramm schickte. (Auf diese Tatsache beziehen sich die Worte Czapski's in seinem Brief an Bethmann von den „stark gefärbten Berichten Gołuchowski's.) Von Warschau aus kehrte Gołuchowski nach Wien zurück, erstattete zunächst dem Kaiser Bericht und informierte dann Biliński. Über seine Eindrücke bei dieser Unterredung schreibt Biliński: „Die Ausführungen Bethmann's interessierten mich, denn hier war die Abtretung des gesamten Königreichs zu Gunsten der Monarchie völlig klar und ohne Einschränkung ausgesprochen, während der sog. Subdualismus, den Graf Stuergkh in seinem Verfassungsentwurf angenommen hatte,

den Deutschen nicht zusagte. Der Reichskanzler vertrat nämlich den Standpunkt, daß die Verfassung den Polen eine möglichst weitgehende Selbständigkeit geben müsse, um ihnen die Möglichkeit zu nehmen, die Geschicke Deutschlands und Österreichs etwa in slawischem Geist zu beeinflussen, das aber bedeutete den Trialismus oder die Gleichberechtigung mit Österreich und Ungarn an Stelle des Subdualismus im Rahmen der Monarchie. Die Deutschen durchschauten also nicht nur den unsinnigen Subdualismus im allgemeinen, sondern sie hielten ihn sogar für das deutsche Element in Österreich für gefährlich. Graf Gołuchowski brachte also die besten Nachrichten, nämlich eine Unterstützung des Trialismus gegen den Subdualismus, den wir im besten Fall für einen vorübergehenden Unsinn hielten“[109]).

Burian reiste dann im Frühjahr 1916 nach Berlin, um wegen der polnischen Frage zu verhandeln und kehrte nach Wien zurück, ohne „Polen in seinem Reisekoffer mitzubringen“. Nach den durch Gołuchowski erhaltenen Mitteilungen war Biliński durch diesen Mißerfolg des österreichischen Außenministers auf das höchste überrascht und wendete sich deshalb an Andrassy, um von diesem zu erfahren, ob sich Gołuchowski vielleicht geirrt hätte. Andrassy erklärte ihm: „Im Herbst 1915 lief in Wien eine Note der deutschen Regierung mit dem Vorschlag ein, die Monarchie solle unter gewissen Bedingungen ganz Polen besetzen. Ich selbst habe die Note im Außenministerium gelesen und persönlich mit Burian über sie gesprochen. Auf seine Einwendungen gegen die in der Note enthaltenen Bedingungen riet ich ihm entschieden, den deutschen Vorschlag anzunehmen, sich aber in seiner Antwort die Freiheit vorzubehalten, auf die in der Note gestellten Bedingungen nach gründlicher Prüfung besonders zu antworten. Baron Burian hörte auf diesen meinen Rat nicht, er erklärte, daß die Deutschen keine andere Wahl hätten, als das Königreich Polen an die Monarchie abzutreten, sie würden das früher oder später doch tun müssen, ohne aber dabei Bedingungen zu stellen“[110]).

Mit diesen, von Biliński wiedergegebenen Erklärungen Andrassy's stimmt auch das überein, was Andrassy selbst über seine Berliner Reise geschrieben hat: „Als ich im Herbst 1915 besonders wegen der polnischen Frage in Berlin weilte, stellte ich fest, daß eine Verständigung mit den Deutschen, und besonders mit Bethmann-Hollweg möglich sei, denn dieser Staatsmann begriff, daß Geschichte und Gefühl einen schwer zu beseitigenden Graben zwischen Deutschen und Polen aufgeworfen haben und daß der einzige natürliche, dem Wunsche der Völker entsprechende Ausweg der von uns vertretene Gedanke sei. Im Fall ein wirtschaftliches und militärisches Abkommen mit Deutschland zustande kommen sollte,

würde der Reichskanzler bereit sein, meinen Gedanken anzunehmen. Aber Bethmann-Hollweg war keinen Augenblick Herr der Lage in Deutschland“[111]). (Rückübersetzung aus dem Polnischen.) Auch Askenazy hat im Mai 1916 in Montreux von Andrassy persönlich erfahren, daß Deutschland Ende 1915 bereit gewesen sei, Polen an Österreich abzutreten, daß aber Burian, „eine Kreatur Tisza's“ es abgelehnt habe[112]).

Nach der Unterredung mit Andrassy stellte Biliński den Minister persönlich zur Rede und dieser bestritt entschieden, daß etwas derartiges geschehen sei, er erklärte vielmehr die ganze Angelegenheit als ein politisches Manöver der ihm feindlich gesinnten Opposition in Ungarn unter Andrassy's Führung. Auch der Sachbearbeiter im Außenministerium, Ugron, versicherte unter Ehrenwort, daß er eine solche Note niemals gesehen habe, und ebenso beteuerte der im Außenministerium beschäftigte Graf Tarnowski, daß er in den Akten weder eine deutsche Note, noch eine österreichische Antwort darauf gefunden habe. Um der Sache auf den Grund zu gehen, entschloß sich Biliński, den Kaiser persönlich zu fragen, und dieser erklärte ihm am 30. September 1916 bei Gelegenheit einer Audienz: „Ob es sich vor einem Jahr um eine formelle Note von deutscher Seite gehandelt hat, weiß ich nicht mehr genau, aber daß es sich um einen ausdrücklichen und bestimmten Vorschlag von deutscher Seite aus gehandelt hat, das ganze Königreich durch die Monarchie besetzen zu lassen, unterliegt keinem Zweifel“[113]).

Nunmehr wollte Biliński nach Berlin fahren, bat aber vorher noch den deutschen Botschafter in Wien, von Tschirschky, um eine Unterredung. Dieser versicherte, daß er persönlich im Herbst 1915 eine Note der deutschen Regierung im Wiener Außenministerium überreicht habe, in welcher der Monarchie ganz Polen unter zwei Bedingungen angeboten wurde: 1. Sicherstellung der österreichischen Deutschen gegen eine Majorisierung im österreichischen Parlament, 2. Sicherung der gemeinsamen deutsch-polnisch-österreichischen Grenze durch den Abschluß einer Militärkonvention. „Und wissen Sie, was mit dieser Note geschah? Postwendend erhielt ich eine Absage ohne jede weitere Begründung, nur mit der Bemerkung, daß die Ergebnisse der Wahlen zum österreichischen Parlament nicht von der Regierung abhängen. Da ich keine näheren Beziehungen zu Burian habe, konnte ich mich wegen der Ablehnung nicht nochmals an ihn wenden, ich ging deshalb zu dem gemeinsamen Finanzminister Koerber, um ihn um seine Vermittlung zu bitten, erreichte jedoch nichts. Darauf schickte ich die Antwort nach Berlin, welches dann niemals wieder auf die Abtretung Polens an die Monarchie zurückgekommen ist. Der Kanzler wird Sie gewiß

sehr höflich anhören, aber zu der Idee einer österreichisch-polnischen Lösung wird er nicht wieder zurückkehren, besonders nicht in dieser Zeit, in welcher eine polnische Deputation wegen der Errichtung eines unabhängigen Polen in Berlin weilt“ [114]). (Es handelt sich um die bereits erwähnte Deputation unter der Führung des Warschauer Universitätsrektors Brudziński, welche die Wünsche der Polen unterbreiten sollte.)

Es ist begreiflich, daß man auf polnischer Seite sich gerade mit dieser völligen Kursänderung der deutschen Politik stark beschäftigt und nach den Gründen gesucht hat, welche sowohl für das deutsche Angebot, wie auch für die österreichische Ablehnung maßgebend gewesen sein könnten. Es muß hier genügen, zwei solcher Urteile anzuführen, von denen das eine sich mehr damit beschäftigt, die Geheimnisse der deutschen Politik dabei zu ergründen, während das andere Verständnis für die österreichische Ablehnung erwecken will. „Im deutschen Generalstab“, schreibt Askenazy, „beurteilte man die Frage durchaus realistisch. Man wollte polnisches Kanonenfutter, aber man wollte kein Polen. Lieber erklärte man sich damit einverstanden, es mitsamt dem Inventar an Österreich abzutreten. Österreich hatte die Legionen in seiner Hand, man wollte sie von ihm als Kader eines polnischen Heeres zur sofortigen Verfügung der Obersten deutschen Heeresleitung haben, dafür war man mit bedeutenden Zugeständnissen an die polnischen Wünsche Wiens einverstanden . . . Dabei hatte man aber in Deutschland zwei Hintergedanken, man wollte Österreich dadurch nicht etwa bereichern, sondern man wollte es unwiderruflich Rußland gegenüber kompromittieren, denn gerade damals spannen sich wieder neue geheime Fäden zwischen Petersburg und Berlin an, die Kosten aber sollte Österreich zusammen mit Polen tragen. Das war die ganz geheime „reservatio mentalis“ Berlins gegenüber Wien. Der zweite Hintergedanke war der „polnische Grenzstreifen“ für Deutschland. Mit diesem Vorbehalt trat man Wien gegenüber hervor und erklärte Burian, daß es sich hier nur um bescheidene, aber notwendige Entschädigungen Preußens für den Trialismus handele, denn ein, mit dem Königreich und Galizien vereinigtes Österreich würde strategisch und wirtschaftlich das preußische Schlesien umgeben. Um aber Schlesien und seine Verbindung mit Brandenburg und Pommern zu sichern, müßte eben eine neue deutsch-polnische Grenzfestsetzung stattfinden. In Wirklichkeit aber rechnete Berlin damals gerade mit der entgegengesetzten Möglichkeit, nämlich mit einem russichen Sonderfrieden um den Preis der Rückgabe des Königreichs an den Zaren und mit der Zugabe Galiziens. Deshalb wollte man von Österreich die sog. Knesebecklinie schon vorher zugesichert haben, denn diese vor 100 Jahren ausgetüftelte Linie stand jetzt wieder auf der Tagesordnung“[115]).

In ähnlicher Weise beurteilt auch Seyda die Stimmung in Wien, aus welcher Burian damals das deutsche Angebot ablehnte. Er weist auf den starken Optimismus hin, der in Wien nach der gelungenen Offensive im Herbst 1915 herrschte, als man glaubte, jetzt wieder eine entscheidende Stimme in der polnischen Frage zu besitzen, dann aber unterstreicht er besonders die Tatsache, daß schon damals die Hauptlast in dem sich hinziehenden Krieg sich immer stärker auf die Schultern Deutschlands zu verlagern begann, so daß das Problem der Rekrutenbeschaffung für die Deutschen immer schwieriger wurde. Daraus zieht er den Schluß, daß man in Wien diese wachsende Verlegenheit Deutschlands selbstverständlich genau kannte und deshalb glaubte, daß Deutschland die polnischen Legionen schließlich doch gebrauchen und dann auch bereit sein werde, die österreichische Lösung als Kaufpreis für die Legionen zu zahlen. „Hoffte man in Wien", so fragt er durchaus richtig, „die Legionen als Handelsobjekt benutzen zu können?"[116]). Beide Urteile, gleichgültig, ob von deutscher oder österreichischer Seite aus betrachtet, stimmen also darin überein, daß es sich bei der ganzen Angelegenheit um eine Art von Tauschgeschäft gehandelt hat, bei welchem jeder der beiden Partner möglichst große Vorteile für sich herauszuholen suchte.

Umso mehr gehen aber die Meinungen auseinander, wenn es sich darum handelt, die Zusammenhänge zwischen den von Biliński mitgeteilten Tatsachen zu konstruieren, denn hier spielt die politische Einstellung eine wesentliche Rolle. Für den österreichischen Konservativen und Trialisten Biliński kommt als Schuldiger nur der Ungar und Subdualist Burian in Frage, für den polnischen Nationaldemokraten Seyda ebenso selbstverständlch nur der deutsche Botschafter in Wien. „Die Deutschen", schreibt Biliński, „boten der Monarchie Polen unter Bedingungen an, welche den Herren Tisza und Burian durchaus nicht gefielen, besonders die erste Bedingung, die einer Selbständigkeit Polens in einem trialistischen Staatenbund gleichkam. Man ließ sich deshalb in eine Kritik der Bedingungen überhaupt nicht ein, ganz, wie Andrassy uns das erzählte, und, da man keine Lust verspürte, diese wichtige Nachricht mit einer Reihe anderer Personen zu teilen, die vielleicht anderer Meinung über den Vorschlag hätten sein können, erteilte man die Antwort auf dem kürzesten Wege, nämlich „postwendend", d. h., man ließ den Akt im Außenministerium überhaupt nicht protokollieren und ihn auch nicht auf dem büromäßigen Wege erledigen, sondern sehr wahrscheinlich durch das Büro des Herrn Tisza, oder, was noch wahrscheinlicher ist, durch das Büro des ungarischen Ministeriums a latere in Wien, aus welchem Herr Burian unmittelbar nach dem Ballplatz übergesiedelt war, und so schickte man die Antwort ohne Wissen der verfassungsmäßig berufenen Faktoren ab"[117]).

Seyda glaubt nicht, daß eine solche Note überhaupt von Berlin aus nach Wien ergangen sei, weil die Gegner Bethmanns im Verlauf der nach dem Krieg geführten parlamentarischen Untersuchung sicher etwas davon erfahren und es gegen ihn verwendet haben würden, „es entsteht deshalb der Gedanke, ob diese Note nicht einer der zahlreichen, auf eigene Faust und ohne Wissen des Reichskanzlers unternommenen Vorstöße Tschirschky's gewesen ist, der in Berlin ständig gegen Wien intriguierte und dessen Beziehungen zu dem österreichischen Außenministerium die denkbar schlechtesten waren. Es ist möglich, daß Tschirschky im Herbst 1915 Burian eine von ihm selbst entworfene Note überreicht hat, die schriftlich so formuliert war und derartige Bedingungen enthielt, (Trialismus, militärische Abhängigkeit usw.) daß Burian eine abschlägige Antwort erteilte und daß diese Absage dann bei der deutschen Regierung gegen eine österreichische Lösung ausgespielt werden konnte“[117]). Beide Erklärungsversuche sind so gezwungen, daß sie nicht befriedigen können, vielleicht bringt die historische Forschung auch in dieses Halbdunkel einmal mehr Licht.

Bald nach diesem Zwischenspiel begann aber Berlin, eine festere Haltung in der polnischen Frage einzunehmen. „Allmählich, als der Krieg und die Okkupation des Königreichs sich in die Länge zogen, als die Versuche, Rußland für einen Sonderfrieden zu gewinnen, sich zerschlagen hatten und als an die Spitze der deutschen Sorgen sich die militärische Sorge, nämlich das Problem der menschlichen Reserven schob, kam der Kanzler zu der Überzeugung, daß das Wohl Deutschlands es erfordere, das polnische Volk und besonders die Bevölkerung des Königreichs dafür zu gewinnen, daß sie den Deutschen die Soldaten lieferten, um den Krieg fortzusetzen und daß sie nach dem Krieg einen Schutzwall gegen Rußland bildeten. Eine solche Überlegung schloß aber in der Gedankenwelt Bethmanns in keinem Augenblick des Krieges die Möglichkeit aus, den Russen das Königreich wieder als Beute zu überlassen. In Folge dieses Vorbehalts entschied sich der Kanzler in der Tat nicht für die sofortige Bildung eines polnischen Staates, sondern nur für die Ankündigung, daß ein solcher aus denjenigen Gebieten errichtet werden solle, die man Rußland mit Waffengewalt abnehmen würde . . . Eine solche Lösung betrachtete der Kanzler durchaus nicht als vortrefflich, aber sie erschien ihm im Vergleich zu anderen Lösungen immer noch als die erträglichste, zumal er in einer Lösung der polnischen Frage überhaupt nichts Gutes für Deutschland sah . . . Wilhelm II. war übrigens der Bethmann'schen Konzeption geneigt, weil er hoffte, die polnische Königskrone zu erben . . ., auch er war jedoch gegen eine Übereilung bei der Verwirklichung der Bethmann'schen Idee, um nicht den Weg zu einer Verständigung mit Rußland zu verschließen“[118]).

In diese Zeit fiel Burians Reise nach Berlin, „trotzdem er wußte, daß er nach den Vorgängen im Herbst 1915 nichts mehr zu gewinnen hatte. Außerdem aber mußte er wissen, daß inzwischen in Deutschland das Heer, der Hochadel und die Schwerindustrie ihre Ansichten über Polen geändert hatten und in eine Abtretung des Königreichs selbst dann nicht willigen würden, wenn die im Juni begonnene Offensive Brusilows nicht so verhängnisvoll für Österreich ausgefallen wäre. So erlitt der Minister Burian trotz der sehr heftigen Kämpfe, die er, nach den Erzählungen Ugron's, im April 1916 in Berlin führte, eine völlige Niederlage, trotz seiner Überzeugung, daß Deutschland keine andere Wahl habe, als Polen an die Monarchie abzutreten“[119]).

In Polen kannte man die wachsenden militärischen Schwierigkeiten, mit denen die Zentralmächte zu kämpfen hatten, selbstverständlich recht gut und bald, nämlich schon im Herbst 1915, waren Gerüchte verbreitet, daß die Okkupationsmächte sich mit dem Gedanken trügen, Zwangsaushebungen vorzunehmen. Die Unruhe wuchs, als im Dezember 1915 die militärische Abteilung des Obersten Komités ihre Werbetätigkeit auf dem Gebiet des Königreichs begann und sich dabei Übergriffe zu Schulden kommen ließ, die in der Tat von Zwangsaushebungen nicht weit entfernt waren, so daß schon im Januar 1916 alarmierende Nachrichten in die Schweiz gingen und von dort ihren Weg zunächst in die italienische und später auch in die Presse der Alliierten Mächte fanden. In Warschau hatte, wie wir wissen, Piłsudski die Losung ausgegeben, keine Freiwilligen zum Kampf gegen Rußland in die Legionen zu schicken, — wenn man also polnische Rekruten haben wollte, dann mußte man jetzt zu irgend einer Entscheidung in der polnischen Frage kommen. Der erste Schritt dazu war der Immediatbericht Beselers vom 23. Juli 1916. In diesem Bericht faßte er „seine Ansichten über die polnische Armee und den polnischen Staat zusammen und stellte die Aufstellung von zunächst drei Freiwilligen-Divisionen und später eine ganze Armee in Aussicht. Als Voraussetzung einer erfolgreichen Werbetätigkeit forderte er die Proklamierung des selbständigen Königreichs Polen und die Vereinigung der beiden Okkupationsgebiete unter deutscher Verwaltung. Ludendorff versah, wie später durch Delbrück bekannt geworden, den Beselerschen Bericht mit aufmunternden Bemerkungen“[120]).

Wenn man diesen, in dem Immediatbericht zum Ausdruck kommenden Optimismus mit dem vergleicht, was Beseler wenige Tage später, am 2. August 1916, in einem Geheimbericht an Falkenhayn geschrieben hat, dann ist man zunächst erstaunt, denn dieser Geheimbericht zeigt uns einen andern Beseler, nämlich jenen, über welchen der verstorbene polnische General Stachiewicz geurteilt

hat: „Unter den deutschen Generälen und Politikern, welche in jener Zeit das Wort in der polnischen Frage ergriffen haben, zeigt sich Beseler, von der deutschen Betrachtungsweise aus gesehen, als der am weitesten blickende, ruhigste und ernsteste Staatsmann. Seine militärischen Pläne sind die Folge politischer Voraussetzungen, er wendet sich gegen alle ephemeren Projekte, die nur auf Schnelligkeit, aber nicht auf Dauerhaftigkeit berechnet sind, er wendet sich gegen die Werbung von Freiwilligen und gegen die Verwendung der Legionen, weil sie Formationen sind, auf welche die Österreicher ihren Einfluß ausüben; — ihnen gegenüber ist er außerordentlich mißtrauisch, — in einer Reihe von Denkschriften tritt er konsequent für die Bildung eines stehenden, auf persönlicher Dienstpflicht ruhenden Heeres ein, welches, wenn es auch während der Zeit des Krieges nicht als kämpfende Truppe verwendet wird, doch die Gewißheit für eine dauernde und starke Einrichtung unter deutscher Führung bietet“[121]). Dieser Geist spricht in der Tat aus jenem erwähnten Geheimbericht. Hier erklärt der Warschauer Generalgouverneur zwar sein Einverständnis damit, daß es sowohl in militärischer, wie auch in politischer Hinsicht ein Vorteil für Deutschland wäre, wenn es sich noch während des Krieges der Kräfte einer polnischen Wehrmacht bedienen könnte, aber, — so fährt er fort, — „ich kann nach dieser Richtung hin keinen gangbaren Weg vorschlagen, so lange sich Deutschland und Österreich in der Frage nach der Zukunft Polens nicht verständigen und darüber eine öffentliche Erklärung abgeben. Erst dann wird es möglich sein, an die wirkliche Schaffung eines Heeres heranzutreten, und zwar auf Grund gesetzlicher Bestimmungen, welche die militärische Dienstpflicht regeln. So lange die polnischen Streitkräfte begrenzt und auf die Werbung von Freiwilligen angewiesen sind, haben sie militärisch nur einen geringen Wert, politisch aber sind sie unsicher“[122]). Zwei Wege könnten gangbar scheinen, um ein polnisches Heer zu schaffen, entweder, die schon vorhandenen Legionen zu vergrößern, — diesen Weg hält er für gefährlich, weil eine Werbung für diese Legionen nur zu verlockend „für die betriebsame Wühlarbeit Österreichs“ sein würde, — oder aber die Aufstellung neuer Legionen innerhalb des deutschen Okkupationsgebietes. Auch davon rät er ab, weil für die Werbung zu solchen Legionen in erster Linie die Angehörigen der P.O.W. in Frage kämen, unter denen sich eine sehr große Anzahl politisch höchst unsicherer Elemente befinden. Auch sie sind also nicht geeignet, die Grundlage für die etwa entstehenden Formationen von Freiwilligen zu bilden, und mit Rücksicht auf ihre geringe Zahl, — er schätzt diese Zahl innerhalb des deutschen Okkupationsgebiets auf etwa 8000, — lohnt es überhaupt nicht, davon zu sprechen. „Aus politischen und militärischen Gründen warne ich dringend vor Improvisationen, besonders

vor der Aufstellung polnischer Freiwilligen-Legionen, weil ich von ihnen nichts erwarte, was einer Beachtung wert wäre, was uns aber dafür viele Schwierigkeiten bereiten würde. Statt dessen aber rate ich ebenso dringend, so schnell wie möglich mit den vorbereitenden Arbeiten für die Organisation des zukünftigen polnischen Heeres zu beginnen“[123]). (Rückübersetzung aus dem Polnischen).

Und dieser selbe Pessimismus, über welchem das Fragezeichen des „Vielleicht“ steht, klingt auch aus der Denkschrift, die er am 23. August 1916, also nach dem Wiener Abkommen, an Falkenhayn schickt: „Das phantasiereiche und lebhafte Temperament der Polen muß man unbedingt berücksichtigen, mit ihm muß man bei der Lösung aller politischen Probleme rechnen, besonders aber bei der Lösung des Heeresproblems, selbst dann, wenn es sich nur um die 12 Millionen Bevölkerung des früheren Königreichs handelt. Es geht uns nicht darum, diese 12 Millionen zu befreien oder glückselig zu machen, sondern es geht darum, sie in möglichst angemessener Weise zur Abwehr des drohenden Russentums im Osten und zur Verstärkung und Verteidigung unserer östlichen Grenzen zu benutzen. Für eine solche Aufgabe aber kann man die Polen nur dann gewinnen, wenn sie sich ihr in dem Bewußtsein unterziehen, daß sie ihrer eigenen Befreiung dient. Nur dann kann man sich — vielleicht — auf sie verlassen“[124]). (Rückübersetzung aus dem Polnischen).

Hier beurteilt er die Lage so, wie sie in der Tat war, militärisch und politisch erwartet er von polnischen Freiwilligen-Organisationen so gut wie nichts, hier fehlt jeder Optimismus, — wo liegt der Schlüssel zu dem Verständnis für die beiden anscheinend von einander abweichenden Urteile? Hat Beseler wirklich geglaubt, die in seinem Immediatbericht in Aussicht gestellten drei Divisionen oder gar eine ganze Armee aufstellen zu können, oder hat der Staatsmann und Generalgouverneur Beseler unter dem Zwang der militärischen Notwendigkeiten schließlich vor dem preußischen General Beseler kapitulieren müssen? Hat Askenazy Recht, wenn er schreibt: „Beseler, der den örtlichen Bedingungen und Stimmungen näher stand, begriff verhältnismäßig noch am besten die unbedingt notwendige Verbindung zwischen polnischer Selbständigkeit und Aushebung, er wollte nichts anderes, als mit Hilfe eines einstweiligen politischen Scheinmittels ein ebenfalls einstweiliges, jedoch reales Ziel erreichen . . ., aber er besaß den beruflichen militärischen Ehrgeiz, dieses Ziel möglichst schnell zu erreichen, und er strebte vor allem danach, sich auf diese Art bei seinem kaiserlichen Herrn und bei der Obersten Heeresführung Verdienste zu erwerben. Dort aber war die Frage in jener Zeit aktuell. Es war nämlich die Zeit nach den im serbischen Feldzug Ende 1915 erlittenen Verlusten, es war

die Zeit nach der Abwehr der von Weihnachten bis Mitte Januar unternommenen russischen Offensive in Ostgalizien und in der Bukowina und es war die Zeit vor der schon damals von dem deutschen Generalstab für das Frühjahr 1916 vorbereiteten Offensive auf Verdun“[125]).

Wenn man sich aber in Berlin jetzt unter dem Druck der militärischen Lage zu einem aktiven politischen Vorgehen entschloß, dann war die erste Voraussetzung, die österreichischen Quertreibereien nach Möglichkeit auszuschalten und dadurch freie Bahn zu schaffen, — diesem Zweck sollte das sogenannte Wiener Abkommen dienen, das am 11./12. August 1916 zwischen Bethmann und Burian abgeschlossen wurde. „Den Deutschen lag so viel daran, daß die österreichisch-polnische Lösung von der Bildfläche verschwand, daß sie die ausgezeichnete Gelegenheit, die sich ihnen dazu bot, nicht vorübergehen lassen wollten, wenn auch um den Preis eines andern, für sie nicht sehr bequemen, aber nach ihrer Meinung immerhin besseren Programms. Es geschah das nämlich nach der furchtbaren Niederlage der Österreicher bei Luck, einer Niederlage übrigens, die auch von Brussilow nicht vorgesehen war, der dort nur angegriffen hatte, um einen andern, weiter nördlich vorbereiteten Angriff zu maskieren. Damals rettete die deutsche Hilfe die Lage und dafür ließen sich die Deutschen jetzt mit dem Verzicht Österreichs auf eine österreichisch-polnische Lösung bezahlen. Der Umstand aber, daß man keinen Termin vorgesehen hatte, an welchem das Abkommen in Kraft treten sollte, nahm ihm in den Augen der Deutschen den Nachteil, den sie sonst in ihm erblickten“[126]). Die wichtigsten Bestimmungen dieses Abkommens sind folgende: 1. Ein selbständiges Königreich mit erblicher Monarchie und konstitutioneller Verfassung soll errichtet werden. Über die Absicht der Gründung dieses Nationalstaats soll baldmöglichst eine Kundgebung der beiden verbündeten Monarchen erfolgen, während die Konstituierung des Staates selbst einem späteren Zeitpunkt nach Beendigung des Krieges vorbehalten bleiben muß. So lange der Krieg dauert, muß Polen Okkupations- bezw. Etappengebiet bleiben. 2. Der Reichskanzler erklärte, daß zur militärischen Sicherung der deutschen Grenze gewisse Abtretungen des jetzigen russisch-polnischen Gebiets erforderlich sein würden . . . das Gouvernement Suwalki würde dem neuen Königreich nicht angehören. Baron Burian erklärte sich hiermit grundsätzlich einverstanden und behielt sich auch seinerseits die vom österreichisch-ungarischen Standpunkt aus erforderlichen Grenzberichtigungen vor. Er äußerte ferner den Wunsch, daß von Litauen möglichst die Stadt Wilna dem polnischen Staat zugeteilt werde. Der Reichskanzler stimmte dieser Auffassung grundsätzlich zu . . ., soweit dies im Frieden mit Rußland durchzusetzen sein wird. 3. In außenpolitischer Hinsicht wird Polen dem

Bündnis der beiden Kaisermächte angeschlossen, eine eigene auswärtige Politik kann Polen nicht führen. 4. Baron Burian wird dafür eintreten, daß die Aufsicht und oberste Führung der polnischen Armee einheitlich sei und Deutschland zufalle . . . 6. Beide Zentralmächte garantieren sich gegenseitig durch besondern Vertrag, daß kein Teil ihrer bisherigen polnischen Landesteile dem neuen polnischen Staat zufallen darf[127]).

Inzwischen war der russische Außenminister Sasanow am 20. Juli entlassen und sein Nachfolger war Protopopow geworden, über welchen Seyda urteilt: „Protopopow erfreute sich in Folge des Einflusses des „Gottesmannes" (gemeint ist Rasputin), auch des besondern Interesses der Kaiserin, die in dem Gefühl des sich schon damals im Innern des Landes zusammenziehenden Unwetters, das ihren Thron bedrohte, anfing, va banque zu spielen und auf die Karte einer schleunigen Verständigung mit den Deutschen und der Beendigung des Krieges um jeden Preis zu setzen. Die Ernennung Protopopows erfolgte auf die ausdrückliche Bitte, welche die Kaiserin im Namen Rasputins an Nikolaus richtete"[128]). Protopopow war so lange Vizemarschall der Duma gewesen und hatte als solcher im Juni 1916 eine Anzahl russischer Abgeordneter und Staatsratsmitglieder nach Paris, London und Rom geführt. Auf dem Rückweg hatte er in Stockholm mit dem deutschen Bankier Warburg eine Zusammenkunft, bei welcher über die Aussichten eines deutsch-russischen Verständigungsfriedens verhandelt wurde. Man kann deshalb Seyda's Empörung über diesen neuen russischen Außenminister verstehen, wenn er schreibt: „Den Verbündeten gegenüber bedeutete die Ernennung Protopopows geradezu einen Cynismus, wenn man überlegt, daß dieser „Staatsmann" drei Monate vorher, im Juni, als Vizemarschall der Duma in London, Paris und Rom Reden gehalten und Toaste auf das Wohl der Alliierten und auf die Solidarität der Entente ausgebracht hatte. So sprach Protopopow in Paris im Juni 1916, im Juli aber, auf dem Rückweg, traf er sich mit Warburg in Stockholm und vom September ab nahm er sich schon völlig der Aufgabe an, die er in Gemeinschaft mit Stuermer unter den Auspicien Rasputins und unter dem Schutz der Kaiserin übernommen hatte, Rußland zu einem Frieden mit Deutschland zu bringen. Protopopow arbeitete hinter den Kulissen mit dem Argument, daß Rußland mit Waffengewalt Konstantinopel nicht erobern könne, sondern daß es dies nur mit Hilfe Deutschlands gewinnen könne und daß Deutschland sich auch dafür erklärt habe. In den Unterhaltungen mit den Botschaftern der verbündeten Mächte brandmarkte der Kaiser diejenigen, welche eine Friedenspropaganda unternehmen würden, als Vaterlandsverräter, in der Regierung aber duldete er Männer wie Protopopow und Stuermer, denn so wollte es die Kaiserin und so wollte es der „Freund". (Rasputin)[129]).

Diese Tatsachen ließen es dem deutschen Reichskanzler angezeigt erscheinen, die in dem Wiener Abkommen beschlossene Ankündigung noch hinaus zu ziehen, und deshalb telegraphierte er am 4. Oktober an Hindenburg, daß infolge der in Stockholm und Petersburg mit Protopopow und Stuermer angebahnten Friedensverhandlungen „die Opportunität der beabsichtigten Proklamation im gegenwärtigen Augenblick zweifelhaft erscheint". Hindenburg erklärte jedoch am 13. Oktober, daß die volle Ausnutzung der polnischen Wehrkraft nicht länger hinausgeschoben werden dürfe und daß das Polenmanifest, ohne welches die deutschen Werbungen nicht viel erreichen würden, schleunigst erlassen werden müsse. Auch der Kaiser war der Ansicht Bethmanns beigetreten. Ihn hatte Beseler eindringlich vor einer solchen Verständigung mit Rußland auf Kosten Polens gewarnt und an den Waffenstillstand von Malmö erinnert, durch welchen Preußen seinen moralischen Kredit auf Jahre hinaus verloren hatte [130]).

So kam es dann doch zu den Beschlüssen in Pleß am 18. Oktober 1916 und zu der Proklamation vom 5. November, über welche Askenazy urteilt: „Die österreichisch-deutsche Kundgebung über Polen vom November 1916 hatte unendlich größere Bedeutung für die Polen, als ihre Urheber ahnten. Nach ihrem Willen sollte sie nur eine hinterlistige und unfruchtbare Erdichtung sein, nach dem Willen der Geschichte wurde sie ein starker und fruchtbarer Antrieb. Sie erleichterte es, daß die Idee eines wiedergeborenen und unabhängigen Polen über den toten Punkt hinwegkam und daß sie allgemeine Verbreitung, Anerkennung und allmähliche Verwirklichung fand. Sie gab den Anlaß zu dem bald darauf erfolgenden entschiedenen Eintreten der Vereinigten Staaten für diese Idee durch die Januar-Kundgebung des Präsidenten, sie veranlaßte die nun der Reihe nach folgenden Konkurrenzkundgebungen des zaristischen Rußland im Januar und Februar 1917, sie trug mit bei zu der grundsätzlichen Anerkennung eines unabhängigen Polen durch das revolutionäre Rußland im März 1917. So geschah es, wie es in einem alten Sprichwort heißt, daß der Herrgott mitunter auch den Teufel eine Kirche bauen läßt, und die zum Schaden und zum Verderb Polens ausgetüftelten verschrobenen Rechnungen Berlins mußten schließlich gegen ihren Willen am meisten zu seinem Wiederaufbau beitragen" [131]).

b. In Rußland.

„In Petersburg herrschte die Überzeugung, daß die polnische Frage in diesem Kriege eine innenpolitische russische Frage bleiben werde, daß nicht nur keine der Großmächte das Recht haben werde, in der Frage nach der Zukunft des russischen Teilgebiets das Wort zu nehmen, sondern daß man Rußland auch die ausschließliche Entscheidung über das Schicksal der zu Preußen und Österreich ge-

hörenden Teilgebiete überlassen werde. In Berlin skizzierte man zwar Pläne über die Zukunft der zu Rußland gehörenden Gebiete, dachte aber nicht daran, daß die Frage des preußischen Teilgebiets jemals zur Debatte gestellt werden könnte, sondern man glaubte, daß sie lediglich eine innenpolitische Frage Preußens bilde. Auch in Wien war man der Meinung, daß die Zugehörigkeit Galiziens zu Österreich überhaupt nicht in Frage gestellt werden könne, und die polnische Frage war für die österreichischen Politiker nur die Frage, wie man dies Galizien um die von Rußland abgetrennten Gebiete vergrößern könne und müsse. In allen drei Teilungsstaaten glaubte man, daß es gelingen würde zu verhindern, daß die polnische Frage in diesem Krieg eine internationale werde und daß irgend jemand außer ihnen über die Zukunft Polens bestimmen werde"[132]). Bei dieser Auffassung der Dinge war aber Rußland insofern in einer günstigeren Lage, als es nicht, wie die beiden Zentralmächte, erst mühsam nach irgend einem Kompromiß zu suchen brauchte, weil es in der Tat bei der endgültigen Lösung der polnischen Frage Schwierigkeiten von irgend einer Seite nicht zu erwarten hatte. Für Rußland kam es zunächst nur darauf an, wann und wie man die Versprechungen verwirklichen wollte, welche den Polen bei Beginn des Krieges in dem Manifest des Großfürsten gegeben worden waren. Dabei aber zeigte es sich sofort, wie tief die Meinungsverschiedenheiten in dieser ganzen Frage innerhalb der Regierung selbst gingen und wie eine wirklich befriedigende Lösung dadurch schließlich unmöglich gemacht wurde. Gerade über diese wechselvollen Kämpfe und Verhandlungen, wie sie sich hinter den Kulissen der russischen Politik in der polnischen Frage abgespielt haben, finden wir in der polnischen Geschichtsschreibung wertvolles Material, nämlich die Veröffentlichung von Urkunden, die z. T. aus der Kanzlei des russischen Ministerrats stammen, z. T. in einem Koffer des ehemaligen russischen Ministerpräsidenten Stuermer bei seiner Verhaftung beschlagnahmt worden sind[133]).

Stark interessiert an einer baldigen, wenn auch nur teilweisen Verwirklichung der den Polen gegebenen Versprechungen war natürlich der Außenminister Sasanow, nicht nur deshalb, weil er für Rußland die Initiative bei der polnischen Frage in der Hand behalten und verhindern wollte, daß man etwa in den Kreisen der Alliierten anfange, sich dafür zu interessieren, sondern auch deshalb, weil er hoffte, um so nachdrücklicher in der Frage der Dardanellen gegenüber den Alliierten auftreten zu können, wenn er den Polen gewisse Konzessionen gemacht hätte[134]). Schon im November 1914 stand sein erstes Projekt, das für die Polen eine ziemlich beschränkte Selbstverwaltung in Aussicht nahm, in dem Ministerrat zur Verhandlung, fand aber, besonders bei dem Innenminister, scharfen Widerspruch und führte zu einem Sondervotum von drei Ministern. Der Großfürst Nikolaus billigte zwar die Vorschläge Sasanow's,

verlangte aber, daß die Durchführung bis nach dem Kriege verschoben würde. Im Januar 1915 verlangte der Kaiser eine neue Beratung im Ministerrat, über deren Ergebnis er am 18. Februar Bericht erhielt. Wieder hatte sich die Mehrheit der Minister für eine beschränkte Selbstverwaltung ausgesprochen, und wieder hatten drei Minister ein Sondervotum abgegeben, in welchem sie jeden Versuch, das sogenannte „polnische Problem" schon jetzt zu lösen, als gefährlich bezeichneten, weil die mit Rußland verbündeten Mächte eine solche Lösung wahrscheinlich von einem ganz andern Gesichtspunkt aus betrachten würden. Sie rieten deshalb, die polnische Frage vorläufig nur als eine solche von untergeordneter Bedeutung zu behandeln und nicht etwa darauf zu dringen, alle polnischen Gebietsteile unter russischer Herrschaft zu vereinigen. Wenn man Polen überhaupt eine Autonomie geben wolle, dann dürften dafür niemals die historischen, sondern nur die ethnographischen Grenzen in Frage kommen, mit diesen aber würden sich die Polen jetzt, nachdem ihre Wünsche in Folge des Manifests des Großfürsten so außerordentlich gestiegen wären, nicht mehr zufrieden geben.

Über alle diese Vorgänge war man in dem Lager der Polen sehr gut unterrichtet und man fühlte die Gefahr, die in einer vorzeitigen Lösung der polnischen Frage in der von Sasanow vertretenen Richtung lag. Da man aber offiziell, als parlamentarische Vertretung der Polen, von den Verhandlungen noch nichts erfahren hatte, konnte man nur auf privatem Wege versuchen, Einfluß auf die etwaigen Entscheidungen des Kaisers zu gewinnen, und deshalb wurde Graf Wielopolski, der bei Hof verkehrte, beauftragt, dem Kaiser die Wünsche der Polen als seine Privatmeinung vorzutragen. Die Audienz fand am 27. April 1915 statt, Wielopolski hatte die Möglichkeit, dem Zaren die übrigens recht bescheidenen Wünsche der Polen in einer Denkschrift zu überreichen und darauf hinzuweisen, „daß der größte Fehler, welchen der Staat begehen könnte, der wäre, wenn man die ganze Frage offen ließe und sich den Forderungen des Schicksals entgegen stellte, welche die Möglichkeit zeigen, die polnische Frage und die des gesamten Slawentums in einer für den russischen Staat günstigen Weise zu lösen."

Der Kaiser verschloß sich den Wünschen der Polen nicht, er überwies die Denkschrift dem Ministerrat, und am 21. Mai 1915 fand unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Goremykin eine Besprechung der beteiligten Minister und des Warschauer Gouverneurs mit einer Anzahl polnischer Abgeordneter zum Staatsrat und zur Duma statt. Wielopolski wiederholte die in der Denkschrift erhobenen Forderungen und betonte besonders, daß es schon jetzt nötig wäre, mit den von ihm vorgeschlagenen Reformen zu beginnen und die Frage nach der zukünftigen Verfassung und nach der staats-

rechtlichen Stellung des Königreichs sofort in Angriff zu nehmen. In den langen Ausführungen der polnischen Vertreter kamen immer wieder dieselben Gedanken zum Ausdruck, daß das polnische Volk die Kundgebung des Großfürsten mit dankbarer Freude begrüßt und seiner Dankbarkeit auch durch sein Verhalten Ausdruck gegeben habe, daß aber die bisher von der Regierung unternommenen Schritte große Enttäuschung hervorgerufen hätten und daß weite Kreise der Bevölkerung anfingen, mißtrauisch zu werden und den Einflüsterungen der Anhänger einer österreichischen Lösung Gehör zu schenken. Es liege also im eigenen Interesse Rußlands, so schnell wie möglich mit solchen Reformen zu beginnen, welche das polnische Volk von dem ehrlichen Willen der Regierung überzeugen, dazu aber gehöre unbedingt, daß man schon jetzt die zukünftige staatsrechtliche Stellung des polnischen Staates zu Rußland wenigstens in den Grundzügen festlege. Mit kleinen Reformen sei es jetzt nicht mehr getan, vielmehr müßten diese Reformen den Polen die Gewißheit geben, daß sie in allem, was ihre Kultur und ihr Wohlergehen betreffe, Herren im eigenen Lande sein würden, deshalb könne jetzt nur noch ein großer Staatsakt das geschwundene Vertrauen wieder herstellen.

Zur weiteren Behandlung aller dieser Fragen wurde eine gemischte Kommission gewählt, die vom 5.—14. Juli 1915 tagte. Die Eröffnungsansprache, welche der Ministerpräsident hielt, zeigte den Polen, was sie zu erwarten hatten, Goremykin erklärte nämlich: „Die Aufgabe der Kommission ist es, die Wege zu zeigen, auf welchen die Grundsätze des Manifests des Großfürsten an die Polen verwirklicht werden können. In dem Manifest handelt es sich um zwei Fragen, um die Vereinigung der polnischen Länder und um die Selbstverwaltung. Eine Vereinigung der polnischen Länder steht in Gottes Hand, ich halte mich deshalb für verpflichtet, Ihnen zu sagen, daß, wenn es zu einer Vereinigung Polens kommen wird, dem Lande auch eine Selbstverwaltung gegeben werden wird, und wenn es zu einer Vereinigung nicht kommt, dann wird es auch keine Selbstverwaltung geben.“ Unter solchen Umständen war die Lage der polnischen Vertreter nicht leicht. „Die Entwicklung der Ereignisse zwang die polnischen Politiker dazu, sich schon jetzt über die Frage der zukünftigen Verfassung Polens auszusprechen, trotzdem sie es lieber gesehen hätten, darüber erst später mit den Russen zu reden, und zwar unter anderen Bedingungen und von einer höheren Warte aus. Der engherzigen russischen Politik, die den Polen kaum mehr als eine gewöhnliche provinzielle Selbstverwaltung anbot, konnten wir damals nichts anderes entgegensetzen, als eine politische Autonomie auf breiter Grundlage, wenn wir diejenigen russischen Politiker, welche deutschfeindlich gesinnt waren und der polnischen Frage freundlich gegenüber standen, für uns gewinnen wollten und

wenn wir den russischen Deutschfreunden nicht unmittelbar in die Hände arbeiten wollten“[135]). Diese letzte Gefahr betont besonders wieder Dmowski, daß es nämlich bei allen diesen Verhandlungen für die polnischen Politiker immer wieder darauf ankam, um jeden Preis die Gefahr eines russisch-deutschen Sonderfriedens zu umgehen. „Wir träumten nicht von einer Rückkehr Polens zu den Grenzen vor 1772, wir sahen die ganze Unmöglichkeit einer solchen Lösung und wir konnten den Russen aufrichtig erklären, daß Polen auf den größten Teil dieser Länder keinen Anspruch erheben werde. Dennoch war es gefährlich, von irgend einem dieser Gebietsteile zu sprechen, selbst von denjenigen, die zweifellos zu den national polnischen gehörten. Deshalb übergingen wir, so weit wir konnten, in den polnisch-russischen Diskussionen die Frage der sogenannten „eroberten Länder“, wenn es aber nicht möglich war, ein Gespräch über Polen zu vermeiden, hielten wir uns an die ethnographischen Grenzen. Das machte es uns möglich, die polnisch-russische Solidarität aufrecht zu erhalten und für Deutschland nicht die Bedingungen für einen Sonderfrieden mit Rußland zu schaffen, selbst dann, als Deutschland versuchte, die polnische Frage in Litauen auszuspielen“[136]).

Inzwischen rückten die deutschen Heere zur zweiten Offensive gegen Warschau heran, im Juli 1915 wurden durch die russische Ochrana Massenverhaftungen vorgenommen, weil man angeblich einer weit verzweigten Verschwörung auf die Spur gekommen war, unmittelbar darauf erfolgte die mit rücksichtsloser Gewalt vorgenommene Evakuierung des Königreichs, die zwangsweise Verschleppung von etwa einer Million polnischer Einwohner nach Sibirien und Turkestan sowie die sinnlose Zerstörung ihres Eigentums und des gesamten Landes. Goremykin hielt es deshalb doch für angebracht, am 1. August von der Tribüne der Duma aus zu erklären, daß der Kaiser den Ministerrat beauftragt habe, einen Gesetzentwurf auszuarbeiten, durch welchen Polen das Recht erhalten sollte, sein nationales, kulturelles und wirtschaftliches Leben nach Beendigung des Krieges selbst zu ordnen, und zwar auf dem Boden einer Autonomie unter russischem Zepter und unter Wahrung der staatlichen Einheit, aber — „im August 1915 war es für eine einseitige russische Erklärung bereits zu spät, das polnische Volk hatte zu viele Erfahrungen gesammelt. Fast 12 Monate lang waren die russischen Behörden allzu brutal über das Manifest des Großfürsten zur Tagesordnung hinweggegangen, die Interpretationen des Manifests, welche von den Russen in der Kommission gegeben worden waren, redeten nur zu deutlich. Dazu kam, daß die russischen Heere schon den Rest des Königreichs räumten, der internationale Charakter der polnischen Frage schob sich geradezu logisch in den Vordergrund“[137]).

Noch mehr schienen die Aussichten der Polen sich zu verschlechtern, als Goremykin im Februar 1916 zurücktrat und Stuermer, „ein entschiedener Feind der Polen", an die Spitze der Regierung trat. Zwar hatte der neue Ministerpräsident bei Eröffnung der Duma am 22. Februar erklärt, daß die Regierung es als ihre Pflicht betrachte, „alle Grundsätze einer nationalen Vereinigung so schnell wie möglich zu verwirklichen, welche der polnischen Schwesternation bei Beginn des Krieges und später verheißen worden seien", und auch Sasanow hatte in derselben Sitzung dieses Ziel der Vereinigung aller polnischen Landesteile „als eine Herzenssache der Regierung" bezeichnet, das außerdem die Billigung der Alliierten gefunden habe, — aber man fühlte doch, daß man jetzt über solche platonischen Freundschaftserklärungen hinaus gehen müsse, zumal auch der russische Botschafter Iswolski aus Paris berichtet hatte, daß man in Frankreich anfange, über das hartnäckige Schweigen des russischen Verbündeten in der polnischen Frage unruhig zu werden. Von Petersburg erging deshalb für die am 9. März 1916 in Paris stattfindende regelmäßige Konferenz der Alliierten an Iswolski die vertrauliche Instruktion: „Wir sind bereit, Frankreich und England bei der Festsetzung der westlichen Grenze Deutschlands völlig freie Hand zu lassen, weil wir darauf rechnen, daß unsere Verbündeten ihrerseits bei der Festsetzung unserer Grenzen gegen Österreich und Deutschland uns völlige Bewegungsfreiheit lassen. Besonders wichtig ist es, darauf Nachdruck zu legen, daß die polnische Frage aus der Reihe derjenigen Fragen ausgeschlossen wird, welche zur internationalen Beratung gestellt werden, und alle Versuche zu verhindern, die Zukunft Polens unter die Kontrolle und die Garantie der Mächte zu stellen[138]).

Wir kennen den Bericht nicht, den Iswolski über den Verlauf dieser Konferenz nach Petersburg erstattet hat, er wird sich aber wohl im großen und ganzen mit dem decken, was der Botschafter am 27. April 1916 seinem Außenminister mitteilte. In diesem Schreiben schildert er die Verschlechterung der französischen Stimmung für Rußland und betont die wachsende Polenfreundlichkeit der Pariser Gesellschaft, die durch eine lebhafte Agitation von der Schweiz aus genährt werde, so daß es sogar gelungen sei, einen Vortrag Dmowski's in der Sorbonne zu verhindern, weil man ihn für einen Russenfreund halte. Durch Dmowski hat Iswolski erfahren, daß es zwischen Deutschland und Österreich zu einer Einigung in der polnischen Frage gekommen sei, Dmowski rate deshalb dringend, daß Rußland schon jetzt den Plan eines aus allen drei Teilgebieten bestehenden selbständigen Polens, das mit Rußland unter einem Zepter verbunden ist, in Angriff nehme und sich darüber mit seinen Verbündeten verständige. Seine Pariser Eindrücke faßt der Botschafter dahin zusammen, daß die Polen, die bei Beginn des Krieges unter

dem frischen Eindruck des Manifests des Großfürsten auf der Seite Rußlands gestanden hätten, sich jetzt von Rußland abkehren und geneigt sind, ihr zukünftiges Schicksal aus den Händen der Zentralmächte zu empfangen. Wenn eine solche Lösung auch nicht alle polnischen Kreise befriedige, so scheine sie doch geeignet, dem weitaus größeren Teil der Polen mehr Freiheiten in Verbindung mit Österreich zu sichern, als Rußland sie bisher gewährt hat. Eine solche Entwicklung bedroht aber nicht nur Rußland, sondern auch die Entente, weil sie Deutschland und Österreich die Aufstellung eines polnischen Heeres ermöglicht. Man muß deshalb den Polen die Hoffnung geben, daß ein Sieg der Entente ihnen eine bessere Zukunft verbürgt, und man muß das verlorene Vertrauen zu Rußland wieder gewinnen. Das kann aber nur erreicht werden, wenn Rußland schon jetzt mit den Vorarbeiten für eine ausgedehnte Autonomie beginnt und wenn die Alliierten in irgend einer Form sich damit einverstanden erklären. Die öffentliche französische Meinung fordert eine solche Erklärung immer dringender, bisher hat die französische Regierung allen solchen Forderungen widerstehen können, der weitere Verlauf der Dinge kann jedoch zum Nachgeben zwingen und das müßte zu Schwierigkeiten zwischen Rußland und Frankreich führen.

Die tieferen Gründe für diesen allmählichen Umschwung der französischen öffentlichen Meinung hat Dmowski richtig erkannt: „Als man in den Krieg eintrat, schrieben die Westmächte auf ihre Fahnen die Losung von der Freiheit der Völker. Das gab ihnen in der ganzen Welt moralische Rechte, das gewann ihnen die öffentliche Meinung in den neutralen Ländern, das stärkte den Geist ihrer eigenen Völker und bereitete den Zentralmächten, und besonders Österreich, das aus so vielen Völkern bestand, Schwierigkeiten. Es war aber schwierig, die Losung von der Freiheit der Völker so laut zu verkünden und sich über Polen in Schweigen zu hüllen, welches doch ein sichtbares Beispiel für die Vergewaltigung dieser Freiheit war. Inzwischen aber forderte Rußland rücksichtslos Schweigen über diese Frage und man fürchtete, daß es bereit sei, die Alliierten im Stich zu lassen und mit den Zentralmächten Frieden zu schließen, wenn man seine Forderung nicht erfüllte“[139]).

So entschloß sich Sasanow denn zu einem neuen Vorstoß in der polnischen Frage und legte seine Ansichten und seine Vorschläge in einer ausführlichen Denkschrift an den Kaiser nieder, die er aber auf den April vordatierte, um nicht den Eindruck entstehen zu lassen, als sei sie durch die letzten Nachrichten aus Paris veranlaßt worden. Die in der letzten Zeit eingegangenen Nachrichten, so führt er aus, hätten ihn überzeugt, daß die Zeit zu einer endgültigen Festlegung der russischen Politik in der polnischen Frage gekommen

sei, denn nicht nur zeigten die Äußerungen maßgebender deutscher Stellen, daß man dort entschlossen sei, neue Wege in der polnischen Außenpolitik zu gehen, sondern auch unter den Polen, welche bei Beginn des Krieges Anlehnung an Rußland suchten, machten sich Bestrebungen geltend, Frankreich und England zu einer Erklärung über ihre Stellung in der polnischen Frage zu veranlassen. Wenn die Verbündeten Rußlands eine solche Erklärung bisher auch vermeiden konnten, so werde die Lage jetzt um so schwieriger, je mehr sich auch in den Kreisen des französischen und englischen Volkes der Gedanke festsetze, daß der zur Befreiung der unterdrückten Völker geführte Krieg auch den Polen zu Gute kommen müsse. Es sei dem russischen Botschafter in Paris nur mit Mühe gelungen, einen dahin gehenden Kabinettsbeschluß zu verhindern, der auf Antrag von Léon Bourgeois gefaßt werden sollte. Darf Rußland demgegenüber seine passive Haltung, die es nach dem Rückzug der russischen Truppen aus dem Königreich eingenommen hat, weiter bewahren? Die russische Regierung würde ihre Pflicht vernachlässigen, wenn sie sich jetzt nicht über ihre Ziele in der polnischen Politik völlig klar würde, denn die polnische Frage ist bereits über den Rahmen einer innenpolitischen Angelegenheit Rußlands hinausgegangen und gerade sie, die so lange eine Garantie für den Frieden mit Deutschland bildete, ist jetzt ein Kampfobjekt zwischen den beiden Mächten geworden. Bei den Verhandlungen mit den Verbündeten Rußlands wird die Lösung der polnischen Frage in russischem Sinn kaum Schwierigkeiten bieten, wenn Rußland seine Bundesgenossen davon überzeugt, daß es seine zukünftigen Grenzen mit Deutschland so festlegen muß, daß Polen ein Grenzgebiet wird, auf welches sich jede Verteidigung bei zukünftigen Überfällen Deutschlands stützen kann. „Der polnischen Frage jetzt noch internationale Bedeutung absprechen wollen, hieße die Augen vor der Wirklichkeit verschließen.“ Daraus folgt aber noch nicht, daß man ihre Lösung etwa Europa oder irgend einem internationalen Kongreß überlassen müsse, denn Rußland darf es nicht zulassen, daß eine solche Lösung überhaupt in Frage kommt, weil es das seiner Vergangenheit und seiner Zukunft schuldig ist. Ein etwaiger Friedensvertrag darf nur die Aufgabe haben, die westlichen Grenzen Rußlands auf polnischem Gebiet so festzusetzen, daß sie den vernünftig verstandenen Interessen Rußlands entsprechen. Um aber auch eine formelle Verhandlung über die polnische Frage auf dem Friedenskongreß zu vermeiden, muß Rußland seine Meinung über die zukünftige Stellung Polens zu Rußland so bald wie möglich bekannt geben. Diese Pläne können gegenwärtig nur nach drei Richtungen hin gehen: Unabhängigkeit des Königreichs, selbständige Existenz in Verbindung mit Rußland, mehr oder weniger ausgedehnte Selbstverwaltung des Landes.

Der Gedanke, daß die Anerkennung der Unabhängigkeit Polens alle Schwierigkeiten der Regierung beseitigen würde, erscheint zunächst einleuchtend, auch der Großfürst Nikolaus hat ihn bei Beginn des Krieges vertreten, aber ein solches unabhängiges Königreich würde niemals in der Lage sein, dem deutschen Angreifer mit eigener Kraft Widerstand zu leisten, ganz abgesehen davon, daß man einen solchen Schritt Rußlands in der gegenwärtigen Zeit als ein Zeichen seiner Schwäche betrachten würde. An dem polnischen Volk selbst aber würde man durch einen solchen Schritt durchaus keinen Freund gewinnen, vielmehr bestehe die Gefahr, daß Deutschland und Österreich die Gelegenheit benutzen würden, um mit diesem polnischen Staat ein Bündnis zu schließen und aus Warschau ein neues Zentrum politischer Intriguen zu machen, wie es vor der zweiten Teilung der Fall war. Eine solche Lösung scheidet also aus.

Ebenso unbefriedigend ist auch der Weg, dem Königreich eine Art provinzieller Autonomie zu geben. Auch wenn eine solche Autonomie in den bescheidensten Grenzen gehalten wird, kann sie, nach dem Manifest vom 14. August 1914 und nach den russisch-polnischen Besprechungen gar nicht anders, als einen polnischen Sejm schaffen und alle auf dem Gebiet der Sprache, Kirche und Kultur bisher bestehenden Beschränkungen aufheben. Damit aber würden wieder alle Brennpunkte für eine zukünftige nationale Bewegung geschaffen werden, das polnische Volk selbst aber würde nicht genügende Möglichkeiten haben, seine Energien auf legalem Weg zu entladen, es würde vielmehr immer wieder danach streben, eine Erweiterung seiner Rechte im Kampf mit Rußland zu erhalten.

Nur ein Mittelweg führt zum Ziel. Man muß in Polen eine solche politische Organisation schaffen, welche für Rußland und seine Monarchie die Leitung der Geschicke des polnischen Volkes sichert, gleichzeitig aber auch der polnischen nationalen Bewegung ein weiteres Betätigungsfeld lassen müßte, freilich nicht auf dem Weg eines andauernden Rechtsstreits mit Rußland, sondern auf dem Wege einer rationellen Organisation des innenpolitischen Lebens. Eine solche Entwicklung wäre die Rückkehr zu den Traditionen der Politik Alexanders I., die sogar nach dem Aufstand 1830 das Land auf Grund polnischer Gesetze und mit Hilfe einer, dem Warschauer Großfürsten unterstellten polnischen Bürokratie regiert hat.

Auch diese Denkschrift wurde auf Befehl des Kaisers dem Ministerrat vorgelegt, über das Ergebnis der Beratungen berichtete Stuermer dem Zaren am 26. Mai. Er verwahrt Rußland dagegen, daß irgend einer der Verbündeten es wagen solle, nach dieser Richtung hin auf das Zarenreich einen Druck auszuüben, ein solcher Versuch dürfe in keinem Fall zugelassen werden, bevor nicht der Ausgang des Krieges endgültig über das Schicksal der polnischen Länder entschieden habe. Er stimmt deshalb den Vorschlägen des Pariser Bot-

schafters und des Außenministers nicht zu, denn „die Staatsklugheit beruht darauf, etwa entstehende Schwierigkeiten nicht nur vorher zu sehen, sondern ihnen von Anfang an zu begegnen." Er warnt davor, solchen Schwierigkeiten mit einer Methode zu begegnen, die zwar die leichtere sein möge, die aber auch sehr gefährlich ist, nämlich mit der Methode, eine der schwierigsten Fragen im Wege eines Verzichts zu lösen. „Wenn Rußland sein Wort gegeben hat, die polnische Frage in ihrer Gesamtheit zu lösen, dann ist die Zeit dazu jetzt noch nicht gekommen, die Zeit, in welcher man über die polnische Frage in ihrer Gesamtheit wird sprechen können, ist noch fern."

Inzwischen hatten die Polen auch selbst einen neuen Versuch unternommen, um ihre Sache weiter zu bringen. Am 19. Mai hatte Fürst Lubomirski dem Kaiser im Hauptquartier eine Denkschrift überreicht. Auch er weist auf die Schwierigkeiten hin, welche durch die völlig veränderte internationale Lage für Rußland entstanden seien und sieht den einzigen Ausweg in einer sofortigen Proklamation in Form eines feierlichen Staatsaktes, auch wenn die Grenzen des zukünftigen polnischen Staates noch nicht bestimmt werden könnten. Selbst dann, wenn Rußland nach dem Krieg nur einen Teil der polnischen Länder behalten sollte, würde ein solches Gebiet, unter der Voraussetzung, daß Rußland seine gegebenen Versprechungen erfüllt, immer noch eine starke Anziehungskraft auf die deutschen und österreichischen Polen ausüben. Einer solchen Proklamation müßte dann allerdings sofort die Aufhebung aller im Königreich noch immer geltenden Ausnahmebestimmungen und Beschränkungen für die Polen folgen. Die Antwort Stuermers, welchem der Kaiser die Denkschrift hatte zustellen lassen, war diesmal von einer bemerkenswerten Schärfe. Er stellt zunächst fest, daß die russischen Polen, wenn auch nicht in Form einer unmittelbaren Drohung, so doch in Form einer Warnung erklären, daß eine Ablehnung ihrer Forderungen zu Folgen führen könne, die auf der Linie der deutsch-österreichischen Wünsche liegen. Daraus aber zieht er den Schluß: „Wenn die Polen in dem gegenwärtigen Zeitpunkt, in welchem die Kräfte aller getreuen Untertanen E. M. zur höchsten Anstrengung berufen sind, bereit sind, den lügnerischen und falschen Versprechungen der ärgsten Feinde Rußlands und des gesamten Slawentums Glauben zu schenken und auf diese Weise gewissermaßen selbst darauf drängen, daß ihre Sache ausschließlich unter dem Gesichtspunkt einer realen Politik und unter dem Druck höchst aktueller Umstände erledigt wird, dann kann man keinen Zweifel daran haben, daß jeder Schritt zu Gunsten der Polen ganz außerordentliche Vorsicht erfordert. Solange das Königreich Polen sich in der Hand des Feindes befindet, können die russischen Polen die Lage Rußlands nur durch geheime Intriguen und kleinliche

Politikasterei erschweren, jede feierliche Erklärung dagegen, welche von E. M. zu Gunsten der polnischen Anmaßungen abgegeben wird, würde in weitestem Umfang als eine Erklärung ausgenutzt werden, welche in ihren Folgen Rußland zukünftig binden würde. Das würde für die Polen sehr nützlich sein, es würde aber Rußland selbst praktisch nichts geben, ihm aber viel nehmen."

Und doch wiederholte Sasanow Anfang Juni 1916 seine Versuche und überreichte dem Kaiser im Großen Hauptquartier eine neue Denkschrift, in welcher er die Verwirklichung der den Polen in Aussicht gestellten Reformen dringend verlangte, diesmal entschied der Zar jedoch gegen Stuermer und beauftragte Sasanow am 9. Juni, eine entsprechende Proklamation vorzubereiten, welche den Polen eine neue politische Verfassung in Aussicht stellen sollte. Inzwischen war nämlich auch von anderer Seite aus ein Vorstoß zu Gunsten der Polen erfolgt, und zwar durch den von Sasanow dafür gewonnenen General Brussilow. Dieser hatte am 16. Juni in einem vertraulichen Schreiben dem Chef des Stabes im Hauptquartier, Alexejew, mitgeteilt, daß „Österreich den Polen genau umgrenzte Rechte und eine eigene Staatlichkeit vorschlägt", und er hatte daran die kritischen Bemerkungen geknüpft: „Wir dagegen kommen über unbestimmte Versprechungen nicht hinaus. Offenbar wählen die Polen, — und das ist durchaus nicht verwunderlich, — das, was für sie am günstigsten ist. Nach meiner Meinung ist die einzige Möglichkeit, um die Polen für Rußland zu gewinnen, eine unverzügliche und tatsächliche Verwirklichung dessen, was man ihnen versprochen hat, und zwar in dem Ausmaß, wie es gegenwärtig zulässig ist. Das darf jedoch in keinem Fall weniger sein, als das, was Österreich den Polen vorschlägt." Dieser Brief wurde von Alexejew, nachdem der Kaiser von seinem Inhalt Kenntnis erhalten hatte, am 22. Juni an Stuermer mit der Bitte um Beschleunigung der ganzen Angelegenheit und mit dem Hinzufügen geschickt, daß auch er den von Brusilow vorgeschlagenen Weg für den einzig möglichen halte. In drei Sitzungen, am 13., 16. und 19. Juli beschäftigte sich der Ministerrat nochmals mit der ganzen Angelegenheit. Drei Minister erklärten, daß die Verhältnisse auf dem Kriegsschauplatz gebieterisch eine sofortige und unzweideutige Erklärung Rußlands über die Zukunft Polens verlangten und daß eine solche Erklärung wesentlich dazu beitragen würde, daß die russischen Heere, welche sich jetzt wieder den Grenzen des Königreichs näherten, bereitwillig aufgenommen und unterstützt würden. Nach dem Manifest des Großfürsten und nach der Erklärung, welche der Ministerpräsident bei Eröffnung der Duma abgegeben hätte, könne man mit der Verwirklichung der gegebenen Versprechungen nicht länger zögern. Man dürfe auch nicht vergessen, daß die öffentliche Meinung in den mit Rußland verbündeten Ländern geneigt sei, nach den ideellen Gründen für

die unzähligen Opfer an Gut und Blut zu fragen, welche dieser Krieg schon gekostet habe und daß sie den Krieg nur als einen Kampf für das Recht und die Freiheit der kleinen Völker, besonders aber Polens, betrachten. Eine solche Auffassung sei besonders in Frankreich verbreitet und man müsse deshalb damit rechnen, daß die Regierungen der Entente unter dem Druck der öffentlichen Meinung gezwungen werden könnten, die polnische Frage auf die Tagesordnung der Friedenskonferenz zu setzen. Im Gegensatz zu diesen Erklärungen sprachen sich der Ministerpräsident und die übrigen Minister zwar nicht gegen die Gewährung größerer Freiheiten an die Polen aus, hielten aber den Zeitpunkt noch nicht für gekommen, weil man nicht wisse, welche Gebiete überhaupt in Frage kommen würden. Man bezweifelte auch, ob die Polen durch ein neues Manifest noch gewonnen werden könnten, und man sprach die Befürchtung aus, daß ein solcher Akt gerade in der gegenwärtigen Zeit unnötige Kommentare in Rußland selbst und im Ausland hervorrufen könne. Die öffentliche Meinung Rußlands würde von einem solchen Schritt vor Beendigung des Krieges wohl kaum begeistert sein, wenn der Kaiser aber ein solche Manifest erlassen wolle, dann sei es besser, es in dem Augenblick zu verkünden, wenn die russischen Heere die Grenzen des polnischen Gebiets überschritten hätten.

Man geht wohl nicht fehl, wenn man sowohl diesen neuen Schritt Sasanows wie auch die Haltung der drei Minister mit dem Besuch in Verbindung bringt, den die beiden Minister Viviani und Albert Thomas im Mai in Petersburg gemacht hatten, um die russische Regierung zu veranlassen, eine ausdrückliche Verpflichtung für die Zukunft Polens öffentlich zu übernehmen. Die Abgesandten der Entente fanden zwar bei dem russischen Außenminister wenig Gegenliebe, sie mußten sich von ihm sogar nachdrücklich darauf hinweisen lassen, daß für das russisch-französische Bündnis ernste Gefahren entstehen könnten, wenn Frankreich auf seinen Wünschen beharre, — immerhin hatte der Besuch seine Wirkung doch nicht ganz verfehlt. Sasanow überreichte dem Kaiser den Entwurf einer Proklamation an die Polen, der im Ministerrat einige kleinere Abänderungen fand und vom Kaiser gebilligt wurde.

Die opponierenden Minister griffen nunmehr zum letzten Mittel, sie wendeten sich an die Kaiserin. Stuermer selbst telegraphierte im Auftrag der Kaiserin noch an demselben Tag in das Hauptquartier, daß die Kaiserin bitte, die Entscheidung in der polnischen Frage so lange zurückzuhalten, bis sie selbst mit dem Kaiser darüber gesprochen habe. Am 19. Juli traf die Kaiserin in Mohilew ein, wo sich das Hauptquartier befand, und am 20. Juli erhielt Sasanow seine Entlassung, trotzdem der englische und französische Botschafter noch in der Nacht 19./20. Juli gleichlautende Telegramme

an den Kaiser geschickt und sich für das Verbleiben Sasanows eingesetzt hatten. Die Rolle, welche die Kaiserin in dieser ganzen Angelegenheit gespielt hat, wird aus den Aussagen deutlich, welche Fürst Lubomirski am 24. Oktober 1917 vor der außerordentlichen Untersuchungskommission der russischen Revolutionsregierung gemacht hat: „Wielopolski, der im Juli 1916 zum Kaiser in das Hauptquartier berufen wurde, hatte den Eindruck, daß die polnische Frage sehr günstig stehe. Beim Abschied schlug der Kaiser dem Grafen vor, die ganze Angelegenheit der Kaiserin zu unterbreiten, denn „sie sei eine kluge Frau und er hole ihren Rat in allen Angelegenheiten ein". In der Audienz bei der Kaiserin hatte Wielopolski jedoch den Eindruck, daß sie jedem Versuch, die polnische Frage zu lösen, unbedingt ablehnend gegenüber stehe. Sie erklärte, daß, wenn man Polen irgendwelche Rechte geben wolle, auch Kurland und andere Provinzen Rußlands dasselbe Recht darauf hätten. Daß Rasputin auf diese Haltung der Kaiserin stark eingewirkt hat, steht fest, sowohl die Stellen aus ihren Briefen, welche Seyda anführt, wie auch besonders diejenigen Briefe, welche wir bei Sokolnicki finden, zeigen, wie groß dieser Einfluß gewesen ist. Das entscheidende Moment für sie scheint aber doch die Sorge um die Zukunft des Thronfolgers gewesen zu sein, denn unmittelbar vor ihrer Unterredung mit Wielopolski schreibt sie an den Kaiser: „Now I have Wielopolski, I rather dread it, because I feel sure I shan't agree with him and think wiser one should wait a bit, but in any case not give too great liberties, other wise, when Baby's turn comes, he will have very hard times to go through."

c. Bei den Verbündeten Rußlands.

„Als der russische Oberbefehlshaber mit Wissen und Willen des Kaisers in seinem Manifest bei Beginn des Krieges die Stunde der Wiedergeburt für Polen verkündete und die Losung ausgab „Wiedervereinigung des polnischen Volkes zu einem Körper", legte er den ersten Grundstein dazu, daß die polnische Frage eine internationale wurde. In Wirklichkeit beabsichtigte er das nicht, denn tatsächlich verkündete das Manifest nur die Vereinigung der polnischen Länder unter dem Zepter des russischen Kaisers, aber das änderte nichts an der Tatsache, daß das russische Programm in der polnischen Frage auf Gebiete hinübergriff, welche anderen Staaten gehörten, nämlich Preußen und Österreich, und daß es, logisch betrachtet, damit ein Problem aufwarf, welches nicht mehr den Charakter einer inneren russischen Angelegenheit haben konnte. Mag der Stand der polnischen Frage bei Ausbruch des Krieges gewesen sein, wie er wolle, das Manifest des Großfürsten machte die internationale Bedeutung des polnischen Problems aktuell"[140]).

Von einer solchen internationalen Bedeutung des polnischen Problems war allerdings in den ersten Monaten des Krieges bei den russischen Verbündeten ebenso wenig etwas zu merken, wie bei Rußland selbst, es hätte denn sein müssen, daß man von einer solchen Bedeutung für England hätte sprechen wollen, das in jener ersten Zeit des Krieges den allerdings vergeblichen Versuch machte, auf dem Weg über Kanada etwa 40 bis 50 000 polnische Sokoły aus den Vereinigten Staaten für das englische Heer zu erhalten, sonst nämlich reagierten die Verbündeten auf das russische Manifest überhaupt nicht. Erst am 2. März 1915 antworte Grey auf eine Anfrage des Abgeordneten King im Unterhause kurz und kühl, daß man das Manifest zur Kenntnis genommen habe und daß die englische Regierung ihm sympathisch gegenüberstehe, und am 26. März steigerte er diese Sympathie zu der Erklärung, daß die Alliierten Europa das Recht souveräner Unabhängigkeit für die einzelnen Völker sichern wollen, d. h. das Recht einer eigenen nationalen Existenz, nicht im Schatten preußischer Hegemonie und Suprematie, sondern auf dem Boden gleicher Freiheit. In Frankreich ließ sich Briand sogar bis zum 3. November 1915 Zeit, ehe er versicherte, daß Frankreich keineswegs nur für eigene Interessen, sondern für die Unabhängigkeit und die Zivilisation der Völker kämpfe, und in Italien forderte Sonnino am 1. Dezember nur sehr platonisch die Verwirklichung des Gedankens „Unabhängigkeit, Sicherheit und gegenseitige Achtung". Damit aber war für die russischen Verbündeten auch die polnische Frage und ihre Bedeutung erledigt.

Wenn man schließlich in London und in Paris die Sicherung der Unabhängigkeit für die Völker Europas als Kriegsziel aufstellte, dann hatte das, wie Seyda zutreffend feststellt, seinen Grund darin, daß man in diesen Ländern schon im Jahre 1915 nicht nur einen Kampf mit dem äußeren Feind auf den verschiedenen Kriegsschauplätzen zu bestehen hatte, sondern auch einen politischen Kampf mit der dem Lande von innen drohenden Gefahr einer defaitistischen Propaganda, die sich in das Gewand des Pacifismus kleidete[141]). Nur diesem Zweck sollte auch die Rede dienen, die Bonar Law am 15. November 1915 im Unterhaus hielt und in welcher der Name Polens zum ersten Mal erwähnt wurde, als er fragte: „Glaubt etwa ein Mitglied dieses Hauses, daß ein nicht besiegtes Deutchland Elsaß an Frankreich abtreten oder Polen demjenigen Volk wieder zurückgeben wird, welchem es gehört?" Der eigentlich maßgebende Grund aber für diese vorsichtige Zurückhaltung bei der Behandlung der polnischen Frage innerhalb der Entente war die Furcht, den russischen Verbündeten zu verletzen. „Rußland war gegenüber Deutschland und Österreich insofern in einer günstigeren Lage, als es seinen Verbündeten seinen Standpunkt in der polnischen Frage tatsächlich diktieren konnte, es konnte sie, wenn sie etwa andere Versuche

unternehmen wollten, erpressen und ihnen drohen, sich von der Koalition und von dem Krieg zurückzuziehen. Die französische Regierung, welche einer rücksichtslosen Formlosigkeit Petersburgs begegnete, wenn sie es wagte, seine Aufmerksamkeit auch nur durch eine sehr vorsichtige Frage auf die polnische Angelegenheit zu lenken, war in dieser Beziehung das Objekt einer geradezu brutalen Offensive sowohl von der Seite des russischen Außenministers, wie auch seiner Pariser Vertretung. Der russischen Regierung ging es nicht nur um das Einverständnis der französischen Regierung mit dem Grundsatz, daß Rußland allein seine Grenze mit Deutschland festzusetzen habe, sondern auch darum, daß weder das französische Volk, noch auch die französische Presse sich zu Gunsten einer auf breiterer Grundlage ruhenden Lösung der polnischen Frage engagiere, welche etwa die Grenzen einer beschränkten Autonomie überschreiten könnte. Der Botschafter Iswolski übte nach dieser Richtung hin auf den Quai d'Orsay einen konsequenten und hartnäckigen Druck aus, so daß der Direktor im Außenministerium, Berthelot, der Presse verbot, über die polnische Frage zu schreiben. Dieses Verbot wurde erst später durch Briand wieder zurückgezogen"[142]). Ebenso stark wirkte die Rücksichtnahme auf die Empfindlichkeit des russischen Verbündeten sich auch in Italien aus. Dort hatten einzelne Parteien am 7. Dezember 1915 einen Antrag gestellt, in welchem der Wunsch ausgedrückt wurde, daß das polnische Volk, welches dazu bestimmt sei, in Zukunft bei dem friedlichen Ausgleich Europas eine wichtige Rolle zu spielen, seine Vereinigung in einem freien und unabhängigen Staat finden möge, und schon am nächsten Tag erhob der russische Botschafter in Rom Vorstellungen dagegen, daß ein solcher Antrag zum Beschluß zugelassen werden solle. Der Antrag wurde deshalb in dem Büro der Kammer niedergelegt, wo er ein Jahr lang ruhte, bis er bei den Verhandlungen 6./8. Dezember 1916 zurückgezogen wurde, nachdem der italienische Ministerpräsident die Befüchtung ausgesprochen hatte, daß eine Diskussion über diese Frage Auslegungen ermöglichen könnte, welche weiter gingen als diejenigen der Antragsteller selbst, und daß es deshalb gut wäre, solche Auslegungen in dem gegenwärtigen Zeitpunkt zu vermeiden[143]).

Auch nach der völligen Niederlage der russischen Heere im Sommer 1915 schwieg man in den alliierten Ländern, denn „mit der Besetzung der polnischen Gebiete durch die Heere der Zentralmächte wuchs die Gefahr eines Sonderfriedens zwischen Rußland und Deutschland wesentlich. Nicht nur die militärische Lage des von dem Feind geschlagenen Rußland begünstigte eine solche Annäherung, sondern auch das starke Abflauen der Begeisterung in der russischen Bevölkerung, die an sich schon durch den Krieg entmutigt war, und der ungeheure deutsche Einfluß sowohl innerhalb der Regierung, wie auch am kaiserlichen Hofe. Eine solche An-

näherung fand u. a. auch in der Person Rasputin's einen originellen, aber nicht zu unterschätzenden Agenten . . . Das russische Gebiet verlor für die Alliierten trotzdem nicht an Gewicht und ungeachtet der Mißerfolge behielt Rußland eine ungeheure Bedeutung für den Sieg. Auch jetzt noch hätte sein Ausscheiden aus dem Krieg und ein Sonderfriede mit Deutschland die Chancen der Westmächte derartig geschwächt, daß auch sie sicherlich hätten Frieden schließen müssen. Wenn die Furcht vor einem solchen, übrigens sehr leicht möglichen Schritt Rußlands schon den französischen, englischen und italienischen Politikern und Militärs Albdrücken verursachte, was sollte man dann erst von uns sagen? Nur Kinder konnten sich der Täuschung hingeben, daß die polnische Frage bei einem Sonderfrieden zwischen Rußland und Deutschland nicht zu Staub zermalmt worden wäre. Die Westmächte wußten genau, daß sie durch eine Erklärung zu Gunsten Polens die deutschfeindliche Stimmung im Lande ungeheuer vergrößern würden, aber sie wagten es nicht, weil sie wußten, wie eifersüchtig Rußland nach wie vor darauf bedacht war, die polnische Frage aus dem Bereich der internationalen Diskussion fernzuhalten und sie als eine ausschließlich russische zu betrachten. Deshalb war es so schwierig, irgend welche Schritte nach dieser Richtung hin zu unternehmen"[144]).

Eine lebendige Schilderung dieser Schwierigkeiten, mit denen man gerade in Frankreich zu rechnen hatte, um die russische Empfindlichkeit in der polnischen Frage nicht zu verletzen, brachten die offiziellen russischen Istwestja am 11. Januar 1918, als nach der zweiten russischen Revolution die Geheimarchive geöffnet worden waren, sie schrieben: „Aus einer ganzen Reihe von Telegrammen des französichen Ministerpräsidenten und Außenministers, Herrn Briand, an den französischen Botschafter in Petersburg, Herrn Paléologue, die, wie wir feststellen, von der russischen Regierung unterschlagen wurden, sieht man, daß sich die öffentliche Meinung in Frankreich stark mit der polnischen Frage beschäftigt hat. Abgesehen von der Herausgabe besonderer Bücher und Broschüren, welche für eine polnische Autonomie eintraten, druckte man in Paris auch Aufrufe für die Wiederherstellung eines völlig unabhängigen und alle diejenigen Gebiete umfassenden Polen, welche zu dem alten Polen gehört hatten. Diese Drucksachen, die in der Mehrzahl von der französischen Regierung verboten wurden, veranlaßten in wiederholten Fällen Interventionen und selbst Beschwerden des russischen Botschafters. Diese Interventionen waren der französischen Öffentlichkeit, und insbesondere gewissen Journalisten nicht unbekannt, deren Mitarbeit sich die polnischen Kreise gesichert hatten. Man warf deshalb der französischen Regierung vor, daß sie einer Angelegenheit Hindernisse bereite, die sich immer

der Sympathien der französischen öffentlichen Meinung erfreut hätte. Die polnischen Kreise ihrerseits aber erklärten, daß die einseitigen Versprechungen der russischen Regierung die gerechtfertigten Hoffnungen der Polen in keinem Fall befriedigten. Die Polen waren der Meinung, daß sie den Worten Rußlands nur dann Glauben schenken dürften, wenn die polnische Frage zu einer internationalen geworden wäre, d. h., wenn es zwischen Rußland, Frankreich und England zu einem Meinungsaustausch käme, der, in ihren Augen, Rußland gegenüber seinen Verbündeten verpflichten würde, diese Frage in Übereinstimmung mit den Wünschen des polnischen Volkes zu lösen. Alle Bemühungen des französischen Ministers, unsern Botschafter in Paris, Herrn Iswolski, zu überzeugen, wie schwierig es sein würde, die Gefühle der polnischen Kreise mit einer, auch der russischen Regierung genehmen Lösung in Übereinstimmung zu bringen, waren ebenso viele Schläge ins Wasser. Dem liberalen Vertreter Rußlands lag sehr wenig daran, immer zu wiederholen, „daß es nicht genüge, sich der Zensur zu bedienen, daß man lieber vor der öffentlichen Meinung nichts verbergen solle". Und so empfiehlt denn Herr Briand nach einer ganzen Reihe vergeblicher Versuche, am 15. April 1916, dem französischen Botschafter in Petersburg, Herrn Paléologue, „der russischen Regierung gewisse Dienste zu leisten, wenn diese sich geneigt zeigen sollte, Herrn Paléologue ihre wahren Pläne zu offenbaren und wenn sie streng vertrauliche Gespräche über die polnische Frage nicht für inopportun hielte." Herr Briand schließt seine vertraulichen Anweisungen an Herrn Paléologue mit folgenden Worten: „Ich wäre sehr dankbar, wenn Sie mir durch Kurier das detaillierte Ergebnis dieser Unterredung mitteilen würden, das uns gestatten würde, mit den Polen in voller Offenheit zu reden und sie zu veranlassen, die Bedingungen Rußlands anzunehmen."

„Die Lage der polnischen Frage in dieser Zeit erregte um so größere Unruhe, als man aus glaubwürdiger Quelle von den beträchtlichen Konzessionen erfahren hatte, welche Deutschland den polnischen Wünschen machen wollte. Deshalb hatte der französische Botschafter, ohne die Instruktionen des Herrn Briand abzuwarten, es auf sich genommen, mit Herrn Sasanow einen streng vertraulichen Meinungsaustausch herbeizuführen. Er legte bei dieser Unterredung besonders darauf Gewicht, daß der Weg der Unterdrückungen durch die Zensur, welchen der französische Minister gehe, „schlüpfrig und gefährlich" sei, daß ein solches Zwangsmittel in Frankreich noch niemals Erfolg gehabt habe und daß es deshalb unerläßlich sei, — natürlich in der vertraulichsten Art, — die Ansichten der russischen Regierung über die polnische Frage, zum mindesten aber die bestimmte Meinung des Ministers Sasanow selbst zu kennen."

„Der russische Minister antwortete darauf: „Ich habe den Eindruck, daß die Regierung der französischen Republik sich gegen ihren Willen auf einen sehr gefährlichen Weg begeben hat. Sie kennen die Polen nicht. Diejenigen von ihnen, die sich in Paris an Ihre Politiker und Publizisten wenden, sind noch sehr vernünftig. Wenn Sie aber wüßten, was man in dem Lausanner Komité plant, würden Sie sofort verstehen, wohin man sie bringen möchte. In allen entscheidenden Momenten ihrer Geschichte sind die Polen besiegt worden. So war es auch in den Jahren 1863 und 1905, es wird im Jahre 1916 ebenso sein. Und es ist immer wieder derselbe Fehler, ihre Freiheitsansprüche und ihr Appell an das Ausland. Erinnern Sie sich, was diese Sympathien für Polen das Frankreich des zweiten Kaiserreichs gekostet haben, — den Bruch der französisch-russischen Freundschaft, unsere Annäherung an Preußen und, — was dann folgte, — Sadowa und Sedan" Herr Sasanow sprach ernst zu Herrn Paléologue und „sogar mit einer gewissen Erregung". Und dann, nachdem er eine passende Einleitung gemacht hatte und nachdem er tatsächlich Frankreich mit einem Bruch gedroht hatte, wenn es fortfahren sollte, sich für die russisch-polnischen Beziehungen zu interessieren, erklärte er „ernst" und „in kategorischem Ton": „Man wird Polen die Autonomie geben, von welcher Goremykin in der Duma am 24. August 1914 gesprochen hat. „Die Frage war erledigt. Paléologue teilte diese Unterredung Briand in einem vertraulichen Schreiben mit. Diese, von der russischen Regierung unterschlagene vertrauliche Mitteilung wurde für Sasanow kopiert. Was die russisch-polnischen Beziehungen betrifft, so blieben sie in derselben Sackgasse stecken, aus welcher endlich Berlin sie herausführte"[145]). Und das war in der Tat das einzige positive Ergebnis der Proklamation vom 5. November 1916.

Teil III.

1. Die Lausanner Agentur.

„Wenn auch unser ententefreundliches Lager seine politischen Pläne von Anfang des Krieges an auf die Hoffnung baute, daß nach einer Niederlage Deutschlands und seiner Bundesgenossen Rußland nicht mehr allein, sondern ebenso auch Frankreich und England Einfluß auf die Lösung der polnischen Frage haben würden, so setzten wir doch mit der Entwicklung der Ereignisse um so entschiedener auf die Karte der westlichen verbündeten Mächte, je mehr die russische militärische Macht zerbrach und je mehr sich das Gesicht Rußlands in der polnischen Frage enthüllte, nämlich seine grundsätzliche Forderung, unter Ausschluß der Westmächte über das Schicksal Polens allein zu entscheiden“[146]). Diese von Seyda hier in großen Zügen umrissene Aufgabe der passivistischen Kreise war nach der Proklamation vom 5. November 1916 um so dringender geworden, als zu befürchten war, daß der Schritt der Zentralmächte auf die Stimmung der Polen im Lande nicht ohne Eindruck bleiben und sie zu Gunsten dieser Mächte beeinflussen könnte. Die Aufgabe, vor welche man sich jetzt gestellt sah, war also eine doppelte, man mußte mit allen Mitteln dahin arbeiten, eine solche Stimmung im Lande nicht aufkommen zu lassen, sondern die Polen in der Heimat davon zu überzeugen, daß die in der Proklamation der Zentralmächte in Aussicht gestellte Lösung nur eine Teillösung, und darum ungenügend sei, und man mußte ebenso versuchen, nachdem nun endlich durch den Akt vom 5. November die Zukunft Polens zu einer internationalen Frage geworden war, auch den alliierten Mächten die Bedeutung eines neuen polnischen Staates für die gesamte europäische Politik klar zu machen und ihnen zu zeigen, daß man nach wie vor eine endgültige Lösung nur von den Alliierten erwarte.

Die Grundlagen für eine solche propagandistische Arbeit waren bereits vorhanden, es kam jetzt nur darauf an, sie auszubauen und nutzbar zu machen. Im Januar 1915 war in Vevey unter dem Ehrenvorsitz von Sienkiewicz und Paderewski das „Hilfskomité für die Opfer des Krieges in Polen“ gegründet worden, das zwar völlig über den Parteien stehen sollte, das aber seine unpolitische Stellung nicht lange wahren konnte, sondern immer mehr unter den Einfluß der ententefreundlichen Kreise geriet, denn „wenn es Paderewski darauf ankam, Gaben zu erhalten und in Paris und London Organisationen zur Unterstützung des durch den Krieg vernichteten Polen zu schaffen, dann mußte er sich nicht nur als Freund Frankreichs und Englands bekennen und auf ihrer Seite stehen, sondern er mußte auch die Unterstützung des russischen Botschafters gewinnen, denn diese Bedingung hatten die Regierungen der Alliierten gestellt. So war der Vorsitzende des Komités in Paris, das für die Unterstützung

Polens arbeitete, zwar der frühere Präsident der Republik, Loubet, aber sein Stellvertreter war der russische Botschafter Iswolski“[147]).

Fast gleichzeitig mit dieser Wohltätigkeitsorganisation war Anfang 1915 eine andere mit mehr politischem Charakter entstanden, die „Wydawnictwo Polskich Encyklopedyi“ (Herausgabe polnischer Enzyklopädien), die ihren Sitz zunächst in Lausanne hatte, später jedoch nach Freiburg übersiedelte und unter der Leitung des polnischen Publizisten Erasmus Piltz stand. Sie gab im Jahre 1916 die „Petite encyclopédie polonaise“ heraus, die statistische Angaben über die geschichtliche, politische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung und Lage der Polen in den einzelnen Teilgebieten enthielt und von welcher etwa 2000 Exemplare an alle bekannten Politiker, Staatsmänner, Abgeordnete, Gelehrte und Schriftleiter in Frankreich, England, Italien und der Schweiz geschickt wurden. Die wichtigste Aufgabe sah man aber von Anfang an darin, eine besondere Pressezentrale für polnische politische Propaganda zu errichten, weil die kurz vor dem Krieg in Paris und Rom von der nationaldemokratischen Lemberger Zentrale gegründeten Presseagenturen den Bedürfnissen nicht mehr genügten. So entstand im September 1915 in Lausanne die „Agence polonaise centrale“, deren Aufgabe es sein sollte, die europäische Presse unparteiisch über die polnische Frage und über die laufenden Ereignisse in den drei Teilgebieten zu unterrichten. Diese Lausanner Agentur stand unter der Leitung von Piltz und M. Seyda, dem früheren Schriftleiter des Posener nationaldemokratischen Kurjer Poznański, damit aber war auch die politische Linie für die von der Agentur herausgegebenen „Informations et documents“ von Anfang an klar gezeichnet. Zwar wurden, um den unparteiischen Charakter zu betonen, Vertreter der verschiedenen politischen Richtungen in den Vorstand gewählt, doch zeigte es sich bald, daß die Agentur völlig im Fahrwasser der Entente segelte. Die Opposition, welche für eine österreichische Lösung der polnischen Frage eintrat, verließ deshalb Anfang 1916 die Organisation und gründete ein neues Blatt, den „Przegląd Polski“ in Freiburg. Bald bildete sich noch eine dritte Richtung, die weder aktivistisch noch passivistisch gerichtet sein wollte und sich um den von Askenazy herausgegebenen „Moniteur Polonais“ sammelte, so daß schließlich der neutrale Boden der Schweiz der Tummelplatz für dieselben Parteikämpfe wurde, die sich im Lande selbst abspielten.

Neben der Lausanner Presseagentur bildete sich im November 1915, ebenfalls in Lausanne, eine rein politische Vereinigung, das „Koło polityczne“, das sich sofort an das Warschauer polnische Nationalkomité wendete und darum bat, daß Dmowski nach der Schweiz komme und die politische Führung übernehme. Dieser war inzwischen mit einer Anzahl Gleichgesinnter kurz vor der Einnahme Warschaus durch die Deutschen nach Petersburg übergesiedelt, und es war ihm

gelungen, mit Hilfe des Grafen Zamoyski, der im russischen Hauptquartier die Stelle eines Adjutanten bekleidete, ohne Wissen der Regierung auf Veranlassung des Kaisers einen Paß vom Großen Hauptquartier zu erhalten, so daß er Anfang 1916 Rußland in Begleitung des Grafen Plater verlassen konnte. Er nahm seinen dauernden Aufenthalt jedoch nicht in der Schweiz, sondern hielt sich dort, sowie in Paris, nur vorübergehend auf und blieb dann in London, nicht nur, „weil London ihm größere politische Bewegungsfreiheit zu bieten schien, als Paris, wo man in der polnischen Frage nach wie vor von Rußland abhängig war, sondern auch deshalb, weil der bisherige Verlauf der Dinge gezeigt hatte, daß bei der Regelung der politischen Verhältnisse Europas nach dem Kriege England eine wichtige Rolle spielen werde und weil gerade die englischen Staatsmänner sich durch eine besondere Unkenntnis über die polnische Frage auszeichneten“[148]).

Auf einer vom 7.—12. Februar 1916 in Lausanne sattfindenden Tagung, auf welcher der eben aus Petersburg angekommene Dmowski über die Lage im Lande Bericht erstattete, wurden die Richtlinien für die zukünftige Arbeit festgelegt. Ausgangspunkt der Verhandlungen dieser Tagung war der Gedanke, daß die polnische Frage infolge des deutsch-russischen Krieges auf die Tagesordnung der internationalen Politik gekommen sei und daß also das polnische Interesse unbedingt eine Niederlage Deutschlands erfordere, weil die deutschen Lebensinteressen eine Unterjochung und Entnationalisierung der von Alters her polnischen Gebiete verlangen und deshalb mit den polnischen Interessen in unlösbarem Widerspruch stehen. Eine völlige Niederlage Deutschlands sei aber auch deshalb notwendig, weil nur in diesem Fall an eine Vereinigung sämtlicher polnischer Gebiete gedacht werden könne und weil die Entscheidung über das zukünftige Schicksal Polens dann nicht mehr von Rußland allein, sondern auch von den übrigen Alliierten Mächten abhängen werde, deren politische Interessen nicht eine Unterjochung Polens, sondern die Bildung eines unabhängigen und starken polnischen Staates erfordern. Von diesen grundsätzlichen Erwägungen aus wurden die Richtlinien für das Verhalten der Polen festgelegt.

In den Staaten der Entente müßten die Polen versuchen, noch während des Krieges eine Lösung der polnischen Frage in dem Sinne herbeizuführen, daß man Garantien für die Errichtung eines selbständigen polnischen Staates erhalte, und zwar in solchen Grenzen, welche seine Existenz sichern, gleichzeitig aber müsse diesem neuen Staat durch eine internationale Vereinbarung die militärische und wirtschaftliche Anlehnung an die alliierten Mächte ermöglicht werden. Eine weitere Aufgabe der polnischen Politik in den Staaten der Entente sei es, gute Beziehungen zwischen Rußland und Polen

zu erhalten, um den Russen das Festhalten an ihrem deutschfeindlichen Standpunkt zu erleichtern, besonders wichtig aber sei es, Vorkehrungen zu treffen, daß Deutschland nicht etwa seine Absicht verwirkliche und das Königreich wieder an Rußland abtrete.

Was die polnische Politik in den einzelnen Teilgebieten betrifft, so dürften die dortigen Polen sich in keinem Fall für die Politik der Teilungsmächte einsetzen, sie müßten sich deshalb aller Kundgebungen zu Gunsten der Zentralmächte enthalten und sich vor allem nicht mit der politischen Tätigkeit des Krakauer Obersten Komités verbinden. In den besetzten Gebieten müsse die polnische Politik dahin gehen, von den Besatzungsmächten ein möglichst großes Maß an Erleichterungen zu erhalten, sonst aber strengste Zurückhaltung zu üben und sich in keinem Fall etwa gegen die Entente einfangen zu lassen[149]).

Diese Richtlinien wurden durch eine Anzahl von Sendboten in den verschiedenen Teilgebieten verbreitet und durch deren Vermittlung war die Agentur auch immer in der Lage, sich über die Dinge im Lande selbst zu unterrichten und Weisungen zu erteilen. Unter diesen politischen Sendboten waren die Polen des preußischen Teilgebiets besonders stark vertreten, interessant ist dabei die Tatsache, daß die Mehrzahl dieser politischen Sendboten Frauen und Geistliche waren. In den Besprechungen, die in ziemlich regelmäßigen Zwischenräumen mit diesen Frauen und Männern an verschiedenen Orten stattfanden, (Interlaken, Gunten, Solothurn, Caux und Lausanne), wurden alle Einzelheiten besprochen, dabei wurde den Vertretern des preußischen Teilgebiets immer wieder die Weisung gegeben, „daß die polnischen Abgeordneten in Berlin sich während der gegenwärtigen Lage noch nicht öffentlich gegen Preußen und das Reich festlegten, daß sie aber immer den Zeitpunkt im Auge behalten müßten, an welchem sie sich nicht mehr auf eine Kritik des polenfeindlichen Systems allein beschränken dürften, dessen man sich im preußischen Teilgebiet nach wie vor bediene, sondern an welchem sie offen mit der Forderung nach der völligen Befreiung dieses Gebiets auftreten müßten“[150]).

Aber auch das Krakauer Oberste Komité entwickelte in der Schweiz und von dort aus auch in den Ländern der Entente eine lebhafte Tätigkeit. Anfang 1916 war Professor Rostworowski nach der Schweiz gekommen und hatte in Bern ein besonderes Pressebüro eröffnet sowie eine eigene Zeitschrift, die „Kronika Polska“ erscheinen lassen, welche für die österreichische Lösung eintrat. Auch in Paris hatte das Krakauer Komité eine größere Anzahl von Parteigängern, denen es gelang, einen Vortrag Dmowski's in der Sorbonne zu stören und unmöglich zu machen, und in London besaß es sogar einen einflußreichen Vertrauensmann im Foreign

Office in der Person des galizischen Juden Bernstein, der dort die Stelle eines Pressereferenten für die polnische Presse bekleidete, sich aber in dieser Eigenschaft Louis Namier nannte. In engen Beziehungen zu der Presseagentur Rostworowski's stand die Gesellschaft „La Pologne et la guerre", die in Lausanne eine eigene Lesehalle, das sogenannte „Dom Polski" eingerichtet hatte und eine besondere Zeitschrift, den „L'aigle blanc" herausgab. In demselben Geist arbeitete in Paris das „Komitet Wolnej Polski" (Komité für ein freies Polen), das in besonders scharfem Gegensatz zu der passivistischen Lausanner Agentur stand, weil es für seine Mitglieder, die eifrige Anhänger der Ideen der alten Emigranten waren, undenkbar erschien, daß man als Pole mit dem zaristischen Rußland paktieren könne. So begannen auch hier, genau wie einst in den Kreisen der Emigration, bald erbitterte Kämpfe, in welche schließlich auch noch der bereits erwähnte Askenazy mit einer anonymen Broschüre „Uwagi" eingriff, die allerdings in allen drei Teilgebieten sofort beschlagnahmt wurde. Eine gefährliche Wendung für die Lausanner Agentur nahm dieser Bruderkampf an, als es dem Berner Pressebüro und seinen Anhängern gelang, die Polen in den Vereinigten Staaten auf ihre Seite zu ziehen und als diese plötzlich die Zuschüsse sperrten, welche sie so lange gegeben hatten. Dieser Schlag aber war gerade damals besonders empfindlich, weil die Polen des preußischen Teilgebiets, die während der ersten Monate die Agentur fast ganz aus ihren Mitteln unterhalten hatten, in Folge der wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Deutschland dazu nicht mehr in der Lage waren. So wurde denn ein besonderer Abgesandter nach den Vereinigten Staaten geschickt, dem es nach vieler Mühe gelang, die gesperrten Zuschüsse wieder flüssig zu machen; allerdings mußte der wegen seiner russenfreundlichen Einstellung besonders verdächtige Piltz von der Stellung eines Generalsekretärs der Agentur zurücktreten, und an seine Stelle trat Seyda, während Piltz als politischer Agent nach Paris ging.

Wenn so die Lausanner Agentur bei ihren Bemühungen, Einfluß auf die politische Haltung ihrer Landsleute in der Heimat zu gewinnen, immerhin einzelne Erfolge hatte, dann waren ihre ersten diplomatischen Versuche auf dem Gebiet der Außenpolitik Fehlschläge. Piltz hatte im April 1916 Briand eine kurze Denkschrift überreicht, in welcher er die Notwendigkeit betonte, daß die Alliierten Mächte endlich ihr Schweigen in der polnischen Frage aufgeben und ihren festen Willen bekunden müßten, zusammen mit Rußland ein vereinigtes und freies Polen wieder aufzubauen. Man hatte gerade diesen Zeitpunkt für besonders günstig gehalten, weil man wußte, daß die beiden Minister Viviani und Albert Thomas nach Petersburg reisen sollten, um Rußland zu irgend einer deutlichen

Erklärung in der polnischen Frage zu veranlassen. Wir kennen den vollen Mißerfolg dieser Mission, und Briand gab denn auch seiner Enttäuschung darüber in seiner Antwort an Piltz sehr deutlich Ausdruck. Ebenso ergebnislos verlief ein Versuch, den Dmowski bei seiner Anwesenheit in Paris zu derselben Zeit bei Iswolski unternahm, als die politische und militärische Lage für die Alliierten sich immer schwieriger gestaltete und als man fürchtete, daß infolge des völligen Versagens Rußlands die kleinen mitteleuropäischen Staaten anfangen könnten, mißtrauisch zu werden. Dmowski überreichte deshalb dem russischen Botschafter ebenfalls eine Denkschrift, in welcher er, gerade so, wie Piltz, die Notwendigkeit eines sofortigen Schrittes der Alliierten in der polnischen Frage betonte, weil das Beispiel Bulgariens zeige, wohin eine weitere Politik des Abwartens auf der Seite der Entente führen könne. Ein solcher Schritt, der Polen wieder seinen Platz unter den europäischen Völkern anweise, würde auch die übrigen Nationen Mitteleuropas und des Balkans wieder mit dem Glauben an Rußland erfüllen, er würde der ganzen Welt zeigen, daß das Ziel der Alliierten in dem gegenwärtigen Krieg wirklich die Freiheit und Unabhängigkeit der Völker sei, während Deutschland nur über die Völker Europas herrschen wolle. Bald darauf erhielt Dmowski von dem Londoner russischen Botschafter die Mitteilung, daß seine Denkschrift in Rußland sehr unfreundlich aufgenommen worden sei[151]).

Nachdem die ersten Versuche, die Allierten zu einer eindeutigen Verpflichtung in der polnischen Frage zu bewegen, gescheitert waren, wurde das Ziel etwas zurückgesteckt und die Bemühungen gingen jetzt dahin, die Entente wenigstens zu einer Erklärung zu veranlassen, daß sie bereit sei, um die von Rußland bei Beginn des Krieges erhobene Forderung nach einer Vereinigung aller polnischen Landesteile unter russischer Oberhoheit zu verwirklichen, sich zu verpflichten, die Waffen nicht früher niederzulegen, als bis dies Ziel erreicht sei, oder, wie Seyda es ausdrückt, man wollte England, Frankreich und Italien dahin bringen, ihr politisches Giro unter den von Rußland ausgestellten polnischen Wechsel zu setzen. Auch hier hatte die Agentur einen vollen Mißerfolg zu verzeichnen, Rußland lehnte jede Einmischung der Verbündeten in seine innenpolitischen Verhältnisse ab, die Alliierten aber fühlten sich nicht stark genug, um zu Gunsten Polens auch nur eine Art Konvention nach dem Muster der belgischen Konvention zu schließen. So war die politische Arbeit der Lausanner Agentur im Sommer 1916 tatsächlich auf dem toten Punkt angelangt, und darum begrüßte man gerade in diesen Kreisen die Proklamation der Zentralmächte mit um so größerer Genugtuung, denn sie brachte wieder neues Wasser auf die Mühlen der deutschfeindlichen Agitation und mit Befriedigung konnte Dmowski feststellen: „Uns dagegen leistete der Akt vom

5. November in unseren Beziehungen zu den Westmächten große Dienste. Er trug mehr als sonst etwas dazu bei, die europäische Politik über die internationale Bedeutung der polnischen Frage zu belehren, er war für sie ein starker Auftrieb,sich ernsthaft mit ihr zu beschäftigen. Er stärkte unsere Stellung im Westen erheblich, man gewann die Überzeugung, daß wir Recht hatten, als wir die Westmächte warnten, und man verstand jetzt, daß das Verhalten der Polen gegenüber Deutschland von unserer Haltung und von den Weisungen abhing, die wir dem Lande gaben. Zum ersten Mal hatten wir das Gefühl, daß wir für die Westmächte nicht nur Informatoren, sondern Vertreter irgendeiner Macht seien, mit welcher man anfing zu rechnen. Man wußte, daß wir den Alliierten nichts von Polen geben konnten, aber man sah jetzt in uns Leute, die Polen davon zurückhalten konnten, den Deutschen Soldaten zu geben. So erlitten die Deutschen bei allem, was sie taten, um die polnische Frage auszuspielen, nur Fehlschläge und, anstatt für sich zu arbeiten, arbeiteten sie für uns. Sic vos, non vobis!"[152]).

Dieses gehobene Selbstbewußtsein und diese gesteigerte Aktivität kamen in der sog. Lausanner Erklärung vom 11. November 1916 zum Ausdruck, durch welche man den Alliierten gleichzeitig zeigen wollte, daß man nach wie vor jede Gemeinschaft mit den Zentralmächten ablehne. Die Erklärung geht davon aus, daß es nur ein unteilbares Polen gebe und daß die polnischen Wünsche auch nur durch die Errichtung eines solchen Staates befriedigt werden könnten. Durch die Gründung eines Königreichs innerhalb des einen Teilgebiets hätten die Zentralmächte nur die Teilungen Polens wiederholt und einen polnischen Kleinstaat geschaffen, der nur ein Werkzeug in ihrer Hand sein solle, sie hätten für diesen Staat auch keinerlei Verpflichtungen übernommen, sondern nur seine politische und militärische Abhängigkeit betont. Der Akt vom 5. November bedeute also eine neue polnische Niederlage. So hatte die, den Zentralmächten feindliche polnische Front eine neue Organisation im Ausland gefunden, die in enger Anlehnung an die Alliierten arbeitete und sich allmählich immer stärker in den Vordergrund des politischen Kampfes um die Zukunft Polens schob.

2. Der Eindruck der Proklamation.

„Wer annahm, daß die Proklamation eines unabhängigen Polen und seine Einreihung in den Kreis der europäischen Mächte von allen Polen mit einem einzigen Schrei des Triumphes begrüßt werden würde, der irrte sich. Das seit Beginn des Krieges in zwei Lager getrennte polnische Volk bewahrte diese Trennung auch gegenüber dem Manifest über die Unabhängigkeit Polens. In den Tagen unmittelbar nach der Proklamierung zeigte sich eine Menge von Kundgebungen und Erklärungen der polnischen politischen Parteien,

Körperschaften und Institutionen. Die einen drückten ihre Freude über die Verkündung der Unabhängigkeit aus, trotzdem das Manifest eine Vereinigung der polnischen Länder nicht versprach, die anderen wendeten sich gegen diese Verkündung, eben weil die Vereinigung nicht versprochen war. Diese beiden Leitgedanken, die mit der höchsten Begeisterung und mit Dankgebeten an Gott begannen, durchliefen eine ganze Stufenleiter von Empfindungen, bis sie schließlich alle in Protest und beißendem Hohn endigten"[153]). Eins aber war allen diesen Protesten gemeinsam, keiner von ihnen erwähnte auch nur mit einem Wort noch die von Rußland in Aussicht gestellte Autonomie, alle hatten sich vielmehr überraschend schnell in die neue Lage gefunden und nahmen die in dem Manifest verheißene Bildung eines unabhängigen polnischen Staates als selbstverständlich hin, alle aber stellten auch sofort neue Forderungen.

An demselben Tag, an welchem die Proklamation erfolgt war, trat das Warschauer Zentralkomité der vereinigten Unabhängigkeitsparteien mit den Forderungen nach einem Sejm, einer polnischen Regierung und einer von dieser Regierung gebildeten polnischen Armee auf, einige Tage später überreichte eine Abordnung Beseler die besonderen Wünsche des Komités. Sie verlangten außer der Bildung einer Regierung auch die sofortige Übertragung des größten Teils der gesamten Landesverwaltung an diese Regierung, sowie die Errichtung einer besonderen militärischen Abteilung unter dem Vorsitz Piłsudski's, in welche Männer berufen werden sollten, welche das allgemeine Vertrauen der Bevölkerung hätten und deren Aufgabe es sein sollte, sofort mit den Vorarbeiten für die Aufstellung eines national-polnischen Heeres zu beginnen[154]). Am 6. November präsentierte der rechte Flügel der sozialdemokratischen Partei seine Forderungen, denen sich am folgenden Tage auch die Filiale des Krakauer Obersten Komités, die Liga Państwowości anschloß, wobei beide darin einig waren, daß nur ein unter polnischer Führung stehendes Heer in Frage kommen könne, die Passivisten beharrten nach wie vor auf ihrem unbedingt ablehnenden Standpunkt und der linke Flügel der Sozialdemokraten erklärte die Proklamation überhaupt als ein Scheinmanöver der Zentralmächte, „um jetzt auch noch die schrecklichste aller Requisitionen, nämlich die Requisition von Menschen ungestört vornehmen zu können". Das war die Illustration zu den optimistischen Schilderungen Hutten-Czapski's, der denn auch selbst zugestehen muß, daß nur der äußere rechte Flügel der Aktivisten sich auf den Boden der Proklamation gestellt habe, „infolgedessen isolierte Studnicki sich und seinen Klub in kurzer Zeit"[155]).

War aber das Echo, welches die Proklamation selbst in Polen gefunden hatte, wenig verheißungsvoll gewesen, dann wurde die

Stimmung geradezu feindlich, als am 9. November der Aufruf der beiden Generalgouverneure erschien, in welchem sie zur Meldung von Freiwilligen für das neue polnische Heer aufforderten. Hier gab es nur die eine Antwort, daß über das Blut polnischer Soldaten nur eine polnische Regierung verfügen dürfe, die den Auftrag dazu von einem polnischen Sejm erhalten habe. Es begann also sofort jenes „Zug um Zug-Spiel", wie wir es im weiteren Verlauf immer wieder beobachten, und Bobrzyński zeichnet die damalige Lage durchaus richtig, wenn er schreibt: „Angeblich nahmen die Polen das deutsche Anerbieten, ein polnisches Heer aufzustellen, deshalb nicht an, weil die Deutschen sich vorher nicht mit der Bildung einer polnischen Regierung einverstanden erklärt und dieser die Gewalt übergeben hätten. Aber selbst, wenn Deutschland und Österreich auf diese Bedingung eingegangen wären, war es sehr zweifelhaft, ob ihr Anerbieten von der Allgemeinheit angenommen worden wäre. Man kündigte schon jetzt weitere Bedingungen an, man forderte vor der Regierungsbildung einen Sejm, dadurch aber vertagte man die ganze Angelegenheit fristlos, denn während des Krieges konnte von der Vornahme von Wahlen zum Sejm selbstverständlich keine Rede sein. Die Mehrheit der polnischen Bevölkerung wollte das deutsche Anerbieten nicht annehmen, weil sie einen Staat nicht aus der Hand der Zentralmächte empfangen und nicht ein Heer aufstellen wollte, das an deren Seite kämpfte. Aus dieser Überzeugung machten die Passivisten keinen Hehl, die Linke wiederum fürchtete, sich vor der öffentlichen Meinung zu kompromittieren, wenn sie im Auftrag der Deutschen ihre Hand zur Aufstellung eines Heeres biete, sie wollte sich deshalb lieber in die Geheimorganisation der P. O. W. verschließen. Die Liga Państwowców (Studnicki), welche das tat, besaß überhaupt keinen Einfluß"[158]).

Unter dem Eindruck dieser teils feindlichen, teils passiven Haltung der polnischen Öffentlichkeit tat Beseler den übereilten Schritt, von sich aus, ohne vorher mit Wien in Verbindung zu treten, am 12. November über die Bildung eines Einstweiligen Staatsrats und eines Sejm eine Verordnung zu erlassen, die zwar niemals in Kraft getreten ist, die aber um so größeren Schaden angerichtet hat, denn sie zeigte den Polen nicht nur die starke Spannung, die zwischen den beiden Zentralmächten in der polnischen Frage bestand, sondern die Eile, mit welcher sie erlassen war, bestärkte nur den polnischen Argwohn, daß die ganze Proklamation das Mittel zu dem Zweck gewesen sei, so schnell wie möglich polnische Soldaten zu erhalten. „In diesem Erlaß behandelte Beseler das Lubliner Generalgouvernement als quantité négligéable, das Königreich Polen aber als Provinz des deutschen Reiches, welcher man eine beschränkte provinzielle Selbstverwaltung gibt. Deshalb nahm auch die gesamte polnische Bevölkerung ihm gegenüber eine

ablehnende Haltung ein und dem Warschauer Generalgouverneur blieb nichts anderes übrig, als sich mit dieser Tatsache abzufinden. Schon Ende November konnten die Zeitungen mitteilen, daß der Erlaß vom 12. November im Sinn der polnischen Wünsche geändert werden würde“[157]).

Auch ein anderer Schritt erwies sich als schädlich, nämlich die Erlaubnis, welche er der P. O. W. erteilte, besondere Werbebüros einzurichten, denn es war vorauszusehen, daß diese Stellen Freiwillige für ein von den Deutschen in Aussicht genommenes polnisches Heer niemals werben, sondern daß sie ausschließlich für die Verstärkung ihrer eigenen Reihen arbeiten würden, um eine möglichst große Anzahl von Mannschaften für ein zukünftiges polnisches Heer unter Piłsudski's Führung bereit zu haben. Wie stark muß das Mißtrauen Beselers gegen die Legionen gewesen sein, wenn er sich dazu entschloß, derselben P. O. W. die Errichtung von Werbestellen zu überlassen, von welcher er, wie wir aus dem Bericht an Falkenhayn wissen, überzeugt war, daß sich in ihren Reihen „eine sehr große Anzahl politisch höchst unsicherer Elemente befinde.“ Solche Maßnahmen waren nicht geeignet, die ablehnende Haltung der Polen zu mildern, sie trugen im Gegenteil nur dazu bei, sie in dieser Haltung zu bestärken, denn „alle diese Dinge, die Schlag auf Schlag einander folgten, zeigten nur zu deutlich, daß der Zweck der Zentralmächte vor allen Dingen die Armee, der polnische Soldat war. Das polnische Volk begriff das denn auch sofort, und die Meinungsverschiedenheit unter den Parteien bestand nur darin, daß die große „passivistische“, oder wie man von jetzt ab sagen mußte, „nationale“ Mehrheit jeden Gedanken an ein Heer auf der Seite Deutschlands und Österreichs a priori verwarf, selbst dann, wenn dieses Heer nur gegen Rußland Verwendung finden sollte, während die „Aktivisten“ die Tatsache, daß die Besatzungsmächte offenbar eine polnische Armee zu bilden versuchten, als bequemen Ausgangspunkt betrachteten, um Zug um Zug politische Konzessionen zu erhalten“[158]).

„Die maßgebenden Faktoren in Österreich-Ungarn hatten die Empfindung, einen doppelten Verlust erlitten zu haben. Sie verloren nicht nur die Aussicht darauf, das Königreich mit Österreich zu vereinigen und die Monarchie um 12 Millionen polnischer Bevölkerung zu vergrößern, sondern sie verloren gleichzeitig auch die Anhänglichkeit, welche die galizischen Polen so lange Österreich gegenüber gezeigt hatten, denn es war vorauszusehen, daß die galizischen Polen immer nach dem unabhängigen polnischen Staat hinüberneigen würden und daß zu den verschiedenen nationalen Irredenten, welche die Monarchie beunruhigten, noch eine neue, polnische käme“[159]). In der Tat gingen die Wogen der Erregung

unter den polnischen Politikern Österreichs hoch. Als Biliński den Mitgliedern des polnischen parlamentarischen Klubs am 3. Oktober die Mitteilung machte, daß der Gedanke einer Vereinigung des Königreichs mit Galizien gefallen sei, wurde ein Mißtrauensvotum gegen Burian beschlossen, das allerdings wieder zurückgezogen wurde, nachdem man erfahren hatte, daß Galizien eine erweiterte Autonomie erhalten solle und nachdem der Kaiser in einem Handschreiben vom 4. November den österreichischen Ministerpräsidenten beauftragt hatte, sofort mit den erforderlichen Vorarbeiten zu beginnen. Wenn man in Österreich für diesen Akt die Form eines kaiserlichen Handschreibens gewählt hatte, so wollte man dadurch seine Wichtigkeit besonders hervorheben, zumal die eigentliche Proklamation nicht von den beiden Kaisern, sondern nur in ihrem Auftrage von den beiden Generalgouverneuren unterzeichnet war, ein Umstand, der von den Polen sofort argwöhnisch bemerkt und ausgewertet wurde. Jedenfalls legte sich die feindliche Stimmung bald wieder und, als sich der polnische Klub am 12. November wieder versammelte und Biliński bei dieser Gelegenheit dem Kaiser im Namen der Polen dankte, wurde seine Rede mit stürmischem Beifall aufgenommen. Man hatte sich mit der erweiterten Autonomie abgefunden und hoffte, daß auch die Lage der Polen in Preußen sich unter dem Eindruck eines benachbarten polnischen Staates günstiger gestalten und daß es schließlich doch noch gelingen werde, auch die Stimmung des Königreichs für Österreich und für eine Personalunion des neuen Staates mit der Habsburger Monarchie zu gewinnen.

Auf dieses Ziel hin arbeitete jetzt auch Burian mit allem Nachdruck, dazu aber erschien es ihm erforderlich, zunächst die Stellung der Deutschen innerhalb des Königreichs nach Möglichkeit zu untergraben und die Vorteile einer solchen Personalunion mit Österreich in um so hellerem Licht erscheinen zu lassen. Gerade über diese Arbeit des österreichischen Außenministers bringt Biliński interessante Einzelheiten, wenn er schreibt: „Jetzt beschloß Burian, in Warschau selbst eine Gegenaktion gegen die Deutschen zu unternehmen. Er ernannte also zum Vertreter der Monarchie in Warschau den Baron Konopka und gab ihm den dort schon bekannten Rosner zur Seite, man schickte auch irgend einen General dorthin und später, für die diplomatischen Angelegenheiten, den bisherigen Referenten im Ministerium, Ugron. Über allen diesen, teils fähigen, teils guten Männern waltete von jetzt an auf dem Warschauer Boden inoffiziell der bekannte Graf Tarnowski. Alle diese Agitatoren widmeten sicherlich ihre ganze Kraft und Arbeit dem Wohl Polens, aber die neue Formel Burians half ihnen dabei nicht viel, denn der österreichischen Diplomatie ging es in Wirklichkeit nicht darum, Polen gegen die Preußen zu schützen, sondern haupt-

sächlich darum, durch ihren Einfluß den deutschen Einfluß zu überflügeln, bei diesem Kampf aber schädigte man oft die Interessen Polens oder hemmte sie wenigstens“[160]). Ein anderes Urteil über die Bedeutung dieser „betriebsamen Wühlarbeit“ für die Polen fällt allerdings Filasiewicz: „Diese Dissonanz, dieser Konflikt der beiderseitigen Gelüste milderte sich erst, als der eine der beiden Konkurrenten, nämlich Österreich, infolge äußerer und innerer Schlappen sich seinem Partner auf Gnade und Ungnade ergeben mußte. Diese Dissonanz aber war es, welche lange Monate hindurch während der schwierigsten Verhältnisse des Okkupationsregiments die Politik der nationalen polnischen Mehrheit erleichterte, die alle ihre Hoffnungen auf die westlichen Demokratien gesetzt hatte. Gerade sie erleichterte ihre Politik oft mehr, als die tatsächlichen Schritte der Alliierten und Assoziierten Mächte und ergänzte auf diese Weise höchst wertvoll die so lange unentschiedene Haltung der Entente gegenüber Polen“[161]). Das ist in der Tat die richtige Wertung dieser vielleicht traurigsten Begleiterscheinung des deutsch-österreichischen Bündnisses während des Krieges.

Auch in Deutschland wurde die Proklamation mit sehr gemischten Gefühlen aufgenommen. Zum Teil stand die Bevölkerung dem Gedanken an einen neuen polnischen Staat stark skeptisch gegenüber, der größte Teil, besonders in Ostdeutschland, lehnte ihn jedoch entschieden ab, weil man hier auf Grund jahrelangen Zusammenlebens mit den Polen wußte, daß dadurch auf alle Fälle auch bei einem für Deutschland glücklichen Ausgang des Krieges, eine neue Gefahrenzone und ein neuer Herd von Unruhen für eine polnische Irredenta in der preußischen Ostmark entstehen würde. Daß solche Bedenken nicht unberechtigt waren, hatte schon die Reichstagsverhandlung am 31. Oktober gezeigt, bei welcher der Abgeordnete M. Seyda erklärte: „Die Polen des Deutschen Reiches bilden einen integrierenden Bestandteil der gesamten polnischen Nation, die mehr als 20 Millionen Seelen zählt, und wir haben in den Räumen dieses Hauses vor dem Krieg und während des Krieges wiederholt das Gefühl der nationalen Einheit aller Polen zum Ausdruck gebracht. Wenn man uns jetzt sagt, daß die Zentralmächte sich anschicken, die polnische Frage zu lösen, (die polnische Fraktion erhielt erst am 4. November von dem Inhalt der Proklamation offiziell Kenntnis), so wird man trotzdem nicht bestreiten können, daß auch wir, als ein Teil der polnischen Nation, lebhaft daran interessiert sind, in welcher Art diese Lösung erfolgen soll. Man kann nicht einen Teil der Nation allein dazu aufrufen, die polnische Frage zu lösen, ohne gleichzeitig nicht auch die anderen Teile zu berücksichtigen, wie wenn es für diese überhaupt keine polnische Frage gäbe.“ (Rückübersetzung aus dem Polnischen.) Diese Bedenken kamen auch in der Sitzung der Budgetkommission des Reichstages am 9. Novem-

ber 1916 zum Ausdruck, in welcher dem Kanzler von verschiedenen Rednern Vorwürfe gemacht wurden, daß er durch den Akt vom 5. November einen Sonderfrieden mit Rußland erschwert habe und gleichzeitig die Besorgnis vor den Rückwirkungen auf die Posener Polen ausgesprochen wurde. Die Antwort Bethmanns zeigte, wie unsicher er selbst in der Beurteilung der Lage war, als er erklärte, daß Deutschland vor die Frage gestellt war, ob es den Versuch wagen wolle, Polen in den Kreis der Mächte des europäischen Westens hineinzuziehen, oder ob es den Versuch scheue. „Werden die Polen dem Westen zurückgegeben, dann wird für uns eine Verteidigungslinie nach Osten hin geschaffen, deren Vorzüge militärisch, politisch und wirtschaftlich gegenüber dem früheren Zustand unschätzbar sind“[162]). (Rückübersetzung aus dem Polnischen).

Sehr deutlich aber zeigte sich diese skeptische und ablehnende Stimmung bei den Verhandlungen des Preußischen Abgeordnetenhauses am 20. November über den Antrag Heydebrand, in welchem die bestimmte Erwartung ausgesprochen wurde, daß bei der endgültigen Gestaltung der Verhältnisse des neuen polnischen Staates dauernd wirksame militärische, wirtschaftliche und allgemein politische Sicherungen für Deutschland geschaffen werden, — „das Haus der Abgeordneten“, so heißt es dann weiter, „behält sich die Stellungnahme zu etwaigen politischen Maßnahmen, welche die Interessen der polnisch sprechenden Preußen berühren, nach Maßgabe der weiteren Entwicklung der Verhältnisse durchaus vor, es erklärt aber schon heute jede Regelung der innenpolitischen Verhältnisse in den deutschen Ostmarken für unmöglich, welche geeignet wäre, den deutschen Charakter der mit dem preußischen Staat unlösbar verbundenen und für die Existenz sowie für die Stellung Preußens in Deutschland unentbehrlichen östlichen Provinzen irgend wie zu gefährden“. (Rückübersetzung aus dem Polnischen). In seiner Antwort auf die Begründung dieses Antrags sprach der preußische Innenminister v. Loebell die Hoffnung aus, daß die preußischen Staatsangehörigen polnischer Abkunft der Regierung ihre Aufgabe, die sie im Osten zu erfüllen habe, erleichtern werden, er stellte auch in Aussicht, daß die künftigen Beschlüsse der Regierung von Wohlwollen für die polnische Bevölkerung getragen sein würden, ließ aber keinen Zweifel darüber, „daß die überkommene und bisher erfüllte Aufgabe Preußens in naher und ferner Zukunft bestehen bleiben werde“. Die Polen protestierten gegen den Antrag, in welchem sie eine Provokation erblickten, weil er ihnen zeige, daß sich in der preußischen Polenpolitik auch in Zukunft nichts ändern werde, und der Abgeordnete Styczyński formulierte die Stellung seiner Landsleute dahin, daß die Polen niemals aufgehört hätten, das Gefühl ihrer nationalen Zusammengehörigkeit zu betonen und daß sie hofften, das in diesem Krieg vergossene

Blut werde dazu beitragen, daß die europäischen Völker das Lebensrecht aller Nationen anerkennen. Durch den Akt vom 5. November sei die polnische Frage wohl eine internationale geworden, die Befürchtungen der Polen aber seien dieselben geblieben, denn es sei unmöglich, nur einem der drei Teilgebiete die Freiheit zu geben und diese Freiheit in einem andern Teilgebiet in starkem Umfang zu beschränken. Damit war zum Ausdruck gebracht, daß die Polen in der Proklamation vom 5. November nur eine Anzahlung auf einen Wechsel sahen, den sie bei gegebener Gelegenheit zu präsentieren hofften.

In Rußland, das durch den Schritt der Zentralmächte nächst den Polen doch am meisten betroffen wurde, löste die Proklamation keine besondere Erregung aus, nur der englische und französische Botschafter hatten sofort mit Stuermer eine Besprechung und gaben am 7. November eine gemeinsame öffentliche Erklärung ab: „Der Akt, welchen die Deutschen eben proklamiert haben, zeigt, daß sie von den Polen verlangen, sich mit einem polnischen Staat zufrieden zu geben, der nur aus dem russischen Teilgebiet, also ohne Posen und Galizien gebildet ist. Andererseits wissen wir, daß die Alliierten es als ihre Aufgabe betrachten, den polnischen Staat in seiner Gesamtheit mit Einschluß von Posen und Galizien wieder herzustellen." Die Polen selbst protestierten am 14. November in der Duma gegen die Proklamation und betonten erneut die Notwendigkeit, daß Rußland und seine Verbündeten so schnell wie möglich ihren Entschluß verkündeten, die polnischen Gebiete zu vereinigen und aus ihnen einen autonomen polnischen Staat zu bilden, der neue russische Außenminister, Protopopow, beschränkte sich auf die Versicherung, daß die Regierung sich nach wie vor an das Manifest des Großfürsten und an die Erklärung Goremykin's gebunden fühle, und endlich, am 15. November, erschien der offizielle russische Protest, daß die Provinzen des Königreichs trotz der Proklamation nicht aufgehört hätten, einen integrierenden Bestandteil des russischen Kaiserreichs zu bilden und daß ihre Bewohner nach wie vor durch ihren dem Kaiser geleisteten Treueid gebunden wären. Gleichzeitig brachte die russische Presse eine Erklärung der Regierung, daß sie die Errichtung eines vereinigten polnischen Staates beabsichtige, der nach dem Krieg das Recht erhalten solle, sein nationales, kulturelles und wirtschaftliches Leben unter dem Zepter der russischen Kaiser und in unlösbarer Einheit mit dem russischen Reich auf der Grundlage einer Autonomie frei zu entwickeln[163]). An dieser, nach wie vor abwartenden Haltung Rußlands änderte sich auch nichts, als Stuermer zurücktrat. Am 2. Dezember 1916 erklärte der neue Ministerpräsident Trepow in der Duma es als die wichtigste Aufgabe, die verlorenen Gebiete wieder zurück zu erobern und dann „unseren Feinden die seit Jahrhunderten pol-

nischen Gebiete jenseits der Grenze zu entreißen, um ein freies Polen in seinen ethnographischen Grenzen und in unlösbarer Verbindung mit Rußland wieder herzustellen". Das Endergebnis war schließlich der Tagesbefehl des Zaren vom 25. Dezember 1916 an Heer und Flotte, in welchem außer dem Besitz von Konstantinopel auch ein freies Polen als Kriegsziel aufgestellt wurde, und der Ukas des Zaren vom 25. Januar 1917, in welchem die Bildung einer besonderen Kommission befohlen wurde, deren Aufgabe es sein sollte die Grundsätze für eine zukünftige Verfassung des polnischen Staates und sein Verhältnis zu Rußland aufzustellen.

In Paris, London und Rom nahm man die Proklamation mit geteilten Gefühlen auf, Seyda behauptet sogar, daß das Gefühl der Freude überwiegend gewesen sei, weil die Westmächte glaubten, jetzt einen russischen Sonderfrieden nicht mehr fürchten zu müssen und sich der Hoffnung hingaben, den russischen Verbündeten nunmehr wieder etwas fester an die Stange zu bekommen. „Diesem Ziel ordnete man alles andere unter, und deshalb wollte man Petersburg auch jetzt nicht in der polnischen Frage verärgern. Man ging in dieser Rücksicht sogar so weit, daß man seine Freude über das von Rußland erneut betonte Programm einer Autonomie offiziell ausdrückte"[164]). Es handelt sich um das Telegramm, das bei der üblichen interalliierten Besprechung in Paris am 16. November zwischen Briand und Asquith vereinbart worden war und in welchem die beiden Staatsmänner ihrer „aufrichtigen Freude über die hochherzige Initiative" Ausdruck gaben, mit welcher die russische Regierung jetzt wieder „zu Gunsten der Bevölkerung aller polnischen Gebiete" hervorgetreten sei und in welcher sie „ihren feierlichen und unerschütterlichen Entschluß kund gegeben habe, dieser Bevölkerung eine Autonomie zu geben". Diesem Ausdruck der Freude folgte die Versicherung, daß beide Mächte sich mit den Absichten der russischen Regierung solidarisch erklären, weil, nach ihrer Überzeugung, eine Wiedervereinigung des polnischen Volkes eine der wichtigsten Grundlagen für die Zukunft des europäischen Gleichgewichts sei. Am folgenden Tage schloß sich der italienische Ministerpräsident Boselli, der an der Pariser Besprechung nicht teilgenommen hatte, in einem Telegramm an Stuermer der Erklärung seiner Kollegen an, und am 18. November überreichten alle drei Regierungen den neutralen Staaten einen gemeinsamen Protest gegen die Verletzung des internationalen Rechts durch Deutschland und Österreich, ohne dabei Polen überhaupt zu erwähnen.

Wie schwierig gerade die Lage der französischen Regierung durch die Haltung des russischen Verbündeten in der polnischen Frage geworden war, zeigt das Telegramm Iswolski's, in welchem er erklärt, daß er machtlos sei und daß von einem Verbot an die

französische Presse, irgend etwas über die polnische Frage zu schreiben, keine Rede mehr sein könne, deshalb „suchte das Telegramm, welches Briand und Asquith an Stuermer schickten, den schlechten Eindruck, den die amtliche Kundgebung der russischen Regierung machen mußte, zu mildern. In ihm fand sich nämlich der Satz: „Wir sind aufrichtig erfreut über die edle Initiative, welche die Regierung der russischen Monarchie zu Gunsten eines Volkes ergriffen hat, mit welchem uns alte Sympathien verbinden und dessen erneute Vereinigung einen wichtigen Bestandteil des zukünftigen europäischen Gleichgewichts bilden wird." Das Telegramm war also eine Reaktion nicht auf den Akt vom 5. November, sondern auf die amtliche Mitteilung kurz vor dem Beginn der interalliierten Konferenz am 15. November. Formell erklärte sich das Telegramm, um den Schein zu wahren, zwar mit Rußland solidarisch, aber es spricht von Polen, als von einem wichtigen Bestandteil des zukünftigen europäischen Gleichgewichts, erkennt ihm also eine Rolle zu, die nur ein unabhängiger Staat spielen kann. Den Urhebern des Telegramms lag an der sofortigen Neutralisierung des Eindrucks, welchen die Kundgebung der Regierung Stuermer machen mußte, deshalb schickten sie das Telegramm auch am Tage nach der Bekanntgabe der russischen Erklärung ab, ohne abzuwarten, daß sich der italienische Premierminister anschließe"[165]).

So hatte es sich schnell gezeigt, von welchen irrigen Voraussetzungen man ausgegangen war, als man geglaubt hatte, die Polen dadurch zu gewinnen, daß man ihnen einen polnischen Staat versprach, ohne die Möglichkeit zu haben, das Versprechen auch in naher Zeit erfüllen zu können oder wenigstens über die Grenzen dieses zukünftigen Staates etwas Positives zu sagen. „Die Grenzen des verheißenen Königreichs Polen sind in der Proklamation teils positiv, teils negativ angegeben. Positiv bestimmt die Proklamation die Ausdehnung des polnischen Staates innerhalb der Grenzen derjenigen Gebiete, welche die Heere der Zentralmächte „unter schweren Opfern von der russischen Herrschaft befreit haben." Damit war klar, daß dieser Staat nur die polnischen Länder innerhalb des früheren russischen Teilgebiets umfassen sollte, — eine Folge davon war das Handschreiben des österreichischen Kaisers in der Frage der Autonomie Galiziens. Dagegen war es ungewiß, was man unter dem von russischer Herrschaft befreiten Gebiet verstehen sollte, zumal die Proklamation die genaue Festsetzung der Grenzen des Königreichs einer späteren Zeit vorbehielt. Diese Unklarheit oder Ungewißheit konnte sich auf die östlichen, jenseits der Grenzen des eigentlichen Königreichs liegenden Gebiete beziehen, sie konnte aber auch die Absichten einer sogenannten Korrektur oder Regulierung der Grenzen des Königreichs nach Westen hin, besonders in

dem Kohlenrevier in sich bergen. Der Kanzler v. Betnmann-Hollweg gab in seiner Antwort auf die ihm am 28. Oktober 1916 durch die polnische Deputation überreichte Denkschrift folgende Erläuterung: „So lange der Krieg wütet, der alle Lebensverhältnisse in seinen Bannkreis zieht, können die Grenzen dieses Staates nicht bestimmt werden." Aus diesen und anderen Gründen nahm man die Proklamation in dem alten Königreich mit Mißtrauen auf, ebenso die wenige Tage nach der Proklamation erfolgte Kundgebung der beiden Generalgouverneure über die Meldung von Freiwilligen zum Dienst mit der Waffe"[166]).

3. Die Auswirkungen der Proklamation.

In dem politischen Kampf, der jetzt begann und in welchem es für die Polen darauf ankam, eine möglichst schnelle und restlose Erfüllung der ihnen gegebenen Zusicherungen zu erhalten, war Beseler von Anfang an dadurch im Nachteil, daß die Polen schließlich auch warten konnten, während er durch die Oberste Heeresleitung und durch die schwierige militärische Lage Deutschlands gedrängt wurde. Dazu kam eine weitere, ungleich größere Schwierigkeit, nämlich die Frage, welche militärischen Abteilungen die Grundformationen für das neue polnische Heer bilden sollten. Gegen die Legionen, die als solche zunächst in Frage kamen, war er, wie wir wissen, von einem tiefen und berechtigten Mißtrauen erfüllt, nicht nur aus dem Grunde, weil er in ihnen ein politisches Werkzeug in der Hand Österreichs erblickte, sondern auch deshalb, weil er wußte, daß der Geist, welcher die erste und dritte Brigade beseelte, ein ausgesprochen deutschfeindlicher war und daß für die Angehörigen dieser beiden Formationen nur ein völlig unabhängiges Polen mit einer polnischen Regierung und einer polnischen Armee unter der Führung Piłsudski's in Frage kam. Und doch mußte er auch hier nachgeben, wenn die ganze Angelegenheit nicht schon in den ersten Anfängen stecken bleiben sollte. So erließen denn beide Generalgouverneure am 15. November eine neue Kundgebung mit der beruhigenden Versicherung, daß die Vereinigung des polnischen Heeres mit dem deutschen und unter deutscher Führung nur eine durch den Krieg bedingte und vorübergehende Maßnahme sei, ohne jedoch damit irgend eine Wirkung zu erzielen. Am 18. November erschien deshalb eine neue Veröffentlichung, daß die Deutschen bei der Ausbildung und Aufstellung des neuen polnischen Heeres sich österreichisch-ungarischer Offiziere bedienen würden und daß die Kader der neuen Heeresformationen von den Legionen gebildet werden sollten, welche der österreichische Kaiser der polnischen Armee überweisen würde. Im Zusammenhang damit genehmigte Beseler den Antrag des Kommandos der Legionen, daß diese offi-

ziell als Grundformation anerkannt würden, daß die Werbung durch Legionsoffiziere geschehen solle und daß die Legionen zu diesem Zweck aus Baranowicze zurückgezogen und auf Warschau und andere Städte des Königreichs verteilt werden sollten. Zum Kommandeur der Legionen wurde der galizische Pole, Graf Szeptycki, ernannt. Gerade das also, was Beseler hatte vermeiden wollen, war eingetreten, damit aber war auch von Anfang an eine völlig unhaltbare Lage geschaffen worden. Ein polnisches Heer sollte aufgestellt werden, die Grundbestandteile dieses polnischen Heeres waren die in österreichischer Hand befindlichen Legionen, dieses Zwittergebilde sollte unter deutscher Führung stehen und die ausbildenden Offiziere sollten der österreichisch-ungarischen Armee entnommen werden. Man hoffte zwar, daß Österreich die Legionen in kurzer Zeit der neuen polnischen Armee ganz überweisen würde, daran dachte man jedoch in Österreich zunächst nicht, und es bedurfte erst eines sehr nachhaltigen Druckes, ehe Karl von Österreich am 10. April 1917 die Legionen endlich an Beseler überwies.

Am 1. Dezember rückte das dritte Legionen-Regiment in Warschau ein, es wurde durch General v. Etzdorff beim Einmarsch in die Stadt und von Beseler auf dem Sächsischen Platz begrüßt, von der Warschauer Bevölkerung dagegen mit einer bemerkenswerten Zurückhaltung empfangen, nicht nur deshalb, weil man gehofft hatte, daß die erste Brigade nach der polnischen Hauptstadt kommen würde sondern auch deshalb, weil das dritte Regiment unter dem Kommando Sikorski's stand. Immerhin schienen damit alle Vorbedingungen erfüllt, und die eigentliche Werbung konnte beginnen.

Durfte Beseler auf Erfolg rechnen? Eine von den Besatzungsbehörden am 10. Oktober 1916 vorgenommene Volkszählung hatte ergeben, daß im Königreich Polen 1 409 374 Männer im Alter von 16—45 Jahren vorhanden waren, die objektiven Voraussetzungen für eine erfolgreiche Werbung waren also vorhanden, ob aber auch die subjektiven Voraussetzungen innerhalb der Bevölkerung gegeben waren, das konnte Beseler nur nach dem beurteilen, was seine polnischen Vertrauensmänner ihm über diese Stimmung im Lande berichtet hatten. Am 2. September 1916 hatte Hutten-Czapski an Chelius über diese Stimmung folgendes geschrieben: „Diese Maßregel, (nämlich die Proklamierung eines polnischen Staates), würde wohl alle Polen, die unter russischer Herrschaft gelebt und gelitten haben, von der Lauterkeit unserer Absichten überzeugen und auf unsere Seite ziehen. Ferner würde sie die Möglichkeit bieten, die Wehrkraft des Landes in einem erheblichen Maße auszunutzen. Eine wirkliche Aushebung hätte allerdings große Bedenken, wie die Erfahrungen des Januars 1863 zeigen, da diejenigen Leute, welche überhaupt nicht Soldat werden wollen und sich zur russischen Zeit

durch Bestechung der Bezirksfeldwebel frei machen konnten, einen passiven Widerstand leisten würden, dessen Beseitigung die Gesinnung des Landes beeinträchtigen müßte. Hingegen nehmen die mit den Verhältnisen des Landes genau bekannten Persönlichkeiten an, daß durch freiwilligen Eintritt eine ansehnliche Armee von tüchtigen und willigen Soldaten sehr schnell gebildet werden könnte[167]).

Ein anderer Gewährsmann, auf dessen Urteil Beseler seine Hoffnungen, ein polnisches Heer aufstellen zu können, gründete, war Sikorski, — so behauptet es wenigstens Daszyński. Auch wenn man von den persönlich nicht gerade freundlichen Urteilen, welche Daszyński über Sikorski fällt, ein gut Teil abstreicht, bleibt doch der Eindruck, daß gerade die Wahl dieses Mannes zum Leiter der Werbeaktion ein schwerer Fehlgriff war. Wir kennen Sikorski aus seiner Tätigkeit als Vorsitzender der militärischen Abteilung des Obersten Komités und wissen, wie gerade die unter seiner Leitung stehende Werbung dieser Abteilung zu schweren Unzuträglichkeiten innerhalb des Königreichs geführt hatte, so daß Sikorski schließlich gezwungen war, seine Entlassung zu nehmen, — in Anerkennung seiner Verdienste wurde er von der österreichischen Heeresleitung zum Kommandeur des dritten Legionen-Regiments ernannt. Wir kennen auch den Bericht, den er am 9. Juni 1916 dem Obersten Komité über die Erfolge seiner Arbeit erstattet hat, daß sich nämlich in einem Zeitraum von 3 Monaten aus Warschau selbst 20 Freiwillige gemeldet hätten und daß die gesamte Werbetätigkeit innerhalb des Königreichs monatlich etwa 300 Rekruten ergebe, wir wissen ferner, daß im Juli 1916 unter den ihm unterstellten Werbeagenten eine Palastrevolution ausbrach, weil sie es ablehnten, von den österreichischen Stellen weiter als „Kundschafterstelle" behandelt zu werden[168]), und gerade diesem Mann wurde die Leitung der Werbeaktion für das neue polnische Heer anvertraut, gerade er sollte an der Spitze des dritten Legions-Regiments in Warschau einziehen. Es war kein Wunder, wenn auf die Nachricht hiervon die Stimmung der Warschauer Bevölkerung eine so erbitterte wurde, zumal man gehört hatte, daß gleichzeitig mit der Übersiedlung Sikorski's nach Warschau auch die Werbezentrale von Petrikau nach Warschau verlegt werden solle, daß der Universitätsrektor Brudziński erst öffentlich erklären mußte, Sikorski werde nicht nach Warschau kommen, ehe man sich beruhigte und das dritte Regiment einziehen konnte. „Inzwischen aber", schreibt Daszyński, „versteckte Sikorski, der das Vertrauen Österreichs nicht verloren hatte, sich unter die Fittiche der neuen Obrigkeit, — Beselers. Ihm stand die Tagespresse in Petrikau zur Verfügung, verschiedene Flugblätter, einzelne Zeitungen in Galizien und in Warschau und dazu die von den Österreichern bisher benutzten Mittel. So hatte denn Herr Sikorski mit der ausge-

zeichneten Unterstützung des Dr. Kot (Kot war Leiter der Kundschafterstelle bei der militärischen Abteilung des Obersten Komités), seine Arbeit, die polnische Volksgemeinschaft zu zerschlagen, die einen gegen die andern zu erbittern, dabei zu versichern, daß eine österreichisch-polnische Lösung nach wie vor möglich sei und sich dabei in der Angelegenheit der Werbung fortwährend Beseler aufzudrängen . . . Die Arbeit ihrer österreichischen Spione ersetzte die militärische Abteilung jetzt durch polnisch-deutsche Spione“[169]). Zum Beweis dafür bringt Daszyński zwei Geheimverfügungen des Werbekommissariats vom 14. Februar und 14. März 1917, in welchen den sogenannten Werbepatrouillen in der Tat die übelste Gesinnungsschnüffelei zur Pflicht gemacht wird. „Erwünscht sind auch Nachrichten über die Tätigkeit der Geistlichen, Gemeindevorsteher, Gemeindeschreiber und Lehrer. Es ist erforderlich, ihre Gesinnung und ihr Verhalten gegenüber der gegenwärtigen polnischen Regierung, (Einstweiliger Staatsrat), gegenüber der Frage des polnischen Heeres sowie die von ihnen vertretenen Ideen und Richtungen auszukundschaften“. In dem zweiten, nur an die Werbeoffiziere gerichteten Befehl wird außerdem noch eine besondere Bespitzelung der Mitglieder der P.O.W., der Großgrundbesitzer und der gesamten Bevölkerung in ihrer Einstellung gegenüber den Besatzungsmächten anempfohlen[170]).

So mußte die Werbung ein voller Mißerfolg werden, nicht nur deshalb, weil Beseler von seinen polnischen Vertrauensmännern ein völlig unrichtiges Bild über die Stimmung der Bevölkerung erhalten hatte, sondern auch deshalb, weil er eine weniger geeignete und weniger beliebte Persönlichkeit als Leiter der gesamten Werbeaktion nicht hätte finden können. Czapski aber schreibt: „Zur Freude aller Ententefreunde und Gegner der deutsch-polnischen Annäherung scheiterte die Werbung im ganzen Lande vollkommen, obwohl (!) der Werbeapparat den Legionen unter Führung des Obersten Sikorski anvertraut war. Die Polnische Militärorganisation (P.O.W.) dagegen, welche eine rege Werbetätigkeit entfaltete, hatte großen Zulauf an Studenten und andern jungen Leuten“[171]). Doch Czapski ist auch hier um Gründe nicht verlegen: „Am 5. November war die Stimmung eine großartige. Wenn dann sofort ein Staatsrat gebildet und womöglich ein Regent eingesetzt worden wäre, dann wäre das ganze Land mitgerissen, und in wenigenTagen standen Zehntausende von Soldaten zur Verfügung“[172]). Nüchterner und richtiger beurteilt die ganze Sache wohl der preußische General v. Cramon, welcher der österreichischen Heeresleitung beigegeben war, wenn er schreibt: „Da man nicht annehmen kann, daß die Ratgeber der obersten Kommandostelle die Frage der Aufstellung eines polnischen Heeres ohne genügende Grundlagen, und darum mit sträflichem Leichtsinn günstig dargestellt haben, bleibt nur die eine Vermutung, daß sie

durch polnische Politiker bewußt hinter das Licht geführt worden sind“[173]). (Rückübersetzung aus dem Polnischen).

Auf diesem Hintergrund muß man die Rede Beselers betrachten, welche er am 16. Dezember 1916 vor einem größeren geladenen Kreis polnischer führender Persönlichkeiten in Warschau gehalten hat, eine Rede, die vielleicht diplomatisch nicht gerade klug war, die aber die Dinge bei rechtem Namen nannte und deshalb eine große Erregung in den polnischen Kreisen auslöste. Ich gebe den Inhalt und teilweise den Wortlaut dieser Rede nach Kumaniecki [174], der Text weicht von dem von Seyda gegebenen Auszug (Bd. I, 44 ff.) nicht unwesentlich ab, trotzdem beide als ihre Quelle die Urkundensammlung „Z dokumentów chwili“ angeben. Beseler geht zunächst davon aus, daß man immer die ungeheuren Schwierigkeiten vor Augen haben müsse, die sich der Errichtung eines neuen polnischen Staates entgegen stellen. Diese Schwierigkeiten seien nicht nur in den Verhältnissen des Landes selbst begründet, sondern sie seien auch eine Folge der Zustände, wie sie sich zwischen den Besatzungsbehörden und der Bevölkerung herausgebildet hätten. In Polen selbst gebe es so gut wie gar keine Elemente, die für die Arbeit einer Staatsgründung geeignet wären, dazu komme die Parteizerrissenheit des polnischen Volkes und die völlige Gleichgültigkeit der breiten Massen gegenüber der zukünftigen Gestaltung des polnischen Staates, denn die Zahl derjenigen Polen, bei welchen man wirklich nationale Aspirationen finde, sei verhältnismäßig recht gering, sie betrage höchstens einige Hunderttausende. „Bei einer solchen Lage der Dinge aber unterliegt es keinem Zweifel, daß Ihre Nation in der gegenwärtigen Zeit nicht die Bedingungen erfüllt, unter welchen ein selbständiges polnisches Staatswesen entstehen kann, und wenn man Schritte unternehmen wollte, um derartige Pläne zu verwirklichen, wie sie von Ihren Utopisten genährt werden, dann bin ich sicher, daß man damit nur das Chaos und die Anarchie erreichen würde, denn es ist klar, daß man ein Staatswesen und eine Regierung nicht improvisieren, sie gleichsam aus dem Ärmel schütteln kann.“

Über die Art, wie man sich in amtlichen deutschen Kreisen die Ordnung des neuen polnischen Staates denke, erklärte er dann folgendes: „Seien Sie sich darüber klar, daß wir hier zu wichtige Interessen haben, die mit dem Kampf um unsere ernstesten Angelegenheiten unlösbar verknüpft sind, nämlich mit dem Kampf um unsere eigene Existenz. so daß wir bei dem, was in Polen geschehen wird, garnicht untätige Zuschauer bleiben können. Ich erkläre deshalb ausdrücklich, daß wir in die Errichtung eines polnischen Staatswesens nur dann willigen können, wenn wir die Arbeit überwachen. Meiner Meinung nach kann gegenwärtig von der Bildung eines selbständigen polnischen Staatswesens überhaupt keine Rede sein, sondern nur von

einer Zusammenarbeit mit uns. An den Aufbau Ihres Staates kann man nur allmählich und schrittweise herantreten."

„Vor allen Dingen aber fehlt dem Lande ein Heer. Ein Haufen von Leuten, mögen sie noch so heldenhaft gesinnt sein, genügt noch nicht, um ein Heer zu bilden, nur Fachleute können eine Armee ins Leben rufen. Wenn man hier aber die Sache so darstellt, als ob eine polnische Armee nur durch eine polnische Regierung ins Leben gerufen werden könne, dann ist das eine Ansicht, die einer Kritik überhaupt nicht Stand hält. Auf derartige Insinuationen aber, die auch in der Presse zum Ausdruck kommen, als ob das gegenwärtig im Werden begriffene polnische Heer nur den Zwecken der Deutschen dienen solle, kann unsere Antwort nur ein verachtendes Schweigen sein. Es bedeutet für die Polen ein ungewöhnliches Glück, daß die polnische Armee unter der Leitung deutscher Fachleute aufgestellt werden kann . . . Die Behauptung, daß die Aufstellung einer solchen Armee ausschließlich Sache einer polnischen Regierung sei, welche die zur Lösung einer solchen Frage erforderlichen Fähigkeiten garnicht besitzt, heißt, die ganze Frage auf einen toten Punkt bringen, von welchem ich keinen Ausweg sehe. Eine solche Einstellung gegenüber dieser ganzen Frage wundert mich aber um so mehr, als sich hier unter Ihnen Herren befinden, die ich im Augenblick nicht nennen will, die mir vor Bekanntgabe des Akts vom 5. November mit aller Entschiedenheit erklärt haben, daß mit dem Augenblick, in welchem die Entscheidung gefallen wäre, mit dem Augenblick, in welchem die Legionen wieder in das Land zurückgebracht und dort die Anfänge für die polnische Armee bilden würden, — daß dann die Nation in einem gewaltigen Aufschwung zu den Waffen greifen würde. Wie weit die Abgabe einer solchen Erklärung gegenüber den Verhältnissen, wie sie sich jetzt gestaltet haben, angemessen war, muß ich Ihrem Urteil überlassen."

„Bei der Unmöglichkeit, die allgemeine Dienstpflicht einzuführen, kann Ihre Armee nur auf der Grundlage der Werbung von Freiwilligen gebildet werden, deshalb kann sie auch nicht zahlreich sein und es kann erst recht keine Rede davon sein, daß sie irgend einen Einfluß auf den Verlauf der kriegerischen Ereignisse ausüben könnte. Tendenziöse Verdächtigungen, die man übrigens auch im Auslande hören kann, daß der Akt vom 5. November nur den Zweck gehabt hätte, uns die bewaffnete Hilfe der Polen zu sichern, sind trotz der oft behaupteten militärischen Fähigkeiten der Polen eine Verleumdung. Selbstverständlich will ich nicht sagen, daß wir Ihre Hilfe gering einschätzen, hat doch schon Napoleon gesagt, daß der liebe Gott immer bei den starken Bataillonen sei, aber ich möchte nur darauf aufmerksam machen, daß die polnische Macht auf den Wagschalen nicht viel wiegt und daß der Sieg unsern Fahnen auch

weiter treu bleiben wird, wie es bisher, auch ohne Ihre Hilfe, der Fall gewesen ist."

„Ferner möchte ich Sie bitten, wohl daran zu denken, — und ich unterstreiche gerade dies Moment dreifach, weil seine Bedeutung nicht überschätzt werden kann, — daß der Akt vom 5. November Ihnen gegenüber ein Geschenk von unserer Seite ist. Die Zentralmächte waren dazu durch nichts gezwungen, und keine Macht der Erde hätte sie zu diesem Schritt zwingen können. Wir wissen, daß die Art, wie man diesen Akt aufgenommen hat, keine einheitliche gewesen ist, jedenfalls hätten die Zentralmächte Begeisterung und Dank dafür erwartet. Begeisterung konnte man nur in geringem Maße spüren, Zeichen der Dankbarkeit aber haben wir nur in Ausnahmefällen erhalten." (Rückübersetzung aus dem Polnischen).

Inmitten einer solchen Atmosphäre innerer Spannungen vollzogen sich die Verhandlungen über die Zusammensetzung des Einstweiligen Staatsrats, dessen Bildung durch eine gemeinsame Verordnung der beiden Generalgouverneure vom 6. Dezember angeordnet worden war. Der Einstweilige Staatsrat sollte aus 25 Mitgliedern bestehen, von denen 15 aus dem deutschen und 10 aus dem österreichischen Besatzungsgebiet genommen werden sollten. Der Staatsrat sollte berechtigt sein, in allen das Land betreffenden Fragen aus eigener Initiative Anträge zu stellen und an der Aufstellung eines polnischen Heeres mitzuarbeiten, das unter deutschem Oberbefehl stehen sollte. Schon bei den ersten vorbereitenden Besprechungen zeigte es sich, daß die Gegensätze zwischen den polnischen Parteien selbst und zwischen den Polen und Besatzungsmächten noch tiefer geworden waren. Die in dem „Zwischenparteilichen Klub" zusammengeschlossenen Nationaldemokraten, Realisten und Fortschrittler vertraten den Standpunkt, daß der Einstweilige Staatsrat in keinem Fall eine Art von Regierung sein dürfe, sondern nur die Wahlen zu einem polnischen Sejm vorzubereiten habe und daß erst dieser über die Aufstellung eines polnischen Heeres, auch eines nur aus Freiwilligen bestehenden, entscheiden könne; die Aktivisten wiederum waren geneigt, in dem Einstweiligen Staatsrat eine Art von nationaler Regierung zu sehen, die also auch das Recht zur Aufstellung eines Heeres haben sollte. Die Versuche, zu einer Einigung zu gelangen und den Generalgouverneuren eine gemeinsame Liste von Kandidaten für den Staatsrat vorzuschlagen, scheiterten, die Mitglieder der Deputation, welche nach Berlin und Wien gefahren waren, wurden von den Gegnern auf das heftigste angegriffen und gezwungen, ihre öffentlichen Ehrenämter niederzulegen, die Passivisten zogen schließlich ihre Vertreter überhaupt zurück und die Aktivisten bildeten eine neue Organisation, den Nationalrat (Rada Narodowa) und machten die von ihnen vorgeschlagenen Kandidaten namhaft.

Am 14. Januar 1917 trat der Einstweilige Staatsrat zu seiner ersten Sitzung zusammen, Vorsitzender mit dem Titel Kronmarschall wurde Niemojewski. Unter den von Österreich in den Staatsrat entsandten Mitgliedern befand sich auch Piłsudski. Er hat den Grund, der ihn schließlich zur Annahme des Mandats bewogen hat, deutlich genug angegeben: „Ich war gezwungen, in den Staatsrat einzutreten, weil man sonst die P. O. W. während meiner Abwesenheit zum Heer einziehen würde. Damals herrschte gegenüber den Versprechungen der Besatzungsmächte große Begeisterung. Als ich nach Warschau kam, nahm ich, als Kommandant, die Führung in meine Hände und leitete die Organisation, wohin ich wollte“[175]). Die P. O. W. hatte sich nämlich am 16. Dezember bereit erklärt, sich dem Staatsrat als der vorläufigen polnischen Regierung zu unterstellen, gerade darin aber erblickte Piłsudski eine Gefahr für seine eigenen Pläne, und deshalb erschien ihm seine Anwesenheit in Warschau notwendig.

So stand die Arbeit des Einstweiligen Staatsrats von Anfang an unter dem Zeichen eines völligen Mißerfolges. Die Passivisten standen ihm mit äußerstem Mißtrauen gegenüber, weil sie in ihm nur eine Einrichtung der Zentralmächte erblickten und weil nach ihrer Meinung seine Hauptaufgabe darin bestehen sollte, ein Heer zum Kampf gegen Rußland aufzustellen, — die Aktivisten hatten die Hoffnung, aus dem Staatsrat in absehbarer Zeit eine wirkliche polnische Regierung machen zu können, und die Zentralmächte vertraten den Standpunkt, den Beseler klar betont hatte, daß vorläufig an die Entstehung eines polnischen Staates und die Bildung einer polnischen Regierung nicht gedacht werden könnte. „So entstand zur Durchführung der Proklamation vom 5. und 9. November eine Körperschaft, die zu irgend einer Aktion unfähig war. Ebenso wenig Mut, wie der Staatsrat gegenüber der von den Passivisten beherrschten öffentlichen Meinung hatte, ebenso wenig zeigte er auch gegenüber den Okkupanten“[176]).

4. Der Einstweilige Staatsrat.

Schon am Tag nach seiner Eröffnungssitzung wendete sich der Einstweilige Staatsrat mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit, in welchem er die Aufstellung eines zahlreichen, schlagkräftigen und disziplinierten Heeres, welches im Geist der großen ritterlichen Traditionen den alten Ruhm der polnischen Waffen wieder lebendig machen sollte“, als eine erfreuliche und dringende Notwendigkeit bezeichnete. „Wir sind überzeugt“, so heißt es in dieser Kundgebung, „daß ein solches Heer die erste Bedingung für eine unabhängige staatliche Existenz ist. Es wird dazu beitragen, daß der polnische Staat möglichst weite Grenzen erhält, und es wird ein Unterpfand für das Bestehen dieses Staates sein.“ Innerhalb dieses Staatsrats

wurde sofort eine Militärabteilung gebildet, der eine besondere Militärkommission unter dem Vorsitz Piłsudski's beratend zur Seite stehen sollte, dieser selbst wurde zum militärischen Sachverständigen bei dem Staatsrat ernannt. Alle diese Maßnahmen machten in der Öffentlichkeit den besten Eindruck. Am 17. Januar stellte sich die P. O. W., die ihre Bereitwilligkeit schon im Dezember erklärt hatte, dem Staatsrat völlig zur Verfügung, am 19. Februar fand in Warschau eine Versammlung von Vertretern der „Militärischen Hilfskomités" aus dem ganzen Lande statt, die zur Unterstützung der P. O. W. gegründet worden waren, und nach einer Rede Piłsudski's beschloß man einmütig, den Staatsrat bei der Aufstellung eines polnischen Heeres mit allen Mitteln zu unterstützen, und auch die „Rada Narodowa" und die linken Unabhängigkeitsparteien erklärten sich zur Mitarbeit bereit. Die Anfänge schienen also durchaus verheißungsvoll.

Und doch trug die ganze Einrichtung des Einstweiligen Staatsrats schon von Anfang an die Keime des Verfalls in sich, weil sich hier zwei Partner vereinigt hatten, die bei Eingehung des Geschäfts von völlig verschiedenen Voraussetzungen ausgegangen waren. Wir kennen Beselers Urteil über die politischen und staatsbildenden Fähigkeiten der Polen, für ihn stand im Vordergrund die Heeresfrage, zu deren Verwirklichung er in dem Staatsrat ein willkommenes Mittel erblickte, für die Polen aber, so weit sie sich überhaupt an den Arbeiten des Staatsrats beteiligten, stand die politische Frage, nämlich die Frage der Regierungsbildung, im Vordergrund, zu deren Verwirklichung neben anderen Dingen auch die Aufstellung eines polnischen Heeres gehörte. Gerade das also, was für die eine Seite Zweck war, betrachtete die andere Seite nur als ein Mittel für ihren eigenen Zweck und die Eile, mit welcher die beiden Erlasse des Warschauer Generalgouverneurs über die Bildung eines Freiwilligen-Heeres und die Errichtung des Einstweiligen Staatsrats einander gefolgt waren, schien den Polen ein Beweis dafür, wie nötig man ihre Mitarbeit gebrauchte. Diese, den eigentlichen Absichten Beselers völlig entgegengesetzte Einstellung der Mitglieder des Staatsrats hatte aber noch einen anderen Grund. Je kleiner die Kreise waren, welche sich für die Mitarbeit in dem Staatsrat bereit erklärt hatten und je eifriger die Opposition arbeitete, um so mehr mußte dem Staatsrat selbst daran liegen, auf irgendwelche politischen Erfolge hinweisen zu können, er mußte in der Lage sein, der Öffentlichkeit gegenüber zu zeigen, daß er in der Tat eine polnische Regierung mit bestimmten, wenn auch durch die Notwendigkeiten des Krieges beschränkten Befugnissen sei, gerade dazu aber konnten und wollten sich die Besatzungsmächte nicht entschließen, und so ist denn die ganze Arbeit des Staatsrats von Anfang an eigentlich nur ein unerquicklicher und unfruchtbarer Kampf

um die Erweiterung seiner politischen Befugnisse und ein ununterbrochenes Lavieren zwischen dem Bestreben, die öffentliche Meinung zu beruhigen und für sich zu gewinnen, und dem Verlangen, es mit den Besatzungsbehörden nicht zu verderben und durch einen solchen Mißerfolg den Gegnern nicht neues Wasser auf ihre Mühlen zu geben.

Mit aller Deutlichkeit zeigt sich dieses „Hinken auf beiden Seiten" nach dem Ausbruch der ersten russischen Revolution, als die russische Regierung in einer Kundgebung an das polnische Volk am 29. März erklärt hatte, daß sie die Errichtung eines unabhängigen polnischen Staats, der aus denjenigen Gebieten bestehen solle, in denen Polen die Mehrzahl bilden, als berechtigt anerkenne, denn gerade durch diese Kundgebung hatte die Opposition neuen Auftrieb erhalten. Gewiß, so erklärte man in diesen Kreisen, soll der neue polnische Staat durch eine Militärunion mit Rußland verbunden werden, — gewiß wird die Festsetzung der zukünftigen polnischen Grenzen wesentlich in russischen Händen liegen, aber die neue russische Regierung zeigt wenigstens, daß es ihr Ernst um die Verwirklichung ihrer Zusagen ist, denn sie hat sofort eine besondere Liquidationskommission für die Angelegenheiten des Königreichs unter dem Vorsitz eines Polen gebildet. Und mit welchen Erfolgen kann der Staatsrat aufwarten? Alles das, was die Zentralmächte am 5. November versprochen haben, ist bis jetzt nur Versprechen geblieben, und für ein solches unerfülltes Versprechen soll man den polnischen Soldaten hingeben? Aus einem solchen Dilemma, es mit keiner Seite zu verderben, sind die Beschlüsse zu verstehen, welche der Staatsrat unmittelbar nach der russischen Kundgebung, nämlich am 6. April, gefaßt hat, sie wollen dem deutschen Kaiser geben, was des Kaisers ist, und der Opposition im Lande, was diese verlangt. So kommt auf Wunsch Beselers und unter seiner Zustimmung zunächst die Antwort auf die Kundgebung der russischen Regierung zustande, sie ist kühl ablehnend. Die historische Notwendigkeit, die polnische Frage durch die Schaffung eines polnischen Staates zu lösen, so erklärt sie, hätten die Regierungen der Zentralmächte als die ersten erkannt und durch den Akt vom 5. November 1916 einen polnischen Staat proklamiert, dessen Grenzen allerdings noch nicht festgelegt seien. Auch die einstweilige russische Regierung gestehe den Polen zwar die Schaffung eines unabhängigen Staates zu, aber sie biete ihnen Länder an, über welche sie kein Verfügungsrecht habe und sie fordere außerdem ein Militärbündnis mit Polen. Alle Bedingungen aber, welche dem neuen polnischen Staat unter dem Druck irgendeines Zwanges auferlegt werden sollen, seien eine Einschränkung der Unabhängigkeit und mit der Ehre eines freien Volkes unvereinbar. „Mit dem russischen Staat", so heißt es zum Schluß, „wollen wir in Zukunft gute

nachbarliche Beziehungen unterhalten, wir müssen uns aber dagegen verwahren, daß man uns dazu bewegen will, Krieg gegen die Zentralmächte zu führen, deren Monarchen unsere Unabhängigkeit garantiert haben“[177]).

Dann aber kommt die Kehrseite der Medaille in dem Beschluß, der an die Adresse dieser Zentralmächte gerichtet ist. Man fordert kategorisch die Ausdehnung der Regierungsbefugnisse des Staatsrats auf das Gebiet des ganzen Königreichs und diejenigen Teile Litauens, in denen es die militärischen Verhältnisse gestatten, man verlangt Einführung einer polnischen Verwaltung, Zuerkennung von internationalen Rechten (Entsendung von Gesandten), und die Berufung eines Regenten durch die Zentralmächte im Einvernehmen mit dem Staatsrat. Die Begründung dieser Forderungen läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig: „Im ganzen Land hat sich die Überzeugung befestigt, daß sich in Polen seit dem historischen Akt vom 5. November nichts geändert hat und daß der Staatsrat nicht in der Lage ist, die erwartete Veränderung durchzuführen. Das Vertrauen, welches die oberste staatliche Behörde Polens zunächst erweckte, ist erschüttert und der Staatsrat hat heute nur zwei Möglichkeiten, entweder er verliert den Einfluß auf das Volk völlig und damit zugleich auch den Rest seines einstigen Ansehens, oder er hebt seine Bedeutung und gibt unzweideutige Beweise dafür, daß er in dem Leben Polens etwas bedeutet und daß er, seinem Versprechen gemäß, einen wirklichen Einfluß auf das Leben des Volkes ausübt. Der Staatsrat versteht sehr wohl die kriegerischen Notwendigkeiten, aber er sieht keinen Grund, warum er nicht diejenigen Verwaltungszweige in seine Hand nehmen soll, welche den Bedürfnissen des gegenwärtigen Krieges nicht unmittelbar dienen“[178]).

Die Zentralmächte zeigten jedoch durchaus keine Eile, die Forderungen des Staatsrats zu erfüllen, denn auch für sie hatte die russische Revolution eine Änderung der Lage gebracht. Man war überzeugt, daß das revolutionäre Rußland sich in der polnischen Frage durchaus nicht zu weit festlegen würde, und darum zögerte man, die von den Polen verlangten Konzessionen nach Möglichkeit hinaus, besonders, da es sich dabei um eine Frage handelte, die, wie wir sehen werden, gerade in dieser Zeit wieder den Gegenstand von Verhandlungen zwischen den Zentralmächten bildete, nämlich die Frage nach dem zukünftigen Regenten. Filasiewicz hat hier nicht Unrecht, wenn er schreibt: „Mit dem Augenblick, in welchem die russische Kundgebung erschien, verlor die polnische Armee für die Besatzungsmächte ihren hauptsächlichen Wert, verloren aber auch die Aktivisten alle Hoffnungen, die sie so lange bei ihren politischen Rechnungen auf die Legionen gesetzt hatten, denn welchen Wert konnte eine polnische Armee sowohl für Deutschland, wie

für Österreich haben, die man auf keinem Kriegsschauplatz verwenden konnte, sondern die nur bereit war, die polnischen Grenzen zu verteidigen, die überhaupt noch nicht festgelegt waren"?

Der Staatsrat jedoch war nicht gesonnen, ein derartiges Hinauszögern noch länger stillschweigend hinzunehmen, er stellte deshalb am 1. Mai den Zentralmächten ein Ultimatum und drohte mit der Einstellung seiner Arbeit, wenn er auf seine Forderungen vom 6. April nicht in kürzester Zeit Antwort erhalte. Gleichzeitig erweiterte er die am 6. April gestellten Forderungen dadurch, daß er jetzt auch die sofortige Bildung einer polnischen Regierung verlangte und seine Wünsche genau formulierte, soweit sie die Person des Regenten betrafen. Dieser sollte katholisch und der polnischen Sprache mächtig sein, er sollte entweder aus Polen selbst oder aus einem mit ihm verbündeten Lande stammen, und er sollte einer regierenden Dynastie angehören. Schon in dieser Sitzung hatte Piłsudski beantragt, daß die Mitglieder zum Zeichen des Protestes gegen die Nichtachtung ihrer Wünsche durch die Zentralmächte geschlossen ihre Mandate niederlegen sollten, der Antrag war jedoch nach recht lebhafter Debatte abgelehnt worden, angeblich, weil man kein Vacuum eintreten lassen wollte, in Wirklichkeit aber wohl deshalb, weil man das völlige Fehlschlagen der auf den Staatsrat von den Aktivisten gesetzten Hoffnungen nicht öffentlich kundgeben wollte. Jetzt aber begannen auch diejenigen politischen Parteien, welche so lange zu einer Unterstützung des Staatsrats bereit gewesen waren, ihre Haltung zu ändern und in Opposition zu treten. Eine am 2. und 3. Mai in Warschau tagende und von etwa 150 Vertretern aus dem ganzen Lande beschickte Versammlung der „Rada Narodowa" ging scharf mit ihm ins Gericht, man erklärte sein weiteres Bestehen im Interesse Polens für schädlich, und man wendete sich vor allem gegen den von ihm gemachten Vorschlag, einen Regenten und eine Regierung durch die Zentralmächte ernennen zu lassen, weil nur eine aus der Mitte des Volkes gebildete und ihm gegenüber verantwortliche Regierung den berechtigten Forderungen des polnischen Volkes genügen könne. Von Berlin aus suchte man zu beschwichtigen, am 7. Mai erklärte Helfferich im deutschen Reichstag, daß die Ungeduld der Polen gegenüber dem Staatsrat und der Vorwurf, daß der Aufbau des Staatswesens zu langsam vor sich gehe, begreiflich sei, aber, abgesehen von den Kriegsinteressen, mache die große Zersplitterung Polens auf den Gebieten der Konfessionen, Nationalitäten und Parteien in Verbindung mit dem völligen Mangel an geschulten polnischen Beamten, die erst herangebildet und einstweilen durch deutsche Beamte ersetzt werden müßten, diese Aufgabe doppelt schwierig. Am 15. Mai suchte der Vertreter Österreichs im Staatsrat, Baron Konopka, darzulegen, warum sich die Antwort so lange verzögere, man wollte sich jetzt nicht mehr länger hinhalten lassen und beschloß

deshalb am 17. Mai, die Arbeiten bis zum Empfang einer Antwort von den Zentralmächten zu unterbrechen. Endlich, am 8. Juni, erging die Antwort. Die Zentralmächte billigten den Wunsch nach Einsetzung eines Regenten, erklärten jedoch, ihn erst dann erfüllen zu können, wenn die Voraussetzungen für eine gedeihliche Tätigkeit des Regenten gegeben wären, sie erwarteten deshalb, daß der Staatsrat in möglichst kurzer Zeit seine vorbereitenden Arbeiten für eine Verfassungs- und Verwaltungsorganisation des Königreichs Polen beenden würde, und sie erbaten Vorschläge darüber, in welcher Art und in welchem Umfang die Übergabe der einzelnen Verwaltungszweige an die polnischen Behörden erfolgen könne und wie man die Kosten decken wolle, dabei dürfe jedoch die den Besatzungsmächten völkerrechtlich zustehende Stellung in keinem Fall beeinträchtigt werden. Endlich wurde der Staatsrat aufgefordert, eine Persönlichkeit vorzuschlagen, welche bis zur Bestellung eines Regenten die oberste Leitung aller dem polnischen Staat übergebenen Verwaltungszweige übernehmen könne. Die Antwort löste unter den Mitgliedern der Linken einen Sturm der Entrüstung aus, ein Teil von ihnen legte die Mandate nieder, Sliwiński begründete die Niederlegung mit den Worten: „Wir sollten den polnischen Staat repräsentieren, und wir haben die polnische Ohnmacht repräsentiert." Und doch versuchte das noch verbliebene Rumpfparlament nochmals, irgend ein positives Ergebnis zu erreichen, am 12. Juni beschloß man, die Erklärungen der Zentralmächte vom 8. Juni als Ausgangspunkt für weitere Verhandlungen zu nehmen und eine Kommission zur Ausarbeitung eines Projekts für die Organisation der öffentlichen Behörden zu wählen; — es war jedoch zu spät, denn inzwischen war ein zweiter, ungleich schärferer Konflikt entstanden, der jetzt in schnellem Tempo zu dem endgültigen Bruch zwischen der deutschen Besatzungsbehörde und dem Staatsrat führte, nämlich die Frage nach der Organisation und der Vereidigung des neuen polnischen Heeres.

Wir wissen, daß Beseler trotz seines Mißtrauens gegen die Legionen sich doch damit einverstanden erklären mußte, sie als Grundformationen für die neue „Polnische Wehrmacht" zu verwenden und daß er dem Staatsrat in Aussicht gestellt hatte, der österreichische Kaiser würde diese Truppen in kürzester Frist nach dem Königreich überweisen, darauf aber wartete man vergeblich, denn Karl von Habsburg sträubte sich so lange wie möglich dagegen, den letzten Trumpf, den er noch für eine im Interesse Österreichs liegende Lösung der polnischen Frage zu haben glaubte, ohne weiteres aus den Händen zu geben, und erst nach wiederholtem Drängen Deutschlands erfolgte am 10. April diese Überweisung, aber nicht, wie man in polnischen Kreisen allgemein geglaubt hatte, an den Staatsrat, sondern an den deutschen Generalgouverneur. Trotzdem entschloß

sich der Staatsrat dazu, am 24. April den Werbeaufruf zur Meldung von Freiwilligen zu beschließen, der jetzt aber von Beseler zurückgehalten wurde und erst im Mai, zugleich mit dem Befehl zur Musterung derjenigen Freiwilligen, die sich schon gemeldet hatten, veröffentlicht wurde. Der Erfolg war kläglich. Seyda nennt als Ergebnis der Werbung bis zum Juli 1917 die Zahl von 2000 Freiwilligen, denen ein von Sikorski geleiteter Werbeapparat von 2530 Mann gegenüberstand, darunter 179 Offiziere und 943 Unteroffiziere[170]), Beseler verfügte deshalb auch schon am 16. Juli wieder die Schließung sämtlicher Werbebüros und die Auflösung der gesamten Organisation unter Zurückbehaltung von 35 Offizieren, 35 Unteroffizieren und 50 Mannschaften, um die Freiwilligen, welche sich bisher gemeldet hatten, in Empfang zu nehmen. Die Gründe auch für diesen völligen Mißerfolg in der Heeresfrage sind nicht weit zu suchen. Die Hoffnungen, welche man auf den Staatsrat gesetzt hatte, waren enttäuscht, die Ansichten im Staatsrat selbst geteilt, während sich die einen bedingungslos für die Rekrutierung einsetzten, machten die andern, und unter ihnen besonders Piłsudski, ihre Zustimmung davon abhängig, daß das neue Heer nur einer polnischen Behörde unterstellt werden dürfe, und dazu kam die russische Revolution und die Kundgebung der Revolutionsregierung, die allem Kampf mit Rußland ein Ende zu machen schien und die polnischen Bestrebungen nach Unabhängigkeit nach einer ganz andern Richtung lenkte, nämlich gegen Deutschland. Endlich aber darf man den ungeheuren Einfluß nicht unterschätzen, den Piłudski selbst durch die ihm unterstehende P.O.W. auf diesen Gang der Entwicklung ausgeübt hat: „Die P.O.W.“, so schreibt er, „stand unter meinem ausdrücklichen Befehl und hatte an ihrer Spitze Offiziere der ersten Brigade, die ich persönlich für diesen Zweck nach Warschau abkommandiert hatte. Es konnte also überhaupt keine Rede davon sein, daß etwa die P.O.W., die eigentlich nur eine Ausdehnung der ersten Brigade auf das Königreich war, etwas ohne meinen ausdrücklichen Befehl hätte tun können. In Wirklichkeit war ich wesentlich scharfsichtiger, als die Herren des Staatsrats, ich wünschte keine Veränderung der Legionen, so lange es nicht klar war, in welcher Form diese durchgeführt werden sollte. Ich wußte aus dem Verhalten des Herrn Beseler und des Obersten Paic, der damals Vertreter der österreichisch-ungarischen Armee in Warschau war, daß beide Armeen dringend eine starke Vergrößerung der Legionen wünschten. . . .“ „Die P.O.W. konnte niemals die Kader einer zukünftigen polnischen Armee bilden, und deshalb konnte ich auch nicht so naiv sein, gerade die P.O.W. in die Hände des Staatsrats zu geben, erstens, weil sich die P.O.W. niemals einverstanden erklärt hätte, zweitens, weil der Staatsrat ebenso, wie einst das Oberste Komité, alles das, was sowohl an P.O.W., wie auch an Legionen vorhanden war, sofort wieder

für kleine Vorteile verkauft hätte. Mein Standpunkt, den ich Herrn Beseler wiederholt dargelegt habe, war immer derselbe, daß nämlich eine Werbung erst dann mit Aussicht auf Erfolg einsetzen könne, wenn das Verhältnis der Zentralmächte zu dem polnischen Heer unverrückbar festgelegt wäre. Und wenn die Österreicher diesen Vorschlag nicht annehmen konnten, dann konnten es die Deutschen erst recht nicht, weil die Einstellung der Bevölkerung ihnen gegenüber noch schlechter war als gegenüber den Österreichern. Statt dessen handelten die Militärbehörden ununterbrochen mit mir um die P.O.W., ich aber erklärte, daß die von den Deutschen noch verschärften Methoden derartige seien, daß ich dauernd den Eindruck hätte, als ob man absichtlich alles tue, um die Aufstellung eines polnischen Heeres nach Möglichkeit zu hindern“[180]).

In der Tat erwecken manche Maßnahmen Beselers in dieser Zeit den Eindruck, als ob er das Bestreben gehabt habe, die polnischen Legionen teils zu zerschlagen, teils sich ihrer so schnell wie möglich wieder zu entledigen, nachdem die Hoffnungen, die man auf die polnische Bereitwilligkeit zur Aufstellung eines Heeres gesetzt hatte, so schnell und gründlich enttäuscht worden waren. Um diejenigen Mannschaften, welche die Grundformationen der neuen „Polnischen Wehrmacht“ bilden sollten, dem österreichischen Einfluß nach Möglichkeit zu entziehen, war man in der bei dem deutschen Generalgouvernement eingerichteten „Abteilung für Polnische Wehrmacht“ auf den Gedanken gekommen, innerhalb der bisherigen Legionen eine Trennung zwischen „Galiziern“ und „Nationalpolen“, d. h. den im Königreich geborenen Polen vorzunehmen, die „Galizier“ blieben in den bisherigen Legionsverbänden unter dem Kommando der Legionen und österreichischer Offiziere, während die „Nationalpolen“ in besondere Abteilungen zusammengefaßt wurden, für welche auch besondere Ausbildungskurse unter Leitung deutscher Offiziere eingerichtet wurden. Gleichzeitig nahm man auch eine Teilung der bisher einheitlichen militärischen Gerichtsbarkeit vor und unterstellte die Mannschaften der Polnischen Wehrmacht der deutschen Gerichtsbarkeit, ebenso, wie auch die Einführung einer besondern Uniform für diese Mannschaften angeordnet wurde.Aus allen diesen Maßnahmen aber zogen die Polen den Schluß, daß die „Nationalpolen“ nach beendeter Ausbildung in die deutschen Truppenverbände eingereiht, die „Galizier“ aber wieder aus dem Königreich zurückgezogen und an der italienischen Front verwendet werden sollten. Damit war der immer stärker werdenden Opposition für ihre Agitation ein dankbares Arbeitsfeld gegeben, und die Folgen zeigten sich bald. Befehle, die in deutscher Sprache erlassen waren, wurden mit dem Vermerk „Nie rozumiem“ (ich verstehe nicht) zurückgeschickt, die polnischen Offiziere, die zur Ausbildung der polnischen Mannschaften bestimmt waren, verlangten ihre Rückversetzung in die

Legionen und weigerten sich, weiter Dienst zu tun, dazu kamen andere Zersetzungserscheinungen nach dem Muster der russischen Revolution, Soldatenräte bildeten sich, politische Streitigkeiten waren an der Tagesordnung, und die militärische Disziplin lockerte sich von Tag zu Tag mehr.

Und in diese unruhige und gespannte Lage fiel der Befehl, die Vereidigung der Mannschaften vorzunehmen. Nach langen Verhandlungen mit der deutschen und österreichischen Obersten Heeresleitung hatte Beseler dem Staatsrat am 3. Juli mitgeteilt, daß man zu einer Einigung in der Eidesformel gekommen sei, er bat, die Vereidigung für die Warschauer Garnison auf den 9. und für die übrigen Ortschaften auf den 11. Juli anzusetzen. Die Eidesformel lautete: „Ich schwöre bei Gott, dem Allmächtigen, daß ich meinem Vaterland, dem polnischen Königreich und seinem zukünftigen König zu Lande und zu Wasser und an jedem Ort treu und ehrlich dienen werde, daß ich in dem jetzigen Krieg mit den deutschen und österreichischen Heeren, sowie mit den Heeren der mit ihnen verbündeten Mächte treue und ehrliche Waffenbrüderschaft halten werde, daß ich meinen Vorgesetzten und Führern gehorchen, die mir gegebenen Befehle und Anordnungen ausführen und mich überhaupt so führen werde, daß ich als tapferer und ehrlicher Soldat leben und sterben kann.“ Schon bei den Beratungen über den Wortlaut des Eides hatte Piłsudski, der damals noch Mitglied des Staatsrats war, gegen diese Formulierung Einspruch erhoben, weil ein solcher Eid die Legionen zwingen würde, im Namen des Volkes eine Entscheidung über die zukünftige Staatsform zu treffen, trotzdem hatte der Staatsrat der Eidesformel zugestimmt, vielleicht, wie Filasiewicz glaubt, weil er nach dem Zusammenbruch des zaristischen Rußland mit einem Sieg der Zentralmächte sicher rechnete und es deshalb nicht auf eine Kraftprobe mit ihnen ankommen lassen wollte, vielleicht aber auch, weil er gerade jetzt einen Sonderfrieden zwischen diesen Mächten und Rußland fürchtete und deshalb vollendete Tatsachen durch die Bildung einer polnischen Regierung und eines polnischen Heeres schaffen wollte, mit denen sowohl Rußland, wie auch die Zentralmächte in jedem Fall zu rechnen hätten. Jetzt aber weigerten sich die Mannschaften, den Eid zu leisten. Am 8. Juli teilte das Kommando der Legionen dem Staatsrat mit, daß in fast allen Abteilungen starke Zweifel entstanden wären, ob man den Eid in der vorgeschriebenen Form leisten könne, denn durch ihn werde eine neue Scheidung innerhalb der Legionen vorgenommen, weil nur die Angehörigen des Königreichs einem polnischen Königreich Treue schwören könnten, nicht aber österreichische Staatsangehörige. Es sei ferner ein Unding, von den Mannschaften eine Verpflichtung auf eine noch garnicht vorhandene Persönlichkeit zu verlangen, anstatt

sie auf eine bestehende nationale Regierung oder deren Stellvertretung zu vereidigen, es sei auch nicht Sache des Heeres, sondern der Diplomatie, Bündnisse und Waffenbrüderschaften mit anderen Armeen zu schließen, und endlich könnten polnische Truppen doch nur denjenigen Führern Treue und Gehorsam geloben, welche von einer rechtmäßigen polnischen Regierung ernannt worden wären. Beseler lehnte jedoch jede weitere Änderung ab und der Staatsrat hielt die ganze Angelegenheit wohl nicht für gefährlich, denn die auf den 9. Juli angesetzte Vereidigung der Warschauer Truppen sollte in seiner Gegenwart auf dem Glacis der Festung in besonders feierlicher Weise stattfinden. Im letzten Augenblick entschloß man sich jedoch, weil man unliebsame Störungen befürchtete, die Vereidigung auf dem Hof der Kaserne vornehmen zu lassen, das Ergebnis war, ein großer Teil der Truppen sowohl in der Hauptstadt wie auch in den übrigen Garnisonen verweigerte die Eidesleistung. Alle aus dem Königreich stammenden Legionäre, welche den Eid verweigerten, wurden interniert, die Offiziere in Benjaminow, die Mannschaften in Sypiorno, die österreichischen Untertanen, welche den Eid nicht leisten wollten, wurden in die Front der österreichischen Heere eingereiht, Piłsudski und sein Stabschef Sosnkowski wurden am 22. Juli verhaftet und in die Festung nach Magdeburg gebracht.

In zwei Schreiben an Beseler nahm der Statsrat zu diesen Vorgängen Stellung. In dem ersten versuchte er, die Eidesverweigerung als eine Folge gegenseitiger Mißverständnisse hinzustellen, die dadurch entstanden seien, daß die Leitung der Abteilung für Polnische Wehrmacht in den Händen eines deutschen Offiziers liege, der nicht im Stande sei, die Psyche des polnischen Soldaten zu verstehen, man bat deshalb, diese Stelle einem polnischen Offizier zu übertragen. In dem zweiten Schreiben erhob er gegen die Internierung Einspruch und betonte, daß die Legionen Formationen von Freiwilligen seien, auf welche ein Zwang zur Eidesleistung nicht ausgeübt werden dürfe, gleichzeitig bat er um Angabe der Gründe, welche zur Verhaftung Piłsudski's geführt hätten. In seiner Antwort wies Beseler darauf hin, daß die unter Führung Piłsudski's stehende P.O.W. in der letzten Zeit wieder den Charakter einer den Besatzungsmächten feindlichen Geheimorganisation angenommen habe, er erinnerte an die Tatsache, daß Piłsudski vor kurzem bei einer Versammlung polnischer Soldaten in Petersburg zum Kommandanten der in Rußland befindlichen polnischen Formationen gewählt worden sei, die dazu bestimmt wären, an der Seite Rußlands gegen die Zentralmächte zu kämpfen, und er betonte, daß man einen Übertritt Piłsudski's nach Rußland schon deshalb hätte befürchten müssen, weil er im Besitz eines gefälschten Passes gewesen sei. In der Tat war Piłsudski bei einer Vertretertagung des „Bundes

polnischer Soldaten", der sich nach der russischen Revolution gebildet hatte, am 7. Juni zum Ehrenvorsitzenden gewählt worden, er hatte sich auch eine Zeit lang mit dem Gedanken getragen, nach Rußland zu gehen, war dann aber doch in dem Königreich geblieben und hatte gebeten, ihn mit seinen Offizieren zusammen zu internieren. Die Angelegenheit des falschen Passes ist dagegen nicht völlig aufgeklärt worden, obwohl Piłsudski gegen eine solche Beschuldigung Einspruch erhoben hat. Nach den Angaben von Filasiewicz war Piłsudski im Besitz eines von dem Kommando der Legion ausgestellten Passes Nr. 7240, der am 1. April 1917 ausgestellt worden war, das Kommando hatte jedoch auf Anfrage erklärt, daß es einen solchen Paß nicht ausgestellt habe. Am 3. August erklärte die „Deutsche Warschauer Zeitung", daß es sich um einen Irrtum gehandelt habe, das Wiener Korrespondenzbüro blieb jedoch bei seiner Behauptung, daß es sich um eine Fälschung handele. Jedenfalls aber, — und darin hat Bobrzyński Recht, — „verurteilte die öffentliche Meinung die beiden Verordnungen des Generalgouverneurs einmütig, weil man sie für ungesetzlich hielt, denn die Legionen waren zu der Leistung des Eides nicht verpflichtet und die Verhaftung Piłsudski's gründete sich nur auf den Verdacht, daß es zu Unruhen kommen könnte. Selbst diejenigen, welche Piłsudski nicht freundlich gesinnt waren, — und an solchen fehlte es nicht, — rechneten es Beseler als Fehler an, daß er aus ihm einen Märtyrer gemacht hatte" [181]).

Selbst in dieser stürmischen Zeit suchte der Staatsrat seine Stellung noch zu halten, so weit es überhaupt möglich war. Aus der Tatsache, daß er die Vereidigung der polnischen Truppen in Warschau abgenommen hatte, folgerte er, daß er damit einen selbständigen Regierungsakt vollzogen, also die Rechte einer wirklichen Regierung übernommen habe, und er beschloß deshalb am 14. Juli, sich bis zu der endgültigen Bildung einer polnischen Regierung als deren Stellvertreter zu betrachten und die oberste politische Gewalt über das polnische Heer in Anspruch zu nehmen. Er erklärte also, daß die Legionen von diesem Zeitpunkt ab ohne seine ausdrückliche Genehmigung nicht an der Front verwendet werden dürften und teilte gleichzeitig in seiner Eigenschaft als polnische Regierung auch allen Polen im Ausland mit, daß etwaige dort gebildete polnische Truppenformationen keinen politischen Charakter haben und während des gegenwärtigen Krieges nicht eingesetzt werden dürften. Ebenso beschloß er, mit der Organisation der staatlichen Behörden sofort zu beginnen und wählte, um die Regierungsbildung zu beschleunigen, den Warschauer Erzbischof Kakowski, den Warschauer Stadtpräsidenten Fürst Lubomirski und den bisherigen Kronmarschall im Staatsrat Niemojewski, der jedoch die Wahl nicht annahm und sein Amt als Kronmarschall niederlegte.

Trotzdem war seine Lage unhaltbar geworden. Am 24. Juli verlangten die Offiziere der Legionen seinen sofortigen Rücktritt und am 6. August erklärte auch die P.O.W., daß sie ihre Beziehungen zu dem Einstweiligen Staatsrat als gelöst betrachte. Sein Schicksal wurde besiegelt, als Beseler Ende August im Einverständnis mit der deutschen Obersten Heeresleitung alle Legionen-Regimenter, und zwar nicht nur die aus österreichischen Untertanen bestehenden Abteilungen, sondern auch diejenigen Mannschaften aus dem Königreich, welche den Eid geleistet hatten, auf österreichisches Gebiet abtransportieren ließ, ohne sich vorher mit dem Staatsrat darüber verständigt zu haben. Am 25. August legten alle noch vorhandenen Mitglieder ihre Mandate in die Hände der von ihnen am 14. Juli gewählten Männer nieder, nachdem man noch eine aus drei Mitgliedern bestehende Liquidationskommission zur Erledigung der laufenden allgemeinen Verwaltungssachen gewählt hatte, am 30. August fand die offizielle Schlußsitzung statt.

Man wird dem Einstweiligen Staatsrat zugestehen müssen, daß es ihm an gutem Willen nicht gefehlt hat und daß er aufrichtig bemüht war, diejenige Politik zu treiben, die nach seiner Überzeugung damals die einzige mögliche war, nämlich die Politik der Zusammenarbeit mit den Besatzungsbehörden; dieser ehrliche Wille war auch bei Beseler vorhanden, denn auch er war bereit, trotz der in der Heeresfrage erlittenen Enttäuschung an dem Neubau des polnischen Staates weiter zu arbeiten. Wenn der Versuch trotzdem nach beiden Seiten hin mit einem völligen Mißerfolg geendet hat, dann sind die Gründe dafür nach zwei ganz verschiedenen Seiten zu suchen. Sie waren z. T. innerer Art und lagen, wie wir sahen, in der Unmöglichkeit, die Aufgabe eines politischen Beirats, welche dem Staatsrat gestellt war, mit der Rolle einer politischen Nebenregierung zu vereinigen, welche er spielen wollte und welche die polnische Öffentlichkeit von ihm erwartete. Daraus mußten immer wieder Spannungen und Störungen entstehen. Ungleich schwerer aber fielen diejenigen Gründe in das Gewicht, die auf einem Gebiet lagen, auf welches weder der deutsche Generalgouverneur, noch der Einstweilige Staatsrat irgend welchen Einfluß hatten, denn gerade in dieser Zeit, in welcher der erste praktische Versuch zur Zusammenarbeit in der von beiden Seiten erstrebten Lösung der polnischen Frage gemacht werden sollte, begann jene völlige politische Verlagerung in der polnischen Frage selbst, die bedingt war durch die russische Revolution, durch den Thronwechsel in Österreich-Ungarn und durch das Eingreifen der Vereinigten Staaten in den Krieg, — jene Verlagerung, welche die Handlungsfreiheit in immer stärkerem Maße von der Seite der Zentralmächte auf die Seite der Entente und aus den Händen des Einstweiligen Staatsrats

in die Hände der Lausanner Agentur und später des Pariser Polnischen Nationalkomités hinüber gleiten ließ.

5. Die politische Verlagerung der polnischen Frage.

Der Akt vom 5. November hatte, wie wir gesehen haben, in Rußland nur ein schwaches Echo gefunden und die Besorgnis der übrigen Entente-Mächte, daß der russische Verbündete aus der Reihe tanzen könnte, war trotz des Armeebefehls des Zaren vom 25. Dezember 1916 durchaus nicht geringer geworden. Die russische Diplomatie aber war sich dieser Stärke ihrer Stellung nach wie vor bewußt und benutzte sie in geschickter Weise bis zum letzten Augenblick dazu, um von den Verbündeten immer neue Zusicherungen zu erhalten. Am 6. November hatte der Zar dem englischen Botschafter erklärt, daß die Deutschen ihm Konstantinopel angeboten hätten, — es war also, wie Askenazy bemerkt, dieselbe Lage entstanden, wie z. Zt. Alexanders III., als man in Petersburg mit der Behauptung gearbeitet hatte, daß nur Deutschland allein im Stande sei, den Russen Konstantinopel zu verschaffen, weil es nur die Türken ihrem Schicksal zu überlassen brauche, wenn Rußland sich bereit erkläre, sofort den Friedensvertrag zu unterzeichnen. Unter solchen Auspicien trat Ende Januar 1917 in Petersburg die regelmäßige interalliierte Konferenz zusammen, in deren Verlauf der erste Delegierte Frankreichs, Doumergue, dem Zaren bei einer Audienz am 3. Februar die Wünsche Frankreichs für eine kommende Friedenskonferenz unterbreitete. Frankreich verlangte das Einverständnis Rußlands mit der Abtretung und Einverleibung Elsaß-Lothringens und des Saargebiets, sowie mit der Besetzung und Abtrennung des linksrheinischen Gebiets und Doumergue erhielt für diese Forderungen auch die grundsätzliche Zustimmung des Zaren. Während der Verhandlungen machte Sasanow, der inzwischen Botschafter in London geworden war und als solcher an der Konferenz teilnahm, den russischen Außenminister Pokrowski auf die Instruktion aufmerksam, die er am 8. März 1916 dem russischen Botschafter Iswolski in Paris erteilt hatte und schlug vor, als Gegenleistung von Frankreich zu fordern, daß es schon jetzt Rußland formell das ausschließliche Recht zugestehe, seine Grenzen gegen Deutschland und Österreich nach eigenem Ermessen festzusetzen. Pokrowski besprach die Angelegenheit mit Doumergue und Paléologue, die beide unter dem Eindruck der tatsächlich gefährlichen Petersburger Stimmung und der unbestimmten Haltung des Zaren standen, und schickte am 12. Februar ein Telegramm an Iwolski, in welchem er diesem empfahl, unter Berufung auf die Instruktion

Sasanow's Herrn Briand als Bedingung für die Annahme der linksrheinischen Wünsche Frankreichs durch Rußland die Forderung zu stellen, daß Frankreich dem russischen Verbündeten bei der Festsetzung seiner Grenzen gegen Deutschland und Österreich völlig freie Hand lasse. Schon am 13. Februar konnte Iswolski telegraphieren, daß die französische Regierung auf diese Bedingung eingehe, und am 14. Februar übergab Paléologue in Petersburg an Pokrowski eine Note, in welcher die vier linksrheinischen Wünsche genau präzisiert waren, worauf er noch an demselben Tag von Pokrowski die Antwort erhielt, daß die französische Regierung „peut compter sur l'appui du gouvernement impérial pour la réalisation de ses desseins." Nach der Rückkehr Doumergue's aus Petersburg bestätigte Briand in einer Note an Iswolski am 11. März nochmals das Einverständnis Frankreichs mit der Annexion Konstantinopels und der Dardanellen durch Rußland und nahm gleichzeitig die neue, von Rußland gestellte Bedingung an, Frankreich reconnaît à la Russie la complète liberté de fixer à son gré ses frontières occidentales"[182]).

Diese Note traf in Petersburg am 12. März ein, sie kam also nicht mehr in die Hände Pokrowski's, sondern in die des Außenministers der ersten Revolutionsregierung, Miljukow, der als entschiedener Gegner der Idee eines unabhängigen polnischen Staates galt und nur bereit war, den Polen eine auf ethnographisches Gebiet beschränkte Autonomie zu gewähren. Wenn sich die russische Regierung dann doch zu der Kundgebung an das polnische Volk vom 29. März entschlossen hat, dann ist das unter einem doppelten Druck geschehen, nämlich unter dem Druck der Konkurrenz des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrats, der schon am 27. März in einem Aufruf an das polnische Volk diesem die volle Unabhängigkeit versprochen hatte und hinter welchem die Regierung der Kadetten nicht zurückbleiben durfte, und vor allen Dingen unter dem Druck Englands. Dmowski schildert die stark pessimistische Stimmung, die in den Kreisen der Lausanner Agentur in Folge der russischen Revolution herrschte, weil man dort einen „paix blanche" fürchtete, denn „Außenminister in Rußland war Miljukow geworden, der in der polnischen Frage den Standpunkt der früheren Regierung teilte, nämlich eine Autonomie für das Königreich, aber so, daß das liberale Rußland dem autonomen Polen befehlen sollte, wie es sich zu regieren hätte. Miljukow war sogar fähig, der ganzen Welt zu verkünden, daß über die Zukunft Polens nach dem Krieg entweder die Duma oder eine russische Konstituante entscheiden würde. Man kann sich vorstellen, welche Wirkung das in ganz Polen gehabt hätte und wie es den Deutschen gelegen gekommen wäre"[183]). Aus solchen Befürchtungen heraus hatte Dmowski am 25. März eine Unterredung mit Balfour, in welcher er auf die Gefahr hinwies und eine ge-

meinsame Erklärung der Alliierten zu Gunsten eines vereinigten und unabhängigen polnischen Staates anregte. Balfour ließ durch den Petersburger Botschafter sondieren, erhielt aber eine ablehnende Antwort, weil die Gefahr bestehe, daß ein unabhängiges Polen sich an die Seite Deutschlands stelle und weil keine Sicherheit dafür vorhanden wäre, daß dieses neue Polen später nicht etwa Ansprüche auf rein russische Gebiete erhebe. Erst auf einen nochmaligen starken Druck des englischen Botschafters Buchanan, der gerade zu der Partei der Kadetten besonders gute Beziehungen hatte, entschloß sich die Regierung des Fürsten Lwow zu der Kundgebung vom 29. März. „So erreichte es die vereinigte Tätigkeit der polnischen Vertretung in Rußland und der polnischen Politiker in Westeuropa, energisch unterstützt durch die englische Regierung, dem revolutionären Rußland als Antwort auf den österreichisch-deutschen Akt vom 5. November die Kundgebung der Einstweiligen Regierung vom 29. März zu entreißen. Wir sagen „entreißen", denn die ersten nach dieser Richtung hin unternommenen Versuche stießen auf den unbedingten Widerstand des neuen Außenministers Miljukow"[184]). In den Kreisen der Alliierten aber beeilte man sich, der neuen russischen Regierung für ihre Bereitwilligkeit, den Krieg fortzusetzen, zu danken, am 4. April ergingen von London, Paris und Rom aus übereinstimmende Telegramme und am 15. April betonte man in einer gemeinsamen Erklärung die wiederhergestellte völlige Einmütigkeit der Entente.

Von diesem Druck Englands wußte man in Polen nichts, man erblickte in dem Aufruf vielmehr eine spontane Willensäußerung des neuen Rußland und ein Echo auf die Botschaft Wilsons vom 23. Januar, in welcher er ebenfalls von einem „united, independent and autonomous Poland" gesprochen hatte, deshalb aber wirkte die Kundgebung auch auf die Polen so alarmierend. Wenn die Kreise des Petersburger Polnischen Nationalkomités so lange immer wieder auf die Empfindlichkeit Rußlands in der polnischen Frage hatten Rücksicht nehmen müssen, dann brauchte man sich einen solchen Zwang jetzt nicht mehr aufzulegen, und der Aufruf, mit welchem das Komité am 18. April an die Öffentlichkeit trat, zeigt die veränderte Lage mit aller Deutlichkeit. Die Unabhängigkeit Polens, so erklärte man, sei nunmehr von drei Seiten öffentlich anerkannt worden, nämlich von den Zentralmächten, von Wilson und von der russischen Regierung, dadurch aber sei die Lösung der polnischen Frage nicht nur eine Forderung der Gerechtigkeit gegenüber dem polnischen Volk geworden, sondern sie liege von jetzt ab auch im öffentlichen Weltinteresse. Man dürfe sich deshalb auch nicht mehr mit irgend welchen halben Maßnahmen begnügen oder etwa das, was heute schon durchaus spruchreif sei, erst einer kommenden Zeit überlassen, sondern man müsse sofort handeln. Für eine solche ge-

steigerte Aktivität aber schien sich gerade damals eine besonders günstige Gelegenheit zu bieten, denn bei dem Zerfall der russischen Heeresformationen, wie er im Gefolge der Revolution sich sehr bald zeigte, hatten auch die zahlreichen, in den russischen Heeren dienenden polnischen Soldaten die Gelegenheit benutzt und sich zu einem besondern Polnischen Soldatenbund zusammengeschlossen. Mit diesem nahmen die in dem Nationalkomité vereinigten passivistischen Kreise sofort Fühlung, um aus diesen Mannschaften ein eigenes polnisches Heer zu bilden und mit ihm an der Seite Rußlands im Kampf gegen die Zentralmächte das Königreich wieder zu erobern, denn die neue russische Regierung hatte in ihrem Aufruf ausdrücklich erklärt, daß sie dem Bündnis mit den Alliierten treu bleiben werde und hatte die Polen zum Kampf um die gemeinsame Freiheit aufgerufen.

Eine ganz andere Wirkung wiederum hatte die russische Revolution auf die Kreise der polnischen Sozialdemokraten nicht nur in Rußland selbst, sondern auch in dem Königreich, sie begrüßten sowohl den Aufruf des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrats, wie auch die Kundgebung der Revolutionsregierung mit besonderer Freude, weil sie in ihnen den Beweis dafür sahen, daß Rußland jetzt das Programm aufgenommen hatte, für welches gerade die polnischen Sozialisten so lange vergeblich gekämpft hatten, aber sie forderten, daß sich ihre Vertreter so schnell wie möglich mit den Russen auf dem neutralen Boden Schwedens treffen und über ein neues Bündnis zwischen den beiden Ländern verhandeln sollten. In Frankreich und England erkannte man die darin liegende Gefahr und sperrte die Grenzen gegen die russische Propaganda, während sie in die deutschen und österreichischen Heere eindringen und ihre Zersetzungsarbeit treiben konnte.

Die Vorgänge in Rußland alarmierten aber auch die polnischen Aktivisten, nur daß man in diesen Kreisen den russischen Verheißungen gegenüber vorsichtiger war, weil man wußte, daß diese Versprechungen gar nicht erfüllt werden konnten, solange die Alliierten nicht einen wirklich entscheidenden Sieg über die Zentralmächte davongetragen hätten, gerade das aber erschien bei der damaligen militärischen Lage unmöglich. In diesen Kreisen rechnete man vielmehr damit, daß der Krieg schließlich im günstigsten Fall eine „partie remise“ werden könnte und daß die Westmächte dann, wie sie es im Lauf der Geschichte schon öfters getan hätten, die polnische Frage rücksichtslos wieder ihren eigenen Interessen opfern würden. „Die Wiederherstellung eines unabhängigen und vereinigten Polen war für keinen der Alliierten ein Kriegsziel und bildete, wenigstens in jener Zeit, auch für keinen von ihnen eine unerläßliche Bedingung für die Sicherheit Europas nach dem Kriege. Man mußte also befürch-

ten, daß im Fall eines unsichern Sieges jeder von ihnen nur darauf bedacht sein würde, sich die Verwirklichung seiner eigenen Kriegsziele zu sichern. England würde die Vorherrschaft zur See und das koloniale Empire suchen, Frankreich Elsaß-Lothringen, den Wiederaufbau der verwüsteten Provinzen und die Garantie der russischen Hilfe gegen etwaige Revanchegelüste Deutschlands, Italien seine Irredenta, Rußland viel mehr Konstantinopel und die Dardanellen, als die Befreiung Polens. Konnte man unter solchen Umständen erwarten, daß das Ansehen der Vereinigten Staaten, die als uninteressierte Verteidiger der Gerechtigkeit galten, allein ausreichen würde, um die Zentralmächte zu einer Regelung der polnischen Frage in weiterem Umfang zu zwingen? Noch ungünstiger sah die Zukunft aus im Fall einer unentschiedenen Partie. Und die Siegesaussichten waren unsicher. Die Erfolge der alliierten Heere an der Westfront, die ein Ergebnis des deutschen Rückzugs vor St. Quentin waren, sie waren zweifellos wertvoll, aber keinesfalls entscheidend. Die deutschen Heere reagierten sehr stark. Die italienischen Erfolge waren ebenfalls nur Teilerfolge, der seit Ende Januar besonders heftig geführte U-Boot-Krieg brachte den Deutschen, trotz allem, eindrucksvolle Ergebnisse, die im gegebenen Augenblick anscheinend ausreichen würden, um das tatsächliche Eingreifen der Vereinigten Staaten unmöglich zu machen“[185]). Aus solchen sehr nüchternen Überlegungen heraus zogen die Aktivisten die Folgerung, daß man unter den gegebenen Verhältnissen mit verstärkter Kraft daran arbeiten müsse, so schnell wie möglich vollendete Tatsachen, nämlich eine polnische Regierung und ein polnisches Heer zu schaffen, um auf alle Fälle gesichert zu sein. Wenn nämlich die Alliierten wider Erwarten doch noch siegen sollten, dann würden sie einen schon im Aufbau begriffenen polnischen Staat schließlich doch anerkennen müssen, weil man eine vorhandene polnische Regierung nicht ohne weiteres wieder beseitigen und ein schon bestehendes polnisches Heer nicht wieder zerschlagen konnte, ohne damit Deutschland in die Hände zu arbeiten, wenn es aber zu einem deutsch-österreichisch-russischen Sonderfrieden kommen sollte, dann würde die Tatsache, daß die Anfänge eines polnischen Staates schon vorhanden waren, erst recht eine Garantie dafür sein, daß die am 5. November 1916 gegebenen feierlichen Versprechungen der Zentralmächte nicht wieder zurückgezogen werden konnten[186]). Die Möglichkeit eines solchen Sonderfriedens aber war gerade damals durchaus vorhanden. Filasiewicz gibt den Wortlaut eines Telegramms wieder, welches das Mitglied des Schweizer Bundesrats, Hoffmann, am 3. Juni 1917 an den Schweizer Staatsrat Grimm sandte, der sich zu jener Zeit in Moskau aufhielt: „Es wird von Deutschland keine Offensive unternommen werden, so lange mit Rußland gütliche Einigung möglich erscheint. Aus wiederholten Besprechungen mit prominenten Per-

sönlichkeiten bin ich überzeugt, daß Deutschland einen für beide Teile vorteilhaften Frieden anstrebt mit künftigen regen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen und finanzieller Unterstützung für den Wiederaufbau Rußlands. Nichteinmischung in Rußlands innere Verhältnisse, freundschaftliche Verständigung über Polen, Litauen, Kurland unter Berücksichtigung ihrer völkischen Eigenart. Rückgabe besetzten Gebiets gegen Rückgabe von Rußland besetzten Gebiets an Österreich. Bin überzeugt, daß Deutschland und seine Verbündeten auf den Wunsch von Rußlands Verbündeten sofort in Friedensverhandlungen eintreten würden"[187]). Auf diesem politischen Hintergrund erst gewinnen die Beschlüsse des Einstweiligen Staatsrats vom 6. April ihre Bedeutung. Sie betonen Rußland gegenüber die unbedingte Neutralität des polnischen Staates und sie drängen die Zentralmächte zur beschleunigten Errichtung eines solchen Staates, zur Bildung einer polnischen Regierung und zur Bestellung eines Regenten. Von hier aus versteht man auch erst den Beschluß vom 26. April, trotz aller Bedenken doch den Werbeaufruf zu erlassen, — man wollte vollzogene Tatsachen schaffen, um keine unliebsamen Überraschungen zu erleben.

So hatte also die russische Revolution die politischen Kämpfe unter den Polen selbst nur noch verschärft, diese Kämpfe aber gingen zunächst um die Aufstellung eines polnischen Heeres in Rußland. Wenn es den Passivisten wirklich gelingen sollte, wie sie beabsichtigten, ein eigenes polnisches Heer aufzustellen und mit ihm an der Seite Rußlands gegen die Zentralmächte zu kämpfen, dann war die von den Aktivisten propagierte Politik eines neutralen polnischen Staates unmöglich geworden, ein solches Heer durfte also nicht entstehen. In dieser Ablehnung eines besondern polnischen Heeres aber begegneten sich die polnischen Aktivisten mit den russischen Demokraten, wenn diese auch aus ganz andern Gründen einen derartigen Gedanken bekämpften. Auf der großen Vertretertagung des Polnischen Soldatenbundes am 7. Juni kam der Kampf zur Entscheidung. Nach heftigen Debatten verließen die Demokraten und Sozialisten die Versammlung und die Nationaldemokraten beschlossen die Ausgliederung der polnischen Soldaten aus den russischen Heeren und die Bildung besonderer polnischer Formationen. Zwar widersetzte sich Kerenski der Durchführung dieses Beschlusses entschieden, weil die auf diese Weise ausgegliederten Soldaten der revolutionären Regierung in ihrem Kampf für die Revolution verloren gingen, schließlich aber willigte das russische Heereskommando doch in die Bildung besonderer polnischer Korps und ernannte den General Dowbór-Muśnicki zu ihrem Befehlshaber. Irgend welche Rolle in dem Krieg haben diese Truppen jedoch niemals gespielt, sie haben sich später kampflos von den Deutschen entwaffnen lassen. Der

Einstweilige Staatsrat aber betonte auch in diesem Fall seine unbedingte Neutralität, und zwar dies Mal in seiner Eigenschaft als polnische Regierung, er faßte am 14. Juni den schon erwähnten Beschluß, daß alle etwa im Ausland gebildeten polnischen Truppenformationen keinen politischen Charakter tragen und in dem gegenwärtigen Krieg nicht mehr eingesetzt werden dürften, weil dadurch seine eigenen politischen Kreise empfindlich gestört worden wären.

Noch stärker waren die Wirkungen, welche die Vorgänge in Rußland auf die österreichischen Polen ausübten, denn hier führten sie zu einem fast völligen Frontwechsel, der allerdings zum größten Teil eine Folge der Haltung war, welche die österreichische Regierung während dieser Zeit in der polnischen Frage einnahm. Für den Nachfolger Franz Josefs sowohl, wie auch für seinen außenpolitischen Ratgeber, Czernin, war die polnische Frage nur noch ein Mittel zum Zweck, sei es, daß sie Deutschland gegenüber als Handelsobjekt dienen sollte, um dieses zur Abtretung von Elsaß-Lothringen an Frankreich zu veranlassen und dadurch einen schnellen Frieden zu erkaufen, sei es, daß Czernin durch sie seine Geschäfte auf dem Balkan machen und Rumänien für die Habsburgische Monarchie erwerben wollte. Dieser Richtungswechsel in der österreichischen Polenpolitik wurde eingeleitet durch die unmittelbar nach Czernins Amtsantritt erfolgte Verständigung zwischen ihm und Tisza über ein gemeinsames Vorgehen in der polnischen Frage und er trat bereits deutlich in Erscheinung bei der Ende Januar 1917 stattfindenden Kabinettssitzung, in welcher der neue österreichische Ministerpräsident, Clam-Martinitz, wieder den Gedanken einer Vereinigung der österreichischen und russischen Polen unter dem Zepter Habsburgs angeregt hatte. Czernin warnte entschieden davor, während des Krieges vollendete Tatsachen in der polnischen Frage zu schaffen und Tisza riet sogar, „sich so schnell, wie möglich mit Ehren aus der Affäre zu ziehen, die österreichische Okkupation völlig aufzugeben und sie an die Deutschen gegen wirtschaftliche Kompensationen abzutreten“[188]). In der Tat besteht die österreichische Politik seit dieser Zeit in wiederholten Versuchen, „sich aus der Affäre zu ziehen“, nur daß diese Versuche nicht immer „in Ehren“ gewesen sind, wenigstens nicht gegenüber dem deutschen Verbündeten. Von jenem berüchtigten Sixtus-Brief im März 1917 über die Verhandlungen in Homburg im April 1917 bis zu den Abmachungen von Kreuznach am 17./18. Mai, überall begegnet uns jetzt das Bestreben, den Krieg so schnell wie möglich zu liquidieren und dabei für Österreich durch geschicktes Ausspielen der polnischen Frage doch noch ein möglichst vorteilhaftes Geschäft herauszuschlagen. Hier sieht Askenazy richtig, wenn er behauptet, daß die russische Revolution für Deutschland militärisch wohl eine Erleichterung, politisch aber

eine beträchtliche Einbuße Österreich gegenüber bedeutet hätte, nicht nur, weil in Folge der Revolution die Möglichkeit eines deutsch-russischen Sonderfriedens wesentlich erschwert war, sondern vor allem deshalb, weil jetzt die Gefahr entstanden war, daß Österreich ihm entschlüpfen könnte, das so lange nur durch die Furcht vor der Rache des zaristischen Rußland an Deutschlands Seite gehalten worden war[189]), eine Gefahr, die durch den Brief Karls von Habsburg nach Paris mit dem Versprechen, Deutschland zur Abtretung von Elsaß-Lothringen zu bewegen, sehr schnell akut geworden war. „Zu derselben Zeit aber, als der in den kaiserlichen Gemächern verborgen gehaltene Abgesandte und Schwager des Monarchen, Prinz Sixtus, geheimnisvolle Beratungen mit dem Kaiser Karl hatte und dessen geheimen Friedensbrief nach Paris nahm, hielt sich der deutsche Kanzler Bethmann-Hollweg in Wien auf, führte geheime Verhandlungen mit Czernin und nahm ein geheimes Abkommen mit nach Berlin. Dieses Abkommen, das sogenannte Wiener Dokument vom März 1917, enthielt die etwaigen für beide Kaisermächte gleichmäßig verpflichtenden Friedensbedingungen, die allerdings den geheimen brieflichen Versicherungen des Kaisers Karl direkt entgegengesetzt waren. Dieses Abkommen setzte nämlich als Minimum des Friedensprogramms den „status quo ante bellum" fest, schloß also eine Rückgabe Elsaß-Lothringens aus"[190]). Wir kennen den Erfolg des Sixtus-Briefes, er wurde von Ribot, dem Nachfolger Briands, sofort an Lloyd George und von diesem an Sonnino mitgeteilt und trug wesentlich zur Verstärkung des italienischen Widerstands bei.

Immerhin mag man in Wien doch eine gewisse Unruhe darüber empfunden haben, daß Deutschland etwa von der Mission des Prinzen Sixtus erfahren könnte, außerdem stand eine neue englisch-französische Offensive an der Westfront bevor, man wußte zwar noch nicht, wie sie ausgehen würde, aber man wußte, daß man, wenn es den Deutschen gelingen sollte, die Offensive wieder abzuweisen, mehr denn je von Deutschland abhängig sein würde. So kam es Anfang April 1917 zu dem Besuch des österreichischen Kaiserpaares im Hauptquartier in Homburg in Begleitung von Czernin und General Arz und zu Verhandlungen, an denen außer dem deutschen Reichskanzler auch Hindenburg und Ludendorff teilnahmen. Hier bot man den Deutschen an, im Interesse eines schnellen Friedensschusses Elsaß-Lothringen an Frankreich abzutreten und versprach dafür den Verzicht auf die österreichische Okkupation und die Abtretung Galiziens, um aus beiden Ländern ein Königreich Polen zu bilden, das entweder in Form eines Bundesverhältnisses oder durch Personalunion mit Deutschland bezw. Preußen verbunden werden sollte. Das Angebot fand jedoch bei den deutschen Stellen keine Gegenliebe, und Czernin unternahm deshalb einen neuen Vorstoß,

um die polnische Frage nach Möglichkeit für Österreich auszuwerten. „Er fuhr in der zweiten Hälfte des Mai (17.18/ Mai) in das Große Hauptquartier nach Kreuznach. Hier ging es nicht mehr um die Abtretung von Galizien und Elsaß-Lothringen, sondern um die Lieblingsideen der beiden Hauptpartner der Verhandlungen, Ludendorffs und Czernins, — Kurland und Litauen auf der einen Seite, Rumänien auf der andern Seite. „Falls Deutschland die territoriale Angliederung Kurlands und Litauens, sowie die Anlehnung Polens durchsetzt, ist es einverstanden, daß das besetzte Rumänien in die Einflußsphäre Österreichs fällt. Österreich-Ungarn verzichtet auf ein Kondominium in Polen und wird sich politisch, einschließlich der Eisenbahnen, an dem Königreich Polen desinteressieren“[191]).

Allerdings sah dieses „Sich desinteressieren“ für die österreichische Politik etwas merkwürdig aus. Am 20. April hatte Czernin den polnischen Abgeordneten erklärt, daß die polnische Frage in Folge der russischen Revolution wieder auf die Tagesordnung gekommen sei und daß es verschiedene Wege zu ihrer Lösung gebe. Zwei solcher Wege haben wir kennen gelernt, der wendige Diplomat hatte aber gleichzeitig auch noch eine andere Möglichkeit ins Auge gefaßt und in Warschau eifrig dafür arbeiten lassen. Wir kennen die beiden Beschlüsse des Einstweiligen Staatsrats vom 6. April und 1. Mai, in denen er die Einsetzung eines Regenten gefordert und die Bedingungen genannt hatte, welche der neue polnische Regent erfüllen müsse, (katholisch, der polnischen Sprache mächtig, aus Polen oder einem mit ihm verbündeten Lande stammend und einer regierenden Dynastie angehörend). Alle diese Bedingungen wiesen so eindeutig auf den Erzherzog Karl Stephan hin, daß irgend ein Zweifel überhaupt nicht möglich war. Wie stark aber die österreichische Diplomatie bei diesen Beschlüssen ihre Hand mit im Spiel gehabt hat, geht aus der Mission hervor, in welcher Berchtold und Andrian von Czernin in das Große Hauptquartier nach Homburg geschickt wurden. Über diese Mission berichtete Bethmann in einem Telefon-Telegramm am 10. Mai 1917 an Beseler folgendes: Kaiser Karl habe Berchtold und Andrian nach Homburg geschickt, um dem Kaiser mitzuteilen, daß der Staatsrat eine beschleunigte Erweiterung der Regierungsbefugnisse und vor allem einen katholischen, polnisch sprechenden Regenten fordere. Wenn der deutsche Kaiser mit der Person des Erzherzogs Karl Stephan einverstanden sei, würde Kaiser Karl diesem die Erlaubnis erteilen, die Regentschaft zu übernehmen. Bethmann habe den Eindruck, daß man, um die Zentralmächte zu weitgehendem Entgegenkommen zu veranlassen, in Wien damit gedroht habe, daß aus Polen eine Republik werden könne. Kaiser Wilhelm habe den Wunsch nach einem Regenten abgelehnt, die russische Revolution habe wohl in Polen Unruhe verursacht, aber es sei kein

Grund zu ernsten Besorgnissen vorhanden. Im übrigen dürften in Warschau keine neuen vollendeten Tatsachen geschaffen werden, die geeignet seien, einen Sonderfrieden mit Rußland zu erschweren. Der Kaiser habe die österreichischen Abgesandten an den Reichskanzler und an das A.O.K. gewiesen[162]). So also waren die Rollen zwischen Wien und Warschau verteilt. Österreich erklärte sich bereit, auf die Okkupation zu verzichten und sich an dem Königreich zu desinteressieren, wenn man ihm dafür die Anwartschaft auf Rumänien zusichere, gleichzeitig aber spann die österreichische Diplomatie in Warschau eifrig ihre Fäden, um den Einstweiligen Staatsrat zu den beiden Beschlüssen vom 6. April und 1. Mai zu veranlassen, von Warschau aus malte man das Gespenst einer polnischen Republik an die Wand und Österreich erklärte sich großmütig bereit, diese Furcht zu bannen und einem österreichischen Erzherzog die Erlaubnis zur Übernahme der Regentschaft zu erteilen. Daß ein unter einem Habsburger stehender polnischer Soldat selbst dann, wenn Österreich sich formell als desinteressiert erklärte, immer wesentlich stärker nach der österreichischen als nach der deutschen Seite hinüber neigen und eine starke Anziehungskraft auch auf die Polen des preußischen Gebietsanteils ausüben würde, war bei dieser ganzen Berechnung ein nicht gerade fern liegender Gedanke.

Einen besonders starken Auftrieb aber erhielten die Hoffnungen der galizischen Polen durch die russische Revolution. Bald nach dem Handschreiben Franz Josefs, in welchem der Ministerpräsident mit den Vorarbeiten für eine erweiterte Autonomie Galiziens beauftragt worden war, hatte auch der Klub der polnischen Abgeordneten die Beratungen über ein solches Gesetz in Angriff genommen und die Arbeiten waren Mitte März 1917 zu einem Abschluß gekommen. Biliński überreichte die Vorschläge der Regierung und sprach dabei im Namen der Polen den Wunsch aus, das Gesetz ohne Mitwirkung des Parlaments, also nur durch einen kaiserlichen Willensakt in Kraft zu setzen, weil die Polen bei den Beratungen Schwierigkeiten von Seiten der Deutschen fürchteten. Bald änderte sich jedoch die Stimmung im polnischen Lager und der Wert der verheißenen Autonomie begann immer mehr zu sinken. Wenn die österreichische Regierung am 15. April erklärt hatte, daß auch sie, ebenso wie die neue russische Regierung, einen dauernden Frieden auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker wünsche und wenn Czernin wenige Tage später ihnen die Versicherung gegeben hatte, daß die polnische Frage jetzt wieder auf die Tagesordnung gekommen sei, warum sollte man sich dann schon jetzt festlegen und sich mit einer erweiterten Autonomie für Galizien begnügen, wenn es möglich erschien, nicht nur das Königreich, sondern auch noch das Teschener Schlesien im Wege einer Volksabstimmung

zu gewinnen? So gewann die Forderung nach einer völligen Neuorientierung der österreichischen Politik in der polnischen Frage eine immer größere Zahl von Anhängern und die Unzufriedenheit mit der bisherigen Politik wuchs. Jetzt aber erklärte die Regierung plötzlich, daß sie sich entschlossen habe, das Gesetz über die Autonomie doch dem Parlament vorzulegen, das aber bedeutete für die Polen zum mindesten eine weitere Verzögerung, wenn nicht eine starke Änderung ihrer Vorschläge. Sie entschlossen sich deshalb, der Regierung den Kampf anzusagen. Am 2. Mai unterzog Biliński, der im November dem Kaiser im Namen der Polen mit fast überschwänglichen Worten für die in dem Handschreiben gemachten Versprechungen gedankt hatte, in einem kleinen Kreis von Abgeordneten, aber in Gegenwart fast des gesamten Kabinetts, die Polenpolitik der Regierung einer sehr scharfen Kritik und wies darauf hin, daß die Volksstimmung in Galizien in Folge der russischen Revolution und der rigorosen Maßnahmen der Regierung eine ausgesprochen österreichfeindliche geworden sei, am 5. Mai konnte sich Karl von Österreich bei seinem ersten Besuch in Krakau persönlich von dieser Volksstimmung überzeugen und Biliński, der als Vorsitzender des polnischen Abgeordnetenklubs zu dieser Reise geraten hatte, mußte von seinem Amt zurücktreten, am 9. Mai verlangten mehr als 200 Dozenten der Krakauer und Lemberger Universität von den polnischen Abgeordneten ein entscheidendes Vorgehen in der polnischen Frage und ihnen folgten mehr als 800 polnische Geistliche mit derselben Forderung. So kam es zu der Erklärung des polnischen Abgeordnetenklubs am 16. Mai, deren Veröffentlichung zunächst verboten wurde, in welcher ein vereinigtes Polen mit einem Zugang zur See gefordert, der internationale Charakter der polnischen Frage betont und die Hoffnung ausgesprochen wurde, „daß der uns gnädig gesinnte Kaiser von Österreich diese Angelegenheit in seine Hände nehmen werde". Am 28. Mai fand in Krakau unter Beteiligung aller polnischen Abgeordneten die entscheidende Sitzung statt, an welcher auch Vertreter des Einstweiligen Staatsrats und der Warschauer Passivisten teilnahmen. Die am 15. Mai beschlossene Erklärung wurde in ihren beiden ersten Absätzen einstimmig angenommen, der dritte Absatz, in welchem die Hoffnung auf den Kaiser von Österreich zum Ausdruck kommen sollte, wurde während der Beratungen zurückgezogen, weil er keine Aussicht auf Annahme hatte, die Begeisterung war allgemein. Auch die Konservativen, die sich am 15. Mai der Stimme enthalten hatten, sahen sich am 28. Mai, „terrorisiert durch die Mobilisierung der Straße", gezwungen, der Erklärung beizustimmen, sie erreichten jedoch, daß man die ursprüngliche Fassung des Antrags „ein vereinigtes Polen" in die Worte „ein unabhängiges Polen" abänderte. In den Kreisen der Passivisten des Königreichs wurde dieser Beschluß mit heller Freude begrüßt und

auch die Sozialdemokraten traten den Forderungen nach Vereinigung der polnischen Länder bei, — der Sieg der den Zentralmächten feindlichen Stimmung schien allgemein.

Auch von dem Einstweiligen Staatsrat forderte man, daß er sich mit den Krakauer Beschlüssen solidarisch erkläre, hier beurteilte man die ganze Angelegenheit jedoch wesentlich ruhiger. Der Vizemarschall des Staatsrats, der persönlich an der Versammlung in Krakau teilgenommen hatte, berichtete über seine Eindrücke und erklärte, daß in Galizien allgemeine Zufriedenheit über diese Beschlüsse herrsche. Die Gründe für einen solchen völligen Umschwung der öffentlichen polnischen Meinung seien in den Erfahrungen zu suchen, welche die Polen in den letzten drei Jahren mit der österreichischen Regierung gemacht hätten und in der allgemeinen Empörung über die Art, wie sich die österreichischen Behörden gegenüber der in Galizien herrschenden Hungersnot verhalten hätten. Außerdem aber fühle man in Galizien, daß man Gefahr laufe, in der internationalen Politik in das Hintertreffen zu geraten und deshalb habe man sich entschlossen, dies Mal lieber mit der allgemeinen Volksstimmung Hand in Hand zu gehen. Ob die Urheber der Krakauer Beschlüsse sich darüber klar seien, wie man die Aktion weiter führen wolle, sei nicht bekannt, Einigkeit sei jedenfalls unter ihnen nicht vorhanden, wohl aber seien einzelne von einem optimistischen Opportunismus gegenüber der österreichischen Regierung erfüllt[194]). In der folgenden Debatte beurteilte auch Piłsudski diesen Umschwung der öffentlichen Meinung in Galizien recht skeptisch, wenn er erklärte, daß man dort geglaubt habe, mit dem Zeitpunkt, in welchem man zur Opposition übergehe, ein Maximalprogramm aufstellen zu müssen, um ein Minimum an Fortschritten zu erreichen. Es sei deshalb auch nicht verwunderlich, wenn die galizische Opposition keinen klaren Plan habe, denn selbst diejenigen, welche einen polnischen Staat in Verbindung mit den Zentralmächten errichten wollten, besäßen einen bestimmten Plan nicht, man lege vielmehr die ganze Angelegenheit in die Hände dieser Mächte und sage sich „Irgend etwas wird schon werden“[195]). Der Staatsrat trat deshalb den Krakauer Beschlüssen nicht bei, er erklärte vielmehr, daß nach seiner Überzeugung der Krieg mit einem Verständigungsfrieden endigen werde und daß alle diejenigen Fragen, welche durch den bisherigen Verlauf der kriegerischen Ereignisse noch nicht entschieden wären, auch keine Aussicht hätten, auf dem kommenden Friedenskongreß gelöst zu werden. „Wir haben deshalb auch keine Aussicht, Posen zu gewinnen, und deshalb kann man die Krakauer Beschlüsse nicht für glücklich halten. Dagegen eröffnen sich uns in Folge der Proklamation des Grundsatzes der Selbstbestimmung und der Losung „Keine Annexionen“ weite Perspektiven im Osten. Wir können mit dem Kopf nicht durch die Mauer im Westen, eine Aus-

dehnung nach zwei Fronten hin aber ist unmöglich, man muß also wählen und sich entscheiden, ob die polnische Staatsräson uns nach Osten oder nach Westen weist“[106]). Zwar drohten in Folge dieses Beschlusses die Sozialdemokraten und die Volksparteiler mit ihrem Austritt und einige Mitglieder legten in der Tat ihre Mandate nieder, der Staatsrat war jedoch entschlossen, auch gegen eine starke Strömung in der polnischen Öffentlichkeit diejenige Politik weiter zu führen, die er im Interesse der Zukunft des polnischen Staates für richtig hielt, diese Politik aber verlangte, so schnell wie möglich alle diejenigen Grundlagen zu schaffen, welche eine Garantie dafür boten, daß man auch bei dem kommenden Friedenskongreß nicht mehr über den im Aufbau begriffenen polnischen Staat zur Tagesordnung werde hinweggehen können.

In Deutschland bewahrten die Polen nach wie vor eine abwartende Haltung, die nur von Zeit zu Zeit durch Vorstöße auf parlamentarischem Boden unterbrochen wurde. Den Reigen begann Korfanty am 19. Januar 1917 im preußischen Abgeordnetenhaus mit der Erklärung, daß die Polen sich mit den fortwährenden Versprechungen einer Änderung der preußischen Polenpolitik nicht länger zufrieden geben, sich nicht als Staatsbürger zweiter Klasse behandeln lassen würden. Noch immer müßten sie zu den Fonds der Ansiedlungskommission beitragen, noch immer bestehe das Enteignungsgesetz, noch immer sei die polnische Sprache aus dem amtlichen Verkehr ausgeschlossen und der Etat des preußischen Staates enthalte auch für das neue Jahr dieselben Mittel für antipolnische Maßnahmen, wie in den vorigen Jahren. In seiner Antwort sprach der preußische Innenminister v. Loebell zunächst sein Bedauern darüber aus, daß die polnische Fraktion kein Wort des Dankes für die hochherzige Tat der beiden Kaiser gehabe habe, sondern nur eine kühle Ablehnung und eine scharfe Abrechnung mit ihren politischen Gegnern. Die preußische Regierung sei bemüht, alle Schärfen zu vermeiden und Gesetze, die ihr zur Verfügung stehen, nicht anzuwenden, aber sie halte es für ungehörig und für unmöglich, in Preußen einen Unterschied zwischen deutschen und polnischen Interessen zu machen. Eine ähnlich scharfe Erklärung hatte auch Wl. Seyda am 1. März 1917 im Deutschen Reichstag abgegeben, in welcher er im Namen der Polen dagegen protestierte, wenn etwa nach dem Krieg ganze Nationen oder Teile von ihnen gegen ihren Willen andern Staaten im Wege der Annexion zugeteilt werden sollten. Solche Polendebatten in Berlin waren gewiß keine geeignete Begleitmusik für die Zusammenarbeit, die in Warschau kurz vorher zwischen dem deutschen Generalgouverneur und dem Einstweiligen Staatsrat begonnen hatte, und, um den ungünstigen Eindruck abzuschwächen, kam man in Warschau auf den Gedanken, eine Debatte im Herren-

haus zu inszenieren, für welche die Rollen vorher sorgfältig verteilt wurden. Am 28. März 1917 gab der damalige Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums, v. Breitenbach, eine entgegenkommende Erklärung: „Wenn die Preußische Staatsregierung bisher auf dem Standpunkt gestanden hat, daß dasjenige, was sie für zweckmäßig und nützlich hält, um ihren polnischen Staatsangehörigen entgegenzukommen, erst nach dem Krieg zu geschehen habe und wenn sie diesen Standpunkt jetzt aufgibt, so geschieht dies aus zwei Erwägungen: einmal angesichts der nicht vorausgesehenen langen Dauer des Krieges, sodann aber auch mit Rücksicht auf die völlige Veränderung der polnischen Verhältnisse innerhalb und außerhalb unserer Grenzen. Ich bin in der Lage, im Namen der Königlichen Staatsregierung mitzuteilen, daß sie dem entsprechend auch bereits in Erwägungen über die Aufhebung des Enteignungsgesetzes und über Erleichterungen beim Gebrauch der Muttersprache für die Polen eingetreten ist." (Rückübersetzung aus dem Polnischen). Am folgenden Tag bestätigte Bethmann-Hollweg im Reichstag diese Erklärungen Breitenbachs und fügte hinzu, daß auch diejenigen Fragen der Polenpolitik, die in den Geschäftsbereich des Reichstags gehören, früher erledigt werden sollen, als es die Regierung geplant hatte. Über den Verlauf der Verhandlungen im Herrenhaus wurde Beseler, auf dessen Anregung die Sitzung zu Stande gekommen war, durch Hutten-Czapski sofort unterrichtet, er „war mit der Sitzung, deren Verlauf ich ihm sofort telefonierte, sehr zufrieden. Als ich nach Warschau zurückkam, konnte ich feststellen, daß die Debatte auf die öffentliche Meinung einen beruhigenden Einfluß gehabt hatte. Er konnte aber nicht von Dauer sein, da die von Breitenbach in Aussicht gestellten Reformen nicht durchgeführt wurden. Die Ausführungen Radziwiłłs wiederum fanden die Billigung der Polenfraktion des Reichstags, deren Obmann er war, nicht"[197]). Wir kennen diesen „beruhigenden Einfluß" aus der Erklärung, welche der Staatsrat wenige Tage später den Zentralmächten übermittelte. Auch Seyda gibt uns ein Stimmungsbild über diese Sitzung, das der Wahrheit wohl besser entspricht: „Um so peinlicher aber waren die Polen von dem berührt, was ihre Vertreter im Herrenhaus am 28. März erklärten, als Ferdinand Radziwiłł den in der Proklamation vom 5. November zum Ausdruck gekommenen Gedanken mit Dankbarkeit begrüßte und die Hoffnung aussprach, daß eine gerechte preußische Innenpolitik die Interessen der preußischen Untertanen polnischer Nationalität ausreichend berücksichtigen werde und als Żółtowski die von dem Minister Breitenbach abgegebene Erklärung, daß verschiedene Ausnahmebestimmungen aufgehoben werden sollten, mit der Versicherung beantwortete, die preußischen Polen würden ihre Pflichten immer erfüllen. Die Folge davon war, daß Radziwiłł, der

zugleich Vorsitzender des polnischen Abgeordnetenklubs war, von seinem Posten zurücktreten mußte, den Wl. Seyda erhielt“[198]). Abgesehen aber von solchen parlamentarischen Zwischenfällen herrschte im preußischen Teilgebiet nach wie vor Ruhe, ja, wie Seyda klagt, sogar Gleichgültigkeit. „Diese Gleichgültigkeit ging so weit, daß man über das gesamte Teilgebiet selbst in kulturellen Fragen zur Tagesordnung hinwegging, was den Kurjer Poznański dazu veranlaßte, mit dem Protest an die Öffentlichkeit zu treten: „I my jesteśmy“ (Wir sind auch noch da). Als nämlich die Krakauer Akademie der Wissenschaften auf Veranlassung des Einstweiligen Staatsrats in der zweiten Hälfte des Februar 1917 eine Konferenz einberief, um die polnische Rechtschreibung zu vereinheitlichen, schlug man wohl Vertreter der wissenschaftlichen Welt aus Galizien und dem Königreich vor, den preußischen Gebietsanteil jedoch und seine wissenschaftlichen Einrichtungen in Posen und Thorn vergaß man. Bei dieser Gelegenheit erinnerte der Kurjer Poznański daran, daß im Jahre 1915 in der von dem Krakauer Obersten Komité herausgegebenen Wochenschrift „Polonia“ eine größere statistische Untersuchung eines Dr. Szerer aus Krakau erschienen war, in welcher der Verfasser möglichst genaue Zahlenangaben über die in Galizien, dem Königreich, den russischen Ostprovinzen und den europäischen Hauptstädten lebenden Polen machte und bei dem preußischen Teilgebiet zu dem Ergebnis kam „Non sunt“. Der Kurjer Poznański erklärte deshalb: „Tu byliśmy przed lat tysiącem i jesteśmy.“ (Hier waren wir vor 1000 Jahren und hier sind wir)[199]). Jedenfalls ein interessantes Zeugnis von polnischer Seite für die mit so viel Nachdruck vorgetragene These von dem „urpolnischen Charakter des preußischen Teilgebiets!“

Und trotzdem zeigte sich gerade in der Zeit vom November 1916 bis August 1917 auch in Deutschland eine starke Verlagerung in der polnischen Frage. Die von Anfang an recht schwache Stimmung der öffentlichen Meinung für den Akt vom 5. November schwand fast völlig, und an ihre Stelle trat immer entschiedener die Forderung nach realen Garantien für die Sicherheit der deutschen Ostgrenze. Gerade im Frühjahr 1917 begann die immer stärker werdende Diskrepanz zwischen der politischen Zielsetzung Bethmanns und Beselers einerseits und zwischen der von Oberost und besonders von Ludendorff in der polnischen Frage getriebenen Politik immer deutlicher in Erscheinung zu treten, und sie mußte sich natürlich auf die in Warschau getriebene Polenpolitik in höchstem Maße ungünstig auswirken. Wie tief die Gegensätze zwischen Warschau und Oberost von Anfang an auf diesem Gebiet waren, zeigt der Brief Czapski's an Bethmann vom 2. Juni 1916, in welchem er auch vor persönlichen Ausfällen nicht Halt macht: „Auf die Ver-

waltung Litauens haben den größten Einfluß der Landrat v. Brockhusen, York und Fürst Isenburg. Der erstere soll nie im Leben etwas geleistet haben und ist plötzlich als Kardinal Nepote (Brockhusen war der Schwiegersohn Hindenburgs), gezwungen, auf den verschiedensten und ihm fremden Gebieten wichtige Entscheidungen zu treffen. York ist gewiß ein besonders vielseitiger und gebildeter Mann und Isenburg ein energischer und auch intelligenter Mensch; beide leben aber in einer Welt, die sie sich nach ihren Wünschen und Träumen zurechtgelegt haben und verfügen drauflos ohne jede Rücksicht auf die Wirklichkeit“[200]). Für Ludendorff ging es, wie Askenazy betont, darum, in Litauen deutsches Siedlungsland zu gewinnen, dadurch die polnische Gefahr abzubiegen, Polen mit einem von deutschem Einfluß erfüllten Litauen und Weißrußland zu umgeben und es auf diese Weise „abzuschnüren“. Deshalb bekämpfte er die polnischen Einflüsse und suchte die übrigen Nationen (Litauer, Weißrussen und Juden) zu stärken, deshalb trat er auch dafür ein, daß bei der Proklamation vom 5. November das Gouvernement Suwalki aus dem polnischen Gebiet herausgenommen wurde, um an Litauen angegliedert zu werden. Durch die russische Revolution aber erhielt diese Politik einen neuen Auftrieb, auf seine Veranlassung kam deshalb im März 1917 die litauische Erklärung für Deutschland zu Stande, auf sein Betreiben erschien Ende März eine litauische Abordnung in Berlin und erfolgte im April die Übersendung einer litauischen Petition um Anlehnung an Deutschland. „Dieser besondere Eifer gerade in jener Zeit war durchaus verständlich, denn es war die Zeit, in welcher Czernin den Deutschen das freigebige polnische Angebot machte, das den kreuzritterlich-antipolnischen, litauischen Plänen des Generals Ludendorff so ungelegen kam.“ Er veranlaßte deshalb noch im Lauf des April unter Teilnahme des Marschalls Hindenburg in Bingen und Kreuznach drei Beratungen und führte auf ihnen „eine Übereinstimmung der Ansichten“, d. h. die Annahme seiner Formel herbei als eine Art Sicherheitsfaktor für das Kreuznacher Abkommen mit Czernin. Sein Gedanke war die Errichtung eines Herzogtums Kurland und eines Großherzogtums Litauen in engstem Anschluß an Deutschland und in Personalunion mit dem König von Preußen oder dem Kaiser von Deutschland. Deshalb wurde in Oberost der Befehl gegeben, „die polnische Propaganda zu verhindern, dabei aber zu vermeiden, in offenen Widerspruch mit der Politik des Warschauer Generalgouverneurs zu geraten.“ Im Mai 1917 wurde ein besonderer litauischer „Vertrauensrat“ für den Chef der deutschen Verwaltung in Litauen, Fürst Isenburg, gebildet, im Juni begann die letzte russische Offensive Kerenski's, im Juli erfolgte der Sturz Bethmann's, „jetzt brauchte Ludendorff die russische Heeresverwaltung nicht mehr zu fürchten, aber auch jetzt vergaß er nicht Polen. Sowohl die Westmächte, wie auch Piłsudski

hatten die Bedeutung der russischen Revolution für Polen erkannt, die Westmächte wagten es zum ersten Mal, dem von der russischen Revolutionsregierung grundsätzlich verkündeten Gedanken eines unabhängigen Polen öffentlich beizupflichten und Piłsudski zog daraus die praktischen Folgen. Daraus ergaben sich Streitigkeiten innerhalb der Legionen, Eidesverweigerung, Verhaftung Piłsudski's und schließlich die Abgabe der Legionen an Österreich. Dieser Schlag gegen die Legionen entsprach aber in jener Zeit durchaus dem allgemeinen Plan Ludendorffs, er wollte, so weit es möglich war, jetzt die ganze bisherige lavierende und Kompromisse suchende Berlin-Wiener polnische Politik zu Gunsten seiner geradlinigen und rücksichtslosen eigenen Politik liquidieren, deshalb die Abschiebung der Legionen, die Verhaftung Piłsudski's und Ende Juli die Forderung an Michaelis, in Kurland und Litauen eine völkische, und besonders in Litauen eine litauische Politik zu treiben" [201]).

Eine solche weitgehende Divergenz in den Anschauungen der führenden Männer Deutschlands über die Lösung der polnischen Frage konnte auf die öffentliche Meinung nicht ohne Einfluß bleiben, diese aber war in jener Zeit weniger, denn je geneigt, sich um der Zukunft Polens willen den Kopf zu zerbrechen, weil sie andere und größere Sorgen hatte. Das Verlangen nach einem Verständigungsfrieden wuchs in demselben Maße, wie die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes sich vermehrten. Durch das Eingreifen Amerikas in den Krieg schien jede Hoffnung auf einen entscheidenden Endsieg der Zentralmächte vernichtet, die Zeit war reif geworden für die sozialistischen Schlagworte eines völkerverbindenden Pazifismus. Was Dmowski über die Bedeutung der russischen Revolution und der Intervention Amerikas für die Gedankenwelt der Völker in den alliierten Staaten schreibt, traf, „mutatis mutandis" auch für das deutsche Volk zu: „Sowohl die russische Revolution, wie auch das Eingreifen Amerikas in den Krieg gaben dem radikalen Liberalismus neuen Mut und hoben seine Macht innerhalb der Politik der kriegführenden Mächte. Man darf nicht vergessen, daß der radikale Liberalismus im allgemeinen einen ebenso seichten Doktrinarismus in der internationalen Politik bedeutet, wie der unpolitische Pazifismus, deshalb war denn auch gleich bei Beginn dieses, nach unserer Meinung neuen Krieges die Gefahr eines vorzeitigen Friedens viel ernster als je zuvor. Die Gefahr wuchs besonders, als die sozialistischen Elemente, die in jener Zeit in den alliierten Staaten den Kopf hoch trugen, im Verein mit ihren Genossen in den neutralen Ländern eine Propaganda für einen „Frieden ohne Annexion und Entschädigungen" begannen"[202]). Es kann hier völlig dahingestellt bleiben, welche Gründe für die unglückselige Friedensresolution des Deutschen Reichstags im Juli 1917 besonders maß-

gebend gewesen sind und ob, wie Askenazy behauptet, die Berliner oppositionellen Friedensanhänger durch Vermittlung Erzbergers von dem Wiener Ballplatz aus gestützt worden sind, — fest steht, daß sich diese Resolution des Reichstags auch auf die Stellung der Reichsregierung zur polnischen Frage auswirken mußte und ausgewirkt hat. Sie wurde allmählich eine unbequeme Belastung, von welcher man sich am liebsten auf irgend eine erträgliche Weise befreien wollte, in diesem Wunsch aber begegnete man sich mit den neuen Plänen Österreichs.

Mitte August 1917, — wir folgen den Darlegungen Askenazy's, — reiste Michaelis nach Wien, wo sich zu derselben Zeit auch Vertreter der Polen aus Warschau befanden, um die polnische Frage vorwärts zu treiben und eine Art einstweiliger Regierung zu erhalten. Mit beiden Parteien verhandelte Czernin, und mit beiden kam er zu einer Einigung. Den Polen versprach er, ihre Wünsche zu unterstützen, mit Michaelis aber kam er dahin überein, Polen einer Amputation zu unterziehen. Er hatte inzwischen die sogenannte großpolnische Lösung, eine Vereinigung Galiziens mit dem Königreich unter dem Zepter Habsburg, aufgegeben, einmal deshalb, weil er wußte, daß er bei einer solchen Lösung niemals die Zustimmung Deutschlands für seine rumänischen Wünsche erhalten würde, dann aber auch deshalb, weil er Galizien überhaupt nicht mehr an Polen abtreten, sondern es für seine neuen ukrainischen Pläne verwenden wollte. So war er bereit, mit Deutschland auf der Grundlage zu verhandeln, daß er sich mit dem Wunsch der Obersten Heeresleitung auf Abtrennung eines Grenzstreifens von dem Königreich Polen einverstanden erklärte, als Preis für die Überlassung Rumäniens an Österreich, um dann das so beschnittene Polen entweder den Russen, oder dem Erzherzog Karl Stephan zu überlassen. Aber auch Michaelis war mit der Absicht nach Wien gekommen, sowohl die großpolnische Lösung, wie auch die Formel Elsaß-Lothringen-Galizien endgültig verschwinden zu lassen, so daß sich beide Männer auf halbem Weg begegneten. Über das Ergebnis dieser Verhandlungen unterrichtet ein wenige Tage später geschriebener vertraulicher Brief von Michaelis an Czernin, in welchem der deutsche Kanzler die Gefahr eines selbständigen polnischen Staates für Deutschland betont und ihn deshalb ablehnt. Dann aber stellt er die Frage, ob es politisch nicht besser wäre, wenn Deutschland diejenigen Grenzgebiete für sich behielte, die es zur militärischen Sicherung seiner Ostgrenze gebrauche und im übrigen Polen sich selbst überlassen würde, das dann die Möglichkeit hätte, sich wieder an Rußland anzuschließen. „Dieser Gedanke aber war auch der Leitgedanke der Ludendorff'schen Politik. Die erste Etappe sollte die von ihm verlangte Abtretung des Gouvernements Suwalki sein, diese nördliche

Bresche öffnete den Weg für eine weitere Bresche, nämlich für eine westliche, „Knesebeck'sche" von Podlasien bis zu dem Dąbrowoer Kohlenbecken und für eine östliche, nämlich das Cholmer Land, womit gleichzeitig auch der Verlust Ostgaliziens drohte"[203]).

So war der Stand der polnischen Frage bei den Zentralmächten Ende August 1917. Er zeigte nicht nur, daß die Initiative seit dem Akt vom 5. November ihren Händen bereits teilweise entglitten und auf die Polen übergegangen war, sondern auch, daß man sowohl in Berlin, wie in Wien auf jede weitere Initiative zur Verwirklichung der Novemberproklamation verzichtet hatte, in Österreich, weil man von der früher so stark propagierten trialistischen Lösung völlig abgekommen war und mit der polnischen Frage nur noch ein politisches Handelsgeschäft machen wollte, in Deutschland, weil das Mißtrauen, das man in weiten Kreisen von Anfang an gegen die etwaigen Auswirkungen der Novemberproklamation auf die Polen gehabt hatte, durch den Gang der Dinge in Warschau nur zu gerechtfertigt erschien und weil man deshalb eine stärkere Sicherung der deutschen Ostgrenze viel mehr in einer Verbesserung dieser Grenze durch Schaffung eines breiten Grenzgürtels und in einer großzügigen Grenzsiedlung deutscher Bauern sah, als in einem polnischen Kleinstaat, dessen Zuverlässigkeit zum mindesten fragwürdig war und der schon allein durch sein Bestehen immer wieder die Idee der Irredenta bei den Polen des preußischen Teilgebiets geweckt hätte.

Seit der ersten russischen Revolution und seit dem Eintreten Amerikas in den Krieg stand der deutsche Generalgouverneur in Warschau auf einem verlorenen Posten, denn er hatte vor sich eine geschlossene und breite polnische Front, deren Wille zum Widerstand mit jedem Tage wuchs, und er hatte in der Heimat nicht mehr diejenige Unterstützung, die er zur Lösung der ihm gestellten schweren Aufgabe gebrauchte.

„Als die Entente am 10. Januar 1917 auf die Friedensnote Wilsons antwortete und ihre Kriegsziele in allgemeinen Umrissen formulierte, beschränkte sie sich in der polnischen Frage auf die Bemerkung, daß die Absichten des russischen Kaisers klar und deutlich in dem Aufruf zum Ausdruck gekommen seien, den er am 25. Dezember 1916 an Heer und Marine erlassen hätte, sie schob also die Lösung dieser Frage wieder Rußland als ein innenpolitisches Problem zu, wie es schon in dem Telegramm von Briand und Asquith an Stuermer geschehen war"[204]). Auch die Tatsache, daß die russische Revolutionsregierung erst durch den energischen Druck Englands zu ihrem Aufruf an das polnische Volk hatte veranlaßt werden müssen, trug nicht dazu bei, die Alliierten zu einer stärkeren Initiative in der polnischen Frage zu bestimmen, für sie war vielleicht die Erklärung des neuen russischen Kabinetts ungleich wichtiger,

daß es seinen bisherigen Verbündeten auch weiter die Treue halten werde. Dazu kam, daß sich gerade in dieser Zeit in den französischen Heeren starke Zersetzungserscheinungen gezeigt hatten, die zwar durch die rigorosen Maßnahmen Clémenceau's wieder unterdrückt worden waren, aber der Entente doch eine Warnung waren, daß es nicht vorteilhaft sei, ihre eigenen Schwierigkeiten noch durch die polnische Frage zu verstärken. So kann man Dmowski's Worte durchaus verstehen, daß gerade nach der russischen Revolution und nach dem Eingreifen Amerikas für die Polen eine Lage entstanden war, „die für unsere Sache sehr gefährlich war und uns mit einer unbedingten Niederlage bedrohte. Vom polnischen Gesichtspunkt aus betrachtet, bedeutete das Eingreifen Amerikas das Ende eines Krieges und den Beginn eines zweiten. Beendet war der Krieg zwischen den Teilungsmächten, denn Rußland hörte in Folge des Zusammenbruchs seiner Armeen bald auf, eine kriegführende Partei zu sein, aber es begann jetzt der Krieg aller Großmächte der Welt gegen die Teilungsmächte“[205]).

Dieser neuen Lage mußte die Taktik der Lausanner Agentur angepaßt werden. Es kam für sie jetzt darauf an, sich in irgend einer Form in den Kreis der gegen die Zentralmächte kriegführenden Staaten einzuschalten, um die Möglichkeit zu haben, durch ihre diplomatischen Vertretungen bei den eigentlichen Großmächten der Entente diese immer wieder auf die Bedeutung der polnischen Frage für die zukünftige internationale europäische Politik hinzuweisen und, was ebenso wichtig war, zu den Verhandlungen des kommenden Friedenskongresses zugelassen zu werden. Um aber diese außenpolitischen Ziele zu erreichen, mußte die Agentur selbst erst von den Polen aller drei Teilgebiete als ihre offizielle Vertretung gegenüber den Alliierten anerkannt werden, damit sie auf Grund einer solchen Legitimation in der Lage wäre, die polnischen Interessen wirksam zu vertreten. Nach diesen beiden Richtungen hin ging jetzt die Arbeit der polnischen Politiker innerhalb der Lausanner Agentur unter der Führung Dmowski's.

In der Zeit vom 26. Januar bis 2. Februar hatten aus Anlaß der Botschaft Wilsons Beratungen in Lausanne stattgefunden, man schickte zunächst ein Dankestelegramm, um dem amerikanischen Präsidenten für „die hohen Grundsätze“ zu danken, die er für die Lösung der polnischen Frage verkündet habe, und befaßte sich hauptsächlich mit der Frage, wie man die politische Bedeutung der Agentur nach außen hin erweitern und ihre Stellung im Lande selbst stärken könne. Man entschloß sich deshalb zu dem sogenannten „Brief an das Land“. Der von Dmowski entworfene und von der Versammlung gebilligte Brief ging von der Botschaft Wilsons aus, versuchte zu erklären, warum die Alliierten Mächte sich bisher in der

polnischen Frage so zurückhaltend gezeigt hätten und versicherte, daß die polnische Frage von jetzt ab nicht mehr von der Tagesordnung der internationalen Politik verschwinden werde. Im Anschluß daran wurden für die zukünftige Arbeit folgende Leitsätze aufgestellt: 1. „Die polnische Frage kommt jetzt bei den Alliierten und Neutralen in ein Stadium, in welchem sie begründete Aussicht auf eine umfassende Lösung hat, nämlich auf eine Vereinigung aller drei Teilgebiete und auf die Errichtung eines unabhängigen polnischen Staates, der in der Lage ist, sich selbst zu regieren und ein wichtiger Faktor innerhalb der europäischen Politik zu werden." 2. „Am wenigsten bekannt in der öffentlichen Meinung Westeuropas ist die Bedeutung der Weichselmündung mit Danzig, ohne welche eine wirkliche Unabhängigkeit Polens, besonders von Deutschland, nur eine scheinbare ist; die Vereinigung dieser Gebiete mit Polen muß deshalb in dem gegenwärtigen Zeitabschnitt der Hauptgegenstand unserer Tätigkeit sein." 3. „Mit Rücksicht darauf, daß das Fortbestehen der Entente für die polnische Frage eine ganz besondere Bedeutung hat, darf die politische Tätigkeit der Polen die guten Beziehungen innerhalb der Entente nicht stören, besonders nicht die Beziehungen zwischen den Westmächten und Rußland, und das um so mehr, weil gute Beziehungen zu Rußland mit Rücksicht auf unsere Lage und unsere Aufgaben für uns auch nach dem Kriege nötig sein werden." Nach diesem Programm für die Zukunft folgte dann der eigentliche Aufruf an das Land, nämlich die Frage, ob eine Organisation, welche die oben genannten Grundsätze nach außen hin vertritt, sich im geheimen, ohne das öffentlich bekannt zu geben, auf die moralische Unterstützung der Polen in der Heimat verlassen könne, und die Bitte, „daß Ihr dazu beitragt, diese Organisation dadurch zu verstärken, daß Ihr einige einflußreiche Leute aus dem Lande in sie delegiert, und zwar aus jedem Teilgebiet mindestens einen, die sich allerdings bereit erklären müßten, bis zum Ende des Krieges im Ausland zu bleiben und in Gemeinschaft mit uns hier die polnische Sache öffentlich zu vertreten."

Dieser Aufforderung war man auch von Seiten des Einstweiligen Staatsrats gefolgt, und in der Zeit vom 16.—19. Februar fand in Lausanne eine vertrauliche Besprechung statt, an welcher als Vertreter des Staatsrats Graf Ronikier und aus Posen Franz Kwilecki teilnahmen. Es handelte sich bei diesen Besprechungen besonders um die Frage, ob und unter welchen Bedingungen eine Einigung zwischen den Aktivisten und Passivisten im Lande möglich sei, so daß die Lausanner Agentur die Vertretung des gesamten Polentums übernehmen könne. Graf Ronikier umriß den Standpunkt der Aktivisten innerhalb des Königreichs dahin, daß die Werbung für ein polnisches Heer eine Notwendigkeit sei, weil man nur dadurch eine

weitere Verwirklichung der in der Proklamation vom 5. November gegebenen Versprechungen erreichen könne. Wenn die Werbung so weit vorgeschritten sei, daß man den Deutschen handgreifliche Ergebnisse zeigen könnte, dann werde es Zeit sein, von ihnen die Einsetzung eines Regenten zu fordern und zu verlangen, daß das polnische Heer nur auf diesen vereidigt werden dürfe. So, wie die Dinge gegenwärtig im Königreich lägen, sei die Werbung eine unerläßliche Voraussetzung für die Errichtung eines polnischen Staates. Die Alliierten hätten bisher für Polen nichts getan, das Manifest des Großfürsten Nikolaus sei ein leeres Versprechen geblieben, und auch die Botschaft Wilsons betrachte man in weiten Kreisen der Polen nur als eine Art von Gegenzug gegen die Proklamation vom 5. November. Die Polen des Königreichs wollen zunächst nur die Unabhängigkeit, über die Vereinigung der einzelnen Gebietsteile könne man erst dann reden, wenn man ein eigenes und starkes Heer besitze.

In langen Ausführungen versuchten Piltz und Seyda diese Anschauungen zu widerlegen. Die Polen im Königreich und in Galizien hätten den Fehler gemacht, alles auf eine Karte zu setzen, wie aber dann, wenn diese Karte fehlschlage? Gegenwärtig sei der Bruderkampf zwischen Aktivisten und Passivisten allerdings ein Glück, denn er ermögliche es der Lausanner Agentur, die Alliierten immer wieder darauf hinzuweisen, daß nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der Polen auf der Seite der Zentralmächte stehe, man solle deshalb diesen Kampf nach außen hin auch ruhig weiter führen, nur müsse man immer die Möglichkeiten für ein späteres Zusammengehen im Auge behalten. Im Gegensatz zu den Aktivisten sehe man in den bisherigen Erfolgen in der polnischen Frage nur Etappen, die erste Etappe sei das Manifest des Großfürsten gewesen, das der Welt zum ersten Mal ein Programm der Wiedervereinigung Polens verkündet habe, die zweite Etappe habe der Akt vom 5. November gebildet, denn durch ihn sei ein polnischer Staat proklamiert worden, die dritte Etappe werde durch die Botschaft Wilsons gekennzeichnet, der neben der Vereinigung auch die Unabhängigkeit Polens fordere, — dies Programm vertrete man auch in Lausanne. Nicht die Unabhängigkeit könne die Voraussetzung für die Vereinigung sein, sondern erst müsse die Vereinigung erfolgen, dann komme die Unabhängigkeit von selbst. Deshalb sehe man auch in der von Ronikier als günstigste Lösung betrachteten Möglichkeit einer „partie remise“ des Krieges für Polen das größte Unglück, denn nur eine endgültige Niederlage Deutschlands könne den Polen nützen. Im übrigen aber frage man, was denn die neue polnische Armee tun solle, wenn die Alliierten nun ebenfalls die Unabhängigkeit Polens proklamieren würden. Die Antwort war bezeichnend, Ronikier erklärte, daß die

polnische Armee in einem solchen Fall den Kampf gegen Rußland verweigern würde, und als von verschiedenen Seiten die Zwischenbemerkung fiel: „Auch nach der Eidesleistung?“ fügte er hinzu: „Ich würde dann zu Beseler gehen und ihm erklären, daß die Armee unter andern Voraussetzungen aufgestellt und vereidigt worden ist, daß sie also nicht mehr in der Lage ist, gegen diejenigen zu kämpfen, welche den Polen ebenso viel geben, wie die Deutschen, und ich würde ihm weiter vorschlagen, um unliebsame Verschwörungen im Rücken der deutschen Armee zu verhüten, die polnischen Truppen höchstens als Garnisontruppen innerhalb des Landes zu verwenden“[206]).

Zu einer Einigung kam man nicht, immerhin war der „Brief an das Land“, wie wir sehen werden, nicht vergeblich gewesen.

Bei der außenpolitischen Aufgabe, welche die Lausanner Agentur sich gestellt hatte, nämlich die Alliierten davon zu überzeugen, daß ein aus allen drei Teilgebieten gebildeter polnischer Staat im Interesse der europäischen Gesamtpolitik notwendig sei, konnte man sich auf England und Amerika beschränken, nachdem in Frankreich mit Clémenceau ein Mann an die Spitze der Regierung gekommen war, den schon sein Haß gegen Deutschland allein zum prädestinierten Anwalt aller polnischen Unabhängigkeitsansprüche machte, die auf Kosten der Deutschen gingen, um so intensiver aber mußte die Propaganda für einen solchen Gedanken in den beiden angelsächsischen Ländern getrieben werden, denn „zwei englisch sprechende Nationen, eine europäisch, aber in weiten Kreisen mit den mitteleuropäischen Fragen wenig bekannt, die andere, amerikanisch, völlig unwissend in diesen Dingen, sie waren für die Propaganda eines Friedens ohne Annexionen besonders geeignet, weil die öffentliche Meinung dieser beiden Nationen, besonders der amerikanischen, sich darüber nicht klar war, daß eine solche Formel einen großen Sieg Deutschlands bedeuten würde. Deshalb hatte die pazifistische Propaganda auch gerade diese beiden Länder besonders in das Auge gefaßt“[207]). Aus solchen Befüchtungen heraus schrieb Dmowski seine „Problems of Central and Eastern Europe“, die er Balfour überreichte und in welchen er die internationale Bedeutung der polnischen Frage für die Alliierten darzulegen versuchte. Die Leitgedanken sind folgende: Bei Beginn des 20. Jahrhunderts war die internationale politische Lage so, daß die deutsche Übermacht ganz Europa bedrohte. Wenn das europäische Gleichgewicht wieder hergestellt werden soll, muß die deutsche Übermacht vernichtet werden, das wirksamste Mittel dazu aber ist die Errichtung eines unabhängigen polnischen Staates, und zwar eines solchen, der stark genug ist, seine Stellung neben Deutschland nicht nur zu behaupten, sondern auch einen Damm gegen die deutschen Ausdehnungsgelüste zu

bilden. Das Bestehen eines solchen polnischen Staates hemmt das Anwachsen der deutschen Macht in Mitteleuropa, es macht ihr Vordringen nach dem Balkan und nach Kleinasien unmöglich und trennt Rußland von dem deutschen Einfluß. Die Schrift wurde von Balfour auf seiner Propagandareise nach Amerika mitgenommen, dort vervielfältigt und unter die führenden Staatsmänner und Politiker verteilt.

Die eigentliche Propagandaarbeit in Amerika lag jedoch in den Händen Paderewskis. Übereinstimmend wird von polnischer Seite zugestanden, daß die Aufnahme des Passus von einem „united, independent and autonomous Poland" in die Botschaft Wilsons hauptsächlich ein Verdienst Paderewskis gewesen ist, der sowohl durch die Organisierung der Polen in Amerika, wie auch durch seinen persönlichen Einfluß auf den Präsidenten und seine Umgebung viel dazu beigetragen hat. Vielleicht hat sich Wilson auch den amerikanischen Polen gegenüber verpflichtet gefühlt, denn „eine Berechnung der Stimmen bei der zweiten Wahl Wilsons zum Präsidenten zeigte, daß er nicht gewählt worden wäre, wenn einige Mittelstaaten ausgefallen wären, in denen die polnischen Stimmen die Entscheidung gaben"[208]), das Eingreifen Amerikas aber in den Krieg war für ihn von Anfang an eine beschlossene Sache. „Die Ansicht war ziemlich allgemein verbreitet, daß, als er sich Ende 1916 mit einer Note an die kriegführenden Parteien wendete und ihnen vorschlug, die Bedingungen aufzustellen, unter welchen Friede geschlossen werden könnte, er die deutsche Initiative unterstützen und sie bis zur Beendigung des Krieges weiter führen wollte. Es steht jedoch fest, wie es auch seine späteren Erklärungen bezeugen, daß man ihn von Anfang an für einen unzweifelhaften Freund der Alliierten zu halten hat. Zu mir selbst sagte er im Herbst 1918 in Washington: „Ich habe viel Zeit gebraucht, um die öffentliche Meinung Amerikas darauf vorzubereiten, in diesen Krieg einzutreten"[208]).

Wenn sich die Arbeit der Lausanner Agentur in den beiden angelsächsischen Staaten zunächst auf eine reine politische Propaganda beschränken mußte, so konnte sie in Frankreich, nachdem die Rücksicht auf den russischen Verbündeten gefallen war, sofort daran gehen, vollendete Tatsachen zu schaffen, um sich durch sie in die Reihe der kriegführenden Länder einzuschalten, — das beste Mittel dazu erblickte man in der Aufstellung einer besonderen polnischen Armee in Frankreich. „Die Organisierung eines polnischen Heeres im Westen war aus politischen Gründen notwendig, denn der Besitz einer Armee, die an der Seite der Alliierten Heere stand, war unsere einzige Legitimation für den Anspruch auf die Rechte eines verbündeten Staates und, was eine Folge davon war, für unsere Teilnahme an der Friedenskonferenz. Eine solche Legitimation war not-

wendig“[210]). Der Versuch, besondere polnische Formationen in den Staaten der Entente zu bilden, war nicht neu, schon bei Beginn des Krieges hatte man in England den Gedanken erwogen, ein polnisches Freiwilligen-Korps in Kanada aufzustellen, und im Jahre 1916 hatte der Sokoł sogar einzelne polnische Militärschulen in Kanada errichtet. Festere Gestalt nahm der Gedanke jedoch erst an, als Paderewski im April 1917 auf einer großen Versammlung der polnischen Sokoł-Verbände in Pittsburg die Losung zur Aufstellung eines besondern polnischen Heeres gab. Wenn auch die Regierung in Washington die Erlaubnis dazu nicht erteilte, sondern die Eingliederung der polnischen Freiwilligen in die amerikanischen Truppenverbände verlangte, so wirkte der Gedanke doch weiter und auch in Frankreich erkannte man die politische Bedeutung eines polnischen Heeres, denn „als ein Staat, der hauptsächlich an der Lage auf dem europäischen Kontinent interessiert und in Folge des Zusammenbruchs Rußlands am meisten bedroht war, war Frankreich auf das engste mit der Frage nach der Schaffung neuer Staaten in Mitteleuropa verbunden, daher die zu gleicher Zeit von ihm begonnene Aufstellung einer polnischen und einer tschecho-slowakischen Armee“[101]). So wurde am 4. Juli 1917 durch ein Dekret Poincarés die Bildung einer besondern polnischen Armee in Frankreich genehmigt, in welche zunächst alle Polen eingegliedert werden sollten, die bisher als Freiwillige in den französischen Heeren gedient hatten, außerdem aber auch Freiwillige aus andern Ländern. Die militärische Führung blieb in den Händen Frankreichs, das auch die Kosten für den Unterhalt übernahm und eine besondere französisch-polnische Militärkommission für die Arbeiten der Rekrutierung und der Verwaltung ernannte. Dadurch aber war für die polnischen Politiker eine doppelte Schwierigkeit entstanden, ihnen lag nicht so viel daran, daß eine polnische Armee auf Kosten Frankreichs entstehen und an der Seite dieses Frankreich kämpfen sollte, sondern daß diese Armee als eine den alliierten Heeren verbündete gelten und auch dadurch den internationalen Charakter der polnischen Frage zum Ausdruck bringen sollte. Dazu aber bedurfte es erst langer Verhandlungen und eines starken französischen Druckes, ehe sich Amerika und England endlich damit einverstanden erklärten, daß auch bei ihnen Freiwillige für die in Frankreich stehende polnische Armee geworben werden durften. Eine andere Schwierigkeit wiederum entstand daraus, daß die neue Armee wohl internationale Bedeutung, aber einen ausgesprochen polnischen Charakter tragen und deshalb unter einer besondern polnischen Behörde stehen sollte, wenn man Anspruch darauf erheben wollte, als kriegführende Partei an der Seite der Alliierten anerkannt zu werden. Wer aber sollte diese politische Spitze bilden? Die Lausanner Agentur war wohl von den Alliierten bisher als eine willkommene und willfährige Helferin in

dem Kampf gegen die Zentralmächte benutzt worden, aber sie war noch nicht als offizielle Vertretung der Polen im Ausland anerkannt, und sie mußte deshalb befürchten, dieselbe Rolle zwischen französischer Regierung und polnischem Heer in Frankreich zu spielen, wie das Krakauer Oberste Komité sie s. Zt. zwischen der österreichischen Obersten Heeresleitung und den polnischen Legionen gespielt hatte, das aber war nicht gerade verlockend. Daraus ergab sich für die Männer der Lausanner Agentur die Folgerung, daß die polnische Armee nicht früher irgend eine Rolle in der Öffentlichkeit spielen dürfe, als bis sie selbst von den Alliierten als die amtliche polnische Vertretung anerkannt und damit berechtigt waren, auch die politische Führung des polnischen Heeres zu übernehmen. So entstand die eigenartige Lage, daß die französisch-polnische Militärkommission schon eifrig an der Arbeit war, während die Vertreter der Lausanner Agentur sich noch vorsichtig zurückhielten und nach Amerika sogar die Weisung gaben, die Werbungen nicht zu beschleunigen, sondern zu warten, bis die Frage nach der politischen Führung des polnischen Heeres erst zu Gunsten der Polen entschieden wäre[212]). Tatsächlich sind denn auch die ersten polnischen Freiwilligen aus Amerika erst Anfang 1918 in Frankreich eingetroffen.

Einen andern großen Vorteil aber hatte man durch das Dekret des französischen Staatspräsidenten vom 4. Juni erlangt, die politische Bedeutung der Agentur war dadurch bei den Polen in der Heimat außerordentlich gewachsen. Man sah, wie schnell und anscheinend mühelos ein polnisches Heer, das erste Symbol eines neuen unabhängigen polnischen Staates, auf französischem Boden entstanden war, und man verglich damit die Schwierigkeiten, die gerade damals bei der Aufstellung eines Heeres in dem Königreich eingetreten waren, auch daraus schlug die Opposition gegen die Zentralmächte ihr Kapital, sie beschloß jetzt, einen entscheidenden Schritt zu tun.

In den Tagen vom 3.—8. August berief sie einen polnischen Kongreß nach Moskau, zu welchem alle Parteien und Vereinigungen geladen waren, welche die Notwendigkeit einer einheitlichen nationalen Politik anerkannten und als ihr Ziel die Unabhängigkeit und völlige Vereinigung aller polnischen Gebietsteile mit einem freien Zugang zur See forderten. Man gründete den Zwischenparteilichen Polnischen Rat, der aus 8 Mitgliedern aus allen drei Teilgebieten bestand und stellte ihm drei Aufgaben: er sollte erreichen, daß Polen auf dem kommenden Friedenskongreß durch eigene Delegierte vertreten würde, er sollte verlangen, daß die Lösung der polnischen Frage in ihrem ganzen Umfang von den Alliierten unter ihre Kriegsziele aufgenommen würde, und er sollte das in Rußland bestehende Oberste Polnische Militärkomité mit allen Mitteln dabei unter-

stützen, aus den Polen der früheren russischen Heeresformationen eine besondere polnische Armee zu bilden, deren Zahl man auf etwa 60 000 Mann veranschlagte[213]). Zu diplomatischen Vertretern des Rats im Ausland wurden Dmowski in London, Piltz in Paris und M. Zamoyski in Rom ernannt, während Paderewski nach wie vor die Vertretung aller Polen in Amerika behalten sollte.

Auf diesen Beschluß hatte man in Lausanne gewartet. Man beantwortete ihn am 15. August damit, daß man die bisherige Agentur in das „Komitet Narodowy Polski" (Polnisches Nationalkomité) umwandelte und den Sitz dieses Komités nach Paris verlegte. Die neue politische Organisation sollte die Vertretung Polens und seiner Interessen gegenüber den Alliierten, die Betreuung und die politische Führung des polnischen Heeres in Frankreich und den bürgerlichen Schutz aller in den Ländern der Alliierten wohnenden Polen übernehmen. Schon wenige Tage später überbrachte Wl. Grabski dem neuen Pariser Nationalkomité die Mitteilung, daß die Polen aller drei Teilgebiete, soweit sie zu den großen Organisationen des Rats der Polen in Rußland und im Königreich, zu den vereinigten polnischen Parteien Galiziens und zu der Organisation der Posener Polen gehörten, die weitere Wahrung ihrer politischen Interessen diesem Komité übertragen und es ausdrücklich als ihre diplomatische Vertretung bei den Mächten der Entente anerkennen. So war, fast genau zu derselben Zeit, in welcher in Warschau die Tätigkeit des Einstweiligen Staatsrats ihr Ende fand, die Führung der polnischen Politik in die Hände des den Zentralmächten feindlichen Pariser Nationalkomités übergegangen.

Teil IV.

1. Der Regentschaftsrat.

Am 12. September 1917 erschien das Patent der beiden Kaiser, durch welches die Errichtung eines aus drei Mitgliedern bestehenden polnischen Regentschaftsrats angeordnet wurde. „Die Deutschen wollten es nicht bis zum offenen Bruch mit den Polen kommen lassen. Ihr, vorläufig noch siegreiches Ringen mit den Heeren der Alliierten gebot ihnen, die Nation zu schonen, welche sich zwar weigerte, ihnen ihr Schicksal anzuvertrauen, die aber doch im Rücken ihrer Heere Ordnung wahrte. Eine Abkehr Deutschlands von den Polen wäre im übrigen nur zu Gunsten Österreichs gegangen, welches wiederum mit dem Plan hervortrat, das Königreich mit der Monarchie zu vereinigen und sich deshalb die Polen durch Zugeständnisse geneigt machte. Am 28. Juni 1917 ernannte Kaiser Karl einen Polen, den Kommandanten der Legionen, Graf Szeptycki, zum Generalgouverneur des österreichisichen Besatzungsgebiets und mit dem Zeitpunkt seiner Ernennung nahm die Verwaltung innerhalb der österreichischen Okkupation eine den Polen wohlwollende Richtung. In allen diesen Dingen kam aber auch die Rücksicht auf die Entente zum Ausdruck, die ebenfalls ein unabhängiges und vereinigtes Polen verkündet, das polnische Komité in Paris gegründet oder anerkannt hatte und sich anschickte, in Frankreich eine polnische Armee aufzustellen. Man konnte voraussehen, daß diese Aufgabe nicht große Schwierigkeiten bereiten würde und daß dadurch der Eindruck des Akts vom 5. November, der in Folge der Verhandlungen mit dem Staatsrat schon stark verblaßt war, völlig verschwinden würde. Man mußte also diesen Akt wieder auffrischen und beleben und, indem man die Forderungen der Polen erfüllte, auch vor dem Ausland ein sichtbares Haupt des polnischen Staates schaffen. Auf einen Regenten aber konnten sich die Mächte nicht einigen, weil ein aus der österreichischen oder der deutschen Dynastie ernannter Regent dem zukünftigen Verhältnis des polnischen Staates zu den Mächten vorgegriffen hätte, — der Ausweg aus diesen Schwierigkeiten war die Bildung einer aus mehreren Polen bestehenden Regierung“[214]). In diesem Urteil, daß die Schaffung eines Regentschaftsrats nur eine den Zentralmächten durch den Gang der Ereignisse aufgezwungene Verlegenheitslösung gewesen sei, stimmen alle polnischen Autoren überein, Unterschiede zwischen ihnen bestehen höchstens in der Art, wie sie die einzelnen Ereignisse werten, die nach ihrer Meinung schließlich zu diesem Ergebnis geführt haben.

Der neue Regentschaftsrat sollte zwar die höchste staatliche Gewalt repräsentieren, seine Rechte waren jedoch in ziemlich engen Grenzen gehalten. Seine Beschlüsse bedurften zu ihrer Gültigkeit

der Gegenzeichnung des Ministerpräsidenten, über dessen Bestätigung in dem Patent selbst zwar keine Bestimmungen getroffen waren, die jedoch, wie aus dem Schreiben des Lubliner Generalgouverneurs hervorgeht, von den Besatzungsmächten für sich in Anspruch genommen wurde. Bei der Gesetzgebung war er auf denjenigen Gebieten, welche den Polen bereits zur Verwaltung überlassen waren, an die Mitwirkung und Zustimmung eines (noch zu errichtenden) Staatsrats gebunden, auf den übrigen Gebieten konnte er wohl auch Gesetzesentwürfe beschließen, eine Verhandlung im Staatsrat über diese Entwürfe durfte jedoch nur mit Zustimmung der Besatzungsmächte erfolgen, hier konnte aber auch der betr. Generalgouverneur jederzeit Verordnungen mit gesetzlicher Kraft erlassen, wobei er den Staatsrat nur „anzuhören" brauchte. Eine weitere wesentliche Beschränkung der gesetzgeberischen Befugnisse des Regentschaftsrats war die Bestimmung, daß alle Gesetze und Verordnungen der polnischen Staatsbehörden, welche die Grundlage für die allgemeinen Rechte und Pflichten der Bevölkerung bilden sollten, vor ihrer Verkündung dem betr. Generalgouverneur vorgelegt werden mußten und daß sie erst dann verpflichtende Kraft erhielten, wenn dieser innerhalb einer Frist von 14 Tagen keinen Einspruch erhoben hatte. Dazu kam die weitere Bestimmung, daß die Generalgouverneure auch auf allen Gebieten, deren Verwaltung schon in den Händen der Polen lag, jederzeit eine „Überprüfung" derjenigen Gesetze und Verordnungen verlangen konnten, welche nach ihrer Meinung die Rechte und Interessen der Besatzungsmächte berührten, und endlich bestimmte Art. V des Patents, daß eine internationale Vertretung des Königreichs und das Recht, internationale Abmachungen zu treffen, der polnischen Regierung erst nach Beendigung des Krieges gewährt werden könne[215]). „Wenn aber die Polen, als sie eine Regierung forderten, geglaubt hatten ‚daß die Besatzungsmächte dem von ihnen selbst geschaffenen Regentschaftsrat nun die Macht und die Verwaltung auf den Gebieten beider Okkupationen schleunigst übergeben würden, dann sahen sie sich enttäuscht. Die Rolle, welche die Polen bisher den Deutschen gegenüber gespielt hatten, nahmen jetzt die Deutschen für sich in Anspruch. Wie früher die Polen immer weiter gehende Bedingungen gestellt hatten, nur um den Deutschen nicht ihr Heer in die Hand zu geben, so zeigten sich jetzt die Deutschen unerschöpflich in der Erfindung von Vorwänden, um den Polen nicht die Macht zu übergeben, weil sie kein Vertrauen zu ihnen hatten, dafür aber bemühten sie sich, den Regentschaftsrat als Aushängeschild eines polnischen Staates beizubehalten, der auf ihrer Seite stand"[216]).

Die Aufnahme, welche das Patent über die Errichtung eines Regentschaftsrats bei der polnischen Bevölkerung fand, war stark geteilt, ablehnend standen ihm die Unabhängigkeitsparteien der

Linken und die P.O.W. gegenüber, die Nationaldemokraten blieben ebenfalls in unbedingter Opposition, und selbst die Realisten, aus deren Reihen zwei Mitglieder des Regentschaftsrats, nämlich der Fürst Lubomirski und Ostrowski stammten und denen auch das dritte Mitglied, der Warschauer Erzbischof Kakowski, innerlich nahe stand, hatten zwar gegen den Eintritt ihrer beiden Mitglieder in den Regentschaftsrat keine direkten Einwendungen erhoben aber sie doch veranlaßt, aus der Partei auszutreten; gestützt wurde also der Regentschaftsrat ebenso, wie früher der Einstweilige Staatsrat, nur durch die Aktivisten der österreichfreundlichen Liga Państwowości. Über die Gründe, welche die Haltung der Passivisten und der Unabhängigkeitsparteien dem Regentschaftsrat gegenüber bestimmten, schreibt Filasiewicz: „Man begegnete der neuen obersten Behörde in weiten Kreisen z. T. mit ausgesprochenem Mißtrauen, z. T. fürchtete man aber auch, daß die Errichtung einer solchen obersten Regierungsgewalt anziehend auf die Polen im Ausland wirken und sie veranlassen könnte, sich mit den jetzt geschaffenen Verhältnissen einverstanden zu erklären und dieser neuen Regierung alles weitere zu überlassen, m. a. W., man fürchtete, daß durch die Bildung des Regentschaftsrats, als legitimer oberster Gewalt im Lande, der Einfluß des Polnischen Nationalkomitees in Paris, das zwar von der polnischen Bevölkerung im Lande mit der Vertretung ihrer Politik betraut, aber von den Westmächten als Regierung nicht anerkannt war, stark beeinträchtigt werden und schließlich doch die Entscheidung zu Gunsten der Zentralmächte fallen könnte. Die Gefahr war nicht zu unterschätzen, denn auch der russische Außenminister Tereschtschenko, (der Nachfolger Miljukow's), hatte am 27. September, trotz aller Vorbehalte, doch erklärt, daß die Veröffentlichung des von dem Warschauer Generalgouverneur unterzeichneten Erlasses und die Neuordnung der Verwaltung in Polen nur als eine wirkliche Konzession für Polen betrachtet werden könnten“[217]).

Dieser Gefahr galt es vorzubeugen, das polnische Volk durfte sich damit nicht zufrieden geben. Eine der Aufgaben, welche der polnische Kongreß in Moskau dem Polnischen Rat gestellt hatte, war, wie wir wissen, die, dafür zu sorgen, daß die Lösung der polnischen Frage in ihrer Gesamtheit von den Alliierten als eins ihrer Kriegsziele aufgestellt würde, diese Aufgabe aber wäre außerordentlich erschwert worden, wenn es den Aktivisten gelungen wäre, unter dem Eindruck der Ernennung einer tatsächlichen polnischen Regierung größeren Anhang zu gewinnen. Der Polnische Rat hatte deshalb schon am 15. September sowohl der russischen Regierung, wie auch den in Petersburg vorhandenen Botschaftern der Alliierten Denkschriften überreicht, in denen dieser Wunsch zum Ausdruck gebracht wurde, er hatte am 18. September die Forderung nochmals wieder-

holt und für seine Wünsche die denkbar günstigste Stimmung gefunden, denn auch in den Kreisen der Entente sah man in der Errichtung des Regentschaftsrats einen neuen Versuch der Zentralmächte, die Initiative in der polnischen Frage wieder fester in die Hand zu bekommen. Es war deshalb für sie ein günstiges Zusammentreffen, daß das Polnische Nationaldepartement in Chikago, um die Begeisterung für den Eintritt in das polnische Heer in Frankreich unter den amerikanischen Polen zu entfachen, beschlossen hatte, das Andenken an den auf den 15. Oktober fallenden Todestag des polnischen Nationalhelden Kościuszko überall in Amerika feierlich zu begehen, weil Kościuszko an den amerikanischen Freiheitskämpfen persönlich Anteil genommen hatte. Diese Anregung griff jetzt der Polnische Rat auf und veranstaltete unter Zustimmung der russischen Regierung am 15. Oktober in Petersburg eine Gedächtnisfeier für Kościuszko, die in ganz großem Maßstab aufgezogen war. Nachdem zunächst Tereschtschenko versichert hatte, daß auch die übrigen Mächte der Alliierten sich den Grundsätzen angeschlossen hätten, welche die russische Regierung in ihrer Kundgebung an die Polen proklamiert habe und daß auch sie die Errichtung eines ungeteilten polnischen Staates als eine Bedingung für einen dauerhaften Frieden und für die Ordnung in Europa betrachteten, unterstrichen die Botschafter Frankreichs (Noulens), Englands (Buchanan), Italiens (Carlotti di Riparbella) und Amerikas (Francis) auch ihrerseits, wenn auch in vorsichtig abgetönter Form, diesen selben Gedanken. Die Frage, an deren Lösung sowohl der Polnische Rat, wie auch das Pariser Nationalkomité arbeiten sollten, war also anscheinend auf dem besten Wege und die Befürchtung, welche die Bildung des Regentschaftsrats zunächst in den Kreisen der Passivisten ausgelöst hatte, schien grundlos gewesen zu sein.

Am 27. Oktober fand die feierliche Einführung und Vereidigung der drei Mitglieder statt, und am folgenden Tag gaben sie in einem gemeinsamen Schreiben an die beiden Kaiser der Hoffnung Ausdruck, „daß das polnische Volk, gestützt auf eine eigene bewaffnete Macht und auf das eigene nationale Interesse, sowie auf der Grundlage der Vereinigung mit der westlichen Kultur, im weiteren Verlauf der geschichtlichen Ereignisse zusammen mit den Zentralmächten nach gemeinsamen und wirtschaftlichen Zielen streben werde". Bald darauf begannen jedoch die Schwierigkeiten, als es sich um die Person des ersten Ministerpräsidenten handelte. Der Regentschaftsrat hatte den früheren österreichischen Botschafter, in Washington, Tarnowski, für diesen Posten vorgeschlagen, der, wie wir von Biliński wissen, nach der Proklamation von Burian nach Warschau geschickt worden war, um die „betriebsame Wühlarbeit" Österreichs einheitlich zu gestalten und dessen Kandidatur deshalb

auch von Österreich stark unterstützt wurde. Berlin erklärte sich jedoch mit diesem Vorschlag nicht einverstanden, und nach langen Verhandlungen einigte man sich endlich auf die Person Kucharzewskis. Damit waren alle Vorbedingungen für die Arbeit des Regentschaftsrats erfüllt, und die erste Zeit verlief in der Tat ohne äußerliche Schwierigkeiten, diese Ruhe dauerte jedoch nicht lange, denn die am 7. November in Rußland ausgebrochene zweite Revolution warf ihre Wellen ebenso, wie die erste, sofort nach Polen hinüber und veranlaßte den Regentschaftsrat zu einer erhöhten politischen Tätigkeit. „Lenin, der mit Hilfe der Deutschen aus der Schweiz nach Rußland gekommen war, wollte nicht kämpfen und selbst, wenn er gewollt hätte, konnte er es nicht, — es war klar, daß Friede geschlossen werden würde und daß die Deutschen im Osten den Krieg gewonnen hatten. Über Polen aber hing die Drohung, daß Deutschland über sein Schicksal entscheiden könnte. Eine Rettung schien nur eine Anlehnung an Österreich zu bringen, wenigstens zunächst, so lange sich noch der entscheidende Kampf im Westen abspielte. Von den Vorschlägen, die Österreich den Deutschen in Bezug auf das Königreich und Galizien gemacht hatte, wußte man nichts. Auch in Galizien neigten manche, die vorher anders gedacht hatten, zu der Überlegung, daß man in einer so schwierigen Lage von zwei Übeln — Deutschland oder Österreich — das kleinere, d. h. das weniger gefährliche Österreich wählen müsse, und man fing an, Verständnis dafür zu suchen. Der Ministerpräsident Kucharzewski gehörte zu den Anhängern einer solchen Lösung. Die Schwierigkeiten, welche man der Idee des Trialismus von Ungarn aus machte, sollten auf die Art beseitigt werden, daß das Königreich Polen, — ohne Galizien, — nur durch Personalunion mit Österreich, nämlich durch Berufung des österreichischen Kaisers auf den polnischen Thron vereinigt würde“[218]).

Und doch hat der Regentschaftsrat sich im November 1917 gegen eine solche österreichisch-polnische Lösung erklärt, — so wenigstens berichtet es Hutten-Czapski. Anfang November hatte die deutsche Presse von einem am 5. November in Bellevue stattgehabten Kronrat berichtet, an dem auch Beseler teilgenommen hatte und in welchem die polnische Frage endgültig im Sinn der österreichischen Vorschläge erledigt sein sollte. Trafen diese Nachrichten zu, dann wußte man, daß Deutschland einer solchen Lösung nur unter der Bedingung zugestimmt hatte, daß ihm dafür ein ausreichender Schutzstreifen zur Sicherung seiner östlichen Grenze überlassen worden war. Fast gleichzeitig brachte aber auch die amtliche Kownoer Zeitung einen Bericht über das Ergebnis von andern Verhandlungen, die zwischen Hertling, Hindenburg, Ludendorff und Czernin stattgefunden hatten und bei denen man sich darüber geeinigt hatte,

daß zu dem von Ludendorff geforderten neuen litauischen Staat außer den Gouvernements Grodno und Wilna auch das bisher zum Königreich gehörende Gouvernement Suwalki geschlagen werden sollte. Es bestand also die Gefahr, daß durch Abtrennung aller dieser verschiedenen Gebiete schließlich nur noch ein polnischer Kleinstaat übrig blieb, der niemals eine selbständige Existenz hätte führen, sondern nur in engem Anschluß an eine der Zentralmächte hätte bestehen können. Dieser Gefahr wollte der Regentschaftsrat nach Möglichkeit vorbeugen. Am 9. November bat deshalb Ostrowski den Grafen v. Hutten-Czapski um eine Unterredung, über deren Verlauf dieser sofort vertraulich an Beseler berichtete. Am Schluß dieses Berichts schreibt er: „Herr v. Ostrowski bemerkte ferner, eine solche Lösung (nämlich die österreichisch-polnische), würde vollständig in Widerspruch zu den Verheißungen des Manifests vom 5. November 1916 stehen, die ein selbständiges Königreich Polen verkündet hätten, nicht aber ein mit andern Monarchien vereinigtes. Der vom Staatsrat angenommene Verfassungsentwurf bestimme auch ausdrücklich, der König von Polen dürfe nicht Herrscher anderer Reiche sein. Endlich fügte er hinzu, er für seine Person betrachte eine enge Anlehnung an Deutschland als im Interesse Polens liegend. Auf meine Zwischenfrage: „Alle drei?“ erwiderte Herr v. Ostrowski: „Ja, alle drei; vom Erzbischof und von mir wissen Sie es ja schon lange. Mit Ihrer Frage meinen Sie wohl Lubomirski, und da kann ich Ihnen sagen, daß auch Lubomirski die Selbständigkeit Polens und nicht eine Personalunion wünscht[218]“). Mit dieser Versicherung hoffte man, gerade bei den Warschauer deutschen Stellen beruhigend zu wirken und die Abtrennung des berüchtigten Schutzstreifens vielleicht doch noch verhindern zu können, wenn es gelang, die Deutschen davon zu überzeugen, daß der neue polnische Staat sich an Deutschland und nicht an Österreich anlehnen werde.

Immerhin schien es den Mitgliedern des Regentschaftsrats aber doch ratsam, auch noch nach einer andern Seite hin Fühlung zu nehmen, nämlich mit dem Pariser Nationalkomité, um mit diesem zu irgend einer Einigung zu kommen und dadurch nicht nur die eigene Stellung im Lande gegenüber den Passivisten zu stärken, sondern wohl auch, um durch Vermittlung des Komités eine Art Rückendeckung bei der Entente zu erhalten. Durch den Fürsten Eustach Sapieha ließ man Anfang Dezember anfragen, ob das Nationalkomité sich nicht bereit erklären wolle, den Regentschaftsrat als Regierung Polens anzuerkennen gegen das Versprechen, daß dieser die außenpolitischen Kreise des Komités nicht stören werde. Die Antwort war jedoch eine unbedingte Absage, dem Regentschaftsrat wurde mitgeteilt, daß das Pariser Komité wohl die Notwendigkeit einer polnischen Regierung, aber nicht den Regentschaftsrat anerkenne, weil er

seine Regierungsgewalt nur den Zentralmächten verdanke. Seine einzige Aufgabe sei es, sich mit der Ordnung der inneren Verhältnisse zu beschäftigen, eine endgültige Lösung der polnischen Frage während des Krieges bedeute eine Niederlage der nationalen Sache, in keinem Fall dürfe etwa die Krone Polens dem österreichischen Kaiser angeboten werden. Auch Dmowski schreibt dem Regentschaftsrat wegen dieses Versuches ein wenig günstiges Zeugnis: „Bis heute kann ich nicht verstehen, von welchen Gedanken sich der Regentschaftsrat bestimmen ließ, als er den Fürsten Eustach Sapieha an das Komité mit dem Verlangen sandte, dieses solle seine Regierungshoheit ebenfalls anerkennen. Wie stellte man es sich eigentlich vor, eine gegen die Deutschen geführte Politik von einer Regierung abhängig zu machen, die von den Deutschen ernannt war und unter ihrem Schutz stand? Mit welchen Augen betrachtete man eigentlich das Nationale Komité, das daran arbeitete, den entscheidenden Sieg der Alliierten herbeizuführen und die polnische Armee zu bilden, die sich gegen die Deutschen schlug, — sollte das alles auf Rechnung des Regentschaftsrats in Warschau geschehen? Anders kann man es nicht erklären, als mit dem Verlangen, die polnische Politik an der Seite der Alliierten zu liquidieren, weil man überzeugt war, daß sie nicht mehr nötig sei und daß das polnische Volk sein Ziel schon erreicht habe“[220]). Hier hat sich Dmowski geirrt. Aus dem Geheimbericht Czapski's an Beseler wissen wir, welche Sorgen um die Zukunft Polens der Regentschaftsrat gerade damals hatte und wie weit entfernt er von dem Gefühl war, das Ziel schon erreicht zu haben. Wie sorgfältig der Regentschaftsrat gerade in jener Zeit darauf bedacht war, alles zu vermeiden, was etwa bei der Entente Mißstimmung hätte erregen können, geht deutlich aus dem hervor, was Czapski über die Bemühungen der beiden Zentralmächte berichtet, die Regenten zu einem offiziellen Besuch in Berlin und Wien zu veranlassen: „Die Regenten, besonders der vorsichtige und zurückhaltende Erzbischof, wehrten sich lange gegen diesen Schritt, der als eine einseitige Bindung Polens an eine der kriegführenden Parteien ausgelegt werden konnte. Schließlich aber gaben sie dem Druck der Kommissare nach“[221]). Erst dann, als ihr Bemühen bei dem Pariser Nationalkomité fehlgeschlagen war, entschloß man sich zu den gewünschten Besuchen, erst dann setzte man endgültig auf die dritte Karte, die man im Spiel zu haben glaubte.

Am 7. Januar 1918 fand der feierliche Antrittsbesuch der Regenten in Berlin und am 9. Januar in Wien statt. „Kaiser Wilhelm beobachtete in seiner Ansprache an die Regenten eine ausgesprochene Vorsicht in der polnischen Frage. In Anknüpfung an die in Brest-Litowsk begonnenen Friedensverhandlungen betonte er, daß er sich stets von solchen Grundsätzen habe leiten lassen, welche das Wohl

der Menschheit und das friedliche Zusammenleben der Nationen verbürgen, im Zusammenhang mit dieser Feststellung sprach er dann folgende Worte: „Ich empfinde es dankbar, daß Sie trotz der Verleumdungen der Feinde meine unaufhörlichen Bemühungen verstehen, während meiner fast dreißigjährigen Regierungszeit ein Vorkämpfer dieser Richtung zu sein.“ Im Gegensatz dazu ging der österreichische Kaiser Karl in seiner Ansprache ausführlicher und offener auf die polnische Frage ein, er erinnerte an die Legionen und an die zwischen der Donaumonarchie und Polen angeknüpften Beziehungen und sagte dann im Zusammenhang damit: „Die Gefühle gegenseitigen Vertrauens, welche aus diesen Beziehungen hervorgehen, werden, wie man hoffen darf, sich in Zukunft noch mehr vertiefen und eine Bürgschaft dafür sein, daß das polnische Volk in gemeinsamer Kulturarbeit mit den Mächten, denen es sein Wiedererstehen zu einer staatlichen Existenz verdankt, sein Glück und seine Zukunft finden wird. Jedenfalls können Sie auf die stärkste und bereitwilligste Unterstützung von meiner Seite und der Seite meiner Regierung zählen.“ Dieser ausdrückliche Hinweis auf die Unterstützung nicht nur des Monarchen, sondern auch seiner Regierung, schien darauf hinzudeuten, daß dem Kaiser daran lag, die Dauerhaftigkeit dieses Zustandes zu betonen, welchem er hier, unabhängig von etwaigen politischen Veränderungen innerhalb der Monarchie, Ausdruck gab“[222]).

Aber auch sonst wiesen die Besuche in Berlin und Wien manche Unterschiede auf, nicht nur in dem äußern Zeremoniell, das in Wien dem für den Empfang von Monarchen üblichen entsprach, sondern auch in der Form der gehaltenen Reden. Die Ansprache Lubomirski's enthielt zwar in beiden Fällen dieselben Gedanken, in Wien aber fügte er noch den besondern Dank für die Freiheit der Entwicklung hinzu, welche seine Landsleute in Österreich gefunden hätten und schloß mit der Versicherung, daß die Polen in dem österreichischen Kaiser den Monarchen begrüßten, welcher die Traditionen seines Hauses aufrecht erhalte und dem polnischen Volk gegenüber von wohlwollenden Gefühlen erfüllt sei. Ebenso hatten auch Hertling in Berlin und Czernin in Wien übereinstimmend erklärt, daß die Polen über ihre staatliche Zukunft selbst entscheiden sollten, während aber Hertling im Anschluß daran sich im Reichstag auf die trockene Erklärung beschränkt hatte, Deutschland werde das Selbstbestimmungsrecht der Völker in Polen, Litauen und Kurland achten und erwarte, daß sie sich selbst diejenige staatliche Gestalt geben, die ihren Verhältnissen und der Richtung ihrer Kultur entspreche, hatte Czernin in der Kommission für auswärtige Angelegenheiten hinzugefügt: „Wohin das polnische Volk mit seinen Neigungen und Interessen gravitieren wird, will uns nicht zweifelhaft erscheinen.“ Kucharzewski

endlich hatte vor der Presse in Wien erklärt: „Es ist schwer, in diesem Augenblick vorherzusehen, welches die Entscheidung des polnischen Volkes sein wird, eins ist jedenfalls sicher, daß die Monarchie und die Dynastie Habsburg sich in Polen großer Sympathien erfreuen. Es muß sich eine Form finden lassen, die geeignet ist, diesen Sympathien und den gemeinsamen Interessen Ausdruck zu geben. Das wird der Zweck von Vorbesprechungen zwischen den beiden Zentralmächten einerseits und Polen andererseits sein“[223]).

Als Kucharzewski diese Erklärungen abgab, waren diese Vorbesprechungen zwischen den Polen und Österreich jedenfalls schon ziemlich weit vorgeschritten. Biliński, der aktiv an ihnen beteiligt war, macht darüber folgende Mitteilungen: Während des Besuchs des Regentschaftsrats in Wien fanden zwischen den Regenten und Gołuchowski, Bobrzyński und Biliński vertrauliche Besprechungen statt, an denen auch Kucharzewski und der Generalsekretär des Regentschaftsrats, Prälat Chełmicki, teilnahmen. Im Laufe der Besprechungen stellte der Erzbischof Kakowski die Frage zur Diskussion, welche außenpolitische Orientierung Polens man im Interesse seiner Zukunft für die beste halte. Sowohl Gołuchowski, wie auch Bobrzyński und Biliński sprachen sich für die österreichisch-polnische Lösung aus und darauf erklärte Kakowski, daß auch der Regentschaftsrat auf Grund eines einstimmigen Beschlusses zu demselben Ergebnis gekommen sei und daß sich auch sämtliche Mitglieder des Kabinetts durch ihre Unterschrift auf diesen Beschluß verpflichtet hätten. Bei dem darauf folgenden Frühstück wurde dann vereinbart, daß einzelne galizische Politiker (Bobrzyński und Biliński), nach Warschau kommen und in diesem Sinne arbeiten sollten. Verbindungsmann zwischen Warschau und Wien wurde jetzt Ugron, „durch ihn wurde Kucharzewski in die Pläne Czernins eingeweiht und dieser wieder in die Pläne Kucharzewskis, der alle Vorbereitungen traf, soweit es in seiner Macht stand. U. a. führte man, da ein Sejm nicht vorhanden war, in allen Kreisen Kongreßpolens Vertreterwahlen durch, und die auf diese Weise gewählten 850 Personen sollten sich am Sonntag, dem 20. Februar, in Warschau versammeln und nach kurzer Beratung den Kaiser Karl zum polnischen König ausrufen. Der Kaiser wußte darum, und deshalb wünschte er, die territoriale Unverletzlichkeit des Königreichs zu erhalten. Ugron und Kucharzewski glaubten fest an die Pläne Czernins und an ihre Ehrlichkeit“[224]).

Wenn man die Versicherungen, welche Ostrowski am 9. November 1917 dem Grafen von Hutten-Czapski gegeben hat, mit dem vergleicht, was der Erzbischof Kakowski wenige Wochen später in Wien den galizischen Politikern ebenfalls im Namen der drei Regenten und des gesamten Ministeriums erklärt hat, dann bleiben nur zwei

Möglichkeiten, um die Widersprüche zu erklären: Entweder haben alle drei Männer im Laufe von zwei Monaten ihre Anschauungen über die zukünftige staatliche Form Polens völlig geändert und sich im Januar mit einer Personalunion einverstanden erklärt, die im November von ihnen noch entschieden verworfen wurde — das aber ist bei einer Persönlichkeit wie der des Erzbischofs Kakowski unwahrscheinlich — oder die Erklärung vom 9. November war eine glatte Irreführung, und die österreichisch-polnische Lösung in Form einer Personalunion stand für den Regentschaftsrat schon damals fest. Diese Annahme aber gewinnt an Wahrscheinlichkeit, wenn wir an das denken, was Biliński gerade über die Einstellung Kucharzewskis zu dieser Frage schreibt und an die Erklärungen, welche der polnische Ministerpräsident in Wien vor der Presse abgegeben hat. Ob das im Dezember unternommene Zwischenspiel mit dem Pariser Nationalkomité nur dem Zweck dienen sollte, die Stellung des Regentschaftsrats im Lande selbst und gegenüber den Passivisten zu stärken, oder ob es in der Tat ein außenpolitischer Versuchsballon nach der Richtung der Entente hin sein sollte, kann dahingestellt bleiben, — fest steht, daß das in Wien mit Wissen Karls von Habsburg und seines außenpolitischen Ratgebers abgekartete Spiel darauf gerichtet war, den deutschen Verbündeten Österreichs zu überrumpeln und ihm auf diese Weise die von Österreich zähe verfolgte österreichisch-polnische Lösung in Form einer Personalunion als vollendete Tatsache aufzuzwingen. Selbst Czapski scheint an der politischen Ehrlichkeit der Versicherungen Ostrowskis Zweifel gehabt zu haben, er schreibt nämlich: „Ich glaube, daß Ostrowski sich so bestimmt namens aller drei Regenten für einen völlig selbständigen und an Deutschland angelehnten polnischen Staat ausgesprochen hat, weil er dadurch vor allem die Abtrennung des gefürchteten Schutzstreifens abzuwenden hoffte“[225]).

Die Erfolge dieses Wiener Spiels sollte Österreich nicht mehr ernten, denn der am 9. Februar 1918 in Brest Litowsk mit den Vertretern der Ukrainischen Volksrepublik abgeschlossene Sonderfriede zeigte den Polen, was sie von den Versprechungen Österreichs zu halten hatten. In diesem Frieden hatte sich Österreich zur Abtretung des Cholmer Landes an die neue Ukrainische Republik bereit erklärt. Der Eindruck, den die Nachricht von diesem Sonderfrieden auf die Polen aller drei Teilgebiete machte, war außerordentlich stark. „Der am 9. Februar 1918 in Brest Litowsk geschlossene Friede, welcher die Unverletzlichkeit des Königreichs Polen berührte, war eins derjenigen Kriegsereignisse, welche die polnische Nation auf das tiefste erregten. Sie protestierte durch öffentliche Versammlungen, durch Erklärungen von Parteien und politischen Organisationen, durch Beschlüsse kommunaler Körperschaften, durch Trauergottesdienste, durch Straßenkundgebungen,

die sich in vielen Gegenden, wie in Lublin, Cholm, Warschau und Posen, zu Unruhen und, in Folge des Einschreitens von Polizei und Militär, selbst zu Blutvergießen steigerten. Streikbewegungen brachen aus. Der bedeutendste war der Generalstreik, der am 18. Februar 1918 in Galizien zwölf Stunden lang das gesamte wirtschaftliche Leben des Landes still legte"[226]). Besonders heftig war die Reaktion der Polen in Warschau. Der Magistrat faßte eine scharfe Protesterklärung, in den Schulen ließ man 14 Tage lang den Unterricht ausfallen, der Erzbischof Kakowski ordnete Gebete in den Kirchen an, die Studenten veranstalteten stürmische Kundgebungen, man bildete ein Komité für den Boykott gegen die Deutschen, in den öffentlichen deutschen Gebäuden und in dem deutschen Theater wurden die Scheiben eingeworfen, es erfolgten zahlreiche Verhaftungen, Beseler legte der Stadt eine Kontribution von 250 000 M. auf, der Magistrat beschloß, die Summe nicht zu zahlen und auf das Schreiben Beselers überhaupt nicht zu antworten.

Zwischen dem Regentschaftsrat und dem Ministerpräsidenten Kucharzewski wurde vereinbart, daß die Regenten auf ihren Posten blieben, um an der höchsten Stelle des Staates keine Lücke entstehen zu lassen, daß aber die Regierung zum Zeichen des Protestes zurücktreten und der Regentschaftsrat sich mit einem Protest an die Öffentlichkeit wenden sollte. Am 11. Februar gab das Kabinett seine Demission und am 13. Februar erschien die Kundgebung des Regentschaftsrats. „Wir haben unaufhörlich und entschieden gefordert, an den Verhandlungen (in Brest) teilzunehmen; man hat uns diese Teilnahme versprochen, dann aber hat man uns mit der Antwort hingehalten und uns getäuscht, bis endlich die Bevollmächtigten Deutschlands und Österreichs allein die Grenzfrage gegen unsere Rechte entschieden haben. Man hat uns zu den Verhandlungen nicht zugelassen, um in unserer Abwesenheit und auf unsere Kosten Frieden zu schließen und sich im Osten um den Preis des lebendigen Leibes unseres Volkes die gewünschte Sicherheit zu schaffen. Man hat ein Stück polnischer Erde herausgeschnitten und es den Ukrainern gegeben, man hat dadurch dem Akt vom 5. November und den freundschaftlichen Versprechungen der beiden Monarchen die eigentliche Bedeutung genommen. Die Unabhängigkeit Polens und seine staatliche Existenz, seine politische und wirtschaftliche Lebensfähigkeit sind leere Worte geworden, denn man hat nicht nur die Rechte und Interessen Polens bei Seite geschoben, sondern man hat auch sein nationales Gebiet nicht geachtet. Wir haben vor Gott geschworen, daß wir über dem Glück, der Freiheit und der Macht Polens wachen wollen, darum erheben wir heute, eingedenk dieser unserer Pflicht, Protest vor Gott und vor der Welt, vor dem Angesicht der Menschen und vor dem Richter-

stuhl der Geschichte, vor dem deutschen Volk und vor den Völkern Österreich-Ungarns. Wir protestieren gegen diese Teilung, versagen ihr unsere Anerkennung und kennzeichnen sie als einen Akt der Gewalt." Am 15. Februar erfolgte im Monitor Polski ein zweiter Aufruf „mit dem patriotischen Befehl, an Offiziere und Soldaten in dieser ernsten Zeit stark und geduldig auszuharren und daran zu denken, daß sie die Kader einer einigen und starken polnischen Armee bilden"[227]).

Auch in Österreich gingen die Wogen der Erregung hoch. Der neue Generalgouverneur, Graf Szeptycki, quittierte die Nachricht von dem Abschluß des Brester Friedens sofort mit seinem Entlassungsgesuch, ihm folgte der Chef der Zivilverwaltung in dem österreichischen Besatzunggebiet, Madeyski, auch Ugron trat von seinem Posten zurück, „dem Czernin noch im letzten Augenblick durch Andrian hatte die Weisung zugehen lassen, die Berufung des Kaisers Karl auf den Thron Polens zu beschleunigen, desselben Polens, das im Widerspruch zu den Versicherungen dieses Monarchen jetzt, nachdem er seine Genehmigung dazu gegeben hatte, im Osten verkleinert werden sollte. Im Namen des Regentschaftsrats löste Fürst Lubomirski alle diplomatischen Beziehungen zu der österreichischen Regierung, in Galizien fanden Kundgebungen statt, wie der Demonstrationsstreik aller Behörden und Verwaltungsorgane, Straßenunruhen und Abreißen der österreichischen Adler, man schickte die Orden zurück, ja, man hängte sie sogar, wie Kaiser Karl behauptete, den Hunden um den Hals"[228]). Am 1. März beschloß der Polenklub, zum 17. März eine polnische Nationalversammlung einzuberufen, an welcher außer allen Abgeordneten auch Vertreter der Wirtschaft und der Bauern aus dem ganzen Lande teilnehmen sollten. Die Versammlung wurde jedoch verboten. Mitte April trat Czernin zurück, und Burian übernahm zum zweiten Mal das Außenministerium. Kurz nach seinem Amtsantritt mehrten sich die Gerüchte von einem Geheimabkommen, das zwischen Österreich-Ungarn und der Ukrainischen Volksrepublik geschlossen und durch welches den Ukrainern zugesichert sein sollte, Galizien zu teilen und aus Ostgalizien und der Bukowina eine besondere ukrainische Provinz zu bilden, und in der Tat trat das Ukrainische Nationalkomité in Lemberg am 11. Mai mit der Forderung an die Öffentlichkeit, daß Österreich seine in Brest eingegangenen Verpflichtungen erfülle und eine Teilung Galiziens vornehme. Die Polen verlangten nunmehr von dem österreichischen Ministerpräsidenten Seidler Auskunft, dieser lehnte ab und die parlamentarische Kommission des Polenklubs faßte deshalb den Beschluß, den Rücktritt des Kabinetts Seidler zu fordern. Seidler gab seine Demission, die jedoch von dem Kaiser nicht angenommen wurde, der Polenklub änderte seinen Standpunkt nicht, und der 30. Juni, an welchem das

Etatsprovisorium ablief, rückte immer näher, zu seiner neuen Bewilligung aber brauchte man mindestens die Stimmenthaltung der Polen. So gab Seidler seine Demission zum zweiten Mal, dies Mal wurde sie angenommen, und sein Nachfolger wurde Baron Hussarek, der die Polen dadurch gewann, daß er den Geheimvertrag liquidierte und zwar mit der Begründung, daß die Ukrainer ihre in dem Geheimabkommen übernommenen Verpflichtungen, bestimmte Mengen Brotgetreide in bestimmten Fristen zu liefern, nicht erfüllt hätten. Die Polen enthielten sich also bei den entscheidenden Abstimmungen der Stimme, und so war, wenigstens äußerlich, die Tischgemeinschaft wiederhergestellt.

Ungleich stärker wirkte sich die Nachricht von dem Abschluß des Brester Friedens auf die ehemaligen polnischen Legionen aus, deren Reste unter dem Befehl Hallers, nachdem sie den Eid geleistet hatten, zu einer besondern Brigade zusammengefaßt und nach der Bukowina abtransportiert worden waren. Schon zwei Tage nach dem Empfang der Nachricht von dem Friedensschluß wurde in einer geheimen Beratung der Offiziere beschlossen, sich zum Zeichen des Protests durch die Front zu schlagen und sich mit denjenigen polnischen Abteilungen zu vereinigen, welche unter dem Befehl Dowbór-Muśnicki's standen. In der Nacht 14./15. Februar begann die Brigade ihren Marsch, stieß aber schon bei Ravarancza auf die Österreicher, mit denen es zu einem blutigen Gefecht kam, in dessen Verlauf sich die Infanterie zwar durchschlagen konnte, die Artillerie und die Bagage jedoch zurückgehalten und in Marmarosz Sziget interniert wurde. Nachdem es dem Rest gelungen war, sich auch noch durch die bolschewistischen Truppen an der Grenze durchzuschlagen, welche die Entwaffnung der Truppe gefordert hatten, traf man endlich in Podolien auf eine dort stehende polnische Abteilung, mit welcher man sich vereinigte, bald darauf stieß man auf ein zweites polnisches Korps und am 10. März rückten die nunmehr vereinigten polnischen Abteilungen in der Richtung nach Kiew weiter. Bei Kaniow trafen sie auf deutsche Truppen und wurden von diesen gezwungen, die Waffen zu strecken. Haller und einem Teil seiner Leute war es gelungen, sich durchzuschlagen und nach Archangels zu kommen. Von dort ging er nach Moskau, trat mit dem Polnischen Rat in Verbindung und schloß mit ihm einen Vertrag, in welchem sich der Polnische Rat verpflichtete, die erforderlichen Mittel zu beschaffen, um an der deutschen Westfront ein polnisches Heer in Verbindung mit den Alliierten aufzustellen. Mit diesem Auftrag ging Haller nach Paris, wo er am 14. Juli eintraf und wo ihn das Pariser Nationalkomité sofort für die Führung der im Entstehen begriffenen polnischen Armee in Frankreich in Aussicht nahm.

Auch in Deutschland vereinigten die Polen ihre Proteste mit denen des gesamten Polentums. Die polnischen Abgeordneten protestierten gegen den Brester Frieden bei den Verhandlungen des Reichstags über die Ratifizierung (19. und 22. Februar), und ebenso bei den Etatsberatungen im Reichstag sowie bei den Verhandlungen über den Etat der Ansiedlungskommission im Preußischen Landtag. Im Reichstag erklärte bei den Beratungen über die Ratifizierung der Abgeordnete Wl. Seyda im Namen der Polen die Behauptung der Regierungsvertreter für unwahr, daß sie gezwungen gewesen seien, in die Abtretung des Cholmer Landes zu willigen, wenn sie nicht die gesamten weiteren Verhandlungen hätten auf das Spiel setzen wollen, er behauptete vielmehr, daß eine solche „Amputation des Königreichs" schon lange vorher geplant gewesen sei. „Was den nördlichen Teil des Cholmer Landes betrifft, der zu dem deutschen Etappengebiet gehört, so hat man dort eine besondere Propaganda nicht nur geduldet, sondern man hat sie sogar seit April 1917 auf Grund eines Befehls der militärischen Behörden unterstützt. Man hat ukrainische Legionäre aus Galizien dorthin kommen lassen, und man hat außerdem auch russische Kriegsgefangene ukrainischer Nationalität dorthin geschickt mit der Weisung, ukrainische Propaganda zu treiben. Diese Kriegsgefangenen erhielten, wie man sagt, in deutschen Lagern eine besondere Vorbereitung für eine solche Propaganda. Die Agitatoren gingen von Ort zu Ort und bearbeiteten unter dem Schutz von Gendarmen und Militärpatrouillen die Bevölkerung, um von ihr zu erreichen, daß sie auf Befragen erklärte, sie gehöre zur ukrainischen Nationalität. Sie veranlaßten die Bevölkerung, ukrainische Schulen zu errichten, deren Unterhalt sie nichts kosten solle, — noch mehr, — man sagte den Leuten, daß eines Tages, wenn die Ukrainer erst Herren im Lande sein würden, das ganze Land der großen Herren unter das Volk verteilt werden solle. Hier trugen die Agitatoren sogar kein Bedenken, wie einst in den schlimmsten Zeiten der Haydamaken, die Losung auszugeben, die Priester und die großen Herren abzuwürgen." Im Verlauf der Debatte bestritt General Friedrich die Behauptung, daß Agitatoren in das Cholmer Land geschickt worden seien und betonte, daß die in den Gefangenenlagern veranstalteten Kurse dazu bestimmt gewesen seien, die Ukrainer zu bilden und ihr nationales Bewußtsein aufzuklären, ihm antwortete der Abgeordnete Trąpczyński: „Ich selbst habe einen schriftlichen Befehl des Kommandanten von Ober Ost vom April 1917 in der Hand gehabt, auf Grund dessen man in Übereinstimmung mit dem Kriegsministerium südlich der Eisenbahnlinie Biała—Pinsk ukrainische Agitatoren verwenden sollte, um die Bevölkerung aufzuklären. Diese Agitatoren waren auf Kosten der Regierung in unwahrscheinliche Uniformen gekleidet und wurden in den militärischen Kantinen verpflegt. Unter dem Schutz preußischer

Gendarmen „klärten sie“ besonders im Cholmer Land, südlich von Biała, das Volk auf, indem sie es aufwiegelten, den polnischen Besitzern und Priestern den Hals abzuschneiden. Offenbar kannten sie die religiösen Gefühle der Bevölkerung nicht, die sich schließlich über sie lustig machte. Diese Tatsache beweist, daß das, was sich eben in Brest Litowsk abgespielt hat, von langer Hand vorbereitet gewesen ist“[229]). (Rückübersetzung).

Es war also nicht verwunderlich, wenn die Polen die Hauptschuld an dem Ergebnis von Brest den Deutschen zuschoben und in der Abtretung des Cholmer Landes entweder ein fein ausgeklügeltes Spiel der deutschen Diplomatie oder ein vorher zwischen Deutschen und Russen abgekartetes Manöver erblickten. Die erste Ansicht vertritt besonders Askenazy: „Die ukrainische Angelegenheit war zwischen dem Kaiser Karl und Czernin abgekartet, es ist möglich, daß die Aktion im Einvernehmen mit einzelnen polnischen Magnaten unternommen wurde, die ihre Latifundien vor der bolschewistischen Flut retten und deshalb lieber einen ukrainischen, unter österreichischem Protektorat stehenden Staat wollten, aber Czernin arbeitete dabei ohne Wissen der Polen, die später mit der Abtretung des Cholmer Landes und Ostgaliziens dafür bezahlen sollten. Deshalb bediente er sich auch, schon mit Rücksicht auf den Kaiser und auf die Fiktion der polnischen Krone, der Vermittlung der Deutschen, diese aber boten sie bei beiden Fragen sehr gerne an, denn diese Fragen bedeuteten einen tötlichen Streich gegen Polen und zugleich gegen das Ansehen Österreichs in Polen und gegen eine österreichisch-polnische Lösung. Anscheinend im gemeinsamen Spiel mit Österreich, spielten sie in Wirklichkeit gegen Österreich“[230]). Bei der zweiten Vermutung arbeitete man mit gröberem Geschütz. Am 12. Mai 1918 brachte die Gazette de Lausanne eine kurze Inhaltsangabe und am folgenden Tage den Wortlaut eines angeblichen Geheimvertrages, der am 22. Dezember 1917 zwischen dem deutschen Oberkommando und den Russen geschlossen sein sollte. Am 29. Mai veröffentlichte die von der P.O.W. herausgegebene Wochenzeitschrift „Rząd i Wojsko“ (Regierung und Heer) ebenfalls den Wortlaut dieses angeblichen Abkommens, dessen wichtigste Bestimmungen hier wieder gegeben werden mögen: Art. I. „Die polnische Politik wird durch die deutsche Regierung geführt.“ Art. III. „Der Rat der Volkskommissare hat das Recht, mit den revolutiorären und demokratischen Organisationen, welche sich in Polen gebildet haben, in Verbindung zu bleiben und den Gedanken der sozialen Revolution zu propagieren, indem er nach Polen Agenten schickt, deren Namen in die Listen der deutschen Auskunftsbüros in Petersburg und Warschau eingetragen werden sollen.“ Art. VII. „Der Rat der Volkskommissare wird durch seine Vertreter auf dem zukünftigen Friedenskongreß im

Namen des Sozialismus und der Idee der Abschaffung des Krieges gegen die Errichtung einer polnischen Armee und eines polnischen Kriegsministeriums protestieren." Art. IX. „Wenn die Regierungen des deutschen Kaiserreichs und der österreichisch-ungarischen Monarchie es für notwendig halten sollten, ihre politische Linie gegenüber Polen völlig zu ändern, so verpflichtet sich die Regierung der Volkskommissare, den neuen Kurs anzuerkennen und ihn gegen Schwierigkeiten zu verteidigen, die etwa von der Seite der Verbündeten des alten russischen Kaiserreichs gemacht werden könnten"[231]). Zwar brachte der Głos Warszawski am 30. Juni 1918 eine ihm von der Presseabteilung des Generalgouvernements zugegangene Erklärung, daß der ganze Vertrag von Anfang bis Ende unglaubwürdig sei, was übrigens jedem urteilsfähigen Leser sofort in die Augen fallen müsse, aber auch hier bewahrheitete es sich „semper aliquid haeret". Wie die Stimmung gegen die Deutschen in Folge des Brester Friedens geschürt wurde, mögen zwei Flugblätter aus jener Zeit zeigen!

I. „Polen über den Frieden von Brest" „Ich glaube an den Vater Wilhelm und seinen einzigen Sohn, Beseler in Warschau, der empfangen ist aus dem Mangel an russischer Munition und geboren aus Requisitionen. Ich glaube an das Gaunervolk des deutschen Reiches und daß ich gezwungen bin, mich mit ihnen einzulassen, ich glaube, daß man mich den Ukrainern verkauft hat und daß ich mein Leben in Hunger vollenden werde. Amen."

II. „Die zehn deutschen Gebote „1. Ich bin Dein Deutscher, der Dich in drei Teile geteilt und in Knechtschaft gebracht hat. 2. Du sollst meinen Namen nicht aussprechen ohne Abscheu und ohne Verfluchen. 3. Denke daran, daß Du mir aus Polen keinen Abgott machst. 4. Fluche Bismarck und Wilhelm, dem großen Bösewicht. 5. Töte nicht, sonst mußt Du hängen. 6. Hab' Liebschaften mit meinen Töchtern, damit mehr gesunde Deutsche geboren werden. 7. Stiehl nicht, denn ich stehle schon. 8. Sprich über mich, was Du willst, aber bezahle, was ich verlange. 9. Verlange keine Obrigkeit, keine Sprache und keine Religion. 10. Liebe Deinen Deutschen, wie den Hund des Bettlers in einer Gasse[232]). Was diesen Beschimpfungen Deutschlands und der Deutschen ihre besondere Note gibt, ist nicht die Tatsache, daß sie irgend ein Fr. Zurek in einem Aufsatz über den „Krasnostawer Kreis im Kampf um die Freiheit" veröffentlicht hat, sondern daß diese Veröffentlichung in der von dem „Institut zur Erforschung der neuesten Geschichte Polens" herausgegebenen Zeitschrift „Niepodległość" erfolgen konnte, deren Schriftleiter der vor kurzem verstorbene frühere polnische Außenminister Wasilewski war. Der Generalsekretär dieser Gesellschaft ist Dr. W. Lipiński, der Herausgeber der Schriften Piłsudskis, und die Veröffentlichung

ist erfolgt im Jahre 1936, also im dritten Jahr der deutsch-polnischen Verständigung.

Welche Gründe den Regentschaftsrat veranlaßt haben, gerade in dieser Zeit der wachsenden deutschfeindlichen Stimmung der Bevölkerung seine Politik doch wieder mehr nach der deutschen Seite hin zu orientieren, kann dahingestellt bleiben; — es ist möglich, daß die Erfahrungen, die man in Brest-Litowsk mit den österreichischen Versprechungen gemacht hatte, diesen Entschluß stark beeinflußt haben, es ist ebenso möglich, daß die günstige militärische Lage Deutschlands im Westen, wie sie in jener Zeit noch bestand, dabei mitgesprochen hat, jedenfalls sind die auf den Brester Frieden folgenden Monate gekennzeichnet durch verschiedene Versuche, mit Deutschland in der polnischen Frage zu einer Einigung zu gelangen. Nach dem Rücktritt Kucharzewskis übernahm zunächst der frühere Unterrichtsminister Poniatowski die Führung des Kabinetts, der sofort mit der Opposition in Verbindung trat. Der Zwischenparteiliche Klub erklärte sich zwar mit der Übernahme der Regierung durch ihn einverstanden, stellte aber die Bedingung, daß die bisher bei dem Regentschaftsrat geführte politische Abteilung aufgehoben werden solle, weil der Regentschaftsrat nicht berechtigt sei, die polnische Politik nach irgend einer Seite hin festzulegen, trotzdem aber unternahm Poniatowski mit Zustimmung des Regentschaftsrats die ersten Versuche, mit der deutschen Seite Fühlung zu gewinnen. Im März 1918 reisten der Direktor der politischen Abteilung, Prinz Radziwiłł, Graf Ronikier und der wegen seiner deutschfreundlichen Gesinnung bekannte Politiker Studnicki nach Berlin, wo zwischen ihnen und den Vertretern der damaligen parlamentarischen Mehrheit, David, Erzberger und Naumann, Besprechungen stattfanden. Man dachte daran, gegenseitige Erklärungen auszutauschen und die Polen hatten eine solche Erklärung auch bereits entworfen, in welcher sie vor allen Dingen eine Garantie für die Unverletzlichkeit der polnischen Grenzen forderten und als weitere Bedingungen die Aufstellung eines starken polnischen Heeres und die möglichst schnelle Übertragung der Regierungsgewalt an den Regentschaftsrat stellten. „Die aktivistischen Parteien", so hieß es in dieser Erklärung, „wünschen, daß dem polnischen Staat die Möglichkeit gegeben wird, sein Gebiet nach Osten hin auszudehnen und zwar unter Anerkennung des Rechts der freien Selbstbestimmung. Es wird als ausgeschlossen betrachtet, irgend einen Teil des Königreichs Polen abzutrennen. Wir wollen die kulturellen Beziehungen zu unsern Landsleuten in den übrigen Teilgebieten aufrecht erhalten und verstärken, wir denken nicht daran, uns in die inneren Angelegenheiten der benachbarten Staaten zu mischen, aber wir würden nach dem allgemeinen Friedensschluß auch keine Einmischung in die Angelegenheiten des freien und auto-

nomen Polen zulassen[233]). Die Besprechungen verliefen erfolglos, weil die deutschen Abgeordneten selbstverständlich keine Erklärungen über die zukünftigen Grenzen Polens abgeben konnten und sich dahinter verschanzten, daß dazu auch die Zustimmung Österreichs erforderlich sei, eine solche aber war nicht zu erhalten, trotzdem Ronikier von Berlin nach Wien fuhr und dort mit der Regierung und dem Klub der polnischen Abgeordneten verhandelte.

Unmittelbar nach diesem Zwischenspiel übernahm am 4. April der neue Ministerpräsident Steczkowski die Leitung des Kabinetts. Auch er suchte zunächst die Unterstützung der im Zwischenparteilichen Klub vereinigten Rechtsopposition und erhielt von der Gazeta Poranna, dem Organ der Nationaldemokraten, die eindringliche Mahnung, sich ausschließlich mit den inneren Angelegenheiten des Landes zu beschäftigen, außenpolitische Fragen nur im Notfall zu behandeln und im übrigen auf diesem Gebiet keinesfalls endgültige Entscheidungen zu treffen. Auf eine, von der Opposition ihm gestellte Frage, ob er etwa beabsichtige, die von Ronikier vertretene deutsch-polnische Lösung weiter zu betreiben, antwortete er ausweichend, so daß sich der Zwischenparteiliche Klub zunächst abwartend verhielt, man wollte wohl auch erst sehen, welches Ergebnis die Wahlen zu dem Staatsrat haben würden, die am 9. April in den beiden Okkupationsgebieten stattfanden. Die Wahlen zeigten deutlich, daß die Politik des Regentschaftsrats keine Mehrheit im Lande hinter sich hatte, denn von den 55 Mandaten, welche überhaupt durch Wahlen vergeben werden konnten, erhielt die Opposition 37 Mandate. Der Regentschaftsrat glich diesen Verlust seiner Anhänger allerdings wieder dadurch aus, daß er von den 43 Mandaten, deren Ernennung ihm zustand, 36 mit ausgesprochenen Aktivisten besetzte und, da auch unter den noch verbleibenden 12 sogenannten Virilstimmen die Aktivisten in der Mehrzahl waren, so konnte die Regierung auf eine zwar nicht starke, aber sichere Mehrheit zählen. Im Vertrauen auf eine solche Mehrheit entschloß sich Steczkowski, den im März inoffiziell unternommenen Versuch einer Verständigung mit den Zentralmächten, und besonders mit Deutschland, jetzt offiziell zu wiederholen, und deshalb richtete er am 29. April an beide Regierungen gleichlautende Noten. Er machte das Angebot, schon jetzt in Verhandlungen über die endgültige politische, militärische und wirtschaftliche Lösung der polnischen Frage einzutreten und erklärte dabei ausdrücklich, daß man die letzte Entscheidung darüber selbstverständlich Berlin und Wien überlasse. Als unerläßliche Bedingung stellte aber auch er die volle Unabhängigkeit und die Integrität des gegenwärtigen Königreichs auf, erklärte sich mit der Abtrennung der vier nördlichen Kreise des Gouvernements Suwalki einverstanden, beanspruchte aber dafür im Osten territoriale Entschädigungen, nämlich die ethnographisch polnischen Gebiete östlich der

Linie Narew—Bobr—Memel und eine strategische Verbesserung der Grenze gegen die Ukraine. Der eigentliche Kernpunkt des Vorschlages war jedoch die Voraussetzung eines Bündnisses mit den Zentralmächten, sowie der Abschluß einer Militärkonvention und eines Handelsvertrages, durch welchen Polen die freie Schiffahrt auf der Weichsel zugesichert erhielt.

Neben dieser außenpolitischen Aktion entwickelte der Regentschaftsrat jetzt aber auch eine starke Initiative, um die gesamte Regierungsgewalt auf innenpolitischem Gebiet endlich in seine Hand zu bekommen. Anfang Mai fanden deshalb Verhandlungen mit Beseler statt, und Ende Mai reiste der neue Innenminister, Stecki, nach Lublin, um auch bei der österreichischen Verwaltung auf Beschleunigung der Angelegenheit zu dringen, die Bemühungen waren jedoch erfolglos, die Besatzungsmächte begründeten die Verzögerung teils mit militärischen Notwendigkeiten, teils mit dem Hinweis darauf, daß vorläufig noch nicht die genügende Anzahl ausreichend vorgebildeter polnischer Beamter vorhanden sei, um einen geordneten Gang der Verwaltung zu sichern. Auch die Aufstellung des polnischen Heeres machte keinerlei Fortschritte. Zwar war der Oberst Minkiewicz am 1. Mai von dem Befehlshaber der Polnischen Wehrmacht zum Kommandeur der aus zwei Infanterieregimentern und einer Kompagnie Sapeure bestehenden ersten Brigade ernannt worden, aber das weitere erforderliche Rekrutenmaterial fehlte, denn die letzte, im Dezember 1917 stattgehabte Musterung hatte nur das magere Ergebnis von 859 tauglichen Freiwilligen gehabt, und ein Gesetz über die Zwangsaushebung zu erlassen, konnte sich der Regentschaftsrat nicht entschließen, trotzdem ihm der Entwurf dazu schon im Dezember 1917 von Kucharzewski vorgelegt worden war. Ebenso waren die Versuche, das in Rußland unter Dowbór-Muśnicki gebildete polnische Korps für die neue polnische Armee zu erhalten, durch die am 21. Mai 1918 von den Deutschen vorgenommene Entwaffnung und Auflösung dieses Korps gescheitert, — das alles war nicht geeignet, die Stellung des Regentschaftsrats in der Öffentlichkeit zu stärken. Besondere Empörung aber löste es in den Kreisen der Opposition aus, als die Alliierten am 3. Juni 1918 endlich beschlossen hatten, die Errichtung eines unabhängigen und vereinigten Polens mit freiem Zugang zum Meer als eine Bedingung für einen dauerhaften und gerechten Frieden aufzustellen und als die Antwort des Regentschaftsrats durch die Agence Havas bekannt wurde. „Die polnische Regierung", so erklärte der Regentschaftsrat in dieser Antwort, „stellt keinerlei Erwägungen über diesen Beschluß als solchen an, aber sie kann nicht umhin, die Aufmerksamkeit auf den Zeitpunkt zu richten, an welchem der Beschluß zu Stande gekommen ist und auf die Umstände, welche ihn begleiteten. Zu schmerzlich ist

für uns die Erinnerung an den Augenblick, als die zaristische Regierung erst dann, als das russische Heer das Gebiet des Königreichs Polen verlassen hatte, sich entschloß, eins von den Rechten zu verwirklichen, um welche wir uns seit 100 Jahren vergeblich bemüht hatten. Der Zeitpunkt, an welchem der Beschluß gefaßt ist, und auch sein Inhalt geben ihm seinen eigentlichen Charakter. Die polnische Regierung ist mit dem ganzen polnischen Volk einig in dem unermüdlichen Streben nach Errichtung eines Staates, der auf einer gesicherten politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Grundlage ruht, und sie läßt sich dabei durch die Entschließung von Versailles nicht aus dem Gleichgewicht bringen. Sie kümmert sich um keine Hindernisse und Schwierigkeiten, sie wird vielmehr unerschütterlich danach streben, die wichtigsten Bedürfnisse der Nation zu befriedigen, durch welche diese in den Stand gesetzt wird, in gemeinsamer Arbeit mit den Zentralmächten die historische Aufgabe zu erfüllen, welche ihrer im Osten Europas wartet. Das verlangt eine nüchterne Wertung unserer eigenen Interessen, die für uns maßgebend sind“[234]). Wir wissen heute durch Czapski, wie diese Kundgebung zu Stande gekommen ist. Das Auswärtige Amt hatte zunächst versucht, den Berliner Vertreter des Regentschaftsrats, Graf Ronikier, zu einer Presseerklärung zu veranlassen, in welcher er die Solidarität Polens mit den Zentralmächten betonen und von den Versprechungen der Entente abrücken sollte, Ronikier hatte jedoch abgelehnt, und deshalb erhielt der deutsche Reichskommissar in Warschau, Graf Lerchenfeld-Köfering, von Kühlmann den Auftrag, den Regentschaftsrat zu einer solchen Kundgebung zu bewegen. „Der Staatssekretär war, wie er telegraphisch dem Generalgouvernement mitteilte, durch den Gesandten in Bern darauf hingewiesen worden, daß der Versailler Beschluß vermutlich von polnischen Ententeanhängern ausgebeutet werden würde. Es empfehle sich daher, demgegenüber öffentlich darauf hinzuweisen, daß diese Erklärung recht spät käme und im jetzigen kritischen Augenblick den Eindruck des Erlahmens der Entente mache. Kühlmann fügte hinzu, es wäre sehr wertvoll, wenn der Regentschaftsrat oder das politische Departement in offizieller Erklärung die Solidarität mit den Zentralmächten betone und von den Versprechungen der Entente abrücke.“ Durch Vermittlung Czapski's gelang es in der Tat, Radziwiłł und Steczkowski für eine solche Erklärung zu gewinnen, „der Text, den sie aufsetzten, wurde noch am selben Abend dem hierzu einberufenen Kronrat vorgelegt und auf das hartnäckige Drängen Steczkowki's hin gebilligt“[235]). In der Öffentlichkeit mußte also der Eindruck immer stärker werden, daß der Regentschaftsrat entschlossen sei, nach wie vor seine Politik an die der Zentralmächte zu binden und sich über die von dem Pariser Nationalkomité getriebene, völlig entgegengesetzte Politik hinwegzusetzen.

Die politische Atmosphäre war also mit Hochspannung geladen, als nach mehrmaligen Vertagungen am 22. Juni der neue Staatsrat endlich zu seiner ersten Tagung zusammentrat. Die von Lubomirski verlesene Regierungserklärung stellte als den Ausgangspunkt für die Politik des Regentschaftsrats den Akt vom 5. November hin, durch welchen dem polnischen Staat eine unabhängige Existenz garantiert worden sei und betonte, daß damit auch der Weg für die Regierung gewiesen sei, er könne nur in enger Verbindung mit den beiden Zentralmächten gehen und müsse zu einem dauernden Bündnis mit ihnen führen. Der Ministerpräsident Steczkowski erwähnte in seiner Einführungsrede zunächst die Schwierigkeiten, mit denen die Regierung bisher bei der Verwirklichung ihres Programms zu kämpfen gehabt habe und versuchte zu erklären, wie es gekommen sei, daß sowohl die Aufstellung eines polnischen Heeres nach wie vor auf dem toten Punkt verharre und daß man auch auf dem Gebiet der inneren Verwaltung bisher nichts weiter erreicht habe, als das Versprechen der Besatzungsmächte, dem Regentschaftsrat die vorbereitenden Arbeiten für die zukünftige Gesetzgebung zu übertragen, während die eigentliche politische Verwaltung des Landes erst dann in die Hände der polnischen Regierung übergehen solle, wenn eine genügende Anzahl geschulter polnischer Beamten vorhanden sein würde. Auch die Frage nach der endgültigen politischen Gestaltung des polnischen Staates sei noch immer unentschieden, der deutsche Reichskanzler habe aber versichert, daß sie nur im Einvernehmen mit den maßgebenden Organen des polnischen Staates entschieden werden solle und dieselbe Erklärung habe auch das österreichisch-ungarische Außenministerium abgegeben. Die Erfolge, mit denen der Regentschaftsrat nach einer Regierungstätigkeit von fast neun Monaten vor den Staatsrat treten konnte, waren also recht bescheiden, und man war auf eine scharfe Kritik gefaßt. Sie erfolgte in der Tat, aber sie ging nach einer ganz andern Richtung hin, denn die Gelegenheit, von der Tribüne des ersten polnischen Parlaments mit den Zentralmächten, und besonders mit Deutschland, gründlich abzurechnen, konnte und wollte man sich in den Kreisen der Opposition natürlich nicht entgehen lassen. In ungemein scharfer Form unterzog der Vorsitzende des Zwischenparteilichen Klubs, Świeżyński, sich dieser Aufgabe. Er gab dem Bedauern darüber Ausdruck, daß in einer Zeit, in welcher die ganze Welt die polnische Frage als ein internationales Problem anerkannt habe und die verantwortlichen Staatsmänner für ihre umfassende Lösung eingetreten seien, in Polen selbst nichs geschehe, was davon zeuge, daß den Zentralmächten ernstlich an einer Wiederherstellung Polens gelegen sei, trotzdem gerade sie die Möglichkeit dazu hätten, er bestritt die These der Regierungserklärung, daß der Akt vom 5. November der tatsächliche Ausgangspunkt für den Aufbau des polnischen Staates sei, denn

gerade die für Polen lebenswichtigsten Fragen seien z. T. immer noch ungelöst, z. T. sogar zum Nachteil Polens entschieden worden, und er schloß mit einer außerordentlich heftigen Anklage gegen die Besatzungsmächte, die er der systematischen Verwüstung und der Auspowerung des Landes beschuldigte. Auch die Vertreter der Aktivisten sparten mit ihrer Kritik durchaus nicht, sie forderten Wiederherstellung der früheren Grenzen und einen freien Zugang zur See, so daß im Endergebnis „die 14 Sitzungen der ersten Tagung des Staatsrats (22. Juni bis 31. Juli 1918) den Passivisten nur die erwünschte Gelegenheit gaben, sowohl das dem Königreich Polen von den Zentralmächten aufgezwungene Regime wie auch ihre allgemeine polnische Politik einer recht ausgedehnten Kritik zu unterziehen, daß die Aktivisten sich bald mitziehen ließen und in vielen Fällen bei der Debatte mit den Passivisten in der Verurteilung der von den Besatzungsmächten geübten Praxis wetteiferten. Die Debatten nahmen schließlich eine solche Schärfe an, daß der deutsche Bevollmächtigte, Graf Lerchenfeld, bei dem Regentschaftsrat und dem Ministerpräsidenten Vorstellungen erhob und die Hoffnung aussprach, daß die Tribüne des Staatsrats nicht zu einem Tummelplatz der Agitation gegen die Zentralmächte werden möge, er fügte hinzu, daß er sich in eine peinliche Lage versetzt sehen würde, wenn seine guten Ratschläge nicht befolgt werden sollten . . . Der Schritt hatte keinen Erfolg, der Staatsrat ließ sich nicht einschüchtern. Diese öffentlich mißbilligende Haltung, welche der Staatsrat gegenüber einer Anzahl von Maßnahmen der Besatzungsbehörden einnahm, war ein großer Erfolg für die Politik des Zwischenparteilichen Klubs, der übrigens im Lauf der Verhandlungen auch zahlenmäßig weitere Anhänger gewann, so daß er am Schluß der Tagung fast die Hälfte aller Mitglieder, sowohl der erwählten, wie auch der ernannten hatte“[236]).

Bald darauf erhielt der Leiter der politischen Abteilung bei der Regierung in Warschau, Prinz Ianusz Radziwiłł, die Einladung, nach dem Großen Hauptquartier zu kommen. In Warschau schloß man daraus nicht mit Unrecht, daß den Zentralmächten viel daran liege, die polnische Frage schnell und endgültig zu regeln. Vor seiner Abreise hatte Radziwiłł noch eine Unterredung mit Świeżyński, der ihm dringend riet, bei den Besprechungen die größte Zurückhaltung zu üben und sich allen Versuchen, die polnische Frage noch vor Beendigung des Krieges zu lösen, entschieden zu widersetzen, er drohte damit, daß sonst seine politischen Freunde im Staatsrat sofort in Opposition treten und sogar durch Niederlegung ihrer Mandate die weitere Arbeit des Staatsrats sabotieren würden. Am 13. August reiste Radziwiłł nach Berlin, wo sich ihm der diplomatische Vertreter des Regentschaftsrats, Graf Ronikier, anschloß, und am folgenden Tage fuhren beide nach Spa, wo sie noch an demselben Tage

mit dem Kaiser, dem Kanzler und Ludendorff eingehende Besprechungen hatten. Über die Gründe, welche die Deutschen zu dieser Einladung veranlaßten, schreibt Seyda: „Als die deutsche Offensive sich in eine siegreiche Gegenoffensive der alliierten Heere verwandelt hatte, beschloß man in Berlin, sich mit der Lösung der polnischen Frage zu beeilen und von Wien das Einverständnis für die deutsche Lösung zu erhalten. Für den 14. und 15. August war die Anwesenheit Kaiser Karls und Burians in Spa vorgesehen, man beschloß also, noch vorher mit der polnischen Regierung in Verbindung zu treten, um es zu erreichen, daß sie sich der sogenannten „Kandidatenlösung" mit einem König in Warschau (nicht Wien), und der Anlehnung Polens an Deutschland anschließe, um diesen Wunsch der polnischen Regierung gegenüber der österreichisch-polnischen Lösung mit Karl als polnischem König auszuspielen"[237]). Über die Verhandlungen in Spa und über ihr Ergebnis weiß Seyda folgendes zu berichten: Ehe die Österreicher in Spa ankamen, habe man die polnischen Vertreter zur schleunigen Abreise veranlaßt und erst in Berlin habe Radziwiłł durch die Presse erfahren, daß er dem deutschen Kaiser die Krone Polens angeboten haben solle, die aber von diesem abgelehnt worden sei, der Kaiser habe vielmehr den Erzherzog Karl Stephan vorgeschlagen und die Polen hätten sich damit einverstanden erklärt. Am folgenden Tage habe der Kaiser dann den Österreichern davon Mitteilung gemacht, Burian habe die Angelegenheit aufklären wollen und Radziwiłł sei deshalb am 24. August nach Wien gereist. Dort habe er Burian erklärt, daß er dem Kaiser die polnische Krone nicht angeboten, wohl aber nach der Gegenleistung Deutschlands im Fall einer deutsch-polnischen Lösung gefragt und darauf hingewiesen habe, daß Österreich Galizien für Polen mitbringen würde. Darauf sei ihm geantwortet worden, daß im Fall einer deutsch-polnischen Lösung Polen sich im Westen zwar wesentliche Grenzverbesserungen zu Gunsten Deutschlands werde gefallen lassen müssen, daß es aber dafür das Cholmer Land wieder erhalten und mit Deutschland eine Militärkonvention abschließen würde, wenn die Polen aber Karl von Österreich zum König wählen würden, dann müßten sie bedeutende Opfer an Land bringen[238]). Die Version, welche Czapski über die Vorgänge in Spa bringt, weicht von der Darstellung Seydas in verschiedenen Punkten doch so stark ab, daß sich beide nicht vereinigen lassen. Czapski fügt noch hinzu, daß Radziwiłł bei seinem Aufenthalt in Wien auch eine Audienz bei dem Kaiser gehabt habe, in welcher dieser erklärte, er würde die Kandidatur des Erzherzogs Stephan in keinem Fall zulassen und seiner Empörung Ausdruck gab, daß er in Spa falsch informiert worden sei[239]). Nach der Rückkehr Radziwiłł's fand in Warschau ein Kronrat statt, bei welchem Beschlüsse nach dieser Richtung hin nicht gefaßt werden konnten, weil die Zentralmächte selbst in Spa zu

keiner Einigung gekommen waren, Burian hatte vielmehr der Presse nur die Mitteilung gemacht, daß man über die polnische Frage verhandelt und zu einem befriedigenden Ergebnis gekommen sei, auf Einzelheiten habe man natürlich nicht eingehen können, es sei aber ein allgemeiner Plan aufgestellt worden, nach welchem die Besprechungen jetzt mit größter Beschleunigung geführt werden würden.

Jetzt aber begannen auch die Aktivisten ungeduldig zu werden; die große Mehrzahl von ihnen, die nach wie vor eine österreichisch-polnische Lösung wünschte, drohte mit ihrem Übertritt zu dem sogenannten Neopassivismus, d. h. mit dem Abwarten bis zu dem allgemeinen Friedenskongreß, die Passivisten aber triumphierten und ihr Einfluß stieg noch mehr, als das Berliner Tageblatt am 25. August den Wortlaut der Note veröffentlichte, welche Steczkowski am 29. April an die beiden Zentralmächte gerichtet hatte. Der Zwischenparteiliche Klub kündigte sofort für die nächste Tagung des Staatsrats, die unmittelbar bevorstand, eine Interpellation an, und auch die vereinigten Linksparteien protestierten gegen die Politik Radziwiłls und Ronikiers. Die Folge war, daß Steczkowski am 31. August seine Demission gab, die von dem Regentschaftsrat angenommen wurde und daß die für den 3. September anberaumte Sitzung des Staatsrats zunächst bis zum 6. September und dann auf unbestimmte Zeit vertagt wurde. Die Bildung des neuen Kabinetts stieß auf so große Schwierigkeiten, daß der Regentschaftsrat sich entschloß, wieder den früheren Ministerpräsidenten Kucharzewski damit zu betrauen, der nach langem Zögern am 22. September annahm und dessen Wahl am 2. Oktober von den beiden Generalgouverneuren bestätigt wurde. Inzwischen aber waren diese innenpolitischen Kämpfe durch den Gang der Ereignisse bereits überholt worden, und die Dinge trieben nun schnell der letzten Entscheidung entgegen. Am 14. September hatte Österreich den kriegführenden Parteien den Vorschlag gemacht, sich auf neufralem Boden zu treffen, um über die Grundlagen für den Frieden zu beraten, die Polen wußten also, daß an eine endgültige Lösung der polnischen Frage durch die Zentralmächte nicht mehr zu denken war. Man legte deshalb auch der Erklärung, welche der Staatssekretär Hintze am 19. September Ronikier gegenüber abgegeben hatte, daß Deutschland im Falle einer österreichisch-polnischen Lösung auf einer bedeutenden Grenzverbesserung einschließlich des polnischen Kohlenreviers bestehen müsse, keine große Bedeutung bei. Am 29. September schloß Bulgarien den Waffenstillstand, in Deutschland trat Hertling zurück, sein Nachfolger wurde Max von Baden, im österreichischen Reichsrat verkündete Hussarek die freie Selbstbestimmung Polens bei der Gestaltung seiner staatlichen Verhältnisse und am 5. Oktober richtete

der deutsche Reichskanzler an Wilson die Bitte um Eröffnung von Besprechungen über den Frieden auf der Grundlage der 14 Punkte.

Unter dem Eindruck dieser Nachricht trat der Regentschaftsrat am 7. Oktober mit einer Kundgebung an die Öffentlichkeit, in welcher er den Staatsrat auflöste und die sofortige Bildung einer neuen Regierung, sowie die Vorbereitungen für die Wahlen zum ersten polnischen Sejm anordnete, — damit war praktisch das Tafeltuch zwischen Regentschaftsrat und Besatzungsmächten durchschnitten. Am 12. Oktober erfolgte eine neue Kundgebung, in welcher die neue Eidesformel für das polnische Heer festgesetzt, die sofortige Vereidigung befohlen und die Übernahme der obersten Befehlsgewalt über das Heer durch den Regentschaftsrat mitgeteilt wurde, die durch die Kundgebung vom 7. Oktober notwendig gewordene Neubildung des Kabinetts sollte wieder Kucharzewski übernehmen, der sich dies Mal jedoch weigerte. Jetzt aber sah der Zwischenparteiliche Klub seine Zeit endlich gekommen, am 11. Oktober veröffentlichte er eine Erklärung, unter welchen Bedingungen er bereit sei, die vorläufige Geschäftsführung zu übernehmen. Er verlangte, daß der Regentschaftsrat sofort eine neue Regierung berufen solle, deren erste Aufgabe es sein müsse, einen aus Vertretern aller drei Teilgebiete gebildeten Nationalrat zu berufen, in dessen Hände die Regenten ihre Mandate niederzulegen hätten und dem gegenüber die Regierung auch allein verantwortlich sei. Aufgabe der Regierung müsse es sein, so schnell wie möglich die gesamte Staatsverwaltung zu übernehmen und die Wahlen für den ersten, Verfassung gebenden Sejm auszuschreiben. Nach einem mißglückten Versuch, Radziwiłł zur Kabinettsbildung zu gewinnen, wurde Świeżyński am 23. Oktober damit betraut, dessen erste Amtshandlung es war, die sofortige Freilassung Piłsudskis zu verlangen. Die Stellung der neuen Regierung gegenüber dem Regentschaftsrat, von dem sie berufen war, zeichnete sich von Anfang an durch eine starke Gegnerschaft aus; die neuen Minister lehnten es ab, dem Regentschaftsrat als solchem den Eid zu leisten, weil er eine Einrichtung der Zentralmächte sei, sie erklärten sich aber bereit, ihre Ämter aus den Händen der drei Männer zu empfangen, welche die Kundgebung vom 7. Oktober erlassen hätten und sie unterschrieben auch nur eine solche Erklärung. Gleichzeitig wendete sich das neue Kabinett an das Nationalkomité in Paris mit der Bitte, die polnischen Interessen so lange bei den Alliierten zu vertreten, bis man in der Lage sein würde, eigene Vertreter zu entsenden. Die Stellung der Regierung war aber trotzdem schwierig, weil sich die gesamten Linksparteien von diesem Kabinett der Nationaldemokraten zurückhielten, man versuchte deshalb, die Basis zu erweitern. Da man aber die politische Einstellung der drei Regenten kannte, entschloß man sich zu einer Art von Staatsstreich und beschloß am 3. November, ohne sich vorher mit dem Regent-

schaftsrat in Verbindung gesetzt zu haben, „daß die Interessen der bevorrechtigten Bevölkerungsschichten in dieser historischen Stunde zurücktreten müßten und daß die Regierung sofort Schritte unternehmen werde, um aus den Vertretern des arbeitenden Volkes und im Einvernehmen mit den Parteien, welche diese Volksschichten vertreten, eine neue nationale Regierung zu bilden, bis zu diesem Zeitpunkt werde die Regierung auf ihrem Posten bleiben". Das Kabinett hatte bestimmt erwartet, daß der Regentschaftsrat nach diesem Beschluß sofort zurücktreten würde, es hatte sich jedoch getäuscht, denn der Regentschaftsrat löste kurzer Hand die Regierung auf und bildete eine reine Beamtenregierung. Am 10. November richtete diese an die polnischen Abgeordneten Preußens und Österreichs, sowie an das Pariser Nationalkomité Telegramme mit der Aufforderung, sofort Vertreter zur Bildung einer nationalen Regierung nach Warschau zu senden. Durch den Ausbruch der Revolution wurde diese Maßnahme jedoch überholt, denn auch in Polen hatte der Umsturz angefangen, seine Wellen zu schlagen, und in Warschau war es sogar zu Demonstrationen mit roten Fahnen und Bombenwürfen auf dem Hof des erzbischöflichen Palais gekommen. So bedeutete die am 10. November erfolgte Rückkehr Piłsudskis aus Magdeburg für den Regentschaftsrat eine Befreiung von schweren Sorgen, am 11. November übergab er diesem die militärische Gewalt, am 12. November betraute er ihn mit der Bildung der Regierung, und am 14. November übertrug er ihm auch die gesamte Zivilgewalt und löste sich auf. Seine letzte Regierungsmaßnahme war die am 13. November erfolgte Verhaftung Beselers, der an Bord eines Dampfers auf der Weichsel bis an die Grenze gebracht wurde.

2. Das polnische Nationalkomité in Paris.

Das am 15. August 1917 begründete Komité begann seine Tätigkeit so unauffällig, wie möglich. Trotzdem die Arbeit sich auf die Mandate der Polen in allen drei Teilgebieten in Rußland und Amerika stützen sollte, sah man, auf Veranlassung Dmowskis, doch davon ab, sich mit einem besondern Aufruf an die Heimat zu wenden. „In dieser erzwungenen Bescheidenheit lag ein Stück Schwäche. Wenn wir als Vertretung des gesamten polnischen Volkes, als seine Regierung gegenüber den Alliierten hätten auftreten können, wenn wir im Namen ganz Polens hätten sprechen und in seinem Namen hätten Verpflichtungen auf uns nehmen können, ohne lärmende Proteste bei unsern Gegnern hervorzurufen, dann wäre die ganze polnische Frage von Anfang an eine andere gewesen, und auch ihre Endlösung würde eine andere gewesen sein. Darin bestand ja gerade die Stärke der Tschechen, daß ihre Vertretung im Ausland den Charakter einer tschechischen Nationalregierung annahm, daß sie formell im Namen des ganzen Volkes handelte und daß kein feind-

liches tschechisches Lager gegen sie protestierte“[240]). Man vermied deshalb auch bewußt den Namen „Regierung“, trotzdem es von Anfang an die Absicht des Komités war, die Funktionen einer Regierung sowohl über die Polen im Ausland, wie auch über das polnische Heer auszuüben, man beschränkte sich vielmehr darauf, von den Regierungen der Alliierten nur die Anerkennung als „offizielle polnische Organisation“ zu erreichen. Am 28. August überreichten die Vertreter des Komités in den Außenministerien in Paris, London und Rom die Mitteilung von der erfolgten Gründung, bezeichneten als seinen Zweck „die Zusammenfassung der Kräfte aller polnischen Organisationen in Polen, Rußland und Amerika, um zu dem Sieg der Alliierten beizutragen und dadurch ein vereinigtes und unabhängiges Polen zu erhalten“ und baten um die Anerkennung als offizielle polnische Vertretung. Der Regierung in Washington teilte Paderewski die erfolgte Gründung mit. Die Anerkennung durch Frankreich erfolgte am 20. September, durch England am 15. Oktober und durch Italien am 30. Oktober, in Washington verzögerte sich die Anerkennung, weil die amerikanische Regierung verlangte, daß auch die russische Regierung eine offizielle Benachrichtigung erhalte, und erst, als man erklärt hatte, daß die Beziehungen des Komités zur russischen Regierung ebenfalls gesichert seien, erfolgte am 1. Dezember auch die Anerkennung durch die Vereinigten Staaten.

Als taktisches Programm wurden folgende vier Punkte aufgestellt:

1. Mit allen Mitteln gegen einen vorzeitigen Frieden arbeiten, „Polen, welche im Interesse eines Friedens arbeiten, arbeiten am Untergang des Vaterlandes und dienen den Zwecken seiner Feinde“.

2. Mit allen Mitteln dafür arbeiten, daß Polen nicht nur seine offizielle Vertretung bei den Verhandlungen des Friedenskongresses erhält, sondern daß es unter den Alliierten schon jetzt eine starke Stellung gewinnt, dazu aber gehört, daß es als kriegführende Partei anerkannt wird und über ein eigenes Heer im Kampf gegen Deutschland verfügt.

3. Dadurch wird die Lage der polnischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten zwar schwierig, deshalb muß die dortige polnische Bevölkerung jedes provozierende Auftreten gegenüber den Besatzungsmächten vermeiden und darf sich in keinem Fall weder politisch, noch militärisch, an der Seite der Zentralmächte festlegen.

4. Die polnische Bevölkerung hat sich der im Lande bestehenden Regierung unterzuordnen, aber es wäre der größte Fehler, wenn sich angesehene Kreise des Landes auch nur im geringsten als Werkzeuge dieser Regierung gebrauchen ließen[241]). (Auch hier zeigte sich wieder die musterhaft durchgeführte Organisation eines Geheimdienstes, durch welchen ein Zusammenarbeiten mit dem Lande überhaupt erst möglich wurde.)

Die wichtigste Aufgabe aber blieb nach wie vor, die Alliierten davon zu überzeugen, daß ein polnischer Staat ohne die preußischen Gebietsteile und ohne Zugang zur See nicht bestehen könne, gerade hier aber hatte man, wie Seyda versichert, ein ausgezeichnetes Propagandamittel, nämlich in den beiden von der Preußischen Regierung herausgegebenen Büchern „Gemeindelexikon für die Regierungsbezirke Allenstein, Danzig, Marienwerder, Posen, Bromberg und Oppeln" (Berlin 1912) und „Preußische Statistik — Das niedere Schulwesen in Preußen im Jahre 1911" (Berlin 1913). Das erste enthielt die Ergebnisse der Volkszählung im Jahre 1910, das zweite diejenigen einer im Jahre 1911 vorgenommenen statistischen Untersuchung über die preußischen Volksschulverhältnisse. „Die Volkszählung in den polnischen Gebieten war offensichtlich tendenziös gehalten, um den Prozentsatz der Polen in einer möglichst großen Anzahl von Kreisen künstlich unter 60 zu bringen und auf diese Art der polnischen Bevölkerung das Recht zu nehmen, sich bei öffentlichen Versammlungen der polnischen Sprache zu bedienen. Bei der Durchführung der Statistik über die Schulkinder hatte man weniger Druck ausgeübt, weil sie nicht besonderen politischen Zwecken dienen sollte. Wir stellten nun in verschiedenen Reihen, Kreis für Kreis, die Ergebnisse der Volkszählung und der Schulstatistik nebeneinander, machten die erste durch die zweite unschädlich und zeigten die Stärke des polnischen Elements gegenüber dem deutschen. Dabei war es entscheidend, daß wir den deutschen Hieb mit einer deutschen Waffe abwehrten, denn man mußte sich darüber klar sein, daß man in den Ländern der Alliierten, und erst recht in den neutralen Ländern, an die „wissenschaftliche Objektivität" der Deutschen glaubte, so daß allgemein gehaltene polnische Behauptungen in keinem Fall weder die öffentliche Meinung, noch viel weniger die Regierungen überzeugt hätten. Das war besonders wichtig für die Verteidigung des Netzedistrikts sowie Westpreußens und der südlichen Hälfte Ostpreußens"[242]). Zu dieser Aufstellung wurden entsprechende Karten gezeichnet und beides wurde von Paris aus in die alliierten und neutralen Staaten versendet. „Diese, auf Grund amtlichen preußischen Materials bearbeiteten und in französischer und englischer Sprache herausgegebenen Karten waren das beste Beweismittel in der Diskussion. Sie waren für alle eine Offenbarung, sie machten überall großen Eindruck. Das Foreign Office holte meine Erlaubnis ein, sie auf Postkarten zu Propagandazwecken zu veröffentlichen"[243]). (Die Schulkinderstatistik ist bekanntlich irreführend.)

Und doch wußte man, daß alle propagandistische Arbeit für die Abtrennung des preußischen Teilgebiets vergebliche Mühe war, so lange die Zentralmächte nicht eine entscheidende Niederlage er-

litten hatten, eine solche aber erschien gerade in jener Zeit höchst ungewiß, man mußte also versuchen, Deutschland auf eine andere Weise zu zermürben. Die Männer des Komités hatten den durchaus berechtigten Eindruck, daß man sich nach der bolschewistischen Revolution in den Kreisen der Entente ernsthaft mit dem Gedanken beschäftigte, die Habsburgische Monarchie nach dem Krieg zu erhalten, um sie an Stelle Rußlands als ein williges Werkzeug gegen Deutschland verwenden zu können, unter solchen Umständen aber schien es aussichtslos, eine gemeinsame Erklärung der Alliierten zu Gunsten eines aus allen drei Teilgebieten bestehenden unabhängigen polnischen Staates zu erreichen. Die Bemühungen des Komités durften sich deshalb nicht nur darauf beschränken, die Alliierten von der Notwendigkeit zu überzeugen, das preußische Teilgebiet abzutrennen, sondern sie mußten zugleich versuchen ihnen zu zeigen, daß nicht die Erhaltung, sondern die Vernichtung Österreichs in ihrem eigenen wohl verstandenen Interesse liege, weil ein Zusammenbruch Österreichs auch eine Niederlage Deutschlands und damit einen entscheidenden Sieg für sie bedeute. Am 13. November überreichte man den alliierten Regierungen eine Denkschrift, in welcher auf die beiden letzten Mißerfolge im Lager der Entente, nämlich auf den Zusammenbruch Rußlands und auf die schwere Niederlage der Italiener, hingewiesen und betont wurde, daß beide ein Erfolg der angespannten politischen Aktion Deutschlands gewesen seien. Dieser politischen Aktion müßten die Alliierten mit einer kraftvollen politischen Offensive begegnen, die sicher Erfolg haben werde, wenn sie sich gegen die schwächste Stelle der deutschen Politik, nämlich gegen das deutsch-österreichische Bündnis richte. Das Komité empfahl deshalb, eine Konvention zu schließen und öffentlich zu erklären, daß zu den Kriegszielen nicht nur der Wiederaufbau eines unabhängigen und vereinigten polnischen Staates gehöre, sondern auch die Befreiung der Völker Österreich-Ungarns und die Bildung eines selbständigen tschechischen Staates. „Wenn die Nationen, die heute den Deutschen Österreichs und den Ungarn untertänig sind, die Gewißheit hätten, daß die siegreichen Alliierten ihnen die Freiheit bringen, daß die dort lebenden Polen, Italiener, Serben und Rumänen mit Polen, Italien, Serbien und Rumänien vereinigt werden und daß die Tschechen nationale Unabnängigkeit erhalten sollen, dann würde die deutsch- und ungarnfeindliche Bewegung unter diesen Nationen sicherlich derartige Ausmaße annehmen, daß sie die Beteiligung Österreich-Ungarns an diesem Krieg in weitestem Umfang paralysieren würde“[244]).

Ein solcher Vorschlag erschien jedoch selbst der französischen Regierung damals zu weitgehend, besonders scharf wendeten sich die Engländer gegen ihn, während Wilsons Bevollmächtigter, House, höchstens dann zustimmen wollte, wenn die polnische Frage nicht

als eins von den Kriegszielen, sondern nur als eine Bedingung für einen dauerhaften Frieden aufgestellt würde. Man einigte sich deshalb auf den Vorschlag, einen neuen Plan auszuarbeiten, aber nicht für eine Konvention, sondern nur für eine gemeinsame Erklärung der Alliierten, und das Komité änderte den ursprünglichen Entwurf dahin, daß „ein unabhängiges und vereinigtes Polen mit freiem Zugang zur See eine Bedingung für den Frieden" sei. Dieser Fassung aber widersetzte sich Lloyd George, und selbst dann, als die Polen sich bereit erklärten, den letzten Satz noch abzuschwächen, lehnte er ab und stimmte schließlich nur der Formel zu: „Die Errichtung eines unabhängigen und unteilbaren Polen unter solchen Bedingungen, welche seine freie politische und wirtschaftliche Entwicklung sichern, bildet eine Bedingung für einen dauerhaften und gerechten Frieden und für die Herrschaft des Rechts in Europa", aber auch hier stellte er die Bedingung, daß nicht etwa die Alliierten gemeinsam eine solche Erklärung abgeben dürften, sondern daß sich das Komité mit einer offiziellen Anfrage an Pichon wenden und dieser mit der von Lloyd George gebilligten Erklärung antworten solle. Diese Bedingung lehnte jedoch das Komité ab, „weil eine solche Formulierung keine, wenn auch noch so gemilderte Verpflichtung enthalte und weil man hier bewußt die Forderung Polens nach einer Anlehnung an das Meer mit Schweigen übergehe, ganz abgesehen davon, daß man die Worte „alle polnischen Länder" bezw. den schon festgelegten Wortlaut „ein vereinigtes Polen" durch die dehnbare Bezeichnung „ein unteilbares Polen" ersetzt habe."[245])

Auch aus Amerika lauteten die Nachrichten gerade über die österreichische Frage wenig günstig. Am 4. Dezember 1917 hatte Wilson bei der Eröffnung des Kongresses diejenigen Grundsätze wiederholt, welche er s. Zt. als Voraussetzung für einen zukünftigen Frieden aufgestellt hatte und dabei hinzugefügt: „Ich dachte und ich denke jetzt nicht nur an die kleineren und schwächeren Nationen, die unsere Unterstützung gebrauchen, sondern auch an die großen und mächtigen, an unsere gegenwärtigen Feinde ebenso, wie an diejenigen, mit denen wir jetzt im Krieg verbündet sind. Ich dachte und ich denke gegenwärtig u. a. an Österreich-Ungarn ebenso, wie an Serbien und Polen." Diese Worte beunruhigten die Polen außerordentlich, sie wußten, welche Rolle die Vereinigten Staaten bei den kommenden Friedensverhandlungen spielen würden, und aus den Erklärungen Wilsons mußten sie entnehmen, daß dieser an eine Liquidierung Österreich-Ungarns garnicht dachte, sondern die Habsburgische Monarchie nach wie vor als einen großen und mächtigen Staat betrachtete, ohne eine Liquidierung Österreichs aber war Galizien für Polen verloren. Dmowski versuchte deshalb sofort, auf House einzuwirken, der Versuch mißglückte jedoch, wie Dmowski behauptet, in Folge des Dazwischentretens Lloyd Georges,

der kurz vor der interalliierten Konferenz den General Smuts nach Genf geschickt hatte, um dort mit den Österreichern zu verhandeln.[246])

Trotz dieser Fehlschläge wurden die Bemühungen, die Alliierten zu einer Zerschlagung der österreichisch-ungarischen Monarchie zu bewegen, doch fortgesetzt, nur daß man jetzt auch mit den zum österreichischen Staatsverband gehörenden Nationen in Verbindung trat. Am 12. Dezember 1917 fand in Kiew eine gemeinsame Versammlung statt, an welcher außer den Polen und Tschechen auch Jugoslawen und Rumänen teilnahmen. Man verkündete als Programm die Errichtung eines slawischen Staatenblocks von der Ostsee bis zur Adria und beschloß, sofort mit den Vorarbeiten zur Bildung einer „Liga der unterdrückten Nationen" zu beginnen. In den Kreisen des Komités verhielt man sich diesen Beschlüssen gegenüber zunächst zurückhaltend, weil man den Tschechen nicht traute, und erst, als Benesch die Versicherung gegeben hatte, daß die Tschechen die Kreise der Polen nicht stören würden, bildete man im Januar 1918 zwei Kommissionen, eine polnisch-tschechisch-rumänische und eine tschechisch-rumänisch-jugoslawische, welche die Aufgabe hatten, einen allgemeinen slawischen Kongreß vorzubereiten. Dieser Kongreß fand in der Zeit vom 8.—10. April 1918 in Rom statt, das man gewählt hatte, weil man glaubte, in Italien am ersten Verständnis für die Zerschlagung der Habsburgischen Monarchie zu finden. Die Richtlinien, auf welche man sich für ein gemeinsames Handeln einigte, waren folgende: 1. Jede Nation behauptet ihr Recht, entweder einen eigenen nationalen Staat zu bilden oder ihn zu erweitern und die volle politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit zu gewinnen. 2. Jede Nation erblickt in der österreichisch-ungarischen Monarchie ein Werkzeug der deutschen Herrschaft und dehalb ein wesentliches Hindernis für die Verwirklichung ihrer Aspirationen und ihrer Rechte. 3. Der Kongreß erkennt deshalb die Notwendigkeit eines gemeinsamen Kampfes gegen die gemeinsamen Unterdrücker an, und zwar so lange, bis jede einzelne dieser Nationen volle Befreiung, volle nationale Vereinigung und staatliche Freiheit erlangt hat.[247]) Da die Polen aber die Gefahr fühlten, die aus einer allzu engen Verbindung ihrer eigenen staatlichen Zukunft mit dem Schicksal der kleinen slawischen Nationen innerhalb der Habsburgischen Monarchie für sie entstehen könnte, gaben sie auf dem Kongreß die Erklärung ab: „Das polnische Volk, das in dem Kampf um seine Vereinigung und Unabhängigkeit diejenigen polnischen Gebiete befreien will, welche heute einen Teil Österreichs bilden, betrachtet Deutschland als seinen Hauptfeind. Die Zukunft Polens hängt völlig von dem Ausgang des Kampfes mit Deutschland ab." Die Gefahr einer Verkoppelung der polnischen Frage mit der slawischen war nämlich damals durchaus

nicht zu unterschätzen, denn im Dezember 1917 waren auf französischem Boden auch besondere tschechische Formationen entstanden, und die französische Regierung beabsichtigte, die polnischen und tschechischen Abteilungen zu einer gemeinsamen slawischen Armee zu vereinigen. Die Polen betonten deshalb immer wieder, daß die polnische Frage ein Teil des baltischen Problems sei und deshalb unmittelbar zu dem deutschen, nicht aber zu dem österreichischen Fragenkomplex gehöre, und es bedeutete für sie einen wesentlichen Erfolg, als es nach mancherlei Verhandlungen schließlich zu dem Abkommen kam, durch welches die politische Oberhoheit des Komités über die polnische Armee in Frankreich anerkannt wurde. Damit war zweierlei erreicht, die polnische Armee war nunmehr offiziell als eine selbständige Formation neben den tschechischen Abteilungen anerkannt worden, und das Komité war einen Schritt weiter auf dem Wege gekommen, von den Alliierten als Inhaber einer bewaffneten Macht betrachtet zu werden, die an ihrer Seite gegen Deutschland kämpfte.

Inzwischen aber waren neue Wolken am Himmel der polnischen Zukunftshoffnungen aufgezogen. Am 5. Januar 1918 hatte Lloyd George vor den Vertretern der englischen Trade-Unions über die internationale Lage während der Kriegszeit gesprochen und dabei auch die Errichtung eines selbständigen polnischen Staats erwähnt, zu welchem nach seiner Meinung alle „genuinely Polish elements, who desire to form part of it" gehören sollten, damit aber war zum ersten Mal der Gedanke einer Volksabstimmung als englisches Programm aufgestellt worden. „Weil er ein politischer Ignorant war, kann man sich leicht vorstellen, daß diese Pläne nicht aus seinen eigenen Gedanken entstanden waren, sondern daß sie ihm durch seine Umgebung eingegeben wurden. In dieser Umgebung aber zeigten sich jüdische Einflüsse, welche hinter den Kulissen im Interesse Deutschlands und gegen die Wiedererstehung eines großen und starken Polen arbeiteten." [248]) Aber auch Wilson hatte wenige Tage später, am 8. Januar, seinen Standpunkt in der polnischen Frage dahin umrissen, daß zu dem neuen polnischen Staat nur eine „indisputably polish population" gehören dürfe, „diese beiden, mit Bezug auf das zukünftige Gebiet Polens in gleichem Sinn gehaltenen und gleichzeitig gemachten Vorbehalte mußten aus einer gemeinsamen Quelle stammen und diese Quelle konnten nur die Deutschen sein." [249]) Man sah deshalb den Londoner Besprechungen im Mai 1918 in den Kreisen des Komités auch mit besonderer Spannung entgegen, weil man wußte, daß es dabei um zwei für die Polen außerordentlich wichtige Fragen gehen würde, nämlich um die Sonderstellung der polnischen Frage und ihre Herauslösung aus dem Fragenkomplex der slawischen Nationen Österreichs, sowie um eine gemeinsame Erklärung der Alliierten für eine umfassende

Lösung der polnischen Frage. In der Tat gelang es Pichon bei diesen Besprechungen, seine Ansicht durchzusetzen, daß die polnische Frage ihre Spitze ausschließlich gegen Deutschland richten müsse und daß sie also von der tschechischen und jugoslawischen zu trennen sei, dagegen erreichte er es nicht, die übrigen Mächte zu einer Erklärung zu bewegen, daß sie sich verpflichteten, dem polnischen Staat die Bedingungen für eine allseitige politische, wirtschaftliche und militärische Unabhängigkeit zu sichern, hier war es Sonnino, der mit Rücksicht auf eine von Italien erwartete neue österreichische Offenive keinerlei Verpflichtungen für sein Land übernehmen wollte, etwa für die polnische Frage bis zum letzten Soldaten kämpfen zu müssen. So kam es schließlich zu der Erklärung in Versailles am 3. Juni 1918, in welcher die Ministerpräsidenten der drei Länder Frankreich, England und Italien versicherten, daß die Errichtung eines vereinigten und unabhängigen polnischen Staates mit freiem Zugang zum Meer eine der Bedingungen für einen dauerhaften und gerechten Frieden sowie für die Herrschaft des Rechts in Europa sei.

Um so stärker war deshalb gerade in Paris die Verstimmung, als die Antwort des Regentschaftsrates auf diesen Beschluß bekannt wurde und als man von der im Berliner Tageblatt veröffentlichten Note Steczkowski's an die beiden Zentralmächte und von der Reise Radziwiłłs und Ronikiers in das Große Hauptquartier nach Spa erfuhr. Die Antwort des Regentschaftsrats nennt Seyda ein Dokument eines beispiellosen Mangels an politischer Überlegung, eine Provokation gegenüber den Alliierten und eine Arbeit auf deutschen Befehl, der Pariser Temps brachte am 29. August einen Artikel „Quo vadis, Polonia?“ und Zamoyski, der während der Abwesenheit Dmowski's in Amerika die Geschäfte des Komités führte, beeilte sich, in einem Schreiben an Clémenceau am 2. September diesen ungünstigen Eindruck nach Möglichkeit zu verwischen. Nachdem er zunächst die Glückwünsche wegen des „Rückzugs der deutschen Horden“ ausgesprochen hat, fährt der Brief fort: „Überrascht und aus der Fassung gebracht durch die an der Westfront erlittene Niederlage, die sie nicht vermuteten, enttäuscht und unsicher im Osten, in der Erkenntnis, daß ihre Lage sich von Tag zu Tag verschlechtert und die Stunde des Gerichts und der Vergeltung herannaht, versuchen die Deutschen, unsere öffentliche Meinung zu täuschen und beginnen Verhandlungen mit einer Gruppe polnischer Politiker, deren Ziele denen der ungeheuren Mehrheit des Landes diametral entgegengesetzt sind. Sie erklären sich bereit, in der Frage der Errichtung eines polnischen Staates neue Konzessionen zu machen, sie verzichten auf ihre Annexionspläne in dem westlichen Teil des Königreichs, kurz, sie wollen Polen einen König geben. Das Ziel dieser Machination ist, uns an die Zentralmächte zu binden und

vielleicht auch, — im Fall noch ernsterer Niederlagen, — eine möglichst große Anzahl polnischer Männer in den polnischen Gebieten auszuheben. Aber diese Bemühungen sind eitel . . . Alle diese Tatsachen, welche die Lage in Polen kennzeichnen, verstärken nur die Überzeugung, die wir immer vertreten haben, nämlich daß unser Volk es versteht, wie seine Zukunft von den Siegen der Alliierten abhängt, in deren letzten Erfolgen es die Morgenröte seiner Auferstehung anbrechen sieht." Am 5. September antwortete Clémenceau, daß Frankreich „in Treue zu seinen Traditionen und zu seinem Programm und in Übereinstimmung mit seinen Verbündeten keine Mühe sparen werde, um ein freies Polen wiedererstehen zu lassen, das den nationalen Wünschen der Polen entspreche, nämlich in seinen historischen Grenzen."[250])

Durch all diese Ereignisse, und besonders durch die Erklärung vom 3. Juni, war die politische Bedeutung des Komités so gewachsen, daß es sich Anfang September an alle ihm angeschlossenen Organisationen in der Heimat wendete und ihnen genaue Anweisungen für ihr weiteres Verhalten gab. Den Polen des Königreichs empfahl man Vorsicht und Wachsamkeit gegenüber dem Regentschaftsrat und schärfsten Widerstand bei allen Versuchen, die dortige Bevölkerung nach irgend einer Richtung hin für die Zentralmächte festzulegen, den Polen in Galizien riet man den Austritt aus dem polnischen Klub und die Bearbeitung der öffentlichen Meinung, damit diese die bisher österreichfreundliche Politik noch schärfer verurteile, für das preußische Teilgebiet endlich verlangte man nach wie vor energisches Auftreten der polnischen Abgeordneten in den Parlamenten, jetzt aber auch ein öffentliches Bekenntnis zu dem vollen Programm der Unabhängigkeit. Gleichzeitig empfahl man allen drei Teilgebieten, Fühlung mit den linksgerichteten Kreisen aufzunehmen und zu versuchen, ihren sozialen Radikalismus in einen national-politischen umzuwandeln und dadurch die Vorarbeiten für eine Umgestaltung und Erweiterung des Komités zu leisten.

Das Verlangen, das Komité umzugestalten, hatte allerdings seine bestimmten Gründe, denn inzwischen hatte auch das Weltjudentum versucht, die Hand bei der polnischen Frage mit in das Spiel zu bekommen. Aus Washington hatte Paderewski entschieden verlangt, mindestens einen amerikanischen Juden und außerdem noch Vertreter der polnischen Linksparteien in das Komité aufzunehmen und auch aus England war die Forderung gekommen, einen Juden zu kooptieren. Dadurch aber war man in äußerste Schwierigkeiten geraten, denn nach der ganzen politischen Einstellung des Komités war es ausgeschlossen, die Forderung nach Aufnahme eines amerikanischen Juden zu erfüllen, andererseits aber war man gerade von der Einstellung der amerikanischen Bevölkerung so sehr abhängig, daß man es in keinem Fall mit ihr verderben wollte, und so wurde Seyda nach

Amerika geschickt, um in Verhandlungen mit Paderewski und den dortigen Polen einen Ausweg aus diesem Dilemma zu suchen. Die Nachrichten, welche er bei seiner Rückkehr mitbrachte, waren nicht günstig. „Man durfte sich darüber keinen Täuschungen hingeben, als ob man in Washington die polnische Frage so betrachtete, wie es sich unsere Volksgenossen im Lande und jenseits der Grenze vorstellten. Im Gegenteil, — unsere Befürchtungen bestätigten sich, daß man in Amerika, wenn man von einem „polnischen Staat", von einer „unzweifelhaft polnischen Bevölkerung" und von einem „freien und gesicherten Zugang zum Meer" sprach, nicht etwa daran dachte, Polen diejenigen Gebiete einzuverleiben, welche ihm eine unmittelbare Anlehnung an das Meer ermöglichten, sondern nur an die Neutralisierung der Weichsel."[251]) Ebenso ernst schildert auch Dmowski die damalige Lage in Amerika: „Paderewski stellte die Lage durchaus nicht optimistisch dar, denn trotz seiner ausgezeichneten Beziehungen zu Wilson und seiner Freundschaft mit Oberst House bestätigte er die großen Gefahren, die sich aus dem Wirken starker und uns feindlicher Einflüsse ergaben."[252]) Er entschloß sich deshalb, selbst nach Amerika zu reisen. Dort erfuhr er, daß eine Kommission unter dem Vorsitz von House den Auftrag erhalten habe, das gesamte Material für die amerikanische Delegation zum Friedenskongreß vorzubereiten und daß diese Kommission eine besondere Unterkommission unter dem Vorsitz von Professor Lord für die polnische Frage gebildet habe. Diese Unterkommission aber hatte für ihre Arbeiten die Weisung erhalten, sich mit dem preußischen Teilgebiet überhaupt nicht zu beschäftigen," das bedeutete, daß diejenigen, welche diese Instruktion erteilt hatten, überhaupt nicht daran dachten, die Frage der Abtrennung des preußischen Teilgebiets von Deutschland aufzuwerfen und daß sie hofften, daß unsere Angelegenheit überhaupt nicht zur Verhandlung kommen würde."[253]) Mit dieser Instruktion stimmte aber auch das überein, was Wilson bei der ersten Unterredung, die er in Gegenwart Paderewskis im September 1918 mit Dmowski hatte, als seine Auffassung über die Lösung der polnischen Frage betonte, denn hier stellte er den Gedanken einer Neutralisierung des Unterlaufs der Weichsel und eines Freihafens in Danzig in den Vordergrund und sprach seine Verwunderung darüber aus, daß ein solche Lösung den Polen nicht genüge. Die Unterredung endete damit, daß Wilson den Wunsch ausdrückte, ihm eine Karte des zukünftigen polnischen Staates, wie man ihn in den Kreisen des Komités sich denke, nebst einem erläuternden Bericht zu übersenden. Auch die im Anschluß an diese Unterredung unternommenen Versuche, Lansing und House von der Notwendigkeit der Abtrennung des preußischen Teilgebiets zu überzeugen, waren ergebnislos. Nunmehr aber wurden durch Vermittlung des „Wydzial Narodowy" in Chikago das Polentum der Vereinigten

Staaten mobil gemacht, im ganzen Lande fanden Massenversammlungen statt und überall wurde ein polnischer Staat mit Posen, Schlesien, Westpreußen und Danzig gefordert. Durch eine solche propagandistische Arbeit gelang es auch, einen Teil der amerikanischen Presse, und besonders die New York Times für die polnische Frage zu interessieren, die Stimmung schlug allmählich um, und, nachdem Dmowski am 8. Oktober die von Wilson gewünschte Karte nebst Denkschrift überreicht hatte, konnte er als Erfolg buchen, daß die für die Bearbeitung der polnischen Frage eingesetzte Unterkommission den Auftrag erhielt, in die Vorschläge für die Friedenskonferenz auch den preußischen Gebietsteil mit einzubeziehen. Dieser Arbeit unterzog sich der in der Kommission sitzende Professor Zwierzchowski, der an der Hand des preußischen Gemeindelexikons eine Karte der deutsch-polnischen Grenze entwarf, die später den amerikanischen Sachverständigen als Unterlage diente. „Auf dieser Karte war das zahlenmäßige Verhältnis zwischen Polen und Deutschen in jeder Gemeinde durch Farben zum Ausdruck gebracht, sie zeigte auf der Grundlage einer amtlichen preußischen Statistik unwiderleglich, wo die Grenze zwischen Polen und Deutschland liegt, und für Leute, welche vorher von den Deutschen informiert worden waren, bedeutete sie geradezu eine Offenbarung, besonders auf Oberschlesien blickten sie wie auf eine geographische Entdeckung.“[254])

Allerdings scheint die Wirkung dieser „Offenbarung“ und „geographischen Entdeckung“ gerade auf Wilson, für den sie doch besonders bestimmt war, keinen nachhaltigen Eindruck gemacht zu haben, — zu einem solchen Urteil muß man kommen, wenn man das liest, was Dmowski über seinen Abschiedsbesuch bei dem amerikanischen Präsidenten schreibt: „Nach kurzer Besprechung des Abkommens über den (inzwischen geschlossenen) Waffenstillstand brachte ich die Unterhaltung auf unsere Angelegenheit und auf die Frage der deutsch-polnischen Grenze, um von ihm bestimmte Zusicherungen zu erhalten. Jetzt aber sprach Wilson nur mit Widerstreben davon, machte andauernd Vorbehalte, seine Gedanken schienen vielmehr unseren Forderungen entgegengesetzt zu sein. Ich sah, daß man im Weißen Haus stark gegen uns gearbeitet hatte. Ich wollte mich jedoch von ihm nicht trennen und die Angelgenheit in diesem Zustand lassen. So wendete ich denn mein letztes Argument an. „Herr Präsident“, sagte ich, „Sie wissen zweifellos, wie die amerikanischen Polen von dieser Frage durchdrungen sind. Die Leute, welche an ihrer Spitze stehen, stammen überwiegend aus denjenigen polnischen Gebieten, welche Preußen besitzt. Wenn wir nun die uns gebührende Grenze nicht erhalten, dann wird keiner von ihnen verstehen, weshalb das geschehen ist. Und das sind Leute, welche heute fest an Sie glauben.“ Wilson sah mich scharf an und sagte: „Ich hoffe, daß sie sich nicht täuschen werden.“ Das waren

keine in den Wind gesprochenen Worte. Während der Friedenskonferenz dachte ich manchmal an sie, wenn ich sah, wie Wilson unsere Angelgenheit gegen Lloyd Gorge verteidigte."[255])

Auch in Paris hatte das Komité inzwischen weiter gearbeitet, um seine Stellung zu festigen und auszubauen. Einen wesentlichen Schritt nach dieser Richtung hin bedeutete der am 28. September mit der französischen Regierung geschlossene Vertrag über die endgültige Regelung der politischen und militärischen Oberhoheit über das polnische Heer in Frankreich, denn in diesem Vertrag erkannte die französische Regierung die polnischen Formationen ausdrücklich als eine „armée autonome alliée et belligérante" an, die sowohl militärisch, wie auch politisch nur dem Komité und dem von ihm im Einverständnis mit Frankreich berufenen polnischen Oberkommandierenden unterstehen sollte, ja, wenn es in jener Zeit nur nach dem Willen Frankreichs gegangen wäre, dann würde das Komité auch das letzte Ziel erreicht haben, nämlich als offizielle polnische Regierung anerkannt zu werden. Im Herbst 1918 ließ der Quai d'Orsay die Polen wissen, daß der tschechische Nationalrat in Paris beabsichtige, sich den Charakter einer Regierung beizulegen und daß dieser Umstand außerordentlich günstig auf die Teilnahme der Tschechen an den interalliierten Konferenzen bei dem Friedenskongreß einwirken würde. Man gab deshalb dem Komité zu verstehen, dem Beispiel der Tschechen zu folgen, riet aber zur Beschleunigung, da von Berlin und Wien aus schon Verhandlungen über den Waffenstillstand begonnen hätten. Am 13. Oktober faßte das Komité in der Tat einen dementsprechenden Beschluß, beschränkte den Kreis seiner Regierungstätigkeit aber nur auf die auswärtige Politik und bat die französische Regierung, bei den Allierten die erforderlichen Schritte wegen der Anerkennung als Regierung zu tun. Paris sprach diese Anerkennung sofort aus und beantragte sie auch bei den übrigen Ententemächten, stieß jedoch in London auf entschiedenen Widerstand, „weil der Vorschlag der französischen Regierung bedeute, dem Komité Funktionen beizulegen, die in Wirklichkeit nur Funktionen der Regierung eines anerkannten und unabhängigen Staates seien."[256])

So war die Arbeit, welche die Lausanner Agentur im Februar 1916 in verhältnismäßig kleinem Umfange begonnen hatte, im Laufe der Zeit eine immer umfangreichere und für die Zukunft des polnischen Staates immer bedeutungsvollere geworden. Dabei kann es dahingestellt bleiben, wie viel von seinen Erfolgen das Komité sich selbst und seiner Arbeit zu danken hat und wie viel dazu die gesamte politische Konjunktur und der schließliche Umschwung der militärischen Lage beigetragen hat, beides läßt sich kaum von einander trennen. Selbst dann aber, wenn die politischen Erfolge des Komités während dieser ganzen Zeit nur darauf zurückzuführen wären, daß

es verstanden hat, sich der Lage anzupassen und die Konjunktur auszunutzen, bliebe sein Verdienst an der Lösung der polnischen Frage, so weit es sich besonders um die polnische Westgrenze handelt, unbestreitbar. Die z. T. bewußte Verkleinerung oder das völlige Übergehen seiner Tätigkeit, wie wir es bei einer Anzahl polnischer Historiker beobachten, ist letzten Endes politisch bedingt und entspricht nicht den Tatsachen.

3. Die endgültige Formulierung der polnischen Frage.

1. Bei den Alliierten.

Nach den Erklärungen, welche der russische Außenminister Tereschtschenko und die Botschafter der alliierten Mächte bei der Kościuszko-Feier in Petersburg am 15. Oktober 1917 abgegeben hatten, mußten die Polen glauben, daß ihre Sache auf dem besten Wege sei und daß schon die nächste interalliierte Konferenz die von ihnen so lange vergeblich erwartete Kundgebung zu Gunsten eines unabhängigen und vereinigten polnischen Staates bringen werde. Wie sicher man eine solche erwartete, zeigte die Veröffentlichung des Polnischen Rats vom 19. Oktober, in welcher er der bestimmten Erwartung Ausdruck gab, „daß die antideutsche Koalition, entsprechend den Ankündigungen ihrer Botschafter in Petersburg, schon in der nächsten Zeit durch einen feierlichen Akt die Wiedererstehung Polens proklamieren werde." Um so stärker war die Enttäuschung, als die vom 29. November bis 1. Dezember 1917 in Paris tagende interalliierte Konferenz weder die erwartete Erklärung abgab, noch die polnische Frage überhaupt erwähnte. „Der Grund, weshalb es Ende 1917 nicht möglich war, einen gemeinsamen, eindeutigen und verpflichtenden Akt der alliierten Regierungen zu erreichen, war nicht nur der böse Wille Lloyd Georges, sondern außerdem die drohende militärische Gefahr, welche seit dem Abfall Rußlands auf den alliierten Westmächten lastete und die in jener Zeit noch nicht durch eine verstärkte Hilfeleistung der Vereinigten Staaten gemildert war."[257]) Das trifft gewiß zu, aber es reicht nicht aus, um das fortgesetzte Zögern der Entente wirklich verständlich zu machen, hier müssen vielmehr noch andere Gründe mit in Rechnung gesetzt werden. Es wurde bereits erwähnt, wie die Politik der Alliierten schon nach der ersten russischen Revolution sich mit dem Gedanken beschäftigt hat, die Habsburgische Monarchie zu erhalten, um an ihr einen von der Entente abhängigen Gegenspieler gegen Deutschland in dem zukünftigen Mitteleuropa zu haben, auch Biliński weiß von einem solchen Versuch zu berichten, wenn er schreibt, daß man im August 1917 durch Vermittlung des Grafen Armand dem österreichischen Vertreter in Bern die Erhaltung der ganzen Monarchie mit Ausnahme

des Trentino und Triests angeboten und dafür Bayern, Oberschlesien und ganz Polen in den Grenzen von 1772 als Entschädigung versprochen habe.[258]) Vielleicht hat Czernin dieses Angebot gemeint, als er am 2. April 1918 öffentlich erklärte, Frankreich habe Österreich ein Friedensangebot gemacht, das aber abgelehnt worden sei. Die Behauptung wurde von Clémenceau sofort entschieden bestritten, und er rächte sich für die Indiskretion des österreichischen Außenministers durch die Veröffentlichung des vorjährigen Sixtus-Briefes. Jedenfalls war es unmöglich, auf der einen Seite die Doppelmonarchie erhalten zu wollen und sie auf der anderen Seite dadurch zu zerschlagen, daß man sich für ein aus allen drei Teilgebieten bestehendes unabhängiges Polen einsetzte. Endlich aber darf man die Tatsache nicht unberücksichtigt lassen, daß die Alliierten selbst sich damals über das Ausmaß, in welchem sie die polnische Frage lösen wollten, durchaus nicht einig waren. Wir wissen, wie man sich das neue Polen in Amerika dachte, und wir kennen auch die Unsicherheit, die innerhalb der englischen Regierung über die Lösung der Frage bestand. Am 30. Oktober telegraphierte der russische Bevollmächtigte in London, seiner Regierung: „Ich bezweifele sehr, daß die englischen Staatsmänner genügend über die polnische Frage unterrichtet sind, um endgültig für das eine Programm zum Nachteil des andern Stellung zu nehmen. Ich glaube, daß England den Grundsatz der freien Selbstbestimmung zu Gunsten Polens entschieden aufrecht erhalten wird, aber ohne die Wege zu dieser freien Selbstbestimmung zu zeigen." Am nächsten Tage ergänzte er dieses Stimmungsbild durch ein zweites Telegramm: „Nach der Ansicht des englischen Ministers bestehen die Unterschiede zwischen dem Programm Dmowki's und Lednicki's, (des Führers der polnischen Aktivisten in Rußland) darin, daß Dmowski die Vereinigung eines unabhängigen Polen mit einem unbedingt notwendigen Zugang zur See fordert, während Lednicki sich mit der Vereinigung des russischen und österreichischen Teilgebiets zufrieden gibt, die Posener Frage also in der Schwebe läßt. Die Engländer glauben, daß die Verwirklichung des Programms Dmowski's stärkere Garantien für die Entwicklung Polens auf nationaler Grundlage und für seine Bewegungsfreiheit gegenüber dem einengenden Druck der Zentralmächte bietet, der sich nach allen Richtungen hin auswirken würde und daß dies Programm deshalb auch mehr den Interessen Rußlands und seiner Verbündeten entspricht."[259])

Wenn etwas die Verworrenheit der Lage kennzeichnet, wie sie noch Ende 1917 und Anfang 1918 im Lager der Alliierten über die polnische Frage bestand, dann sind es die Erklärungen, welche die leitenden Staatsmänner der Entente nach der interalliierten Konferenz abgaben, um den ungünstigen Eindruck abzuschwächen, den das völlige Übergehen der ganzen Frage auf die Polen gemacht hatte.

Während Orlando sich am 12. Dezember nur auf die Feststellung beschränkte, „daß die Schaffung eines unabhängigen und unteilbaren Polen unter solchen Bedingungen, die ihm eine freie politische und wirtschaftliche Entwicklung sichern, eins der Elemente für einen gerechten und dauerhaften Frieden und für die Herrschaft des Rechts in Europa bilde", versicherte Pichon am 27. Dezember, „daß wir seine (Polens) Sache nicht von unserer trennen, daß wir die Verpflichtungen, die wir ihm gegenüber eingegangen sind, redlich innehalten, daß wir ein unabhängiges, unteilbares Polen wollen mit allen Garantien für seine freie politische, wirtschaftliche und militärische Entwicklung, mit allen Folgen, die daraus entstehen können." Noch weniger befriedigend für die Polen war die Erklärung Lloyd George's am 5. Januar 1918: „Wir glauben, daß ein unabhängiges Polen, welches alle diejenigen echt (genuinely) polnischen Elemente umfaßt, die zu ihm gehören wollen, eine dringende Notwendigkeit für die Stabilität des westlichen Europas ist", und auch Wilsons Worte vom 8. Januar 1918 waren nicht dazu angetan, die Männer des Polnischen Nationalkomités mit besonderen Hoffnungen zu erfüllen: „Es müßte ein unabhängiger polnischer Staat errichtet werden, der diejenigen Gebiete umfassen sollte, die von einer unbestreitbar (indisputably) polnischen Bevölkerung bewohnt sind, dem ein freier und sicherer Zugang zur See gewährleistet und dessen politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit und territoriale Unverletzlichkeit durch eine internationale Übereinkunft garantiert werden sollte."[260]) Von einem „vereinigten" Polen war also in keiner dieser Erklärungen die Rede, die französische und italienische sprachen nur von einem „unteilbaren" Polen und Wilson von einer „territorialen Unverletzlichkeit", nur Frankreich war bereit, auch Verpflichtungen für eine freie „militärische Entwicklung" des neuen polnischen Staates zu übernehmen, die beiden angelsächsischen Staaten aber machten sogar starke Einschränkungen in Bezug auf seine räumliche Ausdehnung, denn der „indisputably Polish population" Wilsons entsprachen die „genuinely Polish elements" Lloyd Georges und dieser hatte sogar die Zugehörigkeit zu dem zukünftigen Polen noch von einer Volksabstimmung abhängig gemacht, aus Amerika aber hatte man inzwischen erfahren, daß der „free and secure access to the sea" nichts anderes sein sollte, als eine Neutralisierung des Unterlaufs der Weichsel.

Der Friede von Brest erst brachte hier einen Umschwung. „Der Zwischenfall Czernin-Clémenceau in den ersten Tagen des April hatte gezeigt, daß an einen vorzeitigen Frieden überhaupt nicht zu denken war, ebenso wenig aber auch an einen Sonderfrieden mit Österreich, mit welchem man lange Monate hindurch der fortwährenden Drohung eines russischen Sonderfriedens begegnen zu können geglaubt hatte. In Folge des Brester Friedens hatte Rußland aufgehört, als Teilnehmer an der Seite der Westmächte gerechnet zu werden, man

mußte es, im Angesicht des neuen, vielleicht entscheidenden Kampfes ersetzen. Die Hoffnung, Österreich-Ungarn von Deutschland zu trennen, den alten Gegensatz Österreich-Preußen, Habsburg-Hohenzollern wieder zu erwecken, hatte sich als trügerisch erwiesen, die Wiener Regierung hatte sich vielmehr in Brest-Litowsk als „brillanter Sekundant" gezeigt, die im großen und ganzen erzielten militärischen und diplomatischen Erfolge ließen mehr eine Vertiefung als eine Lockerung des Bündnisses erwarten. Der Pangermanismus und das Magyarentum in den Donauländern hoben ihre Köpfe höher denn je. Wo waren die für gewisse einflußreiche politische Kreise in Paris und London so lieben Träume von einem Österreich-Ungarn geblieben, das als Verbündeter in einem antipreußischen Mitteleuropa fähig gewesen wäre, mehr als 10 Millionen Deutsche außerhalb des Reiches fest zusammenzufassen und das gleichzeitig den so lange unterdrückten Nationen eine völlige Autonomie gegeben hätte, jenen Nationen, unter denen Böhmen vielleicht eine Hauptrolle spielen würde, in einem Mitteleuropa, auf welches sich einerseits, nach Norden hin, Polen würde stützen können, das allein zu schwach war, um gegen die deutsche Gefahr anzukämpfen, und andererseits, nach Süden hin, das ganze Jugoslawien:"[261]) So wuchs nach dem Ausfall Rußlands und Österreichs auch in England die Bereitwilligkeit, in einem zukünftigen starken Polen die beste Sicherheit gegen eine dominierende Stellung Deutschlands im mitteleuropäischen Raum zu sehen, damit aber kam die englische Politik gerade den französischen Wünschen entgegen, für welche neben der Hoffnung auf die eigene unbestrittene Vorherrschaft in diesem Raum vor allem der Gedanke bestimmend war, in einem, von Frankreichs Gnaden an der Ostgrenze Deutschlands entstandenen starken polnischen Staat einen immer bereiten Vasallen und Helfer gegen etwaige spätere Revanchegelüste Deutschlands zu haben. Wie groß das Verdienst Frankreichs daran gewesen ist, daß es endlich doch zu der Versailler Erklärung vom 3. Juni 1918 kam, hat Pichon in der Kammerdebatte am 5. November 1918 sehr deutlich unterstrichen, daß es dabei nicht ohne ernste Widerstände der übrigen Alliierten abgegangen ist, läßt sich aus dem schließen, was Seyda über die Versuche der französischen Diplomatie berichtet, den Vatikan für sich zu gewinnen, um die Stellung Frankreichs gegenüber seinen Verbündeten in der polnischen Frage zu verstärken. Denys-Cochin, der mit dieser Mission betraut war, sollte nämlich dem Papst vorstellen, daß Polen die einzige Macht sein würde, auf welche sich die katholische Kirche im Osten stützen könnte, um dadurch zu erreichen, daß der Papst in diesem Sinn auf Wilson einwirke, „denn aus den Kreisen der Umgebung des Präsidenten der Vereinigten Staaten hatte man Denys-Cochin erzählt, wie stark Wilson mit der Meinung des Papstes rechne". Der Vatikan ließ sich jedoch zu einem solchen Schritt nicht bewegen, wahrscheinlich,

weil man dort überzeugt war, daß der Krieg für die Zentralmächte keinen ungünstigen Ausgang haben würde und man sich deshalb mit ihnen nicht überwerfen wollte[262]).

So war endlich „das Ziel der beharrlichen Anstrengungen der polnischen Politik während des Krieges erreicht. Polen, das als kriegführende Partei und als Verbündeter der Entente anerkannt worden war, konnte jetzt damit rechnen, daß es das Recht haben würde, seine Forderungen auf dem Friedenskongreß selbst zu vertreten, andererseits rechtfertigte das Ausmaß, welches der Zusammenbruch der Zentralmächte annahm, die Hoffnung, daß die Versprechungen, welche die alliierten und assoziierten Mächte ihm gemacht hatten, weitherzig ausgelegt werden würden"[263]).

2. Bei den Zentralmächten hatten wir folgenden Stand der polnischen Frage Ende August 1917 festgestellt: In Deutschland empfanden weite Kreise sie als eine Belastung und wünschten mehr eine ausreichende Sicherung der deutschen Ostgrenze durch einen breiten Schutzgürtel, als die Aussicht, in einem stark beschnittenen polnischen Staat einen unsichern Bundesgenossen zu haben, Österreich aber wollte mit ihrer Lösung auf alle Fälle ein einträgliches politisches Geschäft auf dem Balkan machen und sich den Rest der Liquidationsmasse ebenfalls noch einverleiben. An diesem Standpunkt der beiden Mächte hat sich auch in der letzten Zeit des Krieges nichts geändert, und die polnische Frage, die nach dem Willen Friedrichs des Großen und Bismarcks gerade dazu dienen sollte, eine Art Interessengemeinschaft zwischen den drei Teilungsmächten zu gewährleisten, wurde der Gegenstand eines unerquicklichen und unwürdigen Streites zwischen Deutschland und Österreich.

Wenn Deutschland Ende 1917 einer österreichisch-polnischen Lösung unter der Voraussetzung grundsätzlich zustimmte, daß eine seinen Wünschen entsprechende Grenzverbesserung im Osten vorgenommen würde, so hat, abgesehen von allen wenig erfreulichen Erfahrungen, die man während der Zeit der Okkupation gemacht hatte, auch die Tatsache wesentlich dazu beigetragen, daß sich der deutschen Politik in Litauen und Kurland weite wirtschaftliche Perspektiven zu öffnen schienen, besonders, wenn es gelingen sollte, das Gouvernement Suwalki von dem Königreich abzutrennen und mit Litauen zu vereinigen. Der am 5. November 1917 abgehaltene Kronrat erklärte sich denn auch mit einer solchen Lösung einverstanden, und der Kaiser beauftragte gleichzeitig die Oberste Heeresleitung festzustellen, unter welchen militärischen Bedingungen Deutschland ihr endgültig beitreten könne. Wenige Wochen später, im Dezember 1917, wurde in Kreuznach das Programm für die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk aufgestellt, und die deutschen Bevollmächtigten erhielten den Auftrag, die Abtretung von Litauen und Kurland von Rußland zu fordern, Ludendorff verlangte außerdem noch

die Abtrennung des Gouvernements Suwalki von Polen zur Vergrößerung des neuen Großherzogtums Litauen und seine Verbindung durch Personalunion mit den Hohenzollern. Damit aber waren die Pläne Czernins, die nach ganz anderen Richtungen hin gingen, unvereinbar. „Czernin wollte Rumänien für Österreich haben und wollte für die Ukraine eine Art österreichischen Protektorats erreichen. Die Grundlage einer solchen Aktion aber war die Abtretung des Cholmer Landes an den zukünftigen ukrainischen Staat und die Hoffnung, Ostgalizien später ebenfalls mit diesem Staat zu vereinigen, also beides auf Kosten Polens. Man mußte deshalb auf der einen Seite die Wünsche Deutschlands, Litauen zu besitzen, bremsen, um evtl. in der Lage zu sein, Wilna wieder für Kiew an Rußland zurückzugeben, und man mußte ebenso auch die deutschen Wünsche nach einer Amputation des nordwestlichen Teils des Königreichs beschränken, um dadurch die südöstliche Amputation des Cholmer Landes zu erleichtern, ohne die Aussichten einer österreichisch-polnischen Lösung zu stark zu beeinträchtigen. Den Deutschen gegenüber arbeitete deshalb Czernin hauptsächlich mit dem Argument, daß die Bedrohung Polens durch einen ukrainischen Staat und die Abtrennung des Cholmer Landes die polnische Gefahr stark vermindern und eine Verkleinerung des von den Deutschen geforderten Schutzstreifens zulassen würde, den Polen wiederum teilte er vertraulich seine Bemühungen um Litauen und um den Schutzstreifen mit, verschwieg ihnen aber selbstverständlich seine Cholmer Pläne“[264]). Die Verhandlungen in Brest wurden unterbrochen, die deutschen Vertreter reisten nach Berlin, um sich weitere Instruktionen zu holen. Dort kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen mit Ludendorff, bei welchen es sich besonders um den Grenzstreifen handelte, mit dessen Planung der Kaiser bei dem letzten Kronrat die Oberste Heeresleitung beauftragt hatte und der nach den vorläufigen Entwürfen bis nahe an Warschau heranreichen und eine polnische Bevölkerung von etwa zwei Millionen umfassen sollte. Bei dem Anfang Januar stattfindenden Kronrat vertrat Ludendorff nachdrücklich diesen Plan und schlug als Maßnahme gegen eine derartig starke Vermehrung der polnischen Bevölkerung in Deutschland einen Austausch in Form einer zwangsweisen Umsiedlung vor, er stieß jedoch auf den entschiedenen Widerstand besonders des Reichskanzlers Hertling. Der Kaiser entschied gegen Ludendorff, im Lande setzte jetzt eine lebhafte Bewegung gegen einen solchen „Verzichtfrieden“ ein und Hindenburg und Ludendorff stellten ihre Ämter zur Verfügung. Der Kaiser nahm die Entlassungsgesuche nicht an, sondern beauftragte die Oberste Heeresleitung nochmals mit der Bearbeitung eines neuen Plans für den Grenzgürtel.

Auch in Wien hatte während der Anwesenheit Czernins im Januar 1918 ein geheimer Kronrat stattgefunden, in welchem Czer-

nins Plan gegen den scharfen Widerspruch des ungarischen Ministerpräsidenten Weckerle angenommen wurde, jedoch mit dem Zusatz, das Abkommen mit der Ukraine, so weit es Ostgalizien betreffe, in einen besondern Geheimvertrag aufzunehmen und die endgültige Entscheidung erst dann zu treffen, wenn über die österreichisch-polnische Lösung entschieden worden wäre. Im April 1918 wurde Czernin entlassen, sein Nachfolger, Burian, griff jetzt den im Januar bei dem Wiener Besuch des Regentschaftsrats besprochenen Plan einer Personalunion zwischen Polen und Österreich unter Karl von Habsburg wieder auf, denn „Karl und Zita wollten auf die polnische Krone für sich und ihre Kinder nicht so leicht verzichten und suchten nur aus der Cholmer Affäre herauszukommen." Zunächst schien es zwar, als ob dieser Versuch völlig aussichtslos wäre, denn durch die von Clémenceau veranlaßte Veröffentlichung des Sixtus-Briefes hatte auch Deutschland die Bundestreue seines österreichischen Kampfgefährten kennen gelernt, und Karl von Habsburg mußte sich in Begleitung seines Außenministers zu dem „Canossagang" nach Spa entschließen und dort am 11. Mai erklären, daß eine österreichisch-polnische Lösung nicht mehr in Frage käme. Trotzdem aber brachte Burian bei seinem Antrittsbesuch in Berlin die Angelegenheit wieder zur Sprache, mußte sich jedoch von Hertling sagen lassen, daß eine österreichisch-polnische Lösung, also auch die einer Personalunion, für die deutsche Regierung nicht mehr tragbar sei. Die von Deutschland jetzt gewünschte Lösung war die sogenannte Kandidatenlösung. „Um ähnlichen Überraschungen vorzubeugen, wie man sie in Litauen erlebt hatte, wo die Taryba am 11. Juli den Schützling Erzbergers, den Prinzen von Urach, als Mindaugas II. zum König von Litauen gewählt hatte, begann von deutscher Seite aus jetzt in Warschau eine besonders lebhafte Agitation. Man war bereit, den Polen die Wahl des Königs aus der Zahl der bisher nicht regierenden Fürsten unter folgenden Bedingungen zu überlassen: Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Einflusses Deutschlands in Polen, Abschluß einer Eisenbahnkonvention, Beteiligung Polens an den Kriegskosten und eine ausreichende Grenzregulierung durch Schaffung eines Schutzstreifens. Man nahm an, daß Warschau ohne Frage gern zugreifen würde, sollte es sich trotzdem für Karl entscheiden, dann wäre Deutschland in der Lage, Bedingungen zu stellen, welche die Wahl unmöglich machen würden. In Warschau sollte Beseler in diesem Sinn arbeiten, in Wien der Botschafter von Wedell und der General von Cramon"[265]). Diese Bedingungen bezogen sich besonders auf die Ausdehnung des geforderten Schutzstreifens, durch den, nach den Plänen der Obersten Heeresleitung vom 5. Juli, die preußische Grenze bis zur Linie Bobr—Narew—Bzura—Warthe vorverlegt werden sollte. Allerdings hatte Hindenburg dabei empfohlen, sich aus politischen Gründen mit weniger zu begnügen; als Minimum dieses

Schutzstreifens hatte er jedoch 20 000 qkm gefordert, von welchen 8000 qkm dem Recht der Zwangsenteignung und Umsiedlung unterliegen und auf denen deutsche Bauern, hauptsächlich Rückwanderer aus Rußland, angesetzt werden sollten. So standen sich also nach jahrelangen und unerfreulichen Verhandlungen in der letzten Zeit des Krieges zwei Lösungen der polnischen Frage bei den Zentralmächten gegenüber, die von Österreich nach wie vor zähe festgehaltene Personalunion und die von Deutschland propagierte Kandidatenlösung, für welche man sich mit der Person des Erzherzogs Karl Stephan einverstanden erklären wollte. Daran änderte auch die letzte Zusammenkunft der beiden Kaiser in Spa im August 1918 nichts mehr. Hertling entwickelte seine Formel der Kandidatenlösung und der freien Wahl des zukünftigen polnischen Königs, Burian wollte eine freie Wahl nur dann zugestehen, wenn sie auch auf gekrönte Herrscher ausgedehnt werden könnte und bestand im übrigen auf der Personalunion. Die Verhandlungen wurden vertagt, weil Burian, wie Askenazy behauptet, Zeit gewinnen wollte um Österreich-Ungarn durch einen Sonderfrieden zu retten. In Deutschland übertrug Hertling jetzt die weiteren Verhandlungen in der polnischen Frage dem Staatssekretär Hintze, auf dessen Veranlassung Radziwiłł von Warschau aus noch einmal einen Versuch machte, Wien für die Kandidatenlösung zu gewinnen. Burian erklärte jedoch, daß die deutsch-polnischen Verhandlungen ihn nichts angingen, Österreich biete den Polen genau dasselbe, wie Deutschland, nur bringe es noch Galizien mit, während Deutschland in jedem Fall auf der Abtrennung eines Grenzstreifens bestehe. Hintze unternahm nunmehr einen neuen Versuch und warf unter Zustimmung Ludendorffs den Gedanken auf, den Polen in Aussicht zu stellen, falls sie die Kandidatenlösung annehmen sollten, Wilna nicht zu Litauen zu schlagen, sondern aus Wilna und den vier umliegenden Kreisen ein selbständiges Gebiet unter Aufsicht Deutschlands, Polens und Litauens zu schaffen, es blieb bei dem Gedanken. Anfang September hatte Hintze dann aus Wien den Eindruck mitgebracht, daß man dort zu einem Nachgeben unter gewissen Voraussetzungen bereit wäre, und in der Tat fanden Ende September nochmals Verhandlungen zwischen dem österreichischen Vertreter Ugron und Hatzfeldt statt, bei welchem man sich zunächst den gegenwärtigen status quo garantierte und sich über die polnische Frage dahin einigte, daß der zukünftige polnische Staat zwar die Gesamtheit des Königreichs umfassen und evtl. um einige Gebiete im Osten erweitert werden solle, jedoch unter den beiden von Deutschland gemachten Vorbehalten, daß der größere Teil des Gouvernements Suwalki von dem Königreich abgetrennt und die deutsch-polnische Grenze im weitesten Umfang durch den bekannten Schutzstreifen reguliert werde. Unter diesen Bedingungen war Deutschland bereit, auch die Wahl von gekrönten Personen zum pol-

nischen König zu bewilligen. In dieser Zeit war jedoch der ganze Streit um die Lösung der polnischen Frage schon ein Streit um des Kaisers Bart geworden, denn nach dem Mißlingen der letzten großen deutschen Offensive wußten die Polen genau, daß die Initiative in ihrer Angelegenheit jetzt endgültig den Händen der Zentralmächte entglitten war.

Ein getreues Spiegelbild dieser Politik der beiden Regierungen während der letzten Zeit des Krieges boten die Zustände, wie sie sich zwischen ihnen und ihren polnischen Untertanen entwickelten. Trotz der schweren Enttäuschung, welche der Friede von Brest den österreichischen Polen gebracht hatte, hielten die konservativen Kreise unter ihnen die Möglichkeit einer österreichisch-polnischen Lösung doch immer noch für gegeben und versuchten sogar, sie mit Unterstützung der deutschen Abgeordneten zu erreichen. Die Vertreter der Deutschen in den beiden Häusern des Reichsrats sollten ihren Einfluß in Berlin dahin geltend machen, daß Deutschland auf alle strategischen Gebietserweiterungen verzichte und dem neuen polnischen Staat als Entschädigung für das an Litauen abzutretende Gebiet von Suwalki Erweiterungen in den ethnographisch polnischen Gebieten Litauens und Weißrußlands zugestehe, daß die deutsche Regierung einer von Österreich anzuregenden Revision des Brester Friedensvertrages im Sinn der völligen Integrität des Königreichs und Galiziens zustimme und sich mit der Internationalisierung der Weichsel und der Schaffung eines polnischen Freihafens in Danzig einverstanden erkläre[266]). Die Bemühungen führten ebensowenig zu einem Ergebnis, wie die Verhandlungen zwischen den Regierungen selbst und der schnelle und völlige Zusammenbruch der Donaumonarchie war schließlich auch für die Konservativen die beste Gelegenheit, das sinkende Schiff zu verlassen. Am 2. Oktober gaben die nationaldemokratischen und sozialdemokratischen Mitglieder des polnischen Abgeordnetenklubs die Erklärung ab, daß sie das Recht der freien Selbstbestimmung für die österreichischen Polen in Anspruch nähmen und die Wiederherstellung eines polnischen Staates aus allen seinen früheren Gebietsteilen und mit einer eigenen Meeresküste forderten, die Konservativen beteiligten sich zunächst nicht, traten jedoch, als sie erfuhren, daß Burian am 5. Oktober die 14 Punkte Wilsons angenommen habe, in einer Sondererklärung dem Vorgehen der übrigen Parteien bei, um nicht ganz in das Hintertreffen zu geraten. Am 12. Oktober erklärten die Führer sämtlicher polnischer Parteien dem Kaiser bei einer Audienz, daß die Angelegenheiten Österreichs von jetzt ab für sie kein weiteres Interesse mehr hätten, und am 15. Oktober bekundeten sie öffentlich, daß sie sich nicht mehr als österreichische Untertanen, sondern als Bürger eines freien, vereinigten und unabhängigen Polens betrachteten. Am 16. Oktober erschien der hilflose Aufruf Karls von Habsburg „An meine

treuen österreichischen Völker", den das Teschener Schlesien schon am 19. Oktober mit der Bildung eines Volkrats und am 27. Oktober mit der Erklärung seiner Zugehörigkeit zu der Republik Polen beantwortete. Am 19. Oktober wurde in Lemberg eine ukrainische Republik ausgerufen, am 28. Oktober bildeten die Polen Galiziens eine besondere Liquidationskommission, die sich am 30. Oktober in Krakau der öffentlichen Gewalt bemächtigte, und in der Nacht 6./7. November entstand auch in Lublin die Regierung einer Arbeiter- und Bauern-Volksrepublik unter dem Vorsitz Daszyński's mit einem ausgesprochen sozialdemokratischen Programm.

In Deutschland fand die veränderte Einstellung der Regierung zu der polnischen Frage ihr Echo hauptsächlich in den Parlamentsdebatten. Während bei den Verhandlungen im Herrenhaus am 28. März 1917 der Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums und im Reichstag am 29. März der Reichskanzler durchaus entgegenkommende Erklärungen über einen beschleunigten Abbau der bisherigen antipolnischen Bestimmungen abgegeben hatten, schlug der preußische Landwirtschaftsminister v. Eisenhardt-Rothe am 9. April im Herrenhaus bei den Beratungen über den Etat der Ansiedlungskommission eine wesentlich schärfere Tonart an: „Die Formel für die praktische Polenpolitik ist weitere Stärkung des Deutschtums und, soweit damit vereinbar, vorsichtiges Entgegenkommen gegenüber den Wünschen der Polen. Eine Hauptbeschwerde der Polen richtet sich gegen § 13 B. des Gesetzes vom 10. August 1904, wonach Ansiedlungen in Westpreußen und Posen nur zulässig sind, wenn der Regierungspräsident bescheinigt, daß die Siedlung mit den Zielen der Ansiedlungspolitik im Einklang steht. Diese Bestimmung erregt bei den Polen dauernd Anstoß, die Regierung glaubt jedoch, diese gesetzliche Bestimmung z. Zt. nicht entbehren zu können, aber sie beabsichtigt, sie durch Verwaltungsmaßnahmen erträglich zu machen und sie etwas freier zu handhaben. Besonders sollen Kriegsbeschädigte, die sich einzeln ansiedeln wollen, in jedem Fall diese Unschädlichkeitsbescheinigung erhalten. Eine dauernde Festlegung der Polenpolitik nach allen Richtungen hin ist unmöglich, fest steht nur das Ziel, nämlich der Schutz und die Stärkung des Deutschtums in der Ostmark. Dieses Ziel wird die Regierung dauernd als ihre erste Aufgabe im Auge behalten, denn die Ostmark muß innerlich und äußerlich deutsch bleiben, wenn die Machtstellung des Reichs bestehen soll. Wir wissen auch, welche Gefahren dieses Bollwerk des Reichs dauernd bedrohen." (Rückübersetzung aus dem Polnischen.) Auch der Beschluß des Herrenhauses am 10. April 1918 ließ an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig: „Das Herrenhaus gibt der zuversichtlichen Erwartung Ausdruck, daß die Staatsregierung, besonders im Hinblick auf die bis in die neueste Zeit beobachtete Haltung der polnischen Fraktion des Abgeordneten-

hauses, an der folgerichtigen Durchführung der zur Förderung der deutschen Ansiedlung in den östlichen Grenzprovinzen bestehenden gesetzlichen Bestimmungen unter allen Umständen festhalten wird. Auch wird mit allem Nachdruck dafür einzutreten sein, daß bei den noch ausstehenden Vereinbarungen über die zukünftigen Grenzen des polnischen Königreichs die Rücksicht auf die militärische Sicherheit Preußens die unverrückbare Grundlage aller Verhandlungen zu bilden hat." (Rückübersetzung aus dem Polnischen.) Den Schlußstrich aber unter die im März 1917 angebahnten Verständigungsversuche zwischen Regierung und Polen zog der preußische Innenminister Drews, als er bei den Verhandlungen über die Einführung des allgemeinen Wahlrechts in Preußen am 1. Mai 1918 im Landtag erklärte: „Wir rechneten mit der Voraussetzung, daß auch von der Seite der Polen ein größeres Verständnis für den preußischen Staat gezeigt werden würde. Ich muß feststellen, daß diese Voraussetzung von den Mitgliedern der polnischen Fraktion bisher nicht erfüllt worden ist, wir haben infolgedessen keine Veranlassung, das, was wir als Programm aufgestellt haben, gegenwärtig in die Tat umzusetzen, wir müssen eben auch in dieser Beziehung mit den wirklichen Verhältnissen rechnen." (Rückübersetzung aus dem Polnischen.)

Die Antwort der Polen erfolgte, entsprechend den von dem Pariser Nationalkomité erteilten Weisungen, erst im Oktober. Am 5. Oktober teilte der Reichskanzler, Prinz Max von Baden, dem Reichstag mit, daß die deutsche Regierung den Vorschlag zum sofortigen Abschluß eines Waffenstillstandes machen wolle, mit Rücksicht auf den Ernst der Entscheidung schlug der Reichstagspräsident die Vertagung der Verhandlungen vor. Gegen diesen Vorschlag erhob der Abg. Wl. Seyda im Namen der Polen mit der Begründung Einspruch, daß Deutschland durch die Annahme der 14 Punkte Wilsons zugegeben habe, daß das Verlangen der Polen nach einem unabhängigen Staat in diesen Grenzen berechtigt sei, die Vertagung wurde trotzdem beschlossen, und die Polen begannen jetzt sofort eine umfassende Agitation im ganzen Lande. Am 11. Oktober erließen der Nationalrat des preußischen Polen, das polnische Zentralwahlkomité für Deutschland und sämtliche Provinzialkomités und polnischen Parteien eine übereinstimmende Kundgebung, in welcher man die Teilung Polens als das größte Unrecht der Weltgeschichte brandmarkte, seine Wiedergutmachung forderte und das unbedingte Vertrauen der gesamten polnischen Bevölkerung Deutschlands zu der Politik der polnischen Abgeordneten zum Ausdruck brachte. Am 28. Oktober endlich formulierte Korfanty im Reichstag die polnischen Forderungen, nämlich die Abtretung ganz Posens, Pommerellens mit Danzig, Mittel- und Oberschlesiens und der polnischen Kreise Ost- und Westpreußens. Die Zeit war gekommen, in welcher der Schwerpunkt der gesamten polnischen Frage sich völlig aus dem Lande

selbst nach Paris zu dem Polnischen Nationalkomité verschob, das jetzt sofort mit einer intensiven Propaganda begann, um für die kommenden Friedensverhandlungen vorbereitet zu sein und nach Möglichkeit bis dahin auch vollendete Tatsachen zu schaffen.

4. Der Waffenstillstand und der Posener Aufstand.

„Das Komité gab sich der Täuschung hin, daß es selbst. als die vom Ausland anerkannte Regierung, mit dem Heer zurückkehren und die Macht in Polen in die Hände nehmen würde.“ [267]) — Dieses Urteil Bobrzyński's erscheint durchaus zutreffend, wenn man die Schritte kennt, welche das Komité unmittelbar nach dem Beginn der Verhandlungen über den Waffenstillstand unternahm. Dmowski war noch in Amerika, als er durch Lansing erfuhr, daß eine der Hauptbedingungen für den Abschluß des Waffenstillstandes die Verpflichtung für die Zentralmächte sein würde, die von ihren Truppen besetzten Gebiete so schnell wie möglich zu räumen, damit aber war den Männern des Komités wenig gedient, denn ihre Pläne gingen dahin, sowohl die von den Deutschen geräumten Teile sofort mit ihren eigenen Truppen, oder, wenn diese nicht ausreichen sollten, mit alliierten Truppen zu besetzen, wie auch bei den kommenden Friedensverhandlungen schon mit der vollzogenen Tatsache aufwarten zu können, daß der preußische Gebietsteil bereits in polnischen Besitz übergegangen sei. Die Voraussetzung für das Gelingen dieser Pläne aber war die Möglichkeit, die in Frankreich stehende polnische Armee so schnell wie möglich nach Polen überführen zu können, diese Möglichkeit aber war von den Alliierten übersehen worden, und deshalb bedeutete es für das Komité tatsächlich einen Erfolg, als Dmowski durch Vermittlung Lansings es noch von Amerika aus erreichte, daß die Alliierten sich in den Bedingungen das Recht des freien Zugangs nach Polen über Danzig oder Weichselmünde sicherten. Diesem ersten geglückten Vorstoß folgte unmittelbar nach seiner Rückkehr aus Amerika der Versuch, die alliierten Regierungen zu bewegen, die sofortige Überführung der polnischen Armee aus Frankreich über Danzig nach Polen zu gestatten, hierbei stieß er jedoch auf Widerstand. „Man antwortete mir, das sei unmöglich, denn Deutschland würde der Ausladung des polnischen Heeres Widerstand entgegensetzen, und es würde ein neuer, deutsch-polnischer Krieg ausbrechen. Darauf schlug ich vor, man solle mit ein paar Divisionen der Alliierten, denen Deutschland keinen Widerstand entgegenzusetzen wagen würde, Danzig und die Eisenbahnlinie nach Thorn besetzen und unter ihrem Schutz den Transport des polnischen Heeres bewerkstelligen. Die Sache war einfach, weil

die Vereinbarung über den Waffenstillstand den Siegern die Verbindung mit Polen auf diesem Wege sicherte. Ich erfuhr, daß England sich geweigert habe, auch nur einen einzigen Soldaten für eine solche Expedition bereit zu stellen. Als ich dann darauf hinwies, daß Frankreich allein das tun könne, sagte man mir, daß der Versuch, ein paar Divisionen zu einer neuen Expedition auszusenden, starken Widerspruch hervorrufen werde. Wir fanden hierbei die starke Unterstützung des Marschalls Foch, der die Lage Polens besser verstand als andere. Unter seinem Einfluß fing denn auch die französische Regierung an, unsere Forderung, die polnischen Truppen nach Danzig zu schicken, zu unterstützen, aber der rücksichtslose Widerstand Englands vereitelte die Sache."[268])

Der Gedanke, die polnischen Truppen möglichst schnell nach Danzig zu transportieren, gewinnt aber erst seine volle Bedeutung, wenn wir in den Richtlinien, welche das Komité am 13. Oktober 1918 für die weitere Arbeit seiner Vertreter bei den alliierten Regierungen herausgegeben hatte, als zweiten Punkt die Forderung finden: „Konzentrierung der schon vorhandenen oder in der Bildung begriffenen polnischen Streitkräfte in einem Gebiet, von welchem aus sie so schnell wie möglich auf polnisches Gebiet gebracht werden können, und Einwirken auf die französische Regierung, sich damit einverstanden zu erklären, wenn die polnischen Truppen nicht ausreichen sollten, sie durch französische oder andere alliierte Truppen zu ergänzen."[269]) Daß dieses, für die Konzentrierung der polnischen Truppen in Aussicht genommene Gebiet, von welchem aus sie auf kürzestem Wege nach Polen gebracht werden sollten, nur das Hinterland von Danzig, also das heutige Pommerellen sein konnte, in welchem man sich auf diese Weise mühelos und unter stillschweigender Billigung der Alliierten festzusetzen hoffte, war ein nicht gerade fernliegender Gedanke. In den Plänen des Komités fehlte also nur noch Schlesien und Posen, aber auch dafür wußte man Rat. Die bereits erwähnten Richtlinien bestimmten nämlich weiter: „In den Unterredungen mit den Alliierten hauptsächlich darauf Nachdruck legen, daß besonders die preußischen Gebietsteile sofort von den deutschen Truppen geräumt und von polnischen oder alliierten besetzt werden", und in der Tat forderte der Vertreter des Komités in Paris, Erasmus Piltz, die sofortige Besetzung Posens, Westpreußens und der Regierungsbezirke Allenstein und Oppeln und schlug vor, aus taktischen Gründen eine strategische Linie Köslin-Landsberg-Glogau-Breslau-Neisse durch die alliierten Heere zu besetzen, wobei er sich allerdings großmütig damit einverstanden erklären wollte, daß später aus ethnographischen, wirtschaftlichen oder militärischen Rücksichten einzelne Verbesserungen dieser Linie vorgenommen werden dürften. Diese Forderung wurde jedoch abgelehnt, weil, wie Seyda mißbilligend feststellt, „die Forderungen

des Komités, von Anfang an im Osten eine klare und bestimmte Lage zu schaffen, zu sehr mit der Politik der Mehrheit der Alliierten kollidierten, mit jener Zauderpolitik, die sich vor einer unmittelbaren und schnellen Behandlung des osteuropäischen Problems fürchtete und die vor allen Dingen vermeiden wollte, sich schon während der Verhandlungen über den Waffenstillstand, wenn auch nur mittelbar, in der schwierigen Frage der zu Preußen gehörenden Gebiete festzulegen."[270]) Bei ihren Forderungen nach sofortiger Räumung aller derjenigen preußischen Gebiete durch die deutschen Truppen, die vor 1772 zu Polen gehört hatten, wurden die Polen besonders von Foch und Pichon unterstützt, denn, so begründete Pichon den Standpunkt Frankreichs, „die Polen im Lande selbst und das Polnische Nationalkomité, das wir anerkannt haben, sind der Ansicht, daß wir ihnen diese Belohnung geben müssen. Es ist deshalb notwendig, diese Klausel in die Bedingungen für den Waffenstillstand aufzunehmen, um Diskussionen während der Besprechung der Friedensvorschriften zu vermeiden." Wieder erhob England dagegen Einspruch und Balfour wies darauf hin, daß das Polen von 1772 ein anderes gewesen sei, als das von 1918 und daß die Alliierten sich nur dazu verpflichtet hätten, einen aus Polen bestehenden polnischen Staat zu errichten.[271])

Erfolgreicher waren dagegen die Bemühungen des Komités nach einer anderen Richtung hin; Dmowski erreichte es nämlich, ebenfalls durch Vermittlung Lansings, daß in die Bedingungen für den Waffenstillstand die Verpflichtung für die deutschen Truppen aufgenommen wurde, die von ihnen besetzten Gebiete erst dann zu räumen, wenn die Alliierten es verlangen würden, weil man fürchtete, daß bolschewistische Truppen sofort nachrücken und im Osten Polens dieselben vollzogenen Tatsachen schaffen könnten, welche das Komité selbst in dem preußischen Gebietsteil hatte schaffen wollen. „Es ging mir darum, Zeit für die Bewaffnung Polens zu gewinnen, denn wir hatten die Verbindung über Danzig zugesichert erhalten. Ich wußte, daß ich dadurch zunächst denjenigen Elementen die Herrschaft über das Land erleichterte, die während des Krieges gegen uns und die Alliierten feindlich aufgetreten waren, aber das war immer noch besser, als die bolschewistische Flut."[272]) So war also nur ein bescheidener Teil der hochfliegenden Pläne des Komités in Erfüllung gegangen, als der Waffenstillstand abgeschlossen wurde; man hatte wohl einen Zugang nach Polen über Danzig erreicht und die Gewähr dafür erhalten, daß ein unmittelbares Einrücken von bolschewistischen Truppen in die von den Deutschen geräumten Gebiete Ostpolens und Kongreßpolens nicht zu befürchten war, aber gerade das Wichtigste fehlte, die mühelose Besetzung des preußischen Teilgebiets hatte man nicht erreicht, trotz der starken Unterstützung, die man von französischer Seite erfahren hatte. Das Komité

wußte also, daß der Kampf um dieses Gebiet besonders schwer sein würde, nach dieser Richtung hin mußte jetzt die ganze Arbeit konzentriert werden, die Frage der östlichen Grenzen trat dem gegenüber vorläufig zurück.

Im Januar 1918 wurde damit begonnen, eine besondere Zeitschrift „L'Indépendance polonaise" herauszugeben; gleichzeitig erschien ein Buch Seyda's „Territoires polonais sous la domination prussienne", das an eine große Anzahl führender Staatsmänner, Abgeordneter und Zeitungen geschickt wurde; in London errichtete man eine besondere „Agentur für Wirtschaft", die in Verbindung mit der „Internationalen Kommission zur Versorgung mit Lebensmitteln" stand und aufklärend über die Wirtschaftslage, die natürlichen Reichtümer Polens und seine Bedürfnisse wirken sollte, weil man nicht mit Unrecht annahm, daß der Hinweis auf einen zukünftigen aufnahmefähigen polnischen Wirtschaftsmarkt auf die Engländer eine stärkere Wirkung ausüben werde, als alle historischen Erinnerungen an das Polen vor 1772. Und doch blieb die Frage des preußischen Teilgebiets nach wie vor eine schwere Sorge, „sie schob sich innerhalb der politischen und propagandistischen Tätigkeit des Komités in den Vordergrund, denn es war eine offenbare Tatsache, daß dieses, für die Unabhängigkeit wichtigste und zugleich schwierigste Problem auf der interalliierten Konferenz die erste Stelle unter den Beratungen einnehmen werde. Zum Glück warf die Bevölkerung Großpolens die eigene bewaffnete Tat auf die Wagschale der geschichtlichen Entscheidungen, die ein deutlicheres Zeugnis ihres Willens war, als die stärksten politischen Argumente.[2/3]) Mit diesen Worten hat Seyda die außerordentliche Bedeutung des Posener Aufstandes für die politischen Pläne des Pariser Komités so stark unterstrichen, daß jede historische Untersuchung, die sich mit der Politik der Polen während des Weltkriegs beschäftigt, nicht an den beiden Fragen vorübergehen kann, warum gerade der Posener Aufstand in jener Zeit so besonders bedeutungsvoll gewesen ist und ob das Komité mittelbar oder unmittelbar an seinem Ausbruch beteiligt gewesen ist. Um diese Fragen beantworten zu können, müssen wir zunächst kurz auf die innenpolitische Lage eingehen, in welcher sich der im Entstehen begriffene neue polnische Staat damals befand.

Am 15. November hatte der Regentschaftsrat die gesamte politische Gewalt in die Hände Piłsudskis gelegt und dieser hatte den bisherigen Vorsitzenden der Lubliner Arbeiter- und Bauernrepublik, den Sozialdemokraten Daszyński, mit der Bildung des ersten Kabinetts betraut. Von der Seite der Opposition, und besonders von den Nationaldemokraten setzte jedoch ein derartig starker Widerstand ein, daß das Kabinett Daszyński überhaupt nicht zum Amtieren kam und Piłsudski dem ebenfalls den Linksparteien angehörenden Moraczewski die Bildung der neuen Regierung übertrug. Schon diese

beiden Tatsachen bedeuteten eine schwere Belastung für die Stellung des Komités gegenüber den Alliierten, denn der Staatschef Polens war derselbe Mann, der an der Spitze der Legionen und an der Seite der Zentralmächte gegen die Alliierten gefochten hatte, und die anarchistischen Zustände, die in jener Zeit in Warschau und den übrigen Teilen Polens herrschten, mußten die Befürchtung wecken, daß die gegenwärtige Regierung Moraczewski nur eine Vorfrucht des von Rußland her drohenden Bolschewismus sein werde. Gerade die bolschewistische Gefahr aber war für die Politiker des Komités das wirksamste Propagandamittel gewesen, mit dessen Hilfe sie auch eine Änderung der Waffenstillstandsbedingungen erreicht hatten. Und diese Regierung Moraczewski hatte mit Deutschland sogar diplomatische Beziehungen angeknüpft, mit demselben Deutschland, das man den Alliierten immer wieder als den größten und gefährlichsten Feind des gesamten Polentums hingestellt und dessen völlige Vernichtung man als Voraussetzung für das Bestehen eines unabhängigen Polen gefordert hatte. So erst kann man die Worte Seyda's verstehen: „Während die alliierten Mächte, Dank den Bemühungen des polnischen Nationalkomités und Dank der polnischen Armee in Frankreich, Polen als eine verbündete und im Krieg mit Deutschland befindliche Macht anerkannten, unterhielt die Regierung Moraczewski diplomatische Beziehungen zur deutschen Republik, und zwar sehr herzliche, die in der deutschen Gesandtschaft in Warschau und in der polnischen Expositur in Berlin ihren Ausdruck fanden."[274])

Bei diesen „sehr herzlichen" diplomatischen Beziehungen handelte es sich allerdings nur um die Regelung des Abmarsches der deutschen Truppen aus den östlichen Teilen des Königreichs und aus Litauen, und zwar in der Form, daß die von den Deutschen geräumten Gebiete sofort von den Polen besetzt werden sollten, weil man das Nachrücken der Bolschewisten befürchtete. Zum Zweck der Verhandlungen über alle diese Fragen hatte Deutschland am 19. November den Grafen Keßler nach Warschau und die polnische Regierung ihren Vertreter Niemojewski nach Berlin geschickt. Deutschland hatte sich bereit erklärt, den Polen fünf Kreise Podlesiens, deren Bevölkerung polnisch war, abzutreten, und die Polen hatten den Deutschen dafür einen Korridor mit einer Eisenbahnlinie eingeräumt, auf welcher sie ihre Truppen aus der Ukraine zurückziehen konnten. Die polnische Bevölkerung Podlesiens hatte jedoch den Abzug der deutschen Truppen nicht abgewartet, es war zu blutigen Zusammenstößen gekommen, und die Deutschen hatten gegen diejenigen Gemeinden, in denen Überfälle auf deutsche Truppen verübt worden waren, Strafexpeditionen unternommen. Diese Vorgänge nutzten die Warschauer Nationaldemokraten aus, sie beschuldigten die Regierung Moraczewski, daß sie einen deutschen Ver-

treter in Warschau dulde, während die Alliierten dort überhaupt nicht vertreten wären, es kam zu Straßenunruhen, am 29. November wurde die Wohnung des deutschen Vertreters demoliert, und am 15. Dezember wurden ihm die Pässe zugestellt.[275])

Wie außerordentlich unangenehm alle diese Dinge dem Pariser Komité waren, geht daraus hervor, daß man St. Grabski in besonderer Mission und mit weitgehenden Vollmachten nach Warschau schickte, um die dortigen Kreise auf die Gefahr aufmerksam zu machen, welche bei den Friedensverhandlungen aus einer derartigen Einstellung der polnischen Regierung entstehen könnte und um einen Kurswechsel zu erreichen, der Warschau außenpolitisch an die Seite der Entente führte. Am 5. Dezember traf Grabski in Warschau ein, er brachte auch eine Karte mit, auf welcher die neuen Grenzen schon eingezeichnet waren und beschwor seine Landsleute, Vernunft anzunehmen, — es war vergeblich. Nach langen Verhandlungen wendete er sich am 26. Dezember nochmals in einem offenen Brief an das Land. Er wies wieder auf die Gefahren hin, welche bei den Verhandlungen der Friedenskonferenz entstehen könnten, wenn das Pariser Komité bei ihnen als Vertreter des gesamten polnischen Volkes auftreten solle und wenn die Regierung Moraczewski inzwischen alles tue, um die Verhandlungen zwischen Komité und Alliierten zu erschweren. Die internationale Lage gestatte weitgehende Hoffnungen, aber er könne seine Befürchtungen für das zukünftige Schicksal Polens nicht unterdrücken. Man müsse sich darüber klar sein, daß alles, was man bisher erreicht habe, wieder verloren gehen könne, wenn die Polen die Hoffnungen, welche die Alliierten auf sie gesetzt hätten, enttäuschen würden, nämlich einen Damm zwischen dem Bolschewismus und dem Germanentum zu bilden, oder wenn sie etwa einen neutralen Standpunkt einnehmen wollten. Auch dieser Appell blieb ohne Erfolg, man erklärte ihm, daß man erst die Wahlen zu dem ersten Sejm abwarten wolle, um zu sehen, wie das polnische Volk entscheiden werde.

Die Nachrichten, die Grabski während seines Warschauer Aufenthaltes über die Lage im Lande nach Paris geschickt hatte, wirkten alarmierend, denn der Beginn der Friedenskonferenz rückte heran, es mußte so schnell wie möglich irgend etwas geschehen, um die Alliierten von dem Willen des polnischen Volkes zu überzeugen, sein Schicksal aus der Hand der Entente hinnehmen zu wollen, deshalb entschloß man sich, Paderewski nach Warschau zu schicken, der kurz vorher aus Amerika gekommen war. Er erhielt den bindenden Auftrag, um jeden Preis zu einem Ergebnis zu kommen, um den ungünstigen Eindruck zu beseitigen, welchen die Alliierten bisher von der Politik Warschaus empfangen hatten, entweder sollte Piłsudski zum Rücktritt bewogen werden, oder Paderewski selbst sollte eine Neubildung der polnischen Regierung und den Vorsitz in

dem Kabinett übernehmen. Der Weg nach Warschau führte, wie wir wissen, über Danzig und Thorn, nur für diesen Reiseweg hatte die damalige deutsche Regierung auch die Einreiseerlaubnis erteilt. Paderewski wählte jedoch den Weg über Posen und traf am 26. Dezember 1918 in der Stadt Posen ein und zwar in Begleitung der beiden englischen Offiziere Wade und Rawlings. Am folgenden Tag kehrte das vor dem Kriege in Posen garnisonierende Grenadierregiment 6 aus dem Felde zurück und fand seine alte Garnisonstadt in einem Meer von Flaggen in den polnischen Farben und in denen der Entente, es fand aber auch eine Stimmung, deren Schilderung bei Seyda mehr verrät, als er vielleicht beabsichtigt hat. „Die politische Atmosphäre", so schreibt er, „war mit Elektrizität geladen. Leidenschaftliche Elemente drängten schon im November zum Ausbruch, aber die leitenden politischen Faktoren hielten sie zurück, und zwar aus zwei Gründen, einmal, weil sie die polnischen Kräfte nicht für zahlreich und vorbereitet genug hielten im Verhältnis zu den Massen (!) der deutschen Soldaten innerhalb des Festungsgebiets, dann aber auch, weil die Rücksicht auf die Alliierten, genauer gesprochen, auf England und die Vereinigten Staaten, es erforderte, daß die Deutschen die den Kampf provozierende Seite waren."[276]) In den Nachmittagsstunden des 27. Dezember machten die aus dem Felde zurückgekehrten Truppen einen Demonstrationsumzug gegen die Beflaggung der noch deutschen Stadt mit den Fahnen derjenigen Staaten, gegen welche sie Jahre lang im Felde gestanden hatten, es kam zu Zusammenstößen und Schießereien, in deren Verlauf sich die Polen der Kasernen und der Festungswerke bemächtigten, und in wenigen Tagen hatte sich der Aufstand über einen großen Teil der Provinz verbreitet.

Man hat auf deutscher Seite bisher die Frage vergeblich zu beantworten gesucht, warum Paderewski im letzten Augenblick seine ursprüngliche Absicht geändert habe und über Posen gereist sei, anstatt den direkten Weg nach Warschau zu nehmen. In einem i. J. 1936 erschienenen, sonst wenig beachteten Buch eines Dr. Jedlina-Jacobson finden wir die Lösung dieses Rätsels[276]). Der Verfasser erzählt nämlich, daß er persönlich von dem damaligen Vorsitzenden des Obersten Volksrats in Posen mit einem eigenhändigen Brief nach Danzig geschickt worden sei, um diesen Brief an Paderewski sofort nach seiner Ankunft zu übergeben, die Folge dieses Briefes sei dann der plötzliche Reisewechsel gewesen. Um die Frage beantworten zu können, warum man in Posen Wert darauf legte, Paderewski vor seiner Fahrt nach Warschau in Posen zu sehen, müssen wir die damalige Lage in der Provinz und Stadt Posen kennen.

Schon in den letzten Monaten des Krieges hatten die Polen in der Stadt Posen ein aus Vertretern des preußischen Teilgebiets bestehendes geheimes Zentral-Bürgerkomité gebildet, in dessen Händen die politische Führung des gesamten preußischen Polentums liegen sollte. Dieses hatte aus seiner Mitte einen aus 7 Mitgliedern bestehenden Vollzugsausschuß berufen und ihm die Aufgabe gestellt, in den einzelnen Landkreisen Bürgerkomités zu gründen, so daß die ganze Provinz Posen in kurzer Zeit mit einem Netz solcher geheimen Organisationen überzogen war. Am 14. Oktober erließ der Klub der polnischen Abgeordneten eine Kundgebung, in welcher er die Umgestaltung dieser Bürgerkomités in Volksräte und die Errichtung eines besondern Kommissariats forderte, das sofort mit den Arbeiten zur Bildung eines Obersten Volksrats beginnen und vorläufig die Geschäfte führen sollte, zu Mitgliedern dieses Kommissariats wurden der damalige Posener Geistliche (jetzige Bischof in Kattowitz) Adamski, der Abgeordnete Korfanty und der Schriftleiter Poszwiński ernannt. Eine der ersten Aufgaben des Kommissariats war die Ausschreibung von Wahlen für den ersten polnischen Teilgebietslandtag auf deutschem Boden, der vom 3.—5. Dezember 1917 in Posen zusammentreten sollte. Am 10. November brach auch in Posen die Revolution aus, gerade an diesem Tag fand wegen der bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen eine Versammlung der Nationalen Arbeiterpartei statt, die man dazu benutzte, um die Gründung einer aus Vertretern aller Stände zusammengesetzten örtlichen polnischen Organisation zu beschließen. Als man am Nachmittag mit den weiteren Beratungen begann, erschien eine Deputation des neu errichteten Arbeiter- und Soldatenrats mit der Mitteilung, daß die Versammlung aufgelöst sei, weil sie Demonstrationen gegen den A.- und S.-Rat plane. Es war nicht schwer, diese Leute davon zu überzeugen, daß die Polen durchaus keine Veranlassung hätten, die bisherigen deutschen Behörden zu unterstützen und sie in ihren Aemtern zu belassen, nach kurzen Verhandlungen war eine Verständigung erzielt, die Polen schickten besondere Vertreter in den A.- und S.-Rat und hatten es auf diese Weise erreicht, daß sie schon wenige Tage später einen entscheidenden Einfluß auf die Beschlüsse dieser famosen damaligen legalen Revolutionsbehörden ausüben konnten und daß das Posener Kommissariat als die alleinige Vertretung der Polen anerkannt wurde. Da man in den über die ganze Provinz ausgebreiteten Kreisvolksräten auch schon die Stützpunkte für eine umfassende Organisation hatte, gelang es in der Tat in kurzer Zeit, in der Mehrzahl der Landkreise ein Zusammenarbeiten zwischen polnischen Volksräten und A.- und S.-Räten zu erreichen. Als der Teilgebietslandtag am 3. Dezember zusammentrat, war die Organisation der polnischen Kreisvolksräte schon völlig ausgebaut, er hatte nur noch den Obersten Volksrat zu wählen, dessen Mitgliederzahl 82 betrug.

Aus ihrer Mitte wurde ein aus 6 Mitgliedern bestehendes Kommissariat gebildet, das die eigentliche Geschäftsführung hatte und in dessen Händen von jetzt ab tatsächlich die Gewalt über das gesamte Polentum Deutschlands lag.

Die Politik dieses Obersten Volksrats gegenüber den Deutschen hat Adamski bei der Eröffnungssitzung des Teilgebietlandtags am 3. Dezember genau umrissen: „Wir vertraten von Anfang an den Standpunkt, daß über die Westgrenzen des polnischen Staates der Friedenskongreß entscheiden wird, und wir erklärten, dass wir den Spruch des Friedenskongresses in Ruhe und mit vollem Vertrauen erwarten werden. Wir waren uns nämlich darüber klar, daß wir nicht so viel bewaffnete Kräfte besitzen, um alle diejenigen Länder und Gebiete zu erobern, die uns rechtmäßig gehören. Das aber, was uns heute keiner mehr verweigert, noch erst zu erobern, lohnt nicht. Wir wußten, daß über die polnische Frage und über die polnischen Grenzen nicht wir entscheiden werden, sondern die Alliierten. Versuche, einen Teil des Landes mit Gewalt loszureißen, hätten uns leicht die Sympathien derjenigen rauben können, von deren Hilfe wir in hohem Maße abhängig sind. Wir haben auf die Erfüllung unserer Träume fast 150 Jahre gewartet, heute, nun sich unsere Träume und Hoffnungen erfüllen, werden wir auch noch die wenigen Wochen warten können, die uns von der endgültigen Regelung des polnischen Staates trennen“ [277]). An dieser politischen Einstellung hat der Oberste Volksrat in der Tat festgehalten und auch die ihm unterstellten Kreisvolksräte haben sich, trotz wiederholten Drängens einzelner Heißsporne, von dieser ihnen vorgeschriebenen Haltung nicht abbringen lassen, trotzdem es an Versuchen dazu nicht gefehlt hat. Wenn auch die Kampforganisation Piłsudskis, die P.O.W., in Posen selbst nur schwach vertreten war, so hatte sich doch unter den aus dem Felde zurückgekehrten polnischen Soldaten eine Anzahl unruhiger Elemente zusammengefunden, die auf sofortiges Losschlagen drängten, weil sie glaubten, daß die durch die Revolution eingerissene Demoralisierung des deutschen Heeres einen erfolgreichen deutschen Widerstand erschweren, die Sache der Aufständischen also erleichtern würde. In dem Verlangen, den bewaffneten Aufstand sofort zu beginnen, fanden diese Kreise auch von Warschau aus wohlwollende Förderung und Unterstützung. Wieliczka hat in seinem Buch „Od Prosny po Rawicz“ (Von der Prosna bis Rawitsch) eine Anzahl von militärischen Befehlen und Telegrammen veröffentlicht, aus denen mit aller Deutlichkeit hervorgeht, wie stark die Warschauer Stellen damals an dem sofortigen Ausbruch eines bewaffneten Aufstands in Posen interessiert waren, wie sie wiederholte Versuche unternommen haben, um durch Entsendung militärischer Formationen in die Posener Ereignisse aktiv einzugreifen und wie sie sich schließlich damit

begnügen mußten, ein Bataillon Posener Aufständischer in Sypiorno aufzustellen und auf eine günstige Gelegenheit zu warten.

Die radikalen polnischen Kreise haben deshalb dem Obersten Volksrat immer wieder den Vorwurf einer ängstlichen und allzu bedächtigen Zauderpolitik gemacht, welche der Sache des Aufstandes viel geschadet habe, der Vorwurf ist jedoch unberechtigt, denn die Gründe, welche die damalige Politik des Obersten Volksrates bestimmten, ließen eine andere Entscheidung für ihn nicht zu, diese Gründe waren nämlich religiöser, politischer und militärischer Art. In seiner großen Rede am 3. Dezember, bei der Eröffnungssitzung des Teilgebietslandtags, hat der damalige Posener Erzbischof Dalbor gerade die religiösen Bedenken gegen eine Verbindung mit Warschau betont: „Die gegenwärtige Berliner Regierung hat die Trennung von Kirche und Staat in Aussicht gestellt und, was dasselbe ist, die Beseitigung der Religion aus der Schule. Diese von Berlin ausgegebene Losung hat leider auch in Warschau ein Echo gefunden, auch dort ist in dem Programm der gegenwärtigen Regierung das Wort von der Einführung der weltlichen Schule gefallen. Was aber die s. g. weltliche Schule bedeutet, das wissen wir und darin lassen wir uns nicht täuschen. Die weltliche Schule ist eine Schule ohne Gott und ohne Religion. Hat das polnische Volk unter dem bisherigen preußischen System bei der Frage nach dem Religionsunterricht in der Schule wirklich so viele Drangsalierungen und Verfolgungen nur deshalb erlitten, damit bei manchen von Euch etwa der Gedanke entstehen könnte, daß es vielleicht besser sei, den Religionsunterricht nicht in der Schule, sondern außerhalb der Schule zu erteilen?“ [278]) Ueber die politischen Gründe hat der Vorsitzende des polnischen Abgeordnetenklubs, der Abg. Wl. Seyda, in derselben Sitzung mit ähnlicher Deutlichkeit gesprochen: „Der Regentschaftsrat hat nach dem Konflikt mit der Regierung Świeżyński dem Kommandanten Piłsudski empfohlen, die oberste Gewalt zu übernehmen und eine nationale Regierung zu bilden. Genau genommen, müssen wir behaupten, daß wir nicht eine polnische Regierung haben, die sich auf den Willen des ganzen Volkes stützt. Die historische Entwicklung der ganzen Angelegenheit ist vielmehr so, daß der Regentschaftsrat seinen Ursprung von den Zentralmächten her hatte und ein Ergebnis der Diplomatie der Zentralmächte ohne den Willen des polnischen Volkes war. Der Regentschaftsrat aber hat die Gewalt an den Kommandanten Piłsudski abgegeben, also beruht auch seine Gewalt nicht auf dem Willen des Volkes. Bevor der Regentschaftsrat sich auflöste, berief er die Klubs der Abgeordneten aus unserem Teilgebiet und aus Galizien nach Warschau, um eine nationale Regierung aus allen drei Teilgebieten zu bilden. Zu diesem Zweck schickten die Klubs eine Abordnung von 12 Mitgliedern und gaben ihnen die Vollmacht, gewissen-

haft an der Bildung einer nationalen Regierung mitzuarbeiten. Wir fuhren nach Warschau in der Ueberzeugung, daß uns in der gegenwärtigen Zeit eine starke Regierung nötig ist, welche alle wichtigen Richtungen der politischen Gedankenwelt Polens umfaßt und sich auf die breitesten nationalen Grundlagen stützt. Die Regierung muß sich vor allen Dingen um Ruhe und Ordnung im Lande selbst bemühen. Wichtige soziale Reformen, deren Notwendigkeit kein verständiger Mensch bestreitet, dürfen nicht auf dem Weg der Revolution, sondern der Evolution durchgeführt werden, und zwar durch einen konstitutionellen Sejm, der so schnell wie möglich berufen werden müßte. Mögen besiegte Nationen ihre Revolutionen machen, die durch die Schuld ihrer Regierungen eine Niederlage erlitten haben und zum Verfall gebracht worden sind, wir Polen haben in diesem Krieg wahrlich schwere Opfer gebracht, aber wir haben letzten Endes nicht eine Niederlage, sondern einen Sieg davongetragen, so groß, wie wir ihn nicht träumen konnten. Wer von uns hätte vor 5 Jahren gedacht, daß wir heute alle polnischen Gebiete zu einem großen nationalen Staat würden vereinigen können? Auf dem Gebiet der Außenpolitik müssen wir uns auf ein Bündnis mit den Alliierten stützen, denen wir die Entstehung eines freien und vereinigten Polen verdanken. Auf diesen Grundlagen wollten wir in Warschau an der Bildung einer nationalen Regierung mitarbeiten. Als wir aber dort ankamen, fanden wir bereits vollzogene Tatsachen. Der Regentschaftsrat war schon zurückgetreten, und der Kommandant Piłsudski hatte Herrn Daszyński zum Ministerpräsidenten ernannt. Dieser kam uns mit einem fertigen Kabinett entgegen, in welchem er den Vertretern des preußischen Teilgebietes drei Sitze anbot. Es begannen lange Verhandlungen, in deren Verlauf Daszyński zurücktrat und Moraczewski seine Stelle einnahm. Nach sorgfältiger Prüfung aller Bedingungen mußten wir ablehnen, uns an der Kabinettsbildung zu beteiligen, weil wir nicht die Garantie dafür erhalten konnten, daß die Außen- und Innenpolitik der Regierung nach der Richtung hin gehen würden, die wir zum Wohl des Volkes für notwendig hielten.“ [279]) Noch schärfer kam der Gegensatz der Posener Politiker zu den Warschauer Zuständen in den Worten Adamskis zum Ausdruck: „In Polen ist Unfriede und Unordnung, es herrschen dort Zustände, die fast den russischen gleichen und so überaus häßlich sind, daß sie uns in den Augen der ganzen Welt erniedrigen.“ Die militärischen Gründe haben wir bereits kennen gelernt, man wußte, daß die polnischen Kräfte nicht ausreichten, um an eine erfolgreiche Durchführung eines bewaffneten Aufstandes denken zu können, man hatte sich deshalb auch schon an Piłsudski gewendet aber die Antwort erhalten, daß er im Fall von Unruhen ausreichende Hilfe nicht leisten könne. Der Oberste Volksrat wußte also, daß er nur auf die eigenen Kräfte angewiesen war,

denn auf die von Wilson und Clémenceau erbetene Hilfe „gegen die von den Deutschen drohende Ueberschwemmung mit fremden Heeren" setzte man keine allzu großen Hoffnungen, so daß also in der Tat keine andere Politik übrig blieb, als die von ihm befolgte Politik des Abwartens und Lavierens. Daß er während dieser ganzen Zeit die planmäßige und mit allen Pfiffen und Kniffen betriebene Umgestaltung der paritätisch gedachten Abteilungen des Posener Wach- und Sicherheitsdienstes in rein polnische Kampfformationen und ihre Bewaffnung stillschweigend duldete, ändert an der Tatsache nichts, daß er den Ausbruch eines bewaffneten Aufstandes vermeiden wollte und jede Gemeinschaft mit Warschau ablehnte.

In dieser unbedingten Ablehnung der damaligen Warschauer Regierung war man sich also in Posen und in Paris einig, jetzt aber erfuhr man, daß Paderewski als Abgesandter des Pariser Nationalkomités auf dem Wege nach Warschau war, um Piłsudski zum Nachgeben zu bewegen, — was lag näher, als daß man versuchte, sich in die Verhandlungen einzuschalten und dem Bevollmächtigten des Pariser Komités auch die Forderungen der Posener Polen mit auf den Weg zu geben. Deshalb mußte Paderewski nach Posen kommen, deshalb die von Posen aus veranlaßte plötzliche Reiseänderung. Um welche Fragen es sich dabei gehandelt hat, erfahren wir aus dem Aufruf, den der Posener Oberste Volksrat unmittelbar nach der Weiterreise Paderewskis nach Warschau am 3. Januar 1919 erließ. Hier forderte er nämlich die Errichtung eines gemeinsamen, für alle drei Teilgebiete zuständigen Obersten nationalen Volksrats, dessen wichtigste Aufgabe es sein sollte, so schnell wie möglich ein enges Bündnis mit der Entente herbeizuführen und aus dessen Händen Piłsudski erst formell seine Macht als Staatschef empfangen sollte, die er so lange nur als Beauftragter des von den Zentralmächten eingesetzten Regentschaftsrates ausgeübt hatte. Paderewski brachte aber aus Paris auch noch eine andere, ungleich wichtigere Nachricht mit nach Posen. Er hatte vor seiner Abreise aus Paris noch an einer Sitzung des Nationalkomités teilgenommen, in welcher die Aussichten der Friedenskonferenz besprochen wurden, und er wußte, daß sie für das preußische Teilgebiet nicht gerade günstig standen. Er wußte aber auch, daß die französische Regierung Ende November dem Komité mitgeteilt hatte, *„daß alle vollendeten Tatsachen, welche die Polen mit eigenen Kräften schaffen würden, sei es in Ostgalizien, sei es vor allem in dem preußischen Teilgebiet, der französischen Regierung nur willkommen sein und von ihr wohlwollend betrachtet werden würden"*.[230]) Erst auf diesem Hintergrund versteht man die Tragweite seiner Antwort, die er, wie Jedlina berichtet, ihm auf seine Frage nach den Aussichten für die preußischen Polen gab: „Co weźmiecie, to będzie wasze" (was Ihr nehmen werdet, das wird Euer sein). In

Paris wartete man auf diese vollendeten Tatsachen, in Posen selbst aber rührte sich nichts, und man mußte befürchten, „daß in einer Zeit, in welcher alle Völker Europas ihre Grenzen durch die Tat festsetzten und dadurch Kraft und Lebensfähigkeit bewiesen, die scheinbare Willenlosigkeit der polnischen Bevölkerung des preußischen Teilgebiets, die bei ihren ureigenen Interessen die Entscheidung der Friedenskonferenz abwarten wollte, bei den Alliierten einen fatalen Eindruck hervorrufen mußte".[281]) Und von allen diesen Dingen sollte in den Unterredungen zwischen dem Obersten Volksrat in Posen und dem Bevollmächtigten des Pariser Nationalkomités nicht die Rede gewesen sein? Die führenden Männer der Posener Polen sollen nach wie vor sich der Hoffnung hingegeben haben, daß es dem französischen Freunde schon gelingen werde, die polnischen Hoffnungen doch noch zur Verwirklichung zu bringen, wenn man nur stille und gehorsam weiter warte und alles vermeide, was den Anschein erwecken könnte, als ob die Polen selbst die den Aufstand provozierende Seite gewesen wären? Eine solche Annahme ist unmöglich, damit aber ist auch die Frage beantwortet, warum der Posener Aufstand für die Politik des Pariser Komités eine so besondere Bedeutung hatte. Die französische Politik brauchte irgendeine bewaffnete polnische Aktion in den preußischen Gebietsteilen, um bei den Versailler Verhandlungen damit aufwarten zu können, das Pariser Komité erhielt deshalb die Weisung, in Posen auf „vollendete Tatsachen" zu dringen, und der Oberste Volksrat konnte sich, trotz seiner unentwegten Abneigung gegen eine bewaffnete Aufstandsbewegung dem Ernst der Tatsachen nicht verschließen, er mußte sich der von Paris aus ergangenen dringenden Forderung fügen, wenn er nicht alles aufs Spiel setzen wollte, er mußte den radikalen Elementen wenigstens für eine gewisse Zeit das Feld überlassen.

Welche Beschlüsse während der Besprechungen mit Paderewski gerade nach dieser Richtung hin gefaßt worden sind, wird man erst dann zu erfahren bekommen, wenn endlich einmal die Archive des damaligen Posener Obersten Volksrats geöffnet sein werden, erst dann wird man beurteilen können, ob, wie es die Vertreter der radikalen Richtung behaupten, der Oberste Volksrat in jenen Tagen wirklich die Zügel aus der Hand verloren hatte und den Dingen ihren Lauf lassen mußte, oder ob er, nachdem er von Paderewski über den Stand der Dinge unterrichtet worden war, sich eine kurze Zeit hindurch hinter die Kulissen zurückgezogen, aber trotzdem als verantwortlicher Spielleiter mitgewirkt hat. Alles das, was er kurz nach dem Ausbruch des Aufstandes unternommen und angeordnet hat, spricht jedenfalls nicht für die erste Annahme. Schon bei den Verhandlungen, die am 30. und 31. Dezember mit den Vertretern der damaligen preußischen Regierung in Posen stattfanden, zeigte er deut-

lich, daß er nach wie vor im Besitz der Macht war, denn gegen den Willen der Aufständischen setzte er seinen Standpunkt durch, die Fäden mit Berlin nicht zu zerreißen, sondern die endgültige Festsetzung der Westgrenze der Friedenskonfernz zu überlassen, denn, so begründete er seine Stellungnahme in einem öffentlichen Aufruf, „ein solches Vorgehen entspricht nicht nur den wohlverstandenen Interessen unseres Teilgebiets, sondern hauptsächlich den allgemeinen polnischen Interessen". Wenige Tage später verschrieb er sich, ebenfalls gegen den Willen der Aufständischen, den General Dowbór-Muśnicki zum Oberkommandierenden der polnischen Streitkräfte und bat durch Vermittlung des Pariser Komités um einen französischen Offizier für die Stellung des Chefs des Stabes, die so lange einer der Offiziere Piłsudskis bekleidet hatte, auf dieser Linie liegt auch alles das, was er tat, um eine Einmischung Warschaus in die Posener Ereignisse zu verhindern. Sein ganzes Auftreten beweist vielmehr, daß er nach wie vor die Zügel in der Hand hielt und daß er also wohl in der Lage gewesen wäre, zum mindesten die Ausbreitung der Unruhen über die Stadt Posen hinaus zu verhindern. Wenn er es nicht getan hat, dann sind die Gründe dafür nicht schwer zu finden.

Im übrigen aber zeigte es sich sehr schnell, wie berechtigt seine Bedenken gegen einen bewaffneten Aufstand gewesen waren, als nämlich die Kämpfe anfingen, einen für die Aufständischen bedrohlichen Charakter anzunehmen und als man merkte, daß eine „wohlwollende Betrachtung" Frankreichs allein nicht ausreichte, um den Deutschen länger erfolgreichen Widerstand leisten zu können, und genau so, wie man im Dezember in Paris auf die vollendeten Tatsachen aus Posen gewartet hatte, so wartete man jetzt in Posen auf die erbetene Hilfe aus Paris. Der verzweifelte Hilferuf an das Komité in Paris vom 14. Januar 1919 zeigt, wie ernst man in Posen die Lage beurteilte: „... Wir verlangen, daß die Alliierten eine militärische Waffenstillstandskommission hierher schicken und Deutschland zu einem Waffenstillstand zwingen, sonst geht das Blutvergießen weiter und Großpolen droht die völlige Vernichtung ... Wenn die Alliierten die militärischen Schritte Deutschlands nicht aufhalten und wenn sie Deutschland nicht zum Abschluß eines Waffenstillstandes zwingen, dann werden furchtbare Dinge geschehen. Hier handelt es sich um das Leben von Tausenden von Menschen, um die Zukunft des ganzen Teilgebiets. Handelt also um Gottes willen und verliert keinen Augenblick, erschöpft alle Mittel, um endlich die Alliierten zu Taten zu zwingen" [282]). Schon am nächsten Tag, am 15. Januar, ergeht ein neuer Hilferuf des Erzbischofs Dalbor an den „glühenden Katholiken", den „Generalissimus der siegreichen Truppen", Foch, in welchem die religiöse Note besonders betont wird. Die Deutschen „verhaften katholische Priester selbst während der Amts-

handlungen", sie „verüben denselben Terror, unter welchem Frankreich und Belgien während des deutschen Einfalls gelitten haben", „unsere einzige Hoffnung beruht auf dem Edelmut der Entente, die immer das Symbol des Rechts und der Gerechtigkeit gewesen ist und die unaufhörlich für die größten Güter der Menschheit gekämpft hat", und zum Schluß die Bitte: „Sprechen Sie ein einziges Wort zu unsern Gunsten, das alle Schrecken beendigen wird, unter denen unsere Provinz leidet und seufzt" [283]). So sahen „die siegreichen Kämpfe mit dem Eroberer" aus, bei welchen „die von politischen Erwägungen unbeschwerte Volksseele in der Volksbewegung des Großpolnischen Aufstandes ihren schönsten Ausdruck fand."

Diese Hilferufe hatten zwar insofern Erfolg, als die Alliierten am 22. Januar eine aus 9 Mitgliedern bestehende Kommission unter Führung des Franzosen Noulens nach Posen zur Prüfung der dortigen Lage schickten, aber dem Komité schien die Lage doch so bedenklich, daß es auf eigene Faust zu handeln bechloß. „Die Beherrschung der Lage durch die Polen war unmöglich. Man konnte vorübergehende örtliche Erfolge erzielen, aber ihnen wäre nur ein um so stärkerer deutscher Druck und eine blutige Abrechnung erfolgt. Auf dem großpolnischen Gebiet zogen sich die Kämpfe hin, ohne den Aufständischen beträchtliche neue Erfolge und territoriale Eroberungen zu bringen. Die Fortdauer eines solchen Zustandes lag nicht in unserm Interesse (!!), um so weniger, als die polnische Armee aus Frankreich nicht in Erscheinung trat und die Organisierung einer regulären Armee durch Dowbór-Muśnicki an Stelle der aufständischen Freiwilligen Abteilungen Zeit erforderte. Das Pariser Nationalkomité war sich dessen wohl bewußt. Wir begrüßten innerhalb des Komités den Ausbruch des großpolnischen Aufstandes mit größter Freude, wir wünschten, die Aufstandsbewegung in den ersten Wochen ganz energisch vorwärts zu treiben, als wir dann aber sahen, daß die polnischen Abteilungen nicht mehr vorwärts kamen, gelangten wir zu der Überzeugung, daß man bei den alliierten Regierungen Schritte unternehmen müsse, um den Deutschen auf dem Posener Gebiet einen Waffenstillstand aufzuzwingen" [284]). Die Bedingungen für einen solchen Versuch lagen gerade damals außerordentlich günstig. Unmittelbar nach den am 27. Dezember stattgefundenen Straßenkämpfen in Posen hatte nämlich der zur Begleitung Paderewski's gehörende englische Offizier Wade Funksprüche an die Waffenstillstandskommission in Spa und an das Foreign Office gerichtet: „Die Mission kam gestern Abend auf dem Weg nach Warschau in Posen an, herzlich begrüßt von den Einwohnern. Heute Nachmittag feindliche Demonstrationen, organisiert von deutschem Militär. Es fielen Schüsse. Man teilte mir mit, es lägen Verwundete in dem Hotel. Ich habe sofort den Kom. Rawlings zum Stab des V. A.O.K. geschickt,

damit er ihm ankündige, die Regierung Großbritanniens werde die deutschen Militärbehörden persönlich für die Belästigung und Schädigung unserer Mission verantwortlich machen. Ich bitte, schärfsten Protest einzulegen und die Einstellung dieser Provokationen zu fordern." Mitte Januar hatte die englische Regierung, „offenbar verärgert in Folge der Nichtachtung der britischen Fahnen durch die Deutschen in Posen" die Berliner Regierung darauf aufmerksam gemacht, daß die Grenzen Polens durch die Friedenskonferenz festgesetzt werden würden, und diese verärgerte Stimmung Englands mußte man benutzen. Die Gelegenheit dazu bot sich am 29. Januar, als Dmowski zum ersten Mal an einer Sitzung des Rats teilnehmen durfte, um über die polnische Frage Bericht zu erstatten, er wies darauf hin, daß eine bloße Mahnung des Obersten Rats an die Deutschen, die Feindseligkeiten einzustellen, nicht genüge, einer solchen Aufforderung würden die Polen wohl sofort nachkommen, nicht aber die Deutschen, man müsse deshalb den Deutschen die ausdrückliche Anerkennung einer Demarkationslinie und einen Waffenstillstand auch in Posen aufzwingen. Der Oberste Rat verschloß sich diesem Argument nicht, und so kam es zu den Verhandlungen in Trier über die Verlängerung des Waffenstillstandes am 16. Februar, bei welchen die Deutschen auch zur Ausdehnung des Waffenstillstandes auf Posen gezwungen wurden.

„Das Ziel des Aufstandes war erreicht. Gewiß brachte er nicht eine Befreiung des ganzen Gebiets der westlichen Länder, welche Polen anstrebte, denn das war unausführbar. In Wirklichkeit umfaßte der Aufstand nur ein Gebiet, dessen Rückgabe keine besondern politischen Bemühungen erforderte, diese gingen vielmehr in der Richtung Westpreußens und Ostpreußens, Oberschlesiens und der Nachbarkreise Posens. Aber das war ja auch nicht der eigentliche Zweck. Zweck des großpolnischen Aufstandes war eine bewaffnete Willenskundgebung der polnischen Bevölkerung im preußischen Teilgebiet, sich von diesem Staat loszureißen, das aber bedeutete auf der Wagschale der Ereignisse ein Gegengewicht gegen die Tatsache, daß Piłsudski in der ersten Hälfte des Krieges an der Seite der Zentralmächte die Legionen gebildet hatte, ein Gegengewicht gegen die politische Festlegung an der Seite der Zentralmächte, wie sie vor kurzem noch durch den Regentschaftsrat, durch die Regierung Steczkowski, durch Janusz Radziwiłł, Ronikier und andere Aktivisten erfolgt war. Zweck des großpolnischen Aufstandes war es, die Aufmerksamkeit der alliierten

Mächte auf das wichtigste Problem an der Warthe, der oberen Oder und der unteren Weichsel zu richten. Das war geschehen, und das hat zweifellos auf der Wagschale der Entscheidungen der Friedenskonferenz schwer gewogen“[285]).

5. Versailles und St. Germain.

Ehe die eigentlichen Verhandlungen in Versailles begannen, spielten sich zwischen Warschau und Paris noch verschiedene Kämpfe ab. Paderewski war am 3. Januar von Posen nach Warschau gekommen und hatte am 4. Januar mit Piłsudski seine erste Unterredung, die jedoch völlig ergebnislos verlief, er setzte deshalb noch an demselben Tage seine Reise nach Krakau fort, um zunächst mit den galizischen Polen Fühlung zu nehmen und dann mit ihnen und den Posener Polen gemeinsam gegen Piłsudski vorzugehen. In Folge der Ankunft Paderewskis war es auch in Warschau zu Unruhen gekommen. In der Nacht 4./5. Januar unternahmen die Nationaldemokraten unter Führung des Fürsten Eustach Sapieha einen Putsch, riefen Haller zum obersten Führer der polnischen Armee aus und verhafteten sogar drei Mitglieder des Kabinetts Moraczewski. Die Gemüter beruhigten sich jedoch bald wieder, als bekannt wurde, daß Paderewski von Piłsudski aufgefordert worden sei, nach Warschau zurück zu kommen, um weitere Verhandlungen zu führen. Paderewski kam mit einem fertigen Programm, er wollte einen aus 100 Mitgliedern bestehenden Obersten Nationalrat aus allen drei Teilgebieten berufen, der bis zum Zusammentritt des ersten Sejm die Geschäfte eines solchen führen und sofort eine aus 5 Mitgliedern bestehende Regierung bilden sollte, weder Piłsudski, noch Moraczewski gingen jedoch auf diesen Plan ein, da er nichts weiter beabsichtigte, als Piłsudski zu stürzen und Platz für Paderewski zu machen.

Gleichzeitig neben diesen Verhandlungen in Warschau liefen auch solche in Paris zwischen dem Komité und einer Abordnung, welche Piłsudski dorthin geschickt hatte, die schließlich zu einer Einigung führten. Am 14. Januar erklärten sich die Abgesandten Piłsudskis damit einverstanden, daß das Pariser Komité bis zum allgemeinen Friedensschluß als offizielle polnische Auslandsvertretung bestehen bleiben und das Land bei den Friedensverhandlungen vertreten solle, am 16. Januar erhielt Paderewski von Piłsudski den Auftrag zur Kabinettsbildung, jedoch unter der Bedingung, nur ein Fachkabinett zu berufen, außerdem sollte sich das Komité verpflichten, zehn von dem neuen Staatschef zu benennende Mitglieder in seine Mitte aufzunehmen und darein zu willigen, daß für die Führung der polnischen Außenpolitik bis zum Abschluß der Friedens-

verhandlungen ein fünfgliedriger Ausschuß mit Paderewski an der Spitze ernannt würde. Das Komité erklärte sich zwar bereit, die ihm vorgeschlagenen zehn Mitglieder aufzunehmen, aber erst dann, wenn Paderewski die Regierung übernommen und wenn sich Warschau verpflichtet habe, sofort unparteiische Wahlen für den ersten Sejm vorzunehmen, einen Einfluß der Warschauer Regierung auf die außenpolitischen Verhandlungen lehnte es jedoch ab. Am 21. Januar erkannte Dmowski im Namen des Komités Paderewski als Ministerpräsidenten an, dieser antwortete am 23. Januar mit der Anerkennung des Komités als Vertretung des polnischen Staates gegenüber den Alliierten, am 30. Januar erfolgte die Anerkennung des neuen polnischen Staates und der Regierung durch die Vereinigten Staaten, während Frankreich, England und Italien damit noch bis Ende Februar zögerten, und am 2. Februar teilte Paderewski dem Komité mit, daß Piłsudski ihn selbst neben Dmowski zum zweiten Delegierten für die Konferenz und zu seinem Vertreter den Führer der in Paris weilenden polnischen Abordnung, Dłuski, ernannt habe.

„Als der Präsident Poincaré die Friedenskonferenz eröffnete, zählte er bei jedem Staat die Gründe auf, welche ihn zur Teilnahme an der Konferenz berechtigten und die Verdienste, die er sich um die gemeinsame Sache erworben habe, dabei fragte ich mich, was er wohl über Polen sagen würde. In der Tat, wenn man an die bekannten Tatsachen dachte, dann hätte man alles das leicht aufzählen können, was Polen gegen die Sache der Alliierten getan hatte und was ihm das Recht gegeben hätte, in der Reihe der Besiegten zu stehen. Als die Reihe an Polen kam, sagte Poincaré, daß es Frankreich mit seiner Armee an der Westfront zu Hilfe geeilt sei. „Möge Gott ihm Gesundheit geben", dachte ich bei mir, aber ich schämte mich, daß wir einen so bescheidenen, eigentlich nur formalen Grund hatten, um uns für eine Beteiligung an dem Sieg zu legitimieren. Ich fragte mich, ob diese, unsere schwache Legitimation, welcher die Legionen Piłsudskis, die Erklärungen des Staatsrats und des Regentschaftsrats, die Versuche, ein Heer für die Deutschen zu bilden usw. gegenüber standen, ob alle diese Dinge von unsern Gegnern auf der Konferenz nicht ausgenutzt werden würden, um uns das Recht, Forderungen zu stellen, abzusprechen. In der Tat beschritt Lloyd George später diesen Weg und fragte, was denn die Polen für den Sieg getan hätten, um derartig weitgehende Forderungen zu stellen und wies darauf hin, daß sie sogar gegen die Alliierten gearbeitet hätten. Ich begriff sehr wohl, daß gegenüber unserer Vergangenheit während des Krieges, gegenüber der lauten Reklame, welche die österreichische Orientierung und die Aktivisten für ihre Politik gemacht hatten, unsere Lage auf der Konferenz sehr heikel war, wir mußten hartnäckig daran arbeiten, unser Programm zu verwirklichen, aber

wir mußten auch einen bescheidenen Ton annehmen, um uns nicht mißliebig zu machen“ [250]).

In der Tat waren die Aussichten für die Polen auch bei Beginn der Konferenz noch durchaus nicht sicher, denn die Alliierten waren sich nur einig in dem Gedanken, einen polnischen Staat zu errichten, über die Art aber und den Umfang gingen die Meinungen noch immer auseinander. Kutrzeba entwirft ein recht anschauliches und zutreffendes Bild dieser mancherlei Stimmungen und Strömungen, wie sie in der polnischen Frage sich innerhalb der Entente kreuzten und überschnitten. Amerika, so führt er aus, behandelte die polnische Frage von einem idealistischen, mitunter sogar doktrinären Standpunkt aus, es wollte nicht ein Polen in den historischen, sondern nur in den ethnographischen Grenzen, es erkannte den Polen also den preußischen Gebietsanteil und Oberschlesien ohne weiteres zu, es erhob Bedenken bei Danzig, als einem ethnographisch nicht polnischen Gebiet, ließ sich aber schließlich von der Notwendigkeit einer Einverleibung Danzigs in Polen aus wirtschaftlichen Gründen überzeugen, weil es den einzigen polnischen Hafen bilde. Bedenken hatte es ebenfalls bei Ostgalizien und noch stärker bei Wilna. Von einem ganz anderen Standpunkt aus trat Frankreich an die polnische Frage heran. Seine Grundeinstellung war auch hier die Furcht vor Deutschland. Aus diesem Grunde hatte es vor dem Kriege Annäherung an Rußland gesucht und, so lange dieses Rußland bestand, mußte Frankreich mit ihm rechnen. Die französischen Politiker begrüßten alle Erklärungen Rußlands, welche eine Besserung der Lage der Polen in Aussicht stellten, aber damit war die Sache für sie auch erledigt. Eine Änderung trat erst ein, als die zweite russische Revolution die Bolschewisten an die Regierung gebracht hatte und als diese anfingen, sich gegen die Alliierten zu wenden und mit den Deutschen Frieden schlossen. Unter solchen Umständen war die Entstehung Polens für Frankreich eine Notwendigkeit. Dieses Polen mußte aber, wenn es die Aufgaben Deutschland gegenüber erfüllen sollte, welche Frankreich ihm stellte, von Anfang an in unversöhnlichem Gegensatz zu Deutschland stehen und deshalb mußte man den Deutschen möglichst große Opfer zugunsten Polens auferlegen, damit Deutschland den Polen feindlich gesinnt bliebe. Auf Polen konnte man mit Sicherheit rechnen, es war ein zuverlässiges Element, weil es schon infolge seines Antagonismus gegen Deutschland naturgemäß sich mit Frankreich verbünden mußte. Außerdem aber mußte dieses neue Polen auch so groß und stark sein, daß es seine Aufgabe, im Osten Europas eine fortwährende Bedrohung Deutschlands zu bilden, erfüllen konnte. Auch England hatte die Kundgebung der Alliierten vom 3. Juni 1918 unterschrieben und sich mit der Wiedererstehung eines polnischen Staates schon mit Rücksicht darauf ein-

verstanden erklärt, daß Deutschland dadurch geschwächt wurde, aber England wollte keine zu großen Staaten, die etwa seine Politik einmal hätten durchkreuzen können. Dazu kam für England die weitere Überlegung, daß dieses neue Polen sich eng an Frankreich anschließen und daß also jede Stärkung und Vergrößerung Polens auch eine Stärkung Frankreichs bedeuten würde, endlich aber war für England der Gedanke maßgebend, daß ein zu sehr geschwächtes Deutschland indirekt die Macht Frankreichs vergrößern und wirtschaftlich einen Nachteil für England bedeuten würde, dessen bester Kunde das Deutsche Reich so lange gewesen war. Deshalb war England gegen die Einverleibung Danzigs und Ostgaliziens in Polen und gegen eine bedingungslose Überlassung Oberschlesiens, dafür aber unterstützte es die Errichtung eines selbständigen litauischen Staates und die Entstehung der übrigen kleinen baltischen Staaten, einmal, um Rußland zu schwächen, dann aber auch, um in diesen Staaten Absatzmärkte für seinen Handel zu finden.[287]) Eine Ergänzung dieses Stimmungsbildes, die ebenfalls recht bezeichnende Streiflichter auf die politische Einstellung der alliierten Hauptmächte gegenüber den Polen wirft. gibt Dmowski selbst: „Wenn die Politiker der siegreichen Mächte, bedrückt von der Riesenhaftigkeit der Probleme, welche in diesem Kriege vor ihnen standen, diese Fragen auch nicht gründlich durchdachten, so stellten sie sich ihnen doch in ihren allgemeinen Umrissen mehr oder weniger in unserm Sinne dar. Mitunter fand ihr Denken nicht den Mut, in den Folgerungen bis zu Ende zu gehen, aber im allgemeinen nahmen sie einen für unsere Wünsche entgegenkommenden Standpunkt ein. Das gilt vor allen Dingen von Frankreich, dessen Sache, so weit es sich um die Beziehungen zu Deutschland handelte, mit der unsrigen eng verbunden war. Freundschaftlich war auch die Stellung Italiens, sie änderte sich erst wesentlich später, als dort die Politik der Unterstützung der deutschen Interessen die Oberhand gewann. Auf die Unterstützung des Präsidenten Wilson konnte man ebenfalls rechnen, wenn sie auch andern Beweggründen entstammte. Was England betrifft, so stand unser Programm nur so lange gesichert da, wie das Foreign Office mit Balfour an der Spitze die englische Politik führte, aber von jener Seite drohte das Wachsen des Einflusses von Lloyd George und, infolgedessen, eine weitgehende Abhängigkeit der englischen Politik von den Juden. Japan hatte in den europäischen Angelegenheiten überhaupt keine eigene Politik, seine Abordnung hatte sich die Aufgabe gestellt, England in allem zu unterstützen.“ [288])

Am 29. Januar hatte Dmowski die Möglichkeit, dem Obersten Rat der Alliierten in einer fast dreistündigen Rede die Wünsche der Polen und ihre Begründung vorzutragen, dabei handelte es sich hauptsächlich um die Frage des preußischen Teilgebiets und in erster

Linie um Westpreußen und um Danzig. „Die deutsch-polnische Frage an der Ostsee," erklärte er bei dieser Gelegenheit, „ist durch die geschichtliche Entwicklung so kompliziert geworden, daß man sie heute nicht lösen kann, ohne einer Seite Unrecht zu tun. Entweder wird eine deutsche Insel mit einer Bevölkerung von fast 2 Millionen von ihrem Vaterland abgetrennt, und das wird man als ein Unglück betrachten, oder aber die bis an die Meeresküste reichende polnische Bevölkerung in Westpreußen wird der Vernichtung ausgeliefert und gleichzeitig wird das ganze, 25 Millionen zählende polnische Volk zu der Unmöglichkeit verurteilt, einen wirklich unabhängigen Staat zu gründen und außerdem zu einer Überflutung durch die Deutschen. Das aber wäre ein Unrecht, mit welchem das andere sich überhaupt nicht messen kann"[288]).

Am 12. Februar beauftragte der Oberste Rat eine besondere Kommission unter dem Vorsitz des früheren französischen Botschafters in Berlin, Jules Cambon, mit der vorläufigen Festsetzung der polnischen Grenzen, diese Kommission übertrug die vorbereitenden Arbeiten am 1. März einer aus drei Mitgliedern bestehenden Unterkommission Le Rond (Frankr.) als Vorsitzender, Kish (Engl.) und Bowman (Amer.) als Mitglieder, und die Polen wurden aufgefordert, ihre Wünsche zu äußern, und zwar zunächst für die westlichen und dann für die östlichen Grenzen. Die Denkschrift über die westlichen Grenzen entwickelte zunächst die Gründe, die zu einer Wiederherstellung Polens führen müßten, nämlich die Verpflichtung, das den Polen durch die Teilungen zugefügte Unrecht wieder gutzumachen, die Tatsache, daß die nationalen polnischen Kräfte trotz aller Unterdrückungen der Teilungsmächte sich nicht nur siegreich behauptet, sondern sogar stark vermehrt hätten und endlich die Notwendigkeit, zwischen Deutschland und Rußland einen starken polnischen Staat als ein sicheres Bollwerk zu errichten. Ausgangspunkt aller Überlegungen müßten deshalb die Grenzen vor 1772 sein, wobei allerdings zu berücksichtigen bliebe, daß einzelne Gebiete Preußens, die vor 1772 nicht zu Polen gehört hätten, im Laufe der Entwicklung eine so zahlreiche polnische Bevölkerung erhalten hätten, daß sie ethnographisch trotzdem zu Polen gehörten und daß wiederum andere Gebiete, in welchen das polnische Element inzwischen einen starken Rückgang erfahren habe, außerhalb des neuen polnischen Staates bleiben müßten. Aus solchen Erwägungen forderte man für Polen ganz Galizien, das Teschener Schlesien mit Aussnahme des Kreises Freideck, das Oppelner Schlesien mit Ausnahme der Kreise Grottkau und Neiße, aus dem Reg.-Bez. Breslau den Kreis Namslau und Teile des Kreises Militsch, die ganze Provinz Posen, Westpreußen mit Ausnahme der Kreise Dt. Krone und Schlochau, dafür aber als Ersatz die pommerschen Kreise Lauenburg, Bütow und einen

Teil des Kreises Stolp, von Ostpreußen das Ermland und das südlich davon gelegene masurische Gebiet und aus dem ostpreußischen Restgebiet die Errichtung einer Republik unter dem Protektorat des Völkerbundes. Die von dem Obersten Rat eingesetzte Kommission überreichte ihre Berichte und Vorschläge am 20. März, sie wichen von den Forderungen des Komités nur unwesentlich ab.

Wenn aber die Polen innerhalb der Kommission außer den Vertretern Frankreichs und der Vereinigten Staaten auch in der Person des Engländers Tyrrel einen Freund ihrer Sache hatten, so war ihre Lage in dem Obersten Rat selbst schwieriger, „hier waren die Kräfte ungleich verteilt, und es war ein großer Sieg Lloyd George's, daß es ihm gelang, ihn in einen „Rat der Fünf" umzugestalten und sachverständige Leute aus ihm zu entfernen". Über die Verhandlungen, die am 29. März in dem „Rat der Fünf" stattfanden, hören wir, so weit sie die Westgrenzen Polens betreffen, am besten Dmowski selbst, den seine französischen Freunde dauernd auf dem laufenden hielten. „Die polenfeindliche Politik in dem „Rat der Fünf" vertrat mit leidenschaftlicher Energie der rücksichslose und durchtriebene Advokat aus Wales, während die Verteidigung Polens naturgemäß dem französischen Premierminister zufiel, einem gewiß tüchtigen, aber immerhin greisenhaften Mann, der sich während seiner politischen Laufbahn niemals mit ausländischen Angelegenheiten besonders beschäftigt hatte und der obenein noch durch seine Stellung als Vorsitzender der Konferenz gehemmt war. Neben Wilson, der eine polenfreundliche Stellung einnahm aber gezwungen war, mit den Faktoren zu rechnen, die hinter Lloyd George standen, blieb noch Orlando, der Premierminister des zwar höflichen, aber sich in der polnischen Frage nicht zu stark engagierenden Italien, und endlich der passive, seine Politik mit der englischen verbindende Vertreter Japans. In Wirklichkeit besaß der englische Premierminister von ihnen allen wohl die geringste Kenntnis von internationalen Fragen und von Polen besonders, aber wenn es sich um die Frage der polnisch-deutschen Grenzen handelte, kam er zu den Sitzungen, nachdem er sich vorher von seinen Adjutanten hatte informieren lassen, die in ihrer Mitte sogar einen polnischen Sachverständigen hatten, nämlich den schon erwähnten galizischen Juden Namier . . ." „Wilson verteidigte Marienwerder für Polen gegen Lloyd George, er betonte, daß man, wenn man den Polen Danzig gebe, ihnen auch den geraden Weg von Danzig nach Warschau geben müsse. Lloyd George schwieg damals noch über Danzig, beharrte aber auf seinem Standpunkt in der Frage Marienwerder. Offenbar war die Verteidigung Wilsons nicht zu stark, man einigte sich schließlich dahin, in vier Kreisen rechts der Weichsel eine Volksabstimmung stattfinden zu lassen. Hier arbeiteten die Sachverständigen Lloyd Georges offen-

bar ungeschickt, denn sie vergaßen dabei das den Polen schon zugesprochene Stückchen masurischen Landes, nämlich Soldau . . ." „Nachdem der englische Premier auf diese Weise Marienwerder erledigt hatte, ging er jetzt zum Angriff auf die Hauptstellung über, nämlich auf Danzig. Seine Argumente waren dieselben, wie bei dem vorhergehenden Punkt, aber die Frage war hier viel schwieriger mit Rücksicht auf die Bedeutung Danzigs für Polen und Polens für Danzig. Der Kampf dauerte lange, sowohl Wilson, wie Clémenceau verteidigten unsere Rechte, sie waren jedoch nicht stark genug, um den Widerstand Lloyd George's zu brechen, so sahen sie sich genötigt nachzugeben. Lloyd George erklärte sich mit einer Freien Stadt einverstanden, offenbar in der Hoffnung, daß die Zukunft weiter gehen könne"[290]).

So einig sich die Polen bei ihren Wünschen für die westliche Grenze gewesen waren, so wenig Übereinstimmung herrschte unter ihnen über die zukünftigen Ostgrenzen, weil hier zwei grundsätzlich verschiedene Auffassungen über die staatliche Struktur des zukünftigen polnischen Staates hart auf einander stießen, nämlich die von Piłsudski vertretene Idee eines föderativen Staates und der von Dmowski propagierte Gedanke eines nationalen Einheitsstaates. Piłsudski verlangte durch seine Abgesandten die Aufnahme des Grundsatzes der Föderation in die Denkschrift, weil man nur auf diesem Wege zu einem großen und starken Polen kommen könne, das vom Dnjepr bis zur Düna reiche und Europa vor dem Bolschewismus schützen könne; dem gegenüber betonte Dmowski, daß Polen an dem gefährlichsten Punkt Europas liege, nämlich zwischen der mächtigen deutschen und der anarchischen russischen Nation, deshalb müsse man danach streben, wohl ein größeres Volk zu werden, als man jetzt sei, aber nur in den eigenen Grenzen und in einem geschlossenen Nationalstaat. Er wies darauf hin, daß die östlichen Länder Litauen und Weißrußland, deren Bevölkerung sich nicht allein regieren könne, den neuen polnischen Staat mit einer Aufgabe belasten würden, der er vorläufig noch nicht gewachsen sei, die Länder müßten also geteilt werden und der westliche Teil zu Polen, der östliche zu Rußland geschlagen werden, während diejenigen Gebiete Litauens, die von einer rein litauischen Bevölkerung bewohnt seien, Autonomie erhalten und mit Polen verbunden werden müßten.

Zu diesen innerhalb des Komités selbst vorhandenen Schwierigkeiten traten bei den Beratungen des Obersten Rats über die polnischen Ostgrenzen auch noch Schwierigkeiten völkerrechtlicher Art. „Konnte die Konferenz die Grenze zwischen Polen und Rußland überhaupt festsetzen? Rußland war kein besiegter Staat, es gehörte im Gegenteil in die Reihe derjenigen Mächte, die mit den Zentralmächten Krieg geführt hatten, es war durch die Revolution gezwungen

worden, den Krieg aufzugeben, diese Revolution dauerte noch an und machte seine Teilnahme an der Konferenz unmöglich. Die Alliierten erkannten das revolutionäre Rußland nicht an, sie wußten aber nicht, wie das Rußland nach der Revolution aussehen würde, so blieb nichts anderes übrig, als die Frage in der Schwebe zu lassen“[291]). Dmowski legte auch keinen besondern Wert darauf, den polnischen Staat auch bei den Verhandlungen über die Ostgrenze zu vertreten, er überließ die Aufgabe vielmehr Paderewski, „der gute persönliche Beziehungen nicht nur zu Wilson, sondern auch zu Lloyd George hatte, das gab ihm, außer seiner amtlichen Stellung, die Möglichkeit, sich dem „Rat der Fünf“ zu nähern, er konnte persönlich mit dem englischen Premier sprechen, was bei mir niemals vorgekommen war“[292]). Vielleicht liegen aber die Gründe, warum Dmowski seinen Platz so schnell und bereitwillig an Paderewski abtrat, doch an einer andern Stelle. „Die durch die Polen ausgedrückte Meinung, daß das ruthenische oder litauische Volk nicht im Stande wäre, sich selbst zu regieren, machte auf die Alliierten einen unangenehmen Eindruck, so daß Balfour einen Polen fragte, ob denn die Polen in der Lage sein würden, sich selbst zu regieren. Die Schwierigkeit nämlich, im Gegensatz zu den von Wilson aufgestellten Grundsätzen ein Großpolen aufzubauen, lag darin, daß dieses einige Millionen Deutsche und noch mehr Weiß- und Kleinrussen umfaßt hätte. Aus dieser Schwierigkeit gab es nur einen Ausweg, die Rückkehr zu der alten polnischen Tradition, zur Autonomie und Föderation derjenigen Völker, welche sich mit Polen vereinigten“[293]). Paderewski aber war ebenfalls ein Anhänger einer solchen Föderation und deshalb übernahm er die weitere Vertretung Polens. Die Lösung aller dieser Schwierigkeiten glaubte man darin zu finden, daß man die von der russischen Revolutionsregierung in Aussicht genommene ethnographische Grenze annahm, den Polen also nur diejenigen Gebiete zuerkannte, die in der Mehrzahl von Polen bewohnt waren und im übrigen die endgültige Entscheidung so lange vertagte, bis in Rußland eine Regierung vorhanden sein würde, mit welcher man weiter verhandeln könnte. Damit aber war Wilna für Polen verloren.

Jetzt griff Warschau zum ersten Mal aktiv in die Verhandlungen über die polnische Ostgrenze ein, und zwar mit demselben Mittel, welches Frankreich dem Komité so warm empfohlen und das sich auch bei dem preußischen Gebietsanteil so gut bewährt hatte, nämlich mit dem Mittel der vollzogenen Tatsachen. Piłsudski hatte erfahren, daß in der den Deutschen nachrückenden bolschewistischen Front zwischen Wilna und Lida eine breite Lücke klaffte und darauf seinen Plan gebaut. Durch eine vorausgeschickte Division ließ er die Russen über die Richtung seines Vorstoßes täuschen, um hinter dem Rücken dieser Division eine Abteilung Kavallerie durch die Lücke

vorstoßen zu lassen, der sofort eine Division Infanterie unter Śmigły-Rydz folgte. Der Plan gelang, am 21. April 1919 wurde Wilna von den Polen besetzt und noch an demselben Tage erschien Piłsudski persönlich in Wilna. Am 22. April erließ er einen Aufruf an die Litauer, in welchem er ihnen völlige Freiheit bei der Regelung ihrer inneren Angelegenheiten zusicherte und versprach, in Litauen nicht das Kriegsrecht einzuführen, sondern das alte Zivilrecht weiter bestehen zu lassen. Der polnische Sejm dachte jedoch anders darüber, er forderte am 29. April die völlige Einverleibung Litauens in Polen, erregte aber damit den heftigen Zorn der Entente, denn der von Lloyd George wiederholt gegen die Polen erhobene Vorwurf, daß sie nur imperialistische Ziele verfolgten, war durch diesen Beschluß des Sejm nur zu deutlich bestätigt worden. Paderewski reiste denn auch sofort von Paris nach Warschau, und die Nachrichten, welche er über den drohenden Stimmungsumschwung im Lager der alliierten Großmächte brachte, veranlaßten den Sejm, sich sehr schnell eines besseren zu besinnen. Von einer Einverleibung Litauens war keine Rede mehr, wohl aber faßte man am 23. Mai folgende gewundenen Beschlüsse: 1. Polen wünscht, ein internationaler Faktor des Friedens zu sein, deshalb erklärt es sich für einen Bund der freien Völker, garantiert den Minderheiten Gleichberechtigung und nationale sowie kulturelle Selbtverwaltung in den Gebieten mit gemischter Bevölkerung. Die von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten verkündeten Grundsätze finden im Lande dankbare Anerkennung, Polen wird deshalb auch in Gemeinschaft mit allen Nationen und Staaten an der Verwirklichung dieser Ideen arbeiten. 2. Polen erklärt sich mit den ihm im Friedensvertrag zugebilligten Gebieten im allgemeinen zufrieden, bedauert aber, daß man Danzig und einige Kreise rechts der Weichsel ihm nicht zugesprochen und dadurch das Land der kürzesten Verbindung mit Danzig beraubt hat. 3. Polen will Litauen von fremder Übermacht befreien und den Litauern die Möglichkeit geben, über ihr zukünftiges Schicksal selbst zu entscheiden. Polen will sich mit den Völkern des früheren Herzogtums Litauen auf der Grundlage gemeinsamer politischer, wirtschaftlicher und kultureller Interessen vereinigen. Der Sejm erklärt ausdrücklich, daß die polnische Republik nicht die Absicht hat, die Länder des früheren Herzogtums Litauen durch einen einseitigen gesetzlichen Akt in den Verband des polnischen Staates einzuverleiben. 4. Der Sejm erkennt die Grundsätze, welche der Staatschef in seinem Aufruf vom 22. April nach der Einnahme Wilnas bekannt gegeben hat, ausdrücklich an. 5. Der Sejm wird sich den Bestrebungen der Ukrainer, auf dem Gebiet des russischen Reichs einen selbständigen Staat zu gründen, nicht widersetzen, er erklärt jedoch, daß Ostgalizien unbedingt zum polnischen Staat gehören muß. Der Sejm erklärt seine Bereitwilligkeit, der ukrainischen Bevölkerung in den polnischen Gebieten die-

selben Rechte der Autonomie zu geben, wie sie die in der Ukraine lebenden Polen erhalten werden. Am 5. August überreichte Polen in Kowno folgende Note „Die polnische Regierung beabsichtigt nicht, Wilna zu annektieren, da sie den allgemein anerkannten demokratischen Standpunkt der Selbstbestimmung der Völker vertritt und im Sinn der Kundgebung des Obersten Führers vom 22. April handeln wird. Sie verbürgt sich dafür, den Willen der Bewohner des durch das polnische Heer von dem bolschewistischen Einfall befreiten Teils Litauens zu erfüllen." Während des polnisch-russischen Krieges wurde Wilna von den Bolschewisten wieder erobert und den Litauern zurückgegeben, nach Beendigung des Krieges unternahm jedoch der polnische General Żeligowski am 9. Oktober 1920 im Einverständnis mit Piłsudski wieder einen Handstreich auf Wilna und am 12. Oktober 1920 erklärte Piłsudski den Gesandten Frankreichs und Englands, daß er, wenn die Entente etwa Schwierigkeiten machen sollte, von seiner Stellung als Staatschef und Oberster Heerführer zurücktreten, aber sofort an der Spitze eines polnischen Heeres nach Wilna gehen würde. Die Entente zog es jedoch vor, keine Schwierigkeiten zu machen. Die Praxis der vollendeten Tatsachen hatte sich wieder einmal bewährt. Die endgültige Festsetzung der polnischen Ostgrenzen umgingen die Alliierten ebenfalls auf eine Art, die von ihrer ganzen Hilflosigkeit deutlich Zeugnis ablegte. Nachdem in dem Frieden von Riga die Grenze zwischen Polen und Rußland endgültig festgelegt worden war, besann man sich darauf, daß die s. Zt. festgesetzte sogenannte Curzon-Linie von keiner der beiden Parteien anerkannt worden war, man erkannte deshalb jetzt die in Riga festgesetzte Grenze ebenfalls an, „ohne sich dabei aber auf den Vertrag von Riga zu berufen, was der Grenze den Charakter einer durch die alliierten Mächte festgesetzten gab". Damit war wenigstens das Prestige gerettet.

Am 7. Mai war das Versailler Dokument der deutschen Regierung übergeben worden und Berlin hatte eine Reihe von Einwendungen erhoben. Der Kampf ging jetzt in erster Linie um Oberschlesien. Schon am 25. März hatte Lloyd George allen Delegationen eine Denkschrift überreichen lassen, in welcher er den Standpunkt Englands dahin formulierte, daß ein dauerhafter Friede nur dann gewährleistet werden könne, wenn der Friedensvertrag selbst keinen Grund zur Erbitterung gebe und keinerlei Bestimmungen enthalte, die mit Recht und Gerechtigkeit unvereinbar sind. „Unsere Bedingungen", so erklärte die Denkschrift, „müssen streng, hart, ja sogar erbarmungslos sein, aber sie müssen gleichzeitig auch so gerecht sein, daß das Land, dem wir sie auferlegen, fühlt, daß es kein Recht habe sich zu beklagen. Der Vorschlag der Kommission für die polnischen Fragen, auf Grund dessen wir 2,1 Millionen Deutsche unter

die Herrschaft einer Nation stellen müßten, die eine andere Religion hat, einer Nation, die im Lauf ihrer Geschichte niemals gezeigt hat, daß sie sich selbst zu regieren versteht, — ein solcher Vorschlag würde uns früher oder später in einen Krieg im Osten Europas führen. Deshalb würde ich wünschen, sich an den Grundsatz zu halten, daß möglichst nur die Angehörigen der betr. Rasse ihrem Vaterland zugeteilt werden. Das Merkmal der Nationalität muß m. E. alle Argumente militärischer und wirtschaftlicher Art überwiegen". (Übersetzung aus dem Polnischen). Schon am 28. März antworteten Clémenceau und Tardieu und wiesen auf die unbedingte Notwendigkeit hin, den neu zu bildenden Staaten „lebensfähige Grenzen" zu geben, Lloyd George beharrte jedoch auf seinem Standpunkt. Eine willkommene Unterstützung erfuhr er dabei durch den Vertreter von Britisch-Südafrika, General Smuts, der am 22. Mai in einem Schreiben an seinen englischen Kollegen die Überzeugung ausspricht, daß man nicht nur gegen das Urteil der Geschichte handeln, sondern auch einen kapitalen politischen Fehler begehen würde, wenn der Wiederaufbau Polens in zu weiten Grenzen erfolgen sollte. „Wir bauen ein Haus auf Sand auf", warnt der Vertreter des britischen Dominion, „nach meiner Überzeugung müssen die projektierten Grenzen Polens einer Revision unterzogen werden, man muß Oberschlesien und alle wirklich deutschen Gebiete bei Deutschland belassen." Die Polen erkannten die ihrer Sache drohende Gefahr und ließen eine von Seyda und Romer verfaßte Denkschrift überreichen, „Observations au sujet des remarques de la Délégation Allemande", irgendeinen Erfolg hatten sie damit jedoch nicht. Am 2. Juni gab der britische Premier in der Sitzung des Obersten Rats die formelle Erklärung ab, daß für die Engländer die östlichen Grenzen Deutschlands unannehmbar seien, wenn sie nicht noch geändert würden. „Wenn Deutschland sich weigern würde, unter solchen Bedingungen den Vertrag zu unterschreiben, dann würde man in England jeden etwaigen Druck als ungerechtfertigt betrachten." Noch einmal versuchte Clémenceau am 3. Juni, die Lage für die Polen zu retten, schließlich mußte er nachgeben, weil ihm daran gelegen war, die Engländer für die Besetzung des Rheingebiets zu gewinnen, und am 4. Juni wurde beschlossen, das Schicksal Oberschlesiens durch eine Volksabstimmung entscheiden zu lassen. Unter dem Vorsitz des Franzosen Le Rond wurde eine neue viergliedrige Kommission gebildet, welche die vorbereitenden Arbeiten sofort beginnen und gleichzeitig drei kleine Änderungen an der bisher festgesetzten Grenzlinie vornehmen sollte, nämlich in dem Abschnitt Lauenburg, zwischen Schneidemühl und Konitz und in der Gegend Guhrau-Militsch [294]).

Noch verfahrener erschien die Lage in St. Germain bei der Festsetzung der polnisch-österreichischen Grenze, denn auch hier waren, ebenso wie in Litauen, die diplomatischen Verhandlungen

durch den Gang der Ereignisse längst und völlig überholt worden. Am 1. November hatten die Ukrainer Lemberg erobert und schon in kurzer Zeit auch das ganze östliche Kleinpolen bis zum San besetzt. Eine aus Krakau entsandte Hilfsexpedition war erfolglos geblieben, und erst, als Roja auf Befehl Piłsudskis neue Truppen herangeführt hatte, räumten die Ukrainer wohl Lemberg, behielten aber die Umgegend in der Hand, so daß in den Monaten November und Dezember fast ununterbrochen gekämpft wurde. Dieser Schwebezustand dauerte bis März, zu dieser Zeit begann eine neue Offensive der Ukrainer, so daß Piłsudski weitere Verstärkungen an die bedrohte Front werfen mußte. Wieder räumten die Ukrainer Lemberg, aber die Dinge standen nach wie vor auf des Schwertes Schneide. Ebenso war es in dem Teschener Schlesien zwar am 5. November 1918 zu einer Übereinkunft zwischen Polen und Tschechen und zur Festlegung einer Demarkationslinie gekommen, doch stellten die Tschechen am 23. Januar 1919 plötzlich das Ultimatum, das von polnischen Truppen besetzte Gebiet zu räumen, rückten, als die Polen sich weigerten, über die Demarkationslinie und besetzten die Stadt Teschen. Auf Drohen der Entente mußten die streitenden Parteien jedoch schon am 31. Januar einen Waffenstillstand schliessen und am 3. Februar in Paris sich verpflichten, die Entscheidung der Konferenz abzuwarten. So lagen die Dinge, als die Verhandlungen über Ostgalizien und das Teschener Schlesien begannen. „Clémenceau wollte Teschen für die Tschechen und Lloyd George wollte den Polen Ostgalizien nicht geben. Die Entscheidung wäre nicht so schwierig gewesen, wenn nicht Kohle und Naphtha gewesen wäre, diese beiden Mineralien sollten eine große Rolle spielen, eins sprach gegen uns bei Clémenceau, das andere bei Lloyd George“ [295]). Da man sich nicht einigen konnte, blieb sowohl die ostgalizische, wie auch die Teschener Frage vorläufig noch in der Schwebe, in dem Teschener Schlesien wurde schließlich eine Linie als Grenze festgesetzt, welche von der nach Polen geschickten Mission Noulens vorgeschlagen worden war, in Ostgalizien jedoch zogen sich die Verhandlungen noch lange hin. Am 25. Juni 1919 erhielten die Polen von dem Obersten Rat die Ermächtigung zu militärischen Operationen in Ostgalizien bis zur Zbrucz-Linie, um „die Bevölkerung und die Güter der friedlichen Bevölkerung gegen die Gefahren zu verteidigen, die ihnen von bolschewistischen Banden drohen“, jedoch mit dem Vorbehalt, daß eine solche Ermächtigung auf keinen Fall der Entscheidung vorgreife, die zur endgültigen Regelung des politischen Zustandes Ostgaliziens getroffen werden würde. Am 10. Juni 1920 unterschrieb Grabski in Spa das Protokoll, in welchem die Hilfe der Entente gegen die in Polen vorrückenden und Warschau bedrohenden bolschewistischen Truppen davon abhängig gemacht

wurde, daß sich Polen verpflichte, „sich der Entscheidung des Obersten Rats zu fügen, so weit dieser die Grenzen Litauens festsetzen und über das zukünftige Schicksal Ostgaliziens, des Teschener Schlesiens und Danzigs bestimmen würde". Am 20. Februar 1920 beschloß der Völkerbund in Paris nochmals, daß Polen nur als militärischer Okkupant Ostgaliziens anzusehen sei, während die eigentlichen Souveränitätsrechte nach wie vor in den Händen der Entente zu bleiben hätten, und erst am 14. März 1923 ließ sich die Botschafterkonferenz herbei, die Souveränität Polens über Ostgalizien anzuerkennen, freilich mit der ausdrücklichen Auflage, daß die ethnographischen Verhältnisse in dem östlichen Teil mit Rücksicht auf die dort in geschlossenen Siedlungen wohnenden Ukrainer eine autonome Form der Verwaltung verlangen. Alle diese Tatsachen muß man sich vergegenwärtigen, wenn man die nach wie vor unversöhnliche Haltung der Ukrainer gegenüber dem polnischen Staat verstehen will.

Eine besonders drückende Verpflichtung legten die Alliierten dem neuen polnischen Staat und zugleich auch den übrigen neu entstandenen Staaten auf, indem sie ihn zu dem, gerade von polnischer Seite so stark befehdeten s. g. Minderheiten-Schutzvertrag zwangen. Die Entstehungsgeschichte gerade dieses Vertrages ist deshalb so interessant, weil er in der Hauptsache auf die Initiative des internationalen Judentums zurückzuführen ist. Schon im Jahre 1878 hatten die beiden in England bestehenden jüdischen Organisationen „The Board of Deputies" und „The Anglo-Jewish Association" ein gemeinsames Komité gebildet, um während des Berliner Kongresses eine Aktion zugunsten der Juden zu unternehmen. Sie erreichten es damals auch, daß die Anerkennung der Unabhängigkeit Rumäniens, Serbiens, Bulgariens und Montenegros von der Verpflichtung dieser Staaten abhängig gemacht wurde, allen ihren Bürgern Religionsfreiheit und Gleichheit vor dem Gesetz zu garantieren. Mit Ausnahme Rumäniens führten auch alle neu errichteten Staaten die übernommenen Verpflichtungen aus, Rumänien begründete seine Weigerung damit, daß die Juden als Ausländer zu betrachten seien und deshalb keinen Anspruch auf die während des Berliner Kongresses übernommenen Verpflichtungen hätten. Im Jahre 1902 war es den Juden gelungen, die englische Regierung zu einem diplomatischen Schritt bei den Signatarmächten der Kongreßakte zu veranlassen, durch welche die betr. Staaten zu einer Intervention in der Judenfrage in Rumänien aufgefordert wurden. Deutschland und Rußland lehnten jedoch ab und die Aktion unterblieb. Einen neuen Vorstoß unternahmen die Juden im Jahre 1908, als sie forderten, keine neuen Gebietserweiterungen Rumäniens zuzulassen, ehe nicht die alten Verpflichtungen des Berliner Kongresses erfüllt seien.

Unmittelbar nach Ausbruch des Weltkrieges begann auch das in England nach wie vor bestehende Komité mit den Vorarbeiten, „die jüdische Frage im Zusammenhang mit einer etwaigen Rekonstruktion Osteuropas zu behandeln", am 12. Januar 1915 wurde in London ein besonderes jüdisches Komité zum Studium dieser Frage gebildet und die englische Regierung erteilte den ihr nachgeordneten amtlichen Stellen die Weisung, die Arbeiten des Komités nach Kräften zu erleichtern. Die Lage des Komités war nämlich zunächst dadurch außerordentlich erschwert, daß Rußland zu der Entente gehörte und daß man in den Kreisen der Alliierten auch den Beitritt Rumäniens erwartete, so daß also gerade jene beiden Staaten, in denen die Judenfrage besonders brennend war, einstweilen ausschieden; man mußte also, wenn man überhaupt irgendwelche Erfolge erreichen wollte, sehr behutsam vorgehen. Eine stärkere Aktivität setzte erst im Juni 1916 ein, als der Zusammenbruch Rußlands immer wahrscheinlicher wurde, und am 1. Oktober 1916 überreichte man dem Londoner Foreign Office eine Denkschrift mit vier Forderungen: 1. Volle Gleichberechtigung der Juden in Rußland, 2. Durchführung der Bestimmungen des Berliner Kongresses in Rumänien, 3. Gleichberechtigung der Juden in allen denjenigen Gebieten, die etwa an andere Staaten abgetreten werden würden, 4. Berücksichtigung der jüdischen Interessen in Palästina. Die Regierungen in London, Paris und Rom traten in Verhandlungen über diese Forderungen ein, die Zeit für einen solchen Schritt erschien ihnen jedoch nicht günstig, und am 20. Januar 1917 teilte Balfour dem Komité mit, daß „mit Rücksicht auf die allgemeine europäische Lage nicht zu hoffen sei, daß die Regierungen der Allierten in dieser Frage zu einer Verständigung kommen könnten."

Die Lage änderte sich zugunsten der Juden, als im März 1917 die Revolution in Rußland ausbrach und die Emanzipation der russischen Juden offiziell verkündet wurde, damit waren die Schwierigkeiten beseitigt, welche so lange einer etwaigen Intervention der Alliierten zugunsten der Juden in Rußland im Wege gestanden hatten, gleichzeitig aber war die Stellung Rumäniens in der jüdischen Frage schwächer geworden, nachdem es seinen bisherigen stärksten Bundesgenossen in dieser Frage verloren hatte. Die rumänische Regierung schickte deshalb im Oktober 1917 einen besonderen Agenten nach London und Paris, um sowohl mit dem Londoner Komité, wie auch mit der Pariser Alliance Israélite zu verhandeln; gleichzeitig nahmen die Juden auch Verhandlungen mit verschiedenen polnischen Politikern und mit der einstweiligen Regierung in Finnland auf. Bei Beginn der Versailler Verhandlungen zeigte es sich, daß an Stelle der beiden europäischen Staaten, in denen die jüdische Frage besonders aktuell gewesen war, jetzt sechs Staaten

getreten waren, deren jüdische Bevölkerung etwa 7 Millionen betrug; da dies aber alles kleine Staaten waren, hatten die Großmächte jede Möglichkeit zur Intervention." Dem Komité ging es jetzt also um die Aufgabe, es zu erreichen, daß in alle Friedensverträge Bestimmungen aufgenommen würden, welche die Gleichberechtigung der Juden sicherten. Im Januar 1919 traten in Paris die Vertreter der drei großen jüdischen Organisationen zusammen (Londoner Komité, Alliance Israélite und Zionisten), man bildete ein sog. Zentralkomité, das mit den Abordnungen der einzelnen Staaten in Verbindung trat. Zunächst hatte man freilich gehofft, daß es gelingen werde, in die Satzungen des Völkerbundes eine Bestimmung aufzunehmen, durch welche die jüdischen Interessen in allen zum Völkerbund gehörenden Staaten gesichert würden, diese Erwartung erfüllte sich jedoch nicht, und man mußte deshalb versuchen, die jüdische Frage auf der eigentlichen Friedenskonferenz gesondert zu behandeln. Jetzt aber zeigte es sich, daß unter den Juden selbst eine Einigung nicht möglich war, denn während die Zionisten für die Juden in den einzelnen Staaten volle Autonomie forderten, wollten sich die beiden anderen Organisationen mit voller Gleichberechtigung und gewissen Rechten auf dem Gebiet der Schule und des Handels an Sonntagen und christlichen Festtagen begnügen. Da eine Einigung nicht zu erreichen war, formulierten das Londoner Komité und die Alliance Israélite ihre Wünsche am 21. Februar in zwei Denkschriften, in denen sie die Bildung einer besonderen interalliierten Kommission vorschlugen, welche die ganze Frage bearbeiten sollte. Jetzt schalteten sich auch die Juden aus Italien und den Vereinigten Staaten in den Gang der Verhandlungen ein, um eine geschlossene Front des Weltjudentums herbeizuführen, aber auch ihnen gelang es nicht, die Zionisten zur Aufgabe ihrer Forderung nach Autonomie zu bewegen, man einigte sich nur über die Taktik des weiteren Vorgehens. Am 1. Mai wurden die Vertreter der Juden von der englischen Delegation benachrichtigt, daß ihrem Wunsch entsprochen und eine besondere Kommission gebildet worden sei, die sich mit der Regelung der jüdischen Frage in den neu errichteten Staaten beschäftigen solle. Das Ergebnis dieser Kommissionsarbeit war der Entwurf eines Vertrages über den Schutz der Minderheiten, der auf Betreiben der polnischen Abordnung noch in einigen Punkten geändert und dann angenommen wurde [206]).

So kam es, so weit es sich um Polen handelt, zunächst zu der Bestimmung des Art. 93 des Versailler Diktats, daß Polen sich damit einverstanden erklärte, daß die Alliierten und Assoziierten Hauptmächte mit ihm einen Vertrag schließen, in welchen diejenigen Bestimmungen aufgenommen werden sollten, welche die Mächte zum Schutz der nationalen, sprachlichen und religiösen Minderheiten für

notwendig halten würden, und am 28. Juni 1919 wurde dieser Vertrag zwischen den fünf alliierten Hauptmächten einerseits und Polen andererseits geschlossen. In Art. II dieses Vertrages verpflichtet sich der polnische Staat, allen Einwohnern ohne Unterschied der Geburt, der Staatsangehörigkeit, der Sprache, des Volkstums und der Religion das Recht auf freie, private und öffentliche Ausübung jedes Bekenntnisses, jeder Religion oder Weltanschauung zu gewähren, deren Betätigung nicht mit der öffentlichen Ordnung und der guten Sitte unvereinbar ist. Art. VII garantiert den Minderheiten „die gleichen bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte, insbesondere bei der Zulassung zu öffentlichen Ämtern, Tätigkeiten und Ehrenstellen", er verbürgt „den freien Gebrauch einer beliebigen Sprache und übernimmt die Verpflichtung, daß den fremdsprachigen polnischen Staatsangehörigen, unbeschadet des Rechts der polnischen Regierung, eine Staats- und Amtssprache zu bestimmen, diesen Staatsangehörigen angemessene Erleichterungen für den schriftlichen oder mündlichen Gebrauch ihrer Sprache vor den Gerichten gewährt werden müsse". In Art. XII endlich erklärt sich Polen damit einverstanden, „daß, soweit die Bestimmungen der vorstehenden Artikel Personen einer völkischen, religiösen oder sprachlichen Minderheit betreffen, diese Bestimmungen Verpflichtungen von internationalem Interesse begründen und unter die Garantie des Völkerbundes gestellt werden. Sie können nur mit Zustimmung der Mehrheit des Völkerbundes geändert werden. Polen ist damit einverstanden, daß jedes Mitglied des Völkerbundrates befugt ist, die Aufmerksamkeit des Rates auf jede Verletzung oder Gefahr einer Verletzung irgendeiner dieser Verpflichtungen zu lenken und daß der Rat befugt ist, alle Maßnahmen zu treffen und alle Weisungen zu erlassen, die nach Lage des Falles zweckmäßig und wirksam erscheinen". Zugleich mit diesem Minderheitenschutzvertrag richtete Clémenceau am 24. Juni an den damaligen polnischen Ministerpräsidenten Paderewski ein Schreiben, in welchem er betonte, daß dieser Vertrag kein Novum darstelle, sondern „daß es eine seit langem im öffentlichen europäischen Recht festgelegte Handhabung sei, daß, wenn ein Staat geschaffen werde oder wenn ein bereits bestehender Staat erhebliche Gebietserweiterungen erfahre, seine gemeinsame und formelle Anerkennung durch die Großmächte von einer Versicherung begleitet werden müsse, daß dieser Staat sich in der Form einer internationalen Konvention verpflichte, gewisse Regierungsgrundsätze zu beachten"." Der französische Ministerpräsident weist dann auf die bereits auf dem Wiener Kongreß geschaffenen Vorgänge hin, er betont, daß „die alliierten Mächte es an der ihnen zufallenden Verantwortung fehlen lassen würden, wenn sie sich von dem entfernten, was feste Tradition geworden sei", dann aber

richtet er die Aufmerksamkeit der polnischen Regierung sehr nachdrücklich auf „die Tatsache, daß die polnische Nation ihre Unabhängigkeit den Anstrengungen und den Opfern der Mächte zu danken habe", in deren Namen er sich an den polnischen Ministerpräsidenten wendet. „Es ist ihrer Entscheidung zu danken, daß die polnische Souveränität auf dem Wege ist, auf die in Frage stehenden Gebiete ausgedehnt zu werden und daß die Bewohner dieser Gebiete der polnischen Nation einverleibt werden sollen. Hauptsächlich von der Stütze, welche die Hilfsquellen dieser Mächte dem Völkerbund zuteil lassen werden, wird Polen in Zukunft abhängen."

In Ausführung dieses Minderheiten-Schutzvertrages mußte Polen denn auch entsprechende Bestimmungen in seine Verfassung aufnehmen, in Frage kommen dabei besonders die Artikel 95, 109, 110 und 115. In Artikel 109 wird den Minderheiten das Recht zugesichert, ihre nationalen Eigentümlichkeiten mit Hilfe autonomer Minderheitsverbände öffentlich-rechtlichen Charakters zu pflegen und zu entwickeln. Art. 110 gibt den Minderheiten in gleicher Weise, wie den anderen Bürgern, das Recht zur Gründung, Beaufsichtigung und Verwaltung von Wohltätigkeits-, religiösen und sozialen Anstalten, Schulen und anderen Erziehungsanstalten, und Art. 115 endlich verspricht, das Verhältnis des Staates zu den verschiedenen Kirchen und Bekenntnissen auf gesetzlichem Wege zu regeln, und zwar nach Verständigung mit ihren rechtmäßigen Vertretungen.

Wenn man weiß, wie die polnische Presse aller Schattierungen immer wieder gegen den dem polnischen Staat aufgelegten Minderheiten-Schutzvertrag Sturm gelaufen ist, weil sie in ihm eine Beschränkung der Souveränität des polnischen Staates sah, dann fragt man sich unwillkürlich, welche Gründe die damalige polnische Delegation veranlaßt haben, diese doch immerhin recht drückenden Bestimmungen zu unterschreiben. Dmowski selbst gibt darauf eine recht interessante Antwort. „Von den Vertretern der kleinen Staaten", so schreibt er, „wollte sich nur einer, der rumänische Vertreter Bratianu, dieser Konvention widersetzen, die in die inneren Verhältnisse eines Staates eingriff und seine Souveränität verletzte, er war sogar über uns empört, daß wir zu leicht zugestimmt hätten. Man darf jedoch nicht vergessen, daß sich Rumänien in einer viel besseren Lage befand als wir. Es war ein Staat, wir aber sollten durch den Versailler Vertrag erst ein Staat werden, und dieser Vertrag enthielt die für uns lebenswichtigsten Fragen, während jener sie nicht unmittelbar berührte. Eine Verzögerung der Unterschrift oder ein in der Schwebe Lassen einzelner Fragen, welche in ihm ihre endgültige Lösung fanden, konnte für uns gefährlich sein. Obwohl ich mir über die Schwierigkeiten klar war, welche diese Konvention uns in Zukunft bereiten würde, hätte ich es doch für einen außerordent-

lich schädlichen politischen Unsinn gehalten, wenn ich unsern Premier zum Widerstand ermutigt hätte. In jener Zeit hielt ich es für das wichtigste, den Versailler Vertrag so schnell wie möglich unterschrieben zu erhalten“ [297]).

Denselben politischen Realismus, wenn auch nach einer anderen Seite hin gewendet, finden wir gerade in dieser Zeit der Versailler Verhandlungen auch bei Piłsudski. Wir kennen den scharfen Gegensatz, in welchem das Pariser Komité zu Pilsudski stand, wie es mit allen Mitteln versuchte, ihn zu beseitigen und eine Änderung des Regierungskurses zu erreichen, wir wissen aber auch, wie entschieden man sich gerade in Warschau gegen jede etwaige Einmischung des Pariser Komités sträubte und von Paderewski nichts wissen wollte. Wenn Piłsudski trotz seiner anfänglichen starken Abneigung gegen diesen ihn schließlich doch noch mit der Kabinettsbildung betraute und auch zum ersten Delegierten für die Friedenskonferenz ernannte, dann bedeutete das nicht, daß er vor dem vereinten Ansturm des Nationalkomités sowie der Posener und galizischen Polen zurückwich, sondern es waren für ihn dabei sehr reale politische Gründe entscheidend. Noch bevor Paderewski nach Warschau kam, erklärte er in einer Unterredung mit Baranowski am 26. Dezember 1918: „Vor allen Dingen sind wir heute mehr denn je, ja sogar mehr als in der Zeit des Krieges, von den Alliierten abhängig. Die Grenzen Polens hängen ausschließlich von ihnen ab. Wir müssen also nicht nur mit ihnen rechnen, sondern wir müssen, wenn wir ihnen auch nicht schmeicheln, doch auf ihr Prestige Rücksicht nehmen und besonders auf das Prestige Frankreichs. Frankreich hat sich mit dem Pariser Komité zu stark engagiert, hat es zu sehr unterstützt und eine Masse Geld darauf verwendet, besonders für die Armee Haller, und deshalb muß man das anerkennen und sogar Dankbarkeit zeigen.“ Dann kam Paderewski nach Warschau. Mit allen Mitteln suchten die Anhänger und Ratgeber Piłsudskis seine Ernennung zum Ministerpräsidenten zu hintertreiben, in der Nacht vom 13./14. Januar 1919 hatten Jodko und Baranowski deshalb eine lange Unterredung mit dem Marschall und rieten ihm, die im Amt befindliche Linksregierung Moraczewskis weiter bestehen zu lassen, sie mußten ihm schließlich Recht geben, als er ihnen erklärte: „Ihr versteht meine Situation und die ganze Lage überhaupt nicht. Es handelt sich hier weder um links oder um rechts, ich bin weder von der linken Seite noch für die rechte Seite, ich bin für die Gesamtheit da. Was sich jetzt in Posen zusammenbraut und was es hier in Warschau an Unruhen gibt, das hat weniger Bedeutung, das sind Fragen zweiter Ordnung. Mir aber geht es um das Heer, das ich tatsächlich noch nicht habe. Ihr habt gesehen, wie schwierig die Lage in Lemberg und in Wilna ist. Die inneren Angelegenheiten wird der Sejm erledigen, den ich gerade zu diesem Zweck einberufe. Mir geht es

um Haller und um Żeligowski, da muß Foch helfen. (Piłsudski hatte sich telegraphisch an Foch mit der Bitte gewendet, dafür zu sorgen, daß die in Frankreich gebildete polnische Armee so schnell wie möglich in die Heimat transportiert würde.) Ebenso geht es mir um die Versorgung der Armee. Es handelt sich also in erster Linie um das Ausland. Soll dort Moraczewski mit ihnen reden? Wird nicht Paderewski besser mit ihnen reden können, der mit ihnen eine gemeinsame Sprache hat? Sollen etwa in Paris zwei polnische Delegationen sein, meine und das Nationalkomité, das sich die Alliierten herangezogen haben? Man muß mit diesen Herren schonend umgehen, man muß ihre Kombinationen, mögen sie sein, wie sie wollen, ernst behandeln, ja, man muß ihnen sogar schmeicheln, denn es geht um die Grenzen und um andere für uns so wesentliche Einzelheiten. In Paris hat man sich an Dmowski gewöhnt, was er dort fordern wird — auch wenn er etwa zu viel fordert — schadet nicht, dazu bin ich da und meine Abgesandten, um zu wissen, was nötig ist. Übrigens rechne ich ernsthaft mit Paderewski, er stimmt mit mir in fast allen Punkten überein, er ist sogar ein „wütender Föderalist", noch mehr als ich, und er wird auf Dmowski mäßigend wirken. Ihr sagt, Paderewski krieche nach allen Seiten. Meinetwegen, wenn er mir nur das bringt, was nötig ist. Ihr seht immer nur auf das Heute. Volksregierungen! Ich pfeife darauf, ob es Volksregierungen oder andere Regierungen in dieser Zeit sind, die Hauptsache ist, daß es Regierungen sind, die Polen das bringen, was es braucht" [208]).

Zwei Fragen sind es, wie wir sahen, welche die heutige polnische Geschichtsschreibung über die Wiedererstehung Polens besonders beschäftigen, nämlich wie und durch welche Vorgänge die polnische Frage während des Krieges jene internationale Bedeutung erlangt hat, die sie zu einem Gegenstand der Versailler Verhandlungen gemacht hat und wie und in welchem Umfang die Polen selbst an dem großen Werk der Wiedergeburt ihres Vaterlandes mitgearbeitet haben. Bei der zweiten Frage geht es, wie wir festgestellt haben, den polnischen Historikern in der Hauptsache nicht so sehr um den Anteil, den das Volk selbst daran gehabt hat, sondern für sie handelt es sich in der Hauptsache darum, welche Gruppen oder Einzelpersönlichkeiten in erster Linie dabei führend gewesen sind. Gerade bei der Beantwortung dieser Frage aber sprechen so viel Imponderabilien nationaler und politischer Art mit, daß auch heute noch die Anschauungen der Polen selbst weit auseinander gehen; jeder Versuch eines Außenstehenden, hier ein Urteil fällen zu wollen, wäre deshalb von Anfang an nicht nur fruchtlos, sondern auch taktlos.

Anders liegen die Dinge jedoch bei der Beantwortung der ersten Frage, denn bei ihr handelt es sich nicht um irgend welche Imponde-

rabilien, sondern um bestimmte historische Tatsachen und die Feststellung dieser Tatsachen erscheint um so notwendiger, je mehr man beobachten kann, wie leicht sich das historische Bild in der Erinnerung verschiebt. Auch Sokolnicki hat auf diese Erscheinung sehr deutlich hingewiesen. Drei Tatsachen sind es, die wir den polnischen Darstellungen entnehmen: 1. Wenn die polnische Frage während des Weltkrieges überhaupt auf die Tagesordnung der internationalen Politik gekommen ist, dann war es eine Folge der Proklamation vom 5. November 1916, sie aber war in der Hauptsache ein Werk Deutschlands. Dabei ist es völlig unerheblich, ob dieser Akt politisch klug und notwendig war, es ist ebenso gleichgültig, warum Deutschland gerade diese Lösung von seinem österreichischen Bundesgenossen schließlich erzwungen hat, — die Tatsache, daß die polnische Frage aus der „Sackgasse" innenpolitischer Überlegungen auf den außenpolitischen Markt gekommen ist, verdankt das heutige Polen Deutschland.

2. Wenn die polnische Frage noch während des Krieges diejenige Voraussetzung gefunden hat, die zu ihrer Lösung unentbehrlich war, nämlich ein Gebiet, auf welchem ein polnischer Staat überhaupt erst entstehen konnte, dann ist das ebenfalls ein Werk Deutschlands. Ein siegreiches Rußland, gleichgültig, ob zaristisch, ob demokratisch, hätte niemals in die Errichtung eines unabhängigen polnischen Staates gewilligt. Die russische Macht mußte erst zertrümmert werden, ehe ein neues Polen entstehen konnte, — diese Voraussetzung hat Deutschland geschaffen.

3. Wenn die Pläne der Alliierten, die noch Anfang 1918 höchstens ein Polen in seinen ethnographischen Grenzen und mit einem neutralisierten Zugang zur See errichten wollten, schließlich doch jene Änderung erfahren haben, die in Versailles Wirklichkeit geworden ist, dann kann die Arbeit des Pariser Komités an dieser für die Polen so überaus günstigen Wendung unbedingt anerkannt werden, möglich aber war eine solche erfolgreiche Arbeit nur deshalb, weil nach dem Zusammenbruch Rußlands und nachdem auch Österreich aus den Berechnungen der Alliierten ausgeschieden war, ein Gegengewicht gegen ein etwa wieder erstarkendes Deutschland im mitteleuropäischen Raum geschaffen werden mußte. Nicht um der Polen willen haben die Alliierten schließlich einen polnischen Staat in dem Umfang von Versailles geschaffen, sondern, wie aus allen polnischen Darstellungen hervorgeht, aus Furcht vor Deutschland, — diese Tatsachen dürfen nicht vergessen werden.

In der Sammlung „Wspomnienia legjonowe", zu denen Piłsudski das Vorwort geschrieben hat, findet sich auch ein Abschnitt „Ze wspomnień „germanofila" (Aus den Erinnerungen eines „Deutschenfreundes"). Der Verfasser ist Th. Holówko, einer der fähigsten poli-

tischen Köpfe, aber auch einer der besten Deutschenhasser unter den damaligen Polen. Er wurde in Warschau wegen politischer Umtriebe verhaftet und in Deutschland interniert, später ist er in der Ukraine ermordet worden. Seine Worte sind ein so beredtes Zeugnis für die Art, in welcher der gebildete Pole die Rolle beurteilt, welche Deutschland während des Krieges für die Polen zu spielen hatte, daß der deutsche Leser, welcher die heutige Einstellung der Polen gegenüber den Deutschen verstehen will, sie unbedingt kennen muß. „Jeden Sieg Deutschlands über Rußland", so schreibt er, „begrüßte ich mit Freude. Ich wußte, daß wir selbst nicht in der Lage sind, den russischen Koloß zu zertrümmern, das taten die Deutschen mit Erfolg für uns. In Wirklichkeit wollten sie uns von den Moskowitern befreien, um uns dann selbst zu verzehren. Darin unterschied ich mich von ihnen und deshalb saß ich im Kriegsgefangenenlager. Ich hatte viel Zeit zum Nachdenken, und ich machte mir die Theorie zurecht, daß den Deutschen die Rolle des historischen Mohren zufällt, d. h., die Rolle einer Nation, welche für andere die „schwarze Arbeit" verrichtet. Bei Sadowa gaben sie den Völkern Österreichs und Ungarns eine Aera der Freiheit, bei Sedan den Franzosen die Republik und den Italienern Rom. In diesem Krieg befreiten sie Polen von der Herrschaft Rußlands und diesem selbst brachten sie die Revolution, die so viele revolutionäre russische und polnische Geschlechter nicht hatten zu Stande bringen können. Und weil andere aus diesen Siegen Nutzen haben und die Deutschen verwünschen, darum eben sind sie die Mohren der Geschichte. Und wenn die Nachrichten über den Aufbau des polnischen Schulwesens, über die Wiedereröffnung der Universität und der technischen Hochschule, über die Feier des 3. Mai zu uns gelangten, dann sah ich, daß mein Glaube an das eigene Volk Wirklichkeit wird, daß der arme Mohr an seiner Beute würgt und sie nicht herunterschlingen kann"[298]).

Das, was aus diesen Worten herausklingt, ist der Konflikt zwischen dem Wirklichkeitssinn, der die Augen nicht verschließen kann vor dem, was dieser „deutsche Mohr" während des Weltkrieges für Polen getan hat, und zwischen dem nationalen Stolz, der sich gegen diese Erkenntnis verschließen möchte und es nicht kann. Dieser selbe Konflikt aber, darüber dürfen wir uns keinen Täuschungen hingeben, besteht nach wie vor in den weitesten Kreisen des polnischen Volkes, und er wird auch bestehen bleiben. Er kann, wie die polnische Presse zeigt, eine ganze Skala von Empfindungen durchlaufen, er kann zeitweise hinter andere Tagesfragen zurücktreten, aber verschwinden wird er nicht, so lange der polnische Nationalstolz etwas Unerträgliches und Peinigendes in der Feststellung solcher historischen Tatsachen erblickt. Darin liegt ja gerade die Tragik in den gegenseitigen Beziehungen der beiden Völker, daß die

Jahrhunderte alten Einflüsse, welche die Deutschen auf die Geschichte und die Entwicklung des alten und des neuen polnischen Staates gehabt haben, sich nicht verneinen oder wegschaffen lassen und daß der nationale Stolz des einen Volkes die Erinnerung an sie pflegt und hütet, während das nationale Gefühl des andern Volkes sie als demütigend emfindet. Diese tiefsten Gründe des nun einmal vorhandenen deutsch-polnischen Antagonismus zu erkennen und sie in unbedingter Wahrhaftigkeit und Sachlichkeit herauszustellen, das bleibt eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen und der polnischen Geschichtsschreibung.

Anmerkungen.

[1]) „Niepodległość“ (Zeitschrift, herausgegeben von dem Institut zur Erforschung der neuesten Geschichte Polens). Bd. VII, 1933 S. 73.

[2]) Dmowski, R. „Polityka Polska i odbudowanie państwa“ (Die polnische Politik und der Wiederaufbau des Staates) Warschau 1925. S. 51.

[3]) Sokolnicki, M. „Sprawa Polska na terenie międzynarodowym 1914/18“ (Die polnische Frage auf dem internationalen Gebiet 1914/18) Niepodległość Bd. I, 1930 S. 205.

[4]) Sokolnicki, M. „O metodzie dziejów odzyskania niepodległości“ (Über die Methode in der Geschichte der Wiedergewinnung der Unabhängigkeit) Niepodległość Bd. III, 1931 S. 197.

[5]) „Polityka Polska . . . S. 487.

[6]) Próchnik, A. „O dzieje odbudowy państwa polskiego“ (Über die Geschichte des Aufbaus des polnischen Staates) Niepodległość Bd. IV, 1931 S. 13 ff.

[7]) Handelsman, M. „Budowa państwa polskiego w czasie wielkiej wojny“ (Der Aufbau des polnischen Staates in der Zeit des großen Krieges) Niepodległość Bd. III, 1931, S. 22 ff.

[8]) Lipiński, W. „O dzieje odbudowy państwa polskiego“ (Über die Geschichte des Aufbaus des polnischen Staates) Niepodległość Bd. VI, 1932 S. 161 ff.

[9]) Bobrzyński, A. „Wskrzeszenie państwa polskiego“ (Wiedererstehung des polnischen Staates) Krakau 1920, S. 10.

[10]) Dmowski, R. „Polityka polska . . .“ S. 90/91.

[11]) Seyda, M. „Polska na przełomie dziejów“ (Polen am Wendepunkt der Geschichte) Bd. I Posen 1927 S. 43.

[12]) „Polska na przełomie“ Bd. I S. 38.

[13]) „Polityka Polska“ S. 143.

[14]) Bobrzyński, „Wskrzeszenie“ S. 117.

[15]) Stachiewicz, J. „Polskie plany mobilizacyjne przed wojną światową“ (Polnische Mobilisierungspläne vor dem Weltkrieg) Niepodległość Bd. VIII, 1933 S. 18.

[16]) Stachiewicz, a.a.O. S. 29.

[17]) Biliński, L. „Wspomnienia i dokumenty“ (Erinnerungen und Urkunden) Bd. I. 1846—1914. (Warschau 1924) S. 296.

[18]) Kutrzeba, St. „Polska odrodzona“ (Das wiedergeborene Polen). 1914—1922. (Krakau 1922) S. 25.

[19]) Sokolnicki, M. „Polska w pamiętnikach wielkiej wojny 1914—1918“ (Polen in den Memoiren an den großen Krieg 1914 bis 1918). Warschau 1925 S. 616.

[20]) Sokolnicki a.a.O. S. 615.

[21]) Biliński, a.a.O. I, S. 306.

[22]) Bobrzyński, „Wskrzeszenie“ S. 23.

[23]) Seyda, „Na przełomie“ I, S. 119.

[24]) a.a.O. 124.

[25]) Seyda, a.a.O. S. 126.

[26]) Dmowski, a.a.O. S. 156.

[27]) Ebend. S. 167.

[28]) Ebend. S. 167; S. 168.

[29]) Kumaniecki, W. „Odbudowanie państwowości polskiej“ (Najważniejsze dokumenty 1912 — styczeń 1924) (Der Aufbau der polnischen Staatlichkeit) (Warschau-Krakau 1924) S. 27.

[30]) Piłsudski, J. „Poprawki historyczne“ (Geschichtliche Korrekturen) (Warschau 1931) S. 41.

[31]) Lipiński, W. „Wywiad u marszałka Piłsudskiego w Sulejówku z dn. 10. II 1924 r.“ (Unterredung mit dem Marschall Pilsudski in Sulejowko am 10. II. 1924). Niepodległość VII, 1933) S. 68.

[32]) Kumaniecki, a.a.O. S. 5.

[33]) Piłsudski, J. „Pisma, mowy, rozkazy“ (Briefe, Reden, Befehle) Bd. IV. Anm. zu S. 5 und 6.

[34]) Poprawki historyczne S. 46.

[35]) Srokowski, K. „Zarys historji Naczelnego Komitetu Narodowego“ (Abriß der Geschichte des Obersten Nationalkomités) (Krakau 1923) S. 102.

[36]) Polska na przełomie Bd. I, S. 190.

[37]) Starzewski, J. „Józef Piłsudski „Zarys pschologyczny. (Josef Pilsudski. Eine psychologische Skizze). (Warschau 1930.) S. 145.

[38]) Polska na przełomie I. S. 189.

[39]) „Piłsudski“ 1926—1929. (Przemówienia, wywiady, artykuły) (Ansprachen, Unterredungen, Aufsätze) (Warschau 1930) S. 113.

[40]) Polska na przełomie I. S. 194.

[41]) Kumaniecki, a.a.O. S. 17.

[42]) Poprawki Historyczne S. 55.

[43]) Lipiński, „Wywiad u marszałka S. 67.

[44]) Seyda, „Polska na przełomie — I. S. 208 ff.

[45]) Studnicki, Wl. „W poszukiwaniu odpowiedniej akcji wyzwoleńczej“ (Auf der Suche nach einer passenden Freiheitsaktion) (Niepodległość Bd. X, 1934) S. 250.

[46]) Seyda, „Polska na przełomie“ I. S. 210.

[47]) Pomarański, St. „Na marginesie niemieckich planów organizacji wojska polskiego w czasie wojny światowej“ (Randbemerkungen zu den deutschen Plänen betr. Aufstellung eines polnischen Heeres während der Zeit des Weltkrieges) (Niepodległosc Bd. II, 1930) S. 234 Anm.

[48]) Biliński, a.a.O. Bd. I S. 295.
[49]) Seyda, „Polska na przełomie“ I. S. 215 Anm. 2.
[50]) Poprawki historyczne S. 59.
[51]) Studnicki, a.a.O. S. 245, 246, 247.
[52]) Biliński, a.a.O. Bd. I S. 298.
[53]) Bobrzyński „Wskrzeszenie“ S. 50.
[54]) Bobrzyński, „Wskrzeszenie“ S. 60.
[55]) Sokolnicki, „Polska w pamiętnikach“ S. 558.
[56]) „Polska na przełomie“ Bd. I S. 223.
[57]) a.a.O. S. 173.
[58]) Ebend. S. 175.
[59]) Lipiński, „Wywiad u marszałka“ S. 171.
[60]) Piłsudski, „Poprawki historyczne“ S. 63.
[61]) Graf v. Hutten-Czapski, B. „Sechzig Jahre Politik und Gesellschaft“ (Berlin 1936) Bd. II. S. 235.
[62]) Starzewski, a.a.O. S. 145.
[63]) Piłsudski, „Pisma, mowy, rozkazy“ Bd. IV, S. 18.
[63]) Biliński, a.a.O. Bd. I, S. 307.
[64]) Kumaniecki, a.a.O. S. 30.
[65]) Filipowicz, T. „Deklaracja stu“ (Die Erklärung der Hundert) (Niepodległość Bd. XI, 1933) S. 415.
[66]) Filipowicz, a.a.O. S. 426.
[67]) Wieniawa-Długoszewski „Wspomnienia legjonowe“ (Erinnerungen an die Legionen) (Warschau 1924) I S. 77.
[68]) Hutten-Czapski, a.a.O. Bd. II S. 232.
[69]) Bobrzyński „Wskrzeszenie“ S. 86.
[70]) Lipiński, „Wywiad u marszałka“ S. 73.
[71]) Piłsudski, J. „W sprawie Polskiej Organizacji Wojskowej“ (In der Angelegenheit der polnischen Militärorganisation) (Pisma IV, 196 ff.).
[71]) Seyda a.a.O. I, 86.
[72]) „Sechzig Jahre“ Bd. II S. 218.
[73]) Ebend. S. 224.
[74]) Hutten-Czapski a.a.O. Bd. II, S. 240.
[75]) „Polska na przełomie“ Bd. I S. 274.
[76]) a.a.O. Bd. II S. 250.
[77]) Ebend. S. 273.
[78]) Ebend. S. 282.
[79]) Filasiewicz, St. „La question polonaise pendant la guerre mondial“ (Recueil des actes diplomatiques, traités et documents concernant la Pologne) (Die polnische Frage während des Weltkrieges) (Bd. II Paris 1920) S. 45.
[80]) Seyda „Polska na przełomie“ Bd. I S. 257.
[81]) Piłsudski, „Pisma, mowy, rozkazy“ Bd. IV S. 168, 169.

[82]) Ebend. S. 175.
[83]) Ebend. S. 178.
[84]) Bobrzyński, „Wskrzeszenie“ S. 107.
[86]) „Pisma, mowy, rozkazy“ Bd. IV S. 45.
[87]) Seyda „Polska na przełomie“ Bd. I S. 564.
[88]) Filasiewicz, a.a.O. XIII.
[89]) „Sechzig Jahre“ Bd. II S. 288.
[90]) Ebend. S. 293.
[91]) Ebend. S. 294, 295.
[92]) Ebd. S.297.
[93]) Ebend. S. 300.
[94]) Filasiewicz, a.a.O. S. 53.
[95]) Seyda „Polska na przełomie“ Bd. I S. 337.
[96]) „Sechzig Jahre“ Bd. II S. 305.
[97]) Ebend. S. 307.
[98]) Kutrzeba „Polska odrodzona“ S. 19.
[99]) Askenazy, Sz. „Uwagi“ (Betrachtungen (Warschau 1924) S. 467).
[100]) Askenazy a.a.O. S. 24.
[101]) Ebend. S. 256, 257.
[102]) Biliński, „Wspomnienia“ Bd. II S. 58.
[103]) Biliński, „Wspomnienia Bd. II S. 64.
[104]) Seyda „Polska na przełomie“ Bd. I S. 81.
[106]) Biliński „Wspomnienia“ Bd. II S. 64.
[106]) „Sechzig Jahre“ Bd. II S. 252, 260.
[107]) Ebend. S. 281.
[108]) Sokolnicki „Polska w pamiętnikach“ S. 33.
[109]) „Wspomnienia“ Bd. II S. 85.
[110]) Ebend. S. 88.
[111]) Sokołnicki „Polska w pamiętnikach“ S. 423.
[112]) Askenazy „Uwagi“ S. 468.
[113]) „Wspomnienia“ Bd. II S. 90.
[114]) Ebend. S. 92.
[115]) Askenazy „Uwagi“ S. 265, 266.
[116]) „Wspomnienia“ Bd. II S. 94.
[117]) „Polska na przełomie“ Bd. I S. 98.
[118]) Seyda „Polska na przełomie“ Bd. I S. 77.
[119]) Biliński „Wspomnienia“ Bd. II S. 95.
[120]) Hutten-Czapski „Sechzig Jahre“ Bd. II S. 290.
[121]) Stachiewicz J. „Niemieckie plany organizacji wojska polskiego w czasie wojny światowej“ (Deutsche Pläne zur Organisierung eines polnischen Heeres z. Zt. des Weltkrieges). Niepodległość 1930 Bd. I S. 18.
[122]) Ebend. S. 24.

[123]) Ebend. S. 27.
[124]) Ebend. S. 27.
[125]) „Uwagi“ S. 264.
[126]) Kutrzeba, St. „Z za kulis sprawy polskiej w czasie wielkiej wojny“ (Hinter den Kulissen der polnischen Frage während der Zeit des großen Krieges). Krakau 1922 S. 25.
[127]) Askenazy „Uwagi“ S. 470.
[128]) „Polska na przełomie“ Bd. I S. 157.
[129]) Ebend. S. 158.
[130]) Stachiewicz a.a.O. S. 17.
[131]) „Uwagi“ S. 272.
[132]) Dmowski „Polityka polska“ S. 268.
[133]) „Dokumenty o urządzenie Polskiego Kraju“ (Dokumente über die Verwaltung des polnischen Landes). Niepodległość Bd. V S. 109 ff. S. 282 ff,, S. 454 ff. Bd. VI. S. 110 ff. S. 291 ff. S. 435 ff.
[134]) „Polska na przełomie“ Bd. I S. 131.
[135]) Ebend. Bd. I. S. 136.
[136]) „Polityka polska“ S. 270.
[137]) Seyda „Polska na przełomie“ Bd. I S. 142.
[138]) Ebend. Bd. I. S. 149.
[139]) Dmowski „Polityka polska“ S. 273.
[140]) Seyda „Polska na przełomie“ Bd. I S. 166, 167.
[141]) Ebend. Bd. I. S. 172.
[142]) Dmowski „Polityka polska“ S. 273.
[143]) Filasiewicz „La question polonaise“ S. 195.
[144]) Dmowski „Polityka polska“ S. 190, 194.
[145]) Filasiewicz a.a.O. S. 189 Anm. 1.
[146]) Seyda „Polska na przełomie“ Bd. I S. 290.
[147]) Bobryński „Wskrzeszenie“ Bd. I S. 151.
[148]) Seyda „Polska na przełomie“ Bd. I S. 297.
[149]) Ebend. S. 301 ff.
[150]) Ebend. S. 301.
[151]) Dmowski „Polityka polska“ S. 212.
[152]) Ebend. S. 283.
[153]) Bobrzyński „Wskrzeszenie“ Bd. I S. 117.
[154]) Śliwiński, A. „Rozmowa z Beselerem“ (Unterredung mit Beseler) (Niepodległość 1932 Bd. V S. 77.
[155]) „Sechzig Jahre“ Bd. II S. 309.
[156]) Bobrzyński „Wskrzeszenie“ Bd. I S. 131.
[157]) Seyda „Polska na przełomie“ Bd. I S. 350.
[158]) Filasiewicz „La question polonaise“ S. XIV.
[159]) Bobrzyński „Wskrzeszenie“ Bd. I S. 112.

[160]) Biliński „Wspomnienia“ Bd. II S. 100.
[161]) Filasiewicz „La question polonaise“ S. XV.
[162]) Ebend. S. 65.
[163]) Ebend. S. 80.
[164]) Seyda „Polska na przełomie“ Bd. I S. 400.
[165]) Dmowski „Polityka polska“ S. 290.
[166]) Kumaniecki „Odbudowa panstwowości“ S. 49.
[167]) „Sechzig Jahre“ Bd. II S. 294.
[168]) Daszyński, J. „Pamiętniki“ Bd. I Krakau 1925 Bd. II Krakau 1926 II, 247.
[169]) Ebend. II, 259.
[170]) Ebend. II, 260.
[171]) „Sechzig Jahre“ II, 312.
[172]) Ebend. II, 321.
[173]) Sokolnicki a.a.O. S. 566.
[174]) Kumaniecki a.a.O. S. 57—62.
[175]) „Niepodległość“ Bd. VII, 1933 S. 76.
[176]) Bobrzyński „Wskrzeszenie“ Bd. I S. 171.
[177]) Kumaniecki a.a.O. S. 68.
[178]) Piłsudski „Pisma, Mowy, Rozkazy“ Bd. IV S. XXIII. Anm. zu S. 97—147).
[179]) a.a.O. S. XX.
[180]) „Poprawki Historyczne“ S. 68, 70.
[181]) „Wskrzeszenie“ Bd. I S. 182.
[182]) Askenazy “Uwagi“ S. 456.
[183]) „Polityka Polska“ S. 306.
[184]) Filasiewicz a.a.O. S. XVIII.
[185]) Ebend.
[186]) Bobrzyński „Wskrzeszenie“ Bd. I S. 142.
[187]) a.a.O. S. 282.
[188]) Askenazy „Uwagi“ S. 281.
[189]) a.a.O. S. 282.
[190]) Askenazy „Uwagi“ S. 283.
[191]) Askenazy „Uwagi“ S. 475.
[192]) Filasiewicz a.a.O. S. 175.
[193]) Kumaniecki a.a.O. S. 102.
[194]) Piłsudski „Pisma, Mowy, Rozkazy“ Bd. IV S. S. Anm. zu S. 124—127.
[195]) Ebend. S. 124.
[196]) Seyda „Polska na przełomie“ Bd. II S. 103.
[197]) „Sechzig Jahre“ Bd. II S. 336.
[198]) Seyda „Polska na przełomie“ Bd. I S. 524.
[199]) „Polska na przełomie“ Bd. I. S. 520.
[200]) „Sechzig Jahre“ Bd. II S. 283.

[201]) „Uwagi“ S. 294 ff.
[202]) „Polityka Polska“ S. 314.
[203]) Askenazy „Uwagi“ S. 300 ff.
[204]) „Polityka Polska“ S. 309.
[205]) Ebend.
[206]) Seyda „Polska na przełomie“ Bd. I S. 602 ff.
[207]) Dmowski „Polityka Polska“ S. 317.
[208]) Ebend. S. 293.
[209]) Ebend. S. 294.
[210]) Ebend. S. 382.
[211]) Ebend. S. 335.
[212]) Ebend. S. 345.
[213]) Filasiewicz a.a.O. S. 212.
[214]) Bobrzyński „Wskrzeszenie“ Bd. I S. 193.
[215]) Kumaniecki a.a.O. S. 88.
[217]) a.a.O. S. 245.
[218]) Kutrzeba „Polska odrodzona“ S. 77.
[219]) „Sechzig Jahre“ Bd. II S. 434.
[220]) „Polityka Polska“ S. 365.
[221]) „Sechzig Jahre“ Bd. II S. 443.
[222]) Kumaniecki a.a.O. S. 109.
[223]) Filasiewicz a.a.O. S. 361.
[224]) „Wspomnienia“ Bd. II S. 160.
[225]) „Sechzig Jahre“ Bd. II S. 435.
[226]) Filasiewicz a.a.O. S. 351.
[227]) Kumaniecki a.a.O. S. 112 u. 115.
[228]) Biliński „Wspomnienia“ Bd. II S. 166.
[229]) Filasiewicz a.a.O. S. 355.
[230]) „Uwagi“ S. 326.
[231]) Filasiewicz a.a.O. S. 302.
[232]) Niepodległość Bd. XIII (1936) S. 120.
[233]) Filasiewicz a.a.O. S. 431.
[234]) Kumaniecki a.a.O. S. 118.
[235]) „Sechzig Jahre“ Bd. II. S. 482.
[236]) Filasiewicz a.a.O. S. 479 ff.
[237]) „Polska na przełomie“ Bd. II S. 447.
[238]) Ebend.
[239])f„Sechzig Jahre“ Bd. II S. 495.
[240]) Dmowski „Polityka Polska“ S. 340.
[241]) Seyda „Polska na przełomie“ Bd. II S. 176.
[242]) Ebend. S. 182.
[243]) Dmowski „Polityka Polska“ S. 233.
[244]) Seyda „Polska na przełomie“ Bd. II S. 222.
[245]) Ebend. S. 226.

[246]) Dmowski „Polityka Polska“ S. 370.
[247]) Seyda „Polska na przełomie“ Bd. II S. 341.
[248]) Ebend. S. 271.
[249]) Dmowski „Polityka Polska“ S. 374.
[250]) Filasiewicz a.a.O. S. 524 u. 526.
[251]) Seyda „Polska na przełomie“ Bd. II S. 478.
[252]) „Polityka Polska“ S. 384.
[253]) Ebend. S. 392.
[254]) Ebend. S. 394.
[255]) Ebend. S. 401.
[256]) Seyda „Polska na przełomie“ Bd. II S. 482 ff.
[257]) Ebend. Bd. II S. 87.
[258]) „Wspomnienia“ Bd. II S. 179.
[259]) Filasiewicz a.a.O. S. 275.
[260]) Ebend. S. 300, S. 309, S. 312, S. 313.
[261]) Ebend. S. XXX.
[262]) Seyda Bd. II S. 392.
[263]) Filasiewicz a.a.O. S. XXXVII.
[264]) Askenazy „Uwagi“ S. 315 ff.
[265]) Ebend. S. 480 ff.
[266]) Biliński „Wspomnienia“ Bd. II S. 434.
[267]) Bobrzyński „Dzieje Polski w zarysie“ (Warschau 1931) Bd. III S. 393. (Geschichte Polens im Umriß.)
[268]) Dmowski „Polityka Polska“ S. 410.
[269]) Seyda „Polska na przełomie“ Bd. II S. 386.
[270]) Ebend. Bd. II S. 488.
[271]) Ebend. Bd. II S. 489.
[272]) Dmowski „Polityka Polska“ S. 401.
[273]) Seyda „Polska na przełomie“ Bd. II S. 559.
[274]) Ebend. Bd. II S. 568.
[275]) Bobrzyński „Wskrzeszenie“ Bd. II S. 42 ff.
[275]) Jedlina-Jacobson „Z ludem polskim przeciw zaborcom“ (Selbstverlag 1936).
[276]) „Polska na przełomie“ Bd. II S. 529.
[277]) „Dziennik Polkskiego Sejmu dzielnicowego w Poznaniu, w grudniu 1918“ (Posen 1918 S. 37).
[278]) Ebend. S. 32.
[279]) Ebend. S. 59.
[280]) Seyda „Polska na przełomie“ Bd. II S. 393.
[281]) Wieliczka, „Wielkopolska a Prusy w dobie powstania 1918/19.“
[282]) Ebend. S. 101.
[283]) Ebend. S. 215.
[284]) Seyda „Polska na przełomie“ Bd. II S. 562.

[285]) Ebend. S. 566.
[286]) Dmowski „Polityka Polska“ S. 419.
[287]) „Polska odrodzona“ S. 120 ff.
[288]) „Polityka Polska“ S. 424.
[289]) Ebend. S. 429.
[290]) Ebend. S. 450 ff.
[291]) Ebend. S. 478.
[292]) Ebend. S. 455.
[293]) Bobrzyński „Wskrzeszenie“ Bd. II. S. 60.
[294]) Smogorzewski K. „Sprawa Śląska na konferencji pokojowej 1919 r.“ (Kattowitz 1935.)
[295]) Dmowski „Polityka Polska“ S. 464.
[296]) Kozicki, St. „Sprawa granic Polski na konferencji pokojowej w Paryżu“ (Warschau 1921) stützt sich hauptsächlich auf „The peace conference Paris 1919“ (Report of the delegation of the Jews of the British Empire on the treaties of Versailles, St. Germain and Neuilly, and the annexed minority treaties).
[297]) Dmowski „Polityka Polska“ S. 461.
[298]) Baranowski, Wl. „Rozmowy z Piłsudskim“ (1916 bis 1931) (Niepodległość Bd. XVIII 1938 S. 21—37).
[299]) „Z wspomnień germanofila“ (Wspomnienia legjonowe) (Warschau 1925 Bd. I S. 52).

Nachtrag zu den Anmerkungen.

Das von Handelsman herausgegebene Buch „La Pologne. Sa vie économique et sociale pendant la guerre“ ist mir leider erst nach Drucklegung dieses Buches zugänglich geworden. Ich hoffe, in einer der nächsten Nummern der Grenzmärkischen Heimatblätter ausführlich dazu Stellung nehmen zu können.

BIBLIOTEKA
Uniwersytecka
Gdańsk
1305
Nie pożycza się do domu